

**Krisentyp
der 80er Jahre:**

**Kapitalstrategien
Entwicklungsvarianten
Alternativen**

**Marxistische Studien
Jahrbuch des IMISF 11**

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 11
II/1986

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

Redaktion dieses Bandes:

Jörg Goldberg, Heinz Jung,
André Leisewitz, Kaspar Maase,
Jürgen Reusch

Herausgegeben vom Institut für
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main

**Krisentyp
der 80er Jahre:**

**Kapitalstrategien
Entwicklungsvarianten
Alternativen**

**Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 11
II/1986**

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Krisentyp der 80er (achtziger) Jahre: Kapitalstrategien, Entwicklungsvarianten, Alternativen / hrsg. vom Inst. für Marxist. Studien u. Forschungen (IMSF), Frankfurt am Main. Red. dieses Bd.: Jörg Goldberg . . . – Frankfurt am Main: IMSF, 1986. –

(Marxistische Studien; 11)

ISBN 3-88807-041-4.

NE: Goldberg, Jörg (Red.): Institut für Marxistische Studien und Forschungen
< Frankfurt, Main > ; GT

© 1986 by Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
6000 Frankfurt am Main, Oberlindau 15.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung und Speicherung in jeder Form,
auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des IMSF gestattet.

Gesamtherstellung: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.
ISBN 3-88807-041-4

Inhalt

Vorwort	7
Krisentheorie – SMK-Entwicklungsvarianten	
<i>Jörg Goldberg</i> , Die chronische Überakkumulation von Kapital als Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps	9
<i>Jörg Huffschnid</i> , Vor dem Übergang zur reformistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik?	42
<i>Heinz Jung</i> , Zum Konzept der Entwicklungsvarianten des SMK heute	65
<i>Jörg Goldberg</i> , Krisenerklärungen und die Alternativen der Linken Konferenz „Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik“	92
<i>Jan Prieue</i> , Der US-Kapitalismus in der Krise	100
<i>John E. Parsons</i> , Krise der US-Wirtschaft: Entscheidung in wessen Interesse?	124
<i>Paul Boccara</i> , Die ökonomische Strukturkrise in Frankreich. Worum geht es bei ihrer Bewältigung?	136
<i>Ron Bellamy</i> , Der Charakter der gegenwärtigen Krise in Großbritannien und Alternativvorschläge der Linken	151
<i>Elvio Dal Bosco</i> , Der Charakter der gegenwärtigen Krise und Alternativen der Linken: Italien	165
Internationalisierung – Dimensionen der Monopolisierung – Neue Technik	
<i>Horst Heiningner/Lutz Maier</i> , Internationalisierung – eine Grundtendenz der SMK-Entwicklung heute	179
<i>Bernhard Roth</i> , Internationalisierung des SMK: Eine neue Tendenz in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft?	199
<i>Peter Imbusch/Jürgen Reusch</i> , Verschuldung der Dritten Welt. Konferenz von IMSF und Dritte Welt-Gruppen	212
<i>Ulrich Dolata/Arno Gottschalk/Jörg Huffschnid</i> , Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsform des Kapitals. Bemerkungen zu einer neuen Kategorie der politischen Ökonomie des Kapitalismus	222

<i>Caspar Schirmeister</i> , Neuere Tendenzen im Monopol als finanzkapitalistischem Herrschaftsverhältnis	248
<i>Angelina Sörgel</i> , Das Finanzkapital – mehr als eine soziologische Kategorie. Zum ökonomischen Inhalt eines politökonomischen Begriffs am Beispiel der Internationalisierung des Finanzkapitals	257
<i>Hermannus Pfeiffer</i> , Großbanken und Finanzgruppen. Ergebnisse einer Untersuchung der personellen Verflechtungen der Großbanken	273
<i>Ulrich Dolata</i> , Neue Technik, Produktionsstrukturen und Anpassungsreaktionen des SMK	283
<i>André Leisewitz</i> , Neue Technik – neue Ausbeutungsformen – Lage der Arbeiterklasse. Konferenz „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Lage der Arbeiterklasse“	301
<i>Hermann Bömer</i> , Markt, Plan, Vergesellschaftung. Zum Stand der wissenschaftlichen Debatte über das globale Energieproblem	314
<i>Wilma R. Albrecht</i> , Endogene Entwicklungskonzepte zwischen fortschrittlicher Perspektive und kleinbürgerlicher Sackgasse. Einige kritisch-systematische Anmerkungen	338
Alternativen	
<i>Heinz Czymek</i> , Das Ruhrgebietsprogramm der DKP. Vorschläge für ein demokratisches Aktions- und Gesellschaftsprogramm in einer traditionellen Industrieregion	349
<i>Johannes Klotz</i> , Außerparlamentarische Bewegungen und die Positionsveränderungen in der Sozialdemokratie	362
<i>Joachim Bischoff</i> , Überakkumulation und Reformpolitik. Grundzüge einer sozialistischen Wirtschaftskonzeption	374
<i>Kurt Hübner/Michael Stanger</i> , Konjunkturzyklen, lange Wellen und historische Stadien der Kapitalakkumulation. Probleme einer marxistischen Theorie kapitalistischer Entwicklung am Beispiel der Weltwirtschaftskrise der 70er und 80er Jahre	389
<i>Hubert Kleinert</i> , Umbau der Industriegesellschaft – ein realistisches Konzept der Gesellschaftsveränderung der GRÜNEN	403
<i>Uwe Kremer</i> , Ökonomische Krise und das Problem der Innovation	414
IMSF 1986. Publikationen, Veranstaltungen, wissenschaftlicher Beirat des IMSF	423
Autoren dieses Bandes	428
Zusammenfassungen zu den Beiträgen	430

Vorwort

Vor mehr als zehn Jahren leitete die kapitalistische Weltwirtschaftskrise von 1974/75 eine tiefgreifende ökonomische, soziale und politische Umbruchperiode ein. Während die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft sich vor das Problem gestellt sah, dies aus äußeren Ereignissen der siebziger Jahre wie z.B. der „Ölkrise“ erklären zu müssen, stellte sich für die marxistische politische Ökonomie die Aufgabe, die dieser tiefen zyklischen Krise folgende Phase wachsender ökonomischer Schwierigkeiten als Ausdruck der historischen Krisentendenz des Kapitals unter den konkreten Bedingungen der Periode nach dem zweiten Weltkrieg zu erklären. Der Mitte der siebziger Jahre sichtbar gewordene Entwicklungsbruch war also aus der Wirkungsweise der Grundwidersprüche des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses in einer konkret-historischen Etappe abzuleiten. Ausgehend von der marxistischen Krisentheorie war die reale Bewegung in schrittweiser Näherung an die konkreten Erscheinungen der Realität zu erklären.

Der vorliegende Band des Jahrbuchs hat sich die Aufgabe gestellt, in einem ersten Block von Beiträgen eine schlüssige, theoretisch abgeleitete und empirisch belegte Erklärung der gegenwärtigen Krisenperiode vorzulegen. Auf der Grundlage der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) gehört zu einer solchen Darlegung die Bestimmung der Strategie des Monopolkapitals, also die Untersuchung der nun schon deutlich sichtbaren Varianten in den Reaktionsweisen und der realen Entwicklung des SMK auf die insgesamt verschlechterten Verwertungsbedingungen des Kapitals und die verlangsamte Akkumulationsdynamik.

Im Mittelpunkt dieser Analysen steht die Bundesrepublik. Einbezogen werden aber auch die Entwicklungen und spezifischen Besonderheiten in anderen wichtigen kapitalistischen Ländern, z. T. durch Autoren aus diesen Ländern selbst.

Nach einer mehr als zehnjährigen Periode zunehmender Krisenhaftigkeit bei einer depressiven Grundströmung sind strukturelle Veränderungen im Gesamtproduktionsprozeß sichtbar, mit denen das System des SMK die Blockierung der Akkumulationsdynamik durch eine strukturelle Überakkumulation des Kapitals zu überwinden hofft. Die Autoren des zweiten Blocks von Aufsätzen untersuchen – in z. T. auch kontroversen Beiträgen – vor allem den kapitalistischen Internationalisierungsprozeß, die Herausbildung neuer monopolistischer Strukturen in Form staatsmonopolistischer Komplexe und die organisierende Rolle des Finanzkapitals. Mehrere Beiträge widmen sich der zentralen Rolle, die die neuen Produktionstechniken für die Produktivkraftaneignung unter den Bedingungen des SMK besitzen. In diesem zweiten Block von Beiträgen geht es auch um die Perspektiven der kapitalistischen Wachstumsdynamik in Abhängigkeit von den durchaus unterschiedlichen Anpassungsvarianten des SMK. Es wird deutlich, daß alle ökonomischen Perspektiven einen wesentlich politischen Aspekt besitzen, daß es also keine rein öko-

nomische Mechanik gibt, die allein über die zukünftige Dynamik der Akkumulation von Kapital entscheidet.

Diese politische Dimension der kapitalistischen Entwicklungslogik ist der Ausgangspunkt für die Beiträge des dritten Blocks, in dem es um die Alternativen der Linken geht. In Stellungnahmen aus verschiedenen theoretischen und politischen Blickwinkeln, die jedoch die Verpflichtung auf eine alternative, an den Interessen der Arbeiterklasse, der Lohn- – und Sozialabhängigen orientierte Entwicklungsperspektive eint, werden Strategien zur Veränderung der Gesellschaft, zur Einleitung einer Reformdynamik gegen die Logik des Kapitals dargestellt und diskutiert. Autoren aus dem sozialdemokratischen, aus dem linkssozialistischen, aus dem grün-alternativen und aus dem kommunistischen Lager kommen zu Wort. Ausgehend von ihren jeweiligen Krisenanalysen, werden Eckpunkte alternativer Konzeptionen vorgestellt. Damit wird – wie schon im Jahrbuch 9 des IMSF – der Diskussion unterschiedlicher linker, sozialistischer und marxistischer Positionen Platz eingeräumt.

Die bislang vorliegenden Planungen für die kommenden Jahrbücher sehen im Band 12 (Frühjahr 1987) eine Beschäftigung mit den „Internationalen Tendenzen der Marx-Engels-Forschung“ vor. Der Band 13 (Herbst 1987) wird neben zwei thematischen Schwerpunkten, nämlich „Technik – Arbeit – Produktivkraftentwicklung – Fortschritt“ und „Politische Kultur in der BRD“ – weitere Ergebnisse der IMSF-Arbeit vorstellen, die in den vorangegangenen Bänden keinen Platz gefunden haben.

Eine wichtige Aufgabe bei der Fertigstellung des vorliegenden Bandes haben Manuela Jatsch und Peter Radebach übernommen. Sie haben die umfangreichen redaktionellen und technischen Arbeiten ausgeführt, ohne die eine solche Publikation unmöglich ist.

Frankfurt am Main
August 1986

Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)

Die chronische Überakkumulation von Kapital als Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps

Jörg Goldberg

1. Zyklische Krisen und die universelle Tendenz des Kapitals – 1.1 Zyklische Krisen als Knotenpunkte aller Widersprüche – 1.2 Überproduktion von Waren und Überakkumulation von Kapital – 1.3 Die Reproduktion des fixen Kapitals als Grundlage der Zyklizität – 2. Abschwächung der Akkumulationsdynamik und Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals in der Bundesrepublik – 2.1 Sachkapitalrentabilität und Produktionsbedingungen des Profits – 2.2 Rückgang der Rentabilität und Ausdehnung der Produktion – 3. Abschwächung der Akkumulationsdynamik und die Reaktion des staatsmonopolistischen Kapitalismus – 3.1 Lohnkosten und Sozialabbau – 3.2 Rationalisierung und der Charakter der neuen Technologien – 3.3 Neue Momente im Zentralisationsprozeß des Kapitals – 3.4 Die staatliche Wirtschaftspolitik – 3.5 Die Reaktionsmuster des Kapitals als Krisenfaktor

In vielen Krisenanalysen wird die Periode seit dem Anfang/Mitte der siebziger Jahre in der kapitalistischen Welt als besondere Etappe, als Umbruchperiode beschrieben. Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise von 1974/75 gilt dabei als Schnittpunkt. Diese Betrachtung ist in den meisten linken und marxistischen Analysen Gemeingut, insbesondere, weil die sozialökonomischen Strukturveränderungen in diesem Zeitraum auf der Hand liegen und die Arbeiterbewegung mit zum Teil völlig neuen Kapitalstrategien konfrontiert und die Grundlagen ihrer Politik verändert haben. Diese richtige Betrachtungsweise muß jedoch auch die Momente der Kontinuität betonen, die in der Wirkungsweise der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten bestehen. Diese sollen daher zunächst vergegenwärtigt werden.

1. Zyklische Krisen und die universelle Tendenz des Kapitals

In unserem Kontext ist es notwendig, den Ausgangspunkt in der Bestimmung der Krisen im Rahmen der marxistischen Theorie zu wählen. Wirtschaftliches Wachstum unter kapitalistischen Bedingungen ist identisch mit Akkumulation des Kapitals, d. h. mit fortwährender Verwandlung des Mehrwerts in Kapital. Dieser Akkumulationsprozeß kann nicht reibungslos funktionieren, die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, ableitbar aus dem zentralen Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Form der Aneignung seiner Ergebnisse, füh-

ren mit Notwendigkeit zu Stockungen im Akkumulationsprozeß, zu Krisen. Diese Krisen sind notwendig, um den Fortgang der Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter zu sichern, also um die das wirtschaftliche Wachstum hemmenden Faktoren zu überwinden. Die Phasen sich erweiternder Akkumulation und krisenhafter Stockungen als Garant für den Fortgang des Akkumulationsprozesses in historischer Dimension treten periodisch auf, das Wachstum im Kapitalismus verläuft als „Spirale“. Die periodischen Krisen sind Knotenpunkte der Zuspitzung und Lösung von Disproportionen aller Art, auch von überzyklischen, strukturellen Ungleichgewichten.¹

1.1 Zyklische Krisen als Knotenpunkte aller Widersprüche

Zyklische Krisen schieben die jeweils auftauchenden Schranken der kapitalistischen Produktionsweise hinaus, aber nur, indem sie die historischen Bedingungen der Existenz des kapitalistischen Systems untergraben. Die zyklischen Krisen sind also zugleich Marksteine im historischen „Alterungsprozeß“ des Kapitalismus. Sie bilden die Ausgangspunkte für strukturelle, unumkehrbare Veränderungen seiner Funktionsbedingungen. Zwei eng miteinander verflochtene Momente machen diesen „Alterungsprozeß“ aus:

– Der Zweck-Mittel-Konflikt der kapitalistischen Produktionsweise wirkt, indem Krisen im Zuge einer Steigerung der Produktivkraft der Arbeit überwunden werden, diese Steigerung aber die wertschaffende Funktion der lebendigen Arbeit im Verhältnis zum konstanten Kapital tendenziell untergräbt. Das „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ drückt diese universelle, in den Krisen vorangetriebene Entwicklungsrichtung des Kapitalismus aus.

– Die Überwindung der Krisen durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit beinhaltet zugleich den Ruin der schlechter ausgestatteten Kapitale und die Zusammenballung der verbleibenden, d. h., die Krisen sind zugleich Ausgangspunkt der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Die Tatsache, daß dies kein gleichmäßiger Prozeß ist, daß sich immer wieder neue Einzelkapitale bilden, daß sich alte Kapitale aufspalten, widerlegt nicht die Existenz eines historischen Trends zur Bildung von Kapitalmonopolen.

In beiden Fällen handelt es sich um immanente Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise, die durchaus unterschiedlich hervortreten, deren Bewegung vor dem Hintergrund der jeweiligen konkreten historischen Bedingungen zu untersuchen ist. Die Bewegungsform der Produktion im Kapitalismus, Zuspitzung und zeitweilige Lösung aller Widersprüche der Produktionsweise, vollzieht sich nicht gleichmäßig, sie wird vermittelt durch die zyklischen Krisen: „Periodisch macht sich der Konflikt der widerstreitenden Agentien in Krisen Luft. Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche...“² Krisenerscheinungen aller Art im Kapitalismus sind theoretisch mit der Analyse des Krisenzyklus und

1 „Die Weltmarktkrisen müssen als die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie gefaßt werden.“ Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 510.

2 Karl Marx, Das Kapital, 3. Bd., Berlin 1964, MEW 25, S. 259.

dessen Existenzbedingungen zu vermitteln, die Theorie der zyklischen Krise eröffnet den Zugang zum Verständnis der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus in allen seinen konkret-historischen Erscheinungsformen. Überzyklische Krisenerscheinungen, seien sie als historisch singulär oder als „Stadien“ oder „Wellen“ interpretiert, müssen aus der zyklischen Bewegungsform der kapitalistischen Produktionsweise unter den konkreten Bedingungen erklärt werden.

1.2 Überproduktion von Waren und Überakkumulation von Kapital

Im folgenden seien die Eckpunkte einer marxistischen Theorie der zyklischen Krise genannt, wobei versucht wird, die traditionell in der marxistischen Diskussion vorhandenen Gegensätze zwischen dem „Überakkumulationsansatz“ und dem „Überproduktionsansatz“ miteinander zu vermitteln.

Unbestrittenermaßen *erscheint* die Krise als Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf, eine Möglichkeit, die die Warenproduktion mit ihrem Gegensatz von Gebrauchswert und Tauschwert bereits begrifflich impliziert. Das Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf ist aber nur die allgemeinste Form der Krise: „Man kann aber nicht sagen, daß die abstrakte Form der Krise die Ursache der Krise sei.“³ Es ist also zu untersuchen, warum es mit Notwendigkeit zu diesem Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf kommt: Dies aber kann nur auf der Ebene des Gesamtproduktionsprozesses nachgewiesen werden. „Der Gesamt-Zirkulationsprozeß oder der Gesamt-Reproduktionsprozeß des Kapitals ist die Einheit seiner Produktionsphase und seiner Zirkulationsphase . . .“⁴ Diese beiden Phasen gehören untrennbar zusammen, ihre Verselbständigung gegeneinander macht die Krise aus. Diese Verselbständigung ist aber ein Wesensmerkmal der kapitalistischen Produktionsweise: „Der der Ware immanente Gegensatz von Gebrauchswert und Wert, von Privatarbeit, die sich zugleich als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit darstellen muß, von besonderer konkreter Arbeit, die zugleich nur als abstrakt allgemeine Arbeit gilt, . . ., dieser immanente Widerspruch erhält in den Gegensätzen der Warenmetamorphose seine entwickelten Bewegungsformen.“⁵ Die Bestimmungsmomente des unmittelbaren Produktionsprozesses und die der Zirkulation sind aber widersprüchlich miteinander vermittelt. „Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. . . Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft.“⁶ Es widerspricht also völlig der Marxschen Methode, Krisen nur aus der Untersuchung der Bedingungen der Exploitation, also des unmittelbaren Produktionsprozesses, ableiten zu wollen. Es wäre dann nämlich methodisch völlig überflüssig gewesen, die Arbeiten zur Krise auf *der* Abstraktionsebene anzusetzen, auf der die allgemein-

3 Ders., Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 515.

4 Ebd., S. 514.

5 Ders., Das Kapital, 1. Bd., MEW 23, S. 127/28.

6 Ders., Das Kapital, 3. Bd., MEW 25, S. 254.

sten Bestimmungen der Warenproduktion, das Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf, abgeleitet werden. Diese umständlichen Schritte hätte man sich sparen können, würde der Krisenzyklus bereits aus den im unmittelbaren Produktionsprozeß wirksamen und darstellbaren Schranken erklärt werden können. Diese Schranken sind als historische Entwicklungsgrenzen nichtsdestoweniger existent, die zyklische Bewegungsform können sie aber für sich nicht begründen. Sowohl die Ausführungen im ersten Band des „Kapitals“ („Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“) als auch die Darstellung des „Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate“ im dritten Band sind der „universellen Tendenz“ des Kapitals gewidmet, in bezug auf die zyklischen Krisen als konkreter Bewegungsweise dieser Widersprüche aber können sie „nichts Neues zufügen“. „Aber in dem Produktionsprozeß selbst kann dies nicht erscheinen, weil in ihm nicht die Rede ist von der Realisierung des nicht nur reproduzierten Werts, sondern Mehrwerts.“⁷

Zwar ist die Realisationssphäre des Profits „letzten Endes“ bestimmt durch die Produktionssphäre, in der Einheit von Produktion und Zirkulation ist erstere das bestimmende Moment. Es ist aber gerade die Krise, die diese Einheit herstellt, in der sich Produktionssphäre und Zirkulationssphäre als Einheit geltend machen. Die Krise in Abstraktion von der Zirkulationsseite begründen zu wollen, abstrahiert also gerade von den Momenten, welche jene erst ausmachen. Dies gilt auch für Ansätze, die die Zirkulationssphäre als passiven Reflex der Produktion im Zyklus behandeln: Wäre das so, dann wäre die Forderung nach Einbeziehung der Realisationsseite tatsächlich nur eine Banalität. Daß die Nachfrage nach Investitionsgütern sinkt, wenn die Unternehmen weniger investieren, ist in diesem Zusammenhang nichts anderes als eine Tautologie.⁸ Entscheidend ist, daß schon der Abbruch des Akkumulationsprozesses aus dem *Widerspruch* von Produktion und Realisation des Profits abgeleitet werden muß. Es geht vielmehr darum, die Widersprüche beider Sphären aufzudecken, was darauf hinausläuft zu untersuchen, welche Wirkung die Bewegungen im unmittelbaren Produktionsprozeß auf die Zirkulation und damit auf den Gesamtproduktionsprozeß haben. *Marx* bezeichnet den Zusammenhang zwischen Profitrate und Profitmasse als das „in jeder Beziehung wichtigste Gesetz der modernen politischen Oekonomie...“⁹ Die oben erwähnte Schranke „Produktivkraft“ für den unmittelbaren Produktionsprozeß drückt sich in diesem Gesetz aus. Dabei sind Fall der Profitrate, Konzentration und Zentralisation des Kapitals und beschleunigte Akkumulation Momente des gleichen Prozesses: „Dieselben Gesetze produzieren also für das Gesellschaftskapital eine wachsende absolute Profitmasse und eine fallende Profitrate.“¹⁰

7 Ders., Theorien über den Mehrwert, a. a. O., S. 513.

8 Dies richtet sich insbesondere gegen „profit-squeeze-thesen“, bei der eine höhere Lohnquote die Investitionsaktivität senkt, die sonst die Lücke zwischen Produktion und (Konsum)nachfrage schließen würde. Vgl. Hübner/Stanger, Kleine und große Krisen; in: Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1986, S. 68 ff.

9 Marx/Engels, Gesamtausgabe (MEGA), II, 1.2, Karl Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/58 (Grundrisse), Berlin/DDR 1981, S. 622.

10 Karl Marx, Das Kapital, 3. Bd., S. 229.

Stockungen im Akkumulationsprozeß können auf *dieser Ebene* tatsächlich erst dann abgeleitet werden, wenn die produzierte Mehrwertmasse nicht mehr gesteigert werden kann, wenn also entweder die Zahl der Beschäftigten nicht mehr erweitert werden kann und/oder die Knappheitssituation am Arbeitsmarkt eine weitere Erhöhung des Exploitationsgrades nicht mehr erlaubt.

Damit analysiert *Marx* die historische Beschränktheit der kapitalistischen Produktionsweise, seine „universelle Tendenz“, die sich, über zyklische Krisen vermittelt, durchsetzt.

Angetrieben wird der kapitalistische Gesamtproduktionsprozeß durch die Widersprüche innerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses von Profit; hier ist die *Ursache* von Krisen im Kapitalismus zu suchen. Im Marxschen „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“, das gleichzeitig ein Gesetz von der Zunahme der Profitmasse ist, wird der Konflikt zwischen den stofflichen und wertmäßigen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise auf den Punkt gebracht. Er wird formuliert als Zweck (Profitproduktion) – Mittel (Produktivkraftsteigerung) – Konflikt.

Wesentlich für die Analyse konkreter Krisenperioden ist aber die Formulierung dieses Gesetzes als Ausdruck der „universellen Tendenz“ des Kapitals, die damit aber noch nicht seine sich in Krisen entladende „besondere Beschränktheit“ erklären kann. Bei einem Vergleich von Ricardo (sozusagen als „Profitrathetheoretiker“) mit Sismondi (als „Überproduktionstheoretiker“) stellt Marx fest: „Der ganze Streit, ob *Überproduktion* möglich und notwendig auf dem Standpunkt des Kapitals, dreht sich darum, ob der Verwertungsprozeß des Kapitals in der Produktion unmittelbar seine Verwertung in die Zirkulation setzt; ob seine im *Produktionsprozeß* gesetzte Verwertung seine *reale* Verwertung ist.“¹¹

Der Zweck-Mittel-Konflikt der kapitalistischen Produktionsweise, wie er im Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zusammenfassend ausgedrückt wird, und sein Zusammenhang zu den zyklischen Krisen wird von *Marx* so formuliert: „Die periodische Entwertung des vorhandenen Kapitals, die ein der kapitalistischen Produktionsweise immanentes Mittel ist, den Fall der Profitrate aufzuhalten und die Akkumulation von Kapitalwert durch Bildung von Neukapital zu beschleunigen, stört die gegebenen Verhältnisse, worin sich der Zirkulations- und Reproduktionsprozeß des Kapitals vollzieht, und ist daher begleitet von plötzlichen Stockungen und Krisen des Produktionsprozesses.“¹²

Der sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise entfaltende Widerspruch zwischen „Zweck“ und „Mittel“ der Produktion treibt das Kapital zur Akkumulation in immer größerem Umfang: Der tendenzielle Fall der Profitrate zwingt die Einzelkapitale zur Erweiterung der Profitmasse und beschleunigter Akkumulation. Den Wirkungen der niedrigeren Profitrate in der Produktion kann also nur durch die Verwandlung eines tendenziell wachsenden Teils des Wertprodukts in Profit, d. h. durch Vergrößerung des akkumulierten Teils im

11 Marx/Engels, Gesamtausgabe (MEGA), II, 1.2, Karl Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/58 (Grundrisse), S. 323. Vgl. auch Jörg Goldberg, Chronische Überakkumulation von Kapital und die Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps; in: Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1986, S. 11.

12 Karl Marx, Das Kapital, 3. Bd., S. 259/60.

Gegensatz zum in Form von Revenue verzehrten Teil entgegengewirkt werden. Dies bedingt ein ständiges Anwachsen des Anteils der Produktionsmittel auf Kosten der Konsumgüter, oder, in Kategorien der amtlichen Statistik ausgedrückt: Die „Investitionsquote“ muß ständig auf Kosten der „Konsumquote“ zunehmen. Der Bereicherungstrieb des Kapitals zwingt dieses zur Verletzung der durch technische Zusammenhänge bestimmten Proportionen des Gesamtproduktionsprozesses.

Die Entwertung des Kapitals und die damit verbundene Neuanlage von Kapital ist gleichzeitig verbunden mit einer Ausdehnung der Produktionsfähigkeit der Gesellschaft, der Steigerung der Produktmenge bzw. der Produktionskapazitäten. Der Verfall der Profitrate ist der Stachel der Akkumulation in gebrauchswertmäßiger Hinsicht. Die Steigerung der Produktivkraft aber ist wiederum über das Lohngesetz vermittelt mit der Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft. Der Verfall der Profitrate ist also gleichzeitig die Triebkraft zur Zuspitzung von Überproduktionskrisen – und Grundlage von deren zeitweiliger Überwindung im Zuge der Neuanlage von Kapital. „Die Akkumulation des Kapitals, dem Wert nach betrachtet, wird verlangsamt durch die fallende Profitrate, um die Akkumulation des Gebrauchswerts noch zu beschleunigen, während diese wieder die Akkumulation, dem Wert nach, in beschleunigten Gang bringt.“¹³ Rein rechnerisch wäre der Punkt absehbar, an dem eben die beschleunigte Akkumulation dem Wert nach nicht mehr in Gang kommen kann: dann nämlich, wenn die Profitmasse nicht mehr ausreicht, um den Umfang der akkumulierten Gebrauchswerte – welche ja die Grundlage der Ausdehnung der Beschäftigung sind – so zu vergrößern, daß die Beschäftigung ausgedehnt wird. Aber es ist ja gerade die Funktion der Krisen, eine solche Situation als Dauerzustand zu vermeiden.¹⁴

Die Zyklizität dieses Prozesses nun läßt sich nur durch die Einführung der Unterscheidung zwischen fixem und zirkulierendem Kapital begründen, in diesem Sinne ist das fixe Kapital die „materielle Grundlage“ der Krisen.¹⁵ Auch hier zeigt sich, daß die Widersprüche innerhalb des Produktionsprozesses des Profits selbst nicht ausreichen zur Begründung zyklischer Krisen: Die historische Tendenz zum „Fall der Profitrate“ kommt methodisch durchaus ohne die Unterscheidung zwischen fixem und zirkulierendem Kapital aus.

1.3 Die Reproduktion des fixen Kapitals als Grundlage der Zyklizität

Um dies zu verdeutlichen, sei die Krise als Ausgangspunkt der Neuanlage von Kapital – und d. h. vor allem von fixem Kapital – beschrieben. Dies ist im übri-

13 Ebd.

14 Die Fassung der Kategorie der „strukturellen Überakkumulation“ als Periode, in der „die Vermittlung von steigender Profitmasse und fallender Profitrate für das gesellschaftliche Gesamtkapital aufgebrochen wird“ (Bischoff), kontrastiert erheblich mit der an anderer Stelle hervorgehobenen Feststellung, daß es keine permanenten Krisen gäbe. Vgl. Joachim Bischoff, Überakkumulation, Krise und neokonservative Strategie; in: Kontroversen zur Krisentheorie, a. a. O., S. 23.

15 Karl Marx, Das Kapital, 2. Bd., S. 185. Vgl. ausführlicher die Darstellung in: Jörg Goldberg, Marx zum kapitalistischen Krisenzyklus; in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, Sonderband I, Frankfurt/M. 1983.

gen berechtigt, obwohl die konzentrierte Neuanlage von Kapital zwar einerseits die Folge des Krisenzyklus ist (diesen also methodisch schon voraussetzt), andererseits hier als Ursache beschrieben wird. In der Tat aber verflechten sich historisch Ursache und Wirkung: „Ganz wie Himmelskörper, einmal in eine bestimmte Bewegung geschleudert, dieselbe stets wiederholen, so die gesellschaftliche Produktion, sobald sie einmal in jene Bewegung wechselnder Expansion und Kontraktion geworfen ist.“¹⁶

Die Neuanlage von fixem Kapital, d. h. die Anschaffung von Investitionsgütern, wirkt in der Anschaffungsphase stark markterweiternd auf die Anbieter von Investitionsgütern. Es entfaltet sich der Prozeß eines sich selbst tragenden Aufschwungs, bei dem die Investitionsgüterproduktion sich gegenüber der Konsumgüternachfrage verselbständigt, ihr weit vorausseilt. In dieser Periode führt die wachsende Nachfrage der Kapitalisten untereinander nach den Gütern des fixen Kapitals zu einer weiteren Beschleunigung des Expansionstempos. Dabei dehnt sich die Produktion in einem Tempo aus, als sei die Produktivkraft der Gesellschaft ihre einzige Schranke.

Die konzentriert auftretende Nachfrage nach Gütern des fixen Kapitals bestimmt in der Belebungs- und Aufschwungsphase des Zyklus die Dynamik der Entwicklung, wobei sich mit der kapitalistischen Produktionsweise die Ausdehnungsfähigkeit des Produktionsapparates entwickelt: „Indem das Kapital sich die beiden Urbildner des Reichtums, Arbeitskraft und Erde, einverleibt, erwirbt es eine Expansionskraft, die ihm erlaubt, die Elemente seiner Akkumulation auszudehnen jenseits der scheinbar durch seine eigene Größe gesteckten Grenzen, gesteckt durch den Wert und die Masse der bereits produzierten Produktionsmittel, in denen es sein Dasein hat.“¹⁷ Erweitert wird die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals dem Gebrauchswert nach noch durch den aus freigesetzten Wertteilen des fixen Kapitals gespeisten „Akkumulationsfonds“.¹⁸ Er eröffnet dem Kapital die Möglichkeit, die Produktionsfähigkeit des Kapitalstocks über das Maß hinaus auszudehnen, das die angeeignete und akkumulierte Profitmasse vorschreibt. Es kommt also systematisch zu einer Ausdehnung der Produktivkraft der Gesellschaft weit über die Konsumtionsfähigkeit der Massen hinaus.

Es ist an anderer Stelle bereits beschrieben worden, daß ein solcher expansiver Prozeß seine Schranken nur in den Disproportionen auf der Absatzseite finden kann.¹⁹ Zwar verschlechtert sich tendenziell über steigende Löhne, Rohstoffpreise und Zinsen die Rentabilität der industriellen Einzelkapitale, gleichzeitig aber erscheinen die im Zuge beschleunigter Akkumulation steigenden Kosten vom Standpunkt der Einzelkapitale aus durch steigende Preise überwältigbar. Diese Erwartungen werden erst dann gebrochen, wenn dieser Prozeß an sich verschlechternden Absatzmöglichkeiten (immer im Verhältnis zu den Produktionsmöglichkeiten) ins Stocken kommt.

16 Karl Marx, *Das Kapital*, 1. Bd., S. 662.

17 Ebd., S. 630/31.

18 Ders., *Theorien über den Mehrwert*, MEW 26.2, S. 481

19 Vgl. Jörg Goldberg, *Kapitalistische Zentren: Krisenzentren?*; in: Fleissner/Deppe (Hg.), *Arbeiterklasse – gibt's die noch?*, Wien 1985, S. 49 ff.

Das ist dann der Fall, wenn die Disproportionen im Kern zwischen der sich entwickelnden Produktivkraft der Gesellschaft und ihrer Konsumtionsfähigkeit manifest werden. Dabei löst bereits eine Verlangsamung des Absatzwachstums gegenüber den expansiven Erwartungen der Einzelkapitalisten krisenhafte Stokungen aus. Denn Produktion für den kapitalistischen Markt ist immer Überproduktion im Verhältnis zur aktuellen Absatzlage, die Nachfrage muß in die Kapazitäten hineinwachsen. Schon bei einer bloßen Verlangsamung des Expansionsprozesses der Nachfrage wird sich ein Teil der Produktionskapazitäten als zu groß erweisen und eine Beendigung des expansiven Akkumulationsprozesses auslösen. Nicht etwa ein zu niedriger Stand der Konsumtion, sondern die Loslösung der Akkumulation vom Tempo der Konsumtionsentwicklung führen also zur Krise. Der Ersatz der Nachfrage nach Endprodukten durch die Nachfrage der Kapitalisten nach Investitionsgütern findet seine Grenzen an den stofflichen Proportionen zwischen dem Umfang des Produktionsapparates und dem Umfang der Konsumtion.

„Außerdem findet, wie wir gesehen haben (...) eine beständige Zirkulation statt zwischen konstantem Kapital und konstantem Kapital (auch abgesehen von der beschleunigten Akkumulation), die insofern zunächst unabhängig ist von der individuellen Konsumtion, als sie nie in dieselbe eingeht, die aber doch durch sie definitiv begrenzt ist, indem die Produktion von konstantem Kapital nie seiner selbst wegen stattfindet, sondern nur weil mehr davon gebraucht wird in den Produktionssphären, deren Produkte in die individuelle Konsumtion eingehen. Dies kann jedoch eine Zeitlang ruhig seinen Weg gehn, durch die prospektive Nachfrage gereizt, und in diesen Zweigen geht das Geschäft bei Kaufleuten und Industriellen daher sehr flott voran.“²⁰

Der stoffliche Zusammenhang bleibt also bestimmend für den Fortgang des Akkumulationsprozesses, stofflich bestimmt der Umfang der Konsumtion, welche begrenzt ist durch die widersprüchliche Bewegung der Akkumulation und die darauf basierenden Verteilungsverhältnisse, rückwirkend wiederum die Akkumulation. Dieser Zusammenhang macht sich aber spontan, hinter dem Rücken der Einzelkapitale geltend, nämlich in Form von Krisen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Beschleunigung der Akkumulation ist die dem Kapital adäquate Reaktionsweise, um der historischen Tendenz zum Fall der Profitrate entgegenzuwirken. Diese Strategie – die in unterschiedlichen historischen Phasen unterschiedlich erfolgreich sein kann – ist verbunden sowohl mit der Zunahme des fixen Kapitals im Verhältnis zur angewandten lebendigen Arbeit als auch mit der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Diese Strategie findet periodisch ihre Schranken in der stofflich bestimmten Proportionalität des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, letzten Endes also in der mit der Akkumulation, der Produktivkraftsteigerung widersprüchlich vermittelten Konsumtionsfähigkeit der Massen.

20 Karl Marx, *Das Kapital*, 3. Bd., S. 316/17.

2. Abschwächung der Akkumulationsdynamik und Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals in der Bundesrepublik

Die konkrete Entwicklungsdynamik hängt nun zentral davon ab, wie sich die Verhältnisse der Profitproduktion und der Profitrealisierung unter bestimmten historischen Verhältnissen gestalten.

2.1 Sachkapitalrentabilität und Produktionsbedingungen des Profits

Betrachtet man die Kapitalrentabilität als Ausdruck der sich verändernden Produktionsbedingungen des Profits, so ergibt sich die Schwierigkeit, daß diese der zusammenfassende Ausdruck der Verwertungssituation sowohl in der Produktion als auch auf der Realisierungsseite ist. Auch die Berücksichtigung des tendenziell gesunkenen Auslastungsgrads beim Anlagevermögen klammert den Faktor „Realisierungsbedingungen“ nur sehr unzureichend aus. Denn die im Zähler stehende Summe der Unternehmergewinne wird ebenfalls von der Auslastungssituation, von den Realisierungsbedingungen ganz erheblich beeinflusst – dies zeigt schon die starke zyklische Bewegung der Gewinnsumme.

Trotzdem ergeben die verschiedenen Untersuchungen der Entwicklung der Verwertungsbedingungen in der BRD, daß der Rückgang der Kapitalrentabilität in den fünfziger und teilweise noch in den sechziger Jahren vorrangig auf Momente wie den raschen Zuwachs beim konstanten Kapital und gewisse Verteilungserfolge der Arbeiterbewegung zurückzuführen waren. Dagegen zeigen sich in der empirisch erfaßbaren Sachkapitalrentabilität seit Mitte bzw. Ende der sechziger Jahre überzyklisch nur noch geringfügige Verschiebungen. Bei Berücksichtigung der sowohl im Zähler wie im Nenner wirksamen Einflußfaktoren der niedrigeren Kapazitätsauslastung und schwierigeren Absatzmöglichkeiten dürfte sich eine gewisse Tendenz zur Erholung der Rentabilität bemerkbar machen, zumindest seit Mitte der siebziger Jahre.

Auch nach anderen Berechnungen ergibt sich ein ähnliches Bild: Die Kapitalrentabilität fällt deutlich bis zur Mitte der sechziger Jahre, erreicht einen Tiefpunkt in der Mitte der siebziger Jahre und ist seither stabil bzw. steigt wieder (vor allem in den achtziger Jahren) etwas an. Im großen und ganzen kann festgehalten werden, daß der Verfall der Sachkapitalrentabilität in der Periode bis Mitte der sechziger Jahre auffallend war, während sich die Verhältnisse seither nur noch wenig verändert haben. Es ist übrigens darauf zu verweisen, daß die Sachkapitalrentabilität auch in der Hochzinsphase deutlich höher ist als die Rendite auf Wertpapiere, also als der Zinssatz.²¹

21 Vgl. Jan Prieue, Profitratenentwicklung und Krisenzyklus; in: Memo-Forum Nr. 8, Bremen 1986. Die Problematik der Profitratenberechnungen wurde dargestellt in: Jörg Goldberg, Die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Bundesrepublik; In Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, Frankfurt/M. 1978, S. 107 ff. Vgl. Georg Dumler, Rentabilität und Ertragslage in der Krise; in: Memo-Forum 3, Bremen 1984, S. 33 ff.

Tabelle 1: Rentabilität des Sachkapitals der Unternehmen in der BRD

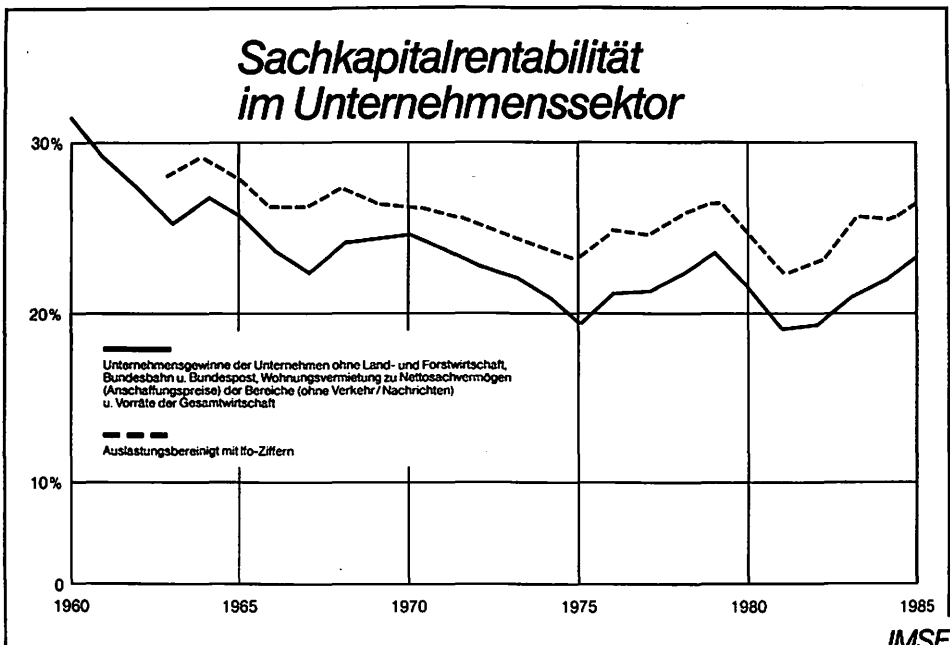
1960	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70
1) 31,6	29,1	27,4	25,3	26,7	25,8	23,6	22,4	24,2	24,7	24,6
2) -	-	-	28,0	29,2	28,1	26,3	26,4	27,1	26,6	26,3
1971	72	73	74	75	76	77	78	79	80	
1) 23,5	22,8	22,2	21,0	19,3	21,4	21,3	22,4	23,6	21,2	
2) 25,9	25,5	24,5	24,0	23,2	24,9	24,7	25,8	26,5	24,3	
1981	82	83	84*	85*						
1) 19,0	19,4	21,1	21,9	23,3						
2) 22,3	23,2	25,4	25,5	26,4						

* Teilweise geschätzt

1) Unternehmensgewinne der Unternehmen ohne Land- und Forstwirtschaft, Bundesbahn und Bundespost und Wohnungsvermietung zu Nettosachvermögen (Nettoanlagevermögen + Vorräte) zu Anschaffungspreisen der Unternehmen ohne Land- und Forstwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen und Wohnungsvermietung.

2) Bereinigung des Nettoanlagevermögens mit dem vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung erhobenen Auslastungsgrad der industriellen Anlagen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe, S. 8. Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1984; Ifo-Schnelldienst, lfd.; eigene Berechnungen.



Für die Stabilisierung der Sachkapitalrendite in den siebziger Jahren stellt der Kapitalbindungsgrad des Anlagevermögens einen wichtigen, bislang kaum erwähnten Einflußfaktor dar. Der Anteil des Nettoanlagevermögens am Bruttoanlagevermögen (sowohl zu festen Preisen als auch zu Wiederbeschaffungspreisen) steigt zwischen 1950 und 1965 stark von 51,7 Prozent auf 68,7 Prozent (zu festen Preisen gerechnet) an. Ab 1975 geht diese Relation wieder zurück und erreicht 1984 rund 65,5 Prozent. In den gewerblichen Bereichen ist die Veränderung noch stärker: Dort erhöht sich der Kapitalbindungsgrad des Bruttoanlagevermögens zwischen 1950 und 1965 von 47,3 auf 65,8 Prozent, um dann wieder auf 60,7 Prozent im Jahre 1984 zu sinken. Bei einem Bruttoanlagevermögen der gewerblichen Bereiche von mehr als 3,1 Billionen DM (Wiederbeschaffungspreise) im Jahre 1984 bewirkt die Veränderung des Kapitalbindungsgrades um nur ein Prozent bereits einen relativen Kapitalfreisetzungseffekt von mehr als 31 Milliarden DM.²² Die Methode des Kapitals, der Verschlechterung der Produktionsbedingungen des Profits durch beschleunigte Akkumulation entgegenzuwirken, bedingt zunächst eine Ausdehnung des Absatzmarktes über die Schranken der Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft hinaus. Dabei sind zwei Momente für die Interpretation der BRD-Entwicklung wichtig:

- die Orientierung auf den Weltmarkt;
- die stoffliche Struktur der Akkumulation von fixem Kapital selbst.

2.2 Rückgang der Rentabilität und Ausdehnung der Produktion

Die Produktivkraft wird gesteigert, um dem Fall der Profitrate durch Ausdehnung der Profitmasse entgegenzuwirken, was mit der gebrauchswertmäßigen Expansion der Warenmenge verbunden ist. Für diese müssen also jeweils zusätzliche Absatzmöglichkeiten erschlossen werden. Die Expansionsfähigkeit der nationalen Kapitale auf den Weltmarkt ist dabei ein wichtiger Faktor bei der Überwindung der Krisen aus Überproduktion und damit aber auch bei der Überwindung der Widersprüche im unmittelbaren Produktionsprozeß durch Ausdehnung der Produktion der Masse nach. Die Krisen „werden häufiger und heftiger schon deswegen, weil . . . immer weniger Märkte zur Exploitation übrigbleiben, da jede vorhergehende Krise einen bisher uneroberten . . . Markt dem Welthandel unterworfen hat . . .“²³

2.2.1. Warenexport als Ventil der Überproduktion

Für die Bundesrepublik läßt sich zeigen, daß diese markterweiternde Funktion des Warenexports bis heute eine wichtige Rolle spielt. Dies gilt vor allem für die Überwindung von durch zyklische Krisen bedingten Marktverengungen. Die Krisen von 1966/67, 1974/75 und 1980/82 wurden durch die Erhöhung des Außenbeitrags (Anteil des Überschusses im Warenhandel am Bruttoinlandsprodukt zu festen Preisen) gemildert, die folgende Belebung vor allem in den Anfangsphasen stimuliert. Überzyklisch ist in den fünfziger Jahren ein hohes Niveau des

22 Berechnet nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe, S. 7, S. 128.

23 Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEW 6, S. 423.

Außenbeitrags zu beobachten, das sich in den sechziger Jahren erheblich verringert und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre einen Tiefstand erreicht. Danach steigt er wieder an und erreicht Mitte der achtziger Jahre einen Spitzenwert mit 5,4 Prozent.²⁴

Tabelle 2: Außenbeitrag in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (feste Preise)

1950	51	52	53	54	55	56	57	58	59					
2,6	5,0	4,4	4,3	4,3	4,0	4,3	4,5	3,7	3,7					
1960	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74
3,0	2,8	2,0	2,5	2,4	1,3	2,5	4,0	4,0	3,0	2,0	1,4	1,5	3,2	5,6
1975	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85				
3,4	3,5	3,7	2,9	2,0	2,4	4,7	5,6	4,6	5,2	5,4				

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe, S. 7, Lange Reihen

Die „mittlere Variante“ einer gemeinsamen Prognose der Prognos AG und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bis zum Jahre 2000 geht davon aus, daß sich der Außenbeitrag weiter erhöht: Gerechnet zu festen Preisen, soll er sich auf 7,0 Prozent im Jahre 1990, auf 7,3 Prozent 1995 erhöhen und bis ins Jahr 2000 leicht auf 6,5 Prozent zurückgehen. Demgegenüber steht ein wachsender Einfuhrüberschuß beim Dienstleistungsbereich, vor allem im Tourismus. Aber auch bei Einbeziehung der Dienstleistungen soll der Außenbeitrag sich demnach weiter kräftig erhöhen.²⁵

Ob eine solche Erwartung realistisch ist, dürfte bezweifelt werden. Denn die Verstärkung der Weltmarktposition der südostasiatischen Länder, vor allem Japans, wird die Expansionspielräume der „traditionellen“ Weltmarktkapitale begrenzen. Die außerordentlich kräftige Außenexpansion der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der achtziger Jahre ist wesentlich dem Sonderfaktor „Dollarkurs“ geschuldet, der zeitweilig die Weltmarktposition der USA im Warenhandel drastisch reduziert hat. Schon jetzt ist absehbar, daß die Wirksamkeit dieses Faktors nachläßt.

Auf der anderen Seite wird das Wachstum der Märkte in der dritten Welt, theoretisch noch eine gewaltige „Expansionsreserve“, durch die strukturelle Benachteiligung dieser Länder in der Weltwirtschaft gehemmt. Aktuell steht dabei die hohe Verschuldung und die damit verbundene Restriktionspolitik im Mittelpunkt. Die bislang verfolgte Strategie der kapitalistischen Länder zur Sicherung der in die Länder der dritten Welt exportierten Kapitale und deren Verzinsung – womit eine fällige Kapitalentwertung großen Umfangs verhindert werden soll –

²⁴ Statistisches Bundesamt, a. a. O.

²⁵ Christoph v. Rothkirch, Inge Weidig, Die Zukunft der Arbeitslandschaft, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1985, Bd. 1, S. 55.

erweist sich als beschränkender Faktor im Warenhandel mit eben diesen Staaten. Ebenso schränkt der Kampf um niedrige Rohstoffpreise als Ausdruck der Kapitalstrategie der Kostensenkung gleichzeitig die Welthandelsexpansion ein. Für die nächsten Jahre wird jedenfalls – wenn es nicht zu einer Umstrukturierung der Weltwirtschaftsordnung im Sinne der Forderungen der dritten Welt kommt (vorrangig ist dabei eine Schuldenstreichung) – eher mit einer Stagnation bzw. mit einem Rückgang des Importanteils der dritten Welt für Industriewaren zu rechnen sein.²⁶

Die Strategie der Warenexportexpansion stößt also im Zuge verschärfter internationaler Konkurrenz und sich relativ verengender Weltmärkte an gewisse Grenzen, woraus neue Dimensionen des Internationalisierungsprozesses resultieren. Diese haben allerdings eher restriktive Wirkungen auf den nationalen Reproduktionsprozeß.

2.2.2 Die Reproduktion des fixen Kapitals

Für die zyklische Überwindung von Krisen, die notwendige Markterweiterung, die Dynamik und Länge von Aufschwungsperioden ist die Neuanlage von fixem Kapital, die gegenseitige Nachfrage der Einzelkapitale nach Investitionsgütern entscheidend. Es kann hier auf die Darstellung dieses Zusammenhangs bei *Katzenstein* verwiesen werden: „Die relative Zusammenballung der Reproduktion von fixem Kapital bedeutet also nicht nur disproportionale Entwicklung der Produktionszweige schlechthin, sondern auch Loslösung der Produktion von Produktionsmitteln von der Produktion von Konsumtionsmitteln, d. h. Entfaltung auch des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt ganz allgemein. Der Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals wird zu einer materiellen Grundlage dafür, daß die Produktion von Produktionsmitteln, die Zirkulation zwischen Kapital und Kapital, wie *Marx* sagt, zum hauptsächlichen Agens für die Erweiterung der kapitalistischen Produktion wird und sie so lange stimuliert, bis schließlich die kapitalistischen Grenzen ihrer Ausdehnung zutage treten.“²⁷

Die Wirkung der Reproduktion des fixen Kapitals im Zyklus hängt eng mit den stofflichen Eigenschaften der Investitionsgüter zusammen. So verweist *Katzenstein* darauf, daß im Zuge der erweiterten Reproduktion – im Gegensatz zum reinen Ersatz – auch jene Arbeitsmittel eingeschlossen sind, „die nur als allgemeiner Rahmen der Produktion dienen“²⁸, also Gebäude, Kommunikationseinrichtungen usw. Die Wirkung der Investitionen auf den Widerspruch Produktion-Markt und damit auf die zeitweilige Krisenlösungsfunktion der Akkumulation von fixem Kapital hängt nun eng mit der unmittelbaren Bedeutung der Kapitalanlagen für die Produktionskapazitäten zusammen.

„Ein großer Teil des konstanten Kapitals, nämlich das fixe Kapital, kann aus

26 Der Internationale Währungsfonds registriert für die 80er Jahre ein rückläufiges Importvolumen der Entwicklungsländer. IMF, World Economic Outlook, Washington DC, April 1986, S. 66.

27 Robert Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Westberlin 1974, S. 23.

28 Ebd., S. 22.

solchem bestehen, das direkt im Produktionsprozeß zur Erzeugung von Lebensmitteln, Rohstoffen etc. geht oder entweder zur Abkürzung des Zirkulationsprozesses dient, wie Eisenbahnen, Straßen . . . , oder zum Aufbewahren . . . von Waren, wie Docks . . . , oder aber erst nach langer Reproduktionszeit die Fruchtbarkeit vergrößert, wie Nivellierungsarbeiten, Abzugskanäle etc. Je nachdem ein größerer oder kleinerer Teil des surplus produce auf eine dieser Arten capital fixe verwandt wird, werden die unmittelbaren nächsten Folgen für die Reproduktion von Lebensmitteln etc. sehr verschieden sein.“²⁹

Die Wirkungen auf die beiden Seiten des Gesamtproduktionsprozesses – Profitproduktion und Profitrealisierung – sind nun je nach ihrer Nähe zum unmittelbaren Produktionsprozeß (Vergrößerung der „Fruchtbarkeit“) höchst unterschiedlich. So bindet die Errichtung von allgemeinen Voraussetzungen der Produktion in großem Umfang Kapital, die Umschlagszeit ist lang, die Wirkung auf die Profitrate also tendenziell negativ. Auf der anderen Seite steigern solche Investitionen mit einer hohen Akzeleratorwirkung³⁰ die Nachfrage im Verhältnis zur damit verbundenen Erweiterung der Produktionskapazitäten, d. h., die Schranken der Konsumtionsfähigkeit werden damit hinausgeschoben, die Realisierungsbedingungen des Profits werden verbessert. Für die Stärke des Aufschwungs im Zyklus und damit auch die überzyklische Wachstumsdynamik ist dies aber der wesentliche Effekt: denn die tendenzielle Verschlechterung der Produktionsbedingungen des Profits wird in einer solchen Expansionsphase nicht manifest, die günstigen Realisierungsbedingungen verlängern die Periode des zyklischen Aufschwungs und damit auch die Möglichkeiten der Einzelkapitale, die steigenden Produktionskosten durch steigende Preise abzuwälzen. Phasen, in denen die Schaffung der allgemeinen Produktionsvoraussetzungen ein hohes Gewicht im Prozeß der Kapitalakkumulation besitzen, sind Phasen raschen Wachstums der Nachfrage und der Produktion, in denen die Krisen relativ kurz und die Aufschwungsperioden relativ lang sind.

Für die Bundesrepublik läßt sich zeigen, daß die fünfziger und teilweise auch noch die sechziger Jahre gekennzeichnet waren durch die Wieder- bzw. Neuerrichtung von produktionsbezogenen und konsumbezogenen allgemeinen Voraussetzungen des Akkumulationsprozesses.³¹ Während die Produktionsanlagen selbst nach dem Ende des zweiten Weltkriegs in Deutschland einen vergleichsweise hohen quantitativen und qualitativen Stand hatten, waren die Einrichtungen des Transport- und Nachrichtenwesens stark zerstört, fehlten vor allem in großem Umfang Wohnungen.³²

Die Akkumulation von fixem Kapital bezog sich in den ersten Jahren also vor allem auf den Baubereich.

29 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 492.

30 Der „Akzelerator“ beschreibt den Zusammenhang zwischen Konsumgüternachfrage und der dadurch induzierten Investitionsgüternachfrage. Die Akzeleratorwirkung einer bestimmten Konsumnachfragesteigerung ist um so höher, je größer der Kapitalkoeffizient (Kapitalstock/Produktmenge) und je länger die Lebensdauer der Anlagen.

31 Vgl. Jörg Goldberg, Strukturveränderungen, Wachstumsverlangsamung und Investitionen; in: Umbruch im Produktionsbereich?, Beiträge des IMSF Nr. 7, Frankfurt/M. 1985.

32 Werner Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1983.

Tabelle 3: Struktur der Bruttoanlageinvestitionen¹

	Ausrüstungen	Bauten	darunter: Wohnbauten	Unternehmen	Staat
1950	28,1	71,9	41,7	89,8	10,2
1955	29,4	70,6	41,5	89,3	10,7
1960	30,8	69,2	36,0	87,5	12,5
1965	32,9	67,1	32,5	82,7	17,3
1970	38,2	61,8	27,5	82,5	17,5
1975	37,5	62,5	28,3	81,2	18,8
1980	41,6	58,4	27,5	84,6	15,4
1985	41,6	58,4	28,1	87,6	12,4

¹ Zusammensetzung in Prozent, in festen Preisen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe, S. 7; Wirtschaft und Statistik, 3/1986

Der starke Rückgang des Anteils der Wohnungsbauinvestitionen in den sechziger Jahren wurde teilweise aufgefangen durch den Anstieg der staatlichen Investitionen (Gebietskörperschaften), die ebenfalls zu etwa 90 Prozent aus Bauinvestitionen bestehen. Die Strukturveränderungen im Akkumulationsprozeß von fixem Kapital in stofflicher Hinsicht beinhalteten also einen engeren Zusammenhang von Investitionsnachfrage und Kapazitätserweiterung, d. h., die Neuanlage von fixem Kapital verschiebt sich auf die stärker kapazitätswirksamen Ausrüstungsinvestitionen, wodurch die Disproportionalität des Gesamtproduktionsprozesses im Zyklus rascher hervortritt und ihre Überwindung langwieriger wird. „Der Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals wird also zu einer materiellen Grundlage des Aufschwungs der Produktion, aber zugleich auch ihrer widersprüchlichen Entwicklung. Eben dadurch aber wird er auch zu einer materiellen Grundlage ihres schließlichen Zusammenbruchs. Indem er die Entfaltung der Widersprüche der kapitalistischen Produktion stimuliert, wird er selbst zum wesentlichen Faktor einer Entwicklung, die schließlich den Umschlag in seinem eigenen Verlauf hervorbringt.“³³

Die Beendigung der Rekonstruktionsperiode nach dem zweiten Weltkrieg mit seinem Zurückbleiben der Bauinvestitionen – was wiederum mit der längeren Lebensdauer und Funktionsfähigkeit der Bauten im Gesamtproduktionsprozeß zusammenhängt – bindet also die Entfaltung der Widersprüche enger an die Funktion der Neuanlage von Kapital als Grundlage von zyklischen Aufschwüngen.

Die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Nachfrage- und Kapazitätseffekt der Akkumulation von fixem Kapital als wichtiges Moment der Entwicklungsdynamik im Zyklus ist abhängig vom Verhältnis zwischen Kapitalfixierung und Kapitalfreisetzung. Entscheidend ist hier die Tatsache, daß das fixe Kapital gebrauchswertmäßig (stofflich) ganz in den Arbeitsprozeß eingeht, wertmäßig aber nur nach Maßgabe des Anlagenverschleißes. Wertersatz und Stoffersatz beim fixen Kapital fallen auseinander. Der jährliche Produktenwert der Produktion, der

33 Robert Katzenstein, a. a. O., S. 24.

bei Gleichgewichtsbedingungen ebenfalls jährlich realisiert werden muß, enthält das jährliche Wertprodukt (also variables Kapital plus Mehrwert), das zirkulierende konstante Kapital und das fixe konstante Kapital. Nun ist der laufende stoffliche Ersatz des zirkulierenden konstanten Kapitals zur Aufrechterhaltung der Produktion auf der gleichen Stufenleiter notwendig, nicht aber der stoffliche Ersatz des fixen Kapitals. Die Nachfrage nach Gütern des fixen Kapitals kann – auch bei einfacher Reproduktion – größer, gleich oder kleiner sein als der Teil des Produktenwerts, der den anteiligen Wertverlust der Anlagegüter repräsentiert (Abschreibungen). Der Produktenwert kann dann nicht voll realisiert werden (zu den Werten), wenn die Nachfrage nach Gütern des fixen Kapitals unter den Abschreibungen, also dem entsprechenden Wertverlust der Anlagen, liegt. Dann übersteigt die Produktion die Nachfrage. Umgekehrt, wenn die Nachfrage nach Gütern des fixen Kapitals über den Abschreibungen liegt. Dann ist die Nachfrage – *ceteris paribus* – größer als die Produktion.

Marx verweist im zweiten Band des Kapitals auf die Wirkung des wechselnden Verhältnisses „zwischen absterbendem (zu erneuerndem) und in alter Naturalform fortwirkendem (bloß für Ersatz seines Verschleißes den Produkten Wert zusetzendem) fixem Kapital“ auf den Reproduktionsprozeß, ein Tatbestand, der ständige Überproduktion voraussetzt – was unter kapitalistischen Verhältnissen aber mit Krisen verbunden ist.³⁴

Für die Entwicklung in der BRD ist nun nachzuweisen, daß auf der einen Seite die Relation zwischen jährlichen Investitionen (= Nachfrage nach Gütern des fixen Kapitals), also Bruttoanlageinvestitionen und Abschreibungen, immer günstiger wird. Die folgende Tabelle zeigt, daß in den fünfziger Jahren die Bruttoanlageinvestitionen nur zu einem Drittel aus den Abschreibungen finanziert wurden. Diese Relation stieg in den sechziger Jahren auf über 40 Prozent und erreichte in der ersten Hälfte der achtziger Jahre Werte von über zwei Dritteln.

Gleichzeitig veränderte sich die Relation von Abschreibungen zu Anlageabgängen, wobei die Abschreibungen zunächst bedeutend rascher anstiegen als die vom Statistischen Bundesamt auf der Grundlage bestimmter Lebensdauerschätzungen berechneten Anlagenabgänge. Für unseren Argumentationszusammenhang bedeutet das: Bis Mitte der sechziger Jahre sinkt die Relation zwischen absterbendem (zu erneuerndem) fixem Kapital und dem Teil des Produktenwerts, der den jährlichen Verschleiß repräsentiert. Oder: Die Reinvestition der Abschreibungen (wodurch ja lediglich ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Markt hergestellt würde) beinhaltet eine Erweiterung des Produktionsapparates in ständig wachsendem Ausmaß. Erst ab Mitte der sechziger Jahre steigt die Relation zwischen Anlagenabgängen und Abschreibungen wieder etwas an, aber weiterhin wird der Produktionsapparat schon durch die bloße Reinvestition der Abschreibungen stark erweitert. Dabei ist in Erinnerung zu behalten, daß infolge des sinkenden Bauanteils der Kapazitätseffekt der Investitionen ebenfalls tendenziell wächst.³⁵

34 Karl Marx, Das Kapital, 2. Bd., S. 464.

35 Das Statistische Bundesamt berechnet Anlagenabgänge und Abschreibungen auf der Grundlage von Lebensdauerschätzungen, berücksichtigt bei Krisenbranchen z.T. Sonderabgänge. Bei diesen

Tabelle 4: Anlageinvestitionen, Abschreibungen und Anlagenabgänge der Unternehmen

	(1) BAI	(2) NAI	(3) Abschr.	(4) (3) % (1)	(5) Abgänge	(6) (5) % (3)
1950	16,7	9,4	7,4	44,0	6,7	90,9
1955	37,7	25,5	12,2	32,3	8,8	72,0
1960	63,9	41,6	22,2	34,8	11,7	52,6
1965	99,0	58,2	40,8	41,2	18,5	45,4
1970	141,0	77,1	63,8	45,3	31,3	49,0
1975	169,7	88,1	108,6	64,0	55,2	50,8
1980	282,8	121,3	161,5	57,1	87,6	54,3
1985	316,9	99,6	217,2	68,5	122,5*	56,4

1) Bruttoanlageinvestitionen zu jeweiligen Preisen in Mrd. DM

2) Nettoanlageinvestitionen zu jeweiligen Preisen in Mrd. DM

3) Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen in Mrd. DM

4) Abschreibungen in Prozent der BAI

5) Anlagenabgänge zu Wiederbeschaffungspreisen in Mrd. DM

6) Anlagenabgänge in Prozent der Abschreibungen

* Für 1985 geschätzt

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe, S. 7; Wirtschaft und Statistik, 3/1986; eigene Berechnungen

Fragt man nach dem Umfang der Akkumulation, d. h. nach dem Teil des in (fixes) Kapital verwandelten Wertprodukts, so ergibt sich auf der Grundlage der Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) folgende Relation: Für den Unternehmenssektor kann von der Bruttowertschöpfung ausgegangen werden, welche um die darin noch enthaltenen Abschreibungen bereinigt werden müßte. Man erhält dann eine Nettowertschöpfung der Unternehmen, die allerdings nicht identisch ist mit der gleichlautenden Kategorie der VGR, da dort noch die Produktionssteuern abgezogen werden – eine für unseren Zweck (die Ermittlung des Wertprodukts) nicht brauchbare Operation. Aus den Nettoinvestitionen und der so definierten Nettowertschöpfung der Unternehmen errechnet sich nun der in Form von fixem Kapital akkumulierte Teil des Wertprodukts: Die Relation steigt zunächst von 11,6 Prozent 1950 auf 16,9 Prozent 1960, sinkt auf 15,7 Prozent 1970, 12,0 Prozent 1980 und 9,6 Prozent 1983.³⁶ Tatsächlich wird, seit Mitte der sechziger Jahre, ein sinkender Teil des Wertprodukts in Form von fixem Kapital akkumuliert.

Deutlicher wird diese Problematik bei einem Vergleich zwischen dem Kapitalstock der Unternehmen (als Ausdruck der Produktionskapazität) und den Bruttoanlageinvestitionen als Ausdruck der Nachfrage nach Investitionsgütern. Eine steigende Nachfrage nach Investitionsgütern dient dabei zunächst zur besseren

Schätzungen wird ein gleichmäßiger Anlagenabgang zugrunde gelegt, die besondere Rolle von zyklischen Krisen kommt dabei nicht zum Ausdruck. Vgl. Liane Schmidt, Reproduzierbares Anlagevermögen in erweiterter Bereichsgliederung, Wirtschaft und Statistik 7/1986.

³⁶ Berechnet nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe, S. 7.

Auslastung des Kapitalstocks, stimuliert also das Wirtschaftswachstum (Nachfrageeffekt), bewirkt aber mit einer Zeitverzögerung dessen Vergrößerung (Kapazitätseffekt).

Tabelle 5: Zuwachsraten von Kapitalstock und Investitionen der Unternehmen

Jahresdurchschnitte	(1) KSt.	(2) BAI	(3) BWsch.	(4) KKo
1950/1960	5,6	9,1	8,2	-2,9
1960/1970	5,6	3,9	4,6	0,8
1970/1980	4,0	1,9	2,9	1,1
1980/1985	3,0	0,0	1,5	1,5

1) Kapitalstock in festen Preisen, Zuwachs in Prozent

2) Bruttoanlageinvestitionen in festen Preisen, Zuwachs in Prozent

3) Bruttowertschöpfung in festen Preisen, Zuwachs in Prozent

4) Kapitalkoeffizient als Verhältnis von Kapitalstock zu Bruttowertschöpfung in festen Preisen, Veränderung in Prozent

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe, S. 7

Es zeigt sich, daß die Bruttoanlageinvestitionen seit den sechziger Jahren deutlich langsamer als der Kapitalstock gewachsen sind – aber auch langsamer als die Bruttowertschöpfung. Selbst wenn man einen tendenziell ansteigenden Kapitalkoeffizienten in Rechnung stellt (der hier benutzte faktische Kapitalkoeffizient wird nicht nur durch die technologische Relation – wieviel Bruttoanlagevermögen ist notwendig zur Erzeugung einer bestimmten Produktmenge –, sondern auch durch den tendenziell gesunkenen Auslastungsgrad beeinflusst), wächst das Produktionspotential, d. h. die Produktionskapazität, rascher als die Bruttoanlageinvestitionen, also die Nachfrage nach Gütern des fixen Kapitals. In der Tendenz erweitert also eine bestimmte Investitionssumme (Nachfrageeffekt) das Produktionspotential (Kapazitätseffekt) stärker, der Widerspruch zwischen den beiden Momenten der Akkumulation von fixem Kapital wird enger.

Diese skizzierte Entwicklung ist eine unter kapitalistischen Bedingungen „naturwüchsige“ Tendenz des Akkumulationsprozesses: Ein sich beschleunigender Prozeß der Akkumulation von fixem Kapital produziert in wachsendem Umfang Schranken für die Produktion und für die Realisierung von Profit, Schranken, die nur durch eine weitere Beschleunigung des Akkumulationstempos überwunden werden könnten. Unter allgemein günstigen Realisierungsbedingungen ist eine Zunahme des Akkumulationstempos auch bei sich tendenziell verschlechternden Produktionsbedingungen des Profits die den Einzelkapitalen adäquate „Lösung“ – erst wenn Realisierungsprobleme hinzukommen, ist dieser Ausweg versperrt. In der Bundesrepublik sind die veränderten Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals die Grundlage für zyklisch wachsende Realisierungsprobleme, für tiefere Krisen, schwächere Aufschwünge und eine insgesamt verlangsamte Wachstumsdynamik.

Eine erneute Belebung der Akkumulationsdynamik könnte die Folge erneuter Veränderungen der Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals sein, wie sie im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Technologien bereits im Ansatz sichtbar sind. Es wurde bereits an anderer Stelle die These entwickelt, daß der - bezogen auf die Produktmenge - kapitalsparende Charakter der neuen Technologien im Gegenteil dazu führt, daß der Zusammenhang zwischen Nachfrage- und Kapazitätseffekt der Akkumulation von fixem Kapital noch enger wird.³⁷ Der Kapazitätseffekt einer bestimmten Investition nimmt tendenziell zu, die Einführung der neuen Techniken verlangt zwar große Investitionen, welche aber gleichzeitig sehr stark produktionswirksam sind und die Produktionskapazitäten ausdehnen. „Die technischen Neuerungen der 80er Jahre resultieren aus der Anwendung der Mikroelektronik. Kapitalsparende Effekte können aufgrund der der Mikroelektronik innewohnenden Tendenz zur raschen Verbilligung und zur Miniaturisierung erwartet werden. Dies ist jedoch nicht der einzige Grund: Die mit der elektronischen Steuerung verbundene höhere Auslastbarkeit der Anlagen pro Zeiteinheit (Erhöhung der Maschinenlaufzeiten) führt ebenfalls zu einer Senkung des Kapitaleinsatzes je Produkteinheit.

Last, but not least, sind durch die neuen Techniken erstmals Automatisierungsmöglichkeiten für die Mittel- und Kleinserienproduktion und damit für die Herstellung von Kapitalgütern selbst erschlossen worden. Die Verbilligung der Kapitalgüter durch den Einsatz der neuen Automatisierungstechniken ist der kapitalsparende technische Fortschritt per se.“³⁸ Obwohl eine abgesicherte empirische Untermauerung dieser These noch nicht möglich ist – der Durchsetzungsprozeß der neuen Techniken befindet sich erst in den Anfängen – sprechen doch die bisherigen Erfahrungen und vorhandenen Beispiele für den eher kapitalsparenden Charakter der neuen Technologien: Es handelt sich um Rationalisierungstechniken, durch die traditionelle Produktionslösungen durch billigere Verfahren ersetzt werden, ohne daß zusätzliche Investitionen mit entsprechenden Beschäftigungseffekten absehbar wären.

Die zyklisch beschleunigte Akkumulation stößt in dem Maße rascher an die Grenzen der beschränkten Absatzmöglichkeiten, wie der Zusammenhang zwischen Nachfrageeffekt und Kapazitätseffekt der Akkumulation von fixem Kapital enger wird. In diesem Sinne ist also die Zunahme der Krisenhaftigkeit

37 Vgl. z. B. Jörg Goldberg, Die Perspektiven der Akkumulation von fixem Kapital. Ökonomische Tendenzen bis zum Jahr 2000; in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 9/1985, S. 218 ff. Emil Rechtziegler, Die neue Stufe der Produktivkraftentwicklung und das Wirtschaftswachstum in den kapitalistischen Hauptländern; in: IPW-Forschungshefte 1/1986, Ergänzungsband, S. 8 ff.

38 Wolfgang Gerstenberger, Technische Neuerungen und Höhe der Investitionsausgaben; in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/1986, S. 159/60. Dem Hinweis z. B. von Hess, daß die Einführung der neuen Technologien gewaltige Kapitalvorschüsse erfordert, ist zuzustimmen. Entscheidend für den hier betrachteten Zusammenhang ist aber, daß die Effektivität der Anlagen noch stärker wächst als der notwendige Kapitalaufwand, daß die Lebensdauer der Anlagen sinkt und der Zusammenhang zwischen Produktion und Markt damit enger wird. Vgl. Peter Hess, Wissenschaftlich-technische Revolution und Akkumulation des Kapitals; in: IPW-Berichte, 2/1986, S. 13 ff.

des Akkumulationsprozesses und die daraus resultierende überzyklische Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ein Vorgang, der im Kern aus den sich verändernden Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals selbst abgeleitet werden kann. Darüber hinaus erschwert die zunehmende Weltmarktkonkurrenz, insbesondere der Ausbau der Position Japans, die Ausdehnung der äußeren Absatzfelder.

3. Abschwächung der Akkumulationsdynamik und die Reaktion des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die gegenwärtig zu beobachtenden sozialökonomischen Umbruchprozesse sind also zunächst nicht als Folge besonderer Ereignisse der siebziger Jahre – wie z. B. der „Ölkrise“ – zu interpretieren. Es geht vielmehr darum, daß das Kapital neue Strategien entwickelt, um mit einer deutlich verlangsamten Akkumulationsdynamik fertig zu werden. Im folgenden wird jedoch zu zeigen sein, daß dadurch die Widersprüche im Gesamtproduktionsprozeß noch vertieft, daß neue gesamtwirtschaftliche Wachstumsspielräume nicht erschlossen werden. Die anhaltende Krisenhaftigkeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen muß dabei als Unfähigkeit des staatsmonopolistischen Regulierungssystems definiert werden, das Aufbrechen von Widersprüchen und Disproportionen unter der Bedingung niedrigerer Wachstumsdynamik zu verhindern. Die bislang zu beobachtenden Reaktionsmuster der Einzelkapitale und des kapitalistischen Gesamtsystems in seiner im Kern staatsmonopolistischen Struktur erweisen sich als ungeeignet, neue ökonomische und soziale Gleichgewichtsverhältnisse herzustellen, die Spielräume für eine erneute Belebung der kapitalistischen Akkumulationsdynamik bieten.

Der Versuch einer erneut beschleunigten Akkumulation des Gesamtkapitals zur zeitweiligen Überwindung der Schranken des Gesamtproduktionsprozesses scheiterte schon in den sechziger Jahren sowohl an den Verhältnissen auf dem Weltmarkt als auch an den veränderten Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals selbst. Die Überwindung der Krise von 1966/67 durch eine wirtschaftspolitisch stimulierte allgemeine Expansion von Produktion und Investitionen führte sehr rasch zu neuen Disproportionen im Gesamtproduktionsprozeß und in die tiefe Krise von 1974/75. Es zeigte sich, daß ein solch „expansiver“ Weg der Krisenüberwindung unter den herrschenden Bedingungen nicht mehr gangbar war, gleichzeitig eröffnete die Krise von 1974/75 den Weg für andere Strategien.

3.1 Lohnkosten und Sozialabbau

Es entspricht der Reaktionsweise der Einzelkapitale, auf sich zuspitzende Verwertungsschwierigkeiten mit einer Strategie der Kostensenkung zu reagieren. Dabei stehen die Lohnkosten – als direkte und indirekte Personalkosten – im Vordergrund. Zunehmende Arbeitslosigkeit eröffnete seit Mitte der siebziger Jahre Spielräume für einen Umverteilungsprozeß, der sowohl den Indivi-

duallohn als auch die gesellschaftlich vermittelten Lohnbestandteile erfaßt hat. Es gelang, den Anstieg der Reallöhne zu stoppen und diese sogar herabzusetzen. Gleichzeitig gelang es, die Finanzierungsstrukturen der öffentlichen Haushalte – bei gesenktem Sozialleistungsniveau – deutlich zu verschieben. Als Ausdruck dieser Tendenz kann die Nettolohnquote gewählt werden: Sie gibt darüber Auskunft, welcher Teil des Volkseinkommens in Form von Löhnen und Gehältern den Lohnabhängigen zufließt. (Tab. 6)

Tabelle 6: Lohnquoten¹

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Nettolohn- und -gehaltssumme	
	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote
1960	60,1	60,1	43,7	43,7
1970	68,0	62,9	45,0	41,7
1975	73,1	66,1	44,2	40,0
1979	71,5	63,4	41,9	37,2
1980	73,5	64,9	42,4	37,5
1981	74,4	65,6	42,6	37,6
1982	73,8	65,2	41,8	37,0
1983	71,8	63,7	40,0	35,5
1984	70,8	62,8	38,9	34,5
1985	69,9	62,0	37,8	33,5
1986	69,5	61,5	37,5	33,3

1) Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen

2) Bei konstant gehaltenem Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen 1960.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1; Wirtschaft und Statistik, 1/1986; Jahrgutachten 1985/86 des Sachverständigenrates, S. 53; DIW-Wochenbericht 1/2-1986 (Prognose)

Diese „Erfolge“ sind um so stärker zu gewichten, als sie vor dem Hintergrund sehr langsamer Wachstumsraten erreicht wurden, das zur Verteilung gelangende Volkseinkommen also krisenhaft gedrückt blieb. Bemerkenswert ist, daß im Zyklus 1982–1986 die Umverteilungsprozesse in allen Phasen fortgesetzt werden, ein Anstieg der Lohnquote auch in der Spätphase des Aufschwungs nicht mehr durchgesetzt werden konnte. Dies beinhaltet ein wichtiges Moment der Deformation des Zyklus. Lediglich der starke Verfall der Erdölpreise ab Ende 1985 sorgte dafür, daß es schließlich 1986 doch noch zu einer deutlichen Belebung des privaten Konsums gekommen ist. Dadurch dürfte der Wendepunkt zu einer neuen Krise hinausgeschoben worden sein.

Einen Eindruck von den Veränderungen in der Kostenposition der Löhne und Gehälter vermitteln die Veränderungen des Anteils der Löhne und Gehälter am Umsatz der Industrie (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe). (Tab. 7)

Tabelle 7: Lohnkosten in der Industrie

	Lohn- und Gehaltsumme in % vom Umsatz
1950	19,0
1955	17,8
1960	18,9
1965	21,8
1970	23,8
1975	24,9
1980	21,5
1984	19,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Wiesbaden 1972; Statistisches Jahrbuch, ff.

Vor allem in den achtziger Jahren wurden die Lohnkosten drastisch gesenkt. Die Lohnkosten je Umsatzeinheit im Produzierenden Gewerbe sanken von einem Index 1980 = 100 auf etwa 90 im Jahre 1985.³⁹ In engem Zusammenhang damit steht ein Wechsel des sozialpolitischen Grundmusters. Neben einer quantitativen Reduktion der Sozialleistungen, dem massiven Sozialabbau, steht der Abbau kollektiver Schutznormen im Sozial- und Arbeitsrecht, der Versuch, eine Parzellierung und Individualisierung der sozialen Beziehungen überhaupt zu verankern.⁴⁰ Hier sind das Kapital und die Regierung allerdings bislang auf harten Widerstand der Arbeiterbewegung gestoßen, die „Vermarktung“ der Sozialpolitik ist bislang noch nicht durchgesetzt worden. Die dauerhafte, überzyklische Massenarbeitslosigkeit wird in dem Sinne funktionalisiert, als die damit verbundene verschärfte Konkurrenz um den Arbeitsplatz dem Kapital in allen Phasen des Zyklus ein Übergewicht verschafft.

3.2 Rationalisierung und der Charakter der neuen Technologien

In einem engen Zusammenhang mit der Senkung der Lohnkosten steht der forcierte Einsatz der neuen Technologien als ein weiteres zentrales Reaktionsmuster der Einzelkapitale auf die veränderten Verwertungsbedingungen. Alle Krisen sind Ausgangspunkte für die Neuanlage von fixem Kapital, welches den neuesten Stand der Technik inkorporiert. Die Besonderheit ab Mitte der siebziger Jahre wird aber nicht nur durch die besondere Tiefe der Krisen, sondern auch durch den veränderten Charakter der neuen Technologien charakterisiert. Im Mittelpunkt des Technikeinsatzes im Ausgang der zyklischen Krisen steht die Senkung der Produktionskosten, weniger die Entwicklung von neuen Konsumgütern. Prozeß- und Produktinnovationen verflechten sich natürlich miteinander, im Prozeß der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist aber hervorzuheben, daß die Umwälzung der Produktionsprozesse im Vorder-

39 Deutsche Bundesbank, Beihefte Reihe 4, lfd.

40 Vgl. die Bilanz der Sozialpolitik von Arthur Böppele, „Sozialstaat“ im Abbruch, Frankfurt/M. 1986.

grund steht. Ob es in der Folge der forcierten Rationalisierung der Produktionsverfahren auch zu den erhofften „Produktinnovationen“ auf der Ebene der Endnachfrage kommt – dies hängt vor allem davon ab, wie die Dynamik des Gesamtprozesses sich entwickelt.

Als Ergebnis forciertener Rationalisierung war vielfach erwartet worden, daß es zu einer tendenziell beschleunigten Entwicklung der Arbeitsproduktivität kommt. Dies ist auf der statistischen Erscheinungsebene bislang jedoch nicht nachweisbar: Bezogen auf die Stundenproduktivität hat sich die Entwicklung eher etwas verlangsamt. Dabei ist bei Betrachtung des verarbeitenden Gewerbes bzw. der einzelnen Branchen eher eine Kontinuität der Entwicklung der Arbeitsproduktivität festzustellen. Allerdings ist die Entwicklung der Produktivität auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene ebenfalls relevant: Die Anwendung der neuen Technologien ist mit einer Differenzierung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers verbunden, der eine Ausweitung der produktionsbezogenen Dienstleistungen (Planung, FuE, Beratung, Disposition usw.) beinhaltet, so daß die Abgrenzung der Branchen solche Veränderungen nicht adäquat erfaßt.

Ohne daß diese Problematik hier ausführlich diskutiert werden kann, ist aber festzuhalten, daß das Wachstumstempo der Produktion ebenfalls ein wichtiger Bestimmungsgrund der Produktivitätsentwicklung ist, je rascher das Wachstum, desto leichter fällt die Auslastung des angewandten Potentials an lebendiger Arbeit. Die relativ stabile Entwicklung der Arbeitsproduktivität bei stark verlangsamttem Wachstum – als Produktions-/Produktivitätsschere diskutiert⁴¹ – signalisiert insgesamt also durchaus produktivitätssteigernde Wirkungen der neuen Produktionsverfahren. Die neuen Technologien entfalten ihre produktivitäts- und kapazitätssteigernden Wirkungen schon bei Implementation in die bestehenden Strukturen des Produktionsapparates. So gelingt es, durch den verstärkten Einsatz der Rationalisierungstechnologien die Produktionskosten zu senken und die Produktionsbedingungen des Profits deutlich zu verbessern. Dies bewirkt jedoch keine durchgehende Belegung des Gesamtproduktionsprozesses, weil es zu keinem zyklischen Ausgleich des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt kommt.

Die Rationalisierung der Produktion führt zur Freisetzung von lebendiger Arbeit auch in gesamtwirtschaftlichen Dimensionen, da sie sehr rasch kostenwirksam wird. Der Typ des technischen Fortschritts ist also entscheidend: Die Rationalisierung ist nicht verbunden mit einer „Verlängerung der Produktionsumwege“. Wäre das der Fall, dann würde es in der Tat zunächst zu einer Überkompensation der Freisetzungswirkungen der neuen Technologien kommen. Bevor diese ihre Rationalisierungswirkungen entfalten könnten, müßte die entsprechende Maschinerie produziert werden. Es müßte also zunächst zu einer kräftigen Expansion der Produktion in den Investitionsgüterbereichen kommen, d. h., dort würde auch die Beschäftigung expandieren. Die These vom „joblosen“ Wachstum drückt also gleichzeitig einen Typ von technischem Fortschritt aus, der auch kapitalsparend ist. Diese Problematik wird

41 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '86, Köln 1986, S. 89 ff.

beleuchtet durch die Prognose des Prognos-Instituts bis zum Jahre 2000. In ihrer „mittleren Variante“ geht sie von einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 2,5 Prozent jährlich (1982–2000) und einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Stundenproduktivität um 3,5 Prozent jährlich (Arbeitszeitverkürzung um 1 Prozent jährlich) aus, wobei eine gewisse Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den 90er Jahren angenommen wird.⁴²

Auf dieser Grundlage werden folgende Eckdaten der VGR angenommen:

Tabelle 8: Verwendung des Sozialprodukts in festen Preisen

	1970	1980	1990	2000
Priv. Verbrauch	54,4	56,4	53,9	55,1
Staatsverbrauch	18,4	19,6	18,0	16,7
Priv. Anlageinvest.	19,9	18,2	19,4	20,0
Staatl. Anlageinvest.	4,2	3,3	2,4	2,3
Investitionsquote insgesamt	24,1	21,5	21,8	22,3
Außenbeitrag	1,0	1,4	5,6	4,9

Quelle: „Die Zukunft der Arbeitslandschaft“, Bd. 2, S. 56

Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote soll in diesem Modell gegenüber 1980 nur geringfügig zunehmen, wobei allerdings mit einer Verlagerung der Investitionsstrukturen zu Lasten der Bauinvestitionen (vor allem Wohnbauten) gerechnet wird. Nur durch eine kräftige Steigerung des Außenbeitrags kommt es in diesem ausgesprochen antietatistischen Modell zu einem rechnerischen Reproduktionsgleichgewicht.

Ein wichtiger Aspekt ist hierbei auch der stark materialsparende Charakter der neuen Technologien: Die überwiegend sehr investitionsintensiven Grundstoffindustrien verlieren in diesem Modell stark an Produktionsanteilen, was den gesamtwirtschaftlichen Investitionsbedarf und den Kapitalkoeffizienten drückt.

Ein zugleich arbeits- und kapitalsparendes Akkumulationsmodell, welches sowohl die Arbeitsproduktivität zumindest im bisherigen Tempo erhöht, gleichzeitig aber die Anlagenproduktivität zumindest stabilisiert, ist mit einem relativen Preisverfall der Produktpreise verbunden, welcher, entsprechend der Konzentration der neuen Technologien auf den Bereich der Produktionsverfahren, vor allem zu einem relativen Preisverfall der Investitionsgüter führt. Unter der Bedingung monopolistisch strukturierter Märkte entfaltet sich dieser im Prinzip markterweiternde Effekt aber nur begrenzt. Der rasche technische Fortschritt vollzieht sich überwiegend nicht im Rahmen des Konkurrenzkampfes selbständiger Einzelkapitale, d. h. im Zuge der Verdrängung relativ zurückgebliebener Betriebe durch innovative, dynamische Unternehmen, sondern im Rahmen der Konzerne selbst.

⁴² Rothkirch/Weidig, a. a. O., S. 30.

Während im „Konkurrenzmodell“ die technologisch zurückbleibenden Kapitale vernichtet werden, ihre Ansprüche auf Kapitalersatz und Anteil am produzierten Profit also untergehen, die Produktionskosten und Preise zunehmend auf das Niveau der innovativen Produktionsverfahren gesenkt werden, vollzieht sich dieser Prozeß der technologischen Umwälzung unter monopolistischen Bedingungen anders. Hier werden die Kosten der Kapitalvernichtung im Rahmen forcierten Einsatzes neuer Technologien auf die Produktpreise aufgeschlagen, d. h., die kostensenkenden Wirkungen der Rationalisierung entfalten sich erst verzögert.

Die Erweiterung der Abschreibungsmöglichkeiten insbesondere für Investitionen, die mit Forschung und Entwicklung verbunden sind, aber auch für ältere Anlagen (Gebäude), soll diesen Prozeß stimulieren. Die Abschreibungskosten bilden einen Teil der Produktionskosten und damit der Preiskalkulation.

Zudem geht es auch darum, über Senkung der Steuerbelastung den Akkumulationsprozeß auf diese Weise zu stimulieren: Indem Teile der mit dem forcierten Einsatz neuer Technologien verbundenen Kapitalvernichtungskosten staatlich übernommen werden, soll das Ausscheiden der älteren Anlagen stimuliert werden. Die gesamtwirtschaftliche Wirkung aber ist ähnlich wie bei der Überwälzung der Kapitalvernichtungskosten über die Preise: Hier wird nicht die Kaufkraft der Endverbraucher, sondern die des Staates ausgehöhlt, und damit ebenfalls der potentiell markterweiternde Effekt der neuen Technologien. Die Vorrangstellung der großen Unternehmen im Innovationsprozeß spiegelt sich dementsprechend in einer besseren Ausstattung mit internen Finanzierungsmitteln wider, die allerdings in den Bilanzen als Kostenbestandteile erscheinen.⁴³

3.3 Neue Momente im Zentralisationsprozeß des Kapitals

Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Herausbildung von strukturell dominierenden Monopolpositionen mit systematischen Verwertungsvorteilen sind klassische Reaktionsmuster des Kapitals auf Krisen und Verwertungsschwierigkeiten. Obwohl darauf hinzuweisen ist, daß die Krise von 1974/75 bereits im Rahmen eines vollentwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus ausbrach, hat sich der quantitativ erfaßbare Konzentrationsprozeß eher beschleunigt.

Ein Indikator dafür sind die Unternehmensfusionen einerseits und die Insolvenzen andererseits.

43 Siehe die Darstellung in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '84, Teil B, Schwerpunktthema I, Vorlauf der Akkumulation – Schwäche des Verbrauchs, Köln 1984, S. 293 ff.

44 Vgl. die Darstellung der entsprechenden Ableitungsdebatte bei Heinz Jung, *Deformierte Ver gesellschaftung*, Frankfurt/M. 1986, S. 69 ff.

Tabelle 9: Insolvenzen und Fusionen

	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Insolvenzen	4201	9195	9144	11653	15877	16056	16760	18876
Fusionen	305	448	635	618	603	506	575	709

Quelle: Creditreform, Neuss; Bundeskartellamt lt. Presseberichten

Auch gemessen an den Umsatzanteilen der großen Unternehmen am industriellen Gesamtumsatz, hat sich der Konzentrationsprozeß weiter verstärkt. Das sechste Gutachten der Monopolkommission stellt im industriellen Bereich die Fortsetzung des Trends der Konzentrationsentwicklung fest. Starke Konzentrationstendenzen werden aber vor allem für den Bereich des Bank- und Versicherungskapitals registriert.

Tabelle 10: Umsatzanteile der jeweils zehn größten Unternehmen im Durchschnitt der Wirtschaftszweige¹

1954	1960	1968	1970	1973	1975	1977	1980	1983
31,1	33,5	38,5	40,9	41,8	42,3	43,9	43,4	44,2

1) Zahlen vor 1960 bzw. 1977 nicht voll vergleichbar

Quelle: Sechstes Hauptgutachten der Monopolkommission, 1984/85, Ziffer 290

Neben der Bildung großer, oft durch finanzkapitalistische Zusammenhänge organisierter Konzerngruppen steht seit Mitte der 70er Jahre die Zunahme der Zahl der kleinen und kleinsten Unternehmen vor allem im Dienstleistungsbereich und im Handel, deren Grundlage labil ist und die z.T. bestimmte Risikofaktoren der großen Konzerne übernehmen. Für den Innovationsprozeß, die Einführung der neuen Technologien, ist der Stand der Konzentration aber eine wichtige Voraussetzung: Nach allen vorliegenden Untersuchungen entfällt auf wenige Großkonzerne der Löwenanteil der Ausgaben der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung. Selbst eine Studie des Bundesforschungsministeriums, die eigentlich die Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen herausstellen möchte, ergibt, daß derzeit nur 13 bis 16 Prozent aller FuE-Ausgaben der Wirtschaft auf Unternehmen bis 500 Beschäftigte entfallen.⁴⁵

Die sich am Umsatz auf nationalem Maßstab orientierenden Konzentrationsmeßziffern erweisen sich allerdings angesichts qualitativer Veränderungen im Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals zunehmend als ungeeignet, die wirklichen Dimensionen der Monopolbildung zu erfassen. Zwei Momente seien im folgenden etwas näher betrachtet:

- die Internationalisierung der Monopolbildung,
- die zunehmend finanzkapitalistische Dimension der Konzernstrukturen.

⁴⁵ Handelsblatt v. 13./14. 6. 1986.

3.3.1 Internationalisierung

Ein zentraler Reaktionsmechanismus des Kapitals auf die anhaltenden Krisenerscheinungen bildet die Internationalisierung von Kapital, Produktion und Absatz.

Eine neue Dimension wurde in den 70er und 80er Jahren in der Internationalisierung auf der Ebene der Produktion erreicht: Die Zahl der Beteiligungsverhältnisse an Produktionsunternehmen im Ausland erhöhte sich von 389 vor 1961 bis auf 3703 im Jahre 1983. Vor allem seit dem Beginn der siebziger Jahre wurde die Auslandsproduktion massiv ausgebaut, besonders stark in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Die Zahl der Beschäftigten in Auslandsproduktionen stieg von 75 000 1961 auf 1 182 000 1983. Auch hier war der Zuwachs in den siebziger Jahren, insbesondere in der zweiten Hälfte, besonders kräftig: Zwischen 1975 und 1979 stieg die Zahl der Auslandsbeschäftigten um fast 450 000.⁴⁶

Die Ausdehnung des Warenexports und der Auslandsproduktion führte in den letzten Jahren dazu, daß die größeren Industriekonzerne in der Regel mehr als die Hälfte ihrer Produktionen im Ausland realisierten: So erzielten die 20 größten Industriekonzerne 1984 einen Gesamtumsatz (Welt) von knapp 480 Milliarden DM, davon wurden mehr als 290 Milliarden oder 61,4 Prozent im Ausland⁴⁷ realisiert.

Die Internationalisierung der Reproduktionsbedingungen der dominierenden Einzelkapitale ist Grundlage zum Verständnis zahlreicher neuer Momente auch in der staatlichen Wirtschaftspolitik. Wichtig ist, daß das Gleichgewicht im Gesamtproduktionsprozeß, das „gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht“ des „Stabilitätsgesetzes“ von 1967, für die Reproduktion des Monopolkapitals nur noch eine eingeschränkte Bedeutung besitzt, was allerdings nicht heißt, daß die nationale Basis dieses Kapitals an Bedeutung verliert. Es geht lediglich darum, daß Realisierungsbedingungen, Finanzierungsverhältnisse und Preisrelationen im nationalen Rahmen an Stellenwert verlieren. Auf der anderen Seite wird die nationale Wirtschaftspolitik stärker denn je in den 37 Dienst der in internationale Dimensionen strebenden Monopole gestellt: Modernisierung mit Weltmarktorientierung ist wegen der zunehmenden Angewiesenheit der dominierenden Einzelkapitale auf den Weltmarkt Kernpunkt der wirtschaftspolitischen Neuorientierung nach 1974/75.

3.3.2 Kreditsektor und Leihkapital

Der wachsende Stellenwert des Kreditsektors für den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß, die engen Zusammenhänge zwischen industrieller Tätigkeit und Geldkapitaloperationen sind auf mehreren Ebenen sichtbar. Erwähnt werden soll hier nur die wichtige Rolle der Banken und Versicherungen für den Prozeß der Monopolbildung bzw. der Strukturveränderung des Monopolkapitals, wie sie in der BRD in den Fällen der AEG und des Ver-

46 Fröbel/Heinrichs/Kreye, Umbruch der Weltwirtschaft, Hamburg 1986, S. 233 bzw. S. 226.

47 Berechnet nach IPW-Bericht 3/1986.

kaufs der Flick-Anteile zum Ausdruck gekommen ist. Es gibt kaum einen erwähnenswerten Fall, in dem solche Veränderungen der Kapitalstrukturen ohne die lenkende Hand des Kreditkapitals erfolgt sind. Für den hier betrachteten Zusammenhang ist ein weiteres Moment der strategischen Anpassung der monopolistischen Einzelkapitale an die veränderten Reproduktionsbedingungen des Gesamtkapitals wichtiger: die Verstärkung der Geldkapitalanlagen der Unternehmen des produzierenden Bereichs als Quelle des explosiv expandierenden monetären Sektors insbesondere in den achtziger Jahren.⁴⁸

Bei den Aktiengesellschaften des Produzierenden Gewerbes (ca. 750 Unternehmen) überstieg das Finanzvermögen (Finanzanlagen, Forderungen, flüssige Mittel) 1984 den Umfang des Sachvermögens.⁴⁹ Bei den großen Industriekonzernen liegt die Selbstfinanzierungsquote überwiegend deutlich über hundert Prozent, trotz beträchtlicher Investitionsanstrengungen in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien.

Dies ist die Kehrseite des eingangs beschriebenen Prozesses der Strukturveränderung bei der Reproduktion des fixen Kapitals: der kapitalistische Gesamtproduktionsprozeß setzt in zunehmendem Maße Geldkapital frei, das neue Anlagesphären sucht und in der Sphäre des z. T. spekulativ angelegten Leihkapitals findet. Dies begründet die wachsende Labilität dieses Sektors und teilweise auch den hohen Realzins quasi als Risikoprämie. Im produzierenden Bereich gibt es einen strukturellen Überschuß von Kapital, der sich dort wegen der skizzierten Widersprüche im Gesamtproduktionsprozeß nicht mehr verwerten kann.

Bei den großen Konzernen scheint diese Entwicklung noch krasser verlaufen zu sein, wie ein Vergleich des cash-flow (Gewinne, Abschreibungen, Veränderung der Rückstellungen) mit den Sachkapitalinvestitionen der 14 größten Industriekonzerne zeigt: nur noch ein Fünftel des cash flow dient der laufenden Investitionstätigkeit.⁵⁰ 73 Unternehmen der von der Monopolkommission untersuchten Gruppe der „100 Größten“ Konzerne ließen sich bezüglich des „Cash-Flow“ darstellen: diese 73 Unternehmen hatten 1984 einen Anteil von 16,1 Prozent der Wertschöpfung aller Unternehmen (ohne Kreditinstitute), sie wiesen aber einen Anteil von 27,6 Prozent des gesamten cash-flow der Unternehmen aus.⁵¹

Dieses Leihkapital lastet auf dem gesamten Reproduktionsprozeß, da es entsprechenden Profit beansprucht. Dieser Profit kann allerdings zeitweilig durch eine weitere Ausdehnung des Leihkapitals angeeignet werden. „Hohe Zinsrate kann gezahlt werden mit hoher Profitrate, aber abnehmendem Unternehmergewinn. Sie kann gezahlt werden – und dies ist z. T. der Fall in Zeiten der Spekulation – nicht aus dem Profit, sondern aus geborgtem Kapital selbst, und dies kann eine Zeitlang fort dauern.“⁵² Um solche „Zeiten der Spekula-

48 Memorandum '86, S. 66 ff.

49 Wirtschaft und Statistik, 5/1986.

50 Memorandum '86, S. 70.

51 Sechstes Hauptgutachten der Monopolkommission 1984/85, Ziffer 254 ff.

52 Ders., Das Kapital, 3. Bd., S. 528/29.

Tabelle 11: Unternehmensgewinne und Investitionen

	1960-64	1965-69	1970-74	1975-79	1980-84 ³
<i>Alle Unternehmen</i>					
1. Unternehmensgewinne (Mrd. DM)	515,1	676,9	907,5	1266,0	1571,2
2. Bruttoanlageinvestitionen (Mrd. DM)	385,8	511,8	839,3	1045,6	1471,6
3. Abschreibungen ² (Mrd. DM)	147,1	238,6	404,8	629,2	924,4
4. Nettoanlageinvestitionen (Mrd. DM)	238,7	273,2	434,5	416,4	547,2
5. (4) in % von (1)	46,3	40,4	47,9	32,9	34,8
<i>Produktionsunternehmen¹</i>					
6. Unternehmensgewinne (Mrd. DM)	408,8	533,5	728,9	981,3	1268,8
7. Bruttoanlageinvestitionen (Mrd. DM)	207,1	273,2	445,6	577,4	811,4
8. Abschreibungen ² (Mrd. DM)	95,2	152,0	257,2	397,5	574,5
9. Nettoanlageinvestitionen (Mrd. DM)	111,9	121,2	188,4	179,9	236,9
10. (9) in % von (6)	27,4	22,7	25,8	18,3	18,7

1 Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen, Wohnungsvermietung, Land- und Forstwirtschaft, Bundesbahn und Bundespost

2 Zu Wiederbeschaffungspreisen

3 z. T. vorläufige Ziffern

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13, Reihe S. 8, revidierte Ergebnisse 1960 bis 1984)

tion“ scheint es sich derzeit zu handeln, da die hohen Einkünfte aus Leihkapitalanlagen mit hohen Unternehmergewinnen einhergehen. Der hohe Realzins ist im Kern Ausdruck der Angebots-Nachfrageverhältnisse auf den Leihkapitalmärkten, wenn auch die monopolistische Struktur des Kreditsektors selbst und die zeitweilig an hohen Zinsen interessierte staatliche Wirtschaftspolitik diesen Prozeß beeinflußt.

Dem wachsenden, aus den relativen Kapitalüberschüssen beim industriellen Kapital resultierenden Angebot an Leihkapital steht eine ebenfalls im Zuge der veränderten Reproduktionsbedingungen des Gesamtkapitals zunehmende Nachfrage nach Leihkapital gegenüber:

– Kleine und mittlere Unternehmen benötigen wegen ihrer schmaleren Reproduktionsbasis zunehmend Leihkapital.

– Die Verlangsamung des Wachstums des Gesamtproduktionsprozesses und die wachsenden Anforderungen an den Staatshaushalt seitens des Kapitals bei zunehmender Militarisierung der internationalen Beziehungen haben zu einer rapide gestiegenen Staatsverschuldung geführt.

– Die internationale Verschuldung ganzer Staaten, zunächst der Dritten Welt, dann aber auch der USA, teilweise Ausdruck einer „Internationalisierung“

der Staatsverschuldung, halten die Nachfrage nach Leihkapital auf einem hohen Niveau.

Daneben ist unabhängig vom jeweiligen konkreten Anlaß darauf zu verweisen, daß der monetäre Prozeß selbst ab einem bestimmten Punkt zur Ursache der weiteren Expansion der Leihkapitalnachfrage wird. Dies ist offensichtlich beim Beispiel der Verschuldung der Dritten Welt – hier erfordert die bloße Aufrechterhaltung der Schuldendienstleistungen einen ständigen Zustrom neuer Mittel. Dies gilt aber auch für alle Arten von Wertpapiergeschäften, die z. T. auf Kreditbasis abgewickelt werden. Mit dem Anstieg der Kurs- und Umsatzvolumen an den Börsen steigt auch die Nachfrage nach Krediten zur Finanzierung dieser Geschäfte.

In gewissem Sinne beinhaltet dies eine Verselbständigung und Loslösung der Kreditnachfrage vom realen Akkumulationsprozeß, die erst dann zum Stillstand käme, wenn die Zahlungsketten zusammenbrechen bzw. stark schrumpfen, wenn also das in Form von Geldkapital angelegte Kapital, das sich als überakkumuliert erweist, teilweise vernichtet wird durch den Bankrott von Schuldnern bzw. dadurch, daß es sich nicht mehr verzinst und von den Kreditgebern damit abgeschrieben werden muß.

Festgehalten werden soll in diesem Zusammenhang, daß es sich bei den immer noch hohen Realzinsen also *nicht* um einen Verteilungskonflikt zwischen Industrie- und Geldkapital handelt, der durch bestimmte wirtschaftspolitische Eingriffe im Sinne des Industriekapitals reguliert werden kann. Dies ist schon deshalb eine unzutreffende Betrachtungsweise, als ja gerade die enge gegenseitige Abhängigkeit dieser verschiedenen Anlageformen im Rahmen von Monopolen das dominierende Merkmal des gegenwärtigen Konzentrationsprozesses ist. Darüber hinaus erscheint eine dauerhafte Senkung des Realzinsniveaus nur im Rahmen der Vernichtung des überschüssigen Geldkapitals, also durch einschneidende Reduktion der monetären Kreisläufe möglich. Dies kann im Rahmen von monetären Krisen erfolgen, die allerdings die reale Sphäre ebenfalls betreffen würden und zum Ausgangspunkt neuer umfassender Wirtschaftskrisen werden könnten, gegen die sich die letzten beiden zyklischen Krisen von 1974/75 und 1980/82 vergleichsweise harmlos ausnehmen würden.

Eine quasi „krisenfreie“ Redimensionierung des monetären Bereichs würde dagegen die Revitalisierung der materiellen Produktion, die Belebung der Realkapitalakkumulation voraussetzen. Es wurde oben dargelegt, daß eine solche Neubelebung der kapitalistischen Wachstums- und Akkumulationsdynamik gegenwärtig nicht in Sicht ist. Eine einfache Veränderung der Rendite-Relationen von Leih- und Realkapital⁵³ würde den strukturellen Überschuß von Kapital im realen Reproduktionsprozeß als Grundlage der Leihkapitalexpansion und der hohen Zinsen nicht beseitigen, da dadurch keinesfalls neue,

53 So z. B. die SPD in ihrem Wirtschaftsprogramm. Vgl. Darstellung und Kritik in: Arbeitsmaterialien des IMSF Nr. 18, Wahlen '87 – vor einem neuen Aufbruch?, Frankfurt/M. 1986.

profitable Anlagefelder im Bereich der materiellen Produktion geschaffen würden. Denn dieser strukturelle Kapitalüberschuß verweist auf überzyklische Disproportionen im Gesamtproduktionsprozeß, vor allem zwischen Produktion und Markt, die Ausdruck von Defiziten im staatsmonopolistischen Regulierungssystem sind.

Die kapitalistischen „Selbstregulierungskräfte“ (welche den kapitalistischen Staat einschließen) reichen nicht mehr aus, um auf dem Wege günstiger Produktionsbedingungen des Profits ein neues Gleichgewicht im Gesamtproduktionsprozeß herzustellen, die zyklisch auftretende Überakkumulation von Kapital wird daher zur chronischen Überakkumulation.

3.4 Die staatliche Wirtschaftspolitik

Die spektakulärsten Umorientierungen als Reaktion auf die Krise von 1974/75 und damit die veränderten Reproduktionsbedingungen des Kapitals vollzogen sich im Bereich der staatlichen Wirtschaftspolitik – ein Prozeß, der bereits vielfach an anderer Stelle beschrieben worden ist.

Neben der Abkehr von einer an ausgeglichenen Verhältnissen orientierten Struktur- und Konjunkturpolitik geht es um die Konzentration auf Stärkung der außenwirtschaftlichen Positionen der BRD auf allen Ebenen, die Veränderung der Schwerpunkte in der Sozialpolitik, die Neuorientierung der Forschungs- und Industriepolitik und die direktere Stimulierung der Akkumulationsfähigkeit der Einzelkapitale über die Steuerpolitik. Im Mittelpunkt steht die Verlagerung der Formen und Strukturen der Staatstätigkeit in Richtung auf Förderung bestimmter, strukturbestimmender Branchen und Einzelkonzerne bei Inkaufnahme von bestimmten Disproportionen in sektoraler und regionaler Hinsicht, dem Risiko von mehr sozialen Konflikten und wachsenden sozialen Differenzen in der Gesamtgesellschaft.⁵⁴

3.5 Die Reaktionsmuster des Kapitals als Krisenfaktor

Die hier in wenigen zentralen Momenten skizzierten Reaktionen des Kapitals auf die sich verschlechternden Akkumulationsbedingungen, die in der Krise von 1974/75 aufgebrochen waren, sind in dem Sinne erfolgreich gewesen, als es gelungen ist, in zentralen Bereichen des Kapitals die Produktionsbedingungen des Profits zu verbessern – eine Entwicklung, die sich vor allem im letzten Zyklus seit 1982 bemerkbar gemacht hat.

Gleichzeitig scheint es auch gelungen zu sein, die Einführung der neuen Technologien in die Produktion in den strukturbestimmenden Bereichen der Ökonomie zu sichern und gleichzeitig die internationale Konkurrenzfähigkeit der dominierenden Konzerne zu erhalten und teilweise sogar noch auszubauen – auch bei technologischen Spitzenprodukten.

Dies zeigen sowohl die Untersuchungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung über die Innovationsaktivitäten der Industrie als auch Analysen

54 Vgl. den Aufsatz von Jörg Huffs Schmid im gleichen Band.

der Wettbewerbsposition der bundesdeutschen Wirtschaft. Zwar haben die BRD-Konzerne in den wichtigen Hochtechnologiebereichen Weltmarktanteile verloren – wobei der entscheidende Fakt der Aufstieg Japans ist – die BRD hat aber dabei deutlich besser abgeschnitten als ihre Hauptkonkurrenten.⁵⁵ Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Tatsache, daß es der BRD bislang gelungen ist, ihre Attraktivität als internationaler Finanzplatz zu erhalten bzw. weiter auszudehnen.

Trotz dieser Erfolge ist es jedoch nicht gelungen, Ansätze zu einer Neubelebung der Dynamik des Gesamtproduktionsprozesses auszubauen. Die geschilderten Reaktionsmuster haben vielmehr die Ursachen der größeren Krisenhaftigkeit, die strukturelle Überakkumulation von Kapital, vertieft und damit weitere Hemmnisse einer kapitalistischen Akkumulationsdynamik errichtet.

Die verbesserten Produktionsbedingungen des Profits – die höhere Profitquote, der Einsatz tendenziell kapitalsparender Ausrüstungen, der niedrigere Kapitalbindungsgrad des Anlagevermögens, die geringeren Anforderungen der baulichen Infrastrukturen – sind nicht in eine Neubelebung des gesamtwirtschaftlichen Akkumulationstempos umgeschlagen und werden dies in der Zukunft auch nicht tun.

Die mit der Einführung von neuen Produktionsmethoden, dem technologischen Umbruch, notwendige Neuanlage von fixem Kapital führt also nicht zu einer entsprechenden Erweiterung der Anlagefelder von Kapital in der Produktion, zu einer Ausdehnung der Akkumulation von fixem Kapital. Jede im Zuge zyklischer Belebungsphasen erfolgende Kräftigung der Akkumulationsdynamik stößt relativ rasch an die Schranken der Realisierungsmöglichkeiten, an die durch die Methoden der Profitproduktion unter monopolistischen Verhältnissen selbst errichteten Grenzen auf den Absatzmärkten. Die Neuanlage von fixem Kapital erweitert diese im Verhältnis zu den neu geschaffenen Produktionsmöglichkeiten nur wenig, jede Akkumulationswelle „bricht“ sich relativ frühzeitig an den Realisierungsschranken.

Der sich zyklisch als Schranke im Akkumulationsprozeß bemerkbar machende Widerspruch zwischen Produktion und Markt, im Kern ein Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion, wird in den sich tendenziell vertiefenden und verlängernden Krisenperioden nur noch teilweise gelöst, teilweise sogar weiter vertieft. Dies ist Ausdruck der mit der Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus sich herstellenden Labilität des kapitalistischen Regulierungssystems.

Der Versuch, im Rahmen staatlich abgesicherter Strategien die Akkumulationsmöglichkeiten der dominierenden Einzelkapitale und der für die rasche Nutzung der neuen Techniken zentralen Branchen zu verbessern, vergrößert die Disproportionen im Gesamtproduktionsprozeß und wird damit selbst zu einem zentralen Entwicklungshemmnis.

Für alle an den Interessen der lohn- und sozialabhängigen Teile der Bevölkerung orientierten Alternativstrategien begründet dies den eminent politischen Charakter wirksamer Gegenentwürfe. Es kann nicht mehr davon ausge-

55 Vgl. die Darstellung im Memorandum '86, S. 109 ff.

gangen werden, daß durch den Einbau von bestimmten sozialen und ökologischen „Rahmenbedingungen“ die Selbstregulierungskraft des Gesamtreproduktionsprozesses im Sinne der Gewährleistung ausgeglichener Verhältnisse erhalten bzw. wiederhergestellt werden kann. Notwendig sind Eingriffe auf allen Ebenen, also eine „Vergesellschaftung“ der Produktion auch auf der Ebene der Lenkungsmechanismen.

Vor dem Übergang zur reformistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik?

Jörg Huffs Schmid

1. Widersprüchliche Ausgangslage und unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten – 2. Die antietatistisch-reaktionäre Variante – 3. Die etatistisch-reformistische Variante – 4. Die demokratisch-antimonopolistische Variante – 5. Mobilisierung für ein Reformprogramm: die aktuelle Hauptaufgabe der demokratischen Kräfte

1. Widersprüchliche Ausgangslage und unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten

Die wirtschaftliche und politische Situation in der BRD im Sommer 1986 ist durch außerordentliche Widersprüche gekennzeichnet:

Auch im vierten Jahr des konjunkturellen Aufschwungs sind die längerfristigen Entwicklungshemmungen des bundesdeutschen Kapitalismus nicht überwunden, hat sich eine „sich selbst tragende Wachstumsdynamik“ nicht eingestellt.¹ Die konjunkturelle Belebung brachte ein mäßiges Wachstum des Sozialproduktes und der Investitionen, der Massenverbrauch ist dagegen nicht gestiegen. Hauptträger des Aufschwungs war eine neue Welle der internationalen Expansion, die sich in ständig höheren Ausführüberschüssen niederschlug. Die Inflation ist auf ein sehr niedriges Niveau zurückgegangen, aber die Nettorealeinkommen der Beschäftigten liegen immer noch unter dem Niveau von 1980. Vor allem: Die Zahl der Arbeitslosen ist im vierten Jahr des Aufschwungs immer noch um rund ein Viertel höher als während des letzten Krisenjahres. In jedem Jahr seit 1982 sind mehr Unternehmen zusammengebrochen, gleichzeitig haben sich jedes Jahr mehr Unternehmen zusammengeschlossen. Die Profite der führenden Konzerne erreichen seit Jahren märchenhafte Höhen und Wachstumsraten; aber die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird hiervon nicht mitgerissen, und die Lage der meisten Menschen bleibt unverändert schlecht. Es ist absehbar, daß sie sich erneut dramatisch

¹ Vgl. zur Analyse der ökonomischen Situation und Perspektiven: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '86, Für eine beschäftigungspolitische Offensive. Sofortmaßnahmen für zwei Millionen Arbeitsplätze, Köln 1986 (im folgenden zitiert als Memorandum '86), S. 35–137.

zuspitzt, wenn die nächste zyklische Krise einsetzt. Vieles deutet darauf hin, daß dies bald der Fall sein wird.

Ähnlich widersprüchlich stellt sich die politische Situation dar. Zum einen ist der Vertrauensvorschuß, den die Bundesregierung bei ihrem Amtsantritt hatte, weitgehend verspielt: Es ist offensichtlich, daß sie nicht über die wirtschaftspolitische Kompetenz verfügt, die viele von ihr erhofft hatten; durch Bestechungs- und andere Skandale ist darüber hinaus ihre moralische Integrität in den Augen einer großen Öffentlichkeit kompromittiert; und schließlich hat sich der Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses, der schon 1980 eingesetzt hatte, weiter fortgesetzt und immer mehr Menschen in Gegensatz zu einer Politik der militärischen Stärke und Unterordnung unter die Weltherrschaftsambitionen der US-Regierung gebracht. Dazu kommt der starke Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung nach dem Kernkraftunfall von Tschernobyl, die sich voll gegen die Bundesregierung wendet.

Auf der anderen Seite ist die Ablösung dieser Regierung und damit die Zurückdrängung der sie stützenden Kräfte und Strategien noch keineswegs eine ausgemachte Sache. Denn weder sind die machtpolitischen Grundlagen der Regierungskonstellation so weit untergraben, daß ein Zusammenbruch und ein Übergang des Monopolkapitals zu einer anderen Methode der Herrschaftssicherung unausweichlich wäre, noch haben sich die oppositionellen Strömungen und Kräfte soweit verständigt, daß die Formierung eines kraftvollen Blocks der Veränderung und die Herausbildung einer breit getragenen überzeugenden Alternative zur herrschenden Politik erkennbar wäre.

In dieser Situation kann es hilfreich sein, die möglichen Hauptrichtungen zu analysieren, in die sich der bundesdeutsche Kapitalismus entwickeln kann, die jeweiligen Hauptzüge, Spielräume und Probleme herauszuarbeiten, die sie tragenden Kräfte und die Kräfte des Widerstandes zu identifizieren. Ein Versuch hierzu soll im folgenden mit Hilfe der Kategorie der Entwicklungsvariante² unternommen werden. Die Grundhypothese, die der Gebrauch dieses Begriffes umschließt, besagt, daß die politische und ökonomische Entwicklung der BRD zum einen durch objektive ökonomische Anforderungen an Proportionen und Regulierung des monopolistischen Reproduktionsprozesses bestimmt ist, also nicht beliebig politisch gestaltet werden kann; daß es aber zum anderen auf dieser objektiven Grundlage verschiedene strategische Optionen und Entwicklungspfade gibt, die objektiven Anforderungen die konkrete Entwicklung also nicht voll determinieren. Die Unterschiede betreffen vor allem die Intensität und Art der staatlichen Steuerung der Ökonomie sowie die Frage, wie weit historische Errungenschaften und Forderungen der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen aufgegriffen, berücksichtigt und integriert werden. Sie beziehen sich also auch auf die sozialen

2 Vgl. zum Konzept der Entwicklungsvariante: Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven. Entwicklungstendenzen 1973 bis 1978, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF (im folgenden IMSF-Jb), Nr. 1/1978, S. 9 ff.; Jörg Huffschmid, Ökonomische Strukturen im Wandel, Basistrends und Entwicklungsvarianten, in: IMSF-Jb. Nr. 9 (II/1985), S. 239 ff.

Träger der jeweiligen Varianten und die Offenheit für weitergehende Entwicklungsperspektiven.

Unter diesem Blickwinkel wird zunächst die antietatistisch-aggressive Variante als Muster herausgearbeitet, dem die aktuelle ökonomische und politische Entwicklung folgt (Teil 2). Die Vertiefung der ökonomischen Probleme und die Formierung der politischen Widerstände hiergegen können den Übergang auf die etatistisch-reformistische Entwicklungsvariante herbeiführen (Teil 3). Ihre Durchsetzung wäre ein Fortschritt gegenüber der aktuellen Situation und läge daher im Interesse der Menschen in der BRD. Reformistische Entwicklungsmuster sind jedoch – weil sie keine grundsätzlichen Veränderungen beinhalten – außerordentlich labil: Sie werden entweder – wenn die zunächst zurückgedrängten reaktionären Kräfte sich erholt haben – wieder zurückgenommen und liquidiert; oder sie müssen – um dies zu verhindern – weitergehen und Maßnahmen zur dauerhaften Entmachtung des großen Kapitals und zur Einleitung eines neuen Entwicklungstyps ergreifen. Dies wäre der Übergang zur antimonopolistisch-demokratischen Entwicklungsvariante (Teil 4). Die Sichtung der verschiedenen Entwicklungsvarianten kann zugleich deutlich machen, worauf es gegenwärtig ankommt: der aggressiv-reaktionären Variante und der Gefahr ihrer Konsolidierung und Fortsetzung alle Kräfte der Opposition entgegenzusetzen und eine durchsetzungsfähige Alternative der Entwicklung zu formen, deren politischer Kern ein realistisches Reformprogramm sein muß (Teil 5).

2. Die antietatistisch-reaktionäre Variante³

2.1 Der ökonomische Kern

Der harte Kern der von der Bundesregierung betriebenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Strategie ist die Sicherung der Verwertungsbedingungen für die maßgeblichen Monopole. Da diese weitgehend internationalisiert sind, richtet sich die Politik vor allem darauf, ihnen weitere Marktanteile und mehr Einfluß auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Dieser Ausrichtung wird die innere ökonomische Entwicklung und die staatliche Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik untergeordnet: Der Senkung der Unternehmenskosten dienen Einkommens- und Sozialabbau, Entlastungen bei der Vermögens- und Unternehmensbesteuerung sowie die „Lockerung“ beim Kündigungsschutz und anderen sozialen Schutzgesetzen. Die technologische Qualität soll durch unbedingte Förderung der Hoch- und Großtechnologie verbessert werden. Nationale Beschaffungs- und Bauvorhaben – insbesondere in der Rüstung und im Kernkraftbereich – werden dabei in erster Linie nicht wegen des nationalen Bedarfs, sondern als internationale „Referenzprojekte“ für Auslandsgeschäfte durchgeführt.

³ Vgl. ebenda, S. 246 ff. Der Kern dieser Entwicklungsvariante wurde unter dem Titel: Austerität nach innen – Expansion nach außen, bereits im Memorandum 1981 analysiert. Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 1981, Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen, Köln 1981, S. 49 ff.

Die internationale Expansion der so munitionierten Konzerne erfolgt zum einen auf dem „traditionellen“ Weg des ökonomischen (bzw. technologischen) Wettbewerbs; sie erfolgt aber auch in Verbindung mit staatlichen Initiativen und diplomatischen Missionen zur Öffnung ausländischer Märkte (etwa durch Regierungsabkommen). Schließlich dient auch der Aufbau eines militärischen Drohpotentials – im engstem Schulterschuß mit der globalen Interventionsstrategie der US-Regierung – zunehmend zur Sicherung und Durchsetzung der „vitalen Interessen des freien Westens“, deren höchstes nun einmal das an ungestörter Expansion des Kapitals ist.

Die Beendigung der schon lange anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und die Verminderung der mit ihr verbundenen sozialen Probleme gehören nicht zum Kern dieser Strategie. Sie werden aber als Folge einer anhaltenden privatwirtschaftlichen Wachstumsdynamik in Aussicht gestellt, die sich dann einstelle, wenn die ökonomische Kernstrategie konsequent und andauernd betrieben werde. Vorerst dient Massenarbeitslosigkeit jedoch als politisches Druckmittel und als wirksamer Hebel, um einen tiefgreifenden Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse des Monopolkapitals durchzusetzen.

2.2 Langfristige Anforderungen: Neugestaltung des ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisses

Als langfristige Konzeption kommt die Strategie der Austerität nach innen und Expansion nach außen nicht mit einer bloßen, fiskalisch zu bewerkstelligen Umverteilung zugunsten der Unternehmen aus. Sie bedarf vielmehr weitergehender und tiefergreifender Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem in drei Bereichen: *Erstens* muß das System der sozialen Sicherung umgestaltet, *zweitens* die Stellung der Gewerkschaften verändert und *drittens* die Rolle des Staates in der Wirtschaft neu definiert werden:

– Das System der *sozialen Sicherheit* soll nicht nur quantitativ „abgespeckt“, sondern auch qualitativ umstrukturiert werden: Ziel ist es, das Prinzip der Solidarität, der gesellschaftlichen Absicherung des einzelnen bei sozialen Risiken (Unfall, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Armut) weitgehend auszuhöhlen und durch das Prinzip der individuellen, „eigenverantwortlichen“ Risikovorsorge zu ersetzen. Gesellschaftliche Risiken sollen privatisiert, gesellschaftliche Kosten individualisiert werden. Das bringt *zum einen* erhebliche finanzielle Entlastungen für die Unternehmen; es stellt *zum anderen* den Versicherungskonzernen große zusätzliche Geschäfte in Aussicht; *drittens* schafft es jenen pulverisierten Zustand der Versicherten, der zur Entwicklung einer auf Kollektivität und Solidarität begründeten Machtposition unfähig macht.

– Es geht nicht um die „Zerschlagung“ der *Gewerkschaften*, sondern darum, sie als stärkstes Widerstandspotential gegen die Politik des Kapitals zu schwächen, aber gleichzeitig als Ordnungsfaktor zu erhalten. Dazu bedarf es zum einen der administrativ-autoritären Einschränkung ihrer politischen Aktions- und Mobilisierungsmöglichkeiten, die in den letzten Jahren zweimal mit unvermuteter Deutlichkeit demonstriert worden waren. Zum anderen aber sind

Dialog- und Identifikationsangebote erforderlich. Die Sozialpartnerschaft soll nicht langfristig aufgegeben, sie soll vielmehr – sozusagen auf dem Wege der autoritären Änderungskündigung – auf ein erheblich niedrigeres Niveau heruntergeschraubt werden.

– Es geht ungeachtet zahlreicher Fensterparolen nicht um einen generellen Rückzug des *Staates* aus der Wirtschaft, sondern um Veränderungen der Formen, in denen er in der Wirtschaft präsent ist. Das schließt *zum einen* allerdings seinen Rückzug aus bestimmten Aktivitäten ein, in denen er bisher durch fiskalische Umverteilungs- und Transferpolitik für die soziale Sicherung der Beschäftigten zuständig war. Es bedeutet *zweitens* die Verstärkung der bloßen Umverteilungsfunktion zugunsten der Monopole und die Zurückdrängung strukturpolitischer Aktivitäten. Eine intakte nationale Binnenstruktur scheint angesichts des hohen Internationalisierungsgrades der maßgeblichen Monopole einen vergleichsweise geringen Stellenwert zu haben. Sie tritt jedenfalls hinter den Anforderungen an eine unmittelbare Munitionierung der Monopole für den Kampf auf dem Weltmarkt zurück. *Drittens* aber muß staatliche Aktivität und Intervention in den Bereichen zunehmen, die für die internationale Wettbewerbsposition maßgeblich sind oder für maßgeblich gehalten werden: Groß- und Hochtechnologie, Rüstungsproduktion, Kernkraftwerksbau, Informations- und Datenverarbeitung, Gentechnologie. Hier intensiviert sich die unmittelbare, in Forschung, Entwicklung und Produktion hineinreichende Verflechtung von Staat und Wirtschaft erheblich; die Herausbildung sogenannter staatsmonopolistischer Komplexe (nach dem Muster des schon seit langem existierenden militärisch-industriellen Komplexes) ist ein Reflex auf diese neuen Anforderungen des Monopolkapitals.⁴

2.3 Zwischenbilanz der „Wende“: Alles begonnen – nichts vollendet

Ein Blick auf die Politik der liberal-konservativen Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt im Herbst 1982 zeigt:

Erstens ist die Konzeption des Umbaus der Gesellschaft keine bloße ideologische Vorstellung mehr, sondern sie wird als „Wende“ bereits in praktische Politik umgesetzt:

– Die „Haushaltsoperationen“ 1982 bis 1984 haben zu drastischen Kürzungen und Verteuerungen in allen Bereichen des Systems der sozialen Sicherung geführt.

– Das sogenannte „Beschäftigungsförderungsgesetz“ vom 1. 5. 1985 sowie die Änderung des § 116 AFG vom Frühjahr 1986 dienen dem Zweck, die Belegschaften in den Betrieben zu spalten und die gewerkschaftliche Kampffähigkeit zu schwächen.

– Die „Konsolidierungspolitik“ hat dazu geführt, daß die Staatsquote insgesamt innerhalb weniger Jahre um mehr als zwei Prozentpunkte gesunken ist; die Steuerpolitik hat zu einer weiteren Umverteilung zu Lasten der Arbeitneh-

⁴ Vgl. Ulrich Dolata/Arno Gottschalk/Jörg Hufschmid, Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsform des Kapitals, in diesem Band.

mer und zugunsten der Unternehmer geführt; die geplante Aufrüstungswelle und die beschleunigte Verkabelung signalisieren einen neuen Schub in der Verflechtung von Staat und Wirtschaft in der Spitzentechnologie.

Zweitens ist der angestrebte Umbau der Gesellschaft jedoch weder abgeschlossen noch in dem Tempo vorangekommen, wie Monopole und Politiker das erhofft hatten. Vieles ist liegengelassen, vieles nur zu geringen Teilen verwirklicht worden.

– Bei allem quantitativen Sozialabbau ist nicht zu übersehen, daß die Privatisierungskomponente nicht über relativ bescheidene Anfänge (Eigenbeteiligung) hinausgekommen ist.

– Während das „Beschäftigungsförderungsgesetz“ noch einigermaßen glatt über die Bühne gezogen werden konnte, signalisiert die massive Mobilisierung der Gewerkschaften gegen die Änderung des § 116 AFG, daß die Strategie zur Schwächung der Gewerkschaften mit größeren Widerständen verbunden ist, als es erwartet worden war.

– Das Tempo der „Konsolidierung“ der Staatsausgaben ist hinter dem zurückgeblieben, das bei Amtsantritt der Regierung angekündigt wurde. Die Unternehmer beklagen sich, weil die Umverteilung zu ihren Gunsten nicht schnell genug geht; die Energie- und Elektrokonzerne sind noch immer mit erheblichen Widerständen und Verzögerungen bei der Durchsetzung des Atomprogramms und der Verkabelung der Bundesrepublik konfrontiert.

Diese Diagnose zeigt, daß die Widerstandspotentiale gegen eine vollständige Ausrichtung der Wirtschaft und Politik auf die Interessen der großen Monopole erheblich und nicht ohne weiteres auszuschalten sind. Auf der anderen Seite bleibt aber festzuhalten, daß eine grundlegend neue Politik praktisch eingeleitet wurde, und – dies muß die *dritte* Erkenntnis aus der Analyse sein –, daß relativ klare Vorstellungen dafür vorliegen, wie sie in der nächsten Amtsperiode der Bundesregierung fortgesetzt werden soll:

– Karenztage und „Grundrente“ markieren die Vorstellungen vom weiteren Weg in die Privatisierung der sozialen Sicherung.

– Die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes und die Verabschiedung eines Verbändegesetzes sind die nächsten Etappen bei der Schwächung der Gewerkschaften.

– Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer, Senkung der Vermögenssteuer und Streichung der Gewerbesteuer sollen die nächsten Schritte der Umverteilung sein, während der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt weiter sinken soll.

– Gleichzeitig steht der Einstieg in die dritte Beschaffungswelle für die Bundeswehr, der unverdrossene Ausbau der Kernenergie und die Überziehung der BRD mit einem dichten Netz von Kommunikations-, Informations- und Überwachungssystemen an.

Wie stehen die weiteren Durchsetzungs- und Realisierungschancen für diese Vorhaben? Wo liegen ihre objektiven ökonomischen Probleme, wo und wie entwickeln sich die politischen Widerstände dagegen, und welche Reserven und Manövrierspielräume haben die herrschenden Kräfte, um ihr Konzept gegen diese Widerstände dennoch durchzusetzen?

2.4 Die ökonomischen Probleme

Die wirtschafts- und sozialpolitische Strategie der Austerität nach innen ist – dies wurde vielfach theoretisch nachgewiesen und durch die reale Entwicklung belegt – nicht in der Lage, die hohe Massenarbeitslosigkeit spürbar zu verringern: Die Kostensenkungen für die Unternehmen durch Einkommens- und Sozialabbau schränken gleichzeitig die Massenkaufkraft ein, deren Ausdehnung zur Aufnahme der wachsenden Produktion erforderlich wäre. Die monopolistische Lösung dieses Problems besteht darin, die im Inland fehlende Nachfrage im Ausland zu holen – Warenexport, oder das im Inland nicht mehr profitabel investierbare Kapital im Ausland anzulegen – Kapitalexport. Das vermindert die Verwertungsschwierigkeiten der Monopole, nicht aber die Beschäftigungsprobleme für die Menschen im Inland.

Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit ist zunächst eine enorme soziale Belastung für die auf Arbeitseinkommen angewiesenen Menschen. Sie ist aber auch im engeren Sinne ein ökonomisches Problem: objektiv bedeutet Arbeitslosigkeit Verschwendung und sogar Zerstörung der wichtigsten Produktivkraft, des menschlichen Arbeitsvermögens. Wird diese Produktivkraft nicht ausgeschöpft, so bedeutet dies auf die Dauer einen Nachteil im internationalen Wettbewerb, sowohl gegenüber imperialistischen Ländern mit niedrigerer Arbeitslosigkeit als auch und besonders gegenüber den sozialistischen Ländern, die die Produktivität der menschlichen Arbeit nicht nur ständig weiterentwickeln, sondern auch planmäßig in vollem Umfang nutzen. Natürlich ist für das Kapital nicht Vollbeschäftigung als Einsatz des gesamten gesellschaftlichen Arbeitsvermögens an sich attraktiv, sondern maximale Ausbeutung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens für die Produktion von Mehrwert und Aneignung von Profit. Wenn maximaler Profit aber dauerhaft nur um den Preis hoher und trendmäßig steigender Arbeitslosigkeit zu haben ist, dann ist dies ein Defizit in der materiellen Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft, das langfristig auch durch weitere rigorose Umverteilungen nicht wettzumachen ist.

Ähnlich selbstblockierende Wirkungen produziert die aggressive Wachstumsstrategie auch gegenüber der Produktivkraft Natur. Der rücksichtslose Raubbau an den natürlichen Rohstoffquellen und die Zerstörung der Umwelt durch eine unkontrollierte Emissions- und Müllwirtschaft gefährden die materiellen Grundlagen nicht „nur“ für die Lebensqualität der Menschen, sondern auch für die Reproduktionsfähigkeit des Kapitals. Weitere ökonomische Probleme ergeben sich aus den Folgen, die die einseitige Ausrichtung der *Produktivkraftentwicklung* auf den Hochtechnologiesektor sowie der weitgehende Verzicht auf eine konsistente Struktur- und Infrastrukturpolitik mit sich bringen. Die Ruinierung der nationalen Wirtschaft bedeutet nämlich zugleich die Zerstörung oder jedenfalls die Entwertung der nationalen Rekrutierungs-, Regenerations- und Referenzbasis für das international agierende Monopolkapital. Ohne eine breite Forschung (auch Grundlagenforschung) und ohne ein hochentwickeltes, breites Bildungs- und Qualifikationssystem ist das Monopolkapital auf Dauer nicht in der Lage, sich die Munition zu beschaffen, die es für die Schlachten um die Weltmarktanteile benötigt.

2.5 Politische Widerstände

Die ökonomischen, sozialen und Umweltprobleme, die die aggressive Strategie mit sich bringen, rufen vor allem in fünf Bereichen Widerstand hervor:

– Die *Gewerkschaften* als Interessenvertretungen der von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau unmittelbar und am schwersten betroffenen und bedrohten Menschen wenden sich gegen eine Fortsetzung dieser Politik, gegen die eigene Entmachtung und die ihnen zugeordnete Rolle eines Instrumentes zur Vermittlung der Interessen des Kapitals bei den Werktätigen. Bei aller Widersprüchlichkeit der politischen Entwicklung in den Gewerkschaften und obgleich ihre endgültige Richtung noch nicht feststeht: die Streiks zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche durch die IG Metall und die IG Druck und Papier sowie die fast geschlossene Gegenwehr gegen die Änderung des § 116 AFG haben gezeigt, daß es Mobilisierungsmöglichkeiten und Kampfbereitschaft bei den Beschäftigten gibt, und daß die Bereitschaft beim Gewerkschaftsapparat zunimmt, diese zur Verteidigung des sozialen und politischen Besitzstandes einzusetzen.

– Die *außerparlamentarischen Bewegungen*, vor allem die Friedens-, die Umwelt-, die AKW- und die Frauenbewegung, sind trotz einzelner Rückschläge weder gescheitert noch mundtot gemacht. Sie wirken vielmehr als erfolgreiche Motoren einer breiten öffentlichen Diskussion über zentrale Bereiche der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung und als Hebel, um Druck auf die herrschenden Kräfte und ihre Konzeptionen auszuüben. Die Aufrüstungspolitik findet sich – anders als bis Mitte der siebziger Jahre – zunehmender öffentlicher Kritik ausgesetzt; das Atomprogramm der Bundesregierung dürfte angesichts des Aufschwungs der Anti-AKW-Bewegung nach dem Unfall von Tschernobyl kaum durchsetzbar sein; die Regierung muß auf die Forderungen der Umweltbewegung zumindest Rücksicht nehmen, und die Frauen lassen sich nicht mehr einfach als „stille Reserve“ der Gesellschaft verdrängen und unterdrücken.

– Auch bei den *klassischen* und den *neuen Mittelschichten* bildet sich allmählich ein Oppositions- und teilweise auch ein Widerstandspotential gegen die neue Politik der Wende heraus. Obgleich die mittelständische Wirtschaft zu den Speerspitzen der ideologischen Unterstützung der Rechtsoffensive gehört und obgleich auch sie von Kostenentlastungen und Einschüchterungen der Gewerkschaft profitiert, geht die Rechnung für sie am Ende nicht oder kaum auf: Die auch im Aufschwung weiter steigende Zahl der Konkurse zeigt, daß der Mittelstand nur sehr begrenzt Nutznießer der Wende ist und in erster Linie unter erhöhtem Risiko steht. Die vielfach gerade für die mittelständische Wirtschaft bereitgestellten Gründerzentren und Technologieparks erweisen sich zunehmend als Innovationsnischen und vorgelagerte kostenlose Experimentierküchen für die Monopole.

Die technische und sonstige lohnabhängige Intelligenz findet sich in Arbeitsbedingungen und in einen Verwertungshorizont eingezwängt, der sowohl ihrer Qualifikation als auch ihren Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung und Emanzipation widerspricht.

– Widerstand ist auch von seiten des *Auslands* bereits spürbar oder absehbar. Denn die Erfolge, die bundesdeutsche Konzerne mit tatkräftiger Unterstützung der Bundesregierung dort erzielen, gehen in der Regel auf Kosten ausländischer Unternehmen und anderer Länder. Deren Regierungen sind ihrerseits „ihren“ Unternehmen gegenüber in der Pflicht, für gute Verwertungsbedingungen zu sorgen, oder sie sind an einer echten eigenständigen ökonomischen Entwicklung interessiert. Währungspolitische Gegenstrategien, zunehmender Protektionismus, Boykotts und Handelsembargos von seiten der imperialistischen Konkurrenten, abnehmende Bereitschaft, sich den wirtschaftspolitischen Forderungen der Industrieländer bzw. des Internationalen Währungsfonds zu unterwerfen, von seiten einiger Länder der Dritten Welt setzen auch der weiteren Expansion im Ausland Grenzen.

– Insbesondere die Beschleunigung der Rüstungspolitik und – damit verbunden – des Kurses der internationalen Konfrontation rufen Bedenken und vorsichtigen Widerstand schließlich auch bei *einem Teil der herrschenden Klasse* hervor. Das ist insbesondere bei jenen Kapitalvertretern der Fall, die die langfristigen ökonomischen und politischen Schäden einer Rüstungs- und Konfrontationswirtschaft erkennen und nicht durch unmittelbare kurzfristige Profitinteressen an diese gebunden sind. Sie schätzen die welthistorischen Veränderungen der politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse als in gewissem Sinne unwiderruflich ein und richten ihre Strategie darauf aus, die Existenz des kapitalistischen Systems durch Anpassung an die geänderten Bedingungen zu sichern. Sie scheren also in gewissem Maße aus dem Lager der aggressiven Kreise aus, die die welthistorische Vorherrschaft durch militärische Konfrontation zurückerobern wollen. Zu ihnen gehören auch jene Unternehmen, die durch die Beteiligung der BRD am amerikanischen Kriegskurs, durch die Einbindung der Bundesregierung und bundesdeutscher Unternehmen in SDI und die damit verbundenen vertraglichen Betätigungs- und Handelsbeschränkungen für bundesdeutsche Unternehmen unmittelbar die Geschäftsgrundlage für relativ sichere Geschäfte mit den sozialistischen Ländern bedroht sehen.

2.6 Reserven und Entwicklungsspielräume der aggressiven Variante

Welche Möglichkeiten und Spielräume bestehen für die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Konzerninteressen, mit den ökonomischen Problemen und den politischen Widerständen fertig zu werden und den eingeleiteten Umbau der Gesellschaft fortzuführen? Die Reserven liegen vor allem in zwei Maßnahmebündeln bzw. ihrer Kombination:

Zum einen kann die Bundesregierung die Aggressivität ihrer Politik nach innen und außen erhöhen. Sie dürfte – zumal nach einer gewonnenen Bundestagswahl – vermutlich in der Lage sein, den staatlichen Durchsetzungsdruck durch den forcierten Ausbau des autoritär-administrativen Instrumentariums zu erhöhen, ohne das Grundmuster der Strategie – Austerität nach innen, Expansion nach außen – zu ändern oder auch nur zu modifizieren: Eine weitere Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes, die umfassende Überwachung

und Bespitzelung der Bürger durch Anwendung der sogenannten Sicherheitsgesetze, die Ausweitung polizeilicher Befugnisse – dies alles sind Projekte zur Einschüchterung und Disziplinierung der Menschen. Diese Maßnahmen können durch noch intensivere und umfassendere Einflußnahme auf die Politik und durch Nutzung der Medien zur demagogischen Propaganda für die Politik des aggressiven Wachstums untermauert und in ihrer Wirksamkeit erhöht werden. Hierdurch werden weitere Spielräume für ökonomische Umverteilung und Verbesserung der Profitsituation für die Monpole erschlossen, etwa durch die Fortsetzung der Steuerreform in der angekündigten Richtung. Es können auch zusätzlich materielle Ressourcen bereitgestellt werden, etwa durch die vollständige Ausrichtung von Forschung und Lehre an den Hochschulen auf die „Bedürfnisse der Wirtschaft“. Schließlich dürften auch die Zentralisationspotentiale in der BRD noch längst nicht ausgeschöpft sein.

Wieweit die herrschenden Kräfte auf diesem Wege gehen können, läßt sich nicht im vorhinein abschätzen. Denn es handelt sich nicht um eine objektiv feststehende Grenze, sondern um eine Frage der Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses. Daß in diese Richtung noch weitere Politikmöglichkeiten liegen und ihre Nutzung fest geplant ist, kann jedoch nicht bezweifelt werden. Ebenso gibt es vermutlich die Möglichkeit, durch zusätzliche staatliche Aktivitäten, diplomatischen Missionseifer und militärische Rüstung, also durch eine politisch und ökonomisch noch aggressivere internationale Strategie weitere Einfluß- und Verwertungsspielräume im Ausland zu erschließen.

Dennoch: Die ökonomischen Widersprüche werden hierdurch nicht beseitigt, sondern verstärkt. Ob die politischen Widerstände durch derartige Maßnahmen tatsächlich auf Dauer unterdrückt werden können, muß nach aller geschichtlichen Erfahrung bezweifelt werden. Daher bietet sich ein zweites Maßnahmebündel zur Durchsetzung der aggressiven Strategie an.

Zum anderen kann die Bundesregierung nämlich durch geringfügige ökonomische und politische Zugeständnisse besonders spektakuläre soziale Mißstände lindern und der politischen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen versuchen. Derartiges gibt es schon heute: Die Erhöhung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose, die Verbesserungen beim Mutterschutz und die – viel zu geringe – Erhöhung der Sozialhilfesätze sollen die Sorge der Bundesregierung um Arbeitslose, Arme und Ausgegrenzte demonstrieren. Existenzgründungshilfen und verbilligte Kredite sollen die Unterstützung des Mittelstandes sichern, zusätzliche Subventionen die vor dem Ruin stehenden und verbitterten Bauern in die Regierungsloyalität zurückholen. In der Außenpolitik wird die vollständige Bindung der Bundesregierung an die US-Regierung, insbesondere in Sachen SDI, „ergänzt“ durch die Konzeption eines stärkeren Zusammengehens in Westeuropa (EUREKA).

Diese Zugeständnisse und Modifikationen der im übrigen ungebrochenen reaktionären Politiklinie sind insofern bedeutsam, als sie Hinweise auf die Stärke und die Wirksamkeit der Gegenkräfte gegen diese Linie geben und Zeichen der erzwungenen Anpassung sind. Sie berühren den harten politischen und ökonomischen Kern der Strategie jedoch nicht. Sie glätten und runden die Ecken und Kanten der Politik zum Umbau der Gesellschaft und

tragen in gewissem Maße zur Vernebelung dessen bei, auf das diese Politik abzielt, ohne seinen Inhalt zu verändern.

Das heißt aber auch, daß die Zugeständnisse nur Übergangscharakter haben können. Denn das Monopolkapital kann sich aufgrund der unbeschränkten Expansionszwänge und der historischen Krisensituation des Kapitalismus prinzipiell nicht mit einer Situation abfinden, in der nicht alle ökonomischen und gesellschaftlichen Ressourcen in seinem Interesse verteilt und ausgerichtet sind. Es kann durch politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse dazu gezwungen werden, bestimmte Teilzugeständnisse zu machen, es kann aber nicht dazu gezwungen werden, diese als für alle Zeiten gültig zu akzeptieren. Es wird vielmehr immer nach Gelegenheiten suchen, sie zurückzunehmen und den Umbau der Gesellschaft so fortzusetzen, wie das „eigentlich“ von Anfang an geplant war.

Politisch steht also die Alternative der Rückkehr zum harten aggressiven Entwicklungsmodell ohne Abstriche oder der Festigung und Ausweitung der Zugeständnisse und der Positionsgewinne der Gegenkräfte in einem solchen Maße, daß das Kapital sich gezwungen sieht, auf eine andere Variante der ökonomischen und sozialen Entwicklung einzuschwenken, um die Grundlagen und Hauptmechanismen des Systems zu sichern. Dies aber bedeutet den Übergang zur etatistisch-reformistischen Variante der Entwicklung.

3 Die etatistisch-reformistische Variante⁵

3.1 Der ökonomische Kern

Der ökonomische Kern der etatistisch-reformistischen Variante liegt in der Sicherung der Entwicklungsbedingungen für das Monopolkapital durch weitgehende staatliche Steuerung ökonomischer Prozesse und Strukturen sowie durch eine Politik der sozialen Integration. Die reformistische Strategie greift die offensichtlichen sozialen Hauptprobleme und die Forderungen der sozialen Bewegungen auf und versucht, sie im Rahmen einer nicht-aggressiven, auf Versöhnung statt auf Konfrontation gerichteten Politik zu vermindern. Die antietatistisch-reaktionäre Strategie stellt sich kompromißlos hinter die Forderungen der Unternehmer und ordnet alle anderen Ansprüche offen der Gewinnförderung unter. Sie kann nur zeitweise zu Teilzugeständnissen gezwungen werden und bringt insofern den Klassen- und Herrschaftscharakter der Gesellschaft deutlich zum Ausdruck. Die reformistische Variante akzeptiert demgegenüber *einerseits* die Ansprüche „der Wirtschaft“ auf hohe Gewinne und eine starke internationale Wettbewerbsposition, *andererseits* aber die historisch entwickelten Positionen und Ansprüche der Menschen auf Arbeit, auskömmliche Einkommen und soziale Sicherheit. Sie weist „exzessive“ und „ungerechtfertigte“ Forderungen beider Seiten zurück und will durch eine entsprechend umfangreiche und differenzierte staatliche Politik allen Seiten zu ihrem Recht verhelfen: Das Wachstum soll „qualitativ“, die Modernisierung „sozialverträglich“ sein, die internationale Expansion „kooperativ“ ver-

5 Vgl. Jörg Huffs Schmid, *Ökonomische Strukturen . . .*, a. a. O., S. 250–252.

laufen. Die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Armut gehört ebenso zu den zentralen Zielvorstellungen des Reformismus wie die weitgehende Anerkennung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die zentrale Rolle des Marktes als Koordinations- und Steuerungsinstrument der Wirtschaft. Diese Gleichbehandlung „beider Seiten“ in der Wirtschaft ist *einerseits* die zentrale Illusion, die den Reformismus immer wieder an den realen Machtverhältnissen scheitern läßt. Sie ist *andererseits* aber in solchen Phasen auch für das Kapital als Auffanglinie attraktiv, in denen die aggressiv-antietatistische Variante nicht durchsetzbar ist und das Insistieren auf ihr die Gefahr der Systemgefährdung mit sich brächte. *Drittens* kann die reformistisch-etatistische Entwicklungsvariante erhebliche Verbesserungen für die Bevölkerung mit sich bringen sowie Positionen etablieren, von denen aus weiterer Fortschritt möglich ist.

3.2 Anforderungen und Instrumente

Die reformistische Strategie zeichnet sich durch eine relativ umfangreiche Nutzung staatlicher Interventions- und Steuerungsinstrumente aus. Sie werden vor allem in *drei* Bereichen eingesetzt:

Staatliche Steuerung erfolgt *erstens*, um die wichtigsten sozialen Probleme in den Griff zu bekommen bzw. zu mildern:

– Zur Bekämpfung der *Arbeitslosigkeit* wird vor allem auf das traditionelle keynesianische Instrument der öffentlichen Ausgaben zurückgegriffen. Öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme stellen in der gegenwärtigen Situation langanhaltender Arbeitslosigkeit ein zentrales Element des Reformismus dar. Da angesichts der insgesamt schwachen Wachstumsperspektiven und fortschreitender Produktivitätsentwicklung Beschäftigungsprogramme alleine nicht ausreichen, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu verringern, finden auch Arbeitszeitverkürzungen in reformistischer Politik ihren Platz – wobei die Frage des Einkommensausgleichs in der Regel ungeklärt bleibt.

– Es widerspricht der Konzeption des Reformismus, das historisch erkämpfte System der sozialen Sicherheit liquidieren zu wollen. Am Prinzip gesellschaftlicher Sicherung gegen gesellschaftliche Risiken wird festgehalten. Das schließt allerdings nicht aus, daß das materielle Niveau der Sozialleistungen gesenkt wird.

– Reformistische Konzeptionen enthalten i. d. R. auch eine starke Komponente, die auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und die Nivellierung extremer Verteilungsungleichheiten abzielt. Konkretisiert werden derartige Vorstellungen durch entsprechende steuerpolitische Maßnahmen, Modelle zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer und besondere Leistungen für einkommensschwache Schichten.

Zweitens wird das staatliche Steuerungsinstrumentarium strukturpolitisch eingesetzt: Die Zielvorstellungen beziehen sich dabei auf die Herstellung bestimmter Branchen- und Regionalstrukturen, eine ausreichende Infrastruktur, ein breites Ausbildungs-, Bildungs- und Weiterbildungssystem und die Herstellung akzeptabler Umweltbedingungen. Durch steuerpolitische und sonsti-

ge monetäre Anreize sowie administrative Auflagen (bis zu Verboten) sollen die Unternehmen veranlaßt werden, sich den staatlichen Strukturvorstellungen anzupassen. Andererseits sieht die reformistische Strategie bis auf wenige Ausnahmen nicht vor, die strukturpolitische Konzeption notfalls auch durch weitergehende Maßnahmen gegen die Interessen der Unternehmen durchzusetzen.

Drittens fühlt sich die reformistische Strategie den Zwängen des Weltmarktes weitgehend ausgeliefert und unterworfen. Sie verwendet erhebliche Energie darauf, die Wettbewerbsposition „ihrer“ Konzerne zu stärken. Trotz aller Beschwörung einer „umfassenden internationalen Kooperation“ sind ihre Spielräume hierfür jedoch relativ gering. Zwar verzichtet die reformistische Variante auf den forcierten Ausbau des militärischen Drohpentials und die Verfolgung eines letztlich militärische Abenteuer einschließenden politischen Konfrontationskurses – und dies ist ein außerordentlich wichtiger Unterschied zur aggressiv-reaktionären Entwicklungsvariante. Aber da die internationale ökonomische Konkurrenz mit großer Brutalität ausgefochten wird, ist eine Politik, die sich diesen Zwängen nicht bewußt durch systematische Umstrukturierung der Wirtschaft und ihre Hauptorientierung auf den Binnenmarkt entzieht, in hohem Maße darauf angewiesen, in diesem Konkurrenzkampf mitzuhalten und dabei weder mit den Arbeitnehmern im eigenen Land noch mit den ausländischen „Partnern“ zimperlich umzugehen. Die massive Förderung der Hoch- und Spitzentechnologie gehört daher ebenso zum Repertoire des modernen Reformismus, wie das bei der reaktionären Strategie der Fall ist.

Die reformistische Strategie orientiert sich also an zahlreichen, unterschiedlichen und sich teilweise widersprechenden Zielen: hoher Beschäftigungsstand, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, regional ausgewogene dynamische Wirtschaftsstruktur, breite Basis an Bildung und Qualifikation, Umweltverträglichkeit, internationale Wettbewerbsfähigkeit. Diese Ziele sind mit Sicherheit nicht ohne weitreichende Eingriffe in die ökonomischen und gesellschaftlichen Grundverhältnisse und ohne wirksame Beschränkung der bislang herrschenden Interessen und domierenden Kräfte erreichbar. Die Frage und das Problem, vor denen der Reformismus immer wieder steht, ist: wieweit er *erstens* diese Notwendigkeit erkennt, *zweitens* bereit ist, ihr Rechnung zu tragen, und *drittens*, was er tut, um diese Bereitschaft in politische Mobilisierung zum Zwecke der notwendigen Eingriffe umzusetzen.

3.3 Zwischenbilanz: Aktueller Stand reformistischer Positionen in der BRD

Gegenwärtig werden in der BRD im wesentlichen von drei politischen Kräften reformistische Positionen formuliert und entsprechende politische Forderungen gestellt:

Am weitesten gehen die Positionen des *DGB* und verschiedener Einzelgewerkschaften. Sie unterscheiden sich von anderen nicht durch die Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm, nach Arbeitszeitverkürzungen und nach Stärkung der Massenkaufkraft – diese Forderungen sind mit jeweils un-

terschiedlicher Akzentuierung bei allen reformistischen Kräften vertreten –, sondern durch die relative Illusionslosigkeit, mit der die Durchsetzbarkeit dieser Forderungen beurteilt wird.⁶ Die Erfahrung der von oben aufgekündigten Sozialpartnerschaft und der Kämpfe während der letzten Jahre haben die Einsicht verbreitet, daß eine Verminderung der Arbeitslosigkeit, die Bewahrung der sozialen Sicherheit, ausreichende Einkommen und eine gesunde Umwelt nicht ohne erbitterten Kampf zu haben sind. Schon lange liegen präzise Vorstellungen des DGB (und verschiedener Einzelgewerkschaften) für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, für eine gerechtere Steuerpolitik, für den Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit, eine Neuordnung der Umweltpolitik u. a. m. vor. Am weitesten geht das stahlpolitische Programm der IG Metall, das die Vergesellschaftung der Stahlindustrie und eine demokratische nationale Stahlpolitik bei höchstmöglicher Autonomie der dezentralen Betriebs-einheiten vorsieht.⁷ Illusionen, daß diese vernünftigen und „eigentlich“ realistischen Programme partnerschaftlich mit den Unternehmen zu verabreden seien und vom Parlament und der Bundesregierung umgesetzt werden könnten, sind während der letzten Jahre in erheblichem Maße abgebaut worden.

Die DGB-Führung zögert gegenwärtig dennoch, den Kampf von sich aus aufzunehmen, den sie, will sie bescheidene Forderungen durchsetzen, nicht vermeiden kann. Dieses Zögern hat zwei Gründe: zum einen das ungeklärte Verhältnis zum Staat und die Furcht, sich das Etikett des „Staatsfeindes“ ein-zuhandeln; zum anderen die Befürchtung, der Kampf könne außer Kontrolle geraten und auf eine umfassendere Neuordnung der ökonomischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse hinauslaufen, die von der Mehrheit im DGB trotz aller ernüchternden Erfahrungen der letzten Jahre nicht gewollt wird.

Nicht nur von weitgehender Neuordnung der ökonomischen und gesellschaftlichen Grundverhältnisse, sondern auch von der Notwendigkeit, für beschäftigungspolitische und soziale Maßnahmen hart kämpfen zu müssen, ist bei *der SPD* gegenwärtig kaum die Rede. In ihrem wirtschaftspolitischen Leit-antrag „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern“,⁸ der von einer Kommission unter der Leitung von *Wolfgang Roth* erarbeitet wurde und im Herbst 1986 – als Orientierung für die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes – verabschiedet werden soll, bezieht sie sich zwar auf die ökonomischen, ökologischen und sozialen Hauptprobleme der Gegenwart. Aber zum einen fehlt fast jeder Hinweis auf die Herkunft und Ursachen dieser Probleme sowie ihren Zusammenhang. Zum anderen sind die Lösungsvorschläge schon in ihrer Dimension zu gering. Durch die Schaffung eines „Sondervermögens Arbeit

6 Hierfür sprechen auch Verlauf und Beschlüsse des 13. ordentlichen DGB-Kongresses, der Ende Mai 1986 in Hamburg stattfand. Vgl. Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Nr. 6/86, S. 1 f. und 24 f.

7 IG Metall (Hrg.), Stahlpolitisches Programm der IG Metall, beschlossen in der Sitzung des Vorstandes der IG Metall am 16. April 1985, Frankfurt/M. 1985.

8 Zur ausführlichen Analyse und Kritik dieses Entwurfes vgl. IMSF-Arbeitsgruppe, Reformpolitik durch „sozialökologische Marktwirtschaft“?, in: Marxistische Blätter, Nr. 3/1986.

und Umwelt“ in Höhe von 4,7 Milliarden DM und seinen Einsatz als Zinssubvention und verlorener Zuschuß sollen jährlich 18 Mrd. DM an zusätzlichen Investitionen hervorgerufen werden. Abgesehen davon, daß dies eine bloße Hoffnung ist: Selbst wenn sie realisiert würde, könnte das die Probleme nicht wesentlich verringern. Schließlich wird vollständig auf eine Analyse der Machtverhältnisse und der daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen für die notwendige Mobilisierung zur Durchsetzung selbst bescheidener Vorschläge verzichtet. Die einzelnen Kapitel bieten neben der Darstellung beklagenswerter Zustände Vorstellungen, wie man die Dinge verbessern kann, ohne jemanden wirklich weh zu tun. Im Kapitel „Die Wirtschaft demokratisieren“ beispielsweise wird kein Wort über den Stand der Unternehmenskonzentration, die Macht der Banken, den Einfluß großer Konzerne auf die Politik usw. verloren. Statt dessen wird die Notwendigkeit der umfassenden Mitbestimmung ganz allgemein betont und neben der Einführung von paritätisch besetzten „Kommissionen für Wirtschafts- und Sozialfragen“ mit „Informations-, Beratungs- und Initiativrecht“ als zweite Säule der Demokratisierung die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, also ihre Verwandlung in Kleinaktionäre, und als dritte Säule die Unterstützung von Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben gefordert. Der Kernbereich ökonomischer Macht, die großen Industriekonzerne, Bankmonopole und Finanzgruppen, bleiben schlicht unerwähnt. Die Naivität, mit der die Gleichgewichtigkeit von Markt und Staat gefordert – und von *Wolfgang Roth* die Leistungsfähigkeit des Marktes gepriesen⁹ wird, ist wahrscheinlich weniger in Unkenntnis als in dem Bestreben begründet, ein Programm sozialer Verbesserungen und Reformen vorzulegen, ohne sich mit den wirklich Mächtigen anzulegen.

Dennoch: Indem der Anspruch darauf, daß das Recht auf Arbeit für alle durchzusetzen, die Gesellschaft ökologisch zu erneuern, Technik menschlich zu gestalten sei usw., ausdrücklich als Ziel der Politik angemeldet und nicht nur – wie in der reaktionären Strategie – als Nebenfolge der radikalen Gewinnförderung in Aussicht gestellt wird, werden Anstöße gegeben. Die Frage der Macht wird im wirtschaftspolitischen Leitantrag nicht gestellt, aber sie stellt sich, wenn darangegangen wird, die Zielvorstellungen praktisch umzusetzen. Der Kampf ist im wirtschaftspolitischen Leitantrag nicht vorgesehen, aber er wird unvermeidbar sein, wenn die Ziele nicht nur leeres Gerede bleiben sollen. Ob die SPD unter dem Eindruck der realen Machtverhältnisse und des Widerstandes der Unternehmer gegen die reformistischen Zumutungen umfällt und sich – möglicherweise leicht sozial verbrämt – an die Interessen der Konzerne anpaßt, oder ob sie den Kampf aufnimmt und für reformistische Positionen kämpft, läßt sich mit Sicherheit nicht voraussagen. Der wirtschaftspolitische Leitantrag, die begleitenden Äußerungen *Roths* und auch der Tenor des wirtschaftspolitischen Kongresses der SPD im Mai 1986 lassen eher das erste vermuten. Immerhin aber gibt es vehemente Kritik auch in der SPD am wirtschaftspolitischen Leitantrag, und es gibt andere Strömungen in

⁹ Vgl. Wolfgang Roth, *Der Weg aus der Krise. Umriss einer sozialökologischen Marktwirtschaft*, München 1985.

der SPD, die die vorwärtsweisenden Seiten der reformistischen Position stärker akzentuieren.¹⁰

Den *Grünen* kann man weder Halbherzigkeit in den Größenordnungen noch mangelnde Präzision ihrer Vorstellungen darüber vorwerfen, weshalb, in welchen Bereichen und in welche Richtung radikale Reformen erforderlich sind. In ihrem wirtschaftspolitischen Programmentwurf „Umbau der Industriegesellschaft: Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung“ vom Februar 1986 haben sie ein Konzept vorgelegt, das – wenn auch in unterschiedlichem Maße – bemerkenswert konkret die Schritte zur Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen, zu einer ökologischen, sozialen und demokratischen Wirtschaft, zu sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit aufzeigt.¹¹ Wenn diese Schritte gegangen würden, ergäben sich daraus zwei Millionen zusätzliche Dauerarbeitsplätze. Dies wäre ein massiver Beitrag zur Verminderung der Massenarbeitslosigkeit. Die Finanzierung des Programmes soll durch Einsparungen bei ökologisch schädlichen und/oder ökonomisch unsinnigen Ausgaben des Staates, durch zweckgebundene Sonderabgaben und durch Anhebung direkter und indirekter Steuern erfolgen. Die Durchsetzung der Vorschläge soll – für die *Grünen* bemerkenswert – in erster Linie durch staatliche Steuerung und administrative Maßnahmen erfolgen; insofern ist das gesamte Programm ausgesprochen etatistisch.

Das spezifisch Reformistische der Konzeption der *Grünen* liegt nicht – wie bei der SPD – darin, daß die geforderten Veränderungen den Herrschenden nicht weh tun sollen, sondern darin, daß die *Grünen* sich gar keine Gedanken darüber machen, wem sie mit ihren Vorstellungen wohl weh tun würden. Dieser Unbekümmertheit hinsichtlich der zu erwartenden Widerstände entspricht der fast vollständige Mangel an Analyse über die Ursachen der bestehenden Zustände: Diese werden in ihrer stofflichen Seite treffend und scharf als menschenfeindlich und gefährlich skizziert und kritisiert, aber nicht als Resultat einer bestimmten kapitalistischen Entwicklungsstrategie analysiert. Daher bleiben die Interessen – außer in ganz wenigen Bereichen wie der Stahlindustrie – im Dunkeln, die für diese Zustände verantwortlich sind. Das wäre nichts weiter als ein akademischer Schönheitsfehler, wenn diese Interessen nicht zugleich die maßgebliche Macht in unserer Gesellschaft verkörpern. Da dies aber der Fall ist, stellt die Ausblendung der Machtverhältnisse entweder eine erstaunliche Naivität oder eine systematische Verdrängung dar. Beides ist gefährlich: Wenn die *Grünen* dabei stehen bleiben, und wenn ihre Programmatik – wie absehbar ist – nicht im ersten Anlauf verwirklicht wird, kann eine solche Haltung entweder zu frustrierter Resignation oder zu opportunistischer Anpassung an die Realität unter Beibehaltung der verbalen Radikalität führen. Das würde das Mobilisierungspotential, das in Inhalt und Form der Vorschläge der *Grünen* angesprochen ist, verspielen, statt es langfristig und ausdauernd zu entwickeln.

10 Vgl. Anpassung oder Reform. Zur neuen Wirtschaftskonzeption der SPD, Hamburg 1985.

11 Vgl. IMSF-Arbeitsgruppe, Zwischen ökologischer Reformpolitik und Fundamentalopposition – Zum „Umbauprogramm“ der *Grünen*, in: Marxistische Blätter, Nr. 4/1986, 5/1986.

3.4 Ökonomische Probleme und politische Widerstände

Reformstrategien kosten Geld. Wenn sie die Verhältnisse der Menschen nachhaltig verbessern und gleichzeitig die Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals sichern bzw. ausweiten sollen, müssen erhebliche Mittel eingesetzt werden, um die dafür erforderlichen Maßnahmen zu finanzieren. An der Frage, wie diese Mittel aufgebracht werden können und wo sie eingesetzt werden sollen, lassen sich die ökonomischen und politischen Grenzen einer reformistischen Strategie exemplarisch aufzeigen.

Dabei handelt es sich nicht um ein wirtschaftliches Problem im engeren Sinne. Es gibt ökonomische Mittel und Hebel, deren Einsatz ausreichen würde, eine wirksame Verbesserung der Lage der Menschen in kurzer Zeit herbeizuführen, ohne die Entwicklungsmöglichkeiten privater Unternehmen zu verbauen. *Zum einen* kann eine umfangreiche Neuverschuldung des Staates die finanziellen Mittel zur kurzfristigen und wirksamen Verringerung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Massenkaufkraft bereitstellen. Das gleiche Ergebnis ist *zum anderen* durch eine Verteilungsänderung in dem Sinne zu erreichen, daß unsinnige oder schädliche Subventionen abgebaut, die Steuern auf Spitzeneinkommen und -vermögen erhöht, Steuerhinterziehung wirksam bekämpft würden u. a. m.

Beides stößt aber auf politischen Widerstand: Eine beträchtliche Erhöhung der Staatsschulden wird von fast allen Gruppen der Gesellschaft abgelehnt und dürfte von daher nicht durchsetzbar sein. Diese Ablehnung kann zwar nicht mit stichhaltigen ökonomischen Argumenten begründet werden, sie gründet sich aber auf die Erfahrungen, daß einerseits auch die Ausdehnung der Staatsschulden in den siebziger Jahren Krise und steigende Arbeitslosigkeit nicht verhindert hat, und daß die steigende Zinslast hoher Staatsschulden den finanziellen Handlungsspielraum des Staates in Zukunft einschränkt. Eine Umverteilung wird zwar prinzipiell von Gewerkschaften, SPD und Grünen befürwortet, von den Unternehmern und ihren Verbänden sowie dem größten Teil der öffentlichen Medien jedoch rigoros abgelehnt und bekämpft.

In dieser Situation besteht die Gefahr, daß die Maßnahmen, die eine reformistische Strategie ergreift, quantitativ und in ihrer Intensität zu gering bleiben, um in relativ kurzer Zeit überzeugende Erfolge herbeizuführen. Ein kleines Beschäftigungsprogramm, eine geringfügige Arbeitszeitverkürzung oder ein wenig Umverteilung von oben nach unten können zwar eine gewisse Anfangswirkung haben und damit auch Hoffnungen auf nachhaltige Besserung wecken. Die materiellen Wirkungen werden jedoch schnell nachlassen, wenn die politischen Maßnahmen nicht weitergeführt, d. h. quantitativ erweitert und qualitativ abgesichert werden. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit um 250 000 Personen pro Jahr ist gewiß nicht nichts. Es ist aber erheblich zu wenig, um das Arbeitslosenproblem in einer akzeptablen Frist deutlich zu verringern: Nach einer ganzen Legislaturperiode wären zwar eine Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, aber es wären noch immer 1,3 Millionen Menschen als Arbeitslose registriert und zwei Millionen tatsächlich arbeitslos. Der Druck hoher Massenarbeitslosigkeit wäre damit abgeschwächt, aber nicht von

der Gesellschaft genommen; die Möglichkeiten der Unternehmer, sie einzusetzen, um weitergehende Umverteilungen, ökonomische oder gesellschaftliche Reformen zu verhindern, bestünden fort.

In dem Maße, wie die Hoffnungen der Massen auf nachhaltige Verbesserung ihrer Situation enttäuscht werden, läßt aber auch ihre Kampfbereitschaft nach. Damit entfällt die Grundlage, auf der die sozialen Ziele der reformistischen Strategie allein erreicht werden können. Denn Verbesserungen, die über politische Initialzündungen hinausgehen und eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur und -entwicklung bezwecken, also nicht ausschließlich auf die Interessen der weltmarktorientierten Monopole ausgerichtet sind, erfordern Veränderungen in den ökonomischen und politischen Steuerungsmechanismen. Solche Veränderungen können nur durch massive politische Mobilisierung gegen die maßgeblichen Unternehmen durchgesetzt werden. Wo die Basis für die Mobilisierung schwächer wird oder entfällt, ist die ursprüngliche Absicht der Reformkonzeption nicht mehr durchsetzbar. Die Konzentration auf das unter diesen Bedingungen noch Durchsetzbare trifft sich mit dem Wunsch der Unternehmer, zunächst und vor allem die Weltmarktpositionen des Kapitals zu verbessern, die Volkswirtschaft im Zeichen der „internationalen Verflochtenheit“ der Wirtschaft zu „modernisieren“. Möglicherweise wird dies durch die eine oder andere „Sozialverträglichkeitsmaßnahme“ begleitet werden. Die Eigenständigkeit und Dringlichkeit des Ziels, Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltbelastung schnell und wirksam zu verringern, geht auf dem Wege der Anpassung an das Durchsetzbare jedoch verloren und wird nur noch als Folgewirkung eines dynamischen Wachstums in Aussicht gestellt. Die weitere Entwicklung führt zur schrittweisen Aufgabe der reformistischen Positionen und Errungenschaften, zur Annäherung an und Übernahme von zunehmend aggressiveren Positionen: Die reformistisch-etatistische Variante deformiert sich schrittweise zu einer aggressiv-etatistischen Variante. Diese ihrerseits ist aber nur die Vorstufe zur Neuauflage der aggressiv-antietatistischen Entwicklung: Wenn die Verteidigungsschlacht gegen den Reformismus gewonnen ist, gehen die Unternehmer erneut zum Gegenangriff über: Die Wende, die im ersten Anlauf nicht geschafft wurde, steht dann im zweiten erneut auf der Tagesordnung. Die Alternative zu dieser Rückentwicklung besteht im Festhalten an den sozialen Zielsetzungen der reformistischen Konzeption und in der Entwicklung und dem Einsatz der politischen Bewegungen, Maßnahmen und Institutionen, auf deren Grundlage und mit denen sie erreicht und längerfristig gesichert werden. Wenn diese Alternative über eine längere Zeit konsequent verfolgt wird, bedeutet das den Einstieg in eine neue, die demokratisch-antimonopolistische Entwicklungsvariante.

4. Die demokratisch-antimonopolistische Variante¹²

Der Kern der antimonopolistischen Variante liegt darin, daß erstens Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltbelastung schnell in erheblichem Maße

12 Vgl. Jörg Huffschild, *Ökonomische Strukturen...*, a.a.O., S. 252-254.

durch umfangreiche Sofortmaßnahmen vermindert, zweitens Anfangserfolge durch einen qualitativen Umbau der Wirtschaft stabilisiert und ausgebaut und drittens die politische Herrschaft und ökonomischen Ansprüche des Monopolkapitals eingeschränkt werden.

Die Sofortmaßnahmen unterscheiden sich von denen der reformistischen Strategie weniger in ihrer Art als in ihrem Umfang. Er muß erheblich über das hinausgehen, was gegenwärtig von der SPD gefordert wird. Im Memorandum 1986 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik wird eine Kombination von öffentlichem Beschäftigungsprogramm (50 Mrd. DM pro Jahr) und Arbeitszeitverkürzung (auf 37 Stunden pro Woche für alle Beschäftigten) vorgeschlagen.¹³ Ein umweltpolitisches Sofortprogramm müßte durch strenge und sofort wirksame Begrenzung der Schwefeldioxid- und Stickoxydimmission sowie der Gewässerverunreinigung die Hauptgefahrenquellen der Umweltzerstörung eindämmen und darüber hinaus den Ausstieg aus der Kernenergie einleiten.¹⁴ Die Verwirklichung der Sofortmaßnahmen würde dazu führen, daß im Laufe von zwei Jahren mehr als 2 Mill. zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden. Das wäre zwar immer noch nicht die Beseitigung, aber doch eine nachhaltige Verminderung der Arbeitslosigkeit. Bei dem Beschäftigungsprogramm handelt es sich nicht um eine bloße Erhöhung der globalen Nachfrage. Vielmehr sollen die öffentlichen Mittel in erster Linie von den Kommunen für die Verbesserung der Versorgung in akuten gesellschaftlichen Mangelbereichen ausgegeben werden: Umweltschutz, Verkehrsberuhigung, dezentrale Energieversorgung, bessere öffentliche Dienstleistungen wie Kindergärten, Altenheime, Ausbildungsplätze usw.

Die Verwirklichung einer solchen Initiative stößt zwar auf einige technische, administrative und finanzielle Anfangsschwierigkeiten. Diese sind jedoch im Kern ohne unerschwinglichen Aufwand lösbar. Das eigentliche Problem ist politisch und liegt darin, die für ihre Durchsetzung erforderlichen Energien zu mobilisieren. Es handelt sich um einen politischen Kraftakt, der große Konsequenz und Kampfbereitschaft erfordert – sowohl von seiten der politischen und parlamentarischen Kräfte, die diesen Weg gehen wollen, als auch von seiten der Gewerkschaften und der anderen außerparlamentarischen Bewegungen, die hierfür eintreten müssen. Die Entwicklung und erst recht die Durchsetzung von Sofortmaßnahmen in den genannten Größenordnungen stößt auch in reformistischen Kreisen auf Zurückhaltung, Zweifel und Ablehnung. Von Unternehmerseite wird sie natürlich erbittert bekämpft.

Es kann aber nicht bei einem einmaligen politischen und ökonomischen Kraftakt bleiben. Die Sofortmaßnahmen wirken nicht als Initialzündung, die genügt, um die weitere Entwicklung auf den richtigen Weg zu bringen. Ihr längerfristiger Erfolg hängt vielmehr davon ab, ob es gelingt, einen massiven Einstieg in eine weiterführende Wirtschaftsstrategie zu schaffen. Erst durch deren Entwicklung und dauerhafte Durchsetzung können Anfangserfolge stabilisiert und ausgebaut werden.

13 Vgl. Memorandum 1986, a. a. O., S. 227 ff.

14 Vgl. Memorandum 1985, Köln 1985, S. 182 ff. und 206 ff.

Der längerfristige Hauptinhalt einer demokratisch-antimonopolistischen Wirtschaftsstrategie ist die Restrukturierung oder der Umbau der Wirtschaft, die Veränderung gesellschaftlicher Machtstrukturen und die Durchsetzung einer neuen ökonomischen Entwicklungslogik. Ihre Inhalte richten sich nicht mehr nur auf die Abwehr und Korrektur der durch die Strategie des Monopolkapitals drohenden oder geschaffenen schlimmsten Mängel und Gefahren. Sie besteht vielmehr in eigenständigen positiven Vorstellungen und deren praktischer Umsetzung. Es geht in der neuen Entwicklungslogik darum, daß

- die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen als Einkommensquelle weiterentwickelt wird zur Gewährleistung sinnvoller und befriedigender Arbeit;
- die Verteidigung des sozialen Besitzstandes in der Sozialpolitik weiterentwickelt wird zur finanziellen und gesellschaftlichen Integration aller Schwachen, Gefährdeten und Bedürftigen;
- die administrative und finanzielle Sanktion von Rohstoffvergeudung und Umweltzerstörung ergänzt wird und in den Hintergrund tritt zugunsten der Entwicklung neuer rohstoffsparender und umweltschonender Produktionsverfahren, die gesellschaftliche und individuelle Reproduktion in natürlichen Kreisläufen organisiert wird.

Die wichtigsten Hebel zur Umsetzung dieser längerfristigen materiellen Ziele der antimonopolistischen Entwicklungsvariante bestehen in der Ablösung der Außenorientierung durch die binnenwirtschaftliche Ausrichtung, der Durchsetzung wirksamer Strukturpolitik gegen die Marktmechanismen der Monopole und einer weitgehenden Dezentralisierung und Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses: Es ist *erstens* ein unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen Umbaus der Wirtschaft, die Ausrichtung und Unterwerfung aller politischen Maßnahmen am Ziel der Verbesserung der Weltmarktposition für die führenden Konzerne zu beenden. An ihre Stelle tritt die konsequente Binnenorientierung, die Entwicklung der Industrie- und Dienstleistungsstruktur entsprechend den materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung und den sich daraus ergebenden stofflichen Produktions- und Dienstleistungsanforderungen. Natürlich spielen auch Außenwirtschaftsbeziehungen in einem *binnenorientierten Entwicklungstyp* der Wirtschaft eine wichtige Rolle. Sie werden aber aus den Defiziten der inneren Wirtschaftsstruktur – etwa dem Rohstoffmangel – und nicht aus den Expansionsbedürfnissen des Verwertung suchenden Kapitals definiert und gestaltet. Hierin liegt weder ein Verzicht auf internationale Arbeitsteilung noch auf technologische Spitzenqualität: erstere ergibt sich jedoch nicht anarchisch durch die Expansionsstrategien der dominierenden Konzerne, sondern wird planmäßig auf der Grundlage längerfristig international aufeinander abgestimmter und daher auch kalkulier- und überschaubarer Strukturentwicklungen gestaltet. Spitzenqualität der für die innere Entwicklung benötigten Güter und Dienstleistungen macht längerfristig eine administrative Abschottung der eigenen Märkte entbehrlich. Für eine Übergangszeit vom außen- zum binnenwirtschaftlichen Entwicklungstyp muß mit gewissen Schwierigkeiten gerechnet werden.

Der Umbau zu einem binnenorientierten Typ der ökonomischen Entwicklung und eine den Bedürfnissen der Menschen entsprechende Gebrauchswertstruktur können *zweitens* nicht durch die Mechanismen und Zwänge des Marktes geleistet werden, in denen im wesentlichen nur die profitorientierten Entscheidungen der stärksten Konzerne dominieren. Die Durchsetzung der neuen ökonomischen Entwicklungslogik bedarf vielmehr intensiver politischer Steuerung, d. h. auch der Einrichtung entsprechender Steuerungshebel und -institutionen. Ihr Einsatz im Rahmen der antimonopolistischen Wirtschaftsstrategie bezieht sich dabei

- auf die Hauptrichtungen, Prioritäten und Proportionen bei der Entwicklung der *Produktivkräfte*,
- auf die Gewährleistung und Weiterentwicklung einer *materiellen Infrastruktur*, die nicht unter den erreichten Stand der Vergesellschaftung der Produktion und Reproduktion zurückfällt,
- auf die Herstellung ausgeglichener *Produktions- und Lebensverhältnisse* für die Menschen in unterschiedlichen Regionen.

Drittens bedarf die Herstellung und permanente Weiterentwicklung vernünftiger Wirtschaftsstrukturen eines Mechanismus, der sicherstellt, daß die Bedürfnisse der Menschen auch tatsächlich artikuliert und wirksam in den Beratungen und Entscheidungen über die ökonomische Entwicklungsrichtung zur Geltung gebracht werden. Eine weitgehende Dezentralisierung ökonomischer Prozesse – auf staatlicher Ebene vor allem die Rückgabe vieler Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und Finanzen an Städte und Kommunen sowie die Belebung der dezentralen Diskussionsorgane und -institutionen – muß daher ein wesentlicher Bestandteil jeder längerfristigen Umbauorientierung sein. Darüber hinaus muß durch umfassende Aufklärung über weiterreichende ökonomische Zusammenhänge und die Einrichtung demokratischer Planungsorgane auf regionaler und bundesstaatlicher Ebene die Möglichkeit übergreifender Planung und Koordination geschaffen werden. Ein Verzicht hierauf käme nicht nur einer Rücknahme hochvergesellschafteter Produktions- und Reproduktionszusammenhänge gleich, sondern würde die Gefahr quasi-kapitalistischer Anarchie und Konkurrenz der dezentralen Wirtschaftseinheiten hervorrufen.

Jeder einzelne dieser Haupthebel steht den Verwertungsinteressen der Weltmarktmonopole diametral entgegen. Es ist daher von zentraler Bedeutung, daß deren Durchsetzungskraft drastisch eingeschränkt und die von ihnen bewegten großen ökonomischen Ressourcen den Prioritäten der demokratischen Wirtschaftsstrategie unterworfen werden. Die Möglichkeiten hierzu reichen von einer strikten Kontrolle und Auflagenpolitik über die imperative Investitionslenkung bis zur Vergesellschaftung bei demokratischer Kontrolle. Zur Vergesellschaftung stehen dabei insbesondere an

- Konzerne, die wie die Stahlunternehmen und Energiekonzerne eine außerordentlich große Bedeutung als Grundstoff- oder Infrastrukturproduzenten haben und ohnehin zum größten Teil Empfänger staatlicher Subventionen sind,
- Konzerne, die wegen der Brisanz ihrer Produkte nicht dem privatwirtschaft-

lichen Gewinnkalkül überlassen werden dürfen, insbesondere die Rüstungskonzerne,

– Konzerne, die wegen ihrer hohen Verflechtung mit anderen Bereichen der Wirtschaft und der sich daraus ergebenden Steuerungskapazität in der Lage sind, die gesellschaftliche Lenkung zu unterlaufen – also in erster Linie die privaten Großbanken und Versicherungskonzerne.

Anfangserfolge einer demokratischen Wirtschaftsstrategie sind – insbesondere im Bereich der Sofortmaßnahmen – ohne die dauerhafte Entmachtung des Monopolkapitals, sozusagen als Ergebnis des skizzierten politischen Kraftaktes möglich. Die Stabilisierung dieser Erfolge und der soziale und ökologische Umbau der Wirtschaft sind aber nur möglich, wenn das Monopolkapital dauerhaft entmachtet wird. Reformistische Konzeptionen sehen diese Notwendigkeit nicht, oder sie wollen ihnen, obwohl sie sie sehen, keine Rechnung tragen. Es ist das Spezifikum der demokratisch-antimonopolistischen Strategie, daß sie zusätzlich zu wirtschaftspolitischen Sofortmaßnahmen und an den Bedürfnissen ausgerichteten Zukunftsvorstellungen die Dimension der dauerhaften Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse ins Zentrum ihrer Überlegungen und Forderungen stellt.

5. Mobilisierung für ein Reformprogramm: die aktuelle Hauptaufgabe der demokratischen Kräfte

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung in der BRD steht gegenwärtig vor einer folgenschweren Weichenstellung: Entweder gelingt es den aggressiven Teilen der Bourgeoisie, die angeschlagene Kraft ihrer reaktionären Entwicklungsvariante zu konsolidieren und diese – vielleicht mit geringfügigen Modifikationen – fortzusetzen; oder es gelingt, gegen die Perspektive verstärkter Aggressivität nach innen und außen einen Kräfteblock zu bilden, der den Übergang zu einem anderen Muster der Entwicklung durchsetzt. Dieses kann nach Lage der Dinge nur eine reformistische Entwicklungsvariante sein. Sie praktisch zustande zu bringen erfordert aber mehr als das Engagement der hier als reformistisch gekennzeichneten Kräfte. Die Ablösung der aggressiv-antietatistischen Variante setzt voraus, daß alle demokratischen Kräfte sich in den Block der Opposition eingliedern und gemeinsam aktiv gegen rechts kämpfen: Die Parteien links von der aktuellen Regierungskoalition, Gewerkschaften, Friedens-, Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung sowie andere soziale Gruppen und Kräfte, deren materielle und politische Lage und Perspektive durch die Politik der Rechtskoalition beeinträchtigt wird.

Die programmatischen Grundlagen für diesen gemeinsamen Kampf können die wesentlichen Hauptforderungen sein, die in den aktuellen sozialen Bewegungen verankert sind:

– Ausstieg aus der Politik militärischer Stärke und Konfrontation; Einleitung einer Wende zu Entspannung und Abrüstung; Kündigung des SDI-Vertrages, Abzug von Pershing II und Ablehnung der Stationierung von Cruise-Missiles, Einfrieren und Kürzung der Rüstungsausgaben.

– Schnelle und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit:

Umfangreiche staatliche Beschäftigungsprogramme in gesellschaftlichen Mangelbereichen und energische Arbeitszeitverkürzungen.

– Maßnahmen gegen Armut und Sozialabbau: Konsolidierung des Systems der sozialen Sicherheit, Einführung einer sozialen Mindestsicherung.

– Umweltpolitische Sofortmaßnahmen zur schnellen spürbaren Entlastung von Luft, Wasser und Boden: Durchsetzung niedrigerer Immissionsgrenzen, Einleitungsverbote, Verbote besonders gefährlicher Stoffe.

– Ausstieg aus der Kernenergie und Einleitung alternativer Strategien zur sicheren Energieversorgung.

Diese Forderungen können von allen demokratischen Kräften getragen werden, unabhängig von der jeweiligen Partei- oder Gruppenzugehörigkeit und unbeschadet jeweils besonderer Akzentuierungen und eigenständiger Zusatzvorstellungen. Sie bilden die Konturen eines wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformprogrammes, das der aggressiv-antietatistischen Entwicklungsvariante für die zentralen Bereiche der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung eine sinnvolle und realistische Alternative entgegenstellt.

In den nächsten Monaten wird es in der BRD darauf ankommen, diese Alternativen breit bekanntzumachen und auf ihrer Grundlage die gegenwärtige Regierungskoalition abzulösen. Dies öffnet den Weg für den Einstieg in eine andere Entwicklungsvariante des Kapitalismus. Diese wird keine antimonopolistische, sondern eine reformistische sein. Wie sie im einzelnen aussieht, ob in ihr die vorwärtsweisenden, auf die Durchsetzung der sozialen Forderungen der Menschen gegen die Interessen des Kapitals gerichteten Momente praktisch überwiegen oder ob sie mehr durch Halbherzigkeit, Sachzwangvorwände und Anpassungsbereitschaft geprägt sein wird, das läßt sich nicht von vornherein sagen. Es wird stark davon abhängen, wie der Prozeß des Übergangs abläuft, wie stark die Mobilisierung ist und welche Kräfte und Positionen sich in diesem Prozeß besonders profilieren und verankern können.

Zum Konzept der Entwicklungsvarianten des SMK heute

Heinz Jung

1. Fragestellungen – 2. Theoretische Grundlagen – 3. Die Rolle der Außenfaktoren – 4. SMK-Varianten als Vergesellschaftungstypen – 5. Kräfteverhältnisse und Hegemoniekonstellationen – 6. Anhang

1. Fragestellungen

Seit den französischen Parlamentswahlen im Frühjahr 1986 sind in den Hauptländern des entwickelten Kapitalismus, die mit selbsternanntem Mandat auf den Wirtschaftsgipfeln den Ton für die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung angeben, Regierungen an den Schalthebeln der politischen Macht, die mehr oder weniger dem Konzept des konservativen Umbaus des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) oder der weiteren Forcierung entsprechender Tendenzen verpflichtet sind. Es handelt sich hier um die Regierungen Kanadas, der USA, Japans, der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens. Analoge Tendenzen beherrschen die Szene in einem Großteil der übrigen Länder des entwickelten Kapitalismus¹: in Norwegen, Island, Dänemark, Belgien, den Niederlanden, Irland und in extremen Formen im Kriegskapitalismus Israels und im Rassistenregime Südafrikas. Selbst dort, wo sozialreformistische Kräfte die Regierung stellen oder daran beteiligt sind wie in Spanien, Portugal, Österreich, Griechenland, Finnland, Luxemburg, der Schweiz, Schweden, Australien, Neuseeland, setzt die Einordnung in das System imperialistischer Arbeitsteilung und Verflechtung restriktive Bedingungen. Um so bedeutsamer sind jene Fälle, wie z. B. Schweden, wo eine den neuen Bedingungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen entsprechende reformistische Entwicklung beibehalten bzw. durchgesetzt werden konnte. Freilich handelt es sich bei diesen Ländern eher um die geogra-

¹ Wir folgen hier in der empirischen Fassung der Auflistung des IMEMO (vgl. Tab. 3 u. 1, im Anhang).

Laufende Übersichten und Analysen zur sozialökonomischen und politischen Entwicklung einzelner entwickelter kapitalistischer Länder sind enthalten in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln; Sozialismus, Hamburg; Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bonn-Bad Godesberg; IPW-Berichte, Berlin/DDR.

Aktuelle Übersichten enthalten: Jahresbericht 1986, Zur Wirtschaftslage imperialistischer Länder, IPW-Berichte 8/1986, S. 31 ff.; Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik im internationalen Vergleich, Informationsdienst zur Finanzpolitik des Auslandes (Hrg. Bundesministerium für Finanzen), Nr. 2/1985, 16.12.1985, Bonn.

phische und politische Peripherie des entwickelten Kapitalismus und nicht um die Zentren imperialistischer Macht und Entwicklung.

Bedeutsam ist nicht nur die *gegenwärtige Situation*², sondern mehr noch der *Prozeß ihrer Herausbildung*. Dieser Prozeß hat seine Wurzeln in jener Konstellation, die in der kapitalismusweiten Krise 1974/75 wirksam geworden war und neue Anpassungsreaktionen der herrschenden Klasse und des staatsmonopolistischen Systems hervorrief. Dabei ging es nicht nur um die Durchsetzung der Verwertungs- und Profitinteressen im engeren Sinne, sondern es handelte sich auch um Reaktionen auf die Veränderung der internationalen Verhältnisse. Die Verschärfung des innergesellschaftlichen Klassenkampfes von oben ist verbunden mit einer konfrontativen außenpolitischen Linie. Die Schaffung neuer „institutioneller Rahmenbedingungen“ im Inneren korrespondiert mit dem Streben nach Umgestaltung der internationalen Verhältnisse. Deshalb steht die Ausformung konkreter Entwicklungsvarianten des SMK in engem Zusammenhang mit der jeweiligen internationalen Stellung des nationalen staatsmonopolistischen Systems und der Definition seiner Außeninteressen durch die herrschende Klasse.

Die seitherige Entwicklung zeigt, daß es beim Wechsel von sozialreformistischen zu konservativen Regierungen um mehr geht als um den Austausch bestimmter ideologischer Hegemonievarianten oder wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Doktrinen bzw. die ideologische Einfärbung der entsprechenden Regierungen. Eine solche Sichtweise würde der Realität des SMK nicht gerecht, denn sie erfaßt nicht die für den SMK charakteristischen *Zusammenhänge und Wechselbeziehungen von Akkumulationstyp, Klassenbeziehungen und politisch-ideologischen Hegemonie- oder Herrschaftsverhältnissen*, die unter den Bedingungen der Regulierungs- und Strukturkrise des SMK und den durch die wissenschaftlich-technische Revolution hervorgerufenen Umbruchprozessen weniger durch Kontinuität als durch Veränderung geprägt sein müssen.

Unter diesen Bedingungen ist die „*Typologie*“ des SMK³, die auch im Konzept der Entwicklungsvarianten zum Tragen kommt, ein Instrument der Analyse der Veränderungen und ihrer Tendenzen, ihrer wesentlichen Kennzeichen und vor allem ein Instrument zur präziseren Bestimmung alternativer demokratischer Entwicklungsmöglichkeiten und ihrer Inhalte sowie entsprechender strategischer Orientierungen.

Dies ist um so wichtiger, als in den Zentren des heutigen Kapitalismus offenkundig antimonopolistische Umgestaltungen, geschweige denn eine revolutionäre Ablösung des Kapitalismus, nicht auf der *aktuellen Tagesordnung*

2 Vgl. die Übersicht bei: Heinz Jung, Besonderheiten des Kapitalismus der 80er Jahre, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, H. 7/1986, S. 937.

1 Auf die theoretisch-analytischen Aspekte der Krisen- und Akkumulationsentwicklung wird in dem vorliegenden Beitrag nicht eingegangen. Es werden die Aufsätze von Jörg Goldberg, Jörg Huffschmid u. a. in diesem Band vorausgesetzt.

3 Als einer der ersten Marxisten geht in jüngerer Zeit unseres Wissens darauf ein: A. A. Djomin (vgl. ders. in: IMSF (Hrsg.), Staatsmonopolistische Komplexe. Zu einer Kategorie der aktuellen Kapitalismusanalyse, Frankfurt/Main 1982, S. 106 ff.)

stehen. Es geht vielmehr um die Orientierung auf eine Reformpolitik demokratischen Charakters, in der sich die Kräfte weiterreichender Umgestaltungen formieren können. Dies bedingt auf der politischen und ideologischen Ebene neue Konstellationen und Gruppierungen, die nicht zuletzt auch die Grundströmungen der Arbeiterbewegung betreffen.

So liegt es auf der Hand, daß *in der neueren marxistischen SMK-Diskussion der Variantenfrage zunehmende Aufmerksamkeit gewidmet* wird.⁴ Damit folgt die marxistische Kapitalismusanalyse nicht nur jenem Hinweis von *Karl Marx*, wonach sich ein gleiches sozialökonomisches Grundverhältnis entsprechend der spezifischen historischen, sozialen, kulturellen und ideologischen Bedingungen in einer Vielfalt konkreter Erscheinungsformen durchsetzen kann,⁵ sondern auch den Bemerkungen *W.I. Lenins*, wonach unterschiedliche Formen der Klassenherrschaft und Klassenstrategie der Bourgeoisie zu beachten sind⁶. Der heutigen Analyse stellt sich die Aufgabe, mit dem Variantenkonzept gerade diese Ansätze anzuwenden und weiterzuentwickeln.

Der vorliegende Beitrag versucht, in diesem Kontext folgende Fragen zu erörtern: den Zusammenhang von internationaler Entwicklung bzw. der Entwicklung des imperialistischen Systems und der Durchsetzung bestimmter Varianten der SMK-Entwicklung, die Bestimmungsfaktoren der Varianten, die sozialökonomischen und politisch-ideologischen Kräftekonstellationen, von

4 Vgl. Max Schmidt, Staatsmonopolistischer Kapitalismus der 80er Jahre und seine Anpassungsstrategien, in: IPW-Forschungshefte, 1/1986, bes. S. 62 ff., sowie die anderen Beiträge dieses Forschungsheftes und seines Ergänzungsbandes (es handelt sich um Beiträge der Konferenz „Der staatsmonopolistische Kapitalismus der 80er Jahre – neue Tendenzen und Widersprüche“, die im November 1985 in Berlin/DDR stattfand).

5 „Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht –, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden. Dies hindert nicht, daß dieselbe ökonomische Basis – dieselbe den Hauptbedingungen nach – durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Racenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind.“ (K. Marx, Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 799-800).

6 „In Wirklichkeit bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung... Die zweite Methode ist die Methode des ‚Liberalismus‘, der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Reformen, Zugeständnisse usw.“ (Dies schrieb W.I. Lenin 1910; Werke, Bd. 16, S. 356).

denen die entsprechenden Varianten getragen werden, die Triebkräfte ihrer Diversifizierung und ihres Übergangs. Schließlich geht es um das Verständnis der Entwicklung des SMK als eines wesentlich durch den Klassenkampf bestimmten Prozesses, eines Klassenkampfes, dessen aktuelle Dynamik noch nicht die Ebene des Bruchs mit dem kapitalistischen System erreicht, aber darüber zu entscheiden hat, welche Bedingungen und Vergesellschaftungsformen die Kräfteverhältnisse der kommenden Perioden bestimmen werden.

2. Theoretische Grundlagen

Die Entwicklung des Variantenkonzepts setzt die *Auffassung des SMK als Entwicklungsphase des Kapitalismus* in seinem imperialistischen Stadium voraus.⁷ Die Durchsetzung und Herausbildung dieser Phase ist irreversibel. Was der Veränderung unterliegt, das sind die Formen und Strukturen, in denen sich die Grundtendenzen des SMK realisieren. Der Abbau etatistischer Regulierungsformen der Ökonomie stellt sich von diesem Ausgangspunkt nicht als Rücknahme des SMK dar, sondern als Umbau. Die Formen, in denen sich der Vergesellschaftungsprozeß realisiert, sind zwar nicht beliebig, aber sie sind in historisch bestimmten „Bandbreiten“ für die Gestaltung durch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse offen. Diese sind offenkundig nicht nur durch den Klassenkampf bestimmt, sondern betreffen auch die Orientierung der herrschenden Klasse im Blickwinkel internationaler Konkurrenz und Rivalität.

Das *grundlegende Merkmal des SMK*, das ihn vom „einfachen Monopolkapitalismus“ unterscheidet, ist die Herausbildung eines dauerhaften *Verflechtungs- und Interaktionssystems von Monopolen und Staat*, das, da es sich auf alle Bereiche und Phasen des Reproduktionsprozesses bezieht, übergreifender Natur ist und generell Wirtschaft und Staat sowie Staat und Gesellschaft betrifft. Der Staat übernimmt unter diesen Bedingungen nicht mehr nur die politische Garantie der Eigenverhältnisse, sondern ebenfalls die Garantie der Verwertung des kapitalistischen Eigentums als Klasseneigentum. Und da im Rahmen der sozialökonomischen Struktur des Kapitals das Monopol- und Finanzkapital die dominierende Struktur darstellt, wird der entsprechende Interaktions- und Regulierungsmechanismus durch seine Interessen bestimmt. Aus der Wechselwirkung und Verflechtung privatmonopolistischer sowie finanzkapitalistischer Strukturen und staatlicher Aktivitäten entsteht unter jeweils konkreten historischen Bedingungen und Situationen das ökonomische System des SMK. Zwar bedingt die historische Tendenz des Kapitalismus, daß die über Marktbeziehungen vermittelte Selbstregulierungsfähigkeit abnimmt und deshalb durch staatliche Korsettstangen kompensiert werden muß. Es handelt sich dabei jedoch nicht um einen linear aufsteigenden Prozeß, sondern um einen wechsellvollen Vorgang mit unterschiedlichen Schwer-

7 Vgl. Heinz Jung, *Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD*, Frankfurt/Main u. Berlin/DDR 1986, S. 24 ff.; Heinz Jung, Josef Schleifstein, *Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main 1979, S. 12 ff.

punkten, dessen Knotenpunkte in den großen Krisen des Systems liegen.⁸ Außerdem muß auf jene Phasen aufmerksam gemacht werden, in denen sich die aggressiven und expansionistischen Tendenzen des Imperialismus zu einem Kurs der Kriegsvorbereitung und Aufrüstung verdichten sowie auf die Kriege und militärischen Niederlagen. Dies bedingt in unserem Jahrhundert von vornherein die Verstärkung der etatistischen Züge des SMK und führt zu einem Schub im Ausbau des SMK. Analoges gilt auch für jene Perioden, in denen die jeweiligen Monopolbourgeoisien zum Angriff auf den Weltmarkt und zum Aufholen ökonomischer Rückstände antreten.

Als *zweites grundlegendes Merkmal des SMK*, das ihn vom „einfachen Monopolkapitalismus“ unterscheidet, muß u. E. auf die *Herausbildung der sozialpolitischen Funktion des SMK-Staates* aufmerksam gemacht werden⁹ – Ausdruck der Vergesellschaftungsprozesse in der Reproduktion der Bevölkerung und der Arbeitskraft sowie des Klassenkampfes. Dies betrifft unmittelbar das System der Klassenbeziehungen und seine spezifische Färbung. In die Vergesellschaftungsformen gehen hier die Kräfteverhältnisse ein. Die damit gesetzten Umverteilungsstrukturen beeinflussen nachhaltig den gesamten Reproduktionsprozeß des kapitalistischen Systems.

Damit sind auf allgemeinerer Ebene die wesentlichen Elemente benannt, die im Variantenkonzept berücksichtigt werden müssen. Diese knappe Skizze macht allerdings auch schon darauf aufmerksam, daß die Triebkräfte der SMK-Entwicklung kaum verstanden werden können, wenn das jeweilige nationale SMK-System nicht als Bestandteil des Imperialismus und darüber hinaus des Gesamtsystems internationaler Beziehungen aufgefaßt wird. Das verweist auf die von *W.I. Lenin begründete Imperialismustheorie*¹⁰ – und dies betrifft die Aspekte der äußeren und inneren Entwicklung – als allgemeine Grundlage der Analyse.

Es kann hier nicht darum gehen, die Grundzüge dieser Konzeption darzulegen und zu entwickeln. Dazu gibt es eine breite Literatur.¹¹ Es soll nur auf einige Elemente verwiesen werden, die für unsere weitere Argumentation wichtig sind. Danach besteht das imperialistische System aus rivalisierenden Staaten und konkurrierenden Monopol- und Finanzgruppen. Die Internationalisierung der Wirtschaft vollzieht sich unter diesen Bedingungen in der Haupt-

8 Vgl. dazu die Beiträge in: Große Krisen des Kapitalismus – Lange Wellen der Konjunktur? Beiträge zur aktuellen Krisenanalyse und Monopoltheorie (bes. die Beiträge von Jan Prieue, Jörg Goldberg, Ulrich Dolata, Dieter Klein), IMSF-Informationsbericht 41, Frankfurt/Main 1985.

Diesen Sachverhalt reflektieren von unterschiedlichen theoretischen Ansätzen auch die Beiträge in: Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1986.

9 Vgl. Jung, Deformierte Vergesellschaftung, a. a. O., S. 315 ff.

10 W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß. Geschrieben Januar–Juni 1916 in Zürich, veröffentlicht Mitte 1917 in Petrograd; in: Werke, Bd. 22, S. 191 ff. Man kann sich also 1986 daran erinnern, daß dieses Werk vor 70 Jahren abgeschlossen wurde.

11 Vgl. etwa: Herbert Meißner (Hrsg.), Geschichte der politischen Ökonomie. Grundriß, Berlin/DDR 1985, S. 400 ff. Zur aktuellen Imperialismusanalyse vgl.: IPW-Diskussionsrunde, Der Imperialismus und die Herausforderungen der Zeit, IPW-Berichte, 7/1986, S. 1 ff.

sache über die internationale Monopolisierung. Seiner inneren Struktur nach zerfällt das System des Imperialismus in herrschende Metropolen und beherrschte und ausgebeutete Peripherien, wobei sich die Herrschaft über ökonomische, politische und militärische Mechanismen realisiert. In diesem System ist eine Gleichgewichtssituation für längere Perioden nicht denkbar, da die Expansionstendenzen der imperialistischen Mächte und Monopolgruppen jeweils von einer unterschiedlichen Basis und entsprechend unterschiedlichen Interessen ausgehen, womit die ungleichmäßige Entwicklung zum allgemeinen Bewegungsgesetz des imperialistischen Systems wird und somit zentripetale und zentrifugale Tendenzen gegeneinander wirken.

Seit 1917 ist der Imperialismus kein geschlossenes Weltsystem mehr; mit dem Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung treten ihm nunmehr entgegenwirkende Kräfte auf internationaler Ebene gegenüber – er ist nun nicht mehr nur durch den inneren sozialen Antagonismus herausgefordert. Die damit entstehenden Gegensätze und Widersprüche wirken auf die innere Entwicklung zurück und setzen für die Strategiebildung der herrschenden Klasse und damit auch für die Entwicklung des SMK neue Bedingungen.

Eine schematische Interpretation dieser Gegensätze, die nur eine Wirkungsrichtung sieht, wird der Realität nicht gerecht. Vielmehr gilt auch für die Bewegung des welthistorischen Antagonismus das Gesetz von Aktion und Reaktion, von Offensive und Gegenoffensive.

3. Die Rolle der Außenfaktoren

Im imperialistischen System der Periode nach dem 2. Weltkrieg kommt dem Imperialismus der USA eine beherrschende Rolle zu. Gleichwohl entsteht damit nur ein System zeitweiligen inner-imperialistischen Gleichgewichts, das zunehmend seit den 60er Jahren durch eine trizentristische Struktur in Frage gestellt wird und außerdem unter den Druck der Peripherie kommt. Die USA konnten ihre Rolle nicht allein kraft ihres ökonomischen Potentials spielen, sondern ein Hauptfaktor war von vornherein ihre militärische Dominanz – abgesichert durch ein kapitalismusweites Stützpunkt- und Militärpaktsystem. Lediglich einige kleinere Länder des entwickelten Kapitalismus an seiner geographischen Peripherie konnten und können sich der militärischen Pakteinbindung entziehen (so in Europa Österreich, die Schweiz, Schweden und Finnland). Es ist frappierend, daß gerade diese Länder zur Gruppe der Staaten mit relativ niedriger Arbeitslosigkeit gehören,¹² was offensichtlich nicht nur mit der Stärke sozialreformistischer Kräfte zusammen-

12 Eine interessante Vergleichsstudie hat hierzu Göran Therborn vorgelegt (Arbeitslosigkeit, Strategien und Politikansätze in den OECD-Ländern, Hamburg 1986). Als Erklärung der realen Unterschiede bietet er an: „Das Vorhandensein oder Fehlen einer institutionellen Absicherung der Zielsetzung Vollbeschäftigung ist die grundlegende Erklärung für die unterschiedlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise.“ (ebenda, S. 21). Schon die Beispiele Japan und Schweiz, die zur Gruppe mit niedriger Arbeitslosigkeit gehören, machen diese Feststellung fraglich und verweisen auf die Grenzen des methodischen Ansatzes Therborns (zur Besprechung und Kritik vgl.: Sozialismus, H. 4/1986).

hängt, sondern auch mit dem Manövrierraum der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik und relativ niedrigen Militärausgaben.

Für den *SMK der USA* sind in der gesamten Nachkriegsperiode Rüstung, Militarisierung und Außenexpansion die wesentliche Antriebskraft, die den Ausbau seiner etatistischen Komponenten bedingen. Sie bringen den *Militär-Industrie-Komplex* als hinsichtlich seiner strukturellen und funktionellen Momente charakteristische Erscheinung des entwickelten SMK hervor.¹³ Das Zusammenwirken von Staat und Monopolen ist auf diesen Gebieten unabdingbar und verlangt entwickelte Programmierungsformen. Die Profitinteressen der Rüstungsmonopole bzw. das Streben der Monopole und Finanzgruppen nach Ausweitung ihrer Rüstungskomponente können sich, da Entwicklung und Absatz der Rüstungsproduktion an staatliche Finanzierung gebunden sind, nur in dem Maß durchsetzen, wie die gesamtstrategischen Optionen der herrschenden Klasse dafür Raum geben und diese in der staatlichen Politik umgesetzt werden können. Der MIK wuchert zwar naturwüchsig, aber nur unter bestimmten militärstrategischen, gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Bedingungen. Der MIK selbst wiederum ist ein wesentlicher Faktor zur Beeinflussung dieser Bedingungen und zur Ausformung der strategischen Optionen des SMK.

Es liegt auf der Hand, daß sich mit dem Auswuchern des MIK und einem konfrontativen außen- und militärstrategischen Kurs die Züge einer staatsmonopolistischen Entwicklungsvariante ausprägen, die in Anlehnung an *W. I. Lenin* als *staatsmonopolistischer Rüstungs- und Kriegskapitalismus*¹⁴ bezeichnet werden kann und für deren ökonomische Orientierung eine Art Rüstungskeynesianismus charakteristisch ist. Dies trifft in der Tat für die realen „Reaganomics“ zu – ganz im Gegensatz zu ihren ideologischen Ansprüchen. Denn für alle Strömungen des Konservatismus und Neokonservatismus, einschließlich der Hauptspielarten der neoliberalen Marktwirtschaftsideologie, hat der starke politische Staat nach innen und außen nahezu absolute Priorität, was notwendigerweise den forcierten Ausbau der Militär- und Repressionsapparate dann einschließt, wenn äußere und/oder innere Bedrohungen geortet werden.

Wenn man nach den Ursachen für die irrational-hysterischen antikommunistischen und antisowjetischen Reaktionen in der US-amerikanischen Öffentlichkeit fragt, die unter *Reagan* den Status von Regierungspolitik erlangt haben, dann reflektiert sich darin – vor allem in Verarbeitung der Niederlage in Vietnam und anderswo – auch die Position des US-Imperialismus in der welthistorischen Umbruchepoche und die Erkenntnis seiner globalen Grenzen. Das Gebräu aus Messianismus, sektenhaftem ideologischem Eiferertum, dem Kanon der amerikanischen Werte, sozialökonomischem und technologischem Chauvinismus hat sich zunehmend seit Mitte der 70er Jahre zu jener

13 Vgl. die Abhandlungen zum MIK in: A. A. Djomin, J. Huffschnid, W. N. Schenajew (Red.), Staatsmonopolistische Komplexe in der Bundesrepublik Deutschland. Theorie-Analyse-Diskussion, Köln 1986.

14 Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 368.

neokonservativen Hegemonievariante verdichtet,¹⁵ die den Reagankurs ideologisch abstützt, die Deutungsmuster der Situation liefert und die Wählermassen für den Reagan-Kurs mobilisiert.

Schon Ende der 70er Jahre wird offenkundig, daß sich der amerikanische Imperialismus mit der militärstrategischen Parität nicht abfinden will, sondern offen Kurs darauf nimmt, eine Militärstrategie der Siegfähigkeit auf allen Ebenen materiell abzusichern, was in den Rüstungsschub unter der Reagan-Administration mündet.¹⁶ Dies schließt eine Modifizierung der politischen Optionen auf allen wichtigen Feldern der Außenbeziehungen der US-Imperialismus ein: die militärstrategische Führerschaft des Imperialismus soll generell in ein *zentristisches Hegemoniesystem*¹⁷ umgemünzt werden; die Erstschlagfunktion der in Westeuropa stationierten Mittelstreckenraketen und die entsprechend geminderte „Sicherheit“ sollen als Erpressungsmittel dienen – auf dem Hintergrund des SDI-Projektes –, um die Selbständigkeitstendenzen Westeuropas – analog Japans – zu beschneiden und das westeuropäische imperialistische Zentrum in einem untergeordneten Status zu halten; der Konfrontationskurs soll mit den Knüppeln der neuen Militärstrategie den Sozialismus destabilisieren – über das aufgezwungene Wettrüsten sozial und ökonomisch –, seinen internationalen Einfluß ausschalten und ihn erpreßbar machen; die dritte Welt soll in die Funktion der Peripherie des Imperialismus zurückverwiesen und auf einem ausschließlich kapitalistischen Entwicklungsweg gehalten werden. Letztlich, und dies ist der harte Kern des heutigen „amerikanischen Traums“, sollen politisch-militärische Macht und Überlegenheit („USA – number one!“) in unbegrenzte ökonomische Expansions- und Profitmöglichkeiten umschlagen.

Wären die USA irgendeine kleinere Macht, könnten diese Ambitionen unter „Träume an texanischen und kalifornischen Kaminen“ abgehakt werden. Es handelt sich jedoch um den offen bekundeten Kurs einer imperialistischen Großmacht mit dem größten technologischen und ökonomischen Potential der heutigen Welt, mit dem weitverzweigtesten globalen Stützpunktsystem und den fürchterlichsten Vernichtungsmitteln in der bisherigen Geschichte. Dies macht die Brisanz der gegenwärtigen Situation aus und schließt weitreichende Auswirkungen auf die innergesellschaftliche Entwicklung der Länder des SMK ein.

Die *innergesellschaftlichen Wurzeln* dieses Kurses sind die vom Monopol- und Finanzkapital ausgehenden Interessen und Tendenzen, wie sie besonders als Reaktion auf die Struktur- und Regulierungskrise wirksam wurden. Die

15 Vgl. Burkhard Koch, *Neokonservative Ideologie und USA-Konfrontationsstrategie*, IPW-Forschungshefte 2/1986, Berlin/DDR.

16 Vgl. Jürgen Reusch, *Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung. Positionen. Perspektiven*, IMSF-Informationsbericht 40, Frankfurt/Main 1986, S. 160 ff., S. 435 ff.

17 Die Konzeption des hegemonistischen und kollektiven imperialistischen Herrschaftssystems wurde entwickelt von Horst Heiningen und Lutz Maier. Vgl. dies., *Tendenzen und Widersprüche der Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus – politökonomische Aspekte*, IPW-Berichte, 2/1985, S. 1 ff. und 3/1985, S. 9 ff.

neokonservative Revitalisierungsstrategie stellt hier wie anderswo in den Mittelpunkt: Die Ausschaltung des Einflusses der Arbeiterklasse, vor allem der Gewerkschaften, unter voller Nutzung der Wirtschaftskrise sowie die Ausschaltung demokratischer Bewegungen; die Minimierung und den Umbau des Systems der Sozialpolitik; die Steuerentlastung der Reichen und Unternehmen (Angebotspolitik); die Präferenz für privatmonopolistische Mechanismen usw.

Führte also die Durchsetzung der neuen Militär- und Globalstrategie zur Verdrängung der pragmatisch-realistischen Strömung der US-Monopolbourgeoisie von den Zentren der politischen Macht, so erfolgte gleichlaufend die Ausschaltung der Kräfte des staatsmonopolistischen Reformetatismus, die vor allem in den 60er Jahren einflußreich waren. Diese Verlagerungen entsprachen jenen Machtverschiebungen, die sich in der Monopolbourgeoisie in Auswirkung der Krise und der volkswirtschaftlichen Strukturänderungen ergeben hatten und die in den USA starke regionale Akzente besitzen.

Damit wurden die *USA zum internationalen Zentrum und Bezugspunkt jener konservativen und konfrontativen Kräfte*, die in ihren Ländern eine analoge Veränderung des SMK anstrebten und anstreben, eine Richtung, die Mitte der 80er Jahre die Szene in den Hauptländern des Imperialismus bestimmt.

Diese Anpassungsreaktionen der staatsmonopolistischen Systeme gehen jedoch in den einzelnen imperialistischen Zentren und Ländern von unterschiedlichen Voraussetzungen aus. Obwohl *Kanada* z. B. faktisch Bestandteil des ökonomischen Integrationsraumes Nordamerika und nicht zuletzt Aktionsfeld der US-Konzerne ist, hat sich hier stärker als in den USA ein System der Sozialpolitik und staatlicher Wirtschaftsaktivitäten geprägt, was dem konservativen Trend modifizierte Bahnen aufzwingt.

In *Japan* ist auf dem Gebiet der Wirtschaftsaktivitäten die etatistische Komponente des SMK stark ausgeprägt und zentriert sich um die Forcierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Umsetzung seiner Produkte in Prozeß- und Produktinnovationen sowie um die Förderung der ökonomischen Außenexpansion. Ökonomisch ist in den letzten Jahrzehnten Japan der dynamischste Faktor des imperialistischen Systems. Die Rüstungsbelastung ist gering und die Stimulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist auf die zivile Produktion gelenkt. Die schnelle Akkumulation des japanischen Monopolkapitals fußt nicht zuletzt auf der Ausbeutung eines breiten kleinbetrieblichen Sektors und auf paternalistisch gefärbten Sozial- und Klassenbeziehungen. Die Gewerkschaftsbewegung ist zersplittert und in den Konzernen meist nur mit extrem sozial-integrationistischen Organisationen präsent. Die politische Vorherrschaft der Konservativen, Hauptpartei und Sammelbecken der Monopolbourgeoisie, ist auf der zentralstaatlichen Ebene bis zur Gegenwart unangefochten. Unter diesen Bedingungen ist die sozialpolitische Funktion des SMK-Staates vergleichsweise nur schwach entwickelt. Man kann somit von einer *voll durch die Monopole kontrollierten und instrumentalisierten etatistischen Entwicklungsvariante* des SMK sprechen, die auf ökonomische und politische Außenexpansion gerichtet ist. Hieraus resultieren ihre

Hauptprobleme und Gegensätze zu den anderen imperialistischen Zentren und Gruppierungen.

Bei allen Abstufungen und Unterschieden gilt für die *kapitalistischen Länder Europas*, daß die Arbeiterklasse stärkere Positionen als in den anderen Zentren einnimmt,¹⁸ die Monopolbourgeoisie zu ausgeprägteren Klassenkompromissen gezwungen war, was sich in z. T. institutionalisierten Formen der Sozialpartnerschaft und in einem ausgebauteren System der Sozialpolitik niedergeschlagen hatte. Dies gilt vergleichsweise auch für die staatlichen Wirtschaftsaktivitäten, einschließlich des staatlichen Wirtschaftssektors, obwohl in Formen und Orientierungen zwischen den einzelnen Ländern beachtliche Unterschiede bestehen. Die ökonomische Verflechtung der westeuropäischen Länder ist eng und hat sich besonders zwischen den EG-Mitgliedstaaten verdichtet. Die Rückwirkungen auf den Spielraum nationaler Wirtschafts- und Sozialpolitik sind beachtlich. Bis auf einige kleinere Staaten gehören die westeuropäischen Länder der Nato an, was ihnen beträchtliche Rüstungslasten aufzwingt und in den Hauptländern zur Herausbildung von Militär-Industriekomplexen geführt hat.

In Reaktion auf die seit Mitte der 70er Jahre offenkundig gewordene Struktur- und Regulierungskrise des SMK hat sich in den Kern- und Hauptländern Westeuropas bis Mitte der 80er Jahre sukzessive der Kurs zu einer privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK unter konservativen Ideologie- und Herrschaftskonstellationen durchgesetzt oder sind im gesellschaftlichen und politischen Leben zunehmend Rechtsverschiebungen wirksam geworden. Gab es 1974/75 unter den 6 Gründungsländern der EG (Frankreich, Italien, BRD, Belgien, Niederlande, Luxemburg) und Großbritannien noch 4 Staaten mit Regierungen unter führendem oder starkem Einfluß sozialreformistischer Kräfte, so ist dies 1985/86 im weitesten Sinn nur noch in Luxemburg der Fall.¹⁹

Gleichwohl verweisen hier verschiedene Indikatoren (Zwischenwahlen, ungebrochene Widerstandsfähigkeit der Gewerkschaften, demokratische Bewegungen, Widerstand gegen die Aufrüstung u. a.) auf ein *labiles politisches Kräfteverhältnis*,²⁰ das einen politischen Szenenwechsel möglich erscheinen läßt. Wie auch immer, Westeuropa ist heute das Hauptfeld der Auseinandersetzung um die gesellschaftspolitische Orientierung des SMK und damit um die zukünftige Entwicklungsvariante des SMK. Notwendigerweise ist diese Auseinandersetzung sehr eng mit außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen verbunden, die vor allem die Beziehungen zu den USA betreffen. Denn von der vielbeschworenen atlantischen Wertegemeinschaft kann angesichts des Kurses des US-Imperialismus für die eine potentielle etatistisch-re-

18 Einen Überblick über die jüngere Entwicklung gibt: Frank Deppe, Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945–1985: Von der Bewegung zur Stagnation?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 8, 1/1985, S. 58 ff.; vgl. ebenfalls: Göran Therborn, Perspektiven der Arbeiterbewegung, Sozialismus, 4/1984, S. 29 ff.

19 Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

20 Vgl. Hans Heinrich Angermüller, Hellmuth Kolbe, Monopolmacht in der Krise. Zur politischen Labilität des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin/DDR 1985.

formistische Variante des SMK tragenden Kräfte immer weniger die Rede sein.

Schon diese kursorische Übersicht macht deutlich, daß der ausschließliche Vergleich bestimmter Kennziffern und Strukturen zu einer formalen Betrachtung führen müßte. Statt dessen muß die unterschiedliche Ausgangsbasis entsprechend der Struktur des heutigen Imperialismus Beachtung finden.

Wenn vom *westeuropäischen Zentrum des heutigen Imperialismus* gesprochen wird,²¹ dann muß die Frage aufgeworfen werden, welcher Realitätsgehalt diesem Begriff zukommt und wie er gefaßt werden muß. In der Struktur des westeuropäischen Kapitalismus reproduziert sich das für den Imperialismus typische Metropole-Peripherie-Verhältnis in spezifischer Weise. Die Rivalität der imperialistischen Staaten ist nicht aufgehoben, aber die einzelnen Staaten müssen zur Durchsetzung ihrer Interessen mehr und mehr eine Abstimmung mit ihren westeuropäischen Partnern und Rivalen zu erreichen suchen, da ihr Einzelgewicht auf der internationalen Ebene, vor allem wenn es um Interessen gegenüber den USA oder auch Japan geht, zu gering ist. Das zeigt sich besonders auf den Wirtschaftsgipfeln und in internationalen Gremien und Organisationen sowie der Nato. So sehr einzelne Staaten und dabei besonders die BRD bestrebt sind, aus einer Juniorpartnerrolle des US-Imperialismus besondere Vorteile zu ziehen, so müssen sie sich doch aus den verschiedensten Gründen gegen einen hegemonistischen Typ innerimperialistischer Beziehungen wenden und auf einem *System kollektiver imperialistischer Herrschaft* bestehen, das ihnen einen größeren Einfluß auf der internationalen Bühne ermöglicht. Dies betrifft vor allem die Ost- und die Nord-Süd-Politik. Aus diesen Gründen bildet sich ein objektiver Rahmen der Herausbildung *westeuropäischer Interessen*. Es liegt in der Natur antagonistischer Gesellschaften, daß die unterschiedlichen Klassenkräfte damit verschiedene Optionen und Orientierungen verbinden müssen. Stellt sich die EG z.B. heute von ihrem sozialökonomischen Inhalt und ihrer sozialpolitischen Grundfunktion als Rückversicherungssystem der Monopolbourgeoisien zur Erhaltung und Realisierung ihrer Macht dar, so muß es der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegung auf der anderen Seite darum gehen, auch auf dieser Ebene Einfluß zu erlangen. Die *Abkoppelung vom Konfrontationskurs des US-Imperialismus ist unter den heute gegebenen Bedingungen eine wichtige Voraussetzung, um einen Kurs demokratischer und sozialer Reformen, der sich im Rahmen einer reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante des SMK Geltung verschaffen könnte, durchzusetzen.*

Die Krise und der imperialistische Konfrontationskurs haben gravierende Auswirkungen vor allem auf die *Entwicklungsländer*.²² Die Verschuldung und der steigende Reichtumstransfer aus diesen Ländern sind dafür der offenkundigste Beleg. Die Rohstoffkartelle der Entwicklungsländer sind weitgehend

21 Vgl. Westeuropa in Wirtschaft und Politik des Imperialismus, IMSF-Arbeitsmaterialien 17, Frankfurt/Main 1985.

22 Vgl. Verschuldung und Ausbeutung der dritten Welt und die Rolle der BRD, IMSF-Arbeitsmaterialien 19, Frankfurt/Main 1986.

zusammengebrochen und dies hat erneut zu einer Umkehr der terms of trade geführt. Gerechte Lösungen in Richtung einer demokratisierten neuen Weltwirtschaftsordnung sind blockiert. All dies befördert die Stagnationstendenzen des Weltmarktes und setzt gerade der Wirtschaftsentwicklung der exportorientierten westeuropäischen Länder restriktive Bedingungen, wie sehr billige Rohstoffpreise auch zeitweilig zur Dämpfung der Inflation und zur Erhöhung der Profite beitragen mögen.

Die *Ungleichmäßigkeit der Entwicklung* charakterisiert auch den heutigen Imperialismus. Die Internationalisierung der Konzerne und des Finanzkapitals hat zwar die Zusammenhänge enger gemacht, aber nicht zur Angleichung des Entwicklungsniveaus und -tempos geführt. Verlierer der jüngsten Periode ist offenkundig Westeuropa.²³ Jedoch muß beachtet werden, daß sich die strategischen Felder der internationalen Konkurrenz verlagert haben.

Dies betrifft zum einen den *Technologiewettbewerb*. Früher war auch seitens der marxistischen Analyse angenommen worden, daß vom Monopol hinsichtlich der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und gar der wissenschaftlich-technischen Revolution vorwiegend stagnative Tendenzen ausgehen. Die zunehmende Stufe der internationalen Monopolisierung hat jedoch dazu geführt, daß dieses Gebiet zu einem strategischen Feld der internationalen monopolistischen Konkurrenz wurde, um das sich heute in hohem Maße die Entwicklung des SMK zentriert. Denn die Internationalisierung hat zwar zur Transnationalisierung des Aktionsrahmens der Konzerne und zu neuen Kartellisierungsformen geführt, nicht aber oder nur in Ansätzen zur Multinationalisierung ihrer Eigentumsbasis. Somit bleibt die Bindung der Monopole an ihre nationale Basis bestehen; gleichzeitig verschärfen sich jedoch die *Widersprüche zwischen den Erfordernissen des Binnenmarktes und der Außenorientierung der Monopole*. Diese Widersprüche finden eine Lösung derart, daß die Modernisierung unter Gesichtspunkten der Weltmarktkonkurrenz und generell die Förderung der Außenexpansion zu den obersten Maximen der wirtschaftspolitischen Orientierung der nationalen Systeme des SMK werden, die ihren Rang nur noch durch die Rüstungsorientierung des MIK streitig gemacht bekommen. In der Förderung des Rüstungsexports finden die widerstreitenden Prioritäten eine Synthese.

Zum anderen werden unter den neuen Bedingungen der Internationalisierung des Wirtschaftslebens Preissteigerungsraten, Wechselkurse, Zinsraten usw., also *makroökonomische Größen*, nicht nur zu *Faktoren der internationalen Konkurrenz* der nationalen Kapitale, sondern auch zu *deren Instrumenten*. Ihre Beeinflussung durch die Wirtschaftspolitik des Staates in dieser oder jener Richtung liegt nun im unmittelbaren Expansionsinteresse der Monopole. Im Rahmen der Einbindung der einzelnen Staaten in Integrationsräume bzw. imperialistische Zentren, Wirtschaftsabkommen, internationale Organisationen und Institutionen ist dies jeweils nur in engen Bandbreiten möglich. Die jeweiligen imperialistischen Kräfteverhältnisse drücken somit auch den makroökonomischen Größen ihren Stempel auf. Um hier die gängigsten Bei-

23 Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

spiele zur Erläuterung heranzuziehen: Niedrige Preissteigerungsraten – im Verhältnis zur Konkurrenz – begünstigen den Export, ebenfalls sogenannte Geldwertstabilität. Sie sind nur zu erreichen durch eine rigide Austeritätspolitik, die die binnenwirtschaftliche Entwicklung beschneidet – mit all den bekannten Folgen der Krisenverschärfung (so im Fall der BRD). Hochzinspolitik zieht Kapital an. Damit kann z. B. die inflationäre Defizitfinanzierung, die in den USA infolge der wachsenden Rüstungsausgaben notwendig geworden wäre, umgangen werden. Freilich steigt damit die Staatsverschuldung. Profiteur ist das Finanzkapital. Ein solcher Kurs hat weltweite Auswirkungen und ist nur einem imperialistischen Zentrum wie den USA möglich. Diese Art der parasitären Finanzierung geht letztlich auf Kosten des Restes der imperialistischen Länder und der dritten Welt. Wir erörtern hier nicht die objektiven Grundlagen dieser Politik, die in der krisenbedingten strukturellen Überakkumulation liegen, sondern wollen nur illustrieren, daß und wie die genannten Größen auch zu Instrumenten der internationalen Konkurrenz werden und damit zu Zielmarken der Strategie des jeweiligen SMK: *Wirtschaftspolitik im Dienst und als Instrument imperialistischer Konkurrenz und Rivalität.*

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Unter den Bedingungen eines „wachsenden Sockels“²⁴ außenwirtschaftlicher und außenpolitischer Einbindung der einzelnen nationalen Systeme des SMK ist der Außenfaktor für die Strategie der Monopolbourgeoisie ein erstrangiger Faktor. Dies betrifft auch die jeweiligen Entwicklungsvarianten des SMK. Die Hegemonialstrategie des US-Imperialismus ist dabei von übergreifender Bedeutung, weil sie alle wichtigen Aspekte der Außenbeziehungen der imperialistischen Staaten berührt.

4. SMK-Varianten als Vergesellschaftungstypen

Versucht man den Unterschied der Entwicklungsvarianten, wie wir sie im SMK von heute vorfinden, zu kennzeichnen, dann handelt es sich um *unterschiedliche Typen staatsmonopolistisch deformierter Vergesellschaftung*, die sich in unterschiedlichen Interaktionssystemen von Staat und Monopolen auf der einen und unterschiedlichen Systemen der Klassenbeziehungen auf der anderen Seite realisieren. Dies wird auch in der Begriffsbildung „reformistisch-etatistisch“ und „konservativ-privatmonopolistisch“ zum Ausdruck gebracht.²⁵ Diese Begriffsbildung fixiert auf relativ abstrakter Ebene wesentliche Unterschiede in den Bewegungsformen des SMK, die mit entsprechenden Klassenstrategien des SMK, die eine unterschiedliche Art und Weise der Bewältigung der Krisenprozesse und Widersprüche betreffen, angestrebt werden. In diesem Sinne handelt es sich um unterschiedliche Anpassungsreaktionen auf veränderte Existenzbedingungen des SMK.

Die in den Unterschied eingeschlossene Möglichkeit des Gegensatzes ist al-

²⁴ So der griffige Ausdruck von H. Heiningen und L. Maier (a. a. O.).

²⁵ In der marxistischen Diskussion hat sich in dieser Hinsicht noch keine einheitliche Meinung durchgesetzt. Zur Problematisierung vgl. Jörg Huffschmid, Ökonomische Strukturen im Wandel. Basistrends und Entwicklungsvarianten, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, II/1985, S. 246 ff.

lerdings nichtantagonistischer Natur und bezieht sich auf unterschiedliche Optionen im Rahmen der herrschenden Klasse und der das System des SMK tragenden Kräfte, in denen freilich immer auch entsprechende „fraktionelle“ Interessen zum Ausdruck kommen. Die Herausbildung und Durchsetzung dieser Strategien ist an bestimmte soziale und politische Kräfteverhältnisse gebunden und zielt auf deren Beeinflussung und Veränderung. Ähnlich wie die politisch-staatlichen Herrschaftsformen berühren sie die substanziellen Lebensinteressen der Arbeiterklasse und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie betreffen nicht zuletzt die Spielräume zur Organisation und Entfaltung ihrer Gegenmacht und damit die Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer demokratischen und sozialen Interessen. Ob die Anpassung des SMK auf ihre Kosten und zu ihren Lasten erfolgt oder ob andere Auswege aus der Krise beschränkt werden können und beschränkt werden, entscheidet sich auch in der Auseinandersetzung um die Entwicklungsvarianten des SMK.

Die oben genannten alternativen Entwicklungsmöglichkeiten haben sich vor allem in Westeuropa herausgebildet. Die durch den Staat organisierten und die durch ihn repräsentierten Vergesellschaftungsformen, also der *Etatismus*, müssen im Zusammenhang und auf dem Hintergrund der bestehenden bürgerlich-parlamentarischen Repräsentativsysteme und der politischen Kräfteverhältnisse in Westeuropa beurteilt werden, die es unter Bedingungen des Aufschwungs des Klassenkampfes der Arbeiterklasse ermöglichen, Einfluß auf der politisch-staatlichen Ebene auszuüben. Demgegenüber entziehen sich privatmonopolistische und durch das Monopolkapital unmittelbar kontrollierte Vergesellschaftungsformen weitgehend der Einflußnahme. Ihre Stärkung ist das Ziel des konservativen Kurses.

Dort, wo sich reaktionäre Regime fest etabliert haben, deren Hauptstützen gerade die Staatsapparate sind, muß der Etatismus grundsätzlich anders bewertet werden, da gerade er das Reformelement und die Organisation der Arbeiterklasse und der Kräfte der Demokratie ausschließt. Er stellt sich hier als *bürokratisch-autoritärer Etatismus* und Haupthindernis jeder fortschrittlichen Entwicklung dar. Das gilt zugespitzt für faschistische Regime und Militärdiktaturen (Griechenland, Spanien, Portugal bis in die 70er Jahre). Die Durchsetzung privatmonopolistischer Entwicklungsvarianten kann hier die Verstärkung des demokratischen und reformistischen Elementes für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung fördern.

Wie weiter vorn schon behandelt, schließt das Auswuchern des *Militär-Industrie-Komplexes* immer auch den Ausbau der *etatistischen Komponente* des SMK ein. Der Militarismus zwingt sich der Gesellschaft gerade über den Staat auf und fördert alle reaktionären Tendenzen des Imperialismus in extremer Weise, vernichtet oder deformiert alle demokratischen Formen – selbst wenn das bürgerlich-parlamentarische Repräsentativsystem bestehen bleibt und kein Wechsel der Staatsform vollzogen wird. Der sich damit herausbildende staatsmonopolistische Rüstungs- und Kriegskapitalismus schaltet somit ebenfalls die demokratischen und Reformelemente aus. Dies ist ein Prozeß, der sich in den USA gegenwärtig vollzieht, und der eine besondere Ausprägung in Israel und Südafrika gefunden hat.

Wenn wir für Westeuropa als die unter den konkreten Bedingungen alternativen Entwicklungsvarianten die konservativ-privatmonopolistische und die reformistisch-etatistische benannt haben, so schließt das nicht aus, daß sich mit dem Auswuchern des MIK unter dem Druck des US-Imperialismus und der reaktionären Kräfte der jeweiligen Länder nicht auch ein ähnlicher Prozeß wie in den USA vollziehen und sich ein Übergang von der konservativ-privatmonopolistischen SMK-Variante zum staatsmonopolistischen Rüstungs- und Kriegskapitalismus realisieren kann. Die Ausprägung des politisch starken Staates, konkret des autoritären Sicherheits- und Überwachungsstaates, der ja in der Sicht der Konservativen die Garantie und ultima ratio ihres Gesellschaftsmodells ist, das auf den Sozialkompromiß verzichten will, bietet die Gewähr für den fließenden Übergang. Diese Tendenzen sind heute weder für die BRD noch für England oder Frankreich von der Hand zu weisen. Und sie würden sich gewissermaßen stufenlos unter den Bedingungen des japanischen SMK mit seiner ausgeprägt etatistischen Komponente durchsetzen, wenn diesem Land durch den US-Imperialismus ein Aufrüstungs- und Konfrontationskurs aufgezwungen würde und sich dort die reaktionär-militaristischen Kräfte durchsetzen.

Die genannten Alternativen der Entwicklung des westeuropäischen Kapitalismus treten nicht erst mit der Krisenkonstellation von Mitte der 70er Jahre in die Welt. Sie bestehen unter anderen konkreten Bedingungen und Triebkräften auch schon früher. Die *Herausbildung eines reformistisch-etatistischen Entwicklungstyps in der Nachkriegsperiode* hatte ihre wesentliche Triebkraft im politischen und sozialen Druck der Arbeiterklasse, der die Bourgeoisie zu einer Linie des Sozialintegrationismus und des sozialen Kompromisses zwang, was unter veränderten Konstellationen auch in den 60er Jahren wirksam wurde. Der „Sozial- und Wohlfahrtsstaat“ war das Produkt dieser Bedingungen. Er und die darin involvierten Klassenverhältnisse mußten jedoch zum Fixpunkt des Angriffs der Monopolbourgeoisie und der Konservativen werden, als die Struktur- und Regulierungskrise des SMK Mitte der 70er Jahre offen ausbrach. *Die Tendenz des konservativen Umbaus* findet in den einzelnen Ländern unterschiedliche Bedingungen und Kräfteverhältnisse vor, was einen allgemeinen „Durchmarsch“ nicht möglich macht. Vielmehr kommt es zu einer stufenweise Durchsetzung. In „reinsten“ Form verkörpern sich die Entwicklungsvarianten Mitte der 80er Jahre etwa in Großbritannien auf der einen und in Schweden auf der anderen Seite. In den übrigen nordischen und in den Benelux-Ländern kommt es zu Abstufungen von der einen oder anderen Seite zur Mitte hin. In den südeuropäischen Ländern (Griechenland, Spanien, Portugal) mit vergleichsweise schwach entwickeltem Monokapitalismus und besonderer Krisenbetroffenheit blockieren die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse die konservativen Anpassungsreaktionen des Überbaus, und die Bewegung zur Mitte – d.h. hier nach rechts – vollzieht sich unter sozialreformistischen Regierungen.

Wir verwenden den Begriff „Etatismus“ für die durch den Staat organisierten ökonomischen und sozialen Prozesse, eine dementsprechende Orientierung und einen entsprechenden Kurs. Es handelt sich also um *durch den Staat*

organisierte Vergesellschaftungsprozesse, um eine Vergesellschaftung von „oben“, die mehr oder weniger Elemente der Bewußtheit enthält. Auf dieser Ebene erscheint uns die Entgegensetzung von Vergesellschaftung und Verstaatlichung nicht gerechtfertigt. Auch die durch das Einzelkapital und seine Zusammenschlüsse unmittelbar geschaffenen Strukturen sind Ausdruck des Vergesellschaftungsprozesses. Sie realisieren sich allerdings, soweit sie sich über Konkurrenz- und Marktmechanismen bewegen, mehr oder weniger spontan, bleiben aber unter der Kontrolle des Privatkapitals, bzw. der Konzerne und Großbanken. Freilich kann es sich im Rahmen des SMK bzw. der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft immer nur um *Formen deformierter Vergesellschaftung* handeln, weil sie durch den sozialen Antagonismus geprägt sind und die Produzenten in ein Herrschafts- und Ausbeutungssystem zwingen.

Vergesellschaftung im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts und der Emanzipation der Produzenten bedeutet demgegenüber die Schaffung solcher gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Produzenten den Lebensprozeß der Gesellschaft bewußt gestalten und kontrollieren. Dies ist nur möglich, wenn an die Stelle der kapitalistischen sozialistisch-kommunistische Eigentumsverhältnisse treten. Gemeineigentum, soziale Gleichheit, Planwirtschaft, Demokratie sind ihre unverrückbaren Kennzeichen. Eine solche Entwicklungstendenz verkörpert heute der reale Sozialismus. Vergesellschaftung bedeutet nicht die Aufhebung der durch die moderne Produktion bedingten, komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge und der ihnen entsprechenden Kooperationsbeziehungen, sondern deren bewußte Kontrolle und Gestaltung durch eine hochorganisierte Gesellschaft, deren Entwicklungsmaßstab die freie Entfaltung der Individualität der Menschen ist. Selbst wenn der heutige Sozialismus bis zu einem solchen Zustand noch einen weiten Weg zu durchmessen haben wird, so trennen ihn doch schon heute auch unter diesem Blickwinkel selbst von den hochorganisierten Systemen des SMK Welten.

Die *Formen etatistischer Vergesellschaftung* im SMK weisen vom Standpunkt der Möglichkeit der Einflußnahme durch die Arbeiterklasse wichtige Unterschiede auf.²⁶ Der diversifizierende Faktor ist hier vor allem der Grad demokratischer Einflußnahme, auch in seinen institutionalisierten Formen. Dies kann sowohl an den Betrieben staatlicher Wirtschaftstätigkeit als auch an den Einrichtungen der Sozialpolitik deutlich gemacht werden. Beim konservativen Umbau geht es gerade darum, diese Möglichkeiten zu eliminieren, die bürokratische Kontrolle des Staates voll durchzusetzen oder eine Privatisierung in die Wege zu leiten.

In der Realität des SMK, und zwar unabhängig von seinen Entwicklungsvarianten, ist der vorherrschende Zug die *Herausbildung von Verflechtungsstrukturen*, bei denen sich Privatisierungs- und Verstaatlichungsbewegung durchdringen. Die entwickeltsten Formen stellen heute die *staatsmonopolistischen Komplexe* dar.²⁷ Darin eingeschlossen ist die Herausbildung des sogenannten

26 Vgl. Djomin, Huffs Schmid, Schenajew, Staatsmonopolistische Komplexe, a.a.O., Abschn. III.3.

27 Vgl. ebenda.

gemischten Eigentums. Die Unterschiede der Varianten drücken sich darin aus, daß bei der einen stärker die über den Staat vermittelten monopolistischen Gesamtinteressen zur Geltung kommen, bei der anderen der Dienstleistungscharakter des ökonomischen und administrativen Potentials des Staates für die Monopole und das Finanzkapital.

Diskutiert man, etwa bezogen auf die BRD, die Durchsetzung und Entfaltung der konservativ-privatmonopolistischen Entwicklungsvariante, dann zeigen sich in den einzelnen Phasen *unterschiedliche Schwerpunkte*, die sich aus den aktuellen Problemlagen der Struktur- und Regulierungskrise des SMK ergeben. Mitte der 70er Jahre stand mit dem Umschalten auf die sogenannte Stabilitätsorientierung die Verlagerung der Schwerpunkte staatmonopolistischer Regulierung von den Instrumenten der Haushalts- und Fiskalpolitik zu jenen der Geld- und Kreditsphäre im Mittelpunkt.²⁸ Dies bedingte einen Kurs der Haushaltskonsolidierung und der Sozialrestriktion (Austeritätskurs), der die Wachstumsmöglichkeiten einschränkte und die Massenarbeitslosigkeit förderte. Je mehr sich zeigte, daß die Krise zu einer Schwächung der sozialökonomischen Position der Arbeiterklasse führte, das System jedoch in der Lage war, Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkung, neue Armut usw. ideologisch und politisch zu „verarbeiten“ und die Herausbildung einer massenhaften Infragestellung des kapitalistischen Systems zu verhindern,²⁹ verstärkte sich der Druck auf die Arbeitklasse und die Gewerkschaften. Der sozialreaktionär-konfrontative Charakter der konservativen Linie trat in den Vordergrund. Er geht nun auch unmittelbar von der technologischen Umstrukturierung der Produktionsbasis sowie der Distributions- und Verwaltungsapparate aus und verdichtet sich im Flexibilisierungskonzept der Unternehmer. Es wird nun nicht mehr nur der Abbau der Löhne und Sozialleistungen anvisiert, sondern ein genereller Umbau der institutionellen und rechtlichen Verhältnisse (Sozial- und Arbeitsrecht, Streikrecht, Kollektivvertragssystem, Arbeitsmarktregulierung usw.).

In den 80er Jahren bilden sich neue Schwerpunkte heraus. Sie betreffen die Komplexe Wissenschaft-Technik-Produktion und Umwelt. Marktwirtschaftliche und Privatisierungsstrategien stoßen hier offenkundig an ihre Grenzen. Die Forcierung von Produkt- und Prozeßinnovationen unter dem internationalen Konkurrenz Gesichtspunkt erfordert die Mobilisierung der ökonomischen und administrativen Potentiale des Staates. Ähnliches gilt für die Bewältigung der dringendsten Umweltfragen. Die Konservativen wittern, daß

28 Die Bedingungen der ersten Phase der Durchsetzung einer privatmonopolistischen Entwicklungsvariante unter den Bedingungen einer sozialreformistischen Regierung wurden abgehandelt in: Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1, 1978, S.9 ff.

29 Diese Situation reflektiert sich bei einem CDU-Führer wie Kurt H. Biedenkopf wie folgt: „Zwischen 1980 und 1983 hatten wir im Jahresdurchschnitt ein sogenanntes Nullwachstum. Es war weder von heftigen Verteilungskonflikten noch von unkontrollierbaren sozialen Unruhen begleitet. Die realen Nettoeinkommen der Arbeitnehmer sind in den vergangenen Jahren nicht gestiegen, sondern eher gefallen, ebenso wie die der Rentenbevölkerung.“ (ders., Die neue Sicht der Dinge, München/Zürich 1985, S. 151). Dies liegt heute den konservativen Vorstellungen von der Realisierbarkeit ihrer radikalen Umbauprogramme des SMK zugrunde.

sich gerade auf diesen Feldern erneut der „Interventionsstaat“ etablieren kann. Aber ihre Positionen müssen sich hier notwendigerweise differenzieren (Herausbildung der „neomerkantilistischen“ Linie à la Späth),³⁰ weil die „marktradikalen“ Konzepte mit den praktischen Interessen der Konzerne in Widerspruch geraten. Das Interaktionssystem von Staat und Monopolen verlangt dem angepaßte Strukturen. *Der vorherrschende konservative Kanon enthält für diese Problemlage nur unzureichende Handlungsstrategien.* Hinzu kommt, daß der Anpassungsprozeß auf konservative Art zwar gegenwärtig (noch) in der Lage ist, die politisch-ideologischen Legitimationsprobleme des SMK zu bewältigen. Aber er erweist sich als unfähig, die Bedingungen einer Wirtschaftsentwicklung zu sichern – und das nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Stellung am Weltmarkt (der Gewichtsverlust infolge gegenüber den Haupttrivalen geringen Wirtschaftswachstums liegt auf der Hand), die den Abbau der Massenarbeitslosigkeit, die Bewältigung der Struktur- und Regionalkrisen usw. in die Wege leiten könnten. Die Bindung der konservativen Kräfte an den US-Imperialismus und ihre Neigung zur bedingungslosen Unterordnung schafft auch vom Standpunkt der Monopolbourgeoisie zweifellos Problemlagen, die der Durchsetzung ihrer Expansionsinteressen nicht förderlich sind.

Benutzt man die in der Publizistik gängigen Begriffe, dann bezieht sich der *Unterschied der Varianten* vor allem auf *Struktur und Zielsetzung des ökonomischen „Interventionsstaates“* (ökonomische Funktion des SMK-Staates, Interaktionssystem Staat-Monopole) und des *„Sozialstaates“* (sozialpolitische Funktion des SMK-Staates/System der Sozialpolitik, System der Klassenbeziehungen). Für beide Varianten steht es außer Frage, daß sie letztlich der „Abarbeitung“ der aus dem Akkumulationsprozeß resultierenden Problemlagen und der Zügelung der aus den Klassengegensätzen entstehenden Konflikte dienen. Es geht also um das ökonomische und soziale Regulierungssystem des SMK. Steht im Rahmen einer reformistisch-etatistischen Variante, was letzteres betrifft die Integration der Arbeiterklasse, die Sozialpartnerschaft, der Klassenkompromiß – ein in diesem Zusammenhang allerdings zweideutiger Begriff, weil er die Einordnung und Unterordnung der Arbeiterklasse bei Reformzugeständnissen bedeutet und in der Regel auf die Abdrängung und Schwächung der weitertreibenden Kräfte der Arbeiterklasse gerichtet ist – im Zentrum, so setzt die konservativ-privatmonopolistische Variante auf die politischen und ökonomischen Repressionsmittel und -mechanismen. Ist für die eine der Ausbau des „Sozialstaates“ unverzichtbar, so geht es der anderen um dessen Ab- und Umbau und die sukzessive Ersetzung seiner Funktionen durch privatkapitalistische Mechanismen. So die Tendenz, die sich in der Realität jedoch nur über die Herstellung einer „Sozialpartnerschaft auf niedri-

30 Dieser hat seine Linie publizistisch vorgestellt in: Lothar Späth, *Wende in die Zukunft. Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft*, Reinbek b. Hamburg 1985. Das genannte Markenzeichen wurde kolportiert von dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD, Wolfgang Roth, dessen wirtschaftspolitische Konzeption eine starke Annäherung an jene Späths aufweist (vgl. Wolfgang Roth, *Der Weg aus der Krise. Umriss einer sozialökologischen Marktwirtschaft*, München 1985).

gerem Niveau“ durchsetzen kann. Soweit die bestehenden und sich entwickelnden Kräfteverhältnisse dem Barrieren entgegensetzen, muß sich für das Monopolkapital erneut die Frage des „sozialen Friedens“ stellen – nicht zuletzt auch deshalb, weil die technologische Umstrukturierung die Kooperationsbereitschaft der Arbeiter und Angestellten erfordert –, was eine Optionsverlagerung in die Wege leiten kann.

Diese hier skizzierte Problemkonstellation schafft eine Situation, in der die Kräfte des staatsmonopolistischen Reformismus erneut Auftrieb erhalten können und sich im konservativen Lager eine Aufsplitterung der Positionen und die Verstärkung zentristischer Tendenzen abzeichnet. Dies gilt gegenwärtig in der BRD, in Großbritannien und anderen Ländern Westeuropas.

Der *staatsmonopolistische Reformismus*, dessen Hauptkraft politisch die Sozialdemokratie darstellt, steht vor folgendem *Dilemma*: zum einen muß er sich gegenüber den Trägern der ökonomischen Macht, den Chefs der Konzerne, Großbanken und Unternehmerverbände, mit einem Konzept präsentieren, das Kompetenz zur Lösung ihrer Probleme ausdrückt, zum anderen muß er auf die Verstärkung des politischen und sozialen Drucks, also des Klassenkampfes von unten, die Mobilisierung der Gewerkschaften, der sozialen und demokratischen Bewegungen setzen, was nur möglich ist, wenn er soziale und demokratische Reformforderungen aufgreift und sie kämpferisch vertritt. Journalistisch ausgedrückt: Es muß die Monopole für ein Konzept reformistisch-etatistischer Entwicklung gewinnen, er kann sie aber nur gewinnen, wenn seine Vermittlerrolle zwischen SMK-Interessen und sozialem Druck glaubwürdig und unabweisbar wird.³¹

Dieses Dilemma ist, was sozialreformistische Parteien mit Arbeiterklassenbasis betrifft, nicht willkürlich oder nur ideologisch, sondern spezifischer Ausdruck des Klassenantagonismus, des Widerspruchs zwischen der Funktion als staatsmonopolistischer Reformpartei und den Interessen der Arbeiterklasse.

5. Kräfteverhältnisse und Hegemoniekonstellationen

Die Durchsetzung der unterschiedlichen Entwicklungsvarianten ist an entsprechende ideologisch-politische Hegemoniekonstellationen gebunden. Die staatlichen Aktivitäten erhalten durch den Charakter und die Orientierung der Regierung, die sich auf Parlamentsmehrheiten (bei Präsidialverfassungen gilt dies in modifizierter Form) stützen muß, ihre spezifische Färbung. Staat und Staatsapparate können nicht auf den Regierungsapparat reduziert werden. Diese Frage, die sehr wichtig ist, soll allerdings in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden.³² Unter den Bedingungen des *bürgerlich-parlamente-*

31 Dies zeigt sich deutlich an der SPD-Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie, wie sie gegenwärtig erkennbar ist. Zur kritischen Beurteilung vgl. IMSF-Arbeitsgruppe, Reformpolitik durch „sozialökologische Marktwirtschaft“? in: Wahlen '87, IMSF-Arbeitsmaterialien 18, Frankfurt/Main 1986, S. 17 ff.

32 Vgl. die Darstellungen und Analysen in: Beiträge des IMSF 6/I und 6/II, Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1981 u. 1982.

tarischen Repräsentativsystems, das sich heute in allen entwickelten kapitalistischen Ländern durchgesetzt hat und sich in der gegenwärtigen Etappe als die dem SMK adäquate Staatsform – und zwar bei unterschiedlichen Entwicklungsvarianten – erwiesen hat, sind zur Installierung bzw. zum Wechsel der Regierung Wähler- und Parlamentsmehrheiten erforderlich. Die Mobilisierung von Wählermehrheiten bedarf der ideologischen Hegemoniefähigkeit,³³ die sich im gesellschaftlichen Raum formieren und realisieren muß, stellt das Wahlverhalten doch nur eine Ebene, einen Aspekt des politischen Verhaltens dar, das sich im Gesamtprozeß des gesellschaftlichen Lebens entwickelt und ausformt.³⁴ Die Ebene außerparlamentarischer Massenbewegungen und Massenkämpfe ist zweifellos das dynamischste Element zur Herausbildung fortschrittlicher Optionen und zur entsprechenden Veränderung des Wahlverhaltens. Dies gilt auch bezüglich des Votums für die Kräfte einer sozialen und demokratischen Reformpolitik. Die *Hegemonievarianten* setzten letztlich an *unterschiedlichen Interessen* an, die sie in ein Gesamtkonzept staatsmonopolistischer Herrschaft vermitteln und zwar in einem gesellschaftlichen Prozeß. Es geht dabei weniger um die besseren Argumente vom Standpunkt einer rationalen Begründung, sondern um die Vermittlung von „Deutungsmustern“ für die eigene Situation mit ihren Bedrohungen und Perspektiven und um die Vermittlung dieser Deutungsmuster zu einem Gesamtkonzept gesellschaftlich-politischer Entwicklung.

Man kann nicht aus dem Auge verlieren, daß in den Ländern des entwickelten Kapitalismus 2/3 bis 3/4 der Bevölkerung Angehörige der Arbeiterklasse und ihrer Familien sind. Die Sozialstruktur der Gesellschaft kommt jedoch nur über vermittelte Formen etwa im Wahlverhalten zum Ausdruck. Gleichwohl haben die die SMK-Entwicklungs- und Hegemonievarianten *tragenden Parteien und politischen Formationen eine unterschiedliche Klassenbasis*, die auch die Wählerschaft und die gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen betrifft. Stützt sich der reformorientierte politische Block in der Regel auf die gewerkschaftlich organisierten Schichten der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und andere durch die Arbeiterbewegung hervorgebrachte Organisationen, auf die in den Sozialapparaten beschäftigten Gruppen der lohnabhängigen Mittelschichten, einschließlich der Intelligenz, so liegt das Schwergewicht der Konservativen in der Bourgeoisie, den selbständigen Mittelschichten, den Beschäftigten der Repressionsapparate, den Unternehmer- und Selbständigenverbänden, klerikal beeinflussten Bereichen und Organisationen usw. Für die jüngste Entwicklung von zentraler Bedeutung sind die *Auswirkungen der Krise und der Umbruchprozesse*,³⁵ die tief in das Alltagsleben des

33 Zur Diskussion des Hegemoniebegriffs vgl.: Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa, IMSF-Arbeitsmaterialien 16, Frankfurt/Main 1985, S. 209 ff.

34 Vgl. die Untersuchung von Alexander A. Galkin, Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur. IMSF-Reihe „Theorie und Methode“, Bd. IX, Frankfurt/Main 1986.

35 Die verschiedenen Aspekte dieser Umbruchprozesse wurden breit erörtert in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 9, II/1985 und hinsichtlich des Wandels der Lebensweise bei: Kaspar Maase, „Leben einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald.“ Wandel der Arbeiterkultur und Zukunft der Lebensweise, Frankfurt/Main 1985.

werkstätigen Volkes und der Arbeiterklasse eingegriffen haben, besonders durch die Massenarbeitslosigkeit. Früher hatte man auch in der marxistischen Analyse bei Vermutungen über die politischen Auswirkungen einer wachsenden Massenarbeitslosigkeit aus dem Auge verloren, daß der Kapitalismus auf der Konkurrenz beruht und sich in der Regel der Arbeitslosigkeit als Regulierungsinstrument bedient. Insofern entspricht die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ dem klassischen Modell des Kapitalismus. Zur Bedrohung des Systems werden Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und Bedrückung des arbeitenden Volkes nur dann, wenn diese Erscheinungen im politisch-ideologischen Raum durchschlagen und sich auf ihrem Hintergrund wachsender systemoppositiöner Massenprotest formiert, der bis zum Wahlverhalten reicht.

Da die Krise des Kapitals jedoch auch als Krise der reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante zum Ausdruck kam, sich außerdem im Kern der Arbeiterklasse beschleunigte Strukturveränderungen geltend machten und in der Lebensweise oder dem Alltagsleben der werktätigen Bevölkerung gravierender Veränderungen vollzogen, kam es in den meisten Ländern des entwickelten Kapitalismus mit unterschiedlichen Intervallen zu einer *Schwächung und Verunsicherung aller Strömungen der Arbeiterbewegung*. Konservative Hegemonievarianten konnten sich in den meisten Ländern durchsetzen. In Westeuropa war dies mit zeitweiligen Niederlagen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung verbunden. Entscheidend bleibt jedoch, daß die Handlungsfähigkeit erhalten und *grundlegende Niederlagen abgewehrt* werden konnten.³⁶ Außerdem zeigte sich, daß auch unter diesen Bedingungen *neue*

36 Ein wichtiger Indikator für die potentielle Widerstandskraft der Arbeiterklasse ist ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad, der infolge der Massenarbeitslosigkeit in vielen kapitalistischen Ländern sank. Die jüngere Entwicklung hat gezeigt, daß außerdem das Bestehen von Einheitsgewerkschaften, in denen die unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung präsent sind, ein außerordentlich wichtiger Faktor des Widerstandes und des faktischen Einflusses auf den Gang der Dinge war und ist. Nachfolgend ein Überblick über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationsquoten und deren jüngste Entwicklung.

Gewerkschaftliche Organisationsquoten der Lohnabhängigen:

Großbritannien:	1979	46,0 %	1984	36,0 %	
Frankreich:	1979	23,4 %	1984	21,6 %	
BRD:	1979	35,0 %	1984	32,3 %	
Belgien:	1979	60,3 %	1984	59,3 %	
Italien:	1979	50,9 %	1984	44,5 %	
Spanien:	1979	24,8 %	1984	5,0 %	
Schweden:	1979	76,9 %	1984	76,9 %	
(Quelle: Newsweek, Dec. 9, 1985, p. 8)					
Niederlande:	1983	32,0 %	1985	29,0 %	
(Quelle: FAZ v. 30. 12. 1985)					
Australien	1980	55 %	Island	1980	80 %
Neuseeland	1980	50 %	Dänemark	1980	79 %
Kanada	1979	39 %	Norwegen	1980	55 %
USA	1980	25 %	Österreich	1980	58 %
Japan	1978	32 %	Schweiz	1980	35 %
Finnland	1980	75 %	Luxemburg	1979	70 %

(Quelle: G. Therborn, Perspektiven, a. a. O., S. 31)

Massenbewegungen,³⁷ wie die Friedens- und Ökologiebewegung entstehen konnten und in Ländern wie z.B. der BRD radikaldemokratische Formationen wie die Grünen in die Parlamente vordringen konnten. Darin deuten sich Umgruppierungsprozesse an.

Für die erneute Formierung der Kräfte eines Reformkurses sind diese Prozesse äußerst wichtig, weil damit *neue soziale und politische Zugänge und Felder eröffnet* werden, die für den Kampf um politische und ideologische Hegemonie zentral sind: Frieden, Umwelt, Technikkontrolle, Lebensweise, Kultur. Sie treten zu den drängenden sozialen Fragen: Arbeitslosigkeit, Ausbildung, Armut und finden ihre Klammer in der Forderung nach Demokratisierung.

Wenn hier von einem *neuen Reformkurs* die Rede ist, dann sind seine Inhalte und Zielsetzungen *nicht identisch mit einer reformistisch-etatistischen Variante des SMK*. Er faßt vielmehr die Entwicklungsziele vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der Kräfte der Demokratie in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe. Er zielt auf die Stärkung autonomer Gegenmachtpositionen der Organisationen der Arbeiterklasse und der demokratischen und sozialen Bewegungen und hält im Verlauf einer Reformentwicklung antimonopolistische Maßnahmen für notwendig.³⁸ Auf der konkreteren Forderungsebene gibt es zweifellos Parallelitäten und Übereinstimmungen mit einer von sozialintegrativen Positionen formulierten Reformpolitik, die in der Tat faktisch auf eine solche SMK-Variante hinauslaufen würde.

Wichtig bleiben jedoch die *Umgruppierungsprozesse*, die sich in dieser Situation in der *Sozialdemokratie* vollzogen haben. Ein wesentliches Moment ist dabei die internationale Situation. Die Sozialdemokratie kann heute keinen Rückhalt in den herrschenden Kreisen der USA erwarten. Im Gegenteil müssen heute friedens- und reformpolitische Interessen gegen den US-Imperialismus und in Richtung einer Abkoppelung Westeuropas von den USA definiert werden. Gegenüber dem konservativen Kurs der sozialen Revanche und der Ausschaltung der Gewerkschaften als Gegenmachtfaktor muß sie auch im Rahmen eines Konzepts der Sozialpartnerschaft auf starken Gewerkschaften und dem „Sozialstaat“ bestehen. Dies führte zu einem Zusammenrücken nicht nur der verschiedenen Strömungen der Sozialdemokratie, sondern auch zu *Annäherungsprozessen der kommunistischen und sozialistisch-sozialdemokratischen Bewegung* im internationalen Maßstab.

Auch für die *kommunistischen Parteien* und marxistisch-sozialistische Linkskräfte ist die realistische Einstellung auf die gegenwärtige Situation und die möglichen Alternativen von zentraler Bedeutung. Sie können auf die Dauer ihre Identität als Kraft revolutionärer Gesellschaftsveränderung durch die Umformung zu linken reformorientierten Volksparteien kaum bewahren. Dies mag zwar die Annäherung an die Formierung eines eurolinken Reformblocks

37 Die neue und gehobene Bedeutung der demokratischen Bewegungen im Kapitalismus wird im vom 27. Parteitag angenommenen Programm der KPdSU dadurch ausgedrückt, daß sie als wesentliche Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts benannt sind.

38 Eine solche reform- und friedenspolitische Orientierung drücken die auf dem 8. Parteitag der DKP (Mai 1986, Hamburg) angenommenen „Thesen: Neue Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit – für eine demokratische Wende“ (Düsseldorf, Mai 1986) aus.

wie er etwa von der SPD angestrebt wird, begünstigen, löst jedoch nicht die grundlegende Frage der Verbindung einer realistischen Politik sozialer und demokratischer Reformen mit einer antimonopolistischen und in der Perspektive sozialistisch-kommunistischen Zielsetzung.

Wie immer auch die Umgruppierungsprozesse auf der Linken verlaufen mögen, so verweisen die Erfahrungen der jüngsten Periode eindeutig darauf, daß nur aus der *Verbindung der gewerkschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse mit demokratischen Massenbewegungen und Potentialen* jene Kraft freigesetzt werden kann, die nicht nur einen Regierungswechsel oder den Übergang zu einer reformistisch-etatistischen Entwicklung zu erzwingen vermag, sondern auch zur Triebkraft für einen Kurs grundlegender Gesellschaftsreformen wird.

Bliebe die *Frage der unmittelbar aktuellen Perspektive*. Dazu muß nochmals auf die schon erläuterte Problemlage der konservativ-privatmonopolistischen Variante verwiesen werden und auf die Diversifikationstendenzen im konservativen Lager. Beachtet werden muß auch, daß sowohl die konservativen Blocks als auch die sie tragenden Parteien politisch, ideologisch und sozial ein heterogenes Spektrum zusammenbinden. Dort, wo christdemokratische Parteien am Ruder sind, besteht nach wie vor ein gewisser Einfluß des katholischen Klerus auf bestimmte Politikbereiche, etwa die Sozialpolitik. Dieser Flügel orientiert stärker auf den Sozialkompromiß als auf die Konfrontation. Dies stellt eine gewisse Bremse gegenüber den Ansprüchen der Unternehmerverbände dar. Generell gilt, daß, je mehr sich die Gewerkschaften als widerstandsfähig erweisen, neben der Friedensfrage die Haltung zu den Gewerkschaften und zur Gestaltung der Klassenbeziehungen zur wichtigsten Differenzierungslinie bei den Konservativen und der Monopolbourgeoisie wird.

Es ist nicht absehbar, inwieweit und wie schnell in diesem Block *zentristische Tendenzen* die Oberhand gewinnen. Daß sie in allen kapitalistischen Ländern wirksam sind, zeugt von den inneren und äußeren Widersprüchen der konservativen Entwicklungs- und Hegemonievariante des SMK.

In der BRD wird der Ausgang der Bundestagswahlen im Januar 1987 mit darüber entscheiden, ob diese Entwicklungsrichtung fortgesetzt werden kann und zwar bei einer Bestätigung der derzeitigen Koalition mit forciertem Tempo und der Öffnung nach rechts (staatsmonopolistischer Rüstungs- und Kriegskapitalismus), ob Modifikation zur Mitte, also in eine zentristische Richtung stattfinden werden, was sich mit unterschiedlichen Parlaments- und Regierungskoalitionen (große Koalition, FDP-SPD-Regierung) realisieren könnte, oder ob der Übergang zu einer reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante, in deren Rahmen bei nachhaltiger Veränderung der Kräfteverhältnisse und sozialem Druck eine Politik demokratischer und sozialer Reformen möglich wird, auf die Tagesordnung tritt.

6. Anhang

Da die vollständige Interpretation der nachfolgenden Tabellen eine detailliertere Analyse erforderlich machen würde, bringen wir sie zur Illustration zentraler Aussagen dieses Beitrages im Anhang.

Tabelle 1 „Regierungen der entwickelten kapitalistischen Länder“ enthält für die Jahre 1974/75, 1980/81 und 1985/86 eine Zusammenstellung über die Regierungen: ihren Charakter, die beteiligten Parteien und das Jahr der Parlamentswahlen, aus denen die jeweiligen Parlamente hervorgingen. Es muß beachtet werden, daß zur Charakterisierung der Regierungen ein grobes Raster verwendet wurde, das sich an der Parteienträgerschaft orientiert. Zum anderen ergibt sich aus der realen Entwicklung, daß etwa eine bürgerlich-sozialdemokratische Koalition in der Regel 1974/75 einen anderen Kurs repräsentiert als 1985/86. Dies gilt auch für die anderen Klassifizierungen. Gleichwohl sind die Informationen und die Klassifizierung für die Illustration des Gesamttrends nützlich.

Tabelle 2 „Arbeitslosenrate der OECD-Länder“ 1968, 1976 und 1984 verweist auf den wachsenden Sockel der Arbeitslosigkeit. Da jeweils Jahre ausgewählt wurden, in denen nach der Krisenphase des Zyklus der Aufschwung begann, sind ihre Ergebnisse gut vergleichbar. Der Erfassung der Arbeitslosenrate liegt die OECD-Definition zugrunde, die von gebräuchlichen anderen z.T. abweicht. Von Interesse sind die deutlich sichtbaren nationalen Unterschiede in der Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit. Diese Kennziffer ist nicht nur ein Indikator für die Tiefe der Krise und eine sich zuspitzende Problemlage, sondern auch für die Orientierung der jeweiligen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Tabelle 3 „Ökonomisches Gewicht der entwickelten kapitalistischen Länder in der ersten Hälfte der 70er und 80er Jahre: Anteile am Bruttosozialprodukt, an der Industrieproduktion und am Export aller entwickelten kapitalistischen Länder in v.H.“ weist die entsprechenden Anteile im Fünfjahresdurchschnitt aus. Eine Ausnahme – dies betrifft auch die Quelle – sind die Angaben für den Exportanteil 1984. Aus der Tabelle kann die Verschiebung zwischen den imperialistischen Zentren und innerhalb derselben abgelesen werden.

Tabelle 1: Regierungen der entwickelten kapitalistischen Länder

Regierungen: Charakter ¹ , tragende Parteien ² , Wahlen von 19...					
Länder	1974/75	1980/81	1985/86		
USA	1, konservativ,	74 1, konservativ,	80 1, konservativ,	84	
Kanada	2/3, liberal,	74 2/3, liberal,	80 1, konservativ,	84	
Japan	1, konservativ,	72 1, konservativ,	72 1, konservativ,	86	
EG-Länder:					
BRD	3, sozialdem.-liberal,	72 3, sozialdem.-liberal,	80 1, bürg. Koalition,	83	
Frankreich	2, bürgerl. Koalition,	74 4, sozialdem.-komm.,	81 1, bürg. Koalition,	86	
Großbritannien	4, sozialdem.,	74 1, konservativ	79 1, konservativ,	83	
Italien	2, bürg.-sozialdem.,	72 2, bürg. sozialdem.,	79 2, bürg.-sozialdem.,	83	
Belgien	2, bürg. Koalition,	74 2, bürg. Koalition,	78 2, bürg. Koalition,	85	
Niederlande	3, sozialdem.-bürg.,	72 2, bürg. Koalition,	77 2, bürg. Koalition,	86	
Luxemburg	2/3 bürg.-sozialdem.,	74 2, bürg. Koalition,	79 2/3 bürg.-soziald.-Koal.,	84	
Dänemark	2, bürg. Koalition,	73 3, sozialdem. bürg.,	79 2, bürg. Minderheitsreg.,	82	
Irland	2, bürg. Koalition,	73 2, bürgerl. Koalition,	77 2/3, bürg.-sozialdem.,	82	
Griechenland	1, Militärregime	1, konservativ,	77 4, sozialdemokr.,	85	
Spanien	1, Francoregime	2, bürg. Koalition,	79 3, sozialdemokr.,	86	
Portugal	4, linksb.-dem. Revol.	74 2, bürg. Koalition,	79 2/3, bürg.-sozialdem.,	83	
Weitere westeurop. Länder:					
Österreich	4, sozialdem.,	71 4, sozialdem.,	79 3, sozialdem.-lib.,	83	
Island	2, bürg. Koalition,	74 2/3, bürg.-sozialdem.,	79 2, bürg. Koalition,	83	
Norwegen	3, sozialdem. Mind.reg.,	73 3, sozialdem. Mind.reg.,	77 2, bürg. Koalition,	85	
Finnland	3, sozialdem.-bürg.,	72 3, soziald., bürg., komm.	79 3, sozialdem.-bürgerl.,	83	
Schweiz	2/3, bürg.-sozialdem.,	71 2/3, bürg.-sozialdem.,	79 2/3, bürg.-soz.-dem.-Koal.	83	
Schweden	4, sozialdem.,	73 2, bürg. Koalition,	79 4, sozialdem.,	85	
Australien	4, sozialdem.,	74 2, bürg. Koalition,	77 4, sozialdem.,	83	
Neuseeland	4, sozialdem.,	72 1, konservativ,	78 4, sozialdem.,	84	
Israel	3, sozialdem.,	73 1, bürg. Koalition,	77 1, bürg. Koalition,	84	
Südafrika	1, Apartheidregime	74 1, Apartheidregime,	77 1, Apartheidregime,	85	

1) 1 = konservativ, 2 = konservativ-zentristisch, 3 = sozialreformistisch-zentristisch, 4 = sozialreformistisch, 2/3 = zwischen 2 und 3.
 2) Es werden hier die für die pol. Hauptgruppierungen gängigen Bezeichnungen verwendet: sozialdemokratisch: Sozialdemokraten, Sozialisten, Labour; liberal; konservativ = Republikaner der USA, Konservative GBs usw.; bürgerlich = Parteien der Koalitionen von Christdemokraten, Liberalen u. a.; kommunistisch.
 Quelle: Der Fischer Weltalmanach '75, Frankfurt/Main 1974; der Fischer Weltalmanach '81, Frankfurt/Main 1980; Der Fischer Weltalmanach '86, Frankfurt/Main 1985; sowie laufende Pressemeldungen.

Tabelle 2: Arbeitslosenrate* der OECD-Länder

Land	1968	1976	1984
USA	3,5	7,6	7,4
Kanada	4,4	7,1	11,2
Japan	1,2	2,0	2,7
BRD	1,2	4,0	8,2
Frankreich	2,6	4,4	9,7
Großbritannien	2,1	4,8	11,2
Italien	5,6	6,6	10,2
Belgien	2,9	5,8	13,0
Niederlande	1,4	5,5	13,9
Luxemburg			
Dänemark	1,2	6,3	8,5
Irland	5,3	9,0	15,5
Portugal	2,5	6,3	8,9
Spanien	2,9	4,8	21,2
Griechenland	5,6	1,9	8,1
Norwegen	1,1	1,8	3,0
Schweden	2,2	1,6	3,1
Finnland	3,8	3,8	6,1
Schweiz	—	0,7	1,1
Österreich	2,0	1,7	3,9
Australien	1,8	4,7	8,9
Neuseeland	0,8	0,4	5,7
EG-Durchschnitt	2,8	5,0	11,2
OECD-Durchschnitt	3,0	5,5	8,5

* Arbeitslose in v. H. aller Arbeitskräfte

Quelle: OECD, Economic outlook; Historical Statistics, 1960-1984, Paris 1986, S. 39 (Tab. 2.15).

Tabelle 3: Ökonomisches Gewicht der entwickelten kapitalistischen Länder in der ersten Hälfte der 70er und 80er Jahre: Anteile am Bruttosozialprodukt, an der Industrieproduktion und am Export aller entwickelten kapitalistischen Länder in v.H.

Land	Anteil am Bruttosozialprodukt ¹		Anteil an der Industrieproduktion ²		Anteil am Export ^{3,4}	
	1971-75	1981-85	1971-75	1981-85	1971-75	1984 ⁴
USA	38,0	37,4	38,7	38,1	20,0	15,1
Kanada	3,7	3,7	4,1	3,8	5,9	7,4
Japan	13,0	16,4	10,3	13,6	7,0	14,1
BRD	8,9	8,3	11,4	10,6	13,3	14,2
Frankreich	7,4	7,2	7,2	6,8	7,9	8,1
Großbritannien	6,4	5,6	8,0	7,0	10,3	7,8
Italien	5,3	5,1	4,8	4,8	6,7	6,1
Belgien	1,3	1,2	1,5	1,3	3,8	4,3
Niederlande	1,8	1,6	1,8	1,6	6,2	5,5
Luxemburg	0,3	...
Dänemark	0,8	0,7	0,5	0,5	1,4	1,3
Irland	0,2	0,2	0,2	0,2	0,6	0,8
Griechenland	0,7	0,7	0,3	0,3	0,4	...
Spanien	3,3	3,1	2,2	2,3	1,9	...
Portugal	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	...
EG-Länder	36,8	34,5	38,3	35,9	52,3	48,4
Österreich	0,9	0,9	0,9	0,9	1,6	1,3
Island
Norwegen	0,5	0,6	0,6	0,9	1,8	1,6
Finnland	0,6	0,6	0,5	0,6	1,1	...
Schweiz	1,0	0,8	1,2	1,1	2,6	2,1
Schweden	1,3	1,2	1,3	1,2	2,6	2,4
Westeuropäische Länder	41,2	38,6	42,9	40,7	62,0	59,6*
Australien	1,9	1,9	2,4	2,1	2,2	1,9
Neuseeland	0,3	0,3	0,3	0,3	0,5	0,5
Israel	0,3	0,3	0,2	0,2	0,5	...
Südafrika	1,4	1,3	1,3	1,3	1,8	1,4
Alle Länder	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Umgerechnet nach Kaufkraft, Preise von 1982

2) Umgerechnet auf der Preisbasis von 1982 und den Wechselkursen von 1982

3) Waren und Dienstleistungen, Preise und Wechselkurse von 1982

4) Für 1984 nach dem Vierteljahresdurchschnitt

*) Alle europäischen OECD-Länder. Griechenland, Spanien, Portugal sind nicht im EG-Block erfaßt, sondern pauschal unter westeurop. Länder

Quelle: Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der AdW der UdSSR (Hrsg), MeiMo, (russ.), Moskau, H. 6/1986, S. 151ff.

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Die Weltwirtschaft, 1986, H. 1, Tab. 3*, S. 5* (für Export 1984).

Krisenerklärungen und die Alternativen der Linken

Konferenz „Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik“

Jörg Goldberg

Es gab Teilnehmer, die die theoretischen „Schlachten der siebziger Jahre“ wiederholt sahen – und tatsächlich erscheint die Frage durchaus berechtigt, ob eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik“ mit einer eindeutig theoretischen „Schlagseite“ angesichts drängender aktueller Probleme seine Berechtigung hat. Die Redaktionen der Zeitschriften „Prokla“, „SPW“, „Sozialismus“, die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ („Memogruppe“) und das „Institut für Marxistische Studien und Forschungen“ hatten sich im April 1986 zusammengetan und in Frankfurt eine solche wissenschaftliche Konferenz veranstaltet. Die Themenschwerpunkte waren:

- Überakkumulation und Krise
- Internationale Verschuldung
- Zyklus und Lange Wellen
- Nachfrage, Krise, Innovation
- Alternativen der Wirtschaftspolitik.

Der große Andrang zu dieser Tagung überraschte die Veranstalter – schießen ökonomische Themen doch bislang eher wenig gefragt. Andererseits schienen viele Teilnehmer auch angenehm überrascht vom Charakter und Klima dieser Veranstaltung. Schließlich gehört es keineswegs zu den Alltäglichkeiten in der Bundesrepublik, daß sich die wichtigsten Gruppen und Strömungen der sozialistischen und marxistischen Linken des Landes zu einer gemeinsamen Veranstaltung zusammenfinden – und noch weniger alltäglich ist es, daß dort offen und ernsthaft, auch polemisch, gestritten wird, ohne gegenseitige Ausgrenzungen und im klaren Bewußtsein gemeinsamer Aufgabenstellungen.

Der Diskussionsschwerpunkt der Tagung lag eindeutig auf krisentheoretischen Fragestellungen, wobei zunächst der bekannte Gegensatz zwischen „Überakkumulations“- und „Nachfrageansätzen“ eine Rolle spielte. Dies ist ein uralter Streit schon bei der Interpretation der Marxschen Krisentheorie – und er prägte auch die entsprechende Diskussion in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Allerdings war der Diskussionsfortschritt seither in diesem Punkt unübersehbar. Die Protagonisten der unterschiedlichen Positionen – als „Extreme“ können *Hübner/Stanger* und *Hoffmann* von „Prokla“ auf der ei-

nen und Zinn von der „Memogruppe“ auf der anderen Seite genannt werden – waren sichtlich bemüht, die unfruchtbare Gegeneinanderstellung der Momente „Profitrate“ und „Nachfrage“ bei der Krisenanalyse zu überwinden. Dem beteiligten Berichterstatter erschien diese Konfrontation inhaltlich so wenig gerechtfertigt, daß er sie hier als ein Mißverständnis über die jeweils zu wählenden Abstraktionsstufen der Analyse bezeichnen möchte. So ist Hoffmann durchaus zuzustimmen, wenn er das „Auseinandertreten von Akkumulation (. . .) und relativ zurückbleibender Realisierungsmöglichkeit“ als wesentliches Moment des Reproduktionsprozesses bis hin zum Abbruch der Akkumulation im Zyklus bezeichnet (S. 132).¹ Und seine Position ist von Zinns Feststellung: „Die theoretische Möglichkeit, daß sich ein Akkumulationsprozeß der weiteren Akkumulation halber stabilisiert, also Marx' Abteilung I wächst, während Abteilung II stagniert, wurde schon von Rosa Luxemburg als unrealistisch kritisiert: ohne Bezug zum Konsum kommt das Akkumulationskarussell nach einigen Drehungen „kreischend zum Stillstand“ (S. 117).

Dies gilt es festzuhalten: es ist nicht schrankenlos möglich, die Nachfrage nach Konsumgütern durch Nachfrage nach Investitionsgütern zu ersetzen, selbst wenn es gelingt, den Kapitalen glänzende Kostenbedingungen zu sichern. Die „erfolgreichste“ Lohnpolitik des Kapitals ist nicht in der Lage, einen krisenhaften Abbruch des Akkumulationsprozesses zu verhindern – ebensowenig wie eine noch so günstige Lohnposition der Arbeiterklasse die Zuspitzung von Disproportionen zwischen Produktion und Markt verhindern könnte. Beide Seiten, die Produktion und die Realisation von Profit, gehören zusammen – eine widersprüchliche Einheit, die im Kapitalismus nur krisenhaft hergestellt werden kann. Wie sich im Konferenzverlauf zeigte, wird auch kaum noch die simple Gleichsetzung „sinkende Profitrate – Stockung der Akkumulation“ aufrechterhalten: Wie Priewe unwidersprochen deutlich machte, ist eine solche Parallelität auch empirisch für die Bundesrepublik nicht nachweisbar.

Der Berichterstatter hat jedenfalls den Eindruck, daß der Diskussionsprozeß hier weit fortgeschritten ist, daß es – bei Aufrechterhaltung unterschiedlicher Ausgangspunkte der Krisenanalyse – den verschiedenen wissenschaftlichen Diskussionszusammenhängen zunehmend gelingt, die marxistische Krisentheorie für die aktuelle Realanalyse fruchtbar zu machen. Die Wiederaufnahme der Schlachtordnungen der siebziger Jahre scheint hier jedenfalls effektiv gewesen zu sein.

Die Relevanz zunächst scheinbar recht abstrakter theoretischer Fragestellungen für die Praxis erwies sich nach Ansicht des Berichterstatters in der Debatte um den Charakter der Krisenperiode seit den siebziger Jahren. So ist es ganz offensichtlich inzwischen zum Gemeingut der marxistischen und sozialistischen Linken geworden, daß die Krise von 1974/75 einen tiefen Entwicklungsbruch beinhaltet, sei es, daß dieser mit der Kategorie der „großen Krise“, der „Umbruchperiode“, des „Strukturbruchs“ oder der „Regulierungskri-

¹ Die folgenden Seitenzahlen beziehen sich auf das Protokoll der Tagung: PROKLA, SPW, SOZIALISMUS, MEMORANDUM, IMSF, Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1986.

se“ erfaßt wird. Ökonomisch erscheint diese Periode als chronische oder strukturelle Überakkumulation von Kapital – es gelingt nicht mehr, das vorhandene Kapital im Zuge des realen Reproduktionsprozesses anzulegen und zu verwerten. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist ein sozialer Ausdruck dieses Tatbestandes. Die Reaktionen der Kapitalseite darauf sind bislang eher geeignet, das Problem der Überakkumulation noch zu verschärfen. So ist zwar einerseits festzustellen, daß im Zuge rigoroser Restriktionspolitik die Produktionskosten gesenkt, die Einführung von Rationalisierungstechnologien forciert werden konnten. Dies hat die anlagefähige Profitmasse tendenziell erweitert, es wurden aber gleichzeitig keine neuen Anlagefelder dafür geschaffen. Das relativ (im Verhältnis zu den Verwertungsbedingungen) überschüssige Kapital drängt vor allem auf die Geld- und Kapitalmärkte, sucht und findet neue Anlagemöglichkeiten in der Form des Leihkapitals.

Das Problem der Verschuldung der Dritten Welt wurde insbesondere unter diesem Aspekt diskutiert: die Überschuldung als Kehrseite der Überakkumulation von Realkapital – also als Ausdruck der strukturellen Überakkumulation in den kapitalistischen Industriestaaten. Die „unbezahlbare“ Schuldenlast als Ausdruck fälliger, aber nicht vollzogener Kapitalvernichtung erweist sich als Hauptentwicklungshemmnis in der Dritten Welt und wirkt damit krisenhaft auf die gesamte Weltwirtschaft zurück. Ein Hauptdiskussionspunkt war dabei die Frage, welche Perspektiven das „Krisenmanagement“ des Kapitals in diesem Punkt eröffnet. Während *Schui* die Position begründete, daß einerseits die Regulierungskapazität des internationalen Bankensystems und der kapitalistischen Institutionen ausreicht, um einen „internationalen Bankenkrach“ zu verhindern, andererseits „keine Großbank und auch keine Regierung ein Interesse am Zusammenbruch des internationalen Bankensystems“ hat (S. 55/56), vertraten *Schubert* und *Altvater* eher die Ansicht, daß eine solche Gefahr real sei: Vor allem deshalb, weil die hohe Verschuldung der USA mittlerweile die „Wünschbarkeit eines weltweiten Finanzkrachs“ auch in US-Kreisen zum Diskussionsgegenstand gemacht hat (S. 45). Auch muß die konjunkturelle Situation, die Möglichkeit einer neuen zyklischen Krise – so *Detje* – berücksichtigt werden.

Für *Schui* dagegen ergeben die auf den ersten Blick z. T. widersprüchlichen Entwicklungen der letzten Jahre – zunächst US-Hochzinspolitik und Dollaraufwertung, etwa ab 1985 Dollarabwertung und Zinsminderung – doch das Bild einer insgesamt konsistenten US-Strategie zur Wiedergewinnung der internationalen Hegemonie. Die dabei zentrale Rolle des Dollars als internationale Leitwährung schließt die bewußte Inkaufnahme eines Bankenkrachs aus. Die USA seien eher zur Verstaatlichung des Bankensystems bereit als Liquiditätsschwierigkeiten zu riskieren. Auch hat die Dollarverschuldung der USA, die seit etwa zwei Jahren im Zuge der Zahlungsbilanzdefizite rapide ansteigt, einen durchaus anderen Charakter als die Fremdwährungsverschuldung der Länder der Dritten Welt.

Die Beschreibung der gegenwärtigen Krisenperiode als Situation chronischer Überakkumulation erfolgte aus zwei unterschiedlichen Begründungszusammenhängen heraus. *Bischoff* und *Krüger* sahen dies als Ergebnis des Falls

der Profitrate: diese habe einen so niedrigen Stand erreicht, daß die Profitmasse nicht mehr ausreicht, um die Akkumulation so auszudehnen, daß die produktive Beschäftigung noch erweitert werden kann. Dies sei eine zyklusübergreifende Erscheinung. Der in der Krise auftretende „Formwandel in der Konkurrenz“ behindert den notwendigen Ausgleich der Profitraten und begründet ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen der Verwertung des Real- und des Leihkapitals (S. 29). Dem Berichterstatter schien es von hier nur noch ein kleiner Schritt zur Begründung der theoretischen Kategorie des Monopols.

Die andere, von *Goldberg* angebotene Variante der chronischen Überakkumulation geht von der Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise zur Überproduktion, zur Errichtung von Disproportionen zwischen Profitproduktion und Profitrealisierung aus. Die Funktion der zyklischen Krisen, diese Widersprüche periodisch zum Ausgleich zu bringen, ist durch strukturelle Veränderungen auf der Ebene der Produktionsverhältnisse blockiert, die Überproduktion wird chronisch.

In der Diskussion wurde vielfach darüber nachgedacht, ob dieser Zustand einer quasi kapitalimmanenten Lösung zustrebt, ob also die gegenwärtige Krisenperiode die Voraussetzung für eine Wiederbelebung der kapitalistischen Akkumulationsdynamik schafft. Allerdings haben sich nur wenige Diskussionsteilnehmer hier zu einer eindeutigen Antwort bereitgefunden: Natürlich ist die Gefahr groß, einfach Gegenwartstendenzen fortzuschreiben. So stellte *Mattfeld* richtig fest, daß in den sechziger Jahren die „Wirtschaftswunderideologie“ auch marxistische Gehirne vernebelt hatte (S. 182). Es muß also vermieden werden, daß nun eine „Dauerkrisenideologie“ den Blick für den tatsächlichen Anpassungsspielraum des Kapitals trübt – was allerdings eben im Gegensatz zu *Mattfelds* Kritik am theoretischen Übergewicht der Tagung gründliche theoretische Analyse verlangt.

Die Debatte über Lange Wellen hatte explizit diese Fragestellung zum Thema. Allerdings fanden sich nur wenige Vertreter dieses Ansatzes, die nun tatsächlich von einer Neubelebung der Wachstumsdynamik in den neunziger Jahren ausgingen – also entsprechend dem „Wellenansatz“ die kapitalistische Wirtschaft vor einer Periode wieder verstärkter Dynamik sahen. Immerhin traf *Kleinknecht* als ausgewiesener Verfechter dieses Ansatzes doch die Feststellung, „daß ein neuer Aufschwung in den neunziger Jahren durchaus wahrscheinlich ist“, wenn er damit auch keineswegs die Rückkehr zu Wachstumsraten der fünfziger und sechziger Jahre meinte (S. 91). Die Einwände gegen diese Position waren zahlreich: Einerseits wurde die Ansicht vertreten, daß es der Theorie der Langen Wellen – neben dem Problem der empirischen Belegbarkeit – nicht gelingt, endogene Wendepunkte nachzuweisen. Darüber hinaus wurde vor allem von *Kisker* kritisiert, daß der „Lange-Wellen-Ansatz“ eine politische Funktion als kapitalistischer „Hoffnungsträger“ habe, womit nun die Arbeiterbewegung eben nicht mehr auf den nächsten Konjunkturaufschwung, sondern auf die Durchsetzung der neuen Technologien und damit auf die neue „Lange Welle“ vertröstet werden sollte (S. 83). Der Hinweis von *Kleinknecht*, daß damit nicht notwendig passivem Warten auf die neue Tech-

nik das Wort geredet, sondern der soziale Inhalt der Technologiepolitik thematisiert werde, ist sicher richtig. Ob man aber dem Kapitalismus und dessen „Selbstregulierungskraft“ die Wiedergewinnung von mehr Wachstumsdynamik zutraut oder ob man ihren Ersatz oder doch zumindest ihre Ergänzung durch politische Steuerung im Interesse der und durch die Arbeiterbewegung für notwendig hält – dies beinhaltet doch erhebliche Konsequenzen für den Charakter einer Alternativstrategie der Linken.

So muß es auch als Schwäche der Vertreter der „Strukturbruchthese“ (*Altwater u. a.*) ebenso wie jener der These der absoluten Überakkumulation (*Bischoff u. a.*) bezeichnet werden, daß sie nur wenig Auskünfte über die weiteren Perspektiven gegeben haben. Denn, wenn gegenwärtig von einem „Strukturbruch“ gesprochen werden kann, dann muß auch Auskunft darüber gegeben werden, wie die neuen Strukturen aussehen könnten und wie sie auf den Akkumulationsprozeß des Kapitals als Basis der gesellschaftlichen Verhältnisse wirken. *Hübner/Stanger* bemerken dazu, „daß sich das ökonomische System in der überzyklischen Akkumulationskrise in einem pathologischen Stagnationszirkel verfängt“, aus dem es keine „ökonomischen Aufschwungsautomatik“ gibt. Entscheidend seien – und hier treffen sich die unterschiedlichen Positionen – die „politisch-institutionellen Rahmenbedingungen“ (S. 74/75). Dabei überwog die Ansicht, daß nur im Rahmen der Durchsetzung einer grundlegenden Reformvariante die gegenwärtigen Krisenerscheinungen überwunden werden können. Den konservativen Strategien wurde dagegen z. B. von *Bischoff* bescheinigt, daß „diese Deregulierungsstrategie auf eine politische Verschärfung der ökonomischen Labilität des Akkumulationsprozesses hinausläuft“ (S. 29). Warum dies so ist, warum denn nun die „Selbstregulierungsfähigkeit“ des Kapitalismus versagt, warum noch so tiefe Krisen keine Bereinigung der Überakkumulation und damit neue Expansionsbedingungen mit sich bringen – dafür fehlte aber bei vielen Diskussionsteilnehmern eine theoretisch einleuchtende Begründung. Diese ist nur im Rahmen einer Theorie zu erbringen, die die kapitalistische Krisentendenz als Vergesellschaftungsprozeß auch auf der Ebene der Produktionsverhältnisse begreift, die also darstellt, wie das System der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus durch das Kapital selbst unterminiert wird, wie es im Zuge der Strukturveränderungen des Kapitalismus jene Mechanismen untergräbt, die die „ökonomische Aufschwungsautomatik“ des klassischen Kapitalismus ausmachen. Man mag gegen die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, gegen Kategorien wie „Monopol“, „Verflechtung von Staat und Monopolen“, „Finanzkapital“ usw. Einwände haben – allein es ist einzuräumen, daß die SMK-Theorie eine solche theoretische Begründung fehlender oder gestörter kapitalistischer „Aufschwungsautomatik“ bringt.

Die von *Bischoff* und anderen angebotene Lösung, nun einfach die Situation der absoluten Überakkumulation für eingetreten zu erklären – in der der Fall der Profitrate nicht mehr durch den Anstieg der Profitmasse in bezug auf die Akkumulation ausgeglichen wird –, erscheint dem Berichtstatter als ein „Ei des Kolumbus“, will sagen, als eine theoretische Gewaltlösung: Es bleibt völlig offen, warum die immanenten Selbstreinigungsmechanismen, nämlich

die kapitalistischer Krisen, nun nicht mehr ausreichen, um die Periode der strukturellen Überakkumulation zu überwinden. Dies müßte aus Strukturveränderungen auf der Ebene der Produktionsverhältnisse erklärt werden – einer Ebene, die theoretisch aber in diesem Zusammenhang gemieden wird. Wenn auf der Tagung weitgehend Einigkeit darüber herrschte, daß eine gewisse Neubelebung der Akkumulationsdynamik entscheidend vom Ausgang politischer Konflikte, von der Durchsetzung wirksamer reformpolitischer Kräftekonstellationen abhängt – es wird weiter unten noch auf die entsprechende Alternativdiskussion einzugehen sein –, so scheint das dem (natürlich parteiischen) Berichterstatter bislang nur in den Positionen der SMK-Theorie überhaupt theoretisch begründet. Die Fassung der Kategorie der „strukturellen Überakkumulation“ von *Goldberg* weist in vielen Punkten Gemeinsamkeiten mit den Positionen von *Bischoff/Krüger* oder *Hübner/Stanger* auf – allerdings bemüht sie sich darüber hinaus um eine theoretische Begründung für die Ansicht, daß die Reaktionen des Kapitals auf diese Situation – Senkung der Produktionskosten, Verbesserung der Produktionsbedingungen des Profits, massive Umverteilung, neue Techniken usw. – keine „Aufschwungsautomatik“ beinhalten. Die „strukturelle Überakkumulation“ wird hier als Blockierung der Prozesse gefaßt, die die im Akkumulationsprozeß des Kapitals notwendig aufbrechenden Disproportionen zwischen Profitprodukten und Profitrealisierung, zwischen Produktion und Markt, zeitweilig zum Ausgleich bringen.

Es sind also die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus in ihrer staatsmonopolistischen Ausprägung, die hier auch nur zeitweilige Lösungen verhindern. Auch in diesem Begründungszusammenhang bleibt allerdings die Frage offen, die von *Huffs Schmid* aufgeworfen wurde: „Wo sind die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Anpassungsspielräume und Veränderungspotentiale, die aus der Depressionsphase seit Mitte der siebziger Jahre herausführen und etwa erlauben würden, auf der Basis der heute neuen Technologien eine längerfristige Wachstums- und Entwicklungsphase einzuleiten.“ *Huffs Schmid* diskutiert dabei zwei verschiedene quasi kapitalimmanente Varianten der „Anpassung“: die weitere Durchsetzung einer Strategie des „neuen Konservatismus“ und den Übergang zu einem „reformierten Kapitalismus“, welcher immerhin auch Ansatzpunkte für „eine grundsätzliche Änderung der kapitalistischen Basisstrukturen“ bietet (S. 80). Er nimmt an, daß der zweite Weg dem Kapitalismus als Gesamtsystem zunächst größere Zukunftsperspektiven eröffnet – was allerdings keineswegs mit den Expansionsinteressen der Monopole vereinbar ist. Schließlich hält er es auch für möglich, daß es zu keinerlei Neubelebung der Dynamik kommt, daß der Kapitalismus zwar nicht zusammenbricht, aber immer weiter in die Krise gerät und so seine Rolle in der Weltwirtschaft tendenziell abnimmt.

Es scheint allerdings fraglich, ob dies die notwendige Konsequenz eines weiteren „Dahindümpeln“ des Kapitalismus ist: Bislang haben sich Krisen, Arbeitslosigkeit und Wachstumsverlangsamung durchaus mit der führenden Rolle einzelner Konzerne in der Weltwirtschaft vereinbaren lassen. Es ist eine offene Frage, ob eine quasi Abkoppelung der strukturbestimmenden Kapitale von der Dynamik des gesamten kapitalistischen Reproduktionsprozesses für

einen längeren Zeithorizont möglich ist, ob das Nebeneinander von prosperierenden Monopolen und Branchen mit einem innovativen Vorsprung einerseits und einer „dümpelnden“ Gesamtökonomie, Krisen und Niedergängen in breiten Teilen der Wirtschaft andererseits, denkbar erscheint. Bejaht man diese Frage, dann ist allerdings die Frage nach den ökonomischen Anpassungsleistungen der gegenwärtigen Krisenperiode eher nebensächlich. Das Schicksal des Kapitalismus hängt dann nicht davon ab, ob es gelingt, die Akkumulationsdynamik des Gesamtprozesses wieder zu stimulieren bzw. eine weitere Wachstumsabschwächung zu verhindern – dann ist entscheidend ob es gelingt, die mit einer solchen Szenerie verbundenen sozialen Verarmungsprozesse für breite Massen, die zunehmende soziale Differenzierung politisch zu verarbeiten, d. h. sie für das Gesamtsystem politisch zu marginalisieren. Es geht also darum, was ökonomische Krisen politisch bedeuten, unter welchen Bedingungen ökonomische Krisen politisch im antikapitalistischen Sinne wirksam werden. Es muß als gemeinsame Schwäche aller versammelten Positionen bezeichnet werden, dies bislang zu wenig thematisiert zu haben.

Während es auf der theoretischen Ebene scharfe – wenn auch produktive – Kontroversen gab, schien es in der Frage der Alternativkonzeptionen kaum einen Dissens zu geben. Die Rede vom existierenden „Politökonomischen Minimalkonsens“ (*Jung, Kremer und Mattfeld*) blieb unwidersprochen. Dies war kein Zeichen für eine Art politischen Pragmatismus, d. h. für die praktische Beliebigkeit der ausgetragenen theoretischen Differenzen. Man kann – dies zeigte die Diskussion der Tagung – aus unterschiedlichen theoretischen Analysen heraus durchaus zu gleichen oder ähnlichen praktisch-politischen Schlußfolgerungen kommen. Man muß nicht – wie *Zinn* – der Ansicht sein, daß die Theorieansätze von *Marx* und *Keynes* „integrationsfähig“ seien. Entscheidend bleibt trotzdem, daß unterschiedliche Theorieansätze einen „zutreffenden Ausschnitt der Wirklichkeit“ (*Zinn*) erfassen können (S. 123) und dann auch zu ähnlichen praktischen Schlußfolgerungen führen werden.

Natürlich ist hier nicht einer theoretischen Beliebigkeit oder einem „Begründungspluralismus“ das Wort geredet. Denn die Tagung zeigte, daß bei allen theoretischen und auch politischen Gegensätzen der gemeinsame Bezug der Veranstalter zur Arbeiterbewegung, ihr Selbstverständnis als sozialistisch und/oder marxistisch doch mehr politische Gemeinsamkeiten und Interessengleichklänge beinhaltet als man im politischen Tagesgeschäft oft wahrzunehmen vermag. Die Grundlage des recht weitreichenden „Politökonomischen Minimalkonsenses“ ist der theoretische und praktische Bezug auf die Arbeiterbewegung, ein Wissenschaftsverständnis, das die Realität gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen nicht im Widerspruch zum Wahrheitsanspruch von Theorie sieht.

Auf dieser Grundlage ist der gemeinsam akzeptierte Prüfstein alternativer Konzeptionen immer die Praxis der Arbeiterbewegung, d. h. der Bezug zur Handlungsfähigkeit ihrer politischen und gewerkschaftlichen Zusammenhänge und Organisationen. *Jung* beschrieb die Funktion von wirtschaftspolitischen Alternativen der Linken so: „Aber entscheidend in bezug auf die Verteidigung von Errungenschaften und auf die Eröffnung weiterreichender Re-

form- und Veränderungsschritte ist es, ob sich in einer solchen Periode die Gegenmachtpotentiale und -möglichkeiten der Kräfte und Organisationen der Arbeiterklasse und der Demokratie erweitern oder ob sie integrativ erstickt werden“ (S. 149). Er verwies damit einerseits auf das Interesse der Linken an einer strategischen SMK-Variante mit eher „etatistisch-reformistischem“ Charakter, wie sie z. B. in Ländern wie Schweden oder Österreich praktiziert wird. Allerdings: Die Linke muß sich dabei „auch in ihren wirtschaftspolitischen Alternativen für eine weitreichende Reformpolitik offenhalten, die sich die Aufgabe der Änderung der sozialökonomischen Grundstrukturen stellen kann und dies auch in ihren programmatischen Vorstellungen anlegen“ (S. 152). Verkürzung der Arbeitszeit, staatliche Beschäftigungsprogramme und ökologischer Umbau der Produktions- und Konsumstrukturen gehören ebenso wie Stärkung der Massenkaukraft zum Kernbereich des politökonomischen Minimalprogramms. Die meisten Diskussionsteilnehmer fanden dieses Programm im Kern bei den Forderungen der Memorandumsgruppe aufgehoben, die hier unbestritten auch im Detail die durchdachtsten Konzepte vorlegt. Darüber hinaus aber muß die Linke als „institutionellen Rahmen“ – so *Kremer* – Vorstellungen „öffentlich-demokratischer Planungsansätze, gewerkschaftlicher Mitbestimmungsrechte und Vergesellschaftungsschritte im industriellen und Kreditsektor“ entwickeln, d. h. Konturen einer „alternativen Regulierungs- und Innovationsperspektive“ sichtbar machen.

Die Veranstalter haben sich am Ende der Tagung darauf verständigt, nach den Bundestagswahlen Anfang 1987 eine Veranstaltung in ähnlicher Zusammensetzung durchzuführen, bei der die Durchsetzungsbedingungen von demokratischen Alternativen stärker im Mittelpunkt stehen dürften. Damit hat die sozialistische und marxistische Linke Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß sie nur dann zu einem Orientierungspunkt für demokratische und gewerkschaftliche Kämpfe werden kann, wenn sie sich als diskussionsfähige und einigungsfähige wissenschaftlich-politische Strömung darzustellen versteht, wenn ihr gemeinsamer theoretischer Bezug auf die Arbeiterbewegung auch in der Praxis der Auseinandersetzungen um Alternativen zum Kurs des Kapitals zum Tragen kommt. Die Tagung in Frankfurt hat gezeigt, daß solche gemeinsamen Konstellationen tragfähig sind, obwohl – oder vielleicht gerade weil – auch die Differenzen dort offen und kontrovers diskutiert werden können.

Der US-Kapitalismus in der Krise

Jan Prieue

1. Einleitung – 2. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung – 3. Die amerikanische Produktivitätsschwäche – 4. Deindustrialisierung und verminderte Wettbewerbsfähigkeit – 5. Rüstungskapitalismus und wirtschaftliche Stagnation – 6. „Revitalisierung“ der US-Wirtschaft nach 6 Jahren Reagonomics? – 7. Eine neue „große“ Krise des hegemonialen US-Kapitalismus

1. Einleitung

Seit dem 1. Weltkrieg, und verstärkt noch in der Wiederaufbauphase nach dem 2. Weltkrieg, sind die USA die hegemoniale wirtschaftliche und politische Macht der kapitalistischen Welt. Dabei hat der US-Kapitalismus in seiner Grundstruktur wesentlich andere Konturen als die westeuropäischen oder ostasiatischen entwickelten „Kapitalismen“; dies wird auch in der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung der USA – vor allem seit Mitte der 60er Jahre – deutlich. Die Krisenprozesse sind in den USA ausgeprägter und wuchtiger als etwa in der BRD. Das Spezifische, was die Krisenentwicklung international seit Mitte der 70er Jahre ausmacht, was über die „kleinen“ zyklischen Krisen hinausgeht und ihr den Charakter einer epochalen Umbruchperiode, einer „Regulierungskrise“ verleiht, all dies ist in den USA deutlicher sichtbar. Daß der US-Kapitalismus anders ist, geht daraus hervor, daß seit 1944 die Welt der hochentwickelten kapitalistischen Staaten ein eng miteinander verflochtenes System konkurrierender nationaler Kapitalismen ist und nicht die Summe homogener, nationaler, gleichberechtigter Einheiten. Die USA beanspruchen die wirtschaftliche und politische Führung. Hinzu kommt, daß aufgrund der besonderen historischen Entwicklung die Klassenstruktur und die Klassenkonflikte anders waren und noch sind als in den aus alten feudalistischen Gesellschaften herausgewachsenen kapitalistischen Systemen.

Wichtige Unterschiede der US-Wirtschaft sind u. a.: Der im Durchschnitt immer noch höhere Stand der Produktivkraftentwicklung, das viel höhere Konzentrationsniveau, die ungleich stärkere Multinationalisierung der großen Konzerne mit traditionell hohem Kapitalexport, die größere Bedeutung der Außenpolitik für die wirtschaftliche Außenexpansion, der viel geringere „wohlfahrtsstaatliche“ Interventionismus und nicht zuletzt der rüstungswirtschaftliche Interventionismus. Seit dem 2. Weltkrieg haften den USA, in unterschiedlichen Ausprägungen, Züge des Kriegskapitalismus an, die es in Deutschland nur vor und im 1. Weltkrieg sowie von 1933 bis 1945 gab.

Seit etwa Mitte der 60er Jahre hat in den USA eine tiefgreifende Umbruchperiode begonnen: Die Wachstumsraten des Sozialproduktes sinken; das My-

sterium der berüchtigten Produktivitätsschwäche breitet sich aus; inflationäre Verteilungskämpfe entstehen; der internationale Wettbewerbsvorsprung schmilzt, die Flut der Importkonkurrenz setzt ein; die herkömmliche Variante keynesianischer Politik funktioniert immer schlechter; das Land wird deindustrialisiert; die zyklischen Wirtschaftskrisen 1974/75 und 1980–82 haben nicht mehr die notwendige „Reinigungskraft“, obwohl sie die schwersten seit 1929 sind. Die konjunkturelle „Schwindelblüte“ der „Reaganomics“ seit 1983 ist nur kurz und geht mit riesigen Haushalts- und Handelsbilanzdefiziten einher. Die wirtschaftliche Dominanz der USA bröckelt dahin; um so energischer sind die Anstrengungen, der Erosion Einhalt zu gebieten. Die Zukunft des US-Kapitalismus ist düsterer als die seiner Hauptkonkurrenten.

Im folgenden sollen einige Aspekte dieser Umbruchperiode dargestellt werden, die im Grunde nur mit der Weltwirtschaftskrise und ihren weitreichenden Folgen („New Deal“) vergleichbar sind;

1. Zunächst sollen die entscheidenden Trends der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seit den 60er Jahren dargestellt werden.

2. Wie stark ist heute die amerikanische Weltmarktposition?

3. Was sind die Ursachen der verschlechterten technologischen Wettbewerbsposition, der anhaltenden amerikanischen Produktivitätsschwäche?

4. Rüsten sich die USA in den wirtschaftlichen Ruin oder entsteht dank Reagan eine neue Rüstungskonjunktur?

5. Was haben 6 Jahre Reaganomics gebracht? Zeichnet sich eine neue Entwicklungsstufe oder dauerhafte Herrschaftsvariante ab?

6. Was sind die Charakteristika der amerikanischen „großen Krise“, was macht sie zur „Regulierungskrise“?

2. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die USA verzeichneten seit dem Ende des 2. Weltkrieges keine extreme Wachstumsphase, keine „Rekonstruktionsperiode“, die mit den „Wirtschaftswunderjahren“ in der Bundesrepublik oder anderen Ländern vergleichbar wäre. Beispielsweise war das jahresdurchschnittliche reale Wirtschaftswachstum in der BRD mit 8,2 Prozent in den 50er Jahren mehr als doppelt so hoch wie in den USA (3,3 Prozent). Gleichwohl läßt sich die Periode bis Mitte der 60er Jahre als Wachstumsphase im Vergleich zu den nachfolgenden Phasen beschreiben, die eher als Niedergangsphasen zu charakterisieren sind. Allerdings drückt sich diese Tendenz nur unzulänglich in den Wachstumsraten aus. Gemessen am Zuwachs des Bruttoinlandproduktes (BIP) pro Einwohner sowie im Vergleich zu anderen entwickelten Ländern wird die Tendenz zum Wachstums-„Slow Down“ deutlicher.¹

¹ Vgl. zum US-Kapitalismus: R. C. Edwards u. a., *The Capitalist System*, Englewood Cliffs 1978. S. Bowles u. a., *Beyond the Waste Land*, New York 1983. H. Magdoff/P. M. Sweezy, *The End of Prosperity*, New York 1977. G. Großer/E. Kurlbaum, *Wirtschaftsstruktur und Konjunktur-entwicklung*, in: *Politik und Wirtschaft in den USA*, Opladen 1985, S. 45–86. Ph. Armstrong u. a., *Capitalism Since World War II*, London 1984.

Die lange Boomphase 1948–65, die drei schwache zyklische Krisen (1953/54, 1957/58 und 1960) einschließt, war geprägt durch steigende Kapitalrentabilität, steigende Reallöhne, weitgehende Preisstabilität, hohe Investitionsquoten, kräftig steigende Arbeitsproduktivität und langsam sinkende Arbeitslosigkeit, die freilich auf vergleichsweise hohem Niveau verharrte. Der amerikanische Klassenkompromiß funktionierte, die abhängig Beschäftigten hatten teil am Wohlstandszuwachs. Oppositionelle Bewegungen blieben schwach und wurden erfolgreich unterdrückt. Die USA durchdrangen mit Kapitalexporten und politischer Ausdehnung ihrer Macht Westeuropa und Teile der 3. Welt. Die „terms of trade“, das Verhältnis der Export- zu den Importpreisen, waren für die USA außerordentlich günstig, und das 1944 in Bretton Woods geschaffene Weltwährungssystem festigte die unangefochtene Rolle des US-Dollars in der Weltwirtschaft. Der technologische Vorsprung der USA vor den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern war auf breiter Front gesichert, ebenso der deutliche Vorsprung im Pro-Kopf-Einkommen.

Tabelle 1: Reales jährliches Wachstum des US-BIP 1950–86 in v. H.

1950–55	4,2	1965–70	3,2	1980–86	2,6
1955–60	2,3	1970–75	2,6		
1960–65	4,7	1975–80	3,7		

Quelle: Berechnet nach Council of Economic Advisers (CEA), Annual Report 1985, Washington 1985, S. 234.

Aber selbst in dieser Blütephase zeigten sich Risse im System des amerikanischen Kapitalismus, die sich zunehmend vergrößerten: Ein Teil des Wachstumsbooms der 50er Jahre war dem Korea-Krieg geschuldet, nach dessen Ende das Wachstum deutlich abflaute; im Schatten des Wohlstands wuchsen die Probleme der rassischen Minderheiten, Armut und Arbeitslosigkeit blieben hoch, der Sozialstaat hatte sich seit *F. D. Roosevelts* Zeiten kaum weiterentwickelt; und schließlich zeigte der Sputnik-Schock Ende der 50er Jahre, daß Hochtechnologie kein Monopol der USA mehr war.

Ab Mitte der 60er Jahre – der *ersten Krisenphase* – wurde alles schlechter: Das Wachstum verlangsamte sich deutlich, ein dem Korea-Boom vergleichbarer Vietnam-Boom stellte sich nicht ein. Die Produktivitätszuwächse ließen nach, während die Investitionsraten noch hoch blieben; Präsident *Johnson* hatte den „war on poverty“ ausgerufen, und die sozialpolitischen Staatsausgaben stiegen; gleichzeitig wurde aber Nord-Vietnam der Krieg erklärt. Die Verteilungskämpfe verstärkten sich, Bürgerunruhen in vielen Bereichen breiteten sich aus. Es entstand ein kräftiger Inflationsprozeß, zumal in den 60er Jahren eine zyklische „Reinigungskrise“, anders als in den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften, ausblieb, vor allem infolge steigender Staatsausgaben. 1969 war die Inflationsrate auf 6,1 Prozent (Konsumgüterpreise) angestiegen, in der Krise 1974, verstärkt durch die erste Ölpreisexplosion, waren es sogar 12,2 Prozent. Bis 1973 stiegen die Reallöhne nur noch langsam, und die Kapitalrentabilität ging zurück. Signale der verminderten politisch-ökonomischen

Hegemonie der USA waren der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Währungssystems und die darauf folgende Abwertung des US-Dollars, ferner die Bildung des OPEC-Kartells und die Umkehrung der „terms of trade“ zuungunsten der USA, und schließlich der verlorene Vietnam-Krieg.

Die *zweite Krisenphase* begann mit der scharfen zyklischen Überproduktionskrise 1974/75, die sich erstmals seit Jahrzehnten gleichzeitig in allen kapitalistischen Ländern einstellte und in den USA zu einem Rückgang des realen BIP um 2,6 Prozent (Industrieproduktion: -9,3 Prozent) führte. Alle Negativtrends der Vorperiode verschärften sich: Die Arbeitslosigkeit stieg, die Produktivität stagnierte, die Deindustrialisierung begann mit dem Verfall traditioneller Schlüsselindustrien wie der Auto- und Stahlindustrie, die Handelsbilanz wurde infolge starker Importkonkurrenz und höherer Ölrechnungen zeitweilig negativ, die Reallöhne sanken in den 70er Jahren und die Kapitalrentabilität blieb auf im Vergleich zu früher niedrigem Niveau. Trotz der Schärfe der Krise 1974/75 blieb ihre „Reinigungswirkung“ so gering, daß weder die Inflation nachhaltig eingedämmt werden noch ein kräftiger Aufschwung oder gar eine Beseitigung der „Strukturprobleme“ (Produktivitätsschwäche, Importkonkurrenz, Arbeitslosigkeit und Armut) erreicht werden konnten.

Mit der seit der Weltwirtschaftskrise schärfsten zyklischen Überproduktionskrise 1980–82 und dem Amtsantritt *Reagans* setzt die *dritte Phase* der chronischen Wirtschaftskrise ein, die zwar 1983 und 1984 in einem kräftigen Aufschwung mündete und die Inflationsrate auf 3–4 Prozent senkte, jedoch um den Preis extrem hoher Realzinsen, eines riesigen Budgetdefizits und seit 1982 gewaltig steigenden Leistungsbilanzdefizits. Das 1984 um real 6,8 Prozent gestiegene Sozialprodukt und die enorme Auf- und Überbewertung des Dollars bis zum Herbst 1985 sind eher Symptome einer kurzlebigen „Schwindelblüte“ als Vorboten einer zurückgewonnenen Revitalisierung der US-Volkswirtschaft. Die grundlegenden Strukturprobleme werden indessen in der Tendenz weiter verschärft. Hinzu kommt die internationale Verschuldungskrise, die seit 1982 akut geworden ist und bislang durch internationales Schuldenmanagement der Gläubigerbanken und -länder nur hinausgezögert werden konnte.

Trotz der wirtschaftlichen Schwächung der USA lag 1983 das BIP pro Einwohner mit 15 356 US-Dollar immer noch um rund 22 Prozent über dem der Bundesrepublik (berechnet von der OECD auf Basis von Kaufkraftparitäten),² und um 36 Prozent über dem von Japan.

Was sind die *Ursachen* der nun schon zwei Jahrzehnte andauernden Erosion der amerikanischen wirtschaftlichen Vormachtstellung? Zweifellos kommen viele Faktoren zusammen. Häufig wird – manchmal in apologetischer Absicht – darauf verwiesen, daß Wachstumsverlangsamung die natürliche und notwendige, also keineswegs krisenhafte Folge des Reifegrades der US-Volkswirtschaft sei. Ferner wird die Deindustrialisierung als Ausdruck einer entwickelten Dienstleistungsgesellschaft gewertet. Derartige Erklärungsversu-

2 OECD, Economic Survey 1985/86, United States, Paris 1985, S. 144 f.

che, obwohl nicht ohne realen Kern, greifen indessen entschieden zu kurz: Grundlegende technische Innovationen und ihre Verbreitung mögen schwieriger als früher realisierbar sein, aber entscheidend ist, daß sie stärker als früher außerhalb der USA realisiert werden. Die Tendenz zur zunehmenden Lücke zwischen technologisch möglicher Produktivitätsentwicklung und faktischer Stagnationstendenz, zur Brachlegung und Lähmung wichtiger Potenzen der US-Wirtschaft kann mit diesem Erklärungsansatz nicht erfaßt werden.³

Indessen wird von seiten der neoklassischen, monetaristischen und angebotsorientierten Wirtschaftstheoretiker und -politiker auf überhöhte Lohnansprüche, auf sozialpolitisch bedingt steigende Lohnnebenkosten, auf die vermeintlich daraus resultierende Inflation und die entsprechend unzureichende Gewinn- und Kapitalbildung hingewiesen, ferner auf die übertriebene staatliche Regulierung.⁴

Was die Lohnkosten angeht: Wie bereits erwähnt, stiegen die Reallöhne bis etwa 1965 recht kräftig, dann langsamer, um sodann in den 70er Jahren zu sinken. Dagegen sank der Lohnanteil (einschließlich Lohnnebenkosten) am Volkseinkommen bis Mitte der 60er Jahre, um danach bis Anfang der 70er Jahre zu steigen und dann wieder langsam zu sinken.⁵ In der Tat verminderte der Anstieg der Lohnquote 1966–73 die Kapitalrentabilität, jedoch reagierten die Unternehmen mit gleichbleibenden, z. T. mit vermehrten Investitionen. Im internationalen Vergleich war die Lohnstückkostenentwicklung in den USA für die Gewinne reaktiv günstig. Die Rentabilitätseinbußen in den 70er Jahren waren stärker der permanent niedrigen Kapazitätsauslastung und dem fast stagnierenden Produktivitätszuwachs geschuldet.

Aus Tabelle 2 läßt sich entnehmen, daß auch in den 70er Jahren die Gewinne kräftig stiegen. Die vom Council of Economic Advisers (CEA) berechnete Nettoeigenkapitalrendite verbesserte sich sogar etwas, und auch der Gewinnanteil am Umsatz in der Industrie blieb in den 70er Jahren einigermaßen stabil.⁶ Berechnet man Bruttosachkapitalrenditen (Bruttogewinne/Nettoanlagevermögen in konstanten Preisen), dann zeigt sich über die fünf betrachteten Konjunkturzyklen hinweg eine deutliche Minderung, die vor allem durch die gesunkene Kapazitätsauslastung, aber auch die gesunkene Kapitalproduktivität („Fondsintensität der Produktion“) bedingt ist. Mithin wird deutlich, daß die in den 70er Jahren nach dem Ende des Vietnam-Kriegs einsetzende verschlechterte Kapitalrentabilität, wie auch die Investitionsschwäche, zu einem erheblichen Teil ein Nachfrageproblem ist. Daß die Stagnationstendenz lohn-

3 Vgl. auch die zutreffende Kritik des Young-Reports an diesen Erklärungsmustern. The Report of the President's Commission on Industrial Competitiveness, Bd. II, Washington 1985, S. 31ff.

4 Vgl. die detaillierte kritische Auseinandersetzung mit diesen Erklärungsansätzen bei S. Bowles/D. M. Gordon/Th. E. Weisskopf, Beyond the Waste Land, New York 1984, S. 34–61.

5 Ebenda, S. 49. Vgl.: H. J. Sherman/G. R. Evans, Macroeconomics New York 1984, S. 189 ff.

6 CEA, Annual Report 1985, a. a. O., S. 332.

kostenbedingt ist, läßt sich für die USA ebensowenig wie für die BRD beweisen.⁷

Tabelle 2: Einkommensverteilung in den USA 1960–84

	1960–70	1970–75	1975–80	1980–84
reale Stundenlöhne ¹ p. a.	1,6	0,4	-0,9	0,3
nominale Stundenlöhne ¹ p. a.	4,4	7,2	8,0	6,0
Unternehmergewinne nach Steuern, nominal ² p. a.	4,3	14,6	12,9	-0,7 ³
Netto-Eigenkapitalrendite, in v. H.	11,2	11,5	14,2	12,2 ⁴

1 ohne Landwirtschaft; einschl. Gehälter; ohne Überstunden;

2 ohne Landwirtschaft; einschl. Lagerbestandsbewertung;

3 von 1980 bis 1982 sanken die Gewinne um 30 Prozent, um sich dann wieder zu erholen.

4 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes.

Quelle: CEA, Annual Report 1985, a. a. O., S. 256, 257, 277, 332. Eigene Berechnungen.

Hier kann nur summarisch auf einige Ursachenkomplexe der chronischen US-Krise hingewiesen werden:

1. Ohne die hohen Rüstungsausgaben zur Finanzierung des Korea- und Vietnam-Kriegs – vorausgesetzt die Mittel wären nicht für zivile Zwecke verwendet worden – wäre der „slow down“ bereits früher eingetreten.

2. Nach einer kräftigen Investitionskonjunktur in der zweiten Hälfte der 60er Jahre fiel die Überproduktionskrise 1974/75 besonders scharf aus, weil (a) die Reallöhne rückläufig waren und den privaten Verbrauch schwächten; weil (b) die Staatsausgaben immer langsamer expandierten; weil (c) in den 60er Jahren eine Überproduktionskrise infolge ziviler und militärischer staatlicher Nachfrageexpansion verschleppt worden war und die 70er Rezession nur schwach ausfiel; weil sie (d) international – infolge gestiegener Weltmarktverflechtung – gleichzeitig erfolgte.

3. Seit Mitte der 60er Jahre verschärften sich die Inflationstendenzen, eine Folge gestiegener Verteilungskonflikte und wachsender ziviler sowie militärischer Staatsausgaben bei gleichzeitiger Produktivitätsschwäche und enorm gesteigener Unternehmenskonzentration. Hinzu kam die Trendwende bei den „terms of trade“.

7 Vgl. auch zur Bedeutung der Nachfragedefizite für die Krisenerklärung: H. Sherman, A Marxist Theory of the Business Cycle, in: The Review of Radical Political Economics, Bd. 11 (1979), Nr. 1, S. 1–23; R. Hahnel/H. Sherman, The rate of profit over the business cycle, in: Cambridge Journal of Economics, Vol. 6 (1982), S. 185–194; vgl. auch: H. Magdoff/P. M. Sweezy, The End of Prosperity, New York–London 1977.

4. Erhebliche Gewinnanteile wurden seit Kriegsende für Auslandsinvestitionen und Geldkapitalexporte verwendet, seit Anfang der 70er Jahre vornehmlich in Form von Krediten an die heute hoch verschuldeten lateinamerikanischen „Schwellenländer.“ Damit dominierte die – internationalisierte – extensive Reproduktion.

5. Dieser monopolistische Reproduktionstyp, ausgehend von einem international überlegenen Niveau der Produktivkraftentwicklung, ist neben der Militarisierungstendenz und anderen Faktoren (siehe unten) eine entscheidende Ursache der seit Mitte der 60er Jahre andauernden Produktivitätsschwäche, welche schließlich zu einer empfindlichen Schwächung der US-Weltmarktposition führte, die sich im Niedergang wichtiger Teile der industriellen Basis ausdrückt.

3. Die amerikanische Produktivitätsschwäche

Zwar lag das durchschnittliche Produktivitätsniveau (BIP je Beschäftigten) in den USA 1983 immer noch um rd. 6 Prozent über dem der BRD und sogar um 35 Prozent über dem Japans, aber die Zuwachsraten hatten sich seit Mitte der 60er Jahre deutlich verlangsamt; und zwar deutlicher als in anderen Ländern.⁸ Diese Produktivitätsschwäche zeigt sich ähnlich in der Industrie, extrem im Bergbau und im Baugewerbe, aber auch in der Stahl- und Autoindustrie, in der Unterhaltungselektronik etc.⁹ Teilweise ist die Produktivitätsschwäche Folge sinkenden Wirtschaftswachstums und niedriger Investitionsquoten, denn bei hohen Nettoinvestitionen ist der Anteil moderner Ausrüstungen am Kapitalstock hoch, zudem ergäbe sich durch hohe Kapazitätsauslastung eine effizientere Kapitalnutzung. Auch dem Strukturwandel zugunsten des produktivitätsschwächeren Dienstleistungssektors kommt ein Erklärungsanteil zu. Aus neoklassischer Sicht müßte eigentlich angesichts hoher Lohnkostenbelastung ein hohes Rationalisierungstempo einsetzen – ein Sachverhalt, der vielen bürgerlichen Beobachtern als „Produktivitätsrätsel“ erscheint.

Tabelle 3: Jährliche Produktivitätszuwächse in v. H. in USA, BRD und Japan*

	USA	BRD	Japan
1960–65	3,1	4,6	8,7
1965–70	1,0	4,3	9,6
1970–83	0,6	2,6	3,6

* BIP je Beschäftigten

Quelle: Berechnet nach Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1985/86, Bonn, Tabelle 5.

⁸ Vgl. Young-Report, a.a.O., S. 111. Internationale Produktivitätsvergleiche sind problematisch, da ihnen die jeweiligen Wechselkurse zugrunde gelegt werden müssen. Bei dem niedrigeren \$-Kurs des Jahres 1986 wäre der Produktivitätsvorsprung der USA deutlich geringer.

Über die angeführten Ursachen hinaus muß auf folgende Ursachenkomplexe hingewiesen werden, denen vermutlich ein höherer Stellenwert zukommt:

1. Auf dem Polster des erreichten hohen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte ausruhend, dominierte in den USA ein Typ der Kapitalakkumulation, der sich mit dem Schlagwort „bigger not better“¹⁰ beschreiben läßt. Durch die geographisch bedingten Größenvorteile („economies of scale“) gegenüber den wichtigsten Konkurrenzländern konnte zunächst ein hohes Produktivitätsniveau gesichert werden, das jedoch mit dem Nachlassen der quantitativen Marktausdehnung und der größeren Bedeutung von Verfahrensinnovationen kaum noch gesteigert werden konnte. Mit den „fordistischen“ Methoden der Massenproduktion konnten die Potentiale der neuen Technologie nur begrenzt ausgedehnt werden.¹¹ An die Stelle des fehlenden Innovationselans wurden Strategien der Lohnkostensenkung, des Zerschlagens von Gewerkschaftsmacht, der Kapitalzentralisation zwecks Minderung des Wettbewerbsrisikos und der Auslandsexpansion gesetzt. Das Marketing-Management war wichtiger als das Produktions-Management.¹² Kurzfristige Gewinnmaximierung dominierte. Zunehmend wurden auch Kapitalüberschüsse zur Geldkapitalbildung verwendet, und zwar lange vor der Hochzinspolitik seit 1979. Mithin müssen die monopolistische Konkurrenz und die daraus resultierenden Akkumulationsstrategien, die sich intensiver Kapitalreproduktion zu entziehen bemühen, als entscheidende Ursache des „Produktivitätsrätels“ angesehen werden.

2. Anfang der 70er Jahre geriet der sozialpartnerschaftliche „Klassenkompromiß“ zwischen Kapital und Gewerkschaften ins Wanken. Fortan wurde härter durchregiert, die Kontrolle der Beschäftigten durch das Management verstärkt, die innerbetrieblichen Hierarchien verlängerten sich und Tendenzen der autoritären innerbetrieblichen Bürokratisierung nahmen zu. Die „primären“ Arbeitsmarktsegmente mit anspruchsvollen Arbeitsplätzen wurden enger und strikter abgezirkelt, die „sekundären“ schlechten Arbeitsmarktsegmente weiteten sich aus, so daß die Differenzierung unter den abhängig Beschäftigten zunahm. Gleichzeitig wurden eklatante Mängel im Bildungssystem akut. In vielen Bereichen verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen und die „industriellen Beziehungen“ dramatisch, vielleicht am deutlichsten im Bergbau; hier nahmen die Unfallraten enorm zu, ebenso der Arbeitsausfall durch Streiks. Absentismus, mangelnde Arbeitsdisziplin und -motivation wurden zunehmend beklagt. Ein entscheidender Produktivkraftfaktor, Sozialpart-

9 Vgl. die empirischen Angaben bei W. Stock, *High Technology und imperiale Strategie der USA*, Berlin 1985, S. 38 ff., *Strengthening the Economy: Studies in Productivity*, Center for Democratic Policy, Washington 1981.

10 J. E. Ullman, *The Arms Race and the Decline of U.S. Technology*, in: *Journal of Economic Issues*, Vol. XVII (1983), No. 2, S. 569 f.

11 Vgl. auch: M. J. Piore/Ch. F. Sabel, *Das Ende der Massenproduktion*, Berlin 1985.

12 Vgl. W. Stock, *High Technology*, a. a. O., S. 182. – Vgl. auch: I. C. Magaziner, R. Reich, *Minding America's Business: The Decline and Rise of the American Economy*, New York 1981, S. 75 ff.

nerschaft im Sinne eines begrenzten Arbeitskonsens zwischen Belegschaften und Management, funktionierte nicht mehr wie ehemals.¹³

3. Infolge der hohen Rüstungsausgaben und der Dominanz militärischer Forschung und Entwicklung (F + E) in der staatlichen Forschungspolitik sind die zivilen privaten und staatlichen F + E-Aufwendungen bedeutend niedriger als in Konkurrenzländern. Weder existiert eine gezielte Industriepolitik noch eine Forschungs- und Technologiepolitik – Strukturpolitik wird fast ausschließlich über das Pentagon betrieben.¹⁴ Freilich wäre es einseitig, die Militarisierung der US-Volkswirtschaft als einzige oder überwiegende Ursache der Produktivitätsschwäche anzusehen.

4. Deindustrialisierung und verminderte Wettbewerbsfähigkeit

Der Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP war in den USA immer schon niedrig (1983: 23 Prozent), er ist jedoch seit 1950 kaum gesunken. In dessen hat sich die Industriestruktur verschoben; der Niedergang der Eisen- und Stahlindustrie (die USA wurden vom größten Exporteur zum größten Importeur der Welt), des Bergbaus und der Autoindustrie sowie zahlreicher Konsumgüterindustrien stehen die „High-Tech“-Bereiche Maschinenbau, elektrotechnische und chemische Industrie gegenüber. Der Deindustrialisierung der traditionellen nordwestlichen Industrieregionen korrespondiert der Aufstieg der „sunbelt“-Regionen des Südostens.

Deutlichstes Indiz der verminderten US-Weltmarktposition ist der Tatbestand, daß die von 1893 bis 1970 positive Handelsbilanz seit 1971 negativ geworden ist – mit Ausnahme der Jahre 1973 und 1975 – und zunehmend extremere Defizite aufweist.¹⁵ Anfangs war das Defizit eine Folge der gestiegenen Ölrechnung, die sich von 8 Mrd. US-Dollar 1973 auf 24 Mrd. 1974 verdreifachte. Auch die annähernde Verdopplung der Ölrechnung von 1978 bis 1980 von 42 Mrd. US-Dollar auf 79 Mrd. trug kräftig zur Entstehung des Defizits bei, das jedoch 1978, vor der 2. Ölpreisexplosion, bereits 34 Mrd. US-Dollar betrug. Extremwerte erreichte das Defizit 1985 und 1986 mit 129 bzw. 141 Mrd. US-Dollar – bei sinkenden Ölpreisen. Zweifellos wurde das Defizit durch die Überbewertung des Dollars anfangs der 70er Jahre vergrößert, ebenso durch die gewaltige Aufwertung von 1979–85; jedoch reichte die über 20prozentige Abwertung 1970–75 bei weitem nicht, und auch der kräftige Dollarverfall seit Herbst 1985 wird aller Voraussicht nach das Defizit, das 1986 immerhin 3–3,5 Prozent des BSP ausmacht, nicht beseitigen. Im Gegensatz zu den Leistungsbilanz-Überschußländern Japan und BRD sind die USA

13 Für S. Bowles u. a. (*Beyond the Waste Land*, a. a. O., S. 122 ff.) ist die Erosion des „capital-labor accord“ der entscheidende Schlüssel zum „Produktivitätsrätsel“.

14 Vgl. G. Junne, *Der industriepolitische Wettlauf zwischen den kapitalistischen Industrieländern*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 2/1984, S. 134 ff.; ders., *Das amerikanische Rüstungsprogramm: Ein Substitut für Industriepolitik*, in: *Leviathan* 1985, Heft, S. 23–37. – W. Stock, *High-Technology*, a. a. O., S. 209 ff.

15 Die folgenden Angaben sind berechnet nach: CEA, *Annual Report* 1985, a. a. O., Tabellenanhang.

nicht in der Lage, der wachsenden Importkonkurrenz mit kompensierenden Exporterfolgen, vornehmlich der Hochtechnologiebranche, zu begegnen.

Der Exportanteil am Sozialprodukt ist in den USA traditionell gering, 1984 lag er bei rd. 10 Prozent (in der BRD bei rd. 33 Prozent); die Auslandsmärkte werden seit jeher stärker über die Auslandsproduktion der multinationalen Gesellschaften bedient. Auf dem großen Binnenmarkt – und früher auch auf dem gesamten Weltmarkt – konkurrierten überwiegend US-Firmen untereinander. Inzwischen haben die Auslandsvermögen in den USA – Direktinvestitionen, aber auch Geldvermögen – stark zugenommen; seit 1985 übertreffen sie das US-Auslandsvermögen, 1985 um 124 Mrd. US-Dollar, 1986 um 270 Mrd. US-Dollar.¹⁶ Damit sind die USA zu einem Nettoschuldnerland geworden.

Die US-Exporte bestehen zu knapp 20 Prozent aus landwirtschaftlichen Produkten, die preis- und wechsellkursempfindlich reagieren. Rd. 35 Prozent der Exporte gehen in Entwicklungsländer (einschl. „Schwellenländer“, ohne OPEC), vorwiegend nach Lateinamerika, nur rd. 27 Prozent nach Westeuropa. Die „Importflut“ seit Anfang der 70er Jahre kam zum einen aus Japan, das seine Exporte in die USA 1975–83 um das 3,7fache steigerte (1986 müssen die USA im Japanhandel voraussichtlich ein Defizit von rd. 50 Mrd. DM hinnehmen, was etwa 30–40 Prozent des gesamten Handelsbilanzdefizits ausmacht), zum anderen aus Westeuropa (Importzuwachs 1975–85 um das 2,5fache) und auch aus den Entwicklungsländern (ohne OPEC), die ihre Exporte in die USA ebenfalls um das 3,7fache steigerten. Damit ist der Importanteil der Entwicklungsländer von 22 Prozent (1975) auf 31 Prozent (1983) gestiegen.

Tabelle 4: Anteile ausgewählter Länder an den Weltexporten in v. H.*

	1965	1970	1975	1980	1984
USA	14,6	13,8	12,2	10,8	10,9
Japan	4,5	6,7	6,3	6,4	8,4
EG	34,5	36,1	33,9	32,6	30,7
BRD	9,5	10,9	10,2	9,4	8,5
OPEC	5,4	5,4	12,6	14,6	9,2
andere Entwicklungsländer	12,8	11,3	10,9	12,6	14,2
sozialistische Länder	12,3	11,1	10,2	9,9	12,2

* jeweils f. o. b. Werte. Bewertet in US-Dollar auf der Basis der jeweiligen Wechselkurse.

Quelle: Berechnet nach CEA, Annual Report 1985, S. 352.

In den vergangenen 20 Jahren ist der US-Anteil an den Weltexporten von knapp 15 Prozent auf 11 Prozent (1984) gesunken, wobei die Exporte in jeweiligen Wechselkursen bewertet wurden; berücksichtigt man den stark gesunke-

nen Dollarkurs seit 1984, dann vermindert sich der US-Anteil beträchtlich, während der der BRD und Japans ansteigt. Freilich ergibt dies noch kein realistisches Bild für die wirtschaftliche Stärke der US-Unternehmen, da die Auslandstöchter ausgeklammert bleiben.

Selbst in den sogenannten Hochtechnologiebranchen sind die US-Weltmarktanteile gesunken, und zwar von 30 Prozent 1960 auf 20 Prozent 1980.

– 1980 trat erstmals ein Importüberschuß bei Telekommunikationsausrüstungen auf.¹⁷

– Der Marktanteil der USA bei Werkzeugmaschinen am Handel der OECD-Länder sank von 14,7 Prozent 1970 auf 10,9 Prozent 1980, bei Pkws von 8,1 Prozent auf 6,9 Prozent.¹⁸

– 1983 wurden 56 Prozent des US-Umsatzes in der Unterhaltungselektronik von ausländischen Herstellern bestritten.¹⁹

– Bei der Produktion von Halbleitern und integrierten Schaltkreisen mußten die USA erhebliche Rückschläge im Verhältnis zur japanischen Konkurrenz hinnehmen.

– Auch in der chemischen und pharmazeutischen Industrie, Bürokommunikation und Computer, der Herstellung von Meßgeräten hat sich die Export-/Importrelation vermindert.²⁰ Die USA sind nach wie vor in den meisten Hochtechnologiebereichen, vor allem in der Computerbranche, führend; nach wie vor werden in den Sektoren Investitionsgüterherstellung, Chemie und Landwirtschaft Exportüberschüsse erwirtschaftet, die jedoch immer weniger ausreichen, um die permanenten Defizite bei Standardprodukten, vor allem Konsumgütern, in der Autobranche sowie bei Brennstoffen auszugleichen. 1964 übertrafen die Exporte von Industrieprodukten die entsprechenden Importe noch um 90 Prozent, Ende der 60er Jahre um 20 Prozent, und in den 70er war die Bilanz in drei Jahren negativ.²¹ Mithin bleiben die USA zunehmend auf Kapitalimporte zur Finanzierung ihres Leistungsbilanzdefizits angewiesen. Zwar wird sich das derzeitige gigantische Defizit infolge der Dollarabwertung und der gesunkenen Ölpreise vermindern, aber als grundlegendes Strukturproblem erhalten bleiben. Dies ist auch der Grund für den zunehmenden US-Handelsprotektionismus.

5. Rüstungskapitalismus und wirtschaftliche Stagnation

Ein wesentlicher Faktor, der sowohl zur Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, zur Produktivitätsschwäche wie auch zur Verschlechterung der US-Weltmarktposition beigetragen hat, ist das seit dem zweiten Weltkrieg

17 W. Stock, *High Technology*, a. a. O., S. 63. Vgl. auch: *An Assessment of U.S. Competitiveness in High Technology Industries*. Cabinet Council on Commerce and Trade, Washington, D. C., 1982. – Vgl. auch G. Junne, *Das amerikanische Rüstungsprogramm*, a. a. O., S. 27.

18 W. Gerstenberger, *Die westdeutsche Wirtschaft in der Zange: Die Herausforderung durch Japan, die USA und die Schwellenländer*, in: *Beihefte zur Konjunkturpolitik* 1983, S. 69, 72.

19 W. Stock, a. a. O., S. 68.

20 J. E. Ullman, *The Arms Race and the Decline of U.S. Technology*, a. a. O., S. 566.

21 CEA, *Annual Report 1982*, Washington D.C., S. 350. J. E. Ullman, *The Arms Race*, a. a. O.

fortwährend hohe Niveau der Rüstungsausgaben, das *S. Melman* als „Permanent war economy“ bezeichnet.²² Derzeit dürfte der Anteil der ausgewiesenen und verdeckten Rüstungsausgaben (RA) bei rund zehn Prozent des BSP liegen, was ungefähr dem Anteil während des Vietnamkrieges entspricht, jedoch deutlich unter dem während des Koreakriegs (1953: 17,3 Prozent) liegt.²³ In der BRD liegt der entsprechende Anteil zwischen drei und vier Prozent des BSP. Zu den versteckten Rüstungsausgaben, die 1986 immerhin rund 25 Prozent ausmachten, zählt *DeGrasse*: Pensionszahlungen an Kriegsveteranen, Auslandsmilitärhilfe, 20 Prozent der NASA-Weltraumforschung, den rüstungsbedingten Anteil an den Zinszahlungen auf die Bundesschulden und verschiedene kleinere Positionen. Berücksichtigt man lediglich die offen ausgewiesenen Rüstungsausgaben, dann wurden 1960 fast 49 Prozent der Bundesausgaben für Rüstungszwecke ausgegeben, 1986 27 Prozent; einschließlich der verdeckten Ausgaben waren es sogar rund 64 Prozent bzw. 44 Prozent. Im Rahmen der offiziell ausgewiesenen RA hat insbesondere der Anteil nicht-personeller Ausgaben seit 1980 stark zugenommen. Im Zeitraum 1960–1973 kaufte das Department of Defense (D.o.D.) nicht weniger als 16,9 Prozent aller in den USA hergestellten dauerhaften Industrieprodukte, 1973–1981 waren es 10,9 Prozent.

Unzutreffend ist die verbreitete Vorstellung eines separaten, von der zivilen Industrie losgelösten Komplexes der Rüstungsindustrie. Am stärksten ist die Luftfahrzeugindustrie rüstungsabhängig – sie realisierte 1970 71 Prozent ihres Umsatzes beim D.o.D. –, ferner die Elektronikindustrie, die 1970 46 Prozent ihres Umsatzes mit D.o.D.-Verkäufen erzielte; freilich sind darin Verkäufe an die NASA sowie die in den siebziger Jahren rasch gestiegenen Rüstungsexporte nicht enthalten.²⁴ In den siebziger Jahren sind die D.o.D.-Anteile am Umsatz der Elektronikbranchen auf etwa 35 Prozent gesunken.²⁵

Traditionell sind die Pentagonaufträge auf wenige Firmen verteilt; von 1955–1978 gingen $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$ an rund 100 Firmen.²⁶ Darunter waren zu der Zeit nur 30 bis 46 Firmen, die zu den 500 größten „Megacorporations“ der bekannten Fortune-Liste gehören. 1978 hatten nur 13 der 35 größten Pentagon-Auftragnehmerfirmen einen D.o.D.-Rüstungsanteil von über 20 Prozent ihres Umsatzes. 1978 hatten nur 5 der 25 größten US-Firmen einen D.o.D.-Auftragsanteil am Umsatz von über 5 Prozent (IBM nur zwei Prozent). Die größten Pentagon-Auftragnehmer waren 1978 Lockheed, General Dynamics, McDonnell Douglas, Boeing, General Electric, Rockwell International, United Aircraft, AT&T, Martin Marietta, Sperry Rand, die zwar fast alle zu den 100 größten US-Industrieunternehmen gehören, jedoch mit Ausnahme von General Electric und General Motors nicht zu den 15 größten US-Megacorps.

22 S. Melman, *The Permanent War Economy: American Capitalism in Decline*, New York 1974.

23 Wir beziehen uns hier und im folgenden auf die sorgfältigen Berechnungen von R. W.

DeGrasse, *Military Expansion-Economic Decline*, New York 1983, S. 231 ff.

24 E. Müller, *Rüstungspolitik und Rüstungsdynamik: Fall USA*, Baden-Baden 1985, S. 214.

25 R. W. De Grasse, a.a.O., S. 105.

26 Vgl. E. Müller, *Rüstungspolitik*, a.a.O., S. 153 ff., S. 276 ff.

Tabelle 5: US-Rüstungsausgaben (RA) 1960–1986

	Offiziell ausge- wiesene RA ¹ in Mrd. US-\$	RA insges. ² in Mrd. US-\$	RA 1 in v. H. des Bundshaushalts	RA 2	Ra 1 in v. H. des BSP	Ra 2
1960	44,5	59,5	48,7	63,9	8,9	11,7
1965	47,9	63,6	40,4	51,4	7,3	9,2
1970	75,3	102,4	38,5	50,1	7,8	10,3
1975	80,2	123,5	24,4	34,6	5,4	8,0
1980	134,0	195,2	23,2	32,4	5,2	7,4
1981	157,5	230,7	23,6	33,5	5,5	7,8
1982	185,3	267,7	25,0	35,0	6,1	8,7
1983	209,9	298,0 ^b	25,7	36,4 ^b	6,5	9,0 ^b
1984	227,4	336,0 ^b	26,5	38,2 ^b	6,4	9,2 ^b
1985 ^a	252,8	382,5 ^b	26,7	38,8 ^b	6,5	9,9 ^b
1986 ^a	267,1	425,8	26,9	43,7	6,4	10,4

a) Schätzung des Department of Commerce b) Schätzung R. W. DeGrasse

1 1960–1975 nach: CEA, Annual Report 1985, S. 322; 1980–1986 nach: Government Printing Office, Economic Indicators 12/1985, S. 33.

2 R. W. DeGrasse Military Expansion, a.a.O., S. 236 ff.

Man kann vermuten, daß die größte gesamtwirtschaftliche Bedeutung der rüstungskapitalistischen Variante der US-Wirtschaft in der enormen Konzentration der F + E-Ausgaben auf Rüstungszwecke liegt. Von 1960 bis 1973 hatte das Pentagon rund 38 Prozent aller privaten und öffentlichen F + E-Mittel bereitgestellt, in der Nach-Vietnam-Ära fiel der Anteil auf 35,6 Prozent.²⁷ Hinzu kommt die NASA-Weltraumforschung, die zu 1/3 für militärrelevant eingeschätzt wird, mit 11,8 Prozent aller F + E-Ausgaben 1960–1973 und 7,2 Prozent 1973–1980. 1960–1973 liefen 61 Prozent der Bundes-F + E-Mittel über das Pentagon, 1973–1980 52,7 Prozent. Seit 1980 und besonders seit Beginn der SDI-Forschung dürfte dieser Anteil wieder beträchtlich gestiegen sein. 1984 lag der Anteil ziviler F + E-Ausgaben am BSP mit rund 1,8 Prozent deutlich unter dem Niveau Japans und der BRD (rund 2,4 Prozent), die die USA bereits seit Anfang der sechziger Jahre übertrafen.²⁸ Indes liegt der Anteil der gesamten F + E-Ausgaben am BSP in den USA geringfügig über dem von Japan und der BRD. Die extreme Militarisierung der Forschung in den USA ist um so gravierender, als der zivile „spin-off“ zunehmend geringer wird. Viele militärische Innovationen, selbst wenn sie nicht der Geheimhaltung unterliegen, müssen für zivile Zwecke praktisch neu erforscht werden.²⁹

DeGrasse schätzt, daß für militärische F + E in den USA in den sechziger Jahren zwischen 25 und 35 Prozent der Wissenschaftler und Ingenieure tätig waren, in den siebziger Jahren 15 bis 25 Prozent. Ullman vermutet, daß rund ein Drittel der 61 000 US-Jungingenieure, die jährlich die Hochschulen verlas-

27 R.W. DeGrasse, Military Expansion, a.a.O., S. 156 f., S. 77 ff.

28 Der Young-Report weist darauf hin (S. 22, 27), ohne Schlußfolgerungen zu ziehen.

29 Vgl. M. Kaldor, The Baroque Arsenal, New York 1981.

sen, direkt oder indirekt für die Rüstung arbeiten. In Japan³⁰ werden indessen jährlich rund 70 000 Ingenieure für die fast ausschließlich zivile Industrie ausgebildet. Insbesondere hochqualifizierte Spezialisten wandern angesichts hoher Gehälter und günstiger Forschungsbedingungen häufig in die Rüstungsforschung ab. Im übrigen ist das betriebswirtschaftliche Risiko der Rüstungsforschung geringer und wird daher von vielen Firmen gegenüber ziviler F + E bevorzugt. In der Tendenz setzt eine Verdrängung ziviler F + E durch militärische ein, die den Wettbewerbsvorsprung der US-Hochtechnologiesektoren angesichts des internationalen industriestruktur- und technologiepolitischen Wettlaufs weiter aushöhlt.

Nach dem Ende des Vietnam-Krieges waren die RA zwar keineswegs absolut gesunken, aber ihr Anteil am Bundeshaushalt und am BSP nahm deutlich ab (vgl. Tabelle 5). Viele Rüstungsproduzenten wandten sich stärker den Rüstungsexporten zu. Das Aufrüstungsprogramm der *Reagan*-Reagierung hat die offiziellen RA 1980–1985 um rund 53 Prozent gesteigert, für 1986 ließ sich bislang eine Steigerung haushaltspolitisch nicht durchsetzen.³¹ Zum Vergleich: 1965–1968, in der Vietnamphase, stieg das Militärbudget um rund 42,7 Prozent, während des Koreakrieges um 179,2 Prozent. Die mittelfristige Planung, SDI-Forschung einbezogen, sieht weitere gewaltige Zuwachsraten vor, die vermutlich jedoch nur mit erheblichen Abstrichen angesichts des gestiegenen Haushaltsdefizits durchgesetzt werden können. Zweifellos handelt es sich um die größte Rüstungsexpansion in „Nichtkriegszeiten“ in der Geschichte der USA, der maßgebliche Bedeutung bei der angestrebten Revitalisierung und Reindustrialisierung der US-Volkswirtschaft zukommen soll, ganz im Gegensatz zur angebotsorientierten Doktrin der freien Marktwirtschaft.

Anders als zu Zeiten des Korea- und Vietnam-Krieges ist jetzt der Anteil von Waffenbeschaffungen und militärischer F + E an den RA viel größer. Das Rüstungsprogramm ist eine rüstungsindustrielle Struktur- und Technologiepolitik via Pentagon.³² Während der Korea-Krieg nur zu einem geringen Teil durch Staatsverschuldung finanziert wurde, waren die ökonomischen Folgen des Vietnam-Krieges viel weitreichender; er wurde von Anfang an in starkem Maße kreditfinanziert, und dies in einer Periode relativ hoher Kapazitätsauslastung, so daß sich bei gleichzeitig verschärften Verteilungskämpfen, sinkendem Produktivitätszuwachs und erhöhten sozialpolitischen Ausgaben starke inflationäre Folgen ergeben mußten, zumal Preiskontrollen ausblieben. Inzwischen liegt der Anteil des Haushaltsdefizits am BSP um fast das Doppelte über dem Stand während des Vietnam-Krieges, allerdings ist der Grad der Kapazitätsauslastung geringer. Daß die Inflationsraten im konjunkturellen Aufschwung seit 1983 niedrig blieben, liegt an den angesichts der Dollaraufwertung günstigen Importgüterpreisen, den kaum steigenden Löhnen und der

30 Vgl. auch: K. Fabig, Japan: Wirtschaftsmacht durch Niedrigrüstung?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/1985, S. 1327–1342.

31 K. Ege, Scheitert das Pentagon an der Haushaltskrise?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/1986, S. 450.

32 Vgl. W. Stock, a.a.O., S. 204 ff., S. 171 ff.; G. Junne, Das amerikanische Rüstungsprogramm, a.a.O., S. 23 ff.

Hochzinspolitik. Da diese Konstellation inflationsbestimmender Faktoren längerfristig nicht aufrechterhalten werden kann, ist zukünftig wieder mit stärkerem Preisaufrtrieb zu rechnen.

Die gesamtwirtschaftlichen Folgen des amerikanischen Rüstungsprogramms sind viel problematischer als die Boomwirkung während des Korea-Krieges und vermutlich auch des Vietnam-Krieges. Die Wachstums- und Beschäftigungseffekte sind sehr begrenzt – wie noch zu zeigen sein wird, ist der Aufschwung seit 1983 und das sogenannte Beschäftigungswunder nur zu einem geringen Teil rüstungsbedingt –, längerfristig überwiegen die kontraproduktiven Wirkungen der zivilen Produktivitätsschwächung, der wachsenden Importkonkurrenz und die Negativfolgen der Hochzins- und Verschuldungspolitik. Eine dem Koreaboom vergleichbare Rüstungskonjunktur, die auf die gesamte Volkswirtschaft längerfristig positiv ausstrahlt, ist nicht zu erwarten. Dies wird auch durch die empirisch eindeutigen Befunde internationaler Vergleichsstudien belegt, die eine starke negative Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum, Produktivitätszuwachs und Anteil der Rüstungsausgaben konstatieren.³³

6. „Revitalisierung“ der US-Wirtschaft nach sechs Jahren Reaganomics?

Reagans Ankündigung einer neuen Ära der US-Wirtschaftspolitik, häufig als „angebotsorientierte Wirtschaftspolitik“ oder Reaganomics bezeichnet, beruht auf folgenden vier Eckpfeilern, die eine Revitalisierung der Volkswirtschaft ermöglichen sollen.³⁴

1. Reduzierung des Staatsinterventionismus durch „Deregulierung“: Diese ideologische Formel, die unternehmerische Kreativität freisetzen soll, bedeutet in der Realität die Revision der staatlichen Umweltschutzbestimmungen (Clean Air Act); die Aufhebung binnenwirtschaftlicher Preis- und Mengenkontrollen bei der US-Ölförderung; Deregulierung im Transport- und Kommunikationswesen mit dem Ziel der Steigerung privatwirtschaftlicher Konkurrenz und Kapitalverwertung; Zurückdrängung des gewerkschaftlichen Einflusses auf allen Ebenen; Rücknahme bundesstaatlicher, vornehmlich sozialpolitischer Staatsaufgaben, die Mitte der 60er Jahre beschlossen wurden.

2. Ausgleich des Bundeshaushalts bis zum Jahr 1984 bei einem niedrigen Niveau der Staatsquote, die – bezogen auf die Bundesausgaben – von 23 Prozent 1981 auf 19 Prozent sinken sollte. Indes haben bekanntlich die Nettoneuverschuldung und der gesamte Schuldenbestand ein Rekordniveau erreicht; die Staatsquote ist gestiegen.

33 Vgl. die Zusammenfassung der Ergebnisse bei R. W. DeGrasse, a.a.O., Kap. II; siehe auch: R. P. Smith, *Military Expenditure and Capitalism*, in: *Cambridge Journal of Economics*, N. 1/1977, S. 61 ff., und J. Huffschnid (Hrg.), *Rüstungs- oder Sozialstaat?* Köln 1981, S. 114 ff.

34 Vgl. *Economic Report of the President 1982*, Washington 1982; H. C. Sherman, *Die Wirtschaft der USA in den achtziger Jahren*, in: *Ifo-Schnelldienst*, Heft 6/1981; S. S. Guterman, *Geldpolitik und Reaganomics*, in: *Politik und Wirtschaft in den USA*, Opladen 1985, S. 84 ff.

3. Drastische Steuersenkungen für Unternehmen und private Haushalte, um stärkere Investitions- und Leistungsanreize zu gewähren und gleichzeitig das im internationalen Vergleich extrem niedrige Niveau der Ersparnisbildung zu erhöhen. Zu diesem Zweck wurde 1981 der „Economic Recovery Tax Act“ (ERTA) beschlossen, der die Grenzsteuersätze bei der Einkommenssteuer um 23 Prozent in drei Jahren senken sollte, den Höchstsatz der Einkommensteuer von 70 Prozent auf 50 Prozent absenken und die Unternehmensbesteuerung drastisch vermindern sollte. Diese Steuerreformen kamen überwiegend den Unternehmen sowie mittleren und höheren Einkommenschichten zugute, während für die unteren Einkommenbezieher die Steuer- und Abgabenbelastung teilweise anstieg.³⁵ Die Einkommensteuerreform führte jedoch nur zu einer faktisch 10prozentigen Verminderung der Einkommensteuerbelastung, da viele Einkommenbezieher aus Gründen der Inflation in höhere Progressionszonen hineingerieten. Nach Meinung der Administration steht die „große Steuerreform“ immer noch aus.

4. *Hochzinspolitik* zur Inflationsbekämpfung und *Politik des starken Dollars*. Bereits unter Präsident *Carter* wurde angesichts einer galoppierenden Inflation ab 1979 eine Phase der Hochzinspolitik eingeleitet, die zu extrem hohen Realzinsen führte. Seit Oktober 1982 wurde die Geldpolitik schrittweise gelockert, jedoch verharrten aufgrund der gestiegenen staatlichen und privaten Kreditnachfrage und dem geringen binnenländischen Sparvolumen die Realzinsen auf hohem Niveau. Die zunehmenden Geldkapitalimporte, angezogen durch die hohen Zinsen und die steigenden Gewinnerwartungen, führten zu einer Dollaraufwertung vom Tiefpunkt 1979/80 bis zum Höchststand im März 1985 um 54 Prozent,³⁶ die mit realwirtschaftlichen Faktoren in keinem Zusammenhang steht. Die Aufwertungstendenz wurde von der US-Regierung geschürt, obwohl sie erhebliche Verzerrungen der internationalen Handels- und Kreditbeziehungen wie auch eine weitere dramatische Verschlechterung der US-Handelsbilanz zur Folge hatte. Zwar verbilligten sich die US-Importe, wodurch die Inflation eingedämmt werden konnte, wie auch die Direktinvestitionen im Ausland, und die Rolle des US-Dollars als Reservewährung wurde gestärkt, aber es verbleibt ein gewichtiges Moment mystischer „American-First-Euphorie“, welche die selbstgefällige Überschätzung der Leistungsfähigkeit der US-Wirtschaft ausdrückt. Angesichts der steigenden Handelsbilanzdefizite, der gefährlichen internationalen Folgewirkungen der hohen Zinsen und der drohenden Konjunkturabschwächung ist der Dollarkurs seit dem Höchststand im Frühjahr 1985 um rund 25 Prozent gesunken (bis März 1986).

In Wirklichkeit ist das, was als Reaganomics in die Realität umgesetzt wurde, in weiten Teilen das Gegenteil von dem, was konzeptionell proklamiert wurde; es ist alles andere als eine in sich konsistente Politik, sondern vielfach

35 Vgl. W. C. Peterson, The U.S. „Welfare State“ and the Conservative Counterrevolution, in: *Journal of Economic Issues*, Vol. 19 (1985), S. 631 f.

36 Gewogener Außenwert gegenüber 14 Industrieländern. Siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1/1986, S. 82.

eine an kurzfristigen Interessenkonstellationen reaktiv ausgerichtete hochgradig widersprüchliche Politik, die eher als kurzsichtige sozialreaktionäre „voodoo-economics“ zu charakterisieren ist. Ein kurzer Überblick über die reale Entwicklung der US-Wirtschaft seit 1980 zeigt, daß von einer tiefgreifenden Revitalisierung nicht einmal im Ansatz die Rede sein kann.

Während die *Reagan*-Regierung gleich nach dem Amtsantritt kurzfristig in eine neue wirtschaftliche Blütephase hineinsteuern wollte, geriet die Volkswirtschaft 1980–82 in die schwerste konjunkturelle Krise seit 1929.³⁷ Die Arbeitslosenquote stieg auf 9,7 Prozent, das reale BSP fiel 1980 um 0,3 Prozent und 1982 um 2,1 Prozent. Ab Herbst 1982 setzte ein kräftiger Aufschwung ein, dessen Stärke dem Durchschnitt der vergangenen fünf Aufschwungphasen entsprach. Von niedrigem Niveau ausgehend – die Kapazitätsauslastung der Industrie war unter 70 Prozent gesunken – stieg das reale BSP 1983 um 3,7 Prozent und 1984 um 6,8 Prozent, um sich seither bei einer Wachstumsrate von 2,5 Prozent 1985 und 1986 zu stabilisieren. Der Aufschwung wurde in seiner kräftigen Phase (bis Frühjahr 1985) zu zwei Dritteln vom privaten Konsum getragen, der stärker als in früheren Aufschwüngen zur Konjunkturlokomotive wurde. Dessen Dynamik resultierte aus der auf ein extrem niedriges Niveau gesunkenen Sparquote der privaten Haushalte, den Einkommensteuervergünstigungen und auch aus dem ab 1983 deutlich geringeren Preisauftrieb. Gleichzeitig mit dem Konsum stiegen auch die Wohnungsbauinvestitionen und die privaten Ausrüstungsinvestitionen stark an, die sich jedoch schon 1985 wieder deutlich verlangsamten. Eine länger anhaltende robuste Investitionskonjunktur wurde nicht erreicht, zumal überwiegend der Dienstleistungssektor expandierte und die Industrieproduktion unter dem Druck der Importkonkurrenz bereits 1985 nur noch um gut zwei Prozent zunahm.

Die realen Staatsausgaben stiegen – anders als in der BRD – in den Krisenjahre 1980–82 mit fünf bis sieben Prozent an, z. T. rüstungsbedingt, z. T. zinsbedingt, z. T. auch infolge krisenbedingt steigender Sozialausgaben im Rahmen gesetzlich festgelegter Programme. Nach 1982 stiegen die Staatsausgaben schneller als das Sozialprodukt, so daß die Staatsquote um etwa zwei Prozentpunkte anstieg. Da gleichzeitig die Steuergesetze zu einem Einnahmeausfall von netto rd. 230 Mrd. US-Dollar 1982–85 führten,³⁸ stieg das Defizit im Bundeshaushalt explosiv an (Länder und Gemeinden erwirtschafteten infolge ihrer Sparpolitik Überschüsse); zu der hohen konjunkturell bedingten Verschuldung der Jahre 1980–82 trat die noch höhere „strukturell“ bedingte. In den Jahren des Aufschwungs – 1983, 1984 und 1985 – stieg die Nettoneuverschuldung im Bundeshaushalt auf 208, 185 und 212 Mrd. Dollar.³⁹

Nach OECD-Berechnungen trug die expansive Finanzpolitik durch die Ausgabensteigerungen und die drastischen Steuersenkungen, die teilweise

37 Die Angaben sind berechnet nach: CEA, Annual Report 1985, a.a.O., und: OECD, Economic Survey 1985/86, United States, Paris 1985.

38 Gegenzurechnen sind Einnahmen aus Steuererhöhungen und inflations- sowie einkommenbedingte Steuermehreinnahmen. Vgl. OECD, a.a.O., S. 26 f.

39 Economic Indicators, 12/1985, S. 32.

den privaten Konsum und indirekt auch die Inflation ankurbelten, in den Jahren 1982–85 zu rund 39 Prozent zum realen Wirtschaftswachstum bei. Mithin war der US-Aufschwung, ganz im Gegensatz zur angebotsorientierten Doktrin, Resultat einerseits autonomer konjunktureller Auftriebskräfte, andererseits in hohem Maße Resultat einer rechtskeynesianischen Konjunkturpolitik durch massives Deficit-spending,⁴⁰ allerdings begleitet von einer monetaristisch ausgerichteten Geldpolitik.

Der überwiegende Teil der Expansionswirkung der staatlichen Finanzpolitik beruht auf dem Steuerentlastungsprogramm, welches, wie bereits erwähnt, 1982–85 rund 230 Mrd. Dollar Mindereinnahmen zur Folge hatte. Indessen sind die Rüstungsausgaben im gleichen Zeitraum „nur“ um 68 Mrd. gestiegen (1980–85: 119 Mrd.), die Zinsausgaben um 60 Mrd. US-Dollar. Mithin wird deutlich, daß der 89prozentige Anstieg der (offiziell ausgewiesenen) Rüstungsausgaben 1980–85 nur zu einem geringen Teil zur konjunkturellen Stabilisierung beigetragen hat. Nach OECD-Berechnungen ist rund die Hälfte des Zuwachses der Budget-Defizite 1981–85 ausgabenbedingt, davon sind knapp 30 Prozent rüstungs- und ebenfalls 30 Prozent zinskostenbedingt. Zu wesentlich höheren Ausgabensteigerungen wäre es gekommen, wenn nicht die zivilen Staatsausgaben gegenüber den früheren Ansätzen im Zeitraum 1982–85 um rund 176 Mrd. gekürzt worden wären;⁴¹ die jährliche Kürzung entspricht rund 5–6 Prozent des Bundeshaushalts.

Zweifellos sind die US-Haushaltsdefizite beängstigend groß. 1986 werden rund 17–18 Prozent der Bundesausgaben durch Kredite finanziert (zum Vergleich: BRD-Bundeshaushalt 1984: 11,4 Prozent). Die Gesamtverschuldung des Staates ist auf über 2 Billionen US-Dollar 1986 gestiegen und hat sich damit seit 1981 verdoppelt. Gleichwohl darf nicht verkannt werden: Im Verhältnis zum BSP ist die Gesamtstaatsverschuldung der USA mit knapp 50 Prozent 1986 nicht wesentlich höher als in der BRD (1985 ca. 40 Prozent). Auch im OECD-Länder-Vergleich ist die US-Staatsverschuldung keineswegs extrem hoch. Beängstigend ist dreierlei: *Erstens* das extreme Tempo der Steigerung der öffentlichen Verschuldung; *zweitens* der Tatbestand, daß die hohen und steigenden Budgetdefizite in eine Periode eines kräftigen (wenn auch kurzen) Aufschwungs fallen. *Drittens* ist die US-Staatsverschuldung im Verhältnis zum Sparen der privaten Haushalte extrem hoch: Zwischen 1979 und 1984 lagen die privaten Nettoersparnisse bei 3,6–5,4 Prozent des BSP (in der BRD und in anderen Ländern sind sie z. T. um das 3fache höher); 1983 wurde das gesamte binnenländische Sparvolumen vom Staatsdefizit absorbiert, 1984 waren es 63 Prozent. Die Finanzierung des Staatsdefizits und der privaten Netto-

40 Vgl. DIW-Wochenbericht 14/84: Ist die Überwindung der Rezession in den angelsächsischen Ländern auf eine konsequent angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zurückzuführen? Vgl. auch: J. Kromphardt, Die neue Wirtschaftspolitik in Großbritannien und in den USA, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/84, S. 23 ff.

41 Ebenda, S. 27. Vgl. zu den Haushaltskürzungen: H. Will, Zum USA-Bundeshaushalt für das Haushaltsjahr 1985/86, in: IPW-Berichte 7/85, S. 43–46, und: K. Ege, Scheitert das Pentagon an der Haushaltskrise? a.a.O., S. 452 ff.

investitionen kann nur durch hohe Nettokapitalzuflüsse aus dem Ausland bewerkstelligt werden, die 1984 2,6 Prozent des BSP ausmachten.

Tabelle 6: Öffentliche Finanzen 1980–86

Jahr ¹	Bundesausgaben, jährlicher Zuwachs in v. H.	Zivile Bundesausgaben (ohne Zinsen) jährlicher Zuwachs v. H.	Rüstungsausgaben, jährl. Zuwachs in v. H.	Defizit im Bundeshaushalt in Mrd. \$	Defizit im ges. Staatshaushalt in Mrd. \$	Defizit im ges. Staatshaushalt in v. H. des BSP in Mrd. \$	Bruttoschuldenstand aller Staatshaushalte in Mrd. \$
1980	16,3	15,3	16,5	73,8	30,7	-1,2	914,3
1981	15,9	13,4	17,5	78,9	26,7	-0,9	1003,9
1982	10,7	6,8	17,7	127,9	115,3	-3,8	1147,0
1983	10,3	9,2	13,3	207,8	134,5	-4,2	1381,9
1984	5,1	0,6	8,3	185,3	124,4	-3,5	1576,7
1985	10,6	8,4	11,2	211,9	150,0 ^a	-3,9	1841,1
1986 ^a	4,7	0,1	5,7	178,0 ^a	154,0 ^a	-3,7	2074,2

¹ Fiskaljahre: 1. 10–30. 9. a Schätzungen.

Quelle: CEA, Annual Report 1985, Tabellenanhang; OECD, Economic Surveys, United States, a.a.O.; Economic Indicators 12/85. Eigene Berechnungen.

Dies ist auch der entscheidende Grund dafür, daß die USA 1984 erstmals in eine Nettoschuldnerposition gerieten, also das ausländische Vermögen in den USA das der USA im Ausland überstieg. Anders als in der BRD kann davon ausgegangen werden, daß infolge des extrem ungünstigen Verhältnisses von volkswirtschaftlicher Ersparnisbildung und Budgetdefiziten letztere in erheblichem Umfang – neben der Notenbankpolitik – für das hohe Zinsniveau mitverantwortlich sind („crowding-out“).

Zu den vermeintlichen Erfolgen einer revitalisierten US-Wirtschaft zählt die *Reagan-Administration* das „Beschäftigungswunder“.⁴² In der Tat hat die Zahl der Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft seit 1980 um 8,3 Mio. oder 9,2 Prozent zugenommen. Selbst die Industriebeschäftigung hat im Aufschwung bis Anfang 1985 zugenommen, jedoch den Höchststand vor der Krise nicht wieder erreicht. Freilich muß hinzugefügt werden, daß bereits seit Jahrzehnten die US-Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft deutlich zunimmt, z. B. von 1975–80 um 13,5 Mio. Personen oder 17,6 Prozent. Gemessen am Tempo der 70er Jahre hat sich das Beschäftigungswachstum seit 1980 deutlich verlangsamt. Im Zeitraum 1980–85 konzentrierte sich das Arbeitsplatzwachstum auf folgende Bereiche:⁴³ Einzelhandel (2,1 Mio.), Gaststätten (2,0 Mio.), Banken/Versicherungen (0,7 Mio.), kommerzielle Dienstleistungen (1,3 Mio.), Gesundheitsdienste (1,0 Mio.). Dabei handelte es sich überwiegend um

42 Vgl. DIW-Wochenbericht 33/84, S. 405 ff.

43 Siehe: U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, Supplement „Employment and Earnings“, 6/1985.

eine Zunahme der Frauenbeschäftigung, z. T. im Rahmen von Teilzeitarbeit; insbesondere in den Niedriglohnsektoren weitet sich die Beschäftigung überdurchschnittlich aus.

Das amerikanische „Beschäftigungswunder“ ist die Kehrseite des Produktivitätsrätsels: auch nach 1980 ist der Produktivitätstrend nicht wesentlich verbessert, so daß schon eine geringe Nachfragesteigerung zu Neueinstellungen führt. Trotz des Beschäftigungswunders konnte die Arbeitslosenquote von ihrem Höchststand 1982 (9,7 Prozent) nur um 2½ Prozentpunkte auf 7,3 Prozent 1986 gedrückt werden. Das rasche Bevölkerungswachstum, der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung und die stetig steigende Erwerbsneigung der Frauen führen zu steigendem Arbeitsplatzbedarf.

Zu *Reagans* „Erfolgsbilanz“ gehört auch der drastische Anstieg der Armut.⁴⁴ Gemäß einer 1969 von einem interministeriellen Ausschuß festgelegten Armutsgrenze lebten 1983 15,2 Prozent der Bevölkerung (35,5 Mio. Personen) in Armut,⁴⁵ und zwar 6 Mio. oder 20,5 Prozent mehr als 1980. Zwar ist die Armutsquote, die 1973 auf ihren Tiefstand mit 11,1 Prozent gesunken war, noch längst nicht wieder auf ihrem Höchststand von 1960 mit 22,2 Prozent, aber infolge der drastischen Kürzung verschiedener Sozialprogramme, die in den 60er Jahren mit dem „war on poverty“ eingeführt wurden, ist die Tendenz steigend.

Die Kürzungen im Sozialbereich betrafen vor allem die öffentlich finanzierte Krankenversorgung für Arme (Medicaid), Lebensmittelhilfen für arme Familien (foodstamps), Hilfen für arme kinderreiche Familien (AFDC), Wohngeld, Ausbildungshilfen und andere Einkommenstransfers an untere Einkommenschichten. Mit Hilfe dieser im Rahmen von Präsident *Johnson* „Great Society“-Plänen beschlossenen Transfers wurde in den 60er Jahren die Armutsquote halbiert; jetzt wird diese zweite Stufe der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung nach *F. D. Roosevelts* „New Deal“ in den 30er Jahren im Ansatz zurückgenommen. Besonders betroffen sind farbige Familien, alleinerziehende Mütter und andere Minderheiten. Seit dem „New Deal“ sind die staatlichen Transferzahlungen an private Haushalte enorm gestiegen: 1929 betrogen sie noch 1,2 Prozent des Volkseinkommens, 1935 5,2 Prozent und 1983 20,8 Prozent. Ca. die Hälfte der Bundesausgaben sind Transferzahlungen, von denen rund 25 Prozent an Haushalte in der Armutszone mit weniger als 10000 Dollar Jahreseinkommen fließen. Knapp 17 Prozent aller Haushalte gehörte 1982 zu dieser Einkommenskategorie und lebte überwiegend von Transfereinkommen. Während der Anteil dieser Transfers seit 1980 gesenkt wurde, stieg der Anteil, der den mittleren und höheren Einkommenschichten zugute kommt. Mithin hat sich in Verbindung mit den Steuerreformen seit 1981 und dem weitverzweigten System von Steuerbefreiungen eine kräftige sekundäre Umverteilung durch den Staat zugunsten der mittleren und höheren Einkom-

44 Die Zahlen werden vom Council of Economic Advisers jährlich ausgewiesen, vgl. Annual Report 1985, S. 264.

45 Bei den Farbigen liegt die Armutsquote bei 35,7 Prozent (ebenda, S. 164), bei den über 65jährigen, einer für Reagan wichtigen Wählergruppe, ist die Armut zurückgegangen.

menschichten ergeben. Während die verfügbaren Einkommen des unteren Fünftels der privaten Haushalte in der Einkommenshierarchie von 1980–84 um real 7,6 Prozent sanken, stiegen die des oberen Fünftels um 8,7 Prozent.⁴⁶ Damit hat sich die jahrzehntelang relativ stabile personelle Einkommenverteilung innerhalb weniger Jahre deutlich polarisiert.

Dieser kurze Überblick über 6 Jahre Reaganomics läßt keine Anzeichen einer Revitalisierung der US-Volkswirtschaft erkennen, auch wenn die Gewinne der Unternehmen sich vom Schock der Krise eindrucksvoll erholt haben, auch wenn die Unternehmen infolge einer gigantischen Zentralisationswelle monumentaler denn je geworden sind. Zwar ist die Inflation einstweilen eingedämmt, und selbst die durchschnittlichen Nettoreallöhne je Beschäftigten steigen seit 1981 wieder geringfügig. Aber der Preis für diese – einzigen – Erfolge ist gewaltig: Hohe Zinsen und ihre gefährlichen Folgewirkungen, eine Revision des ohnehin spärlichen Wohlfahrtsstaates, Aufrüstung ohne Ende, riesige Budget- und Leistungsbilanzdefizite, rüstungsorientierte Restrukturierung der produktiven Basis, ohne daß ein Ende der Produktivitätsschwäche in Sicht wäre, und schließlich eine gewaltige primäre und sekundäre Einkommensumverteilung vorrangig zu Lasten derjenigen, die *Reagan* nicht gewählt haben. Nach sechs Jahren Reaganomics sind die ökonomischen Probleme des Landes noch größer als vorher.

7. Eine neue „große“ Krise des hegemonialen US-Kapitalismus

Es wurde schon eingangs darauf hingewiesen, daß sich der US-Kapitalismus spätestens seit Ende des zweiten Weltkrieges erheblich von anderen nationalen Typen des entwickelten Kapitalismus, des staatsmonopolistischen Kapitalismus, unterscheidet. Spezifisch ist vor allem das höhere Niveau der Produktivkraftentwicklung – wenngleich der Vorsprung dahinschmilzt – auf der Basis wesentlich größerer Konzerne mit einem viel höheren Grad der Auslandsproduktion und -expansion durch Kapitalexporte. Die ökonomische Durchdringung der kapitalistischen Welt und die Ausweitung ihrer Fronten durch US-Multis, deren wachsende ökonomische Größe zugleich auch zu mehr politischer Macht geführt hat, die hegemoniale Stellung der USA in der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihre Frontstellung gegenüber den sozialistischen und nicht-kapitalistischen Ländern – dies alles hat zu einem ungleich größeren Gewicht der Außen- und „Verteidigungs“-Politik sowie des Militärs für die Entwicklung des US-Kapitalismus geführt. Dieser läßt sich als hegemonialer Typ des staatsmonopolistischen Kapitalismus kennzeichnen, der auch nach 1945 stets Züge des Kriegskapitalismus, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, beibehalten hat. Hierfür ist der Gleichklang von ökonomischer, politischer und militärischer Außenexpansion von Monopolkapital und Staat charakteristisch, der natürlich keineswegs widerspruchsfrei ist.

46 W. C. Peterson, a.a.O., S. 603 ff.

Die riesigen Konzerneinheiten der führenden Megacorps haben das gesellschaftliche Machtungleichgewicht – natürlich auch angesichts einer relativ schwachen Arbeiterbewegung – zuungunsten der abhängig Beschäftigten, namentlich der unteren Schichten, der Minoritäten und deren Interessenvertretungen verschoben; zugleich scheint schon traditionell die Distanz zwischen Großkapital und Staat geringer als in anderen nationalen Typen des staatsmonopolistischen Kapitalismus – sieht man einmal von faschistischen oder präfaschistischen Herrschaftsvarianten ab – zu sein, wie sie etwa durch die viel zitierte und gut belegte Mobilität der wirtschaftlichen und politischen Eliten zum Ausdruck kommt.

Dieses besonders ausgeprägte strukturelle Machtungleichgewicht spiegelt sich naturgemäß auch in der Struktur der Staatstätigkeit und in den Staatsausgaben wider: Insbesondere ist das Gewicht sozialstaatlicher Staatsfunktionen gering, der Wohlfahrtsstaat für die unteren Schichten nur schwach ausgebildet.

Umgekehrt ist der Anteil der Rüstungsausgaben an den Staatsausgaben wesentlich höher als in anderen kapitalistischen Ländern. Die staatliche Umverteilungsmaschinerie arbeitet stärker für mittlere und höhere Einkommenschichten, und dies bei einer insgesamt viel stärker polarisierten Sozialstruktur als in Westeuropa.

Seit Ende der 60er Jahre hat nun die ökonomische Leistungsfähigkeit des US-Kapitalismus deutlich abgenommen und die der konkurrierenden kapitalistischen Zentren Japan und Westeuropa, insbesondere der BRD, entsprechend zugenommen. Der technologische Entwicklungsvorsprung der USA ist nur in wenigen Bereichen noch spürbar, in vielen Sparten sind die USA bereits überrundet. Die in erster Linie auf den riesigen Unternehmenseinheiten beruhenden „fordistischen“ Konkurrenzvorteile („economies of scale“) sind in der Tendenz ausgereizt, und die Mobilisierung anderer Elemente der Produktivkraftentwicklung verläuft sehr ungleichmäßig und schleppend. Daher sieht sich die US-Volkswirtschaft einem weitreichenden sektoralen und regionalen Strukturwandel ausgesetzt, der vor allem durch die Importkonkurrenz vorangetrieben wird.

Das hohe Gewicht der Außen- und Rüstungspolitik innerhalb der gesamten Staatstätigkeit führt zu einer einseitigen Technologieentwicklung, d. h. einer Vernachlässigung oder gar Schwächung der zivilen Sektoren. Und die traditionelle strategische Dominanz der ökonomischen Außenexpansion hemmt die Rückbesinnung auf den Zwang zur nationalen Restrukturierung der Produktion.

Die in den Leistungsbilanz- und Budgetdefiziten, in der chronischen Produktivitätsschwäche und in den internationalen Wirtschaftsproblemen sich ausdrückenden Krisensymptome sind in den Kategorien zyklischer Krisen nicht mehr faßbar; die US-Krise ist eben nicht nur einfach eine längere Überproduktionskrise, deren Überwindung nicht so recht gelingen will. Vielmehr handelt es sich um eine tiefgreifende und langanhaltende „große Krise“, um eine längere Phase des Wandels der amerikanischen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, die den Charakter des US-staatsmonopolistischen Kapi-

talismus, wie er sich historisch herausgebildet hat, verändern wird.⁴⁷ Dabei geht es nicht um eine objektivistische Ankündigung einer neuen Entwicklungsetappe, eines neuen Stadiums der kapitalistischen Entwicklung; es bestehen durchaus unterschiedliche politisch-strategische Optionen, den entstandenen Problemstau abzuarbeiten. Welche gewählt wird und welche Herrschaftsvariante sich damit durchsetzt, ist eine Frage des nationalen und internationalen Kräfteverhältnisses.

Die Lösungsversuche als Reaktion auf die „große Krise“, wie sie in den USA seit 1980 praktiziert werden, sind an dem Ziel ausgerichtet, die wirtschaftliche, politische und militärische Hegemonialposition der USA, wie sie unangefochten in den 50er Jahren bestand, wieder herzustellen. Die militärische Überlegenheitsstrategie gegenüber der sozialistischen Welt geht einher mit einer globalen Überlegenheitsstrategie gegenüber allen kapitalistischen oder sozialistischen Konkurrenten, wie sie in der „number one!“-Euphorie zum Ausdruck kommt. Die für diese Zielsetzung gewählten Methoden sind ebenso einfach wie brutal: Zu allererst erhöhte Ausbeutung der abhängig Beschäftigten, insbesondere der unteren minoritären Schichten, Zurückdrängung der Gewerkschaftsmacht und gezielter Abbau von Demokratie und Sozialstaat, ohne die erforderliche Massenloyalität des relevanten Wählerklientels zu sehr zu gefährden. Die dominierenden Kapitalfraktionen sind, wenn die Strategie in ihrem Sinne erfolgreich verläuft, von den Krisenprozessen wenig oder nur kurzfristig betroffen; ihr Aktionsradius wird zwecks Risikoausgleich zunehmend internationalisiert, so daß sie bis zu einem gewissen Grad von der nationalen US-Entwicklung abgekoppelt sind – ihre monopolistische Kapitalverwertung ist tendenziell immer weniger identisch mit der des in den USA ansässigen Gesamtkapitals. Gleichwohl darf daraus nicht gefolgert werden, daß die gesamtwirtschaftlichen Kapitalverwertungsbedingungen, wie sie sich in den USA herausbilden, für diese Kapitale irrelevant sind, denn nach wie vor liegt der Aktionsschwerpunkt der US-Multis in ihrem „Mutterland“.

Die Unternehmensstrategien in der Krise waren *erstens* neben der Erhöhung der Mehrwertrate vor allem auf weitere Kapitalzentralisation ausgerichtet, um die Risiken des internationalen Konkurrenzdrucks zu mindern. *Zweitens* wurde die Geldkapitalbildung bei hohem Zinsniveau verstärkt und damit die produktive Akkumulation vernachlässigt. Die Verflechtung von Industrie- und Bankkapital wurde intensiviert und die Position des Finanzkapitals national und international ausgebaut. *Drittens* wurde zunehmend auf Außenexpansion orientiert, insbesondere in den ostasiatischen Raum, allerdings mit – im Vergleich zu Japan – geringerem Erfolg. *Viertens* wurden die staatlichen Rüstungsausgaben als Kapitalanlagefeld und massive Steuerentlastungen zur all-

47 Vgl. zum Charakter und zur Geschichte „großer Krisen“ in Deutschland: J. Prieue, Die drei großen Krisen des deutschen Kapitalismus: Ein wirtschaftsgeschichtlicher und -theoretischer Vergleich, in: IMSF (Hrg.), Große Krisen des Kapitalismus – lange Wellen der Konjunktur? Informationsbericht Nr. 41, Frankfurt/M. 1985, S. 9–50. Zur Bewertung des besonderen, von zyklischen Krisen abweichenden Charakters der US-Krise vgl.: S. Bowles u. a., Beyond the Waste Land, a.a.O. sowie: M. Davis, Phoenix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren, Berlin 1986.

gemeinen Rentabilitätsverbesserung favorisiert. *Fünftens* wurde durch die Einkommenssteuersenkung eine rechtskeynesianische Politik der Konsumbelebung betrieben, was nur belegt, daß der Keynesianismus aus der Sicht der herrschenden Politik keineswegs „ein toter Hund“ ist.

Zwar führten diese Kapitalstrategien für viele Unternehmen zu dem gewünschten Erfolg, gemessen in Kategorien des Gewinns, aber der Preis dafür sind gesamt- und weltwirtschaftliche Disproportionen, die vom Staat nur mit Mühe beherrscht werden können. Die wirklichen Ursachen der Krise sind kaum erkannt und schon gar nicht angegangen worden. Die gesamtwirtschaftliche Steuerung durch die Hochzinspolitik, durch Lohnsenkung, durch die Steuerpolitik, die Wechselkurspolitik und den neuen Protektionismus⁴⁸ bleibt in der Oberfläche der Zirkulations- und Distributionssphäre befangen, während im Kern die Neustrukturierung der Produktion, die Mobilisierung der Produktivkraft der lebendigen Arbeit und damit die Neugestaltung der industriellen Beziehungen erforderlich sind. Die einzige wirkliche Produktionsstrukturpolitik wird über das Pentagon betrieben, aber sie wird, wie oben dargestellt, zunehmend kontraproduktiv. Eine gezielte Industrie- und Strukturpolitik, verbunden mit ziviler Forschungs- und Technologiepolitik, wird nur von einer liberalen Minderheit favorisiert.⁴⁹ Nach wie vor scheint ein „fordistischer“ Vergesellschaftungstyp zu dominieren, der eine produktionsstrukturelle Verflechtung von Staat und Monopolen – mit Ausnahme des Rüstungssektors – vermeidet und auf „privatmonopolistisches“ Wachstum der Unternehmensgröße setzt. Die Potenzen einer Vergesellschaftungsvariante durch staatsmonopolistische Verflechtung, wie sie vor allem Japan mit Erfolg vorexerziert, können auf diese Art nicht mobilisiert werden. Die negativen gesamt- und weltwirtschaftlichen Konsequenzen dieser nach innen und außen aggressiven Strategie werden der Bevölkerungsmehrheit und dem „Rest der Welt“ mit Macht und Gewalt aufgebürdet. Aber es ist fraglich, wie lange die nationalen und internationalen Regulierungsdefizite, insbesondere die fehlende planvolle und systematische Einbeziehung des Staates sowie supranationaler Institutionen, durch scharfe Repression, Sozialabbau, Handelskriege und Protektionismus, kurzatmiges Schuldenmanagement, reaktive Ad-hoc-Interventionen oder offene Gewaltanwendung und Konfrontationspolitik überbrückt werden können.

48 Vgl. J. Zysman/St. Cohen, Internationale Konkurrenz und politische Optionen der USA, in: A. Pfaller (Hrg.), Der Kampf um den Wohlstand von morgen. Internationaler Strukturwandel und neuer Merkantilismus, Bonn 1986, S. 80–100.

49 Vgl. etwa die scharfsinnigen Analysen der Anhänger einer neuen Strukturpolitik: L. Thurow, *The Zero-Sum Society*, New York 1983, und: R. B. Reich, *The Next American Frontier*, New York 1983. Der Autor hält ein geradezu glühendes Plädoyer für einen modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Krise der US-Wirtschaft: Entscheidung in wessen Interesse?

John E. Parsons

*1. Strukturelle Krise – 2. Der historische Rahmen – 3. Bürgerliche Programme
– 4. Linke Alternativen – 5. Zusammenfassung*

In den zwölf Jahren seit 1973 gab es in den USA drei größere Rezessionen. In der Rezession 1973–75 ging die Produktion um 17 % zurück, in der von 1980 waren es 9 %, und 1981–82 gab es ein Absinken um 12 %. Auf dem Höhepunkt der Rezession von 1970 betrug die Arbeitslosigkeit 5,8 %, 1982 war der Höchststand 10,8 %. Die rasche Aufeinanderfolge der Krisen, die Tatsache, daß die Inflationsraten trotz steigender Arbeitslosigkeit hoch blieben und die Tatsache, daß am Ende jeder Rezession die Arbeitslosenrate höher war als bei der vorangegangenen, erschütterte die Zuversicht der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, daß der Konjunkturzyklus beherrschbar geworden war, daß die neoklassischen Instrumente für die Feinregulierung der Wirtschaft ausreichend waren.

Aber die wirtschaftlichen Ereignisse des letzten Jahrzehnts haben weitergehende Fragen als die des periodisch wiederkehrenden Konjunkturzyklus in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt. Andere, langfristige Veränderungen und Probleme der US-Wirtschaft haben viele davon überzeugt, daß diese Wirtschaft eine strukturelle Krise durchmacht, die sich von der zyklischen Krise unterscheidet. Diese vage Ahnung von einem ökonomischen Wendepunkt, von der Realität einer strukturellen Krise, hat in jüngster Zeit eine Fülle von Literatur über die Wirtschaftspolitik der USA hervorgebracht. Ein wesentliches Element dieser neuen strukturellen Krise, die in den USA viel Aufmerksamkeit erregt hat und mit dem sich dieser Artikel hauptsächlich befaßt, ist der Niedergang bzw. die Umstrukturierung bestimmter US-Industrien im Rahmen der Weltwirtschaft.¹

¹ Es gibt noch andere wichtige Aspekte, auf die ich hier nicht eingehen werde: a) die zunehmende Krise auf dem Finanzsektor, b) der nach dem Zweiten Weltkrieg eingetretene Rückgang der Produktivität in der Fertigungsindustrie, c) die neuen Anforderungen an die politische Ökonomie infolge der technologischen Entwicklung. Mit der Finanzkrise und dem Finanzchaos des kapitalistischen Systems haben sich die Herausgeber und verschiedenen Autoren der Zeitschrift *Monthly Review* beschäftigt. Der Produktivitätsrückgang wurde schwerpunktmäßig von S. Bowles, R. Gordon und T. Weisskopf in ihrem Buch: *Beyond the Waste Land*, Garden City, NY: Anchor Press/Doubleday, 1984, behandelt. Die Rolle der Technologie der auf Massenproduktion spezialisierten Industrien versus mehr handwerklich orientierte Industrien wurde von Piore und Sabel in ihrem Buch: *The Second Industrial Divide*, New York, Basic Books,

Die US-Stahlindustrie ist das erste Beispiel für diesen Niedergang. Zwischen 1972 und 1982 fiel die US-Stahlproduktion um 16 %. Stahl war einer der ersten Industriezweige, der mit der zunehmenden Konkurrenz von Importen konfrontiert war, Importe, die zunächst nur 6 % des US-Verbrauchs ausmachten, 1982 aber auf 20 % anstiegen. 1982 betrug das Handelsdefizit im Stahlbereich 9,3 Milliarden Dollar und ist trotz diverser protektionistischer Anstrengungen weiter gewachsen. In den letzten zehn Jahren sind in der Stahlindustrie Hunderttausende von Arbeitsplätzen verlorengegangen. Staginationserscheinungen waren für den Schiffbau und die Eisenbahnindustrie kennzeichnend, deren Produktion zwischen 1972 und 1983 um weniger als 1 % jährlich stieg.²

Das minimale Produktionsniveau, das vor 1981 im Schiffbau aufrechterhalten werden konnte, war weitgehend ein Resultat von Militäraufträgen und einer direkten Subventionierung des Handelsschiffbaus durch die Bundesregierung. 1981 begann die Reagan-Regierung, die Subventionsprogramme zu streichen. Infolgedessen ging der Schiffbau drastisch zurück; seit 1981 haben 22 Werften dichtgemacht, wurden 34 000 Arbeitsplätze vernichtet.

Ebenso offensichtlich ist die Strukturkrise in der Autoindustrie. Zwischen 1972 und 1982 gab es kaum noch einen Zuwachs bei der Produktion von Kraftfahrzeugen: In den Jahren vor 1978 entfiel der größte Teil des Zuwachses auf Lastwagen und Zubehör. Die zyklischen Krisen trafen die Autobranche sehr hart, aber noch schlimmer wirkten sie sich auf die Regionen aus, in denen sich die Beschäftigung traditionell auf die Autoindustrie konzentrierte. Zwischen Januar 1979 und Dezember 1980 kündigten die Autokonzerne die Schließung von 20 Autofabriken an, was den Verlust von 50 000 Arbeitsplätzen bedeutete. Aber die Krise auf dem Autosektor war nicht bloß zyklisch bedingt. Auf dem Höhepunkt des gegenwärtigen Aufschwungs lag die Zahl der in der Autoindustrie Beschäftigten 9,5 % unter dem Stand von 1978. Die Beschäftigung in der Personen- und Lastwagenindustrie ist unter 500 000 gesunken, während sie in der Mitte der 50er Jahre einen Höchststand von 700 000 hatte.

Dieser Rückgang hat den Mittleren Westen der USA besonders hart getroffen: Von den 25 Fabriken, die in den letzten Jahren geschlossen wurden, lagen 11 im Staat Michigan und 6 in anderen Staaten des Mittleren Westens. Die Betriebsschließungen haben zu weiteren Stilllegungen von Zulieferbetrieben geführt. Durch Betriebsschließungen in vielen Industriezweigen hat der

1984, dargestellt. Andere Autoren haben die wachsenden Anforderungen betont, die durch die neuen Technologien an die politische Ökonomie gestellt werden, wobei es vor allem um den heute notwendigen höheren Vergesellschaftungsgrad und die daraus resultierenden Widersprüche für die kapitalistischen Volkswirtschaften geht. Zu diesen Autoren gehören S. Menshikov, *The Basis of the Structural Crisis of World Capitalism*, Political Affairs, Mai 1984; Daniel Rubin, *The Triple-Layered-Crisis*, Political Affairs, Juni 1985; H. Krueger, *Zur Dialektik der Internationalisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses*, Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie, „Bruno Leuschner“, Berlin 1/1986.

2 Otto Eckstein u. a., *The DRI Report on US Manufacturing Industries*, New York, Mc Graw Hill, 1984.

Mittlere Westen in den frühen 70er Jahren 2,4 Millionen Arbeitsplätze verloren und in den darauffolgenden harten Jahren sicherlich noch viel mehr. Die Handelsbilanz auf dem Autosektor hat sich im letzten Jahrzehnt drastisch verschlechtert: Importe, die 1965 nur 6 % des Marktes ausmachten, stiegen 1982 auf 30 %, so daß das Defizit 1982 17,6 Milliarden und 1984 27 Milliarden Dollar betrug.³

Andere Beispiele für den Niedergang der US-Industrie sind der Verlust der wettbewerbsmäßigen Überlegenheit in der Werkzeugmaschinenindustrie, die Eroberung eines großen Marktanteils für Halbleiter durch die japanischen Hersteller und die Tatsache, daß nicht eine einzige Einheit des neuen beliebten Konsumguts Videorecorder, von US-Firmen konzipiert und lizenziert, in den USA hergestellt wurde.

2. Der historische Rahmen

Linke Analysen stimmen darin überein, daß die derzeitige Krise im Kontext der historischen Veränderungen der internationalen politischen Ökonomie gesehen werden muß. Man verweist im allgemeinen auf zwei entscheidende Entwicklungen. *Erstens* haben die USA schrittweise ihre militärische Hegemonie eingebüßt. Das atomare Monopol ging kurz nach dem Zweiten Weltkrieg verloren und im letzten Jahrzehnt erreichte die Sowjetunion militärische Parität mit den USA. Die Fähigkeit der USA, als Weltgendarm zur Aufrechterhaltung des neokolonialen Systems zu fungieren, zerbrach an einer Reihe von erfolgreichen Befreiungsbewegungen, einschließlich der kubanischen und vietnamesischen Revolution. *Zweitens* ist die ökonomische und politische Hegemonie gegenüber den entwickelten kapitalistischen Staaten kontinuierlich abgebrockelt. Mächtige, unabhängige Kapitalzentren haben sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in Japan herausgebildet und die Strategie der kapitalistischen Staaten, den Grad kapitalistischer Ausbeutung in bestimmten Entwicklungsländern zu intensivieren, hat in einem gewissen Umfang unabhängige kapitalistische Mächte in Ländern wie Südkorea, Taiwan, Brasilien und Mexiko entstehen lassen.⁴

Eine Komponente des historischen Charakters der derzeitigen Krise, die größere Aufmerksamkeit verdient, als ihr heute in den Diskussionen in den USA gegeben wird, ist die Internationalisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses. Dieser Prozeß vollzieht sich ungleichmäßig – er zeichnete sich in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts durch eine große Dynamik aus und hat sich dann wieder in den letzten Jahrzehnten beschleunigt. Dieser Prozeß findet auch auf verschiedenen Ebenen statt: Auf der einen Seite haben

3 Barry Bluestone und Bennett Harrison, *The Deindustrialization of America*, New York, Basic Books, 1982 und *The DRI Report on Manufacturing Industries*.

4 Diese Elemente des historischen Kontextes der Krise werden zumindest teilweise dargestellt in: *The Deepening Crisis of US Capitalism*, *Monthly Review*, Oktober 1981. Victor Perlo, *Internationalization of Economic Life*, in: *Political Affairs*, September 1983. Daniel Rubin, *The Triple-Layered Crisis*, in: *Political Affairs*, Juni 1985; Bowles, Gordon und Weisskopf, *Beyond the Waste Land*.

wir die Ausbreitung des Finanzkapitals über die nationalen Grenzen hinweg, das die Form von Bankkapital und internationalen Kapitalanlagen der Konzerne annimmt. Die internationale Ausdehnung des Bankkapitals hat gigantische Dimensionen erreicht und infolge der allgegenwärtigen Schreckensvision der Schuldenkrise konzentrieren sich die Diskussionen in den USA auf diesen Punkt. Die internationalen Investitionen der Konzerne als Formen des Finanzkapitals haben weniger Aufmerksamkeit gefunden, obwohl sie eine wichtige Rolle in der gegenwärtigen politischen Ökonomie spielen, z. B. bei den Entscheidungen, die die Autoindustrie betreffen. General Motors besitzt Anteile der japanischen Autohersteller Isuzu und Suzuki sowie der Firma Daedoo in Südkorea und wird mit Toyota ein Gemeinschaftsunternehmen in den USA bilden; Chrysler kooperiert mit Mitsubishi in Japan und Südkorea; Ford hat Anteile von Mazda in Japan und Lio Ho in Taiwan.

Die Bedeutung der Internationalisierung des Produktionsprozesses für die US-Wirtschaft spiegelt sich auch im steigenden Anteil des Handels am Brutto-sozialprodukt der USA wider. Heute sind die USA wesentlich stärker in das internationale Produktionssystem integriert als zu irgendeinem Zeitpunkt ihrer Geschichte. 1965 wurden lediglich 4,3 % der in den USA verbrauchten Waren importiert; 1980 belief sich die Zahl auf 13,5 %. Die Exporte wuchsen von 5,1 % 1965 auf 10,7 % 1980. Obwohl der Gesamtumfang der US-Exporte von Industriegütern gestiegen ist, hat sich ihre internationale Wettbewerbsposition drastisch verschlechtert: 1965 betrug der Anteil der USA an dem weltweiten Exportvolumen für Industriegüter 22,1 % und war 1980 auf 15,2 % gefallen.

Der hervorstechendste Zug der Internationalisierung des Produktionsprozesses ist die schnelle Zunahme der internationalen Produktionsintegration. Die Entwicklung des Weltautos – internationale Produktion der Einzelteile, internationalen Montageoperationen und internationale Materialbeschaffung – ist die bekannteste und fortgeschrittenste Form. Die Entwicklung des Weltautos war eine der Hauptursachen für das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in der Autoindustrie der USA. Während des zyklisch bedingten Rückgangs der Autoproduktion 1979–82 stiegen die Importe um 800 Millionen Dollar. Die Importe von Motoren aus Mexiko stiegen zwischen 1979 und 1982 von 81 774 auf 238 535; die aus Japan von 6092 auf 161 076; die aus Brasilien von 15 610 auf 118 849. Gerade in diesem Jahr (1986) hat General Motors eine seiner Gießereien in Pontiac, Michigan, geschlossen und diese Arbeitsprozesse nach Brasilien verlegt. General Motors hat 25 % seines Betriebsvermögens außerhalb der USA investiert und operiert in 36 Ländern. Ford hat ganze 60 % seiner Vermögenswerte im Ausland angelegt und operiert in 28 Ländern. Umgekehrt haben auch ausländische Autohersteller Betriebe in den USA aufgemacht, darunter Volkswagen, Toyota, Honda, Datsun, Mitsubishi und Mazda.⁵

Ein weiteres, noch eindrucksvolleres Beispiel bieten die kleinen Computer- und andere „High-Tech“-Industrien. Von 1960 bis 1985 waren sie die ersten

⁵ Auto Workers and Imports, Economics Notes, Juli/August 1984; Sam Webb, *Hard Times in Auto*, in: *Political Affairs*, Juni 1985.

Industrien, die die Wirtschaftsentwicklung in Massachusetts maßgeblich bestimmt haben. Von 1976 bis 1978 stieg z. B. die Zahl der Beschäftigten im Bereich Büromaschinen und Computer um 43 %, bei der Computerprogrammierung um 70 %, was einen Zuwachs von 47 000 Arbeitsplätzen oder 22 % aller vorhandenen Arbeitsplätze bedeutet.⁶ In den letzten Jahren haben diese Firmen jedoch einen Großteil ihrer Produktion ins Ausland verlagert. Drei von ihnen, Digital, Prime Computer und Analog Devices, tätigen etwa 40 % ihres Umsatzes im Ausland. Digital hat Betriebe in Taiwan, Singapur, Hongkong, Puerto Rico, Schottland und Irland; diese Betriebe beliefern sich gegenseitig und die Firmen in den USA mit Einzelteilen und Montageeinheiten. Digital vergibt jetzt auch Lizenzen für die Herstellung seines Minicomputers in Brasilien und wird 1986 mit der Produktion seines MikroVAX-Minicomputers in Mexiko beginnen. In den letzten drei Jahren hat Analog Devices Fabriken in Japan, auf den Philippinen und in Irland gebaut. Diese Internationalisierung der Produktion und der Abfluß von Kapital aus den USA in Produktionsstätten im Ausland hat sich in diesem Industriezweig in einem kürzeren Zeitraum nach Entwicklung und Aufbau dieser Industrie in den USA vollzogen, als es bei anderen Industrien der Fall war. Hieran zeigt sich auf alarmierende Weise, welch einem raschen Wandel die Entwicklung des Kapitals in den USA unterliegt.⁷

Diese Internationalisierung des Produktionsprozesses hat wichtige Auswirkungen auf den Charakter der Krise und der Widersprüche, mit denen das kapitalistische System in den USA heute konfrontiert ist und steckt die Bedingungen ab, die linke politische Programme in Rechnung stellen müssen. Es lassen sich drei Konsequenzen ausmachen. *Erstens*: Gewisse Industriezweige werden vernachlässigt oder aufgegeben, sobald das US-Kapital und das ausländische Kapital bessere Bedingungen für die Produktion dieser Waren finden oder schaffen. Wenn dagegen nichts unternommen wird, bedeutet dies anhaltenden ökonomischen Niedergang und weitere Arbeitslosigkeit in bestimmten Industrien und Regionen sowie ein unausgewogenes Wirtschaftswachstum in den USA. *Zweitens*: Industrien, die weiterhin in den USA operieren, werden durch die Aktivitäten in anderen Ländern einem Rationalisierungsdruck unterliegen, der dahin führt, daß Beschäftigungsgrad, Lohnhöhe, Sicherheitsbestimmungen und Lebensstandard auf die niedrigste vergleichbare Alternative herabgedrückt werden. *Schließlich* wird das Kapital die Fähigkeit, sich frei über internationale Grenzen hinweg zu bewegen, Betriebe zu schließen, die Produktion derselben Güter in anderen Ländern aufzunehmen und die Arbeitslosen in anderen Ländern zur Brechung von Streiks zu benutzen, als Waffe einsetzen, um die Löhne in den USA zu drücken und Sozialleistungen abzubauen.

6 Bluestone und Harrison, *The Deindustrialization of America*.

7 William Bluestein, *Capitalist Development of the Massachusetts Small Computer Industry*, Dissertation von 1986, University Massachusetts, Department of Economics, Amherst, MA und High Tech Research Group, *Whatever Happened to Job Security?*, 1986, Boston, Magisterarbeit.

Wie unterschiedlich die Folgen der Internationalisierung des Produktionsprozesses für verschiedene Industrien sein können, zeigt sich an den Entwicklungstendenzen in der Auto- und Stahlindustrie. Beide Industrien waren von den jüngsten Rezessionen und den zyklischen Krisen stark betroffen. In diesen beiden Industriezweigen sind die US-Multis direkt mit der Konkurrenz der Multis anderer Länder konfrontiert. Beide haben versucht, die Lohnkosten in den USA drastisch zu senken und Maßnahmen zum Schutz vor Importen zu fordern, um ihre Profite zu erhöhen. Aber die beiden Industrien haben mit unterschiedlichen Investitions- und Sanierungsstrategien auf diese Situation reagiert. Die US-Stahlindustrie hat Betriebe stillgelegt und die infolge der protektionistischen Maßnahmen erzielten höheren Gewinne benutzt, um Firmen aus anderen Branchen aufzukaufen, wie z. B. Marathon Oil. Die Autoindustrie hat dagegen einen überdurchschnittlichen großen Teil ihrer Gewinne in neue Fabriken und Ausrüstungen gesteckt. Diese waren zwar zumeist dazu bestimmt, den Personalbestand zu reduzieren, dienten aber gleichzeitig zur Schaffung einer äußerst effizienten industriellen Basis in den USA. General Motors' neues Saturn-Werk wird jährlich 400 000 – 500 000 Autos produzieren, fast doppelt soviel wie in den alten Werken, und wird trotzdem nur 6000 Arbeiter haben, was der Beschäftigtenzahl in einem derzeitigen Montagebetrieb entspricht. General Motors hat kürzlich ein größeres Unternehmen für Datenverarbeitungsgeräte, EDS, sowie die Hughes Aircraft Company gekauft, um seine Spitzenstellung auf diesem Sektor zu festigen.

Die Strukturkrise wird auch die ungleichen und krisenhaften regionalen und urbanen Entwicklungen in den USA vertiefen. Tausende von Industriestädten und kleineren Gemeinden befinden sich in einer durch sinkende Steuereinnahmen bedingten Finanzkrise. Die Autounternehmen profitieren von dieser Krise, indem sie den Städten und Staaten genau wie den Arbeitern Konzessionen abhandeln. Als General Motors seine Pläne für das neue Saturn-Werk bekanntgab, wurden Gouverneure und Bürgermeister aus dem ganzen Land bei dem Vorstandsvorsitzenden *Smith* vorstellig und boten Steuererleichterungen und eine Änderung der Arbeitsschutzbestimmungen an, um General Motors zum Bau der Fabrik in ihrem Gebiet zu ermutigen. Die Autofirmen nehmen die meisten Neuinvestitionen in ländlichen und Vorstadtgebieten vor, während größere Werke in Detroit geschlossen werden. Wohlstand und Wachstum einer Region, in einer Stadt, ja sogar einem Stadtteil stehen in scharfem Kontrast zur Verelendung benachbarter Gebiete und Städte.

3. Bürgerliche Programme

Die Bourgeoisie hat zwei strategische Antworten auf diese Situation. *Zunächst* hat sie den Kurs eines ungezügelten Militarismus eingeschlagen. Reaktionäre politische Kreise versuchen, die Entwicklung friedlicher ökonomischer und gesellschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion zu stoppen. Sie haben sich auf den äußerst gefährlichen Weg begeben, alle Verhandlungen über Rüstungskontrolle einzustellen, damit sie weiter auf atomare Überlegenheit und Erstschlagfähigkeit hinarbeiten können. Sie haben beschlossen, die direk-

te militärische Konfrontation mit den demokratischen und nationalen Befreiungsbewegungen in den Entwicklungsländern zu suchen. Dies implizierte die Aufstellung einer Söldnerarmee gegen Nicaragua, die Wiederaufnahme der Unterstützung für die Söldner in Angola, die jüngsten militärischen Angriffe auf Libyen und die anhaltende Unterstützung des Rassistenregimes in Südafrika. *Zweitens* hat die Bourgeoisie einen Generalangriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse gestartet, um die Profite des US-Kapitals zu steigern und seine relative Stärke zu vergrößern. Der erste Schritt dazu war der direkte Angriff auf die Gewerkschaften und die Löhne. Von 1981 – 1984 sind die Reallöhne in den Tarifverträgen um 6 % gesunken. 1984 wurde in 8 % der ausgehandelten Verträge festgelegt, daß die neuangestellten Arbeiter weit schlechter bezahlt werden als bereits Beschäftigte, was 200 000 Arbeiter betraf. Konzessionen, die die Mitglieder der UAW zwischen 1978 und 1985 machten, brachten den US-Autokonzernen etwa 6 Milliarden zusätzliche Profite ein. Die Arbeit der Gewerkschaften wurde durch die Angriffe der Konzerne und die extrem gewerkschaftsfeindliche Haltung der *Reagan*-Regierung behindert.

Der Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse erfolgte auch über andere Mechanismen staatsmonopolistischer Regulierung. Z. B. wurden bankpolitische Bestimmungen des Bundes zur Förderung von Investitionen im Wohnungsbau wieder aufgehoben, was zur Folge hatte, daß Ersparnisse im Wert von mehreren Millionen Dollar in den Industriesektor umgelenkt wurden. Seitdem sind die Kosten für Wohnraum und Hypotheken gestiegen: dies wird sich aber erst in den nächsten Jahren voll bemerkbar machen. Schließlich beinhaltete der Angriff auf den Lebensstandard auch drastische Kürzungen bei den Ausgaben des Bundes, der Staaten und der Gemeinden für eine große Zahl von Programmen und Investitionsvorhaben, die den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung dienen.

Das erste Element dieser strategischen Antwort von seiten der US-Bourgeoisie entspringt der Erkenntnis der für sie negativen politischen Entwicklungen der letzten Jahre und ihrer Entschlossenheit, diese umzukehren. Diese Politik basiert auf der Annahme, daß sich die Verhältnisse der Nachkriegsära wiederherstellen lassen, als offene internationale Märkte, freier internationaler Kapitalverkehr und freie Märkte im eigenen Land mit den Interessen des US-Kapitals gleichgesetzt wurden, und sie basiert außerdem auf der Überzeugung, daß sich diese Bedingungen mit militärischen Mitteln wiederherstellen lassen. Dieser Politik liegt die Erkenntnis eines veränderten militärischen und industriellen Machtverhältnisses zugrunde, aber sie ist von keinerlei Einsicht in die tieferen Ursachen geprägt, die den Wandel vorantreiben, eine Wiederherstellung der alten Ordnung unmöglich machen und dafür sprechen, daß andere politische Lösungen gefunden werden müssen, wenn Umstrukturierungen im Interesse des US-Kapitals erfolgen sollen. Die einzige erkennbare Alternative zu dem gegenwärtigen reaktionären Kurs, die von bürgerlicher Seite formuliert wurde, ist das Konzept einer „Industriepolitik“ für die USA. Die bekanntesten Vertreter dieses Konzepts sind *Lester Thurow*, Wirtschaftswissenschaftler am MIT, und *Felix Rohatyn*, Kapitalanlageberater

bei Lazard Freres.⁸ Der Hauptunterschied zwischen den Verfechtern der Industriepolitik und den reaktionären und militaristischen Kräften, die derzeit an der Macht sind, besteht darin, daß das Konzept der Industriepolitik einigen tieferen Ursachen der spezifischen historischen Situation Rechnung trägt, in der sich die USA jetzt befinden. Sie erkennen an, daß die USA die ‚freie Welt‘ nicht mehr ökonomisch beherrschen, und daß daher die alten politischen Formeln, die früher zugunsten des US-Kapitals funktioniert haben, nicht mehr geeignet sind, die US-Interessen am besten durchzusetzen. Im Gegensatz zu den traditionellen konservativen Auffassungen über die freie Marktwirtschaft haben sie ein besseres Verständnis für die besondere Rolle der Fertigungsindustrie im internationalen Konkurrenzkampf, für die im wesentlichen subsidiäre Rolle des Dienstleistungs- und Finanzsektors, für die Bedeutung staatsmonopolistischer Förderung des Bildungswesens, für infrastrukturelle Investitionen, für Forschung und Entwicklung, die notwendig sind, um der US-Industrie gute Ausgangsbedingungen für den internationalen Konkurrenzkampf zu geben. Sie erkennen klar die gefährlichen Auswirkungen der ungleichen industriellen Entwicklung und die nützliche Rolle, die staatsmonopolistische Institutionen bei der Absicherung und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des US-Kapitals spielen können; gedacht wird dabei an die Unterstützung oder Regulierung bestimmter Industriezweige wie z. B. Stahl und Werkzeugmaschinen sowie neuer, technologieabhängiger Industrien wie Elektronik und Biotechnologie. Sie plädieren daher für einen Bruch mit der langgehegten liberalen Vorstellung, daß freier Handel und freier Kapitalverkehr im Weltmaßstab ein für die Interessen des US-Kapitals adäquates politisches Programm sind. Daß sie diesen Bruch vorschlagen, zeigt, daß sie die historischen Veränderungen begriffen haben, mit denen das US-Kapital heute konfrontiert ist. Mit einem Bündel staatsmonopolistischer Maßnahmen wollen sie den Markt und die industrielle Struktur der Vereinigten Staaten zu einer mächtigen Basis machen, von der aus das US-Kapital erfolgreich den internationalen Markt erobern kann.

Zum politischen Charakter dieses industriepolitischen Konzepts ist dreierlei anzumerken. *Erstens*: Es legt das Schwergewicht auf bestimmte staatsmonopolistische Maßnahmen und internationale Wettbewerbsstrategien, die möglicherweise mit dem Programm der reaktionären militaristischen Kreise in Konflikt geraten. Das gilt z. B. für die Betonung einer ausgewogenen industriellen Basis mit einem qualifizierten und produktiven Potential von Arbeitskräften und fortgeschrittenen zivilen Technologien, um der Konkurrenz des ausländischen Kapitals und anderer Länder gewachsen zu sein. Diese Vorstellung steht im Gegensatz zum Konzept der reaktionären Kapitalfraktion, die Prosperität durch Ausweitung des Rüstungshaushalts sowie durch Förderung der militärischen Technologie erreichen will, und die den Versuch unter-

⁸ Die Vorstellungen dieser Gruppe sind dargestellt in Lester Thurow, *The Zero-Sum Society und The Zero-Sum Solution*, New York, Random House, 1983. Rohatyn ist zusammen mit Lane Kirkland vom AFL-CIO und Irving Shapiro Vorsitzender der Studiengruppe für Industriepolitik. Diese Gruppe hat verschiedene Berichte herausgegeben und aus ihrer Arbeit ist ein Gesetzesvorschlag hervorgegangen, der als *Industrial Competitiveness Act* bekannt ist.

nimmt, mit Rüstungsprogrammen wie SDI die amerikanische Rüstungsproduktion anzukurbeln, fremdes Kapital an US-Interessen zu binden und Überlegenheit über die Sowjetunion herzustellen. In manchen Punkten kollidiert diese Orientierung auf eine ausgewogene industrielle Entwicklung zwangsläufig mit den reaktionären Interessen – die Haushaltsforderungen für Bildung und zivile Forschung kollidieren z. B. mit dem Rüstungshaushalt. Dagegen gibt es in anderen Bereichen keinen direkten Konflikt, da z. B. internationale militärische Dominanz und militärische Subventionierung gewisser Industriezweige immer starke Instrumente im Konkurrenzkampf sein werden. Was Kritik am Rüstungshaushalt betrifft, haben sich die Vertreter der Industriepolitik bemerkenswert wenig hervorgetan, und die Kritik, die formuliert wurde, war äußerst opportunistisch; die wesentlichen Interessen, die hinter dem jetzigen Kurs stehen, wurden weder beim Namen genannt noch direkt angegriffen.

Zweitens: Die von diesen Autoren propagierte Industriepolitik ist klar auf die Interessen des US-Kapitals abgestimmt. Ihr Anliegen eines ausgeglichenen Wachstums in den USA selbst beschränkt sich auf die Notwendigkeit einer gesunden Basis, die dem US-Kapital gute Ausgangsbedingungen für den internationalen Konkurrenzkampf verschafft. Es geht ihnen nicht um ausgeglichenes Wachstum in den USA, weil es für notwendig gehalten wird, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Sie werden weiter zusehen, wie große Teile der Städte in der Krise versinken, solange die Arbeit und Qualifikation dieser städtischen Bevölkerung nicht für die Zwecke des US-Kapitals im Ausland gebraucht wird und solange der soziale Frieden aufrechterhalten werden kann. Ein Thema verbindet sie mit dem derzeitigen Programm der Bourgeoisie, nämlich die Betonung der „Opfer“-Bereitschaft: die Arbeiter müssen Opfer bringen, damit das US-Kapital die nötigen Mittel für Investitionen hat, die Arbeiter müssen Opfer bringen, damit die Regierung die nötigen Mittel zur Finanzierung von Bildung, Forschung und Entwicklung hat usw.⁹

Schließlich sollte auch darauf hingewiesen werden, daß diese Autoren sich erstaunlich wenig mit einem Aspekt der zunehmenden Internationalisierung befaßt haben: die Ausdehnung des US-Kapitals über die nationalen Grenzen hinweg. Sie tun immer noch so, als wären die industrielle Basis und die nationalen Grenzen mit dem US-Kapital identisch. Soweit sie unsere Abhängigkeit von internationalen Umständen ansprechen, beschränken sich ihre Aussagen darauf, daß die US-Konzerne der Gefahr ausländischer Konkurrenz auf dem einheimischen Markt ausgesetzt sind daß die US-Konzerne von den Umsätzen im Ausland abhängig sind, und daß die Auslandsumsätze von der Fähigkeit der betreffenden Länder abhängig sind, Devisen durch ihre eigenen Exporte in die USA und andere Länder zu verdienen. Sie begreifen die Internationalisierung des kapitalistischen Marktes nur insofern, als sie die Zirkula-

9 Siehe die Kritik an Rohatyns Anspruch, daß seine Vorschläge mit dem New Deal vergleichbar sind, in dem Artikel *New New Deal*, *Monthly Review*, Februar 1982; eine generellere Kritik an den Verfechtern der Industriepolitik findet sich in dem Aufsatz von Richard McIntyre und Michael Hillard, *Brave New Corporate World: an Assessment of Industrial Policy*, *Monthly Review*, Oktober 1984.

tion sowie den Ausgleich der Produktionskosten durch die Konkurrenz in der Zirkulationssphäre betrifft. Infolgedessen unterschätzen sie die Kräfte, die militärische Interventionen im Ausland im Interesse des US-Kapitals unterstützen, und schweigen sich darüber aus, daß die Aktivitäten des US-Kapitals im Ausland dazu dienen, die Arbeiter im eigenen Land unter Druck zu setzen und so die Löhne zu senken.

4. Linke Alternativen

Das gemeinsame Element der linken Alternativen zur gegenwärtigen Krise ist die Erkenntnis der zentralen Rolle des Rüstungshaushalts und des militärisch-industriellen Komplexes in der ökonomischen Krise: Man ist sich einig in der Forderung nach Umkehrung des militärischen Kurses, den das Land zur Zeit verfolgt, in der Forderung, mit der Sowjetunion einen Vertrag zur Reduzierung der Atomwaffen auszuhandeln und die Kriege und Aktionen gegen Befreiungsbewegungen und demokratische Regierungen einzustellen und in der Forderung, den Rüstungshaushalt drastisch zu kürzen. Es wächst die Erkenntnis, welche schädlichen Auswirkungen der Rüstungshaushalt auf die US-Wirtschaft hat, und zwar sowohl im Hinblick auf das unmittelbare Fehlen dringend gebrauchter Mittel für andere Zwecke als auch hinsichtlich der Opfer, die der zivilen Forschung und Entwicklung abverlangt werden. Immer mehr Menschen wird bewußt, daß der Rüstungshaushalt nicht den Interessen der amerikanischen Bevölkerung verwendet wird, sondern die Profite der Waffenproduzenten erhöht und dazu dient, im Interesse des US-Kapitals gegen die Gewerkschaften und demokratischen Regierungen anderer Länder vorzugehen.¹⁰

Aufgrund der Erkenntnis der zunehmenden Internationalisierung der Produktion haben zwei weitere Elemente Eingang in die linken Programme gefunden: *Erstens* die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Gewerkschaften aus verschiedenen Ländern und *zweitens* Maßnahmen zur Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs. Linke Kräfte in den Gewerkschaften und die Kommunistische Partei haben immer wieder auf diese beiden Punkte hingewiesen, die die Entfaltung menschlicher Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellen.

10 Die derzeitige Steuerkrise auf Bundesebene hat dazu geführt, daß jede politische Kraft, die sich die Frage nach der Finanzierung von Sozialprogrammen stellt, einen kritischen Blick auf den Rüstungshaushalt werfen muß. Obgleich viele dieser Kräfte kritisch eingestellt sind, liegt ihrer Kritik eine opportunistische Haltung zugrunde. Das MX-Raketen-Programm wird z. B. nur deswegen als große Verschwendung kritisiert, weil es den USA keine zusätzliche atomare Sicherheit oder Macht gibt bzw. nicht so viel wie andere Waffensysteme. Ein Beispiel für diese Art Opportunismus bietet die Arbeit von Bowles, Gordon und Weisskopf, *Beyond the Waste Land*. Diese Autoren richten ihr Augenmerk auf zwei Quellen militärischer Verschwendung: 1. mangelnde Effizienz der Verteidigungspolitik und 2. mangelnde Effizienz der Rüstungsproduktion. In ihrem Buch *The Deindustrialization of America* konzentrieren sich Bluestone und Harrison auf den „verschwenderischen Charakter“ der Rüstungsausgaben. Obwohl also der Angriff auf den Militarismus ein gemeinsames Element der linken Alternativen ist, gehen die verschiedenen linken Kräfte in ihren Programmen zur Krisenbekämpfung in diesem Punkt unterschiedlich weit.

wiesen. Bei ihren Diskussionen über die derzeitige strukturelle Krise und deren Auswirkungen auf die Arbeiter hat die Kommunistische Partei die internationale Zusammenarbeit von Gewerkschaften in den Mittelpunkt gestellt. In bezug auf den Handel hat sie den von den US-Konzernen geforderten Protektionismus kritisiert. Die von den Konzernen geförderten protektionistischen Maßnahmen zielen darauf ab, die Preise und Gewinne der US-Konzerne auf Kosten der Menschen in den USA und in anderen Ländern zu erhöhen. Der Protektionismus wird von den Konzernen in einer demagogischen Weise propagiert, die die objektive Notwendigkeit und die Vorteile des internationalen Handels für die Menschen verschweigt. Statt dessen tritt die Kommunistische Partei dafür ein, Waren aus rechtsgerichteten, gewerkschaftsfeindlichen Regimen zu boykottieren und Importzölle und -begrenzungen von den Arbeitsbedingungen in den exportierenden Ländern abhängig zu machen; außerdem fordert sie Beschränkungen des Kapitalexports und demokratische Kontrolle über den internationalen Handel.¹¹

Einige Kräfte in den Gewerkschaften haben in den letzten Jahren offensiv Kurs genommen auf ein politisches Programm, in dem die beiden politischen Ziele der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit und Kontrolle über den Kapitalexport enthalten sind. Die vielgelesene Veröffentlichung der United Electrical Workers mit dem Titel: „Foreign Competition: Made in the USA“ erklärt, welche Rolle das US-Kapital in Übersee im Kampf gegen die Löhne in den USA spielt und welche Aufgabe das US-Militär bei der Stützung gewerkschaftsfeindlicher Regierungen in anderen Ländern hat; sie führt aus, daß der Rüstungshaushalt die Wirtschaftskrise in den USA verschärft. Die Veröffentlichung endet mit einem politischen Programm, das die Begrenzung des Kapitalexports – und nicht den Import von Waren –, die Beendigung der militärischen und sonstigen Unterstützung der US-Regierung für den Kapitalexport und gewerkschaftsfeindliche Regierungen sowie die Zusammenarbeit von Gewerkschaften gegen die multinationalen Konzerne auf internationaler Ebene fordert. Die International Association of Machinists (IAM) hat eigene „industriepolitische“ Vorschläge unter dem Titel „Rebuilding America Act“ (Deutsch etwa: Programm zum Umbau Amerikas) herausgegeben. Dieses Programm macht die Konzerne für Betriebsschließungen und Kapitalexport verantwortlich und fordert internationale Tarifverhandlungen. Es fordert außerdem einen Federal Reinvestment Reserve Fund (Deutsch etwa: Bundesfonds für Reinvestitionsrücklagen), an den die Konzerne Zahlungen leisten müßten und der den Ausbau der industriellen und ökonomischen Basis finanzieren soll, die durch die Konzernentscheidungen verlorengegangen sind. Die internationale Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften stand im Mittelpunkt der Zweiten Internationalen Konferenz über Gewerkschaftseinheit gegen transnationale Konzerne, die 1983 von der Labor Research Association in den USA und dem Trade Union Research Bureau in Kanada organisiert wurde. An dieser Konferenz nahmen außer Gewerkschaftern aus acht Ländern

11 Gus Hall, The Import-Export-Crisis, in: Political Affairs, August 1985.

Delegierte folgender US-Gewerkschaften teil: International Association of Machinists, der United Auto Workers, der United Steelworkers, der International Longshoremen's und Warehousemen's Union, der United Electrical Workers und der American Federation of State, County and Municipal Employees.

Die Unterstützung einiger Gewerkschaften für die „protektionistische“ Politik zur Steigerung der Profite der US-Konzerne in der Hoffnung, daß sie auch den Arbeitern der USA zugute käme, ist in den letzten Jahren einer weitergehenden Antwort auf die Dynamik der Internationalisierung des Kapitals, einschließlich des US-Kapitals, gewichen; gefordert wird eine Kontrolle des Kapitalexports und das gemeinsame Eintreten für international geltende Arbeitsbedingungen. Zwei Gesetze, die mit Unterstützung der Gewerkschaften im Kongreß eingebracht wurden, spiegeln diese wichtige Veränderung wider: das eine fordert die Aufhebung der Meistbegünstigungsklausel für Länder, deren Arbeitsbedingungen nicht den internationalen Normen entsprechen; das andere würde Warenimporte von den US-Konzernen verbieten, die in Ländern mit unterdurchschnittlichem Lohnniveau operieren.

5. Zusammenfassung

Die gegenwärtige Krise der US-Wirtschaft wird durch grundlegende Veränderungen der Weltwirtschaft geprägt und bringt diese zum Ausdruck. Auf der einen Seite ist die jetzige Krise zu einem Zeitpunkt aufgebrochen, in dem eine Eindämmung der ökonomischen und militärischen Macht der USA spürbar war. Auf der anderen Seite kann die Krise nur durch Mittel gelöst, die die wachsende Internationalisierung der Produktion und die wissenschaftlich-technischen Veränderungen der Produktivkräfte in Rechnung stellen. Ein gemeinsames Element der bürgerlichen Krisenlösungsvorschläge ist die Abwälzung der Krise auf die werktätige Bevölkerung – entweder in Form von Notstandsgebieten, stillgelegten Industrien und Arbeitslosigkeit oder in Form von niedrigeren Löhnen für die noch Beschäftigten. Die Opfer und Konzessionen der Arbeiterklasse werden benutzt, um dem US-Kapital eine stärkere ökonomische und militärische Position im Ausland zu verschaffen und um die dortigen Arbeiter ebenfalls zu Konzessionen zu zwingen. Die bürgerlichen Programme entscheiden sich durch den Umfang staatsmonopolistischer Regulierungen, die sie im Interesse des US-Kapitals für nützlich halten, und durch den Umfang, in dem sie eine bestimmte militärische Taktik für die Durchsetzung ihrer Interessen befürworten. Die linken Kräfte sind sich einig in der Forderung, den Rüstungshaushalt und die weltweite militärische Rolle der USA entscheidend zu begrenzen. Ein linkes Programm, das die tieferliegenden Ursachen der gegenwärtigen Krise berücksichtigt, muß indessen auch die direkten Verbindungen zwischen den Arbeitern in den USA und in anderen Ländern herausarbeiten.

Übersetzerin: Ilse Utz.

Die ökonomische Strukturkrise in Frankreich. Worum geht es bei ihrer Bewältigung?

Paul Boccara

1. Politisch-ideologische Bedingungen und „Unternehmenskultur“ – 2. Technologische Revolution und Interventionen in die Unternehmensleitungen nach Kriterien gesellschaftlicher Effektivität – 3. Die Besonderheiten des Finanzwachstums und neue nationale und internationale Widersprüche – 4. Ansatzpunkte für Effektivitätskriterien im öffentlichen und privaten Bereich – 5. Französische Besonderheit und Entwicklung neuer internationaler Kooperationsformen

Das Aufbrechen der Strukturkrise brachte in Frankreich vor dem Hintergrund erster Ansätze einer Verbindung von Arbeiterklasse und anderen breiten Schichten neuer Lohnarbeiter und der Studenten im Jahre 1968 eine geradezu „explosive“ Kritik der technokratisch-bürokratischen Gesellschaft mit sich. Diese Kritik entwickelte sich unter den Bedingungen des Endes der langen Aufschwungphase, jenes sich über eine lange Periode hinstreckenden Zyklus nach dem zweiten Weltkrieg, und sie war vor allem durch einen gewissen Optimismus gekennzeichnet. In ihren neuen, auf Selbstverwaltung gerichteten Erwartungen war diese Kritik dabei durch Aspekte der Rebellion und des Utopismus geprägt.

Die Gegenwart nimmt sich geradezu wie eine Negation dieser „Explosion“ der Kritik aus: Heute, 1986, stößt die Suche nach Auswegen aus der Krise der Gesellschaft auf außerordentlich große Schwierigkeiten.

I. Politisch-ideologische Bedingungen und „Unternehmenskultur“

Im Namen des Realismus, der Sicherheit und der Effektivität breitet sich eine Welle von Konsens über die Wertvorstellungen der kapitalistischen Rentabilität aus. Sie ist verbunden mit Krisenangst, Furcht vor Arbeitslosigkeit usw., die die Herrschenden, d. h. die Kapitalisten, als „Verteiler“ von Beschäftigung und Einkommen wieder näher ins Blickfeld rücken.

In der Zwischenzeit hat die Sozialistische Partei bis 1981 den größten Teil der neuen Opposition wieder gewinnen können, also diejenigen, die sie die „soziologische Mehrheit“ (der Lohnabhängigen) nannte. Nachdem sie mit der Regierung, in der die Kommunisten in der Minderheit waren, durch die Ausdehnung der Nationalisierung des Industrie- und Bankkapitals, die Ausweitung der Interessenvertretungsrechte der Arbeiter und einer angestrebten „De-

zentralisierung“ Reformen eingeleitet hatte, hat sie sich nun in der „neuen Unternehmenskultur“ eingerichtet, und die Kriterien der finanziellen Rentabilität rücken in den Vordergrund. Im Namen der Erfordernisse praktischer Leitungsaufgaben weist sie ausdrücklich das Thema des „Bruchs mit dem Kapitalismus“ zurück, um das sie im Rahmen des gemeinsamen Programms und seiner Fortsetzungen mit der Kommunistischen Partei rivalisiert hatte. Zur gleichen Zeit erlebt man die Rückkehr der Rechten, die sich den Bedingungen der Krise der Gesellschaft angepaßt haben. Die Rechte operiert im Namen der Werte des Unternehmertums und der Rentabilität und auch im Namen eines gegen den Etatismus gerichteten neuen Liberalismus, wobei sie insbesondere das Thema „Erfolg“ in den Mittelpunkt rückt, das sie mit den Sozialisten gemeinsam hat.

Angesichts dieser Negation der „Explosion“ der Kritik von 1968 durch die Welle von Konsens über die erneuerten kapitalistischen Werte kann man behaupten, daß die Kommunisten ihrerseits auch dazu tendieren, zur Konstruktion einer Art von „Negation der Negation“, um es so auszudrücken, beizutragen. Inzwischen bemühen sie sich, vom „abstrakten Bruch“ mit dem Kapitalismus Abstand zu nehmen. Aber im Gegensatz zu den Sozialisten tun sie das mit der Absicht, einen *Prozeß des konkreten Bruchs* in Gang zu setzen, eine Kritik durch neue revolutionäre Konstruktionen, einen Schritt in Richtung operationeller Selbstverwaltung. Im Mittelpunkt dieser Vorgehensweise wird die von den Werktätigen aller Bereiche getragene Intervention in die Unternehmensleitungen stehen. Eine solche Intervention nach anderen Kriterien als denen des Kapitals, nach Kriterien sozialer Effektivität und im Rahmen von breiten Sammlungsbewegungen, in denen Konsens herrscht über die neuen Ziele, die die Entfaltung menschlicher Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellen.

In konkreten Interventionen in die Unternehmensleitungen zugunsten alternativer Vorschläge und in punktuellen politischen Sammlungsbewegungen, die in diesen Fragen übereinstimmen, kann man versuchen, hier oder da, unmittelbar andere praktische Lösungen durchzusetzen. Man kann so in konstruktiver Weise gegen die restriktiven Maßnahmen kämpfen, die auf größere „Flexibilität“ mit dem Ziel einer Reduktion der Arbeitsplätze oder der Löhne und darüber hinaus auf die „Privatisierung“ des staatlichen Sektors gerichtet sind. Zur gleichen Zeit kann durch solche alternativen Vorschläge und durch die Kämpfe um ihre Umsetzung in die Praxis eine wirkliche Kritik an den Illusionen geübt werden, die die miteinander rivalisierenden demagogischen Konzepte von rechts und links hervorbringen, und es kann ihr grundsätzlicher Konsens im Dienste der kapitalistischen Rentabilität gezeigt werden. Dies scheint ein Weg zu sein, um die Fixierung auf den Wechsel bloßer Oberflächenphänomene zu überwinden und eine wirklich konkrete Neuorientierung der Politik auf regionaler und nationaler Ebene in Gang zu bringen.

Die Ansatzpunkte für einen Ausweg aus der Krise der Gesellschaft sind durch all die eigentümlichen Bedingungen geprägt, die der gegenwärtigen kapitalistischen Strukturkrise zugrunde liegen und die ganz andere sind als die der vergleichbaren Krise der Zwischenkriegsperiode. Wir setzen hier die Ana-

lyse der Krise als einer Periode langfristiger Überakkumulation voraus. Die Lösungsversuche der individuellen Kapitalisten und der Regierungen zur Erhöhung der unmittelbaren Rentabilität verschärfen noch die Widersprüche und Schwierigkeiten auf globaler Ebene, vor allem die der massiven Arbeitslosigkeit. Von daher rührt die Notwendigkeit entschlossener struktureller Veränderungen um diesen Teufelskreis zu durchbrechen und über strukturelle Kapitalentwertungen einen langfristigen Aufschwung zu ermöglichen. Dennoch zeigt die Strukturkrise besondere Züge.

Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit haben unerbittlich gezeigt, daß eine einfache quantitative Erweiterung des nationalisierten Sektors oder staatlicher Finanzierungsanteile in Produktion und Konsumtion nicht genügen. Dies waren Lösungswege, die (über eine strukturelle Kapitalentwertung die Rentabilität des privaten Kapitals stützend) für die vergangene Strukturkrise zentral waren. In Wirklichkeit stimuliert der staatliche Finanzierungstyp, der zum Ziel hat, die Rentabilität der Kapitale zu stützen, schließlich mehr und mehr das multinationale Finanzwachstum im Gegensatz zum Wachstum der Produktion und vor allem der regionalen und nationalen Beschäftigung. Die staatlichen Unternehmen, Industrie und Banken, die ja selbst zuerst den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit zusätzlicher Investitionen einerseits und sinkender Rentabilität andererseits spüren, bleiben dem Kriterium der finanziellen Rentabilität unterworfen. Sie produzieren so die Widersprüche eines geldkapitalistischen Akkumulationstyps. Sie werden mehr und mehr von privatem Kapital durchdrungen. Der Typ der öffentlichen Finanzierung wird so durch die Vergeudung von staatlichen Geldern desavouiert.

Während von allen Seiten der gesellschaftlichen und politischen Kräfte höhere Anforderungen an die Effektivität der staatlichen Finanzierungen und Investitionen nach Kriterien kapitalistischer Rentabilität gestellt werden, schlagen wir unsererseits statt dessen Eingriffe von Werktätigen und Bevölkerungsgruppen aller Bereiche in die Leitung der staatlichen und auch der privaten Unternehmen ebenso wie der staatlichen Dienstleistungen vor, und zwar Interventionen nach anderen Kriterien als jenen der finanziellen Rentabilität, nämlich Kriterien gesellschaftlicher Effektivität. Es ist dies die Perspektive des Aufbaus eines Sozialismus à la Française, eines selbstverwalteten Sozialismus, die wir eröffnen. Sie ist auf solche Eingriffe in die Unternehmensleitungen und ihre gegenseitige Planabstimmung ebenso wie auf neue Werte der Selbstverwaltung gegründet.¹

2. Technologische Revolution und Interventionen in die Unternehmensleitungen nach Kriterien gesellschaftlicher Effektivität

Der Kern der Strukturkrise, die die gesamte kapitalistische Produktionsweise und Gesellschaft erschüttert, wird von einer wahren technologischen Revo-

¹ Zu Fragen der politischen Institutionen ebenso wie zur Entwicklung der marxistischen Theorie des bürgerlichen Staates und des proletarischen Bewußtseins siehe vor allem meinen Artikel „Théorie marxiste et voies autogestionnaires de la révolution en France“, in: La Pensée, Januar/Februar 1986.

lution auf allen Ebenen gebildet. Es genügt nicht, einfach von „wissenschaftlicher und technischer“ Revolution zu sprechen, denn es hat vorher andere gegeben. Ich spreche für meinen Teil von den Anfängen der „Informatik-Revolution“, die mit dem Beginn der Revolution der Automation verbunden ist.

Man kann diesen Prozeß mit dem der Revolution der Werkzeugmaschine vergleichen – die die werkzeugführende menschliche Hand durch Maschinen ersetzt, die schneller, mehr und leistungsfähigere Werkzeuge in Bewegung setzen. Diese Revolution machte den Kern der „industriellen Revolution“ Ende des 18. Jahrhunderts aus. Mit der Revolution der Automation (und der Informatik) sind es bestimmte Funktionen des menschlichen Gehirns, die auf Steuerungsfunktionen von Computern übertragen werden. Mit der Tendenz zur automatischen Produktion kann so zugleich die Revolution der Werkzeugmaschine vollendet werden und der Beginn einer neuen Revolution einsetzen, denn die Handarbeit überdauert diesen Prozeß als intelligente Handarbeit. Unter diesen Bedingungen würde eine radikale Infragestellung des kapitalistischen Typs der Produktivkraftentwicklung der Gesamtarbeit einsetzen. In jenem historisch bestimmten Entwicklungstyp wird die Steigerung der Produktivität erreicht über den Ersatz lebendiger Arbeit durch Maschinerie, durch vergegenständlichte Arbeit. Der den Arbeitern abgepreßte Mehrwert wird für die Produktion von Werkzeugmaschinen verwendet. Der Produktivitätsfortschritt besteht in einer Einsparung der für eine bestimmte Produktmenge benötigten Gesamtarbeit. Wachstumskrisen der Gesamtarbeitsproduktivität (durch übermäßige Akkumulation der vergegenständlichten Arbeit und übermäßige Ausbeutung der Arbeiter) führten schon in Form langfristiger Überakkumulation zu langen Phasen von Schwierigkeiten, die den früheren Strukturkrisen, wie jener der Zwischenkriegszeit, entsprachen. Sie hatten schon damals technologische Veränderungen nach sich gezogen, mit dem Ziel, die vorgeschossene vergegenständlichte Arbeit relativ zu vermindern und die menschliche Arbeitskraft durch Erhöhung der Qualifikation besser zu nutzen; das geschah aber noch in ganz und gar begrenzter und provisorischer Weise.

Die jetzt beginnende technologische Umwälzung aber basiert auf einer systematischen und dauerhaften Einsparung vergegenständlichter Arbeit bezogen auf die Produktmenge. Dementsprechend würden die Ausgaben für die Qualifikation und Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft zum dominierenden Kostenfaktor werden. Notwendig wäre also ein Typ von Produktivkraftentwicklung, bei dem das Schwergewicht auf die Einsparung vergegenständlichter Arbeit gelegt wird und der gleichzeitig die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten, die allseitige Förderung der lebendigen Arbeit in den Vordergrund stellt.

Zur gleichen Zeit würde die Aneignung von Wissen im weitesten Sinne des Wortes – darin einbegriffen Kenntnisse auf sozio-ökonomischer und politischer Ebene, auf der Ebene der Leitungstätigkeiten, im Bereich der Kunst usw., also nicht nur in Wissenschaft und Technik – sich graduell zur für die gesamte Ökonomie und Gesellschaft entscheidenden und wichtigsten Tätigkeiten entwickeln. Die Arbeit im Dienstleistungssektor, die unproduktiv genannt wird, weil ihr Gegenstand die Menschen und nicht materielle Produkte

sind, stellt übrigens tendenziell mehr als die Hälfte der Lohnarbeit dar und amalgamiert sich mehr und mehr mit der produktiven Arbeit, auf der die allgemeine Produktivität beruht.

Dennoch dient die den Kriterien kapitalistischer Rentabilität untergeordnete Einführung der neuen Technologien dem Versuch, die Parzellierung der Arbeit (Bildschirmarbeiter zum Beispiel) zu erneuern und das Informationsmonopol, die technokratische Kontrolle der Arbeit, die Entfremdung und Verstümmelung der produktiven und unproduktiven Arbeiter, die Spaltung innerhalb der Belegschaften, die integrative Förderung kapitalistischer Ziele usw. auf neuer Grundlage wiederherzustellen.

Mit der Entfaltung neuer technologischer Potentiale und im Kampf gegen die wachsende Vergeudung materieller Mittel und menschlicher Fähigkeiten eröffnen sich neue Perspektiven. Für die produktiven Arbeiter ergibt sich im Kampf für verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten, für die Entfaltung ihrer Fähigkeiten im Rahmen einer Beteiligung an Leitungs- und Forschungsaufgaben die Chance, das Klassenmonopol des Kapitals – mit der Perspektive seiner vollständigen Abschaffung – massiv zurückzudrängen. In neuen Formen der Kooperation können die Lohnabhängigen den Monopolen Schranken setzen, ihren gemeinsamen Ausbeutern, die bemüht sind, sie von umfassenden Informationen und wichtigen Entscheidungen auszuschließen. Die Bedingung dafür ist der nach Kriterien gesellschaftlicher Effektivität geführte gemeinsame Kampf gegen die materielle und finanzielle Vergeudung, um die Werktätigen aller Bereiche und ihre schöpferische Kooperation solidarisch zu entwickeln. Auf dieser Basis muß für neue Produktionsformen und Dienstleistungen, für die quantitative und qualitative Erweiterung der Arbeitsplätze, für eine andere Organisation der Arbeit und der Machtbefugnisse in den Unternehmen und Verwaltungen gekämpft werden.

In den Arbeitsstätten, in denen man die neuen Technologien einführt, vermehren sich tendenziell die sogenannten „Disfunktionalitäten“, womit vor allem Produktionsstörungen gemeint sind. Ebenso werden, was die flexiblen wie die robotergestützten Arbeitsstätten betrifft, die Möglichkeiten der neuen Techniken nicht optimal genutzt; so wird ihre Effektivität tendenziell sehr stark vermindert, und sie bewirken eine beträchtliche Vergeudung materieller und menschlicher Ressourcen.

Das ist in besonderem Maße Folge der unzureichenden Aufwendungen für die Qualifikation, für die Instandsetzung (präventive Instandsetzung, Diagnostik, rasche Reparatur nach Pannen und Unfällen), darin einbegriffen Aufwendungen für die Produktionsagenten selbst; es ist das Ergebnis fehlender Einbeziehung der Produzenten in den Entscheidungsprozeß, ihres fehlenden Überblicks über die Zusammenhänge, einer exzessiven Arbeitsintensivierung usw.²

In allen Fällen ist das Streben nach maximaler Ausbeutung der Arbeiter die Grundlage dieser „Disfunktionalitäten“, während im übrigen das Streben

2 Siehe vor allem Michel Berry, „Des robots au concret: les réalités cachées derrière les mythes“, in: Gérer et comprendre, série trimestrielle des Annales des Mines, Nr. 1, 3. Trimester 1985.

nach höherer Rentabilität vor allem auf die Senkung der Lohnkosten zielt und so Vergeudung im Bereich der materiellen Mittel begünstigt. Man kann zwar sagen, es handele sich nur darum, Arbeiter durch ihre Teilnahme an den Beratungen über die Konzeption der neuen Anlagen ein bißchen mehr partizipieren zu lassen, Leistungsindikatoren mit größerem Spielraum zu benutzen, also bloß um eine Neuorganisation, die im Rahmen einer gründlich reformierten kapitalistischen Unternehmensleitung der Eigeninitiative und der Autonomie (Qualitätszirkeln, selbständige Arbeitsgruppen, Initiativgruppen usw.) mehr Raum läßt.

Angesichts der in ihrer tiefgreifenden Wirkung andauernden und selbstzerstörerischen Widersprüche, angesichts des Widerstands im Unternehmerlager selbst gegen grundlegende Veränderungen in einem Rahmen, der kapitalistisch bliebe, geht es aber im Grunde um den Beginn von Veränderungen revolutionärer Tragweite, von denen die Leitungskriterien und damit auch die kapitalistische Organisation der Gesellschaft erfaßt werden.

Man kann so damit beginnen, die von uns vorgeschlagenen neuen Maßstäbe gesellschaftlicher Effektivität schrittweise durchzusetzen, gestützt auf konkrete Eingriffe der Arbeiter in die Unternehmensentscheidungen. Diese neuen Kriterien, die angesichts der durch zunehmende Massenarbeitslosigkeit und monetäre Akkumulationsformen geschaffenen krisenhaften Bedingungen entwickelt wurden, drücken so im Grunde auch die Erfordernisse des neuen Typs von Produktivkraftentwicklung aus, entsprechen also dem Charakter der neuen Technologien.³ An die Stelle der „ökonomischen Rentabilität“ (*rentabilité économique*“; Gesamtprofit/Gesamtkapital) und der „Finanzrentabilität“ („*rentabilité financière*“; verfügbarer Profit ohne Schuldzinsen/Eigenkapital ohne Fremdmittel) setzen wir als Kriterien gesellschaftlicher Effektivität die Relation „Wertprodukt/Sachkapital + Geldkapital“ („*valeur ajoutée/capital matériel et financier*“ – VA/Cmf) und die Zunahme des für die Werktätigen und die Bevölkerung „verfügbaren Wertprodukts“ („*valeur ajoutée disponible*“ – VAd). Wenn VA/Cmf sich erhöht, kann auch der Teil des Neuwerts wachsen, der nicht dazu dient, Sach- oder Geldkapital zu akkumulieren bzw. der im weiteren Sinne kein Profit ist, d. h. alle Ausgaben für die Werktätigen und die Bevölkerung. Es handelt sich um Löhne, aber auch um gesellschaftliche Kosten, Steuern, Ausgaben für Ausbildung, Forschung usw.⁴ Wenn dieser für die Werktätigen und die Bevölkerung „verfügbare Neuwert“ (VAd) sich dank des Wachstums von VA/C, aber auch dank einer anderen Aufteilung des VA und des Wachstums des VA selbst erhöht, ermöglicht das umgekehrt eine höhere Effektivität der vorgeschossenen materiellen und finanziellen Kapitale, eine höhere Beschäftigung und höhere produktive Kapazitäten. Man

3 Siehe vor allem unser Buch *Intervenir dans les gestions avec de nouveaux critères*, Editions sociales, Paris 1985. Vgl. die Besprechung dieses Buches: Jörg Goldberg, Alternativen zum kapitalistischen Typ der Unternehmensführung, in: Memo-Forum, Bremen, Februar 1986, Sonderheft Nr. 2, S. 73 ff. (die Red.).

4 Die Ausgaben für Ausbildung oder Forschung werden nicht als Bestandteile des Profits betrachtet, um Kapital zu bilden, sondern als Bestandteile des VAd, um „Fonds menschlicher Entwicklung“ zu bilden.

kann versuchen, durch neue Kooperationsformen zwischen Unternehmen zu einem im Verhältnis zur gesamten regionalen oder nationalen Bevölkerung bei konstanten Preisen wachsenden VAd beizutragen.⁵

In Frankreich wie in den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern verstärken sich die Anstrengungen um einen neuen Typ der Integration der Werk­tätigen in die Unternehmensleitungen, und zwar im Namen „der Interessiertheit an den Ergebnissen“, bzw. von „Kosteneinsparungen“ und im Namen der „Mitbestimmung“ (participation). Das geht von Qualitätszirkeln und noch relativ wenig verbreiteten neuen Arbeitsverträgen zur Interessenstimulierung bis hin zu, von den sozialistischen Regierungen eingesetzten, Initiativgruppen und zu Formen der Partizipation, die die Regierung Chirac einführen will. Einer „Mitbestimmung“ freilich, die immer den Unternehmern das Monopol der grundlegenden Entscheidungen über Investitionen und Finanzen vorbehält.

Auf der gewerkschaftlichen Ebene registriert man ebenfalls ein sehr lebhaftes Interesse der C.G.C. (Confédération Générale des Cadres) für eine „Beteiligung“ der leitenden Angestellten an der Unternehmensleitung; in der C.F.D.T. (Confédération Française Démocratique du Travail) diskutiert man über die „konflikt­hafte Kooperation“ innerhalb der Unternehmensleitung, eine Form der Kooperation, bei der die „Legimität“ der Interessen des Unternehmensvorstands neben jener der Lohnabhängigen anerkannt wird. Diese letztere Position, die auf dem „konflikt­haften“ Charakter der Kooperation besteht und formell nicht ihre Bezugnahme auf die „Selbstverwaltung“ leugnen kann, aber gleichwohl deklariert vom „Manichäismus“ des „Klassenkampfes“ abzulassen, unterstreicht die Besonderheit der französischen Bedingungen. Diese zeigt sich auch in den Anfängen einer neuen Form der Intervention in die Unternehmensleitung und einer Anwendung der neuen Leitungskriterien in der C.G.T.

Diese französische Besonderheit besteht in der traditionellen Schärfe des Klassenkampfes über alle seine Aufschwünge und Niederlagen hinweg. Auf der einen Seite verweigert ein bedeutender Teil der Arbeiter die Klassenkollaboration; hier gibt es die Tradition des Kampfes in breiten Sammlungs­bewegungen für die Herstellung gleicher gesellschaftlicher Lebensbedingungen. Auf der anderen Seite steht der Autoritarismus eines großen Teils des Unternehmertums. Ganz abgesehen von seiner Vorliebe für die Geldkapitalbildung und die Klientelwirtschaft öffentlicher Fonds wird auch stärker als in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern der Bereich der Bildung und Qualifikation, der betrieblichen Forschung und Entwicklung vernachlässigt.

Von daher gewinnen die Anstrengungen des Kapitals um neue Integrations­formen ihr besonderes Gewicht. Dies begründet aber auch die Bedeutung des

5 Wir betrachten hier nicht die Dialektik zwischen dem, was wir „den notwendigen (nécessaire) verfügbaren Neuwert“ (VAdn) nennen (den tariflichen und gesetzlichen Raten von Löhnen, Sozialbeiträgen, Ausbildung usw. entsprechenden VAd), und „dem zusätz­lichen (supplémentaire) verfügbaren Nennwert“ (VAds), der sich auf Überschüsse im Verhältnis zu den geltenden Raten von Löhnen, Ausbildung usw. bezieht, die zu den gegebenen effektiven Beständen hinzukommen, während der Nutzen = Profit + VAds ist.

Konzepts der neuen Leitungskriterien und der Vorstellungen für die Eroberung von Führungspositionen durch Klassenkämpfe. Dieses Konzept reflektiert sowohl die Ergebnisse der theoretischen Analyse des Problems Überakkumulation/Entwertung als Ausdruck der Krise des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) als auch die Verarbeitung der neuartigen politischen Erfahrungen mit dem Experiment „der Linken“ und den daraus resultierenden Enttäuschungen. Der Kampf um die Führungspositionen beschränkt sich nicht auf die Unternehmensebene, er beinhaltet ein revolutionäres, die politische und soziale Ebene einschließendes Projekt.⁶

3. Die Besonderheiten des Finanzwachstums und neue nationale und internationale Widersprüche

Die monetäre Akkumulation in der gegenwärtigen Strukturkrise ist quantitativ viel bedeutender als in den vorangegangenen Strukturkrisen und sie trägt grundlegend neue qualitative Züge. Sie besteht in Goldkäufen, Devisenkäufen, Käufen von Titeln existierender Gesellschaften, von Titeln öffentlicher Anleihen usw., die auf Kosten realer Investitionen getätigt werden. Dieses finanzielle Wachstum hat an der am Wendepunkt des langen Zyklus und am Anfang der durch anhaltende Schwierigkeiten gekennzeichneten Abschwungphase beschleunigten Inflation partizipiert. Aber es begleitet – in Verbindung mit der Zunahme produktiver Überkapazitäten, mit dem Rückgang der Beschäftigung, mit erhöhten Zinssätzen und mit einer angesichts begrenzter Absatzmärkte eingeschränkten Kreditaufnahmefähigkeit – auch die später auftretenden deflationistischen Tendenzen. Diese erhöhen die Schranken der begrenzten Nachfrage und des Realwachstums noch.

Die Akkumulation von Geldkapital auf Kosten realer Investitionen steht in zunehmendem Maße der Akkumulation von Realkapital, teilweise sogar dessen Reproduktion, im Wege. Was die neuen historischen Bedingungen betrifft, so kann man unter ihnen ganz besonders zwei hervorheben. Da ist auf der einen Seite die noch nie dagewesene Elastizität des monetären Systems

6 Ein Beweis für die beginnende Bewußtwerdung der Notwendigkeit einer tiefgreifenden Veränderung der Leitungskriterien und der andauernden Blockierungen selbst in den in Frankreich vorherrschenden kulturellen Sphären wird durch den Bericht für den IX. Plan (1984–1988) unter dem Titel „Calcul économique et résorption des déséquilibres“ geliefert.

Dieser Bericht, der von Experten aller Denkschulen vorbereitet wurde, hebt ausdrücklich den innovativen Charakter der neuen Kriterien, die wir vorgeschlagen haben, hervor. In seiner Schlußfolgerung schlägt er seinerseits vor, die Rentabilitätskriterien, an denen er festhält, zu korrigieren. Er suggeriert „eine Analyse, die zwei Familien von Kriterien benutzt, und zwar . . . die ‚Produktivitäts‘-Effekte auf der einen Seite und . . . die ‚Stabilisierungs‘-Effekte auf der anderen“. Indessen würden die besagten Korrekturkriterien, wenn an der Gleichsetzung von Produktivitäts- und Rentabilitätskriterien festgehalten wird, und zwar für sich genommen, ohne einen alternativen Gesamtentwurf, bloß vorgeben, die destabilisierenden Effekte der ausgearbeiteten Projekte unter dem Zwang der Rentabilitätskriterien korrigieren zu wollen.

(Calcul économique et resorption des déséquilibres. Rapport du groupe de travail „Calcul économique“, président E. Malinvaud, président du groupe technique E. Guesnerie, rapporteurs D. Goudard et B. Walliser, La Documentation française, November 1983)

auf nationaler und internationaler Ebene. Mit dem Zwangskurs der nationalen Zahlungsmittel und der Verstaatlichung der Zentralbanken, ebenso wie mit der Rolle des Dollars und der Devisen im internationalen Geldsystem, hat die Elastizität des Kreditgeldes die Rolle des Goldes als Bezugsgrundlage beträchtlich zurücktreten lassen. Das erhöht die Bedeutung staatlicher Finanzhilfen, in der Krise aber auch die Rolle des Staates bei der Internationalisierung des Kreditsektors. Der monetäre Sektor wächst mit einer Wucht, die es bislang noch nie gegeben hat.⁷ Dies wirkt negativ auf die Beschäftigung im nationalen Rahmen, solange die neuen Technologien unter dem Vorzeichen kapitalistischen Rentabilitätsdenkens vor allem zur Vernichtung von Arbeitsplätzen genutzt werden.

Der multinationale Charakter der großen privaten und öffentlichen Banken, die durch das Streben nach finanzieller Rentabilität geprägt sind, hat mit der Rolle des Dollars als Weltgeld eine außergewöhnliche Reichweite erhalten. Im Gegensatz dazu, teilweise aber auch als Ergänzung, dehnt sich das Gewicht des „fiktiven Kapitals“ aus: in Form von Staatsanleihen akkumuliertes Geldkapital, dessen Verwertung über die Staatseinnahmen gesichert wird.

Die innere und internationale Staatsverschuldung, an erster Stelle die der US-Regierung, verweist auf die neue Zunahme der staatlichen Defizite. Diese sind Folgen des Widerspruchs zwischen steigenden Anforderungen an die Staatsausgaben auf der einen und rückläufigen Einnahmen auf der anderen Seite; sowohl sinkende Produktion und Beschäftigung als auch die Steuerentlastungen für die Unternehmen führen zu rückläufigen Steuereinnahmen.⁸

Übrigens hat sich für die gesamten OECD-Länder zwischen 1960 und 1982 das relative Gewicht der öffentlichen Ausgaben im weiten Sinne (darin einbegriffen die soziale Sicherung) im Vergleich zum nominalen Bruttoinlandsprodukt um mehr als 20% auf 47% erhöht. In zahlreichen Ländern überschreitet es sogar 50%, während die Einnahmen in denselben Ländern nur einen Anteil um die 40% erreichen.⁹

Die umfangreichen Rüstungsausgaben dienen gleichfalls der Förderung der neuen Technologien und haben eine bestimmte Bedeutung als Faktor der Absatzsicherung – sie sind also so Ausdruck parasitärer Formen der Stabilisierungspolitik.

Die Entwicklungsländer werden seit den achtziger Jahren durch eine gewaltige Schuldenlast erdrückt; sie haben sich – vor allem bei den großen multinationalen Privatbanken – privates Kapital verschafft, für das sie nun oft den Schuldendienst nicht mehr bestreiten können. Gleichzeitig fließt privates Ka-

7 Zur relativ zunehmenden Bedeutung des finanziellen Wachstums in Frankreich siehe: *Intervenir dans les gestions avec de nouveaux critères*, a. a. O., pp. 270–278.

8 So stellt das Defizit der öffentlichen Verwaltungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern schließlich einen Hauptteil der privaten Nettospareinlagen dar (V. Tanzi, *Le déficit budgétaire des Pays industrialisés, Problèmes économiques*, in: *Problèmes économiques*, 29. Januar 1986. In Frankreich belief sich der Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltungen auf 40,9% der Finanzkapazität der Haushalte 1981 gegenüber 91,4% 1986; aber er erstreckt sich ganz gewiß auch auf die Finanzierung über die äußere Verschuldung.

9 *Le rôle du secteur public*, in: *Revue économique de l'O.C.D.E.*, Sondernummer, Frühjahr 1985.

pital in die USA ab. Unter diesen Bedingungen vertiefen sich die Widersprüche zwischen den Völkern und dem nationalen und internationalen Finanzkapital außerordentlich. Auf nationaler Ebene konzentrieren sich die – auf lange Sicht vergeblichen – Bemühungen zum Abbau der Staatsverschuldung auf die Einschränkung der Sozialausgaben. Darüber hinaus wird versucht (nach dem Ende der Nationalisierungsanstrengungen in Frankreich) Teile der öffentlichen Unternehmen zu privatisieren. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, der Druck auf den öffentlichen Sektor durch die politische Reaktion und die Deregulierung vollzieht sich unter Bedingungen, die durch die Ausdehnung des monetären Bereichs, eine Restrukturierung des internationalen Monopolkapitals geprägt sind.

Die Kürzung von Sozialausgaben ebenso wie die Privatisierungen verstärken die Tendenz zum Wachstum des Geldkapitals und zur deflationistischen Beschränkung der Nachfrage nach gesellschaftlicher Konsumtion und produktiven Investitionen.

Auf internationaler Ebene stoßen sich die Reden über die Interdependenz zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern an der harten Realität eines Teufelskreises von Untergrabung der realen Wachstumsfaktoren und dem Elend Hunderter Millionen Menschen, die der Herrschaft der Geldrentabilitätskriterien unterworfen werden.¹⁰ Das verstärkt wiederum die Schwäche der Absatzmärkte, die zunehmende Instabilität und die Bedürfnisse nach neuen Krediten sowie deren Bindung an staatliche Garantien.

Die Vereinigten Staaten üben seit dem Beginn der achtziger Jahre durch ihre stark erhöhten Zinssätze eine bedeutende Attraktion auf die disponiblen Fonds der gesamten kapitalistischen Welt aus, vor allem mit der Aussicht, sie in Schatzscheinen des amerikanischen Staates anlegen zu können. Dies bewirkte einen Druck nach oben auf die Zinssätze der ganzen kapitalistischen Welt und war auch eine Ursache für die zeitweilige Hausse des Dollars – dieser wurde an den Devisenmärkten verstärkt nachgefragt, um Geldanlagen in den USA zu tätigen. Indessen hat der hohe Dollarkurs für die Vereinigten Staaten die Exportschwierigkeiten bei gleichzeitiger Begünstigung der Importe beträchtlich erhöht. Von daher die neuerlichen Anstrengungen, den Dollarkurs zu senken, wobei man alles versucht, um sein Abrutschen zu kontrollieren und sich vor den Risiken eines kumulativen Kurssturzes, einer deflationistischen Schrumpfungsspirale und einer Flucht aus dem Dollar zu bewahren.

Nach den Vereinigten Staaten bemüht man sich nun auch in Frankreich, wie in den meisten anderen Staaten der entwickelten kapitalistischen Welt, das internationale Kapital anzuziehen und gleichzeitig die Expansion ins Ausland zu begünstigen. Zu diesem Zweck ist man bestrebt, die Finanzmärkte

¹⁰ Was den Teufelskreis der Verschuldung der Dritten Welt betrifft, hat selbst ein amerikanischer Bankier kürzlich die entscheidende Bedeutung der „Kriterien für die Zuteilung der Fonds“ anerkennen müssen. Er insistiert auf dem Prinzip, daß „die Benutzung der Fonds in Funktion ihrer Kapazität, einen realen ökonomischen Wert zu schaffen, beurteilt“ werden muß, ohne indessen so weit zu gehen, sich von den Kriterien kapitalistischer Rentabilität zu emanzipieren; er schlägt vielmehr vor, die Aktion der Banken zu moralisieren. Richard W. Lombardi, *Le piège bancaire, dettes et développement*, Paris 1985, p. 182–183.

zu deregulieren und zu öffnen, mit der Folge hoher Zinssätze, die im übrigen auch durch die starken staatlichen Verschuldungsbedürfnisse hochgetrieben werden. Indessen widerspricht die Tendenz zu hohen Zinsen den Bemühungen, durch niedrige Zinsen produktive Investitionen und die Produktion überhaupt zu stimulieren; hohe Zinsen stimulieren im Gegenteil das geldkapitalistische Wachstum noch weiter. Die beträchtlichen Bemühungen der Staaten der herrschenden kapitalistischen Länder um gegenseitige Geld- und Finanzvereinbarungen scheitern am Gewicht ihrer inneren und äußeren Widersprüche. In welchem Maße können die Widersprüche und unausweichlichen Veränderungen in Gesellschaften mit immer stärker wechselseitig verschränkten staatlichen und privaten Sektoren Breschen öffnen, um über die Interventionen der Werktätigen und der Bevölkerungen revolutionäre Veränderungen vorantreiben? Es geht um Eingriffe in die Leitungsfunktionen, die nach neuen Kriterien gesellschaftlicher Effektivität ausgerichtet werden, um Interventionen im Rahmen „gemischter Ökonomien“ (economies mixtes), die von Grund auf neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

4. Ansatzpunkte für Effektivitätskriterien im öffentlichen und privaten Bereich

Überall beginnt man, in einer neuen Art und Weise nach den Maßstäben für die Benutzung und Erhebung der staatlichen und gesellschaftlichen Fonds zu fragen, und zwar als Reaktion auf bestimmte massive Vergeudung durch die gegenwärtigen Finanzierungsmethoden.

Es handelt sich zunächst um die Effektivität der Staatsausgaben und der Ausgaben für staatliche Dienstleistungen im Verhältnis zu den für die Bevölkerung, die Ökonomie und die Gesellschaft nützlichen Ergebnisse. Überall in den öffentlichen Diensten, von den Krankenhäusern über die Fernsehanstalten und die Bildungseinrichtungen bis zu den Universitäten, wächst die Notwendigkeit, die Leitungsstrukturen denen der Unternehmen und den neuen Beziehungen zu den Unternehmen anzupassen. Zugleich kommen die Widersprüche ans Licht, die hervorgerufen werden durch die Durchsetzung der Rentabilitätskriterien der Geldkapitale und ihrer technokratisch-bürokratischen Apparate, mit den daraus entspringenden Fehlkalkulationen und Vergeudungen. Den konkreten Bedürfnissen besser angepaßte Strukturen und Kalkulationsweisen ergäben Ausgabeneinsparungen, die jene Durchsetzung jedoch nicht zuläßt.

Weiter handelt es sich um Kriterien für die Effektivität des Systems der Staatseinnahmen und der staatlichen Dienstleistungen. Das kann auch einen Hinweis geben auf neue Kriterien der Unternehmensleitung. Dies sind Kriterien, die, auf der Basis der Erhöhung der auf den Neuwert bezogenen Effektivität der vorgeschossenen Sach- und Geldkapitale und auf der Basis der zunehmenden Ökonomisierung der Neuwertproduktion, auf das Wachstum des potentiellen, für die Werktätigen und die Bevölkerung *verfügbaren Neuwerts* abzielen. So kann die auf *gesellschaftlich bestimmten Normen* beruhende Notwendigkeit, die Ausgaben für Bildung und Forschung zu erhöhen in Einklang

gebracht werden mit dem Ziel, den für die Bevölkerung und die Werktätigen verfügbaren notwendigen Neuwert („valeur ajoutée disponible nécessaire“) zu erweitern. Das kann, was die Veranlagung der Staatseinnahmen angeht, ganz besonders (vor allem regionale) Steuern zur Verminderung der Kapitalvergeudungen betreffen. Diese Steuern können im Unterschied zu dem, was in Frankreich mit der neuen Steuer auf die großen Vermögen passiert, in dem Maße höher oder niedriger veranlagt werden, wie sie mehr oder weniger zur Erhöhung des real produzierten Neuwerts beitragen. Was die „Arbeitgeberkosten“ für soziale Sicherheit betrifft, haben wir schon eine Veranlagung vorgeschlagen, die nicht nur den Löhnen, sondern auch ihrer Beziehung zu dem produzierten Neuwert Rechnung trägt, nämlich dergestalt, daß die Unternehmen, die in Relation zu ihrem produzierten Neuwert, quantitativ und qualitativ mehr Arbeitsplätze schaffen, weniger zur Kasse gebeten werden und umgekehrt.

In Betrieben ist auch die Verwaltung der Fonds Ausgangspunkt neuer Debatten. Auf der einen Seite lobt man die Bemühungen um finanzielle Spielräume und Geldüberschüsse zur Selbstfinanzierung der internen Betriebsbedürfnisse, die man auf produktive Investitionen und Kassenbestände (permanente Ressourcen zur Nutzung kurzfristiger Gewinnchancen) zu begrenzen sucht. Das läuft im Hinblick auf den höchsten Stand der Akkumulation und der Unternehmensrentabilität hinaus auf das Wachstum des Geldkapitals (darin einbegriffen das, was der multinationalen Gruppe zufällt, der das Unternehmen eventuell angehört). Durch die Kontrolle bestehender Unternehmen anstatt produktiver Neuinvestitionen oder darüber hinaus noch durch die Eliminierung von Aktivitäten und für Finanzanlagen, die keine interessanten Möglichkeiten eröffnen, vollzieht sich dieser Prozeß auf Kosten des realen Wachstums.

Auf der anderen Seite sind zahlreiche Unternehmen, die angesichts der Absatzschwierigkeiten oder der Erfordernisse von Innovationsausgaben in eine massive permanente oder auf unbegrenzte Zeit lang-, mittel- und kurzfristig erneuerte Verschuldung geraten sind, unter den von seiten der Bank und der Kreditgeber geltend gemachten Rentabilität- und Liquiditätserfordernissen auch zu Liquidierungen oder zur Einwilligung in Eingriffe finanzieller Kontrolle und zur Reduktion der Arbeitsplätze gezwungen.¹¹ Sie sind auch an neuen Modalitäten eigener Fonds und gleichermaßen an staatlichen Unterstützungen für Forschung und Entwicklung und Innovationen interessiert. Wenn auch die Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten im Finanzbereich anstelle von Realkapitalinvestitionen die Tendenz zum finanziellen Akkumulationstyp begünstigt, so ist dies doch auch das Zeichen für die neuen Möglichkeiten, die Aufwendungen für die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten zu erhöhen.

¹¹ Siehe zu den neuen Analysen hinsichtlich der Geldmittel: G. de Myrard, *Le tableau pluriannuel des flux financiers*, in: *Revue française de gestion*, Januar/Februar 1977 und J. Richard, *Le tableau des flux du cycle*, in: *La Revue banque*, Dezember 1985; zur Tendenz zur permanenten Verschuldung: J. Guillou, *Quelles doivent être les limites de l'endettement des entreprises dans les années 1980?*, in: *Analyse financière*, 3. Trimester 1983.

Die für ein entwickeltes kapitalistisches Land wie Frankreich charakteristische Eingliederung der überwältigenden Mehrheit der Gesellschaft in die Lohnabhängigkeit,¹² die Entwicklung der monatlichen Lohnauszahlung und die Explosion der Staats- und Sozialausgaben (Sozialversicherung) wurde von den entsprechenden Geldanlagen im Banken- und Finanzsystem im weiten Sinne begleitet. Ebenso wurde der Kredit und die Geldschöpfung durch den Kredit eine immer massivere Komponente der Löhne und der Ausgaben für die Bevölkerung. Das entspricht genau dem, was wir im Rahmen neuer Kriterien gesellschaftlicher Effektivität der Unternehmensleitungen den für die Werktätigen und die Bevölkerung „verfügbaren Neuwert“ (VAd) genannt haben.

Indessen wird diese in den Löhnen und den Ausgaben für die Menschen dargestellte Basis der Kredite durch den neuen an Finanztiteln und gegen das Realwachstum und die Beschäftigung ausgerichteten Akkumulationstyp in Frage gestellt. Aber solange die Anforderungen an „immateriell“ genannte Investitionen für eine Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten (Forschung, Bildung usw.) höher werden, steigt auch die Anforderung an Kriterien gesellschaftlicher Wirksamkeit dieser Finanzierungen ebenso wie das Bedürfnis nach anderen Sicherheiten für den Kredit als die materiellen oder übertragbaren Bürgschaften (Zertifikate). Diese Sicherheiten können dargestellt werden durch Potentiale effektiver Produktionsaufschwünge, individueller und gesellschaftlicher Einkommen und in bestimmter Folge angesammelter Geldmittel, die ihrerseits in den Arbeiterkollektiven und ihren Ergebnissen repräsentiert sind.

5. Französische Besonderheit und Entwicklung neuer internationaler Kooperationsformen

Die Eigenart des französischen Geld- und Finanzsystems wird durch die Bemühungen, sich den Erfordernissen der maximalen Finanzrentabilität anzupassen, mehr und mehr in Frage gestellt. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten und Widersprüche können aber auch den Übergang zu neuen Entwicklungen mit revolutionärer Tragweite begünstigen. Das hat seine Ursache in der großen Last des parasitären Finanzwachstums auf internationaler Ebene (heute mit der Rolle des weitverzweigten Netzes und der internationalen Aktivitäten der großen französischen Banken), aber zugleich auch in der traditionellen Bedeutung eines Interventionssystems, das bestrebt ist, dieses Finanzwachstum zugunsten der nationalen Produktion zu kompensieren und sich vor der äußeren angelsächsischen Finanzherrschaft zu schützen. Die neuerlichen Anstrengungen (ganz besonders der sozialistischen Regierung), das System weiter für die internationalen Finanzmärkte zu öffnen und es, ganz im Zuge des hochgetriebenen multinationalen Finanzwachstums der staatlichen

¹² Wir weisen darauf hin, daß mit der Explosion der Städte der Dritten Welt und ihrer zur Lohnabhängigkeit gezwungenen Bevölkerung die Mehrheit der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2000 verstädtert sein dürfte.

und privaten Gruppen, nach dem amerikanischen Modell zu deregulieren, stoßen auf das Beharrungsvermögen der traditionellen Strukturen, aber vor allem auf die neuen Notwendigkeiten der staatlichen Regulierung.

Im Gegensatz dazu könnte, ohne Widerspruch zur nationalen oder regionalen Entwicklung und zu den internationalen Kooperationsformen neuen Typs zu geraten, die Knappheit öffentlicher Mittel überwunden werden, wenn grundlegend andere Effektivitätskriterien bei der Verwendung der Unternehmensfonds wie bei der Struktur und der Kreditbasis des Finanzsystems in Kraft treten könnten. Gleichzeitig könnte die französische Tradition unabhängiger Beziehungen zu den Entwicklungsländern und der Blockfreiheit weiterentwickelt werden durch sehr entschlossene Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt, durch andere Beziehungen zu den europäischen Ländern, zu den sozialistischen Ländern und zu den Vereinigten Staaten. Beziehungen, die effektiv und nicht nur den Worten nach eine graduelle Emanzipation vom Dollar zum Ziel haben und die von den wechselseitigen Entwicklungsbedürfnissen der jeweiligen Bevölkerungen selbst ausgehen.

Ein Land wie Frankreich ist (in Beziehung zu den genannten Entwicklungsländern) ein herrschendes und zugleich ein (durch Länder wie die Vereinigten Staaten, Japan, die BRD)¹³ beherrschtes Land. Selbst wenn alle Völker der dominierenden Länder in Form der Auswirkungen der schwachen Absatzmärkte in den abhängigen Ländern auf die eigene Beschäftigungsentwicklung die negativen Folgen der Ausbeutungspolitik zu erleiden haben, ist Frankreich mehr davon betroffen als andere hochentwickelte Länder.

Interessenkonvergenzen können also Frankreich dazu drängen, Allianzen einzugehen, in die Beziehungen neuen Typs eingeschlossen sind. Dies betrifft vor allem Allianzen mit Ländern der Dritten Welt, die ganz in Übereinstimmung stehen mit der Begünstigung von neuen Beziehungen zwischen diesen Drittweltländern selbst. Das würde es auch ermöglichen, gemeinsam und effektiv gegen die Herrschaft des Dollars und des multinationalen Finanzsystems zu kämpfen. Dabei müßte man sich auf zonale Geld- und Finanzsysteme mit dem Ziel stützen, nicht bloß die Herrschaft des Dollars abzulösen, sondern Beziehungen zu schaffen, die die positive Entwicklung der Völker ermöglichen. Das kann auch für andere kapitalistische Länder Europas, etwa Länder mittlerer Bedeutung, gelten.

So würde in der Europäischen Wirtschaftskommission ein Wiederausgleich der inneren und äußeren Beziehungen zugunsten der wechselseitigen Entwicklung der Beschäftigung gefördert. Sozialistische Länder, mit Einschluß Chinas und der UdSSR, könnten auch für diesen neuen Kooperationstyp interessiert werden, der zweifellos, wenn er sich entfalten soll, an einer Linie der Blockfreiheit gegenüber allen sehr großen Machtgruppierungen festhalten

13 Unter Vorbehalten der Differenzen in den Kalkülen und den Anwendungsfeldern scheinen die verfügbaren Statistiken zur Entwicklung der in Neuwert gemessenen Effektivität der Kapitalbestände (bei konstanten Preisen) für 1982–1985 eine ziemlich starke Belebung in den Vereinigten Staaten anzuzeigen, nach den Verschlechterungen von 1969–1985, eine nur verlangsamte Baisse in Frankreich und eine schwächere dazwischen liegende Belebung in der BRD. *Perspectives économiques de l'OCDE*, Mai 1986, tableau 5, p. 16.

müßte. Man könnte, ausgehend von Vorschlägen, die in einer dezentralisier-ten Konstruktion nur bestimmte Unternehmen und bestimmte Regionen ein-beziehen, damit beginnen, diesen anderen Kooperationstyp in Frankreich in die Praxis umzusetzen.

Übersetzer: Reinhard Schweicher.

Der Charakter der gegenwärtigen Krise in Großbritannien und die Alternativvorschläge der Linken

Ron Bellamy

1. Der Charakter der gegenwärtigen Krise in Großbritannien – 2. Die Alternativstrategie – Anfänge und Entwicklung – 3. Ursprünge und Formen der Opposition gegen die Alternativstrategie – 4. Die wichtigsten Ursachen der Ablehnung der Alternativstrategie

1. Der Charakter der gegenwärtigen Krise in Großbritannien

Die gegenwärtige Krise im ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Leben Großbritanniens wird von höchst akuten Symptomen charakterisiert:

- einem Produktionsniveau in der verarbeitenden Industrie, das – in einem sogenannten Boom – niedriger ist als 1979;
- einem sehr niedrigen Wachstum der Arbeitsproduktivität – Resultat einer annähernden Stagnation der Entwicklung des Realkapitalbestandes;
- einer offiziellen Arbeitslosenquote, die die höchste in der entwickelten kapitalistischen Welt ist;
- einer Zahlungsbilanz mit einem Defizit bei Industriegütern – dem ersten in der Geschichte des britischen Kapitalismus – und einem Überschuss bei Erdöl, der aber vom Zusammenbruch der Ölpreise bedroht ist;
- Angriffen auf alle Formen der sozialen Sicherung, während das Durchschnittsalter der Bevölkerung zunimmt und während Teilzeitarbeit und Massenarbeitslosigkeit die Armut rasch ansteigen lassen;
- dem Ruin der Innenstädte infolge des industriellen Niedergangs und der Vernachlässigung der Infrastrukturen;
- der Entstehung von Gettos junger schwarzer und weißer Arbeitsloser, deren Entfremdung immer wieder in gewaltsamen Unruhen ausbricht.

Diese Krise ist eine Folge von Großbritanniens besonderer, historisch bedingter Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Da es ein imperialistischer Staat ist, ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Weltsystems, ist es von der Gesamtheit der Widersprüche betroffen, die dieses System in der gegenwärtigen Phase seiner allgemeinen Krise charakterisieren.

Da es aber der älteste imperialistische Staat ist, sind seine Produktivkräfte geschwächt und seine – politischen und ökonomischen – inneren wie auswärtigen Beziehungen durch das lange Erbe imperialistischer Entwicklung beson-

ders tief beeinträchtigt worden. Es ist kein Zufall, daß unter allen Verbündeten der USA die britische Regierung mit der Bereitstellung von Militärbasen für die Aggression gegen Libyen die willfähigste Rolle spielte. Es ist ebenso kein Zufall, daß der gegenwärtig schärfste wirtschaftliche Konflikt der britischen Arbeiterklasse mit einem Pressemonopolisten ausgetragen wird, der aus dem Ausland kommt und der beträchtliche Medieninteressen in den USA hat und der vom Staat massiv unterstützt wird, als Teil der ununterbrochenen gesetzgeberischen, polizeilichen und Medien-Attacken auf die größte und am besten organisierte demokratische Kraft, nämlich die Gewerkschaften.

Wie jeder andere Staat der kapitalistischen Welt wurde Großbritannien stark von den weltweiten Bedingungen, unter denen seine herrschende Klasse ihre Ziele verfolgt, beeinflußt. Die grundlegenden, permanenten Widersprüche, die diese Bedingungen in der Periode nach 1945 kennzeichnen, haben drei Hauptformen:

Erstens gibt es eine „antagonistische Partnerschaft“ zwischen den Staaten des im Niedergang befindlichen imperialistischen Systems – auf der einen Seite die Partnerschaft gegen den Sozialismus und gegen die Länder, die ihren eigenen unabhängigen Entwicklungsweg suchen; auf der anderen Seite gab es den Antagonismus zwischen einzelnen imperialistischen Staaten. In der Zeit dieser antagonistischen Partnerschaft wurde der Imperialismus durch den Verlust bestimmter Länder an den Sozialismus geschwächt, ebenso von seinen eigenen inneren Konflikten.

Zweitens gibt es den Konflikt zwischen dem Imperialismus und den in neuerer Zeit unabhängig gewordenen Ländern, über die der Imperialismus seine Vorherrschaft zu behalten sucht.

Drittens hat – innerhalb dieses äußeren Rahmens – die Entwicklung der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern, die gegen die ökonomische und politische Offensive des Monopolkapitals kämpft, den Klassenkampf und den Kampf der Volkskräfte intensiviert.

Für Großbritannien – den verwundbarsten Imperialismus – waren die Folgen dieser Periode besonders kraß und auch von besonderer Bedeutung für die Erosion der materiellen, objektiven Basis des Reformismus in der Arbeiterbewegung sowie für die raschere Entwicklung der linken, sozialistischen Strömung.

Wie andere kapitalistische Länder wurde Großbritannien von den zyklischen und den neueren längerfristigen ökonomischen Krisen des gegenwärtigen Weltkapitalismus getroffen, die alle Ausdruck des verschärften Grundwiderspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der modernen Produktivkräfte und dem staatsmonopolistischen Charakter der Aneignung sind. Infolge innerer wie äußerer Einflüsse wurde Großbritannien tief von den zyklischen Krisen allgemeiner relativer Überproduktion nach 1974/75 und dann wieder in den achtziger Jahren getroffen. Als „Bankier der Welt“ bekam es über Wechselkurse und Zinssätze die gewachsene Instabilität der weltweiten kapitalistischen Finanzmechanismen zu spüren, als das Bretton-Woods-System 1967 zu zerfallen begann. Als kleines Land mit einer gewaltigen chemischen Industrie und als ein Weltzentrum der Produktion und Wiederaufarbei-

tung von Plutonium ist es zugleich ein Zentrum der ökologischen Krise. Als Erdölproduzent (seit den späten siebziger Jahren) erlebte es die höchst widersprüchlichen Folgen der weltweiten Energiekrise.

Die besonders harte Form der Krise Großbritanniens ist verursacht von einer tieferen Krankheit, die schon lange vor der gegenwärtigen akuten Phase entstand. Die anhaltende Schwäche der Produktivkräfte, zu der diese Krankheit führte, war schon in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg offensichtlich – Großbritannien hatte von den großen kapitalistischen Ländern die niedrigste Wachstumsrate bei der Produktion, bei den industriellen Investitionen, der Arbeitsproduktivität und dem Lebensstandard. Großbritannien war – mit Investitionen in Übersee und der Übernahme der Rolle als Weltbankier schon vor mehr als hundert Jahren – das erste Land, das den Weg des modernen Imperialismus einschlug. Diese besondere Interessenrichtung der mächtigsten Monopolkapitalisten (besonders im Banksektor) führte dazu, daß über eine lange Zeit die Ressourcen Großbritanniens dazu dienten, die überseeischen Interessen des Großkapitals gegen alle Gegner zu wahren und auszuweiten.

Der imperialistische Parasitismus – mit großen Investitionsrückflüssen aus Übersee, mit einer privilegierten Position auf den Exportmärkten, beim Zugang zu Rohstoffen, bei der Handelsschifffahrt und bei den vielfältigen finanziellen und kommerziellen Aktivitäten in der Londoner City – begünstigte eine gewisse Schwäche der Produktivkräfte Großbritanniens gegenüber seinen später aufgetretenen Rivalen.

Der britische Imperialismus sah sich jedoch von zwei Seiten herausgefordert. Einerseits wurde er von anderen imperialistischen Mächten mit größerer Wirtschaftskraft – erst Deutschland, dann den USA – bedroht. In einer späteren Phase wurde er von den Unabhängigkeitsbewegungen in den unterdrückten Ländern herausgefordert. Die wachsende Belastung durch diese Widersprüche wurde offensichtlich im Zusammenhang mit dem – zuungunsten des Imperialismus – veränderten Kräfteverhältnis in der Welt nach 1945. Dies traf Großbritannien besonders hart, da die Entwicklung der britischen Wirtschaft unter den Bedingungen des Imperialismus lange und weitreichende Verzerrungen erlebt hatte. Unfähig, aus eigener Kraft mit den neuen Kräfteverhältnissen der Ära nach 1945 fertig zu werden, ging der britische Imperialismus – zunächst unter einer Labour-Regierung – ein „Sonderverhältnis“ mit den weitaus stärkeren Vereinigten Staaten ein. Der Preis dafür waren ökonomische Zugeständnisse und eine sklavische Beteiligung an der antikommunistischen und gegen die nationale Befreiungsbewegung gerichteten „Rollback“-Strategie der USA in der Nachkriegszeit.

Die gleichzeitigen Versuche, die absurd-grandiose Stellung einer „unabhängigen“ Nuklearmacht einzunehmen, führten zu einer weiteren Schwächung. Die Versuche, die alten Ziele unter den neuen, feindlicheren Bedingungen zu erreichen, lenkten einen großen Teil der Ressourcen von Schlüsselbereichen der Industrie und der Forschung in Kapitalexperte und Militärausgaben im In- und Ausland.

Andere wichtige Aufgaben wurden vernachlässigt, besonders die konti-

nuierliche Modernisierung der Industrie, die notwendig gewesen wäre, um mit der beschleunigten Entwicklung der Technik Schritt zu halten. Trotz Abwertungen und einem viel niedrigeren realen Einkommenszuwachs als in andern Ländern, sank der Anteil der britischen Industrie am Weltexport ständig, während moderne ausländische Industrieprodukte immer mehr auf dem britischen Markt vordrangen.

Mitte der 60er Jahre war die herrschende Klasse Großbritanniens gezwungen, ihre Erwartungen an die besonderen Beziehungen mit den USA zu modifizieren und sich auf eine andere – ebenfalls antagonistische – Partnerschaft mit der staatsmonopolistischen EWG-Integration einzulassen. Um eine Position der Stärke innerhalb der EWG zu erreichen, brauchte der britische Imperialismus Ressourcen. Sie sollten durch Schnitte bei allen Formen der Konsumtion der Arbeiterklasse gewonnen und zur Schaffung einer „verschlankten, muskulösen“ britischen Industrie auf der Basis privater Investitionen benutzt werden; um die Investitionen profitabler zu machen, sollte die Kraft der organisierten Arbeiterbewegung gebrochen werden.

Freilich hatten manche Illusionen nur eine kurze Lebensdauer. Der „Plan for Britain“ von 1964, der auf den technokratischen Konzeptionen des Premiers *Harald Wilson* von einer „rasenden technischen Revolution“ basierte (die aber die Realität der industriellen Verhältnisse ignorierten), scheiterte an der ererbten Schwäche der industriellen Basis und der Ablehnung einer Rekonstruktion ohne vorherige Garantien für eine Disziplinierung der Gewerkschaften durch das Monopolkapital. Mitte der 70er Jahre schien das Nordsee-Öl einen Aufschub zu gewähren. Diese Hoffnung wurde jedoch durch den Zusammenbruch des Ölpreises und durch den wachsenden Abfluß von Tributen an ausländische Kapitaleigner rasch zunichte gemacht. Aber auch ein solcher Aufschub erwies sich als ungeeignet, eine Industrie zu stützen, deren heimischer Markt durch das freie Einströmen von Produkten aus der EWG ruiniert wurde – zusammen mit den Folgen der Krisen von 1975 und 1979 und einem hohen Wechselkurs (der teilweise auf spekulative Kapitalzuflüsse zurückging, als die Erdölförderung vorübergehend positive Effekte auf die Zahlungsbilanz hatte). Die „Dezimierung“ der verarbeitenden Industrie ist die eine Seite der allgemeinen Erklärung für die ungewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit in Großbritannien. Die andere Seite ist die Deflationspolitik, die von der herrschenden Klasse seit 1979 – als die Krise sich verschlimmerte – verschärft wurde. Wie wir noch sehen werden, waren die Gewerkschaften nicht einfach nur ein ökonomisches Hindernis für die Senkung der Arbeitskosten – vielleicht war noch wichtiger, daß die Krise von Großbritanniens imperialistischer Position und der beschränkte Spielraum für die herrschende Klasse schon Mitte der 60er Jahre die ganze Politik des Reformismus in Frage zu stellen begann; zudem setzten sich allmählich wieder in breiten Teilen der Gewerkschaften und der Labour Party sozialistische Ideen durch.

In der Folge der Entwicklungen, die wir analysiert haben, schwindet die jahrhundertealte materielle Basis des Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung. Die Ideologie kontinuierlicher Reformen im Rahmen des Kapitalismus, die Illusion von Vollbeschäftigung, steigenden Realeinkommen und

einer Ausweitung der Sozialleistungen – garantiert durch ein einvernehmliches Spiel des parlamentarischen „rein und raus“ und eine klassenneutrale Staatsmaschinerie – ist nicht länger haltbar. Sicher hat die herrschende Klasse noch einen gewissen Spielraum für Zugeständnisse aus ihren Profiten. Aber die Politik von *Thatcher* entspringt einem realen Handlungsbedarf. Kein Politiker, der den britischen Imperialismus stützen will, könnte heute wesentlich anders handeln.

Das bedeutet, daß es weder in der Politik noch in der Wirtschaft einen Weg zurück zu der Welt des Zweiparteien-Konsensus gibt, wo die Labour Party Verbesserungen erreichen konnte, soweit sie die grundlegenden Voraussetzungen des Imperialismus akzeptierte.

2. Die Alternativstrategie – Anfänge und Entwicklung

Die scharfe Wende im wirtschaftlichen Leben Großbritanniens Mitte der 60er Jahre zeigte die Unzulänglichkeit der Keynesianischen Makro-Steuerung der Wirtschaft durch Stimulierung der Nachfrage und allgemeine Investitionsanreize. Auf wiederholte Zahlungsbilanzkrisen hatten die Regierungen mit einer „Stop and go“-Politik geantwortet, die ungewisse Perspektiven für industrielle Investitionen eröffnete. Großbritanniens relatives wirtschaftliches Zurückbleiben gegenüber Westdeutschland, Frankreich und anderen EWG-Ländern wurde allzu deutlich. Die Arbeitslosigkeit hatte sich im Vergleich zu den 50er Jahren verdoppelt. Versuche, die alten Methoden durch mehr Mikro-Steuerung und sektorale Maßnahmen zu ergänzen, wurden schon unter der *Tory*-Regierung vor 1964 unternommen. Die Zahlungsbilanzkrise, die dem Regierungsantritt der Labour-Regierung 1964 unmittelbar voranging, machte dies noch dringlicher; die neuen Schwerpunkte prägten auch den unseligen „Plan for Britain“. Noch wichtiger für unsere Analyse ist, daß der Preis für die Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds in der Unterzeichnung einer Einverständniserklärung (im Dezember 1964) bestand, wonach eine sog. Einkommenspolitik durchgesetzt werden sollte. Im Februar 1965 schlug ein „Weißbuch“ (White Paper) der Regierung eine Begrenzung für das jährliche Wachstum der Geldeinkommen auf 3,5 % vor. Dies wurde am 30. April auf einem Treffen des *Trade Union Congress* (TUC) und der *Executives of Trade Unions* mit einer Mehrheit von 6,65 gegen 4,84 Millionen Stimmen gebilligt. 1967 und 1968 folgte ein totaler Lohnstopp. Der anfängliche, durchaus starke gewerkschaftliche Widerstand gegen das „Lohn- und Preis-Gesetz“ (Price and Incomes Act) und gegen das berüchtigte Weißbuch *In Place of Strife* („... an Stelle von Streit“), dessen Vorschläge darauf abzielten, den Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften einzuengen, führte schließlich zu der Alternativstrategie in ihrer gegenwärtigen Form.

Ihren ersten konkreten Ausdruck fand sie in einer Broschüre von *Bert Ramelson*, dem nationalen Organisationsverantwortlichen für die Industrie der Kommunistischen Partei, mit dem Titel *The Great Wage Freeze Trick* („Der große Lohnstopp-Trick“), erschienen 1966. Unter der Überschrift „Die Alter-

native“ wird ein Arbeiter mit den Worten zitiert „Es ist nicht richtig, einfach nur gegen die Einkommenspolitik zu sein. Was ist die Alternative?“. *Ramelson* antwortet: „Das ist ein vernünftiger Kommentar und er verlangt eine Antwort. Es gibt eine politische Alternative, die auf harten ökonomischen Fakten basiert. Wir werden sie hier darlegen. Es ist keine Politik, die alle Probleme des kapitalistischen Großbritanniens lösen kann. Dies würde wirkliche sozialistische Veränderungen erfordern. Erst wenn die Produktion für den privaten Profit abgeschafft ist, das Land dem Volk gehört und es sich zum Nutzen aller entwickelt, wird es keine ökonomischen Krisen mehr geben. Die alternative Politik wird aber auf jeden Fall dazu beitragen, die Zahlungsbilanzkrise zu lösen, die Wirtschaft aus der Stagnation herauszubringen und günstige Bedingungen für den weiteren Kampf für ein sozialistisches Britannien zu schaffen.“

Die Grundzüge dieser Übergangspolitik, die unmittelbare Reformen mit dem Kampf für den Sozialismus verbindet, waren die Basis der beiden Versionen des Programms der Kommunistischen Partei *The British Road to Socialism* („Der britische Weg zum Sozialismus“) von 1952 bzw. 1957 gewesen. Die Vorschläge, die dann in späteren Vorschlägen der KP zur Alternativstrategie erschienen, wurden zumeist auch in der Neufassung von *The British Road to Socialism* 1977 aufgegriffen. Der Abschnitt „Auf dem Weg zu einer sozialistischen Revolution“, der „die nächste Phase des revolutionären Prozesses“ skizziert, spricht von einer alternativen Politik, die sich von einem niedrigeren Stadium zur „vollständigen alternativen Politik“ und zu „dem neuen Typ von Labour-Regierung, die sie ausführen wird“, hinbewegt. Bei der Beschreibung des „niedrigeren Stadiums“ dieser Politik heißt es in dem Dokument: „Es muß als den Verhältnissen entsprechend und realistisch gesehen werden, aber es muß auch Eingriffe in die Macht der Monopole bedeuten.“ Dies wird in dem Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ konkretisiert: „Eine Regierung, die eine effektive Kontrolle über die Entwicklung der Wirtschaft ausüben will, muß die Schlüsselfirmen unter den Unternehmen, die die Wirtschaft beherrschen, nationalisieren; gleichzeitig ist eine weitreichende Kontrolle über die Investitions-, Produktions- und Beschäftigungspolitik jener Firmen notwendig, die in privater Hand bleiben.“ Schließlich heißt es: „Verstärkte öffentliche Kontrolle über die Wirtschaft würde nicht nur die Verabschiedung von Gesetzen im Parlament erfordern, sondern auch die Mobilisierung der Werktätigen.“ Das Dokument hatte zuvor schon die allgemeinen Gesetze der sozialistischen Revolution betont: „Das wesentliche Moment einer sozialistischen Revolution ist die Gewinnung der staatlichen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten.“ Zur konkreten Anwendung dieser Gesetze auf Großbritannien heißt es: „Die Arbeiterklasse ist die Mehrheit der Bevölkerung. Die potentielle Kraft der Arbeiterbewegung ist gewaltig. Zusammen mit ihren Verbündeten kann sie die Großkapitalisten isolieren und ihnen mit überwältigender Stärke gegenüberreten.“ Der Feind sind demnach die Großkapitalisten und die *entscheidende* Kraft für eine *sozialistische* Veränderung ist die Arbeiterklasse. Es mag überflüssig erscheinen, diese altbekannten Wahrheiten noch einmal zu erwähnen; der Grund dafür wird später deutlich werden. Diese

Prinzipien lagen der Alternativstrategie zugrunde, wie sie *Ramelson* 1966 zusammenfaßte:

- Kürzung der Militärausgaben im In- und Ausland
- Stopp privater Investitionen im Ausland
- Ankurbelung der Nachfrage
- Preiskontrollen zur Verhinderung von Inflation
- Beseitigung der Handelsbarrieren gegenüber den sozialistischen Ländern
- Exportsubventionen und ausgewählte Importbeschränkungen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz
- Ausweitung des öffentlichen Eigentums
- Abzahlung der Auslandsschulden (durch Verkauf von Vermögenswerten im Ausland)
- Aufgabe der Funktion des Pfund Sterling als Reservewährung.

Dieses Programm wurde nicht nur von Kommunisten, sondern auch von linken Labour-Vertretern unterstützt. Das Vorwort von *Labour's Programme 1973* sagt, daß dieses Programm auf frühere politische Diskussionen zurückgeht. Es wurde nicht von der Labour-Regierung oder der Parlamentsfraktion der Labour Party verfaßt, sondern vom Parteitag der Labour Party, dessen einmaliger Charakter darin besteht, daß auf ihm die angeschlossenen Gewerkschaften gleichberechtigt vertreten sind; sie stellen sogar die große Mehrheit der Delegierten. Daher repräsentiert er in stärkerem Maße die Auffassungen der organisierten Arbeiterklasse, wie sie von den Aktivisten der KP und der Labour Party geprägt werden. So ist es wichtig, daß das Programm von 1973 – zum ersten Mal in vielen Jahren – von der Konzeption ausgeht, daß die neue Situation „eine grundlegende und irreversible Verschiebung der ökonomischen und politischen Macht zugunsten der Arbeiterklasse“ erfordert.

Diese Strategie war eine Antwort der Arbeiterklasse auf die Widersprüche des Kapitalismus. Da der Begriff Strategie mitunter ungenau gebraucht wird, müssen wir deutlich klarstellen, daß es – am wenigsten in den Augen der Marxisten – keine Strategie war, die nur von einer Labour-Regierung auszuführen wäre, obwohl dies gewiß für die Aspekte eine notwendige Bedingung wäre, die legislatives und staatliches Handeln erfordern. Ebenso wenig war sie begrenzt auf die unmittelbaren Interessen der Werktätigen, obwohl sie natürlich nur durch die Verbindung der zukünftigen mit den aktuellen Interessen imstande wäre, das Bewußtsein zu entwickeln und die Kräfte zu mobilisieren, ohne die weiterreichende Forderungen nicht gegen den Widerstand der Monopole durchgesetzt werden könnten. Es handelt sich um eine Übergangstrategie für den ganzen Zeitraum von der Gegenwart (ob 1966 oder jetzt) bis zu dem Punkt, wo sich die Frage einer qualitativen Veränderung des Klassencharakters der Staatsmacht stellt.

Es überrascht nicht, daß 1983 – als die USA jeden Schein einer Entspannungspolitik fallengelassen hatten und als die Arbeitslosigkeit in Großbritannien auf drei Millionen gestiegen war – der Verfasser dieses Aufsatzes¹ im wesentlichen die gleiche Sprache sprechen konnte wie *Bert Ramelson* sieben

1 R. Bellamy, Morning Star, Freitag 14. 10. 1983.

Jahre früher: „Die Alternativstrategie hat zwei sich ergänzende Teile. Erstens die Mobilisierung von Kräften für unmittelbare soziale Verbesserungen, für den Übergang vom Krieg zur Entspannung, von der Arbeitslosigkeit zur Zunahme der Beschäftigung. Zweitens die Offensive dieser Kräfte, um Einbrüche in die ökonomische und politische Macht des Großkapitals zu erreichen, ohne die die unmittelbaren Verbesserungen nie gefestigt oder ausgeweitet werden können.“ Die Strategie könnte ebenso, ausgehend von den neuen taktischen Aufgaben, den Diskussionen und Erfahrungen in der Zwischenzeit, detaillierter entwickelt werden.

„Die Strategie wird Arbeitsplätze durch eine Erweiterung der Produktion schaffen. Der Markt für diese zusätzliche Produktion wird vor allem das Inland sein. Die Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt wird durch Regierungsausgaben bei den Sozialleistungen gesteigert werden, durch Investitionen in neue Betriebe und Ausrüstungen zur Modernisierung der Industrie und durch eine wachsende reale, durch Preiskontrollen geschützte Kaufkraft der Arbeiter.

Zweitens wird diese Strategie die erhöhte Nachfrage auf einheimische Produkte lenken, nämlich durch Importbeschränkungen und dann durch langfristige Abkommen mit einem breiteren Spektrum von Handelspartnern im Ausland.

Drittens wird sie die Industrie modernisieren, unter öffentlicher Kontrolle, die durch eine Ausweitung des öffentlichen Eigentums möglich werden wird – koordiniert durch zentrale Planung und demokratisiert durch Beteiligung der Gewerkschaften; dies sind die beiden einander ergänzenden Methoden, um in der Übergangsperiode den besten Gebrauch von öffentlichen Ressourcen zu machen und die Arbeitsplätze gegen die Gefahren einer anarchischen Einführung neuer Technologien zu schützen. Um sicherzustellen, daß diejenigen transnationalen Firmen, die privat bleiben, zu diesem Prozeß der Entwicklung von Großbritanniens Produktivkräften beitragen, müssen Auslandsinvestitionen kontrolliert werden.

Viertens tritt diese Strategie für einen Rückzug aus der EWG ein, da in ihrem Rahmen Importkontrollen, Planung von Inlandsproduktion und Außenhandel sowie eine Erweiterung des öffentlichen Eigentums nicht verwirklicht werden können“.

Es sollte kaum nötig sein, zu unterstreichen, daß diese Politik – anders als manche ihrer Kritiker behauptet haben – keinesfalls eine beliebige „Wunschliste“ ist. Sie ist ein zusammenhängendes Ganzes, dessen Teile voneinander abhängig sind. Die ganze Strategie kann auch deutlicher in marxistischen Begriffen gefaßt werden. Die existierenden Produktionsverhältnisse des britischen staatsmonopolistischen Kapitalismus und Imperialismus sind in zunehmendem Maße unfähig, einen Rahmen oder eine „Entwicklungsform“ für die volle Nutzung des Potentials der modernen Produktivkräfte im Interesse der Werktätigen zu liefern. Die Alternativstrategie zielt daher auf Veränderungen in den inneren und äußeren Produktionsverhältnissen (unter Einschluß der Austauschverhältnisse), um so ihre Nutzung zu ermöglichen. Bis 1986, nachdem – wie wir später im Detail sehen werden – die Alternativstrategie angegriffen worden war und bestimmte Tendenzen in der Entwicklung des briti-

schen Kapitalismus (obwohl im Westen unverändert) noch akuter geworden waren, wurde die Strategie im Hinblick auf diese Aspekte ebenfalls weiterentwickelt. Seit 1979, als die britischen Währungskontrollen aufgehoben wurden, stiegen die Auslandsinvestitionen um ein Vielfaches, gerade in den besonders parasitären Formen von Bank- und Portfolio-Investitionen, die um das Fünffache zunahmen. Die Kontrolle der Kapitalbewegungen ist noch dringlicher geworden, um zu verhindern, daß die Produktion – wie *Keynes* es einmal sagte – „Nebenprodukt eines Kasino wird“, bestimmt von transnationalen spekulativem Kapital. Zweitens haben die Verlagerung von Produktionen ins Ausland durch transnationale Unternehmen in britischem Besitz und das weitere Vordringen von Importen die Produktion der einheimischen verarbeitenden Industrie erneut dezimiert – die Werkzeugmaschinenindustrie ist praktisch verschwunden, ebenso eine lebensfähige, unabhängige Automobilproduktion. Das beschleunigte Eindringen ausländischen, besonders US-amerikanischen Kapitals in die britische Industrie wurde – im Verlauf der kürzlichen Westland- Helikopter-Affäre – in scharfer Form von einem der zurückgetretenen Kabinettsminister, *Michael Heseltine*, in Frage gestellt – „wenn man sie nicht hindert (. . .), würden die USA sich nach und nach in die hochentwickelten Wirtschaftsbereiche der Welt einkaufen“. Die Sicherung einer Atempause für die Rekonstruktion der Produktivkräfte im Inland wird noch dringlicher. In der Konzeption der Alternativstrategie, wie wir sie dargelegt haben,² steht (und stand) es außer Zweifel, daß auch mittelgroße entwickelte Nationen wie Großbritannien in der Zukunft in höherem Maße an der internationalen Arbeitsteilung teilhaben müssen als in der Vergangenheit. Da die wissenschaftlich-technische Revolution in den meisten wichtigen Branchen das Kapitalminimum angehoben hat, muß Großbritannien sich stärker spezialisieren. Diese Feststellung bedeutet keineswegs, die neoklassischen Idealisierungen des Marktmechanismus und seiner vermeintlichen Garantie eines Wohlfahrts-Optimums zu übernehmen. Einer der Punkte der Alternativstrategie jedoch, die eine weitere Diskussion erfordern – auf der Basis der zukünftigen Tendenzen der Weltproduktion, besonders im Zusammenhang mit der unvermeidlichen Industrialisierung der Dritten Welt, und unter Berücksichtigung der nicht unbeträchtlichen traditionellen Vorteile Großbritanniens –, ist die Frage, was die optimalen Entwicklungsrichtungen für Produktion, Wissenschaft und Bildung und damit auch für die Allokation der Investitionen in den einzelnen Bereichen sind.

3. Ursprünge und Formen der Opposition gegen die Alternativstrategie

Wenn wir versuchen, die Formen der Opposition gegen die Alternativstrategie, die wir dargelegt haben, zu analysieren, geht es nicht darum, jene zu kritisieren, die mit diesem oder jenem taktischen Vorschlag nicht übereinstimmen,

² Vgl. etwa R. Bellamy, *Trends in British Capitalism in the 1970's*, in: *Marxism Today*, Januar 1973.

aber die Konzeption im wesentlichen unterstützen. Die Strategie ist aber ein zusammenhängendes Ganzes und es gibt Grenzen, jenseits derer Teildifferenzen zu einer Ablehnung des Ganzen werden. Es ist die letztere Form der Opposition, die uns hier beschäftigt.

Die grundlegende Gemeinsamkeit aller Formen der Opposition ist der Opportunismus. Unter Opportunismus verstehen wir Ansichten (und eine Politik), die die Interdependenz von kurz- und langfristigen Interessen der Arbeiterklasse und/oder die Interdependenz von Teil- oder Brancheninteressen und den Gesamtinteressen der ganzen Klasse ignorieren. Es gibt zwei Hauptformen dieser Haltung. Der Standpunkt, der die kurzfristigen und Teil- oder Brancheninteressen verabsolutiert, ist der Standpunkt des rechten Opportunismus. Die typische Erscheinungsform des rechten Opportunismus in der Arbeiterbewegung Großbritanniens ist der traditionelle reformistische Standpunkt des rechten Flügels der Labour Party und der Gewerkschaften. Er erscheint aber auch als Revisionismus in marxistischen Parteien. Die Positionen dagegen, die die langfristigen Interessen der Arbeiterklasse als ganze verabsolutieren – ohne Zusammenhang mit den kurzfristigen, Teil- oder Brancheninteressen – gehört zum linken Opportunismus. Die typischen Vertreter des linken Opportunismus in Großbritannien sind die kleinen ultralinken Gruppierungen, die sich mehr oder minder deutlich auf den Trotzismus gründen; von ihnen haben die *Socialist Worker's Party* und die *Worker's Revolutionary Party* ihre soziale Basis hauptsächlich unter Studenten und jungen Intellektuellen, während die *Militant Tendency* eine stärkere Basis in der Arbeiterklasse hat. Ihre Isolation führte sie in jüngster Zeit zu der Praxis des „Entrismus“ in die Massenpartei Labour.

Der rechte Opportunismus – als Standpunkt gesellschaftlicher Gruppen, die ihre Ziele noch durch den Kampf innerhalb des Kapitalismus erreichen können – bestimmte die Geschichte der britischen Arbeiterbewegung für mehr als ein Jahrhundert. Da aber seine materielle Basis abbröckelt, wurde der Reformismus zunehmend durch die Ideen und den Führungsanspruch der Linken herausgefordert.

Der linke Opportunismus ist vergleichsweise eine neue Erscheinung in Großbritannien. Sicher existierten Sektierertum und in gewissem Umfang auch Anarcho-Syndikalismus schon früher – das, was Lenin³ 1919 als die Reaktion des „edlen Proletariats“ auf den „parlamentarischen Kretinismus“ bezeichnete. Und sie werden immer wieder in Phasen der Desillusionierung gegenüber den reformistischen Führern – und solche Phasen gab es viele – auftauchen. Nachdem jedoch die Kommunistische Partei entstanden war, beschränkten sich diese Tendenzen lange Zeit auf kleine, fast einflußlose trotzkistische Sekten. Als aber der Niedergang des britischen Imperialismus neue, bis dahin privilegierte Teile der Arbeiterschaft zu bedrohen begann, die entsprechend wenig Kampferfahrung hatten, entwickelten sich sehr rasch linksopportunistische Tendenzen.

3 Lenin, Linker Kommunismus. Lenin bezog sich auf William Gallacher, der später kommunistischer Parlamentsabgeordneter und Ehrenpräsident der Kommunistischen Partei war.

Die Wurzeln des linken Opportunismus finden sich in der objektiven Lage von Gruppen mit geringer Kampferfahrung, die sich plötzlich dazu gezwungen sehen, nach Ausweichmöglichkeiten vor den Wirkungen der imperialistischen Krise zu suchen – unter Bedingungen, wo die Ideen der herrschenden Klasse keine breite Zustimmung mehr finden und wo keine Massenbasis für reaktionäre, demagogische Alternativen existiert. Diese Gruppen tun sich zunächst schwer mit den beharrlichen und disziplinierten Kampfformen, die die organisierte Arbeiterklasse in den Großbetrieben in einer langen Zeit mühsam entwickelt hat. Typisch für sie ist vielmehr ein ungeduldiger Wunsch nach raschen Veränderungen, der leicht zu politischem Abenteuerium und – wenn dieses unvermeidlich scheitert – zu Fatalismus und Passivität führt. Da sie eine radikale Veränderung wollen, wirkt auch der Sozialismus auf sie anziehend. Da aber ein „sofortiger Sozialismus“ keine realistische Vorstellung ist und da der real existierende Sozialismus – zumal in dem alles durchdringenden Klima antikommunistischer Propaganda – hauptsächlich unter seinen negativen Aspekten gesehen wird, lehnen sie ihn ab und wenden sich „neuen Modellen des Sozialismus“ zu. Andere lehnen den Sozialismus ganz ab und suchen nach einem neuen, und sei es „niedrigeren“ Platz im Kapitalismus. Da es „Ebbe und Flut“ im kapitalistischen Niedergangsprozeß gibt und da die herrschende Klasse – um Zeit zu gewinnen – zu Zugeständnissen bereit ist, werden viele sich dem Reformismus zuwenden, um einen – wenn auch zunehmend unsicheren – Halt zu finden.

Dies sind Wurzeln verschiedener Formen der Opposition gegen die Alternativstrategie. Aber bei einer theoretisch gefestigten und organisatorisch starken Führungsfunktion ihrer Anhänger wird die weitere unvermeidliche Vertiefung der Krise die Unterstützung für die Gegenpositionen schwächen und zu einer wachsenden Zustimmung für die Verbindung des Kampfs für Reformen mit dem Kampf für eine radikale Wende führen.

4. Die wichtigsten Ursachen der Ablehnung der Alternativstrategie

Die Ablehnung der Alternativstrategie innerhalb der Arbeiterbewegung gab es im Keim schon früher. Vor *Thatchers* zweitem Sieg 1983 standen bei den offenen Vertretern des Reformismus nebeneinander Passivität und widerwillige Lippenbekenntnisse zu dieser Strategie. Die Ultralinke dagegen verurteilte sie als reinen Rechtsopportunismus, als Verrat an der internationalen Solidarität und als irrelevant für den Kampf um den Sozialismus, für den sie die Kräfte als inzwischen reif ansahen, gehemmt nur durch die opportunistische Führungsrolle von Kommunisten und „Gewerkschaftsbürokraten“. Von den am meisten fortgeschrittenen Teilen der Bewegung dagegen wurde die Alternativstrategie offen begrüßt und viele ihrer Vorschläge erhielten eine so breite Unterstützung, daß sie in die offizielle Politik von TUC und Labour-Parteitag eingingen. In drei entscheidenden Fragen jedoch – gegenüber der Position der Kommunisten und der linken Labour-Aktivisten – gab es von Anfang an Widersprüche und Undeutlichkeiten.

Nach den Wahlen von 1983 wurde diese ablehnende Haltung noch deutlicher. Der Generalsekretär des TUC vertrat in *The New Realism* zugleich Defätismus und Klassenkollaboration. Angesichts einer breiten Opposition trat er vorzeitig zurück. Jedoch begannen frühere Anhänger der Alternativstrategie aus der Labour Party (das *Labour Coordinating Committee*,⁴ das 1982 eine von der *Conference of Socialist Economists*⁵ ausgearbeitete Version der Alternativstrategie unterstützt hatte), nun die äußeren Schranken einer auf Expansion und Modernisierung gerichteten Politik als nur durch das gemeinsame Handeln westeuropäischer sozialistischer Regierungen überwindbar anzusehen.⁶ Die offiziellen Dokumente der Labour Party zur Frage des öffentlichen Eigentums legten den Schwerpunkt auf lokale Projekte, besonders auf kleinste Produktionsgenossenschaften; Nationalisierungen und staatliche Formen der Koordination und Kontrolle hatten nur noch geringen Stellenwert. Ebenso begann man, als die Parlamentswahlen näherrückten, die alten Beschränkungen – wenn auch in der neuen Form eines jährlichen „Volkswirtschaftlichen Orientierungsrahmens“ (National Economic Assessment) – für die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften (mit der diese in einer Wirtschaft mit ungebrochener Macht des Kapitals ihre Mitglieder verteidigen) zu propagieren.

Ausdruck fanden diese neuen Tendenzen auch in anderen Gruppierungen der Linken bis hin zur Kommunistischen Partei. So spricht das 1986 veröffentlichte Diskussionsdokument *The New Economic Strategy* von „dem beschränkten Charakter vieler Forderungen der Alternativen Wirtschaftsstrategie (AWS). Es gab ein übermäßiges Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, Probleme zu lösen. Die Forderungen der AWS gingen kaum auf die Bedürfnisse von Frauen ein. Die besonderen Bedürfnisse von Frauen als Teil der Beschäftigten sowie im Bereich der häuslichen Arbeit wurde übergangen. Es gab auch keinen feministischen Ansatz in den anderen Aspekten der Strategie. Umweltfragen wurden weitgehend ignoriert. Die internationalen Dimensionen der britischen Wirtschaft und die Notwendigkeit von Veränderungen in der Weltwirtschaft wurden nicht erkannt (. . .) Während die AWS die ‚Ausweitung des öffentlichen Eigentums‘ fordert, würde allein schon eine Rückkehr zu dem 1979 – vor den Privatisierungen *Thatchers* – existierenden Volumen des öffentlichen Sektors Nationalisierungen erfordern, die über die der Labour-Regierung von 1945 hinausgingen – zu einer Zeit, wo die traditionelle Form der Nationalisierung unpopulär ist (. . .) Der vielleicht effektivste Beitrag der AWS bestand in der Anregung lokaler Alternativstrategien (. . .) Es gab wichtige Maßnahmen lokaler Behörden – z. B. des *Greater London En-*

4 Das Labour Coordinating Committee wurde 1978 gegründet, um eine Verbindung zwischen linken Alternativen in der Labour Party zu schaffen. Nach 1985 bewegte es sich zur Mitte.

5 Die Conference of Socialist Economists entstand 1970 mit der „Renaissance des Marxismus“ unter Studenten und Hochschullehrern. 1980 gab sie zusammen mit dem Labour Coordinating Committee die Schrift *The Alternative Economic Strategy – A labour movement response to the economic crisis* (Die alternative Wirtschaftsstrategie – eine Antwort der Arbeiterbewegung auf die wirtschaftliche Krise) heraus.

6 Vgl. etwa Stuart Holland, *Out of Crisis – A project for European Recovery* von 1983, das in dem von Ken Coates herausgegebenen Band *Joint Action for Jobs – a new internationalism* von 1986 weiterentwickelt wurde.

terprise Board – die die Modernisierung und Umstrukturierung lokaler Industrien zugleich mit demokratischer Beteiligung der Bevölkerung an der Planung förderten. Zwar fehlten staatliche Mittel, zugleich aber entging man damit den Fallstricken etalistischer Lösungen. Eine neue ökonomische Strategie muß diese wertvollen Erfahrungen berücksichtigen (...). In der Diskussion muß man bewußt für die Einbeziehung einer feministischen, antirassistischen und ökologischen Dimension sorgen, und ebenso dafür, daß die Veränderung sozialer Beziehungen und die Verbesserung unserer Lebensqualität ein stets gegenwärtiges Ziel bleiben. *Diese Fragen sind nicht ergänzende Momente einer Strategie, sondern grundlegend für ihre Entwicklung insgesamt*“ (Hervorhebung R. B.). Damit wird *erstens* die Konzeption eines breiten demokratischen Bündnisses gegen das Monopolkapital unter Führung der Arbeiterklasse ersetzt durch die eines Bündnisses von die Klassen überspannenden, jeweils auf ein Ziel beschränkten Bewegungen; dabei wird die organisierte Arbeiterklasse mit ihrer langen Kampferfahrung mit anderen Bewegungen auf die gleiche Stufe gestellt oder sogar ihnen gegenüber als rückständig betrachtet. Das Monopolkapital als der Klassenfeind des Bündnisses wird ersetzt durch den „Thatcherismus“, der als „autoritärer Populismus“ oder als „Rechtswendung der britischen Politik“ definiert wird.

Zweitens wird die marxistische Konzeption des Übergangs zum Sozialismus (mit seiner materiellen Basis in der Großproduktion, deren Schaffung die historische Rolle des Kapitalismus war) ersetzt durch Konzeptionen eines zutiefst kleinbürgerlichen, utopischen und moralischen Sozialismus, die die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus so heftig kritisiert hatten. Dies ist um so ungewöhnlicher, als etwa der der Labour Party angehörende Vorsitzende des *Greater London Council*⁷, der für die hier propagierten kleinen lokalen Initiativen direkt verantwortlich war, keine Illusionen über ihre beschränkte Bedeutung hat: für ihn sind nämlich die entscheidenden Faktoren – im Hinblick auf die Höhe der Beschäftigung und auch nahezu alles andere in einem unveränderten Kapitalismus – die Großkonzerne und Banken.

Drittens wird die traditionelle Politik des Rückzugs aus der EWG in Frage gestellt.

Viertens werden alte Vorschläge für Lohnbeschränkungen wieder den Gewerkschaften gegenüber hervorgeholt. Der „Sozialpakt“ (Social Contract) sollte angeblich „den Niedrigbezahlten helfen“. Heute gibt es eine akute Armut infolge von Massenarbeitslosigkeit (besonders unter Jugendlichen, zumal unter den Schwarzen), zunehmender Teilzeitarbeit unter gewerkschaftlich nicht organisierten Frauen, und infolge unzulänglicher Sozialfürsorge. Die besser bezahlten Arbeiter müssen sich mäßigen, so heißt es, um „eine Umverteilung zwischen Reich und Arm“ zu ermöglichen – was auf eine Umverteilung *innerhalb* der Arbeiterklasse hinausläuft. In den 70er Jahren war es gerade die machtvolle, von der Kommunistischen Partei initiierte Kampagne, die

⁷ Ken Livingstone in einem Auftritt bei *Strategies for Socialism* (Polytechnic of Central London), März 1986. Den gleichen Standpunkt vertritt der Bericht des *Greater London Enterprise Board*.

die breite anfängliche Unterstützung innerhalb der Gewerkschaften für die Lohnstopp-Politik der Labour-Regierung mit dem *Social Contract* in das Gegenteil verkehrte – freilich nicht rechtzeitig genug, um *Thatchers* Wahlsieg von 1979 – für den die Desillusionierung angesichts der Labour-Politik eine wesentliche Voraussetzung war – zu verhindern.

In diesen entscheidenden Fragen werden die politischen und theoretischen Argumente der Alternativstrategie innerhalb der Arbeiterbewegung weiterhin von den linken Gewerkschaften – wie u. a. TASS, NUM, NUPE oder AS-LEF – vertreten. Bei der Labour-Linken finden sich in den Publikationen der *Campaign Group of Labour MP's*⁸ immer klarere Positionen. Diese Entwicklung zeigte sich etwa in ihrer jüngsten Publikation⁹ – verglichen mit der vor den Wahlen von 1983 erschienenen Artikelsammlung *Beyond Thatcher: The Real Alternative*.

In diese Richtung argumentiert auch die Tageszeitung „Morning Star“. Aufschlußreich für diese Position ist die vorliegende Publikation *Which way for Labour – A Communist Perspective for the Labour movement* (1986).¹⁰

Übersetzung: Winfried Roth.

8 Die Campaign Group of Labour M. P.'s hat 42 Mitglieder, die durchweg zur Parteilinken gehören. Der bekannteste ist Tony Benn. Das Buch *Beyond Thatcher: The Real Alternative* (Jenseits von Thatcher: Die wirkliche Alternative) aus dem Jahr 1983 (herausgegeben von Jon Lansman und Alan Meale bei Junction Books) enthielt Aufsätze von Mitgliedern dieser Gruppe, von linken Gewerkschaftsführern und einigen Mitgliedern des Labour Coordinating Committee. Nach der Wahlniederlage von Labour 1983 gab es eine politische Polarisierung zwischen den beiden Gruppen, wobei die Campaign Group sich stärker den Positionen der Alternativstrategie annäherte.

9 Andrew Glyn, *A million Jobs a Year*, 1985.

10 Die erwähnte Broschüre wurde vom Verfasser dieses Aufsatzes im Morning Star vom 24. 4. 1986 rezensiert.

Der Charakter der gegenwärtigen Krise und Alternativen der Linken: Italien

Elvio Dal Bosco

1. Die Wirtschaftsentwicklung – 2. Der Staatshaushalt – 3. Die Wirtschaftspolitik – 4. Die Arbeiterbewegung – 5. Aussichten

In der ersten Hälfte der 80er Jahre weist die Wirtschaftsentwicklung Italiens in mancher Hinsicht ähnliche Züge auf wie die der anderen entwickelten kapitalistischen Länder und insbesondere der wichtigsten westeuropäischen Länder, auch wenn sie einige Besonderheiten zeigt.

Es ist eine starke Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu verzeichnen: Zwischen 1980 und 1985 beträgt die durchschnittliche Zunahme des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu konstanten Preisen etwa ein Prozent und entspricht damit der Steigerung, die die drei größten westeuropäischen Länder (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien) erzielt haben. Hinzu kommt eine beträchtliche Zunahme der Arbeitslosigkeit, die im Berichtszeitraum bei etwa 10 Prozent der Erwerbspersonen liegt. Weit schlechter schneidet Italien bei der Preisentwicklung ab: Die Lebenshaltungskosten steigen jährlich um durchschnittlich 14 Prozent, während sie in den drei anderen Ländern um 7 Prozent zunehmen. Der Fehlbetrag des Staates, der in den anderen drei Ländern in den achtziger Jahren zwischen 2 und 4 Prozent des BIP ausmacht, bläht sich in Italien auf und steigt zwischen 1980 und 1985 von 9 auf 15 Prozent.

In der Tat werden in Italien die Widersprüche der Wirtschaftspolitik und die Auswirkungen der mehr oder weniger scharfen Konfliktsituation zwischen Unternehmen und Arbeiterbewegung eben auf den Fehlbetrag des Staates abgewälzt. Auch infolge der schwierigen Wirtschaftslage (vor allem der erheblichen Zunahme der Arbeitslosigkeit) sehen sich die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei in immer stärkerem Maße in die Defensive gedrängt; die zwischen den drei großen Gewerkschaftszentralen bestehenden Divergenzen in bezug auf Taktik und Strategie der Tarifpolitik haben zu einer zunehmenden Lähmung der Kampfkraft der Werktätigen geführt und tragen dazu bei, daß Resignation und korporatistische Tendenzen um sich greifen.

1. Die Wirtschaftsentwicklung

In der Zusammensetzung der Verwendung des BIP treten zwischen 1980 und 1985 bedeutende Veränderungen auf: Die Ausfuhr von Waren und

Dienstleistungen nimmt erheblich zu, nämlich von 23 auf 27,5 Prozent des BIP zu konstanten Preisen; bei der Binnennachfrage stagniert der private Verbrauch und steigt der für den Staatsverbrauch bestimmte Anteil, während die Quote der Bruttoanlageinvestitionen, insbesondere die der Bauten, zurückgeht; unter den sieben größten kapitalistischen Ländern hat Italien jetzt den niedrigsten Anteil an Ausrüstungsinvestitionen.

Tabelle 1: Verwendung und Entstehung des BIPs
(Anteil in % in Preisen von 1970)

	1980	1985
<i>Verwendung des Bruttoinlandsprodukts</i>		
Bruttoinlandsprodukt	100,-	100,-
- Privater Verbrauch	63,5	63,4
- Staatsverbrauch	14,2	15,4
- Anlageinvestitionen	17,6	17,0
- Ausrüstungen	8,8	8,9
- Bauten	8,8	8,1
- Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	22,9	27,5
- Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	21,8	23,8
<i>Entstehung des Bruttoinlandsprodukts</i>		
Bruttoinlandsprodukt	100,-	100,-
- Land und Forstwirtschaft, Fischerei	6,8	6,5
- Warenproduzierendes Gewerbe	42,3	39,9
- Bergbau und Energie	4,9	4,5
- Verarbeitendes Gewerbe	31,2	29,8
- Baugewerbe	6,1	5,6
- Dienstleistungen	41,2	43,9
- Staat	9,7	9,7

Quelle: Banca d'Italia, Relazione per il 1985

In der Zusammensetzung der Entstehung des BIP haben sich die in den siebziger Jahren begonnenen Tendenzen fortgesetzt: Der Anteil der Industrie ist mit einem Rückgang von 42 auf knapp 40 Prozent geschrumpft zugunsten der Dienstleistungen, deren Anteil von 41 auf 44 Prozent gestiegen ist; die gleichbleibende Produktion des verarbeitenden Gewerbes hat bewirkt, daß der Anteil dieses Wirtschaftsbereiches von 31,3 auf 29,8 Prozent sank. Innerhalb der verarbeitenden Industrie hat sich ein tiefgreifender Umstrukturierungsprozeß vollzogen, aber man kann nicht behaupten, daß die *high-tech*-Zweige davon sonderlich profitiert hätten. Die Zentralbank weist vielmehr auf einen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit in den Zweigen der EDV-Anlagen und der Straßenfahrzeuge hin: „Der gegen Ende des letzten Jahrzehnts eingesetzte Umstrukturierungsprozeß hat dem Ziel der Wiederherstellung von Rentabilitätsverhältnissen Priorität eingeräumt und damit in der Tat eine Einengung des Pro-

duktionspotentials auch in Zeiten der Steigerung der Binnen- und Auslandsnachfrage nach sich gezogen.“¹

Während das Produktionspotential im großen und ganzen unverändert blieb, zeichnen sich im wesentlichen zwei Entwicklungen ab: die Dezentralisierung der Produktion und die auch unter Beteiligung ausländischen Kapitals vollzogene Finanzkonzentration. Um die angestrebte Dezentralisierung der Produktion zu erreichen, haben die Großunternehmen nach Jahrzehnten erneut in sehr großem Umfang auf die Lieferungen kleiner Betriebe und auf Heimarbeit zurückgegriffen. Damit verfolgen sie gleichzeitig das Ziel, die Zahl der in den Großunternehmen Beschäftigten zu reduzieren, da diese gewerkschaftlich stark organisiert und sehr kämpferisch sind, während die Zersplitterung der Werkstätigen in kleinen und kleinsten Zulieferbetrieben ihre Mobilisierung beträchtlich erschwert. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre hat sich der Charakter der Verflechtung zwischen Industrie- und Finanzkapital gewandelt: wurden in den siebziger Jahren Finanzholdings gebildet, die die Kontrolle über eine Vielzahl von Industrieunternehmen ausüben, kommt es jetzt zur Entstehung großer Finanzgesellschaften, die auf verschiedenen Gebieten tätige Finanzunternehmen (Banken, Versicherungen, Finanzierungsgesellschaften) kontrollieren, welche ihrerseits die Industrieunternehmen kontrollieren. Hinzugekommen zu den beiden großen Privatkonzernen FIAT und Pirelli sind der De-Benedetti-Konzern, der nicht nur Olivetti gestärkt hat, sondern auch das Ziel verfolgt, einen großen Lebensmittelkonzern zu schaffen, und der Chemieriese Montedison, der vor einigen Jahren weitgehend privatisiert wurde. Diese Entwicklungen gingen Hand in Hand mit einem Rückgang des Einflusses der verstaatlichten Industrie und einer erhöhten Beteiligung ausländischen Kapitals. Nachdem das ausländische Kapital gegen Ende der siebziger Jahre vorübergehend wenig Interesse gezeigt hatte, hat es in den italienischen Unternehmen inzwischen erneut auf breiter Basis beherrschende Positionen erlangt: In Unternehmen mit über 500 Beschäftigten ist die ausländische Beteiligung besonders massiv und liegt unter Zugrundelegung der Beschäftigtenzahl bei 20 Prozent; aktiv sind auf diesem Gebiet außer den USA vor allem die BRD und Schweden.

In dem hier untersuchten Zeitraum hat das Großkapital in Italien also vorrangig die Finanzkonzentration betrieben und dabei die Ausweitung des Produktionspotentials vernachlässigt. Darauf hat selbst die Banca d'Italia hingewiesen: „In dem bereits hinter uns liegenden Teil der achtziger Jahre ist es zu einer Stagnation, wenn nicht sogar zu einem Rückgang der Kapazität der Industrieanlagen gekommen; noch 1985 lag sie unter dem 1980 erreichten Niveau.“² Und weiter heißt es dort: „Die Schaffung von Arbeitsplätzen, die angesichts des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit, von der besonders die Jugendlichen betroffen sind, unbedingt notwendig ist, erfordert die Vergrößerung des Produktionspotentials. Die Umkehrung der Preisrelation zugunsten der Fertigwaren schafft eine günstige Kostenlage; es ist vor allem Aufgabe der Unter-

1 Banca d'Italia, *Relazione per il 1985*, Roma, 1986, S. 127.

2 Banca d'Italia, a.a.O., *Considerazioni finali del Governatore*, S. 30.

nehmen, sie in eine Preisverlangsamung statt in eine Erhöhung der Nomina-leinkommen, in Realinvestitionen statt in Finanzanlagen umzusetzen.“³

Was die Einkommensverteilung betrifft, so ist die Lohnquote zwischen 1980 und 1985 von 56 auf 57 Prozent leicht angestiegen, aber die bereinigte Nettolohnquote ist weiter gesunken, nämlich von 34 auf 32 Prozent des Volkseinkommens. Die Lohnmäßigung hat allerdings keineswegs zu einer Verbesserung der Beschäftigungslage geführt, wie die „Theorien“ der bürgerlichen Nationalökonomien behaupten; ganz im Gegenteil: Die Zahl der Arbeitslosen (einschließlich der sogenannten Kurzarbeiter auf Null Stunden) ist zwischen 1980 und 1985 von 1,8 Millionen bzw. acht Prozent der Erwerbspersonen sprunghaft auf fast drei Millionen bzw. zwölf Prozent angestiegen und erreicht damit eine Arbeitslosenquote, die eine der höchsten aller entwickelten kapitalistischen Länder ist.

In dem Berichtszeitraum hat sich auch die durchschnittliche Dauer, die für die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgewendet wird, erheblich verlängert: Wenn sie 1980 noch 13 Monate betrug, ist sie 1985 auf 20 Monate angestiegen. Außerdem hat sich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit, das auch im Vergleich zu den übrigen entwickelten kapitalistischen Ländern in Italien sowieso schon besonders gravierend war, weiter verschärft: unter den Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren ist der Anteil der Arbeitslosen von 25 auf 35 Prozent angestiegen.

*Tabella 2: Arbeitsmarkt
(Anteil in %)*

	1980	1985
<i>Erwerbstätige in % der</i>		
Bevölkerung insgesamt	39,9	41,1
Bevölkerung Männer	54,4	54,7
Bevölkerung Frauen	26,0	28,2
<i>Abhängig Beschäftigte in % der</i>		
Erwerbstätigen	71,6	70,6
Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	100,0	100,0
– Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	13,4	11,1
– Warenproduzierendes Gewerbe	36,7	32,6
– Bergbau und Energie	0,9	0,9
– Verarbeitendes Gewerbe	27,4	24,0
– Baugewerbe	8,4	7,7
– Dienstleistungen	35,6	41,4
– Staat	14,3	14,9

Quelle: idem

3 Ebenda, S. 34.

Ähnlich wie in anderen kapitalistischen Ländern ist es auch in Italien zu einem Wandel in der Zusammensetzung der Erwerbstätigenzahlen gekommen: Wie aus der Tabelle 2 hervorgeht, hat sich die Abnahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten weiter fortgesetzt. Auch in der Industrie ist die Zahl der Beschäftigten merklich zurückgegangen, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, wo ein Rückgang von 600 000 Erwerbstätigen zu verzeichnen war, was einem von 27,5 auf 24 Prozent gesunkenen Anteil entspricht; in den Dienstleistungen dagegen ist die Beschäftigtenzahl um 1,3 Millionen angestiegen, so daß ihr Anteil sich um sechs Prozentpunkte erhöht hat.

Auch in der Auslandsposition Italiens haben sich wichtige Veränderungen vollzogen: nämlich eine Zunahme des Fehlbetrags der Handelsbilanz, ein starker Anstieg des Passivsaldo bei den Direktinvestitionen und der Übergang von einer im großen und ganzen ausgeglichenen Nettovermögensposition gegenüber dem Rest der Welt zu einer hohen Schuldenposition. Ende 1985 belief sich die Nettoauslandsverschuldung Italiens auf 32 Milliarden Dollar.

Was den Außenhandel betrifft, so zeigt die nach Ländergruppen aufgeschlüsselte Tabelle 3 eine Verbesserung im Passivsaldo gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern, die ausschließlich auf den Außenhandel mit den USA zurückzuführen ist: Ihnen gegenüber ist Italien zwischen 1980 und 1985 von einem Fehlbetrag in Höhe von 2400 Milliarden Lire zu einem Überschuß von mehr als 8000 Milliarden übergegangen, während das Defizit Italiens den anderen EG-Ländern gegenüber um weitere 3500 Milliarden Lire angestiegen ist. Im Warenaustausch mit allen anderen Ländergruppen ist es dagegen zu einer Verschlechterung des Fehlbetrags gekommen, der gegenüber den OPEC-Ländern besonders hoch gewesen ist. Aus der Tabelle geht eine Zunahme des Anteils des Handels mit den entwickelten kapitalistischen Ländern, vor allem auf der Exportseite, und ein merklicher Rückgang des Anteils des Warenaustauschs gegenüber den OPEC-Ländern hervor.

Tabelle 3: Außenhandel nach Ländergruppen

	1980			1985		
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	Anteil	in %	Mrd. Lire	Anteil	in %	Mrd. Lire
Entwickelte kapitalistische Länder	62,7	68,7	- 7893	64,1	73,4	- 965
EG	43,8	47,5	- 5173	44,9	46,0	- 8722
USA	7,0	5,3	- 2367	6,0	12,2	8054
Sonstige Länder	11,9	15,9	- 657	13,2	15,2	- 297
OPEC-Länder	17,9	12,7	- 6765	15,9	9,3	- 13604
Entwicklungsländer	13,6	14,8	- 1728	13,9	13,0	- 4536
Sozialistische Länder	5,8	3,9	- 2459	6,1	4,3	- 4010
Insgesamt	100,0	100,0	- 18845	100,0	100,0	- 23115

Quelle: idem.

Die Aufteilung nach Warengruppen zeigt eine Verschlechterung in den traditionell passiven Bereichen (Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energie, Halbwaren) und ein Erstarren in den traditionell aktiven Bereichen (Verbrauchs- und Investitionsgüter). Auch wenn der Anteil der Konsumgüter zurückgegangen ist, stellt er auf der Exportseite mit fast einem Drittel der Gesamtausfuhr doch weiterhin die höchste Quote dar. Im Unterschied zu anderen kapitalistischen Ländern Westeuropas nimmt die Abhängigkeit Italiens vom Ausland im Nahrungsmittelbereich weiter zu; der hier zu verzeichnende Fehlbetrag wird immer bedenklicher, nachdem sich eine Verbesserung des Erdöldefizits in den nächsten Jahren abzeichnet.

Auf dem Gebiet der Direktinvestitionen (Tabelle 4) ist der Nettopassivsaldo von 2000 auf 6000 Milliarden Lire gestiegen. Eine starke Zunahme in beiden Richtungen weisen die Direktinvestitionen auf, die die übrigen EG-Länder betreffen und die Ende 1985 32 Prozent des Kapitalabflusses und 45 Prozent des Kapitalzuflusses ausmachten. Im verarbeitenden Gewerbe hat sich der Passivsaldo merklich erhöht (von ca. 1600 auf über 10000 Milliarden Lire) infolge des sehr viel schnelleren Wachstums der Direktinvestitionen des Auslands im Vergleich zu denen in umgekehrter Richtung; der Anteil der verarbeitenden Industrie an den gesamten Auslandsinvestitionen ist auf 60 Prozent gestiegen, während der Anteil der italienischen Investitionen im Ausland von 50 Prozent auf 33 Prozent zurückgegangen ist zugunsten von Anlagen in der Energie und in den Dienstleistungen.

Tabelle 4: Direktinvestitionen (Stand in Mrd. Lire)

	1980	1985
<i>Im Ausland</i>		
Insgesamt	6486	26104
EG	2786	8334
USA	557	2822
<i>Vom Ausland</i>		
Insgesamt	8274	31769
EG	3345	14288
USA	1532	6128
<i>Saldo</i>		
Insgesamt	- 1788	- 5665
EG	- 559	- 5934
USA	- 975	- 3306

Quelle: idem

2. Der Staatshaushalt

Auf den Staatshaushalt werden in Italien alle Widersprüche der Wirtschaftspolitik und die Folgen der Auseinandersetzung zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften um die Einkommensverteilung abgewälzt; deshalb erweist sich in diesem Land jene Politik der Konsolidierung der Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung als schwierig, die von allen politischen und sozialen Kräften gefordert wird, da inzwischen 15 Prozent des Bruttosozialprodukts auf den Staatshaushalt entfällt.

Auf der Einnahmeseite wird es schwieriger, die Steuerlast der abhängig Arbeitenden zu erhöhen, da diese den größten Anteil an direkten Steuern entrichten. Zwischen 1980 und 1985 lag die Zunahme der Einkommensteuer der abhängig Beschäftigten über 60 Prozent höher als die der Selbständigen, und obwohl letztere ca. 30 Prozent aller Erwerbstätigen ausmachen, haben sie nur 9 Prozent der Einkommensteuer der natürlichen Personen aufgebracht. Selbst die Unternehmerzeitung „Il Sole – 24 Ore“ hat über das Ausmaß geklagt, das das Phänomen der Steuerhinterziehung angenommen hat, von der die abhängig Arbeitenden ausgeschlossen sind, da sie der Lohnsteuer unterliegen: „Vor kurzem aufgestellte Berechnungen zeigen, daß das steuerpflichtige Einkommen der Einkommensteuer auf natürliche Personen, wie es aus den Steuererklärungen hervorgeht, nur 55 Prozent des Höchstwertes ausmacht, der sich aus den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergibt.“⁴

Auf der Ausgabenseite gibt es drei Bereiche, die die Regierung nicht antastet: Fürsorgezahlungen an Personen, die darauf keinen Anspruch haben, direkte oder indirekte Subventionen an Unternehmen sowie Finanzrenten, die aus den hohen Zinsen herrühren, die auf die öffentliche Verschuldung gezahlt werden. Um diese Aufwendungen nicht antasten zu müssen, nimmt die Regierung seit Jahren Kürzungen im Gesundheitswesen, bei den Renten und Pensionen und bei den Sozialdiensten vor. Wie aus der Tabelle 5 hervorgeht, ist der Anteil der Sozialleistungen zwischen 1980 und 1985 von 32,3 Prozent auf 31,5 Prozent der Gesamtausgaben zurückgegangen, während der für Zinsen aufgewendete Anteil von 13 Prozent auf 15,5 Prozent angestiegen ist. Die an die Unternehmen geleisteten Subventionen werden im Staatshaushalt unter dem Posten „Subventionen“ ausdrücklich ausgewiesen, sind aber auch in dem Posten „Sozialleistungen“ enthalten, da die Kurzarbeiter, die von der Lohnausgleichskasse Unterstützungen beziehen, von der Sozialversicherung bezahlt werden; indirekte Subventionen gewährt der Staat den Unternehmen darüber hinaus in Form der sogenannten Fiskalisierung der Sozialbeiträge; diese Form der Unterstützung der Unternehmen wird sogar von der Zentralbank ausdrücklich kritisiert: „Auf die Abwälzung eines Teils der Sozialbeiträge auf den Staatshaushalt wurde in unserem Land zum erstenmal 1964 zurückgegriffen. Zunächst wurden diese Maßnahmen zu konjunkturpolitischen Zwecken und für relativ kurze Zeit ergriffen oder um die Unternehmen be-

4 „Il Sole – 24 Ore“, Nr. 226, 29. 9. 1983, S. 17.

stimmter Wirtschaftsbereiche oder Gebiete zu unterstützen. Seit 1977 dagegen sind diese Erleichterungen dem gesamten verarbeitenden Gewerbe und den anderen Bereichen, die dem internationalen Wettbewerb besonders stark ausgesetzt sind, auf dem ganzen Staatsgebiet gewährt worden.“⁵

*Tabella 5: Einnahmen und Ausgaben des Staates
(Anteil in Prozent)*

	1980	1985
<i>Einnahmen</i>		
Direkte Steuern	28,1	32,7
Indirekte Steuern	25,2	23,0
Sozialbeiträge	36,3	33,5
Sonstige laufende Einnahmen	9,9	10,1
Zusammen	99,2	99,3
Vermögenseinnahmen	0,5	0,7
Insgesamt	100,0	100,0
<i>Ausgaben</i>		
Personalausgaben	28,8	26,1
Sachausgaben	10,7	11,0
Sozialausgaben	32,3	31,5
Subventionen	2,9	3,1
Zinsen	13,0	15,5
Sonstige laufende Ausgaben	1,6	1,4
Zusammen	89,3	88,5
Vermögensausgaben	10,7	11,5
Insgesamt	100,0	100,0
Finanzierungssaldo Milliarden Lire	– 30334	– 102768 -
Finanzierungssaldo in Prozent des BIP	8,9	15,0

Quelle: idem

In dieser Lage hat die Regierung ihre Versuche, die Ausgaben einzuschränken, ausschließlich auf die Sozialaufwendungen für Renten, Gesundheitswesen und Sozialdienste gerichtet, anstatt Maßnahmen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und zur Einschränkung der Mißstände zu ergreifen, wie sie von Experten verschiedener politischer Couleur vorgeschlagen worden sind: „Eine Politik, die auf die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts zielt, müßte in erster Linie bestrebt sein, den in den Ausgaben der öffentlichen Hand immer noch breiten Spielraum von Vergeudung und Ineffizienz zu

verringern... Im Hinblick auf den Wohlfahrtsstaat besteht durchaus die Möglichkeit, die Ausgaben durch eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Systems auf der Ebene der Verteilung einzudämmen: gegenwärtig wird die Unterstützung den einzelnen Staatsbürgern und den Unternehmen häufig gewährt, ohne strikt an die Bedingung der Bedürftigkeit bzw. der Zielsetzungen einer Erhöhung der Produktivität und der Produktion geknüpft zu sein.“⁶ Ein Angriff gegen diese Praxis hieße für die Regierungsparteien einen Schlag gegen die eigenen Wählerklientelen zu führen.

3. Die Wirtschaftspolitik

Aus den oben dargelegten Gründen konnte das Instrument der Haushaltspolitik nicht zur Konjunktursteuerung eingesetzt werden, da ein Haushalt des Zentralstaates, der im Berichtszeitraum allein einen Fehlbetrag in Höhe von 12,5 Prozent des BIP aufgewiesen hat, keinen Spielraum für derartige Maßnahmen bietet. Deshalb hat die Wirtschaftspolitik im wesentlichen auf Instrumente der Währungs- und Einkommenspolitik zurückgegriffen.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre hat die Währungspolitik einen tendenziell restriktiven Kurs verfolgt: Um einen massiven Kapitalabfluß ins Ausland zu verhindern, wurde die Geldmenge zu einer sehr viel niedrigeren Rate als die Nominaleinkommen erhöht und es wurden Zinssätze durchgesetzt, die weit über denen in den meisten anderen kapitalistischen Ländern lagen. Im Rahmen dieser Politik hat die Zentralbank auch wiederholt für kurze Zeit die Kreditbremse stark angezogen. Der Beitritt Italiens zum Europäischen Währungssystem wurde auch unter dem Gesichtspunkt betrieben, Italien auf diesem Wege einer Währungsdisziplin zu unterwerfen, die das Land nicht allzu stark von den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der übrigen EG-Länder abdriften läßt, da sonst eine vernünftige Verteidigung des Wechselkurses der Lira nicht möglich wäre.

Unter dem Deckmantel einer Einkommenspolitik, die die Entwicklung aller Einkommensarten kontrollieren soll, wurde eine scharfe Offensive gegen die Löhne geführt, wobei den Arbeitskosten alle Schwierigkeiten der italienischen Wirtschaft angelastet wurden. Der Angriff gegen die Löhne hat sich in einer zweimaligen Kürzung der Lohnindizierung geäußert: in den Abkommen vom 22. Januar 1983 und dem Regierungsdekret vom 14. Februar 1984.

Mit dem Anfang 1983 abgeschlossenen Abkommen war es der Regierung, die sich vermittelnd in die Tarifverhandlungen eingeschaltet hatte, gelungen, der Gewerkschaftsbewegung eine 15prozentige Abschwächung der Lohngleitkala und eine vierteljährliche Anpassung derselben abzuhandeln und dafür einen Steuerausgleich zu gewähren, der die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf den Nettoeinkommen wieder neutralisierte. Die angesehensten linken Wirtschaftswissenschaftler hatten in dem Abkommen von Anfang an eine Niederlage der Gewerkschaftsbewegung gesehen und die tatsächliche Wirk-

6 G. Morcaldo, *La politica di bilancio e il debito pubblico*, in: *Forum ISEL*, Nr. 12, Dezember 1985, S. 4.

samkeit der Zugeständnisse der Regierung skeptisch beurteilt. So schrieb *Giorgio Lunghini*: „Das Abkommen über die Arbeitskosten ist eine optimale politische Lösung, um zwei Ziele zu erreichen, die in einem unüberwindbaren Widerspruch zu stehen scheinen: eine Senkung der Arbeitskosten für die Unternehmen und eine Erhöhung der Kaufkraft für die Familien der Werktätigen. Die beiden Ziele wurden dadurch in Einklang gebracht, daß die finanzielle Belastung, die der Kompromiß erfordert, auf den Haushalt des angeblich neutralen Staates abgewälzt wird... Die beiden Ergebnisse sind allerdings von unterschiedlicher Dauerhaftigkeit. Das erste Ergebnis (die Senkung der Arbeitskosten) wird lange beibehalten werden können. Das zweite Ergebnis dagegen ist prekär: die Beibehaltung der Kaufkraft der Familien der Lohnabhängigen beruht wesentlich auf der Preisentwicklung jener Waren, die mit dem Lohn gekauft werden können, und auf der Verwendung, die von dem Fehlbetrag des Staates gemacht wird.“⁷

Hatte man beim Abkommen von 1983 zumindest die Zustimmung der Gewerkschaftsbewegung erlangt, so setzte die Regierung mit dem Dekret vom 14. Februar 1984 gegen den Widerstand der größten italienischen Gewerkschaftszentrale CGIL eine Kürzung der Lohnindizierung von 6 Punkten durch, die von dem kommunistischen Mehrheitsflügel der CGIL nicht akzeptiert wird, dem es gelang, den Protest der Lohnabhängigen in großen Massenkundgebungen zu organisieren und das Dekret im Parlament zu Fall zu bringen. In einem zweiten Dekret, das die Regierung im zweiten Anlauf vorlegt, wird die Kürzung der Lohngleitskala auf die Hälfte der im ersten Dekret vorgesehenen Abstriche gesenkt. Die Maßnahme vom Februar wurde von den Werktätigen angesichts des im Vorjahr abgeschlossenen Abkommens als eine Beleidigung empfunden. So schreibt *Vittorio Foa*, ein bedeutender Gewerkschafter der CGIL, in jenen Tagen in einem Interview mit dem kommunistischen Parteiorgan „L'Unità“: „Nachdem die Lohnabhängigen das Abkommen vom 22. Januar gebilligt haben, müssen sie nun feststellen, daß ein Problem, das sie für erledigt hielten, erneut aufgeworfen wird, und das empfinden sie als einen Hohn... Die Werktätigen versuchen in diesen Tagen über den Protest gegen die Kürzung der Lohnindizierung hinauszugehen. Sie sind entschlossen, sich wieder die Entscheidungsgewalt über ihr Schicksal zu erkämpfen, die ihnen in zunehmendem Maße entzogen worden ist.“⁸

Mit diesen beiden Eingriffen wird die Lohnindizierung im Endeffekt stark beschnitten: der Deckungsanteil der Inflation war zwischen 1976, als das Abkommen über die volle Wirksamkeit der Lohngleitskala mit den Unternehmen abgeschlossen worden war, und 1978 von 59 auf 81 Prozent angestiegen, war dann 1981 auf 70 Prozent gesunken, um 1984 rapide auf 46 Prozent zu fallen.

Die Einkommenspolitik ist also letzten Endes auf eine Lohndrosselung hinausgelaufen, wie es in allen kapitalistischen Ländern, in denen sie angewen-

7 *Giorgio Lunghini*, *L'accordo sul costo del lavoro*, in: *Pace e Guerra*, Nr. 11, 10. 2. 1983, S. 12.

8 „L'Unità“, 19. 2. 1984, S. 8.

det wurde, immer geschehen ist. Wie der Wirtschaftswissenschaftler *Federico Caffè*, einer der Väter der *Keynesschen* Lehre in Italien, schreibt: „Seit Jahren haben die Gewerkschaften eine regelrechte Einkommenspolitik, die allerdings nicht ausdrücklich als solche erklärt war, stillschweigend hingenommen. Als Gegenleistung dafür haben sie nur immer dringlichere, teils verhüllte, teils anmaßend vorgetragene Forderungen nach noch mehr Zugeständnissen bekommen.“⁹

4. Die Arbeiterbewegung

Nach der Niederlage, die die Gewerkschaft Ende 1980 bei Fiat einstecken mußte, ist es für die Arbeiterbewegung schwieriger geworden, die neoliberalistische Offensive zurückzuschlagen und einen alternativen wirtschaftspolitischen Kurs auszuarbeiten. Der Angriff auf die Löhne und auf den sozialen Besitzstand hat die Einheit der Gewerkschaftsbewegung so weit geschwächt, daß die drei Gewerkschaftszentralen angesichts des Regierungsdekrets, mit dem die Lohnindizierung gekürzt wurde, zu keiner einheitlichen Position fanden.

Unter dem Vorwand einer weltweiten Krise der Automobilindustrie hatte die Fiat-Leitung im Herbst 1980 die Entlassung von 14000 Beschäftigten angekündigt, angeblich um die Produktivität zu steigern, in Wahrheit jedoch, um die aktivsten Gewerkschafter der Fabrik loszuwerden. Die Gewerkschaft schlug dagegen einen weniger drastischen Personalabbau vor; da die Fiat-Leitung den Vorschlag ablehnte, kam es zu einem der längsten Streiks in Italien, der 35 Tage dauerte. Als die Fiat-Leitung die Entlassungen einstellte, bröckelte die Solidarität der Arbeiter ab, und die Avantgarden in den Streikposten an den Werktoeren waren isoliert. Die am 16. Oktober 1980 zwischen Fiat und der Gewerkschaft abgeschlossene Vereinbarung wurde von breiten Teilen der Werkstätigen als eine Niederlage der Arbeiterklasse angesehen, obwohl damit die drohenden Entlassungen abgewendet wurden und vorgesehen war, daß alle, die nach zwei Jahren keinen neuen Arbeitsplatz gefunden hatten, wieder eingestellt werden sollten. In Wirklichkeit haben die Fiat-Werke zwischen 1980 und 1985 die Zahl der Beschäftigten um etwa 50000 verringert und die Zahl der Kurzarbeiter verdreifacht.

Seit Ende 1980 klaffen Strategie und Taktik der beiden größten Gewerkschaftszentralen CGIL und CISL immer weiter auseinander. In der CISL hat sich das Konzept des sogenannten politischen Tauschhandels mit der Regierung – die italienische Variante der konzertierten Aktion – durchgesetzt; als Vorbild werden ausdrücklich die westdeutschen und österreichischen Gewerkschaften genannt wegen ihrer Fähigkeit, mit der jeweiligen Regierung zentral Verhandlungen zu führen. In einem Kommentar zu dem Abkommen vom Januar 1983 wies der Wirtschaftswissenschaftler der CISL *Ezio Tarantelli* auf den Durchbruch der korporatistischen Politik in Italien hin: „Worauf es

9 Federico Caffè, *L'economia dopo il decreto*, in: *Forum ISEL*, Nr. 1, Juni 1984, S. 2.

ankommt, ist, daß sich die Tarifparteien und die Regierung endlich zusammen an den Verhandlungstisch gesetzt und ein Abkommen unterzeichnet haben, das eine – wenngleich italienische – Form von politischem Tauschhandel beinhaltet... Bei näherem Betrachten muß man erkennen, daß in diesem Abkommen die drei Elemente eines korporatistischen Modells enthalten sind: die Einbeziehung der gesellschaftlichen Kräfte in die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung, die Zentralisierung der Verhandlungen und einige Maßnahmen zur Lösung der Arbeitskonflikte und zur Kontrolle des Streikrechts.“¹⁰

Die CGIL weist dieses Konzept energisch zurück. So schreibt einer ihrer prominentesten Vertreter: „Einer der Kernpunkte des Versuchs, das Januar-Abkommen durchzusetzen, das auf eine neue politisch-soziale Hegemonie zielt, besteht darin, die Gewerkschaftsbewegung auf ihrer höchsten Ebene – der einheitlichen Föderation – zur Zentralisierung der Tarifverhandlungen zu zwingen. So daß die Gewerkschaft ein Höchstmaß an formaler Anerkennung ihrer Führungsgruppen und ein Minimum an realem Einfluß und Verhandlungsmacht in den konkreten Strukturen der Gesellschaft hat und sich dazu gedrängt sieht, diesen Widerspruch in den eigenen Reihen in autoritärem Sinne zu lösen und dabei ihre demokratischsten Organisations- und Vertretungsformen, in erster Linie in den Unternehmen, abzubauen.“¹¹

Die CGIL greift das Regierungsdekret über die Lohngleitskala an, da es die Tarifautonomie verletzt und die ganze Schuld an dem schlechten Verlauf der italienischen Wirtschaft den Arbeitskosten anlastet. Mit folgenden Worten fordert der Vorstand alle Werktätigen auf, am 24. März 1984 gegen die Kürzung der Lohnindexierung zu demonstrieren (und in Rom sollten über eine Million Lohnabhängige dem Kampfaufruf der CGIL Folge leisten): „Die CGIL will den Willen eines Großteils der italienischen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck bringen, in absolut demokratischen Formen die endgültige Verabschiedung eines Regierungsdekrets zu verhindern, das im Prinzip unannehmbar ist, weil es auf einem Gebiet, welches seit jeher ausschließlich den gewerkschaftlichen Tarifverhandlungen vorbehalten war, an die Stelle der Tariffreiheit und der Regeln des gesellschaftlichen Konsens tritt; und das in der Sache unannehmbar ist, weil die darin enthaltenen Bestimmungen über den Lohn nicht nur die Lohngleitskala endgültig beschneiden und eine Reform dieser Einrichtung undurchführbar machen, sondern auch einen wirtschaftspolitischen Kurs sanktionieren würden, der die Senkung der Arbeitskosten und des Reallohns der abhängig Arbeitenden als einziges Instrument zur Dämpfung der Inflation praktiziert.“¹²

Wie bereits erwähnt, hält die antigewerkschaftliche Offensive des Verbands der italienischen Industrie und der Regierung an und selbst der Klassengewerkschaft gelingt es kaum mehr, die abhängig Beschäftigten für glaubwürdi-

10 „Il Sole-24 Ore“, Nr. 24, 1. 2. 1983, S. 9.

11 Sergio Garavini, *Centralizzare vuol dire non fare i contratti*, in: *Rinascita*, Nr. 14, 8. 4. 1983, S. 12.

12 „L'Unità“, 7. 3. 1984, S. 16.

ge alternative politische Ziele zu mobilisieren. Die Zahl der gestreikten Arbeitstage, die in den Jahren 1981–1983 im Durchschnitt 12 Millionen betrug, ging 1984 auf 8 Millionen zurück, um 1985 auf 3 Millionen zu schrumpfen. Hand in Hand damit kam es auch zu einer Abnahme der Mitgliederzahl der Gewerkschaften, die jedoch nicht nur auf den Beschäftigungsrückgang in der Industrie, dem gewerkschaftlich am stärksten organisierten Wirtschaftsbe- reich, zurückzuführen ist; zwischen 1980 und 1985 ging die Mitgliederzahl der CGIL von 4,6 auf 4,5 Millionen zurück, aber diese leichte Abnahme ergab sich aus einer Zunahme der Zahl der Rentner um ca. 400 000 und einem Rück- gang der Mitgliederzahl unter den Erwerbstätigen in Höhe von 500 000.

Die Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaf- ten und dem Verband der italienischen Industrie nach jahrelangen Ausein- dersetzen wird von den Gewerkschaften im allgemeinen als Erfolg be- grüßt, auch wenn das Abkommen vom 8. Mai 1986 für die Arbeiterbewegung alles andere als ein Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist, die nach wie vor das Problem Nr. 1 der italienischen Wirtschaft darstellt. In diesem Zu- sammenhang schreibt der Direktor der Forschungsabteilung der CGIL, *Stefa- no Patriarca*: „Auch das kürzlich abgeschlossene Übereinkommen hat zwar ei- nerseits auf der Ebene des Tariflohns ein Ergebnis erzielt, das zusammen mit der Änderung der Einkommensteuer und dem Rückgang der Inflation zu ei- ner Erhaltung des Reallohns führen müßte, es enthält aber gleichzeitig auch ein Abkommen über die Verträge zur Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung, das in den kommenden Monaten in der konkreten Praxis zu einem Hebel zur Verhinderung einer Reform des Arbeitsmarktes und zur Blockierung jeder Möglichkeit werden kann, den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Beschäftigung beizubehalten, wenn nicht gar zu verbessern.“¹³

Die größte italienische Einzelgewerkschaft, die Metallgewerkschaft, hat Anfang Juni unter ihren Mitgliedern ein Referendum durchgeführt, um die Zustimmung zum Entwurf eines Forderungskatalogs einzuholen, in dem Lohnerhöhungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie ein Mitspracherecht bei der Einführung von Innovationen, besonders im Hinblick auf ihre Auswir- kungen auf die Arbeit, gefordert werden. Gleichzeitig hat die Gewerkschaft sich verpflichtet, das voraussichtlich zustande gekommene Abkommen mit dem Unternehmerverband erneut einem Referendum zu unterziehen. Ein pro- minenter Arbeitsrechtler hat bissig darauf hingewiesen, daß „man vor 15 Jah- ren einen nationalen Streik ausgerufen hätte zur Unterstützung einer Reform des Tarifvertrags, während man heute zur Wahl schreitet“. Diese Form der Befragung der Werkstätigen wird in Italien zum ersten Male durchgeführt, aber die Gewerkschaften hoffen, nach der seit Jahren andauernden Ver- trauenskrise und Enttäuschung, die sich in einem Niedergang der Militanz ausgedrückt haben, die Lohnabhängigen auf diese Weise wieder für eine akti- ve Beteiligung an den Tarifikämpfen mobilisieren zu können. Unter diesem

13 Stefano Patriarca, *Basta un accordo per trovare lavoro?*, in: *Politica ed Economia*, Nr. 6, Ju- ni 1986, S. 5–6.

Gesichtspunkt war das Referendum ein Erfolg, denn 70 Prozent der in der Metallindustrie Beschäftigten haben an der Abstimmung teilgenommen (25 Prozent mehr als die, die gewerkschaftlich organisiert sind) und der Forderungskatalog ist mit einer Mehrheit von 77 Prozent der Stimmen angenommen worden, auch wenn in einigen bedeutenden Fabriken die Nein-Stimmen überwogen.

Die massive Teilnahme der in der Metallindustrie Beschäftigten am Referendum könnte ein guter Ausgangspunkt sein für eine Wiederbelebung der gewerkschaftlichen Initiative, wenn es nicht das Problem gäbe, welche politischen Kräfte eine solche Aktion stützen werden. Die Parteien der Linken sind zerstritten: der PSI teilt die Regierungsverantwortung für den Angriff auf den Sozialstaat, und es war der sozialistische Ministerpräsident *Bettino Craxi*, der die Kürzung der Lohngleitskala per Dekret durchgedrückt hat; der PCI verfolgt keine klare Linie, sondern versucht alle zufriedenzustellen, ohne eindeutig für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einzutreten. An erster Stelle steht für die kommunistische Partei in der Wirtschaftspolitik nicht das Ziel der Vollbeschäftigung, dem alle anderen Entscheidungen unterzuordnen sind, auch die Absicherung des Sozialstaates, der nicht nur durch den neoliberalistischen Angriff erschüttert worden ist, sondern auch durch die geringeren Einkünfte des Staates aufgrund der Einbußen an Steuern und Sozialbeiträgen, die mit der hohen Arbeitslosigkeit verbunden sind.

5. Aussichten

Die sinkenden Erdölpreise und der fallende Wechselkurs des Dollars lassen für 1986 eine eindeutige Besserung vorhersehen, die sich allerdings nur auf die Inflationsrate und den Außenbeitrag beschränkt, auf die sich die beiden genannten Erscheinungen unmittelbar auswirken. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte eine Wachstumsrate von 3 Prozent zu konstanten Preisen und die Binnennachfrage einen Zuwachs von 4 Prozent aufweisen, aber die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich auf 12,5 Prozent ansteigen, während sich die Einkommensverteilung noch weiter zugunsten der Profite verlagern dürfte (deren Zuwachsrate bei 13 Prozent liegt gegenüber 8 Prozent für die Löhne). Angesichts dieser Situation hat *Franco Modigliani*, der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften des Jahres 1985, die Stirn, zu behaupten, daß die italienische Wirtschaft eine jährliche Zuwachsrate von 6 Prozent aufweisen könnte, „wenn es nicht den Fehlbetrag des Staatshaushalts gäbe, der in einer Zeit, in der Kapital notwendig wäre, um die Industrieanlagen in Gang zu setzen, das verfügbare Kapital verringert“. Läßt sich die Misere der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft prägnanter darstellen?

Internationalisierung – eine Grundtendenz der SMK-Entwicklung heute

Horst Heininger/Lutz Maier

1. Staatsmonopolistische Anpassung in der Gegenwart – 2. Internationalisierung und staatsmonopolistische Anpassungsprozesse – 2.1 Wachsende ökonomische Interdependenz zwischen den kapitalistischen Industrieländern – 2.2 Neue Formen der Verflechtung von Monopolen und Staat auf internationaler Ebene – 2.3 Verstärkte Tendenz einer internationalen staatsmonopolistischen Regulierung – 3. Charakteristika staatsmonopolistischer Internationalisierung heute – 3.1 Eine neue Stufe kosmopolitischer Ausbeutung – 3.2 Modifikationen in den zwischen-imperialistischen Beziehungen – 3.3 Haupttypen regulierter Rivalität – Konflikte und Differenzen imperialistischer Strategiebildung – 4. Hemmnis gleichberechtigter internationaler Zusammenarbeit.

Die nunmehr seit dem Anfang der 70er Jahre andauernde Periode vermehrter Krisenhaftigkeit und Labilität des Kapitalismus hat zu einer erneuten Belebung der Diskussion über Grundfragen der SMK-Theorie geführt.¹ Dies ist auch verständlich, denn zum ersten Mal ist der staatsmonopolistische Kapitalismus „auf eigener Grundlage“ in die Krise geraten. Es erweist sich, daß die Formen staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse, die in den vergangenen 25 Jahren, seit der vollen Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, kennzeichnend waren, den Erfordernissen der modernen Produktivkraftentwicklung immer weniger entsprechen. Hierin besteht die grundlegende Ursache für die Überakkumulation von Kapital und die mit ihr verknüpften mannigfachen Krisenprozesse, wie sie gegenwärtig das kapitalistische Wirtschaftssystem kennzeichnen.

1. Staatsmonopolistische Anpassung in der Gegenwart

Den Kernpunkt der gegenwärtigen Diskussion unter den Marxisten über Probleme der SMK-Theorie bildet daher die Frage nach den *Möglichkeiten und Grenzen* und vor allem nach dem bisher *erreichten Stand einer Anpassung*

¹ Siehe hierzu z. B. die Ausführungen von Heinz Jung zum Krisentyp des heutigen Kapitalismus in: Jahrbuch des IMSF, 9, 1985, S. 27 ff. sowie: IMSF-Informationsbericht 41, Große Krisen des Kapitalismus – Lange Wellen der Konjunktur?, Frankfurt/Main 1985; Staatsmonopolistischer Kapitalismus – neue Tendenzen und Widersprüche, IPW-Forschungshefte, Nr. 1/1986, Berlin/DDR.

der staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse und Wirtschaftsregulierung an neue ökonomische und politische Erfordernisse. Unter letzteren werden sowohl die neuen Reproduktions- und Verwertungsbedingungen verstanden, die vor allem mit dem Voranschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution einhergehen als auch die weiter eingeschränkten äußeren Expansionspielräume des Monopolkapitals, wie sie sich im Ergebnis der veränderten internationalen Kräfteverhältnisse zugunsten des Sozialismus, des gesamten revolutionären Weltprozesses herausbildeten.²

Wenn von Anpassungsprozessen im gegenwärtigen Kapitalismus die Rede ist, dann gilt es im Auge zu behalten, daß der Spielraum für eine Anpassung der Produktionsverhältnisse gegenüber früheren Perioden kapitalistischer Entwicklung – auch im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren – wesentlich geringer geworden ist; denn heute geht es nurmehr um Anpassung *im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, der letzten Entwicklungsstufe des niedergehenden Kapitalismus. Anpassungsprozesse können sich nur *innerhalb derselben Grundqualität* heutiger kapitalistischer Produktionsverhältnisse, d. h. in den Grenzen *staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse* bewegen.

Dieser Umstand ist für die Analyse der heutigen Situation von großer Bedeutung. Er weist uns u. a. darauf hin, Anpassungsprozesse in den staatsmonopolistischen Produktionsverhältnissen sehr genau und zugleich umfassend zu untersuchen. Es geht darum, Veränderungen in den *einzelnen Seiten und Formen der Produktionsverhältnisse* – in den monopolistischen Konkurrenzbeziehungen, im Verhältnis von Monopolen und Staat, in den zwischenimperialistischen Beziehungen, in den Stadien des Kapitalkreislaufes, im Verhältnis von Kapital und Arbeit, im widerspruchsvollen Zusammenhang von einzelstaatlicher Entwicklung und Internationalisierung usw. – zu analysieren, in ihrer Entwicklungstendenz einzuschätzen und dabei *neuen Prozessen* auf die Spur zu kommen. Nur so wird es möglich sein, Hauptrichtungen und Ausmaß der Anpassungsprozesse einzuschätzen und damit auch bestimmte Aufschlüsse über verbleibende Spielräume und neue Konfliktfelder der weiteren kapitalistischen Entwicklung zu gewinnen.

In der bisherigen Diskussion unter den Marxisten wird darauf verwiesen, daß sich seit Beginn der 80er Jahre bei Andauern der Labilität und Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zugleich bestimmte Tendenzen einer Anpassung des staatsmonopolistischen Systems an die neuen Erfordernisse der Produktivkraftentwicklung sowohl im Maßstab der einzelnen nationalen Volkswirtschaften als auch auf internationaler Ebene abzeichnen. Im Innern der imperialistischen Länder umfassen sie – in sehr knapper Zusammenfassung – neue Formen der Monopolisierung, eine gewisse Reorganisation der ökonomischen Rolle des Staates zugunsten einer gezielteren Einwirkung auf die Forschung und Entwicklung, einer entsprechenden Förderung der Akkumulation und Veränderungen in den Verteilungsverhältnissen zwischen den Klassen und Schichten im Interesse des Profits und andere Formen.³ Es handelt sich

² Siehe nähere Ausführungen dazu in: IPW-Forschungshefte, 1/1986, a.a.O.

³ Ebenda.

hierbei um bestimmte Veränderungen in den Formen staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse, wie sie für die vergangenen Jahrzehnte kennzeichnend waren.

Im Ergebnis des zwischenimperialistischen Konkurrenzkampfes und der wachsenden Bedeutung der Ökonomie, der Wissenschaft und Technik in der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus wachsen die Erfordernisse einer internationalen Produktivkraftentwicklung. Der staatsmonopolistische Kapitalismus steht vor der Notwendigkeit, sich diesen Erfordernissen anzupassen.

2. Internationalisierung und staatsmonopolistische Anpassungsprozesse

Als Anpassungsprozesse auf internationaler Ebene zeichnen sich eine wachsende ökonomische Verflechtung der imperialistischen Staaten untereinander und verstärkte Tendenzen einer internationalen staatsmonopolistischen Regulierung ab. Dabei fällt besonders ins Auge, daß neben den transnationalen Monopolen, deren Expansion bereits über mehr als zwei Jahrzehnte zurückreicht, jetzt der imperialistische Staat über zwischenstaatliche Vereinbarungen und andere Formen immer stärker in den Internationalisierungsprozeß hineingezogen wird. Diese Entwicklungstendenzen haben für den Umfang und den Charakter der gegenwärtigen staatsmonopolistischen Anpassungsprozesse besonderes Gewicht, denn in der bisherigen Entwicklung war der staatsmonopolistische Kapitalismus vor allem durch die Herausbildung bestimmter Formen der Produktionsverhältnisse im *einzelstaatlichen* Maßstab gekennzeichnet. Ein Hinaustreten dieser durch die Wechselwirkung von Monopolen und Staat gekennzeichneten Verhältnisse über die einzelstaatlichen Grenzen hinaus, wie es bisher bereits im regionalen Maßstab – in Gestalt der westeuropäischen Integration – zu beobachten war, bedeutet ohne Zweifel etwas qualitativ Neues in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Aufmerksamkeit verdient dabei besonders die Rolle des Staates. Die Einbeziehung des Staates in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf internationaler Ebene muß von vornherein in anderen Formen vor sich gehen als auf nationaler Ebene.

Die Internationalisierung von Produktion und Kapital schreitet voran, die Aufgliederung der kapitalistischen Weltwirtschaft in „einzelstaatliche Volkswirtschaften“ bleibt aber gleichzeitig bestehen. Die Herausbildung von staatlichen Elementen internationaler kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist daher auf neue Weise mit Interessenkoalitionen und -konflikten zwischen Staaten, zwischen Monopolen und Staaten wie auch zwischen den Monopolen „verschiedener Nationalität“ verknüpft.

Die nähere Untersuchung des Prozesses staatsmonopolistischer Internationalisierung ist darum besonders geeignet, Aufschlüsse über den gegenwärtigen Charakter und Umfang der Anpassungsprozesse zu vermitteln. Wie diese internationalen Anpassungsprozesse zu erfassen und zu werten sind, welche Ansätze sich aus der gegenwärtigen staatsmonopolistischen Internationalisie-

rung für die weitere Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben, darüber gehen die Meinungen in der marxistischen Literatur weit auseinander.⁴

In der Literatur finden sich Einschätzungen der heutigen Internationalisierungstendenzen des Kapitalismus, die vom „Hinüberwachsen in einen zwischenstaatlich-monopolistischen Kapitalismus in seine transnationale Form“⁵ und der Feststellung von einem Prozeß der „widersprüchlichen Herausbildung internationaler Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus“⁶ bis zu der Feststellung reichen, daß von einer Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht gesprochen werden könne.⁷ Dabei sind sich die meisten Autoren einig, daß die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft seit den 50er Jahren ein wesentlicher Grundzug der kapitalistischen Entwicklung ist und sich dieser Prozeß auch in der letzten Zeit beschleunigt hat. Auseinander gehen die Meinungen vor allem in der Bewertung dieses Prozesses, vor allem in der Einschätzung, inwieweit es sich hierbei um eine bestimmte neue Qualität im Entwicklungsprozeß des staatsmonopolistischen Kapitalismus handelt.

Diese Frage kann nur durch eine Analyse der jüngsten Entwicklung in den internationalen ökonomischen Prozessen beantwortet werden. Unerlässlich ist dabei die Herausarbeitung bestimmter Kriterien der heutigen staatsmonopolistischen Internationalisierung, die näheren Aufschluß über Haupttendenzen der SMK-Entwicklung geben. Nach unserer Auffassung lassen sich zumindest *drei* solcher *Kriterien* bestimmen, denen zufolge wir es gegenwärtig mit einer neuen Qualität, mit einer neuen Stufe staatsmonopolistischer Internationalisierung zu tun haben.

2.1 Wachsende ökonomische Interdependenz zwischen den kapitalistischen Industrieländern

Als ein *erstes* wesentliches *Kriterium* der neuen Stufe staatsmonopolistischer Internationalisierung zeigt sich seit den 60er Jahren eine *wachsende wechselseitige ökonomische Abhängigkeit zwischen den kapitalistischen Industrieländern*, eine zunehmende ökonomische Interdependenz zwischen ihnen. Mit dieser Entwicklung erreicht der Prozeß der Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft eine weitere wesentliche Ausprägung.

Während bis zum zweiten Weltkrieg die Internationalisierung vor allem der Zirkulationssphäre charakteristisch war, ist jetzt mit dem Übergang zur wissenschaftlich-technischen Revolution eine wachsende Internationalisierung

4 W. A. Tscheprow, Die Kosmopolitisierung der SMK und die Internationalisierung des Kampfes der Arbeiterklasse, in: Die Arbeiterklasse und die heutige Welt, Moskau 1982, Nr. 1, S. 37.

5 W. Sagladin / S. Menschikow / J. Frolow, Karl Marx und der welthistorische Prozeß der Befreiung des Menschen, in: Kommunist, Moskau 1983, Nr. 6, S. 36, 37.

6 „Multis“, Proletariat, Klassenkampf, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1981, S. 36.

7 W. Martynow, Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Widersprüche der kapitalistischen Ökonomik, in: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau 1986, Nr. 2.

der Produktionsphäre im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem zu beobachten. Von ihr werden in erster Linie die kapitalistischen Industrieländer erfaßt. Ein Kriterium für den Entwicklungsstand ist die starke Ausprägung der internationalen Arbeitsteilung zwischen diesen Staaten.

Ihren Ausdruck findet die *neue Stufe der internationalen Arbeitsteilung*⁸ vor allem in der Tatsache, daß neben einer weiteren Entwicklung der Arbeitsteilung „im allgemeinen“ besonders seit den 60er Jahren eine weitere Differenzierung und Vertiefung bei der Arbeitsteilung „im besonderen“, d. h. bei der Arbeitsteilung zwischen den Sparten, Branchen und Bereichen der Industriezweige, zu beobachten ist. Die „Sortimentsexplosion“ bei Produktionsmitteln und Konsumgütern hat eine bedeutende Vertiefung des wechselseitigen Warenaustausches zur Folge. Die wachsende Importabhängigkeit aller kapitalistischen Industrieländer in allen Zweigen der verarbeitenden Industrie ist hierfür ein beredter Ausdruck.

So stieg in dem relativ kurzen Zeitraum von 12 Jahren der Anteil der Importe aus den kapitalistischen Industrieländern am Inlandsverbrauch der verarbeitenden Industrie der EG-Staaten von 12 Prozent im Jahre 1968 auf 24 Prozent 1980/81 und für den Wirtschaftsraum USA/Kanada von 5 auf 8 Prozent. Besonders rasch entwickelten sich dabei die Anteile der Importe am Inlandsverbrauch von Maschinen und Geräten, nämlich von 15 auf 33 Prozent bzw. von 5 auf 11 Prozent.⁹

Neu ist mit dem Voranschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution die Vertiefung der Arbeitsteilung „im einzelnen“. Mit dem Heraustreten aus der betrieblichen Arbeitsteilung in eine Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entwickelt diese Form eine besondere Dynamik. In dem Warenaustausch der verarbeitenden Industrie nehmen auf Grund wachsender internationaler Spezialisierung und Kooperation Baugruppen, Einzelteile und Zulieferungen ein immer größeres Gewicht ein. Dieser Prozeß ist Ausdruck des modernen wissenschaftlich-technischen Fortschritts und in seiner Vertiefung objektiv bedingt.

Einige Autoren weisen zu Recht darauf hin, daß Volumen und Struktur dieses Warenaustausches durch den monopolkapitalistischen Charakter der internationalen Arbeitsteilung geprägt werden und damit nur ungenügend über den „wirklichen“ Grad der Arbeitsteilung Auskunft geben könnten.¹⁰ In der Tat bringt der Kapitalismus solche Verzerrungen hervor, weil die internationale Arbeitsteilung eindeutig den Verwertungsinteressen und Machtpositionen der konkurrierenden Kapitale untergeordnet wird. Gegenwärtig rechnen zu solchen Verzerrungen im Warenaustausch zwischen den kapitalistischen Industrieländern in erster Linie die durch die Profitstrategie der internationa-

8 Wir beziehen uns hier auf die von Marx im „Kapital“ vorgenommene Unterscheidung von drei Arten der Arbeitsteilung, siehe: Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, in: Marx/Engels, Werke, Band 23, S. 371 ff.

9 Berechnet nach: Handbook of International Trade and Development Statistics, UN, New York 1979, 1984.

10 Hierzu geht z. B. Bernhard Roth in seiner interessanten Arbeit Weltökonomie oder Nationalökonomie, Marburg 1984, ein.

len Konzerne hervorgerufene Ausdehnung des Austausches gleicher Waren. Namentlich im Konsumgüterbereich handelt es sich teilweise um eine künstlich manipulierte Sortimentsdifferenzierung. In diesen Fällen kann man von einem Austausch von Substituten sprechen.

Von einigen Autoren wird aber die neue Stufe der internationalen Arbeitsteilung mit dem Hinweis auf den substitutiven Handel überhaupt in Abrede gestellt. Die Argumentationskette ist folgende: Ein großer Teil des Warenaustausches zwischen den kapitalistischen Industrieländern entfalle auf „intraindustriellen Austausch“ und sei damit im wesentlichen ein „substitutiver“ und kein „komplementärer“ Handel. Damit werde deutlich, daß wir es eher mit einer abnehmenden Arbeitsteilung zu tun hätten.

Nicht überzeugend ist bei dieser Argumentation vor allem eine bestimmte Gleichsetzung von „intraindustriellem“ und „substitutivem“ Austausch. Es wird nämlich übersehen, daß die sich im Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution verstärkende Arbeitsteilung „im besonderen“ und „im einzelnen“ eine wachsende Sortimentsdifferenzierung bei Produktionsmitteln und Verbrauchsgütern, eine weitere Untergliederung der bestehenden und die Herausbildung immer neuer Branchen und Zweige wie auch eine Ausgliederung der Erzeugung von Einzelteilen, Baugruppen und Vorprodukten als selbständige Produktion und damit einen entsprechenden Warenaustausch zur Folge hat. Dies alles sind „intraindustrielle“ Prozesse. Ihre Zunahme ist folglich eher ein Indiz für wachsende internationale Arbeitsteilung denn für das Gegenteil. Sie ist gerade wesentlicher Ausdruck der Arbeitsteilung *in die Tiefe*, des Voranschreitens der Entwicklung der Produktivkräfte und nicht schlechthin eines wachsenden substitutiven Austauschs.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß sich mit dem weiteren Voranschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution die Formen der internationalen Arbeitsteilung und Kapitalverflechtung verändern können und davon auch Umfang und Struktur des internationalen Austausches beeinflußt werden. Schon in den letzten Jahren zeichnete sich deutlich ab, daß die wissenschaftlich-technische und Produktionskooperation zwischen den Monopolen zunehmendes Gewicht erhält und dabei der wissenschaftlich-technische Austausch besondere Bedeutung erlangt. Gleichzeitig wächst die Rolle der Dienstleistungen und damit der in diesem Sektor tätigen Konzerne im internationalen Austausch. Alle diese Prozesse führen besonders zu einer Zunahme des Austauschs immaterieller Leistungen. Die weitere Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung wird daher künftig auch in neuen Formen vor sich gehen, die nicht mit einer Vergrößerung des Warenaustausches in dem bisherigen Ausmaß verbunden sein müssen.

Wachsende ökonomische Interdependenz bedeutet gleichzeitig, daß sich in den 60er und 70er Jahren beschleunigt eine *wechselseitige Kapitalverflechtung* zwischen den imperialistischen Staaten herausbildet. Es geht hierbei um die Direktinvestitionen transnationaler Monopole in den kapitalistischen Industrieländern. Etwa 70 Prozent aller Direktinvestitionen werden wechselseitig in den kapitalistischen Industrieländern angelegt. *Hauptträger des Prozesses*

sind die transnationalen Konzerne, die nach wie vor ihre „nationale“ Kapitalbasis in den einzelnen imperialistischen Ländern haben.

Mit der qualitativ neuen Stufe der internationalen Arbeitsteilung und der Internationalisierung der Produktion vollziehen sich auch tiefgreifende Veränderungen im Niveau der „Weltkonzentration des Kapitals“. Es kommt zur *Herausbildung neuer Merkmale des internationalen Finanzkapitals*. Seit den 60er Jahren vollzieht sich eine geradezu sprunghafte Ausdehnung der internationalen Aktivitäten der großen Industrie- und Bankmonopole, die sich bis in die Gegenwart weiter fortsetzt. Anfang der 80er Jahre betrug der Anteil des Auslandsgeschäfts bei den größten transnationalen Industriemonopolen 40 Prozent und der Anteil der im Auslandsgeschäft realisierten Profite bereits über 50 Prozent. Die größten Banken der kapitalistischen Länder realisieren heute zwischen 40 und 80 Prozent ihrer Bankprofite im Auslandsgeschäft. Mit dieser Entwicklung werden die Bedingungen der Kapitalverwertung immer stärker internationalisiert.

Zugleich erfahren die Formen der internationalen finanzkapitalistischen Verflechtung eine wesentliche Weiterentwicklung. Neben der Ausdehnung des Beteiligungssystems entstehen in den letzten Jahren zunehmend Formen der gegenseitigen Verflechtung „ohne Eigentum“, wie Kooperationsvereinbarungen, Konsortienbildungen längerfristigen Charakters, Technologieaustauschverträge u. a. Es bilden sich neuartige internationale Leihkapitalmärkte, wie der Eurodollarmarkt, die Off-shore-Bankplätze u. a. heraus, die von den nationalen Leihkapitalmärkten und Devisengesetzen getrennt fungieren und auf denen die Banken direkten Zugang zu allen gesuchten Währungen haben.

Die Ausdehnung der internationalen Produktions- und Kapitalverbindungen bringt immer enger werdende gegenseitige Interessenverflechtung und ökonomische Abhängigkeit zwischen den Konzernen und Banken mit sich. Daraus resultiert für alle monopolistischen Unternehmen, finanzkapitalistischen Gruppen und „nationalen“ Finanzkapitale der Zwang, die Verfolgung ihrer eigenen Konkurrenzinteressen gegen die anderen mit einem bestimmten Maß an Kooperation, mit Kompromissen und einer gewissen gegenseitigen Berücksichtigung und Abstimmung der Interessen zu verbinden.

Natürlich ist diese wechselseitige ökonomische Abhängigkeit kein Prozeß des automatischen Zusammenwachsens der verschiedenen nationalen Kapitale. Im Gegenteil, diese wechselseitige Verflechtung bildet wiederum die Grundlage für das Entstehen neuer Konflikte und den Rahmen für die Auseinandersetzung und die Rivalität zwischen den imperialistischen Ländern. Auch ist die Verflechtung in den einzelnen Bereichen und Zweigen durchaus kein gleichförmiger und ununterbrochener Prozeß. Es ist möglich, und in einzelnen Zweigen ist das bereits festzustellen, daß sich bestimmte wechselseitige Abhängigkeiten wiederum abschwächen können. Das bedeutet, daß die wachsende ökonomische Interdependenz weder eine Grundlage für das Verschwinden der Konkurrenz- und Rivalitätskämpfe noch ein sich ständig beschleunigender Prozeß ist.

Wesentlich ist aber, daß sich seit den letzten beiden Jahrzehnten gewisser-

maßen der „*Sockel der wechselseitigen ökonomischen Abhängigkeit*“ erhöht hat, und daß die weitere Zunahme der ökonomischen Interdependenz ein objektiver Prozeß ist. Internationale Arbeitsteilung in ihrer neuen Stufe und die wachsende Kapitalverflechtung sind unumkehrbar und damit ein deutliches Zeichen dafür. All dies bedeutet keineswegs, daß die konkrete Gestaltung der Export-Import-Strukturen und anderer Formen der Außenwirtschaftsverflechtungen eines Landes im einzelnen festgelegt ist, was in einem Prozeß demokratischer Veränderungen besondere Bedeutung erlangen kann.

2.2 Neue Formen der Verflechtung von Monopolen und Staat auf internationaler Ebene

Ein *zweites* entscheidendes *Kriterium* für die Einschätzung der heutigen staatsmonopolistischen Internationalisierung besteht darin, daß sich auf der Basis der wachsenden ökonomischen Interdependenz eigenständige Formen des Zusammenwirkens von Monopolen und Staat auf internationaler Ebene entwickelt haben, die sich von denen im nationalen Maßstab unterscheiden.

Wie alle gesellschaftlichen Erscheinungen betrachtet die marxistisch-leninistische Theorie auch die Verflechtung von Monopolen und Staat und den staatsmonopolistischen Kapitalismus insgesamt seit jeher nicht als eine starre, feststehende Erscheinung, sondern untersucht sie in ihrer historischen Konkretheit, ihrer Dynamik, ihrer Bewegung und Veränderung. Bekanntlich entwickelten sich staatsmonopolistische Formen kapitalistischer Produktionsverhältnisse in unterschiedlichem Tempo und Reifegrad zunächst im nationalen Maßstab der Volkswirtschaften der einzelnen kapitalistischen Länder. Jetzt zwingt die wachsende Internationalisierung der Produktivkraftentwicklung zur Herausbildung von Formen internationaler staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse, in die nicht nur die transnationalen Monopole, sondern auch der Staat in seinen ökonomischen Funktionen immer mehr einbezogen wird.

Grundlage dieses Prozesses ist die schrittweise Verflechtung der Kapitalkreisläufe und damit der nationalen Reproduktionsprozesse. Diese Verflechtung geht in den einzelnen Stadien des Kreislaufs des industriellen Kapitals – vor allem in der Produktion – vonstatten. Jedes Stadium des Kapitalkreislaufs vollzieht sich heute nicht nur im Rahmen einzelner kapitalistischer Länder, sondern in wachsender internationaler Verflechtung, und in jedem dieser Stadien sind Aktivitäten des imperialistischen Staates notwendig, um die Durchsetzung der internationalen Profitstrategie „seiner“ Monopole zu sichern. Da der Kapitalismus keinen „Weltstaat“ hervorbringen kann, vollzieht sich die Herausbildung von staatlichen Elementen internationaler Produktionsverhältnisse auf zwischenstaatlicher Basis und über internationale zwischenstaatliche Organisationen. Diese Verflechtung von Monopolen und Staat ist dadurch gekennzeichnet, daß die Internationalisierung des Kapitals den nationalen staatlichen Rahmen gewissermaßen „überwindet“, ohne eine „übernationale“ staatliche Entsprechung zu finden.

So erweitern sich mit der wachsenden Internationalisierung des Wirt-

schaftslebens die außenwirtschaftlichen Funktionen des Staates in den kapitalistischen Industrieländern. Das gilt sowohl für die verschiedenen Gebiete der internationalen Wirtschaftsbeziehungen – Kapitalexport, Währung, Kredit, Handel u. a. – als auch für die einzelnen staatlichen Subjekte dieser Beziehungen – die Staaten, die internationalen Organisationen und Institutionen. Dabei gewinnt die Rolle von bilateralen und multilateralen Vereinbarungen mit anderen Staaten an Bedeutung. In ihnen kommen zeitweilige Kompromisse entsprechend den jeweiligen Kräfteverhältnissen zum Ausdruck.

So erfolgt die „Einbeziehung“ des Staates in die Produktionsverhältnisse auf der internationalen Ebene anders als auf nationaler Ebene, nämlich nur über solche Elemente, die auf internationaler Ebene auch durchsetzbar sind: *auf zwischenstaatlicher Basis* und *über internationale kapitalistische Organisationen und regionale Integrationsgebilde* wie die westeuropäische Integration.

Ihren besonderen Ausdruck findet die staatsmonopolistische Internationalisierung vor allem in dem Zusammenwirken transnationaler Industrie- und Bankkonzerne mit internationalen Wirtschaftsorganisationen wie IWF, Weltbank, OECD, GATT und EG. Gerade hier finden sich auch neue Ansätze einer internationalen staatsmonopolistischen Regulierung.

2.3 Verstärkte Tendenzen einer internationalen staatsmonopolistischen Regulierung

Wie die Entwicklung auf wichtigen Gebieten – vor allem auf dem der Energiewirtschaft sowie der Welthandels-, Währungs- und Kreditbeziehungen – beweist, zeichnen sich im Verlaufe der 70er Jahre Prozesse einer verstärkten Herausbildung des internationalen staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus an die neuen Erfordernisse der Internationalisierung ab. Hierin sehen wir ein *drittes Kriterium* für die neue Stufe staatsmonopolistischer Internationalisierung.

Entsprechend der Entfaltung der internationalen staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse kann es sich auch bei der Anpassung auf dem Gebiet der internationalen Regulierung nur um Stufen innerhalb der staatsmonopolistischen Entwicklung handeln. Als Subjekte treten hier die internationalen Monopole, die Staaten und die internationalen Organisationen bzw. regionalen Gruppierungen auf. Neue Tendenzen der internationalen staatsmonopolistischen Regulierung zeigen sich vor allem in drei Richtungen:

Erstens bildet sich ein Mechanismus wirtschaftspolitischer Konsultationen und Abstimmungen zwischen den Regierungen der imperialistischen Länder sowie zwischen den Vertretern dieser Regierungen und internationalen monopolistischen Interessenverbänden heraus. Dazu zählen regelmäßige Treffen auf Ministerebene, im Rahmen der EG sowie die jährlich stattfindenden Wirtschaftsgipfel der führenden kapitalistischen Staaten. Eine wachsende Rolle spielen „Gruppentreffen“ führender Vertreter imperialistischer Staaten zu ausgewählten internationalen Wirtschaftsproblemen (z. B. „Fünfergruppe“ auf finanz- und währungspolitischem Gebiet, die „Vierergruppe“ zu Handelsfragen u. a.).

Zweitens zeigt sich eine Funktionserweiterung und -veränderung bei den bereits bestehenden internationalen ökonomischen Organisationen, und es kommt auch zur Neubildung solcher Institutionen. Im Mittelpunkt dabei stehen u. a. der IWF, die Weltbank, das GATT, die OECD und die Internationale Energieagentur (IEA) sowie auch neue Ansätze bei den Versuchen, die Regulierung im Rahmen der westeuropäischen Integration voranzubringen.

Drittens handelt es sich in engem Zusammenhang damit um das neuartige und verstärkte Zusammenwirken von transnationalen Industriekonzernen und Banken mit derartigen internationalen Institutionen. Dieser Prozeß vollzieht sich auf der Grundlage einer weiteren Expansion der internationalen Industrie- und Bankmonopole, die ihren Einfluß auf die Wirtschaftsbeziehungen noch weiter ausbauen können. Als Beispiel können hier vor allem die Aktivitäten transnationaler Banken im Zusammenwirken mit dem IWF und der Weltbank beim sogenannten Schuldenmanagement gegenüber den Entwicklungsländern genannt werden.

Auch unter den Bedingungen verstärkter staatlicher und zwischenstaatlicher Einwirkung auf die ökonomischen Prozesse und der dadurch bewirkten Modifizierungen bildet der Profit-Preismechanismus nach wie vor die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsregulierung – auch im internationalen Maßstab. Nach wie vor sind es vor allem solche Kategorien wie Preis, Zins und Währungskurse, die über die Zirkulation ihre regulierende Funktion bei der Herstellung der vom Profit diktierten Proportionalität der internationalen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft ausüben. Die ökonomischen Gesetze und Kategorien wirken als objektive ökonomische Zwänge auf die Tätigkeit der Wirtschaftssubjekte, und sie setzen sich – wenn auch durch staatsmonopolistische Eingriffe stark modifiziert und verzerrt – bei der Regulierung der kapitalistischen Wirtschaft durch.

Bei dem heutigen Mechanismus der internationalen staatsmonopolistischen Regulierung handelt es sich also um die widerspruchsvolle Einheit und Wechselwirkung zwischen der Tätigkeit der Wirtschaftssubjekte auf den verschiedenen Ebenen dieser Regulierung und dem Wirken objektiver Zwänge der ökonomischen Gesetze und Kategorien in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen des Kapitalismus.

Charakteristika staatsmonopolistischer Internationalisierung

3. heute

3.1 Eine neue Stufe kosmopolitischer Ausbeutung

Ausgehend von den dargelegten Kriterien läßt sich die Feststellung treffen, daß die staatsmonopolistische Internationalisierung eine neue Stufe erreicht, daß sie sich zu einem *Merkmal des heutigen Kapitalismus* entwickelt.

Auf diesem Wege versucht das Monopolkapital, sich eine stärkere Nutzung der Potenzen der modernen Produktivkräfte und der internationalen Arbeitsteilung sowie gewisse Möglichkeiten zur Regulierung akuter Konflikte in den zwischenimperialistischen Beziehungen zu erschließen. Zugleich erweitern und vertiefen sich jedoch die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, der

Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sowie alle sozialen Antagonismen in internationalen Dimensionen. Die staatsmonopolistische Internationalisierung führt auf der Grundlage der transnationalen Kapitalexpansion und der internationalen Verflechtung der einzelstaatlichen Reproduktionsprozesse dazu, daß die Werktätigen von immer mehr kapitalistischen Ländern und viele Entwicklungsländer in ein *internationales Netz finanzkapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft* eingebunden werden, in dem sich ständig internationale Umverteilungsprozesse von Wert und Mehrwert zugunsten der stärksten Monopole und imperialistischen Länder vollziehen.

Marx sprach seinerzeit in Verbindung mit der Herausbildung des Weltmarktes von der „Ausbeutung in ihrer kosmopolitischen Gestaltung“.¹¹ Auf ihrer heutigen Stufe vollzieht sich diese kosmopolitische Ausbeutung in mannigfaltigen Formen. Ihre *erste und Hauptform* bildet die international organisierte direkte Ausbeutung von Arbeitskräften in der *Produktionssphäre*. Die transnationalen Monopole nutzen hier besonders die bedeutenden Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Ländern, vor allem zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, wo die Lohndifferenz je nach Branche und Qualifikation von der Hälfte bis zum Fünffachen beträgt. Eine wesentliche Rolle spielt auch die internationale Migration von Arbeitskräften. Anfang der 80er Jahre wurden in den kapitalistischen Industrieländern rund 25 Millionen Arbeitskräfte (einschließlich ihrer Familienangehörigen) aus dem Ausland herangezogen. Verschärft wird dieser Ausbeutungsprozeß dadurch, daß ein wachsender Teil der Profite speziell aus den Entwicklungsländern in die großen kapitalistischen Industrieländer transferiert wird und dieser Profittransfer inzwischen die in den Entwicklungsländern von den ausländischen Monopolen getätigten Neuinvestitionen beträchtlich übersteigt.¹²

Millionen von Arbeitern und Angestellten arbeiten somit heute zu einem großen Teil an Produktionsmitteln, die Monopolen gehören, deren Leitungszentrale in anderen Ländern oder gar Erdteilen liegt, wo die Aneignung der Ergebnisse ihrer Arbeit erfolgt und die strategischen Entscheidungen über ihr Dasein fallen, was zweifellos eine neue Stufe sozialer Unsicherheit und Entfremdung der Arbeit bedeutet.

Eine *zweite Form* dieser internationalen Ausbeutung bildet die Nutzung der *Zirkulationskanäle* für die Umverteilung (über konzerninterne Preise, Unterschiede im internationalen Preisgefüge, Nichtäquivalentenaustausch, Kredite und Zinsen, Währungsschwankungen usw.) Eine *dritte Form* umfaßt schließlich die *Ausplünderung*, die *Benachteiligung* und das *Abhängigmachen* (heute zunehmend in wissenschaftlich-technischer Hinsicht) *ganzer Länder und Nationen*, vor allem im Bereich der Entwicklungsländer, aber auch vieler kleiner Länder in der Zone des entwickelten Kapitalismus durch die stärksten imperialistischen Staaten.

Die staatsmonopolistische Internationalisierung der Ausbeutungsverhältnisse hat also eine *soziale* und *eine nationale* Komponente. Dies stimuliert ei-

11 MEW, Band 4, S. 456.

12 Siehe Fidel Castro, Die ökonomische und soziale Krise in der Welt, Berlin 1983, S. 39 ff.

ne entsprechende Spezifik und Verbindung von sozialen Antagonismen und nationalen Konflikten sowie aus ihr erwachsende gesellschaftliche Bewegungen, deren Inhalt und Richtung zunehmend von den internationalen Dimensionen und neuen Formen der staatsmonopolistischen Entwicklung geprägt wird. (Ein charakteristisches aktuelles Beispiel sind die Auseinandersetzungen um die internationale Verschuldung.)

Zugleich darf man nicht übersehen, daß es zu einer *stärkeren internationalen Interessenverknüpfung des Finanzkapitals der verschiedenen Länder*, vor allem hinsichtlich der Abschirmung ihrer Ausbeutungs- und Einflußsphären gegen demokratische und revolutionäre Entwicklungen, kommt.

3.2 Modifikationen in den zwischenimperialistischen Beziehungen

In der Diskussion um die Einschätzung der heutigen Internationalisierungstendenzen wird immer wieder die Frage nach deren Auswirkungen auf die Beziehungen der imperialistischen Staaten untereinander aufgeworfen. Wird der Imperialismus zunehmend „einheitlicher“ und schwächen sich etwa die Rivalitätskämpfe, die die Einzelstaaten und nationalen staatsmonopolistischen Kapitalismen gegeneinander geführt haben, allmählich ab? Stehen wir heute mehr und mehr einer imperialistischen Gesamtstrategie gegenüber oder lassen sich neue Differenzen zwischen ihnen erkennen, die den Kapitalismus als System schwächen und im Kampf gegen ihn genutzt werden können?

Die Fragen sind zu wichtig, um eine schnelle und einfache Antwort zu geben, zumal offenkundig das Bild der Erscheinungen eher widersprüchlicher, komplizierter und in mancher Beziehung auch anders geworden ist.

Betrachtet man die gegenwärtigen und absehbaren künftigen Entwicklungstendenzen der staatsmonopolistischen Internationalisierung, so gibt es offensichtlich keine Anzeichen dafür, daß damit die Eigenständigkeit der national organisierten staatsmonopolistischen Kapitalismen und die spezifischen gegeneinander gerichteten Expansions- und Konkurrenzinteressen der Finanzkapitale der verschiedenen imperialistischen Länder und Ländergruppen – der USA, Japans, der BRD, Frankreichs, Großbritanniens usw. – aufgehoben würden. Auch in ihren staatsmonopolistischen Formen bleibt die kapitalistische Internationalisierung engstens mit dem Wirken des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder verbunden, was sich vor allem in der Herausbildung von mehreren imperialistischen Machtzentren und ihren ständigen Auseinandersetzungen gegeneinander äußert. In dieser Verknüpfung von Internationalisierung und Ungleichmäßigkeit tritt aber eine Reihe von neuen Momenten und Modifikationen zutage, die zunehmend auch durch die veränderten globalen Existenzbedingungen des Kapitalismus beeinflußt werden.

Wir möchten im Ergebnis unserer Untersuchungen fünf solcher Momente hervorheben:

Erstens entsteht mit der Herausbildung internationaler Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei Weiterexistenz der rivalisierenden nationalen staatsmonopolistischen Strukturen und Interessen *eine neuartige „Ver-*

knotung“ *widersprüchlicher objektiver Tendenzen* analog (oder besser in Fortsetzung) jener seinerzeit von *Lenin* formulierten „Verknotung“ der Monopole mit der freien Konkurrenz, in der er eine Eigenart des imperialistischen Stadiums und letztlich die Hauptursache dafür sah, warum keiner der grundlegenden Widersprüche des kapitalistischen Systems auf dem Wege monopolistischer Zusammenschlüsse überwunden werden kann.¹³ Auch die Verflechtung der privaten Monopole mit dem Staat setzte diesen Prozeß der Verknotung widerstreitender Tendenzen fort und heute wird hiervon zunehmend die internationale Sphäre erfaßt.

Ein *zweites Moment* im Aufeinanderwirken von Internationalisierung und Ungleichmäßigkeit bildet das Entstehen *zweier Ebenen* der staatsmonopolistischen Internationalisierung selbst, einer *regionalen* (vor allem in Gestalt der westeuropäischen Integration) und einer überregionalen (also zwischen den Zentren) Ebene, die sich *nebeneinander* und *gegeneinander* entwickeln.

Es waren wesentlich das ungleiche und wechselhafte Tempo und die unterschiedliche Intensität im Voranschreiten der Internationalisierungsprozesse in den verschiedenen Regionen der kapitalistischen Welt, die – neben der Schwächung der USA-Positionen – zur Herausbildung mehrerer imperialistischer Machtzentren beitrugen. So entwickelte sich in den 50er und 60er Jahren in Gestalt der westeuropäischen Integration die Verflechtung der Wirtschaften der westeuropäischen Länder untereinander (besonders in der EG) wesentlich schneller als mit anderen Regionen. Später änderten sich diese Relationen. Die in Westeuropa geschaffenen Formen einer regionalen staatsmonopolistischen Integration wurden und werden zunehmend von Internationalisierungsprozessen im Rahmen der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft, vor allem von Formen der transnationalen Expansion der Monopole der drei imperialistischen Zentren, von Kooperationsbeziehungen und Verflechtungen zwischen ihnen durchdrungen und zum Teil auch überholt. Heute sind wir Zeuge des Versuchs einer erneuten Gegenreaktion der westeuropäischen Staaten, während die USA vor allem die überregionalen Internationalisierungsprozesse für eine Stärkung ihrer Hegemoniepositionen zu nutzen suchen.

Ein *drittes Moment* ist die stärkere Hinwendung zu einer „*regulierten Rivalität*“, die sowohl den Hauptinhalt als auch die Hauptfunktion der vielfältigen Koordinierungsaktivitäten von internationalen zwischenstaatlichen Gremien und Institutionen ausmacht.

Die zwischen den kapitalistischen Industrieländern erreichte Stufe der gegenseitigen ökonomischen Verflechtungen und Abhängigkeiten bildet eine neue *objektive Rahmenbedingung* für das weitere Wirken des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, eine neuartige Grundtatsache in der ökonomischen Interessenstruktur der kapitalistischen Länder in bezug auf ihre Beziehungen untereinander. Immer häufiger ist für ein kapitalistisches Land das Erringen von Vorteilen auf Kosten eines anderen Landes mit eigenen Nachteilen aus dessen Gegenreaktionen verknüpft, wodurch das ständige Abwägen und Bilanzieren von Nutzen und Schaden in den Konkurrenz-

13 W. I. Lenin, Werke Bd. 24, S. 465.

und Rivalitätskämpfen zu einer unerläßlichen Bedingung der Wahrung der eigenen Interessen geworden ist.

Die Bedeutung dieses Problems wird durch seine enge Verknüpfung mit der Politik unterstrichen. Das gemeinsame *politische* Klasseninteresse des Monopolkapitals aller Länder – gerichtet vor allem auf den Erhalt der kapitalistischen Ausbeuterordnung, auf den Kampf gegen den Sozialismus und den weiteren sozialen Fortschritt in der Welt – erhält damit eine Art *ökonomische* Fundierung. Hieraus ergibt sich ein objektiv bedingtes wesentlich intensiveres Nebeneinander von gegensätzlichen *und* gemeinsamen Interessen, von Rivalität *und* Zusammenarbeit in den Beziehungen der imperialistischen Länder und nationalen Monopolgruppen untereinander.

Der Imperialismus bedarf heute eines Mechanismus für die Austragung der zwischenimperialistischen Widersprüche und Rivalitäten, in dessen Rahmen sich das Prinzip der Verteilung und Neuaufteilung von Ausbeutungs- und Einflußsphären nach der „Stärke der Beteiligten“ (*W. I. Lenin*) durchsetzen kann und gleichzeitig das Interesse aller am Erhalt des kapitalistischen Systems und an der Entwicklung gegenseitiger ökonomischer Beziehungen gewährleistet wird. Unter den Bedingungen der außerordentlich geringen Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen den imperialistischen Hauptmächten und Zentren, angesichts des endgültigen Verschwindens der Kolonialreiche und des Entstehens einer großen Zahl souveräner Staaten, schließlich auf Grund der zunehmenden gegenseitigen Beeinflussung und Abhängigkeit der Wirtschaften der kapitalistischen Industrieländer führt der Zugang zu den Märkten des anderen, zu den Rohstoffquellen und zu günstigen Kapitalanlagen auf dem Territorium des anderen zur Nutzung der wissenschaftlich-technischen Errungenschaften des anderen in der heutigen kapitalistischen Welt vorwiegend über die von *Lenin* als „vertragsmäßige Aufteilung“ bezeichnete Form des Rivalitätskampfes, über „Vereinbarungen“ und „Abmachungen im Weltmaßstab“ zwischen Monopolverbänden, Kapitalistengruppen und imperialistischen Staaten (auch unter Einschaltung internationaler Organisationen), was natürlich nach wie vor auch mit Konkurrenzkampf, mit Übervorteilung und Ausnutzung von Ungleichheiten der gegenseitigen Verflechtung, mit politischem Druck und mit unterschiedlichen Positionsgewinnen je nach Stärke der Beteiligten verbunden ist.

Bekanntlich haben sich seit Anfang der 80er Jahre die Konkurrenzkämpfe zwischen den USA, Westeuropa und Japan um die Nutzung der neuen Produktivkräfte, um den größtmöglichen Anteil an neu sich bildenden wie auch traditionellen Märkten, im Bereich der Währungs- und Finanzbeziehungen außerordentlich verschärft; sie nehmen teilweise wirtschafskriegsähnliche Formen an. Zugleich entwickeln sich – als Mittel dieses Konkurrenzkampfes – auch neue Kooperationsformen zwischen Konzernen, Banken und kapitalistischen Staaten.

Der staatsmonopolistischen Verbindung von Regulierung und Rivalität ist somit ein ständiger innerer Widerspruch eigen, der auf kapitalistischem Boden unüberbrückbar ist. Die internationalen Regulierungsaktivitäten und -formen werden selbst zum Gegenstand von Rivalitätskämpfen und scharfen

Konflikten, was immer wieder spontane Wirkungen hervorbringt, durch die die getroffenen Vereinbarungen durchkreuzt und ihre Effektivität eingeschränkt werden.

3.3 Haupttypen regulierter Rivalität – Konflikte und Differenzen imperialistischer Strategiebildung

Viertens hat die Hinwendung zu einer mehr „regulierten Rivalität“ zur Folge, daß sich auf der Basis ungleicher und wechselnder Kräfteverhältnisse sowie unterschiedlicher subjektiver Konzeptionen *Auseinandersetzungen um die Art und Weise, um den Charakter bzw. Typ dieser Regulierung* der zwischenimperialistischen Beziehungen entwickeln.

Aus dieser Sicht kann man davon sprechen, daß die zwischenimperialistischen Beziehungen in eine sehr komplizierte Entwicklungsphase eingetreten sind. *Einerseits* geht unter den Bedingungen der Existenz mehrerer imperialistischer Machtzentren von der heute erreichten Stufe der ökonomischen Interdependenz in der kapitalistischen Weltwirtschaft und von den Nivellierungstendenzen im ökonomischen Niveau der führenden kapitalistischen Staaten eine Tendenz zu einem solchen Typ der Regulierung der zwischenimperialistischen Beziehungen aus, der diesen Bedingungen einigermaßen zu entsprechen vermag und der einen Rahmen für die immer wieder erforderlichen Kompromisse und Konsensbildungsprozesse darstellen kann. Unvermeidlich ist dabei, daß es auch innerhalb dieses Rahmens zu ständigen und wechselhaften Positionskämpfen zwischen den führenden imperialistischen Mächten kommt, zumal diese auf den verschiedensten Gebieten unterschiedliche Stärken und Schwächen haben.

Andererseits sind die USA in der neuen multipolaren Kräftestruktur nach wie vor die stärkste imperialistische Macht, wollen auf ihre deutliche Hegemonie und die mehr oder weniger rücksichtslose, auf Kosten ihrer „Partner“ betriebene Verfolgung ihrer eigenen Interessen nicht verzichten.

Die Eigenart der Situation besteht also darin, daß bereits mehrere imperialistische Machtzentren existieren und darüber hinaus ein hoher Grad gegenseitiger Verflechtung und Abhängigkeit aller vom Zustand der kapitalistischen Weltwirtschaft als Ganzes und von der jeweiligen Lage des „Partners“ besteht, was zwar relativ weniger, aber zunehmend auch für die USA gilt, diese aber nach wie vor an ihrer Hegemonialkonzeption festhalten und sie sogar weiter ausbauen.

Gerade diese Widersprüchlichkeit prägt auch den gegenwärtigen Prozeß der Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und widerspiegelt sich im tendenziellen Hervortreten von *zwei Haupttypen (oder Hauptrichtungen)* der staatsmonopolistisch regulierten zwischenimperialistischen Beziehungen:

Der *erste* ist der *hegemonistische Typ*, bei dem die Prinzipien, Regeln und institutionellen Formen der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten vollständig oder weitgehend durch den Anspruch auf die Führung von seiten der stärksten imperialistischen Macht, den USA, durch die Forderung nach

uneingeschränkter Anerkennung dieses Anspruchs seitens der anderen kapitalistischen Länder und nach Unterordnung ihrer Interessen unter die des Hegemons geprägt werden. Eine solche Art hegemonistischer Interessenregulierung schließt zwangsläufig eine betont konfrontative „Gemeinsamkeit nach außen“, vor allem gegen die sozialistischen Ländern, ein.

Die Hauptträger dieser Tendenz sind die reaktionärsten Kreise der staatsmonopolistischen Oligarchie der USA, die sich dabei auf den internationalen Einfluß ihrer transnationalen Monopole und auf die überlegenen militärischen, politischen und ökonomischen Machtpositionen der USA in der kapitalistischen Welt stützen.

Den *zweiten Typ* der Regulierung der zwischenimperialistischen Beziehungen könnte man als den *kollektiv-staatsmonopolistischen Typ* bezeichnen. Konzeptionelle Vorstellungen dafür und einige Elemente konkreter Formen, Institutionen und Mechanismen entwickelten sich vor allem im Zuge der Herausbildung mehrerer imperialistischer Rivalitätszentren. In Kreisen der USA-Monopolbourgeoisie widerspiegelte sich dies in einer Hinwendung zu Konzepten einer mehr kollektiv organisierten Interessenregulierung unter den führenden kapitalistischen Staaten (wie z. B. im Konzept des „Trilateralismus“), was dem Streben der westeuropäischen Staaten, Japans und anderer kapitalistischer Mächte nach mehr eigenständigem Einfluß auf die Prozesse im imperialistischen Gesamtsystem, auf die verschiedenen Elemente von Vereinbarungen über eine internationale Wirtschaftspolitik und anderes mehr entgegenkam. Es handelt sich also um ein seinem Charakter nach imperialistisches, von einer Reihe realistischer Elemente der Berücksichtigung veränderter globaler und innerimperialistischer Kräfteverhältnisse und Tendenzen getragenes Anpassungskonzept.

Gleichzeitig enthält jedoch auch dieser zweite Typ hegemonistische Elemente, so in Gestalt eines kollektiven Führungsanspruchs der großen kapitalistischen Länder, die zwar untereinander mehr „Gleichberechtigung“ akzeptieren, von der großen Zahl mittlerer und kleinerer kapitalistischer Länder aber eine Unterordnung der Interessen unter ihre kollektive Führung, deren Spitze wiederum die USA bilden, verlangen.

Die tatsächliche weitere Entwicklung und Ausprägung der staatsmonopolistischen Formen zwischenimperialistischer Beziehungen wird mit Sicherheit zu keinem „reinen“ Typ führen, sondern zu einer Mischung beider, wobei die bestimmenden Akzente maßgeblich durch den künftigen Verlauf der ungleichmäßigen Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den kapitalistischen Hauptmächten und Zentren, aber auch durch die gesamte internationale Lage gesetzt werden.

Das *fünfte Moment* betrifft *neuartige Differenzen im Bereich der imperialistischen Strategiebildung*, die eine ihrer wesentlichen Quellen im Aufeinanderwirken von staatsmonopolistischer Internationalisierung und ungleichmäßiger ökonomischer und politischer Entwicklung, von gemeinsamen und gegensätzlichen Interessen der kapitalistischen Staaten haben. Während sich die Formulierung und Diskussion gemeinsamer strategischer Interessen der „westlichen Welt“, „transatlantischer Gemeinsamkeiten“ usw. deutlich ver-

stärkt haben, kommt es gleichzeitig zu unterschiedlichen Auffassungen und Interpretationen über deren Inhalt und die Art und Weise ihrer Verfolgung. Dies tritt vor allem da hervor, wo es um die Beurteilung der Weltentwicklung als Ganzes und um die künftigen Beziehungen zwischen den Staaten der beiden Gesellschaftssysteme geht. Einen wesentlichen und neuartigen Einflußfaktor bildet dabei die globale Gefahr einer nuklearen Weltvernichtung, mit der sich heute die internationale Monopolbourgeoisie in ihrer Gesamtheit angesichts des militärstrategischen Gleichgewichts zwischen den USA und der Sowjetunion und angesichts des Standes der Waffentechnik konfrontiert sieht.

So bilden sich mehr oder weniger deutlich zwei für die Außenpolitik der sozialistischen Staaten und für die Kampfbedingungen der Friedenskräfte in allen Ländern besonders wichtige unterschiedliche Strategierichtungen heraus, die sowohl zwischen den einzelnen imperialistischen Machtzentren und Staaten auftreten als auch – und zwar weitaus stärker als früher – quer durch alle kapitalistischen Staaten und Fraktionen der internationalen Finanzoligarchie.

Eine Richtung sieht das überragende gemeinsame Interesse des „Westens“ vor allem im Streben nach Wiedererlangung der Herrschaft des Kapitalismus über die ganze Welt, in einer „sozialen Revanche“ gegen den Sozialismus und gegen die Fortschritte der revolutionären Bewegung in der Welt, wodurch dem Kapitalismus – auch unter Einsatz militärischer Gewalt – für lange Zeit neuer Expansionspielraum verschafft werden soll. Diese Richtung wird verkörpert vor allem durch die aggressiven und militaristischen Kreise des USA-Monopolkapitals, die an die militärische und ökonomische Überlegenheit der USA und der NATO glauben und auf diesem Wege die Führungsrolle der USA innerhalb des kapitalistischen Systems und in der Weltentwicklung als Ganzes verwirklichen wollen. Die Entwicklung internationaler Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird vorrangig unter dieser Zielstellung gesehen und beeinflußt, so daß militärstrategische Aspekte, Elemente des Wirtschaftskrieges, der Bevormundung und des Diktats, selbst den „Klassenpartnern“ gegenüber, bei den Konzepten einer internationalen staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung, einschließlich der Beziehungen zu sozialistischen Staaten und zu Entwicklungsländern Priorität genießen oder eine wesentliche Rolle spielen.

Die andere Richtung des strategischen Denkens betrachtet die entstandenen internationalen Kräfteverhältnisse und die Existenz von Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme zumindest für einen längeren Zeitraum als eine Realität, deren gewaltsame Veränderung oder Überwindung das Risiko eines atomaren Weltkrieges heraufbeschwört. Sie sieht die strategische Priorität im Überleben, im Vermeiden des „letzten Risikos“, und in der Konzentration der Kräfte auf die Verbesserung der ökonomischen, sozialen und politischen Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems verbunden mit dem langfristigen Ziel, auf diesem Weg den Sozialismus in der Welt zurückzudrängen und möglichst gänzlich zu beseitigen. Die Berücksichtigung von ökonomischen und sozialen Zwängen in der Richtung einer stärkeren internationalen Kooperation und einer koordinierten internationalen Wirtschaftspolitik im Interesse des besseren Funktionierens und der Ausstrahlungskraft des kapitalistischen

Systems spielt in den Vorstellungen über die Herausbildung internationaler Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, über entsprechende Vereinbarungen und Mechanismen zur Regulierung der Beziehungen zwischen den Staaten und Monopolgruppen eine wesentliche Rolle.

Neben dem traditionellen imperialistischen Hegemonie- und Weltherrschaftsstreben, dessen Spitze heute gegen die sozialistischen Länder gerichtet und das besonders stark in den USA ausgeprägt ist, entwickelt sich also tendenziell ein vom Standpunkt des Friedens als Hauptfrage der Weltentwicklung „vernünftig aufgefaßtes monopolkapitalistisches Klasseninteresse“, das trotz seiner Klassenbedingtheit der von der sozialistischen Staaten vertretenen Doktrin der friedlichen Koexistenz und der friedlichen Lösung internationaler Konflikte entgegenkommt.

Dieses „vernünftig aufgefaßte Klasseninteresse“ des Monopolkapitals erwächst aus jenen konkreten wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen, kulturellen und politischen Interessen, wie sie in verschiedenen großbürgerlichen Kreisen und mit ihnen verbundenen Gruppen in den vergangenen Jahren in Verbindung mit den Fortschritten im internationalen Entspannungsprozeß, bei der Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz sowie im Prozeß der Ausdehnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, darunter vor allem zwischen Ost und West, gewachsen sind. Es erwächst aber auch aus dem Erkennen jener Gefahren für das Überleben der Menschheit im Zeitalter des Atoms und der Erschließung des Kosmos, die die Klasseninteressen durchdringen und ein alles überragendes, übergreifendes humanistisches Erfordernis darstellen. Dieses Erkennen äußert sich heute in neuen Denkansätzen quer durch die politischen Parteien in den kapitalistischen Ländern, in neuartigen strategischen Konzeptionen wie in der Konzeption einer „Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West“, in Initiativen zur Einstellung des Wettrüstens und zum Ausbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.

All dies steht in einem diametralen Gegensatz zu der nach wie vor dominierenden militärischen Machtpolitik des USA-Imperialismus, seinem Streben nach militärischer Überlegenheit, nach Ausdehnung des Rüstungswettlaufes auf den Weltraum usw., die er versucht, allen anderen kapitalistischen Staaten als gemeinsame Strategie aufzuzwingen und der mehr oder weniger auch alle anderen Bereiche, vor allem die Wirtschaftsbeziehungen untergeordnet werden sollen.

Es zeigt sich, daß die Differenzierungsprozesse im Bereich der Strategiebildung viele Zusammenhänge und Parallelen zu den oben genannten unterschiedlichen Typen der Regulierung der zwischenimperialistischen Beziehungen aufweisen. Sie sind gewissermaßen ihre weltpolitische Komponente, was insgesamt deutlich macht, daß die Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht nur alte innerimperialistische Differenzen und Konflikte bestehen läßt, sondern auch neuartige Quellen von Widersprüchen mit großer strategischer Bedeutung hervorbringt.

Die weitere Entwicklung dieser Differenzierungsprozesse und unterschiedlichen Tendenzen, ihr Verhältnis zueinander und die Frage, welche der mögli-

chen Varianten sich als Entwicklungstyp der internationalen Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus künftig durchsetzen wird, berühren die Lebensinteressen der ganzen Menschheit. Gerade deshalb verdienen diese Prozesse unsere größte wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit.

4. Hemmnis gleichberechtigter internationaler Zusammenarbeit

Eine für die Politik außerordentlich wichtige Erkenntnis der Untersuchung der neuen Tendenzen staatsmonopolistischer Internationalisierung besteht darin, daß sich diese Prozesse bei weiter anhaltender und zum Teil wachsender Bedeutung der *Nationalstaatlichkeit* im Gesamtsystem der kapitalistischen Weltwirtschaft vollziehen. Jedes der nationalen Monopolkapitale – vor allem der führenden kapitalistischen Länder – ist bestrebt, die Prozesse der Internationalisierung vorrangig in seinem Interesse zu nutzen und sie in einer Richtung zu fördern, die vor allem seinen Wünschen und Zielen am meisten entspricht. So sind die Konkurrenzkämpfe und Rivalitäten der Einzelstaaten, die sich periodisch zu außerordentlich scharfen Formen bis zum Handels- und Wirtschaftskrieg zuspitzen können, auch heute ein immanenter Bestandteil der staatsmonopolistischen Internationalisierung, setzen ihr immer wieder Hindernisse und Schranken entgegen. Dazu kommt, daß die hegemonistischen Ambitionen, wie sie von den stärksten imperialistischen Mächten und vor allem von den USA ausgehen, bei vielen kapitalistischen Ländern geradezu *gesetzmäßig Tendenzen des Strebens nach Gewährleistung einer national unabhängigen, eigenständigen ökonomischen Entwicklung* auslösen.

Starke Impulse hat das nationalstaatliche Element in der kapitalistischen Weltwirtschaft auch durch den Zusammenbruch des Kolonialsystems und das Entstehen einer Vielzahl selbständiger, junger Staaten erhalten. Deren Streben nach politischer und ökonomischer Souveränität wird besonders artikuliert durch ihre Forderungen nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, in der sich ihre nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen in eine auf neuen Prinzipien beruhende gleichberechtigte internationale Wirtschaftszusammenarbeit einordnen und mit ihr verbinden sollen.

Indem die Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus die bestehenden imperialistischen Machtstrukturen konserviert und weiter ausbaut, wirkt sie dieser objektiv progressiven Tendenz eines gleichberechtigten internationalen Zusammenwirkens nationaler Volkswirtschaften entgegen und engt damit die Entfaltung der Internationalisierungsprozesse des Wirtschaftslebens ein, gibt ihnen monopolistisch begrenzte und einseitige Entwicklungsformen. Hierin besteht einer der tiefen inneren Konflikte staatsmonopolistischer Internationalisierung.

Insgesamt ist die staatsmonopolistische Internationalisierung eine Reaktion des Kapitalismus auf Erfordernisse der Produktivkräfte, die heute bereits über den Kapitalismus und die durch seine Produktionsverhältnisse gesetzten Motive und Ziele hinausweisen. Das gilt sowohl für die Notwendigkeit der Neugestaltung des Verhältnisses von nationaler und internationaler Wirtschaftsentwicklung in den Ländern, die zum kapitalistischen Weltsystem ge-

hören, als auch für die Bewältigung jener Probleme globalen Charakters, die heute im Grunde genommen alle Völker und Länder der Welt, große und kleine, kapitalistische, sozialistische und Entwicklungsländer in *eine neue Art weltumspannender Interdependenz, von globaler gegenseitiger Abhängigkeit und Schicksalsverflechtung* einbinden.

Möglichkeiten und Grenzen der innerhalb des Kapitalismus sich vollziehenden Internationalisierungsprozesse sowie ihren historischen Stellenwert wird man zunehmend auch daran messen, wie sie sich zu diesen für die Menschheit als Ganzes lebenswichtigen Erfordernissen verhalten.

Trotz enger werdender Interessenverflechtungen zwischen den Monopolen und Staaten der kapitalistischen Welt und trotz der allmählichen Herausbildung eines System internationaler staatsmonopolistischer Regulierung bleibt die letztlich auf Privateigentum an Produktionsmitteln, Profitstreben und Konkurrenz basierende kapitalistische Weltökonomie eine Quelle der Instabilität und immer wieder neu entstehender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Konflikte. Mehr noch. Die sich entfaltende Internationalisierung verknüpft die kapitalistischen Länder zu einer Art „*Krisenverbund*“, d. h. bildet einen Mechanismus der wesentlich intensiveren *internationalen Ausbreitung und gegenseitigen Übertragung von Krisenprozessen* unterschiedlichen Charakters, steigert also tendenziell das Krisen- und Konfliktpotential in der kapitalistischen Welt.

Zweifelloos steht das Monopolkapital dieser Tendenz nicht passiv gegenüber. Da jedoch der staatsmonopolistische Kapitalismus auch auf seiner internationalen Stufe die von seinen Produktionsverhältnissen gesetzten Schranken für eine gelenkte weltwirtschaftliche Entwicklung und für gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit der Länder und Nationen, größerer wie kleinerer, nicht überwinden kann, laufen seine Regulierungsbemühungen und sein Krisenmanagement den von ihm selbst ausgelösten Konflikten ständig hinterher, wächst tendenziell sein Regulierungsbedarf zunehmend schneller, als er ihm zu entsprechen vermag. Es ist dies die weitere Entfaltung jenes fehlerhaften Kreislaufes, der seinen Ausgangspunkt mit der staatsmonopolistischen Entwicklung innerhalb der einzelnen Länder nahm, der schon hier innerhalb der herrschenden Kreise immer wieder zu Auseinandersetzungen um „mehr oder weniger Staat“ führte und der nunmehr seine Fortsetzung auf internationaler Stufenleiter findet.

Schon jetzt ist daher zu erkennen, daß die von der staatsmonopolistischen Internationalisierung ausgelösten Widersprüche, Hemmnisse und Gegenendenzen als neue Triebkräfte des weiteren historischen Niedergangs des Kapitalismus wirken werden.

Ein Ausweg kann nur auf der Basis alternativer Strategien gefunden werden, die der transnationalen Monopolexpansion und der Nutzung der Potenzen des Staates dafür demokratische Prinzipien der Lenkung des internationalen Wirtschaftsaustausches, für die Tätigkeit seiner Institutionen und für die Wahrung der nationalen Entwicklungsbedürfnisse im Rahmen solcher Internationalisierungsprozesse entgegnen.

Internationalisierung des SMK: Eine neue Tendenz in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft?

Bernhard Roth

1. Politisierung der Weltmarktkonkurrenz: Eine neue Erscheinung des Internationalisierungsprozesses im monopolistischen Kapitalismus – 2. „Überwindung nationalstaatlicher Grenzen“: Lösen sich die Nationalökonomien auf? – 3. Schlußbemerkung: Zum Begriff „Internationalisierung des SMK“

In den letzten Jahrzehnten ist es zu einem sprunghaften Anstieg der Handels- und Kapitalverflechtung der Industrieländer gekommen, die seit Anfang der 70er Jahre durch eine starke Internationalisierung der Kreditbeziehungen ergänzt wurde. Die Akteure dieses Internationalisierungsprozesses waren in erster Linie die dominierenden Kapitale der führenden Industrieländer, allen voran die internationalen Konzerne (IK). Wissenschaftler des IPW sehen in diesem Zusammenhang eine Tendenz zur Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) als einer qualitativ neuen Phase des SMK, die sich über eine anhaltende und tiefgreifende Regulierungskrise durchsetzt.¹ Diese These, der im folgenden widersprochen wird, hat politische Konsequenzen: Ist sie richtig, so müßten internationale Organe zunehmend zum Adressaten politischer und ökonomischer Forderungen von Alternativbewegungen werden. Zugleich würden die Durchsetzungschancen von Alternativen auf nationalstaatlicher Ebene sinken und der jeweilige staatliche Apparat könnte zu Recht auf eine zunehmende „Machtlosigkeit“ verweisen.

1. Politisierung der Weltmarktkonkurrenz: Eine neue Erscheinung des Internationalisierungsprozesses im monopolistischen Kapitalismus

Die Theorie des SMK stellt nicht nur den Versuch dar, die Wechselbeziehung zwischen Staat und Konzernen auf nationaler Ebene analytisch zu erfassen, sondern untersucht zugleich den Einfluß dieser Veränderungen auf den Internationalisierungsprozeß. Dabei handelt es sich nicht nur um neue Ten-

¹ Vgl. H. Heininger/L. Maier, Internationalisierung – eine Grundtendenz der SMK-Entwicklung heute, in: Jahrbuch des IMSF 11, 1986; dies., Tendenzen und Widersprüche der Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus – politökonomische Probleme (Thesen), in: IPW-Berichte 2/85, S. 1 ff.; L. Maier, Der staatsmonopolistische Kapitalismus der 80er Jahre – neue Tendenzen und Widersprüche (Thesen), in: IPW Forschungshefte 1/86, S. 26 ff.

denzen im ökonomischen Bereich, sondern zugleich um Veränderungen in der Organisation der Weltwirtschaft, ihren Regeln und Institutionen. Unter den Bedingungen des SMK wurden die Nationalstaaten in neuer Qualität in den Internationalisierungsprozeß einbezogen, unterlag dieser Prozeß einer zunehmenden Politisierung.²

Dies läßt sich beispielhaft an der Entwicklung des Weltwährungssystems zeigen. Im Konkurrenzkapitalismus hatte sich ein „echtes“ Weltwährungssystem herausgebildet, in dem die Waren neben einem Preis in nationaler Währung unmittelbar, d. h. ohne Vermittlung über ein zwischenstaatliches Wechselkurssystem, einen Weltmarktpreis (Goldpreis) besaßen. Ohne internationale Gremien und Aufsichtsbehörden und ohne internationale Verträge und Vereinbarungen ermöglichte dieses System – unter englischer Hegemonie – eine rasche Expansion des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs. Der Internationalisierungsprozeß kann in dieser Periode als weltweite Konkurrenz von Einzelkapitalen charakterisiert werden. Der Staat sicherte diesen Prozeß zwar global durch politische und militärische Maßnahmen ab, verfügte jedoch nur über ein vergleichsweise bescheidenes Instrumentarium zur wirtschaftspolitischen Förderung der nationalen Kapitale. Eine enge und systematische Unterstützung der internationalen Expansion einzelner Kapital bzw. Kapitalgruppen durch die Wirtschaftspolitik existierte nicht. Funktionieren konnte ein solches System nur, solange die Nationalstaaten auf wirtschaftspolitische Regulierungen im Innern weitgehend verzichteten bzw. verzichteten konnten und solange die einzelnen Unternehmen nicht über die ökonomische und politische Potenz verfügten, die Ressourcen des Staates für ihre internationalen Expansionsziele „einzuspannen“.³

Die Herausbildung der monopolistischen Konkurrenz führte zunächst zu einer Verstärkung des nationalökonomischen und nationalstaatlichen Elements in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Nationalstaaten grenzten ihre Wirtschaftsräume durch währungs- und handelspolitische Maßnahmen voneinander ab, mit dem Ziel, das „eigene“ Nationalkapital vor der Auslandskonkurrenz zu schützen. Zugleich diente diese Abgrenzung dazu, die Ressourcen der Nation für die internationale Expansion der nationalen Konzerne zu mobilisieren. Ein Beispiel hierfür war die Zollpolitik, die im Innern hohe Preise gewährleistete, als Voraussetzung für eine Außenexpansion mittels von Dumpingpreisen.⁴ Auch über die Währungspolitik wurde versucht, die Internationalisierung der Konzerne zu fördern: Eine Unterbewertungs- bzw. Abwertungspolitik verbesserte deren Exportchancen, belastete jedoch zugleich das Nationalkapital über erhöhte Importkosten. Unter den Bedingungen des SMK kam somit ein neues Moment in die Internationalisierung des Kapitals: Die internationale Konkurrenzposition der Unternehmen war nicht

2 Vgl. J. Eisbach, *Der Einfluß der Konkurrenz auf die internationale Arbeitsteilung*, Frankfurt 1981, S. 187; B. Roth, *Weltökonomie oder Nationalökonomie*, Marburg 1984, S. 106 ff.

3 ebenda, S. 28 ff.; E. Sanio, *Geld und Währung*, Frankfurt 1978, S. 63.

4 Vgl. R. Hilferding, *Das Finanzkapital*, Frankfurt 1968, S. 416 ff.; D. Goralczyk, *Der internationale Konzern*, Frankfurt, Bern, Cirencester 1980, S. 180 ff.; N. Bucharin, *Imperialismus und Weltwirtschaft*, Frankfurt 1969, S. 86.

mehr allein Resultat der jeweils kapitalspezifischen Vorteile (Produktivität, Produktinnovation, Technologie, Qualität), sondern wurde wesentlich von der Wirtschafts- und Außenpolitik der Nationalstaaten mitbestimmt. Zusätzlich zum traditionellen außenwirtschaftlichen Instrumentarium wurde die nationale Technologiepolitik, die Struktur- und Stabilitätspolitik usw. in den Dienst des Ziels „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ gestellt, ein Prozeß, der in der Zwischenkriegszeit in seinen Keimformen sichtbar, aber erst in der Nachkriegszeit bestimmend wurde.

Die Herausbildung des Systems des SMK führte somit zu einer Politisierung des Internationalisierungsprozesses. Diese Politisierung stellt folglich keine neue Erscheinung der heutigen Weltwirtschaft dar, sondern es handelt sich um einen „Grundzug“ des Systems des SMK. Damit wurde objektiv eine neue Weltwirtschaftsordnung notwendig, in der zwischenstaatliche Absprachen und Verträge an die Stelle der „unorganisierten“ Weltwirtschaftsordnung des Konkurrenzkapitalismus (Goldstandard) treten mußten. Der Zwang zu einer Etablierung internationaler Gremien, die die Einhaltung bestimmter Regeln in der Weltwirtschaft zu gewährleisten hatten, war Ergebnis der Herausbildung des SMK und der damit einhergehenden Politisierung des Internationalisierungsprozesses.

Historisch gelang eine Anpassung an die neuen Verhältnisse in der Weltwirtschaft nicht unmittelbar: Während die internationalen Wirtschaftsbeziehungen längst vom Konkurrenzkampf zwischen Monopolen und Kartellen, unterstützt von ihren Nationalstaaten, geprägt waren, wurde weiter am Goldstandard als Organisationsprinzip des Konkurrenzkapitalismus festgehalten. Das Fehlen einer den neuen Bedingungen angepaßten Weltwirtschaftsordnung war eine der Ursachen für den weitgehenden Zusammenbruch der internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre.

Dies zeigt, daß die Herausbildung der monopolistischen Konkurrenz und die neue Rolle des Staates nicht „automatisch“ die Tendenz zu einer wachsenden Internationalisierung des Kapitals mit sich bringt, sondern daß die Politisierung der internationalen Konkurrenz potentiell Krisen und Konflikte hervorbringt, die zu einer zeitweiligen Entflechtung und Renationalisierung der ökonomischen Beziehungen führen können. Die Herausbildung eines internationalen Regulierungssystems ist nicht nur eine Frage der objektiven Erfordernisse, sondern hängt wesentlich von konkreten historischen Gegebenheiten und Erfahrungsprozessen ab. Die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit ist ein Beispiel, daß Lernprozesse, verknüpft mit günstigen politischen und ökonomischen Ausgangsbedingungen (große weltwirtschaftliche Expansionsspielräume, unangefochtene US-Hegemonie), zu einem internationalen Regulierungssystem führen konnten, das dem Internationalisierungsprozeß unter den Bedingungen des SMK gewaltigen Auftrieb verschaffte. Am neuen Weltwährungssystem von Bretton Woods wurde der neue Charakter der Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit besonders deutlich: An die Stelle des quasi spontanen Goldstandards traten zwischenstaatliche Abkommen und Organe (IWF), die die Wechselkursentwicklung und die interna-

tionalen Kreditbeziehungen regelten. Ergänzt wurde dieses System durch Handelsabkommen und Regelungen über den internationalen Kapital- und Devisenverkehr (GATT, OEEC). Ein internationales Vertragssystem in dieser Dimension war eine neue Erscheinung der kapitalistischen Weltwirtschaft. Es trug der gestiegenen Rolle der Nationalstaaten in der Weltmarktkonkurrenz Rechnung und stellte damit eine Anpassung an den Internationalisierungsprozeß unter den Bedingungen des SMK dar.

Die Erosion der ökonomischen Vormachtstellung der USA durch das Aufschließen Japans und der EG-Länder und die Verengung weltwirtschaftlicher Expansionspielräume führten in den 70er Jahren zu einem Zusammenbruch wesentlicher Grundpfeiler der Nachkriegsordnung. Insbesondere die internationalen Währungs- und Kreditbeziehungen waren hiervon betroffen: An die Stelle fester Wechselkurse und der Aufsicht des IWF über die Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten trat ein „Mischmasch“ aus „verschmutztem floating“ (wirtschaftspolitisch beeinflusstes System flexibler Wechselkurse) und regionalen Festkurssystemen (EWS). Die Währungspolitik wurde renationalisiert bzw. regionalisiert, die internationale Kreditpolitik privatisiert und zur Angelegenheit zwischen internationalen Banken und kreditsuchenden Ländern. Bei formeller Einhaltung des GATT-Abkommens nahmen Versuche zu, den internationalen Handel durch nichttarifäre Handelshemmnisse und Selbstbeschränkungsabkommen im nationalen Interesse zu beeinflussen. Substantielle Verbesserungen im internationalen Handels- und Kapitalverkehr, in der Regelung der internationalen Finanz- und Kreditbeziehungen und in der Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung kamen in den 70er Jahren nicht mehr zustande. Eine Ausnahme bilden hier nur einige Fortschritte in der Währungsintegration und in der Vereinheitlichung gewisser Vorschriften und Normen im Rahmen der EG, wobei auch hier die wesentlicheren Integrationsfortschritte in den 50er und 60er Jahren zu verzeichnen waren.

Die 70er Jahre brachten insgesamt eine Deregulierung der Weltwirtschaft mit sich. Vor diesem Hintergrund sind die gegenwärtigen Bemühungen führender kapitalistischer Länder um eine verbesserte Steuerung und Koordination der Weltwirtschaft zu sehen: Bi- und multilateralen Konsultationen mit dem Ergebnis fallweiser Interventionen in Krisensituationen, substanz- und ergebnislose Wirtschaftsgipfel, das feuerwehrtartige Management der Schuldenkrise und meist konsequenzlose GATT- und UNCTAD-Runden können zwar als Indizien gelten, daß ein neues, den heutigen Verhältnissen angepaßtes internationales Regulierungssystem notwendig ist. Herausgebildet hat es sich jedoch noch nicht. Im Kern handelt es sich bei den gegenwärtigen Regulierungsversuchen um diskretionäre Eingriffe, die von Fall zu Fall zwischen den führenden kapitalistischen Nationalstaaten ausgehandelt werden. Solche Eingriffe müssen nicht notwendig wirkungslos bleiben, wie die Absprache über eine Senkung des Dollarkurses 1985 demonstrierte. Sie sind Ergebnis von Verhandlungsprozessen und der Machtverteilung zwischen den dominierenden kapitalistischen Nationalstaaten. Kommt es auf dieser Basis zu einer Einigung bzw. zur Durchsetzung der Interessen einzelner hegemonialer Staaten, so können die vorhandenen internationalen Institutionen durchaus wir-

kungsvoll agieren. Dies ist jedoch weder ein Indiz für einen „autonomen“ Machtgewinn dieser internationalen Organe noch für die Errichtung eines qualitativ neuen Systems internationaler Regulierungen.

Als Beispiel für „neue Formen der Verflechtung von Monopolen und Staat auf internationaler Ebene“ führen *H. Heininger* und *L. Maier* das Schuldenmanagement an, in dem internationale Bankkonsortien mit dem IWF und der Weltbank zusammenwirken. Von einer Funktionserweiterung des IWF kann in diesem Zusammenhang nur vor dem Hintergrund eines vorangegangenen Funktionsverlustes gesprochen werden: Während der IWF im System von Bretton Woods den Defizitländern bei anhaltenden Leistungsbilanzdefiziten Auflagen über die Finanzierung und Bewältigung machen konnte und der Aufbau nicht rückzahlbarer Kredittürme schon in der Entstehungsphase zumindest eingedämmt werden konnte, ist seine heutige Funktion in der Tat die eines Schuldeneintreibers im Interesse der Banken geworden. Eine solche Politik betreibt der IWF jedoch nicht autonom, d. h. in weitgehender Unabhängigkeit von den Interessen der führenden kapitalistischen Ländern: Diese bestimmten vielmehr durch ihre Stimmenmehrheit und durch ihre Vertreter beim IWF über die Kreditlinien und -modalitäten den Kurs beim Schuldenmanagement. Der IWF agiert im Zusammenhang mit der Schuldenkrise nur scheinbar als übernationale Institution. Dieser Schein hilft, den Defizitländern Auflagen aufzudrücken, die diese von seiten einzelner Schuldnerländer als Einmischung in ihre Angelegenheiten nicht akzeptieren könnten.

Insgesamt begründen die von *H. Heininger* und *L. Maier* angeführten Beispiele und Erscheinungen weniger die These von einer „neuen Qualität“ bzw. einer „neuen Stufe“ der SMK-Entwicklung, als vielmehr, daß der Internationalisierungsprozeß unter den Bedingungen des SMK zwischenstaatlicher Regulierungen der Weltwirtschaft bedarf. Ein solches Regulierungssystem gab es – unter der Hegemonie der USA – in der Nachkriegszeit. Gegenwärtig gibt es zwar einen hohen Lenkungsbedarf und einige diskretionäre Regulierungsansätze, aber kein Regulierungssystem, das sich mit jenem der Nachkriegsperiode vergleichen ließe. Dies liegt sicherlich zum Teil daran, daß im Westen gegenwärtig keine unumstrittene ökonomische und politische Hegemonialmacht existiert und daß ein neues Machtgleichgewicht zwischen den rivalisierenden kapitalistischen Zentren noch nicht gefunden ist. Zum andern mag eine Rolle spielen, daß sich der Regulierungsbedarf verlagert hat: In der Nachkriegsperiode galt es zunächst, den Handel und Kapitalverkehr zwischen den westlichen Industrieländern neu aufzubauen und eine entsprechende Währungs- und Handelsordnung zu schaffen. Die Entwicklungsländer – meist noch Kolonien – spielten in diesem Prozeß keine Rolle. In den 70er und Anfang der 80er Jahre hat sich gezeigt, daß die Deregulierungsprozesse in der Weltwirtschaft den Internationalisierungsprozeß zwischen den Industrieländern – und dies betrifft den überwiegenden Teil des Welthandels und des Weltkapitalverkehrs – nicht wesentlich beeinträchtigt haben. Damit sollen die Probleme, die aus dem hohen Handelsbilanzungleichgewicht und der hohen Auslandsverschuldung der USA zukünftig entstehen können, nicht heruntergespielt werden. Eine weitaus stärkere Gefährdung der weltwirtschaftlichen Beziehungen

geht jedoch von der Schuldenkrise, von den ungleichgewichtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern aus, d. h. der weltwirtschaftliche Regulierungsbedarf verlagert sich auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Ländergruppen. Zweifelhaft ist jedoch, ob sich hier auf Dauer ein ähnliches internationales Regulierungssystem etablieren kann wie zwischen den Industrieländern in der Nachkriegszeit. Denn hier sind die Machtungleichgewichte um ein Vielfaches stärker ausgeprägt als im System von Bretton Woods: Zu vermuten ist deshalb, daß die Schuldenkrise nicht über ein neues internationales Währungs-, Finanz- und Handelssystem, in dem die Dritte Welt eine stärkere und verbesserte Position einnimmt, gelöst wird, sondern daß den Entwicklungsländern eine „Lösungs“strategie oktroyiert wird. Es zeichnen sich folglich zwei Tendenzen ab:

Erstens: Die Weltwirtschaftsbeziehungen zwischen den Industrieländern bleiben überwiegend konkurrenzgesteuert, wobei die jeweiligen Nationalstaaten „ihre“ Konzerne wirtschaftlich und politisch unterstützen. Konflikte werden von Fall zu Fall und entsprechend den aktuellen Interessenlagen und Machtpositionen zwischenstaatlich geregelt. Eine systematische Regulierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Industrieländern, d. h. ein neues Regulierungssystem, ist nicht erkennbar.

Zweitens: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern werden nicht in einer neuen Weltwirtschaftsordnung geregelt, sondern mit der Methode des Krisenmanagements „bewältigt“: Die westlichen Industrieländer, Banken und Konzerne kooperieren, um das „Schlimmste“ zu verhüten und zwingen den Entwicklungsländern die Bedingungen, mit denen die Kreditkrise gelöst werden sollen, auf. Institutionen wie der IWF und die Weltbank kommt hierbei die Rolle scheinbar neutraler Agenten zu.

In beiden Fällen ist – sofern es nicht zu entscheidenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis kommt – ein neues internationales Regulierungssystem nicht in Sicht. Weniger eindeutig fällt das Ergebnis allerdings für die EG aus. Hier wären nähere Analysen erforderlich, um zu klären, inwieweit die letzten Jahre einen Machtzuwachs der Brüsseler Behörden gebracht haben, ob Wechselbeziehungen zwischen EG-Behörden und europäischen Konzernen entstanden sind oder ob diese vor allem über die nationalen Regierungen und Institutionen auf die EG-Politik Einfluß nehmen. Offen ist auch, inwieweit die EG-Erweiterungen zu einer Förderung der Integration oder aber zu einer Verstärkung nationalstaatlicher Abgrenzungsversuche geführt haben. Im Rahmen der EG könnte den Thesen von *H. Heininger* und *L. Maier* ein gewisser Erklärungswert zukommen. Inwieweit dies zutrifft, müßte durch eine tiefgehende Untersuchung geklärt werden.

2. „Überwindung nationalstaatlicher Grenzen“: Lösen sich die Nationalökonomien auf?

Die These von der Herausbildung einer neuen Entwicklungsstufe des internationalen Regulierungssystems wird von *H. Heininger* und *L. Maier* mit einer „wachsenden wechselseitigen ökonomischen Abhängigkeit zwischen den ka-

pitalistischen Industrieländern“ begründet. Damit ist die Frage angesprochen, inwieweit der Internationalisierungsprozeß zu einer Auflösung nationalökonomischer Zusammenhänge und Kreisläufe geführt hat bzw. führen wird und inwieweit sich eine Tendenz zur Herausbildung einer kapitalistischen Weltökonomie abzeichnet, die durch die „Antimonie“ zwischen weiterexistierenden Nationalstaaten und einer „einheitlichen arbeitsteiligen Weltökonomie“ charakterisiert ist. Diese Fragestellung wurde u. a. in Arbeiten von *I. Wallerstein* (Weltsystemkonzept) aufgeworfen.⁵ Auch wenn *H. Heininger* und *L. Maier* sich nicht explizit auf diese Debatte beziehen, macht ihre These von einer neuen Qualität der „staatsmonopolistischen Internationalisierung“ doch vor allem dann Sinn, wenn von einer Unterminierung nationalökonomischer Zusammenhänge in den Industrieländern ausgegangen wird. Hinweise für diese Interpretation ergeben sich aus ihren Thesen über das Erreichen einer neuen Stufe der internationalen Arbeitsteilung, über die Folgen einer wachsenden gegenseitigen Kapitaldurchdringung der Industrieländer und der Herausbildung neuer Merkmale des Finanzkapitals.

Eine Bewertung des gegenwärtigen Grades und Charakters der Internationalisierung erfordert ein historisch vergleichendes Vorgehen, um qualitative und quantitative Neuerungen erkennen zu können. Welches sind die qualitativ neuen Momente der Internationalisierung unter den Bedingungen des SMK? Im Unterschied zu einer weitverbreiteten Auffassung besteht dieses „Neue“ nicht primär im (quantitativen) Ausmaß der Verflechtung der Industrieländer mit der Weltwirtschaft, sondern in strukturellen (qualitativen) Veränderungen des Internationalisierungsprozesses.

„Internationalisierung“ stellt keine Besonderheit des monopolistischen Kapitalismus dar, sondern ist ein „Grundzug“ kapitalistischer Gesellschaften.

Untersucht man die Handels- und Kapitalverflechtung der wichtigsten Industrieländer vor dem 1. Weltkrieg und in der „Blütezeit“ des Kapitalismus der freien Konkurrenz, so zeigt sich, daß diese dem heutigen Internationalisierungsgrad nicht oder nur unwesentlich nachsteht.⁶ Die damaligen Industrieländer waren tief in eine komplementäre Weltarbeitsteilung eingebunden. Durch das Währungssystem des Goldstandards und angesichts eines unentwickelten wirtschaftspolitischen Instrumentariums bestand in dieser Periode eine enge Reaktionsverbundenheit der Volkswirtschaften, die sich in einer zeitweiligen Synchronisation der Konjunkturen und in starken Rückwirkungen internationaler Ereignisse (Bankrott von Schuldnern in Lateinamerika und den USA) auf die europäischen Länder äußerte.⁷

5 Vgl. *I. Wallerstein*, Aufstieg und Niedergang des kapitalistischen Weltsystems, in: *Kapitalistische Weltökonomie*, D. Senghaas (Hg.), Frankfurt 1979, S. 31 ff.; *T. K. Hopkins*, *I. Wallerstein*, Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems, in: ebenda; *F. Fröbel*, *J. Heinrichs*, *O. Kreye*, Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie, Hamburg 1981.

6 Die BRD stellt hier eine Ausnahme dar. Ihre Außenhandelsverflechtung ist erheblich größer als jene des Deutschen Reiches, wobei jedoch die drastische Verkleinerung des Staatsgebiets zu beachten ist.

7 Vgl. *B. Roth*, *Weltökonomie . . .*, a. a. O., 128 ff.; *H. Feis*, *Europe. The World's Banker 1870-1914*, New York 1965.

Unter den Bedingungen monopolistischer Konkurrenz kam es – wie gezeigt – zunächst zu einer Rückentwicklung des ehemals erreichten Internationalisierungsgrades (Zwischenkriegszeit). Die qualitativ neuen Momente des Internationalisierungsprozesses konnten sich erst in der Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit voll herausbilden, wenngleich ihre Keimformen bereits vorher sichtbar wurden:

Erstens kam es zu einer Konzentration des Waren- und Kapitalexports auf die dominierenden Konzerne der Industrieländer. Die Abhängigkeit dieser Unternehmen vom Weltmarkt und von den Verwertungsbedingungen anderer Länder nahm rasch zu. In diesem Sinne kam es in der Tat zu einer rasch zunehmenden Internationalisierung der Verwertungsbedingungen der Konzerne.

Zweitens änderte sich der Charakter des internationalen Handels und des Kapitalverkehrs. Nicht mehr die komplementäre Arbeitsteilung zwischen den Industrieländern und den Agrar- und Rohstoffländern bestimmten den internationalen Waren- und Kapitalstrom, sondern die intraindustrielle Arbeitsteilung zwischen den entwickelten Industrieländern. Mit zeitlicher Verzögerung folgte der Kapitalverkehr diesem Trend: Neben dem Export von Geldkapital, der dominanten Form des Kapitalexports vor dem 1. Weltkrieg, wurde in der Nachkriegszeit die gegenseitige Durchdringung mit Direktinvestitionen zu einer gleichbedeutenden Form der internationalen Kapitalbewegung. Auch hier besteht Übereinstimmung mit den Thesen von *H. Heining*er und *L. Maier*.

Drittens kam es – wie bereits ausgeführt – zu einer Veränderung der Rolle der Nationalstaaten in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und damit zu neuen Anforderungen an die Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung.

Die Ursachen für diese qualitativen Änderungen im Internationalisierungsprozeß sind vielschichtig. Sie sind zum einen in der monopolistischen Konkurrenz und der veränderten Beziehung zwischen Staat und Ökonomie zu suchen, zum anderen aber in Entwicklungen der Produktivkräfte (Substitution von Rohstoffen durch die Chemisierung, neue Flexibilität bei der Wahl von Produktionsstandorten) und des Marktes (Entwicklung des Massenmarktes in den Industrieländern und Absatzorientierung der Unternehmen). Unstrittig ist, daß die neuen Strukturen in der Weltmarktkonkurrenz unter den Bedingungen der Nachkriegszeit neue Spielräume für die internationale Expansion geöffnet und zu einem Internationalisierungsgrad geführt haben, der sich in der quantitativen Dimension nur mit der Periode vor dem 1. Weltkrieg vergleichen läßt.

In den Thesen von *H. Heining*er und *L. Maier* wird vor diesem Hintergrund von einer „neuen Stufe der internationalen Arbeitsteilung“, von einer „Vertiefung“ der Arbeitsteilung ausgegangen. Tatsächlich handelt es sich bei der Herausbildung einer intraindustriellen Arbeitsteilung zwischen den Industrieländern um eine neue Erscheinung in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Strittig ist jedoch die Interpretation dieser Entwicklung: Ist sie tatsächlich Ausdruck einer tiefgehenden Arbeitsteilung im Bereich von Branchen und Betrieben, d. h. einer weitgehenden Spezialisierung, in deren Folge die Lieferung von Einzelteilen, Baugruppen usw. im internationalen Handel zunehmende

Bedeutung erlangt? Oder handelt es sich bei dem Phänomen des intraindustriellen Handels zu einem erheblichen Teil um den Austausch von wenig differierenden Produkten, die vergleichsweise leicht substituierbar und Ausdruck einer relativ gering spezialisierten internationalen Arbeitsteilung sind? Träfe die erste Interpretation zu, müßte man in der Tat von einer tiefgehenden wechselseitigen Abhängigkeit der Industrieländer ausgehen, d. h., der Spielraum für die Verringerung von Export- und Importquoten wäre gering.

Es wäre falsch, den gesamten intraindustriellen Handel als substitutiven Austausch zu bewerten. Empirische Untersuchungen und eine umfassende Diskussion ihrer Ergebnisse haben ergeben, daß selbst auf der Ebene von fünf- bis siebenstelligen SITC-Nummern, d. h. weit unterhalb der Aggregationsebene von Industriezweigen bzw. hochaggregierten Produktgruppen, der simultane Austausch von gleichartigen Gütern eine wichtige und zunehmende Rolle spielt.⁸ Sicherlich bestehen auch auf dieser niedrigen Aggregationsstufe noch Heterogenitäten, die nicht immer die Annahme eines substitutiven Tausches rechtfertigen. Als Fazit der Diskussion kann jedoch festgehalten werden, daß ein erheblicher Teil des internationalen Handels zwischen den Industrieländern bzw. ein erheblicher Teil des Zuwachses dieses Handels in der Nachkriegszeit dem wechselseitigen Austausch von Gütern geschuldet ist, die in ähnlicher Form vom jeweiligen Importland zugleich auch exportiert werden. Dies trifft insbesondere für den Konsumgüterbereich zu: Zum Beispiel exportiert die BRD PKWs nach Frankreich, umgekehrt werden von dort Autos importiert. Dagegen sind die Verhältnisse im Handel mit Investitionsgütern weniger klar: Gerade im Bereich des Spezialmaschinenbaus bestehen internationale Spezialisierungen, die durch die Meßkonzepte des intraindustriellen Handels unter Umständen nicht erfaßt werden können. Als zusätzliches Indiz für eine Zunahme der internationalen Arbeitsteilung auf der Ebene einzelner Konzerne wird häufig auf die Zunahme des konzerninternen Handels verwiesen. Empirische Untersuchungen haben jedoch gezeigt, daß der Zuwachs des konzerninternen Handels vor allem durch die Lieferung von Endprodukten an die Auslandsfilialen zu Weiterverkaufszwecken zu erklären ist. Dagegen scheint die Vorleistungsverflechtung zwischen Konzernmutter und den Auslandsproduktionsstätten tendenziell abzunehmen: In den Industrieländern jedenfalls tendieren die Auslandsfilialen der Konzerne dazu, ihre Produktionspalette auszuweiten und zugleich Lieferbeziehungen mit nationalen Unternehmen aufzubauen.⁹

8 Vgl. zu dieser Diskussion: A. Aquino, Intra-Industry Trade and Inter-Industry Specialization as Concurrent Sources of International Trade in Manufactures, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 114, 1978, S. 275 ff.; H. Grubel, P. J. Lloyd, Intra-Industry Trade, Bristol 1975; R. W. Pomfret, Intra-Industry Trade in Intraregional and International Trade, in: *On the Economics of Intra-Industry Trade*, Giersch, H. (Hrsg.), Tübingen 1978, S. 115 ff.; F. Wolter, Comment, in: ebenda, S. 132 ff.; J. Eisbach, *Der Einfluß . . .*, a. a. O.

9 Vgl. R. Jungnickel u. a., Einfluß multinationaler Unternehmen auf Außenwirtschaft und Branchenstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1979, S. 171 ff.; L. A. Lupo, Worldwide Sales by U.S. Multinational Companies, in: *Survey of Current Business*, Vol. 53, 1973, D. 33 ff.; UNCTAD, *Dominant Positions of Market Power of Transnational Corporations*, New York 1978, S. 23 f., J. Eisbach, *Der Einfluß . . .*, a. a. O., S. 150.

Der statistische Befund erlaubt gleichwohl keine eindeutige Klärung der Streitfrage um die Intensität der gegenwärtigen Weltarbeitsteilung. Es sprechen meines Erachtens jedoch auch einige andere Gründe gegen die These einer sich stetig vertiefenden Weltarbeitsteilung.

Erstens spricht dagegen die gegenseitige Durchdringung der Industrieländer mit Direktinvestitionen der IK in denselben Industriezweigen. Hinter dieser Entwicklung steht im wesentlichen das Absatzmotiv. Die Nähe zum jeweiligen Markt und die flexible Anpassung an nationale Verhältnisse fördert die Absatzchancen. Die Folge ist eine – wenngleich zeitlich verzögerte – Angleichung der Produktionsstrukturen in den kapitalistischen Zentren.

Zweitens unterstützt die staatliche Wirtschaftspolitik in den Zentren nicht den Aufbau von Spezialisierungsstrukturen in der Weltwirtschaft, sondern setzt im Gegenteil alles in Bewegung, um Rückstände in wichtigen Produktionsbereichen zu vermeiden. Dies betrifft das ganze Feld der sicherheitsempfindlichen Industrien und den weiten Bereich der sogenannten Zukunftsindustrien. Das Ergebnis dieser Anstrengungen, die sich unter dem Oberziel „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ zusammenfassen lassen, ist der Erhalt relativ vollständiger Produktionsstrukturen.

Drittens spricht gegen eine tiefgreifende arbeitsteilige Produktion unter kapitalistischen Bedingungen das hohe Risiko. Die Produktion von Produktteilen und deren Montage in verschiedenen Ländern existiert zwar und ist für einige Produkte kostengünstig. Ein solches Verfahren ist jedoch gegen Handelsbeschränkungen, Produktionsausfällen in einzelnen Ländern usw. sehr anfällig.

Viertens sprechen auch neuere Tendenzen in der Produktivkraftentwicklung gegen die These von einer Vertiefung und immer weiteren Untergliederung der internationalen Arbeitsteilung. Die Mikroelektronik schafft die Möglichkeit hochautomatisierter und sehr flexibler Produktionsverfahren, mit denen auch kleinere Stückzahlen bei einer relativ geringen Bedeutung von Lohnkosten produziert werden können. Die Transportkosten und Risiken einer stark arbeitsteiligen Produktion erhalten vor diesem Hintergrund eine neue Bewertung. Dies zeigt sich u. a. in der Diskussion um Rückverlagerungen von Produktionsstätten.¹⁰ An Stelle einer sich ausweitenden Weltarbeitsteilung zeichnet sich eher ein regionalisiertes Produktionskonzept ab.

Die angeführten Gründe sprechen meines Erachtens gegen die These einer „neuen Qualität“ – bezogen auf die Tiefe und Intensität – der gegenwärtigen Weltarbeitsteilung. Der Reproduktionsprozeß in den führenden Industrieländern ist autonomer, als die teilweise hohen Außenhandelsquoten suggerieren und könnte auch bei einer verringerten Export- bzw. Importabhängigkeit von-statten gehen. Die hohe Weltmarktabhängigkeit der Konzerne, auf die sich die internationalen Handels- und Kapitalströme konzentrieren, darf nicht

¹⁰ Vgl. hierzu die Debatte um Deindustrialisierung und Re- bzw. Neoundustrialisierung. Roy Rothwell, Walter Zegveld, *Reindustrialization and Technology*, Essex 1985; Dieter Läßle, *Süd-Nord-Gefälle*, Papier zur Frühjahrssitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der DGS, April 1986.

gleichgesetzt werden mit einer ähnlich hohen Abhängigkeit der Nationalökonomien. In dieser Unterscheidung besteht ein wesentlicher Unterschied zu den Thesen von *H. Heininger* und *L. Maier*, der zur Konsequenz hat, in den Nationalökonomien nach wie vor die relevanten „Baulemente“ der gegenwärtigen Weltwirtschaft zu sehen.

Eine Tendenz zur Auflösung nationalökonomischer Zusammenhänge wird auch im Agieren der internationalen Konzerne (IK), in der gegenseitigen Durchdringung der Industrieländer mit Direktinvestitionen gesehen. Solche Direktinvestitionen in den Industrieländern – hierauf beziehen sich die folgenden Ausführungen ausschließlich – haben einen anderen Charakter als Direktinvestitionen in Entwicklungsländern: Sie vollziehen sich in entwickelten Volkswirtschaften mit hochentwickelten und breit diversifizierten Produktionsstrukturen und im Rahmen ökonomisch und politisch starker Nationalstaaten. Auch für Direktinvestitionen in den Industrieländern gilt jedoch, daß grundlegende Entscheidungen über Produktionsstandorte, Investitionen und Finanzen im Rahmen des Gesamtkonzerns getroffen werden und nationalen Wirtschaftszielen entgegenwirken können. Solche Entscheidungen gehen über den „Horizont“ einer Nationalökonomie hinaus und werden oft im Rahmen einer längerfristigen globalen Konzernstrategie getroffen. Hierbei handelt es sich in der Tat um ein neues Moment in der Weltwirtschaft der Nachkriegszeit, das tendenziell nationalökonomische Grenzen aufzulösen vermag. Auf der anderen Seite erfordert ein erfolgreiches Wirtschaften der Auslandsfilialen eine gewisse Anpassung an die jeweiligen nationalen Verhältnisse. Das zentrale Motiv der Errichtung von Auslandsproduktionsstätten ist das der Absatzsicherung: Die Produktgestaltung, das Marketing und das „Image“ der Auslandsfilialen muß sich deshalb an nationalen Gegebenheiten orientieren. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind zentral gesteuerte „Weltkonzerne“ wenig verbreitet und es dominiert der Typ des internationalen Konzerns, bei dem nationale bzw. regionale Divisionen mit einer relativ großen Entscheidungskompetenz ausgestattet sind. Damit einher geht eine Tendenz zur Ausweitung des Produktionsprogramms der Auslandsunternehmen und zur Vertiefung der Leistungsverflechtung mit den jeweiligen nationalen Unternehmen.¹¹ Diese Momente wirken der von den IK ausgehenden Tendenz zur Unterminierung nationalökonomischer Zusammenhänge entgegen und binden die Auslands-töchter teilweise in bestehende Nationalökonomien ein.

Zu berücksichtigen ist weiter, daß bei der Mehrzahl der IK eine nationalstaatliche Ausgangsbasis auszumachen ist. Es gibt amerikanische, britische, japanische IK. Und dies nicht ohne Grund: Die Position dieser Konzerne im internationalen Konkurrenzkampf hängt – wie gezeigt – stark von nationalstaatlicher Unterstützung ab. Untersuchungen zeigen, daß Auslandsunternehmen in der Technologieförderung, bei Subventionen und bei staatlichen Auf-

¹¹ Vgl. neben der Literatur in Anmerkung 9 auch F. Fröhlich, *Multinationale Unternehmen*, Baden-Baden 1974.

trägen in vielen Ländern diskriminiert werden.¹²Die „Leitsitzländer“ sind nach wie vor die Operationsbasis der IK, von denen sie international expandieren und dabei staatlich unterstützt werden. Die IK sind folglich nicht „staatenlose“ Konzerne, sondern nach wie vor der bestimmende Teil der jeweiligen Nationalkapitale der Industrieländer. Die Wechselbeziehung zwischen der ökonomischen und politischen Macht der Konzerne und jener des Staates und damit das System des SMK ist damit weitgehend auf die Ebene von Nationalstaaten begrenzt.

3. Schlußbemerkung:

Zum Begriff „Internationalisierung des SMK“

Der Begriff „Internationalisierung des SMK“ impliziert ein Hinauswachsen der engen und systematischen Wechselbeziehung zwischen Konzernen und Staat über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus. Er beinhaltet eine enge Verflechtung der Macht der internationalen Konzerne mit jener von internationalen Institutionen. Dies setzte zunächst voraus, daß die ökonomischen und politischen Ziele der IK nicht mehr vorrangig durch die enge Verflechtung mit „ihrem“ Nationalstaat zu erreichen sind, sondern eine enge Verbindung mit übernationalen Institutionen erforderlich würde. Damit dies sinnvoll würde, müßten sich diese übernationalen Organe zu relativ eigenständigen Machtfaktoren neben den führenden kapitalistischen Staaten entwickeln und über autonome Handlungsspielräume verfügen. Denn solange diese Institutionen primär das Resultat eines Kompromisses der dominierenden kapitalistischen Staaten auf Grundlage der jeweiligen Kräfteverhältnisse darstellen, leuchtete eine „Verflechtung“ der IK mit solchen vergleichsweise machtlosen Organen nicht ein. Die Hauptadressaten blieben in diesem Fall die Regierungen und Bürokratien der Nationalstaaten. Ökonomische Voraussetzung für eine solche Entwicklung wäre meines Erachtens die Erodierung der Nationalökonomien und die Herausbildung eines Weltkapitals. Zwar wäre auch unter diesen Bedingungen die Errichtung eines kapitalistischen „Weltstaates“ kaum vorstellbar, da historische, politische und kulturelle Momente zu einer Verfestigung der heutigen Nationalstaaten geführt haben. Denkbar wäre unter den skizzierten Voraussetzungen jedoch, daß neben diese Staaten supranationale Institutionen treten, die sich im Zusammenspiel mit „Weltkonzernen“ gegen nationalstaatliche „Borniertheiten“ hinwegsetzen und den weltweiten Handlungsspielraum dieser Konzerne erweitern könnten. Daß sich die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung in den letzten Jahren herausgebildet haben, wurde in den vorstehenden Ausführungen bestritten. Es scheint im Gegenteil so, daß die enge Wechselbeziehung zwischen Staat und Konzernen –

12 Vgl. V. Bornschier, *Multinationale Konzerne, Wirtschaftspolitik und nationale Entwicklung im Weltsystem*, Frankfurt, New York 1980; A. E. Safarian, *Policy on Multinational Enterprises in Developed Countries*, in: *Canadian Journal of Economics*, 4/1978, S. 641 ff.; F. v. Stachelsky, *Außenwirtschaftliche Bestimmungsfaktoren der staatlichen Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin (DDR), 1978.

die in der Theorie des SMK analysiert wird – zu einer Verfestigung der Einheit von Nationalökonomie und Nationalstaat geführt hat.

Aus den Ausführungen von *H. Heininger* und *L. Maier* wird meines Erachtens nicht deutlich, ob sie den Begriff „Internationalisierung des SMK“ in einem so weitreichenden Sinn verstanden wissen wollen, wie er im vorstehenden Absatz definiert wurde. Die Einführung eines neuen Begriffs, der ja eine neue Qualität und eine neue Entwicklungsstufe des System des SMK zum Ausdruck bringen soll, würde jedoch wenig Sinn machen, wenn damit nicht die Herausbildung einer engen, qualitativ neuen Wechselbeziehung zwischen Konzernen und supranationalen Institutionen im Weltmaßstab, sondern „nur“ die Politisierung der Weltmarktkonkurrenz durch das Eingreifen der dominierenden Nationalstaaten gemeint wäre. Denn – wie gezeigt – Internationalisierung unter den Bedingungen des SMK (dies ist etwas anderes als Internationalisierung des Systems des SMK) bedeutete von Anfang an eine Politisierung der Weltmarktkonkurrenz, mit der Folge, daß sich unterschiedliche Formen zwischenstaatlicher Regulierung der Weltmarktbeziehungen herausgebildet haben. In Abhängigkeit vom Auf- bzw. Abstieg hegemonialer Mächte, von dem Kräfteverhältnis zwischen den dominierenden kapitalistischen Nationalstaaten, von historischen Erfahrungsprozessen und dem jeweils konkreten Regulierungsbedarf kam es in dieser Phase des Kapitalismus zur Herausbildung und Erosion unterschiedlich intensiver und unterschiedlich erfolgreicher Regulierungssysteme. Ein qualitativ neues weltweites Regulierungssystem, das sich durch den Begriff „Internationalisierung des SMK“ charakterisieren ließe, ist meines Erachtens gegenwärtig nicht erkennbar.

Verschuldung der Dritten Welt

Konferenz von IMSF und Dritte Welt-Gruppen

Peter Imbusch/Jürgen Reusch

Am 31. Mai/1. Juni 1986 fand in Köln-Rodenkirchen eine internationale wissenschaftliche Konferenz über „Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik“ statt. Das IMSF als Veranstalter hatte dabei eine breite Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung angestrebt und zu einem gut Teil auch erreicht; die Tagung wurde mitgetragen von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), dem Antiimperialistischen Informationsbulletin (AIB), dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), dem Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, den Brasilien-Nachrichten, dem Christlichen Friedensdienst (CFD), dem Arbeitskreis Philippinen, der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und der Marx-Engels-Stiftung (MES). Vertreter weiterer Solidaritätsgruppen beteiligten sich an der Diskussion in den Arbeitsgruppen.

Die beachtliche Zahl von 450 Teilnehmern signalisierte, daß großes Interesse für die Thematik besteht und die Linke der BRD begonnen hat, sie in ihrer Tragweite zu erfassen. Die Veranstalter waren davon ausgegangen, daß das Problem der Verschuldung der Dritten Welt sowohl in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen als auch längerfristig von erheblicher Bedeutung ist und wissenschaftlicher Verarbeitung auf marxistischer Grundlage bedarf; dies um so mehr, als das Verschuldungsproblem hierzulande lange Zeit überhaupt nicht zu Kenntnis genommen wurde und sich im Massenbewußtsein immer noch nicht in seiner ganzen Schwere adäquat niedergeschlagen hat. Darüber hinaus ist die Rolle der Bundesrepublik im Verschuldungsprozeß bisher kaum thematisiert worden.

Heinz Jung, Leiter des IMSF, hob in seinem Einleitungsbeitrag hervor: „Die Ausbeutung der Völker der ‚Dritten Welt‘ und ihre Entwicklungsbehinderung durch das Finanzkapital und die internationalen Monopole, ihre diskriminierte Stellung in dem durch den Imperialismus beherrschten System der internationalen Arbeitsteilung und Wirtschaftsbeziehungen – dies ist zu *einem der drängendsten globalen Probleme der Menschheit geworden*. Dieses Problem spitzt sich heute in der Verschuldung der Entwicklungsländer zu. Die Folgen sind bekannt: Es ist die Abwärtsspirale von Verschuldung – Krise – Verelendung – Hunger und Tod. Auf der anderen Seite verschlingt die Aufrüstung, die vor allem der Imperialismus der USA der Welt aufzwingt, astronomische Summen, von denen schon ein Teil die Situation der Entwicklungsländer mildern könnte.“

Jung verwies besonders auf die Notwendigkeit, die zentrale Rolle der BRD, immerhin eines der imperialistischen Hauptländer, zu untersuchen. Die BRD unterstütze in den internationalen Institutionen trotz unübersehbarer Eigeninteressen in der Hauptsache den Kurs des US-Imperialismus. Die Bonner Regierung und das bundesdeutsche Finanzkapital, vor allem die drei Großbanken, seien ein aktives Element der Ausbeutung der Dritten Welt. Am Zinstransfer aus der Dritten Welt sei die BRD mit jährlich 4 Mrd. US-Dollar beteiligt, eine Summe, die die gesamte staatliche Entwicklungshilfe um rund 1 Mrd. Dollar übersteige.

Jung hob auch hervor, daß die Verschuldungsthematik in der demokratischen Öffentlichkeit und der Arbeiterbewegung schon breit diskutiert werde; diese Diskussion müsse sorgfältig rezipiert werden. Gleichzeitig könne in diesem Prozeß ein Analysebeitrag aus der Sicht der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie ein wichtiges Element der Orientierung sein. Es sei wichtig, das Wesen des internationalen Finanzkapitals zu erfassen und zu erkennen, daß die Ausbeutung der Dritten Welt und die Krisen in den kapitalistischen Ländern verschiedene Seiten einer Sache seien. Damit könne die antiimperialistische Solidarität auf eine gemeinsame materielle Basis gestellt werden. *Jung* bezeichnete es als bedeutsam, „wenn von dieser Konferenz Signale ausgehen könnten, damit die hier zur Debatte stehenden Fragen stärker als bisher in die demokratischen und antimonopolistischen Alternativkonzeptionen zur herrschenden Politik eingehen“.

In fünf Plenumsvorträgen wurde die Thematik der Konferenz anschließend aufgefächert und unter verschiedenen Aspekten detailliert untersucht. Besonders wichtig war hier die Teilnahme von Fachleuten aus besonders betroffenen Regionen der Dritten Welt selbst.

Hector Heras Leon, Leiter der Abteilung für entwickelte kapitalistische Länder am Forschungszentrum für Weltwirtschaft in Havanna/Kuba, umriß zunächst das Ausmaß der Verschuldung der Dritten Welt; nach den Angaben der Weltbank werde es Ende 1986 die Grenze von einer Billion Dollar überschreiten. Um einen solchen Schuldenberg tatsächlich abzutragen, hätten die Entwicklungsländer 1985 die Summe von 102 Mrd. Dollar (Zinsen und Tilgung) zurückzahlen müssen, davon 54 Prozent allein für Zinsen.

Heras widmete sich dann ausführlich der Situation Lateinamerikas, der am höchsten verschuldeten Region. Er legte dar, die Auslandsschulden Lateinamerikas hätten sich zwischen 1975 und 1985 fast verfünffacht und seien im letztgenannten Jahr auf 368 Mrd. Dollar angestiegen. Für 1995 rechne man mit einer Verschuldung von 700 Mrd. Dollar allein für diesen Kontinent. Die 1985 von dieser Region gezahlten Zinsen stellten 36 Prozent des Werts ihrer Exporte an Gütern und Dienstleistungen dar. Seit 1982 sei Lateinamerika faktisch Kapitalexporteur geworden. *Heras* erläuterte, diese Entwicklung hänge hauptsächlich mit der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft zusammen, die vor allem seit 1979 sowohl zu einer Nachfragesenkung nach lateinamerikanischen Exporten als auch zu einer jähen Erhöhung der Zinssätze auf dem internationalen Markt und einem Abfall der Terms of Trade geführt habe. Die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas sei seither zurückgegangen; au-

Ber in Kuba sei die Pro-Kopf-Produktion in allen Ländern des Kontinents rückläufig.

Heras skizzierte dann die katastrophalen sozialen Auswirkungen des Schuldenanstiegs für die Bevölkerungen der Länder Lateinamerikas, zog dabei auch Parallelen zu Afrika, dessen Lage ähnlich oder sogar noch schlimmer sei und untersuchte vor allem die Praktiken, mit denen kapitalistische Regierungen, internationale Finanzinstitutionen und Geschäftsbanken, vor allem der IWF, Schuldnerländer ihrer Kontrolle und Einmischung unterwerfen. Hier ging er besonders auf das Instrument der Umschuldungen ein:

„Die Umschuldung von Auslandsschulden hat ihrem Wesen nach nicht den Sinn, den Ländern der Dritten Welt zu helfen oder ihre Gesellschaften zu entwickeln, sie unabhängiger zu machen, den Lebensstandard in ihnen zu erhöhen oder sie aus der Sklaverei der Auslandsverschuldung zu befreien. Im Gegenteil: Ihr Zweck ist es, das System neokolonialer Ausbeutung aufrechtzuerhalten, und dies drückt sich aus im Schutz der Interessen der Banken und multinationalen Unternehmen sowie der Beibehaltung von Bedingungen, die ein noch stärkeres Wachstum der Gewinne ermöglichen, die diese Institutionen anstreben.“ Da die Faktoren, die zur Verschuldung geführt hätten, weiter existierten, brächten Umschuldungsverhandlungen auch keine Lösung. *Heras* unterstrich statt dessen, an die bekannten, mit dem Namen *Fidel Castros* verbundenen Initiativen anknüpfend:

„Eine definitive, radikale Lösung des Problems der Auslandsverschuldung ist gebunden an die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Länder. Das Schuldenproblem verlangt eine reale Lösung, die die Durchführung von wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprogrammen ermöglicht, die befähigt sind, die Lage der gegenwärtigen unterentwickelten Länder endgültig umzugestalten. Und dafür würde nicht einmal eine Nichtigkeitserklärung oder unbegrenzte Aufschiebung der Rückzahlung der Schulden genügen, die unbezahlbar sind, sondern darüber hinaus wäre die radikale Umwälzung des ungerechten Systems der gegenwärtig herrschenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen notwendig; d. h., notwendig wäre die Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung als unverzichtbare Ergänzung dazu.“

Felix Contreras, Leiter der Abteilung für kommunale und regionale Angelegenheiten im Präsidenschaftsamt der Republik Nicaragua (Managua), erläuterte die Problematik aus der Sicht eines Landes, das nach einer erfolgreich durchgeführten Revolution noch schwer unter den ererbten Übeln der Unterentwicklung leidet und zudem im Zentrum politischer, ökonomischer und militärischer Angriffe des Imperialismus steht. Nach einer allgemeinen Charakterisierung der Situation Lateinamerikas ging *Contreras* besonders auf die Situation in Mittelamerika ein. Die Länder dieser Region seien von der Krise Lateinamerikas in besonderem Maße betroffen. Allerdings hätten einige von ihnen, z. B. Guatemala, El Salvador, Honduras und Costa Rica nach der nikaraguanischen Revolution zusätzliche Finanzspritzen erhalten, während man Nicaragua auszutrocknen versuche; dennoch sei die Verschuldung dieser Länder nach wie vor sehr hoch und ihre innere Krise ungelöst.

Contreras widmete sich dann ausführlich dem Sonderfall Nicaragua. Unter-

mauert durch Fakten und Zahlen, gab er einen höchst informativen Überblick über die Geschichte der Unterentwicklung und Ausbeutung Nikaraguas in fünfzig Jahren *Somoza*-Diktatur und US-Abhängigkeit; sehr anschaulich stellte er die Probleme dar, an denen Nikaragua heute noch leidet, und faßte die wirtschaftlichen Aufbaumaßnahmen und die ersten Erfolge zusammen, die nach 1979 in Angriff genommen wurden. Als besonderes Problem kennzeichnete er die hohen Verteidigungsausgaben, die 50 Prozent des Nationalhaushalts ausmachten, und die eine wirtschaftlich günstige Entwicklung behinderten.

Contreras' Darstellung des Sonderfalls Nikaragua war ein Beleg für die von *Heras* (und generell auf der Konferenz) vertretene These, daß die gegenwärtigen internationalen Kapitalstrategien nicht der Entwicklung, sondern der Aufrechterhaltung und Vertiefung des Systems der Ausbeutung der Dritten Welt dienten und progressive Fortschritte der Entwicklungsländer – wenn überhaupt – nur dann gewünscht werden, wenn sie sich im Rahmen eines Systems internationaler Arbeitsteilung unter imperialistischer Regie vollziehen.

In seinem Beitrag über „internationale Kapitalstrategien“ leitete *Herbert Schui* (Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik, Hamburg) zur Erörterung der Rolle der kapitalistischen Länder über. *Schui* bezeichnete die kontraktive Geldpolitik der USA als Schlüsselement der Verschuldungskrise. Die hohen Zinsen in den USA hätten zu einer Flurbereinigung gegenüber kleineren Kapitalien geführt und die Konzentration und Zentralisation des Kapitals beschleunigt. Dies führte zur Stärkung der dominanten Kapitalfraktionen in den USA, die sich weiter fortsetzte, indem die großen Monopole auch die in den Entwicklungsländern bankrott gegangenen Kapitale aufkaufen konnten. *Schui* führte aus, durch den IWF und dessen Programme würden die Länder der Dritten Welt offen und somit für den Imperialismus sturmreif gemacht. Ziele des Schuldenmanagements seien die Gewährleistung der Zins- und Tilgungszahlungen und die Sicherung der Profite des Finanzkapitals.

Auch wenn die USA das Hauptgläubigerland seien, komme den kapitalistischen Ländern Westeuropas in den Kapitalstrategien die wichtige Rolle zu, auf ihren Märkten den Absatz der Waren aus Entwicklungsländern zu sichern und somit die Schuldendienstzahlungen zu gewährleisten.

Das gesamte System der Verschuldung, Umschuldung, Teillösungen in besonders schlimmen Fällen mit dem Zweck, Zusammenbrüche zu verhindern, das alles diene dazu, die großen internationalen Finanzgruppen zu bereichern. Banktechnisch sei der Kapitalismus einstweilen wohl in der Lage, das Verschuldungsproblem im Profitsinne zu „managen“. Eine wirkliche Lösung des Verschuldungsproblems sei aber nicht auf banktechnischen Wegen erreichbar, sondern könne nur eine politische sein und hänge davon ab, ob die Betroffenen sich effizient und kollektiv zur Wehr setzen könnten.

In ihrem Referat „Die BRD und die Verschuldung der Dritten Welt“ beleuchteten *Dieter Boris* (Universität Marburg) und *Jörg Goldberg* (IMSF) zunächst Aspekte der außenwirtschaftlichen Expansion der BRD. Sie wiesen darauf hin, die BRD sei schon seit langem zur „zweitstärksten Handelsmacht auf dem kapitalistischen Weltmarkt und hier sogar zum größten Exporteur

von Industriewaren sowie zum drittgrößten Kapitalexporteur aufgestiegen“. Dies habe, obwohl der Schwerpunkt des BRD-Engagements in den entwickelten kapitalistischen Ländern liege, erhebliche Bedeutung für die Dritte Welt.

Nach der Rechtswende habe sich die Bonner Dritte-Welt-Politik „noch eindeutiger hinter die auf ‚Rollback‘ eingestellte US-Außenpolitik gestellt bzw. diese nachdrücklich unterstützt“. Das zentrale Merkmal sei, daß die Entwicklungspolitik „direkt und unverhüllt der Durchsetzung außenpolitischer, ‚sicherheitspolitischer‘ und wirtschaftlicher Interessen der Bundesregierung und der von ihr repräsentierten Kräfte untergeordnet“ werde, eine These, die durch zahlreiche Belege erhärtet wurde.

Die Ursachen der Verschuldungskrise, so *Boris/Goldberg*, sehe die Bundesregierung fast ausschließlich in Entwicklungen bzw. „Fehlentwicklungen“ in der Dritten Welt bzw. in den jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitiken begründet. Dementsprechend fielen auch ihre Lösungsvorschläge aus: dauerhaftes inflationsfreies Wachstum, Senkung der Zinssätze, Öffnung der eigenen Märkte für Produkte der Entwicklungsländer; volle Unterstützung für IWF und Weltbank; Bereinigung des Schuldenproblems in erster Linie zwischen den jeweiligen Gläubigern und Schuldnern; Belohnung solcher Länder, die die IWF-Programme besonders energisch realisieren. Die Bundesregierung strebe also keinerlei kollektive oder politische Lösung des Schuldenproblems an, sondern favorisiere auf Einzelfälle abstellende, rein ökonomische, halbprivate Lösungen.

Die Referenten machten auch deutlich, daß die Behauptung vom mehr beiläufigen Engagement der BRD-Banken in der Dritten Welt einer genaueren Betrachtung nicht standhalte. Ein Zehntel aller Bankkredite an Entwicklungsländer entfalle auf BRD-Banken, nämlich rund 115 Mrd. DM; auf die drei Großbanken entfielen dabei knapp 20 Mrd. DM. Bei der Behandlung der Verschuldungsfrage ließen sich im internationalen Vergleich allerdings drei bundesdeutsche Bankspezifika ausmachen: ausgeprägter Widerwille bei der Vergabe neuer Kredite an Entwicklungsländer, da sich auf andere Art und Weise bessere Geschäfte machen ließen; die Forderung nach stärkerer Beteiligung von IWF und Weltbank, also letztendlich nach mehr US-Mitteln – was die US-Regierung bekanntlich verweigert; und die Forderung nach stärkerer Risikobeteiligung des Staates. Heute sei die imperialistische Außenorientierung der BRD national und international zu einem Krisenfaktor ersten Ranges geworden.

Die Kritik konservativer Konzepte ergänzten *Boris/Goldberg* durch eine knappe Darstellung sozialdemokratischer und grüner Positionen. Die SPD hat in einer Art „Marshallplan für die Dritte Welt“ ein vielfältig zusammengesetztes Entschuldungsmodell erarbeitet, in dem korrekterweise die Banken die Hauptlast zu tragen haben, das aber keine nationalen Maßnahmen vorsieht, die Banken zur Entschuldung zu zwingen und das Modell durchzusetzen. Die scharf ablehnende Haltung sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen der siebziger Jahre gegenüber einer neuen Weltwirtschaftsordnung sei insofern noch aktuell, als auch heute die SPD das marktradikale Konzept des

IWF nicht prinzipiell ablehne, also an einem Mechanismus festhalte, der gerade das Entstehen des Schuldenproblems begünstigt habe.

Die Grünen, so faßten die Referenten zusammen, hielten eine sofort wirk-
same und gerechte Entschuldungsstrategie für die Dritte Welt für unabding-
bar. Sie fordern in ihrem Programm zum „Umbau der Industriegesellschaft“
einen sofortigen Schuldenaufschub und die Entwicklung von Konzepten der
Schuldenstreichung, verknüpft mit Maßnahmen zur Bildung nationaler Ent-
wicklungsfonds in den Ländern der Dritten Welt, die von gesellschaftlichen
Organisationen verwaltet werden sollen usw. Darüber hinaus fordern sie mas-
sive Korrekturen der Weltwirtschaftsstrukturen, die Auflösung der Weltbank
in regionale Entwicklungsfonds usw., und verbinden damit eine Durchset-
zungsstrategie im eigenen Land, die z. B. auf der Demokratisierung und De-
zentralisierung gegenüber multinationalen Unternehmen beruht.

Abschließend unternahmen *Boris/Goldberg* den Versuch, ausgehend von
marxistisch-leninistischen Ansätzen der Imperialismusanalyse, wie sie von
der DKP vertreten werden, die Grundzüge eines marxistischen, der internatio-
nalen Solidarität verpflichteten Alternativkonzepts zu umreißen. Ein etwas
längeres Zitat sei gestattet:

„Notwendig ist:

- Ein umfassender Forderungsverzicht der Banken. Die damit verbundenen Risiken können vor dem Hintergrund exorbitanter Bankenprofite von diesen ohne Schwierigkeiten verkraftet werden.
- Von den Banken unter öffentlicher Kontrolle sind exemplarische Schritte des Forderungsverzichts zu unternehmen. Dabei gilt es vor allem, sich klar von der US-Strategie abzusetzen.
- Darüber hinaus ist eine Kontrolle des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs und der Kapitalflucht notwendig, bis hin zur Vergesellschaftung der Großbanken.
- Im Außenhandel mit den Entwicklungsländern, insbesondere im Rohstoffhandel, ist auf den Abschluß langfristiger Lieferverträge zu gerechten Preisen zu orientieren. Dadurch erhalten diese Staaten die Möglichkeit, durch Diversifizierungsmaßnahmen die einseitige Rohstoffabhängigkeit zu vermindern. Die Ausweitung enger Kooperationsbeziehungen mit der Dritten Welt auf vertraglicher Grundlage ist auch ein Beitrag zur Beschäftigungssicherung in der BRD.
- Die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, insbesondere nach gerechten Austauschbeziehungen und voller nationaler Souveränität gegenüber den Multis, sind auf allen nationalen und internationalen Ebenen zu unterstützen.
- Die Entwicklungsländer haben einen moralischen und rechtlichen Anspruch auf die Unterstützung wirksamer Entwicklungsstrategien und die entwickelten Industrieländer. Ihr Entwicklungsrückstand ist in hohem Maße durch den ständigen Ressourcenabzug im Rahmen der monopolkapitalistisch dominierten Wirtschaftsordnung bedingt. Entwicklungshilfe ist weder als Almosen zu betrachten noch durch irgendein ‚wohlverstandenes‘ Eigeninteresse der Industrieländer zu begründen.

Die Offenlegung der Praktiken der Banken und Konzerne in unserem Lande mit Namen und Hausnummer, die Auseinandersetzung um die Kontrolle ihrer Aktivitäten hier und in der Dritten Welt muß im Mittelpunkt einer Mobilisierungsstrategie stehen. Dabei ist deutlich zu machen, daß der Kampf für alternative wirtschaftspolitische Konzepte in der BRD, die sich am Binnenmarkt orientieren und demokratische, soziale und ökologische Strukturreformen im Auge haben, identisch ist mit dem Kampf gegen die imperialistische Weltmarktorientierung auch gegenüber der Dritten Welt.

Es ist Aufgabe der Marxisten, vor allem diese Zusammenhänge deutlich zu machen und so die Interessen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegungen mit den Forderungen der Befreiungsbewegungen und der Dritten Welt zu vermitteln. Die Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt in der Bundesrepublik darf nicht als Spezialaufgabe neben ‚nationalen‘ Zielsetzungen verstanden werden. Dies ergibt sich nicht nur aus der Tatsache, daß es gemeinsame Gegner gibt, sondern vor allem deshalb, weil die imperialistische Außenorientierung der Bundesrepublik zu einem nationalen und internationalen Krisenfaktor ersten Ranges geworden ist.“

Die Reihe der Plenurvorträge wurde abgeschlossen durch *Issam El-Zaim*, stellvertretender Generalsekretär der Vereinigung der Ökonomen der Dritten Welt (Syrien). *El-Zaim* gab eine umfassende ökonomische Analyse des Problems der Verschuldung der Dritten Welt und ging dabei detailliert auf die Spezifika der verschiedenen Regionen Afrika, Asien und Lateinamerika ein. Ungeachtet auch konkreter Fälle von Mismanagement in Entwicklungsländern beruhe das Verschuldungsproblem und erst recht seine Erweiterung zur Verschuldungskrise auf internationalen Faktoren außerhalb der Reichweite der Politik der Länder der Dritten Welt. Der Referent verwies auf die Paradoxie, daß die Entwicklungsländer Kredite zu Entwicklungszwecken aufgenommen hätten, die nun gerade zum entscheidenden Hindernis ihrer Entwicklung geworden seien. Vor allem habe sich dabei das System der privaten Banken als unfähig erwiesen, den Bedürfnissen und Zwecken der Entwicklungsländer zu entsprechen. Heute bezahlten die Entwicklungsländer – bei Verzicht auf Entwicklung – Zinsen, die höher seien als die Abtragung der Kosten für produktive Projekte wirtschaftlicher Entwicklung.

Die globale Lösung der Schuldenkrise durch eine integrierte Reform der internationalen Systeme von Handel, Technologie und Finanzen erst könne den Weg ebnen für die Wiederaufnahme der ökonomischen Entwicklung der Dritte-Welt-Länder, was wiederum ein Beitrag zur Belebung der Weltwirtschaft sei.

El-Zaim wies, wie auch schon seine Vorredner, die internationalen Kapitalstrategien der Umschuldung usw. als untauglich zurück und schlug statt dessen vor, die Entwicklungsländer sollten ihre Abhängigkeit vom Außenhandel, ausländischen Krediten und Investitionen und importierter Technologie abbauen. Statt dessen sollten sie ihre Ökonomien auf die Produktion von Waren des Grundbedarfs (Nahrungsmittel, billige Kleidung, billige Wohnungen usw.) und auf die Sicherstellung des Gesundheits- und Erziehungssystems einstellen.

Zur intensiven Diskussion und Vertiefung der Thematik wurden an beiden Konferenztagen insgesamt 14 Arbeitsgruppen angeboten. Sie wurden durch Einleitungsbeiträge vorbereitet, in denen teilweise kontroverse Positionen zum Ausdruck kamen. Neben den Hauptreferenten nahmen aus dem Ausland an der Diskussion unter anderem teil ein Vertreter des African National Congress (ANC), *Edimo Eyango* (Kamerun), *Helmut Faulwetter* (DDR), *Thomas Friedländer* (DDR), *Semou Pathé Gueye* (Senegal), *Sergio Infante* (Chile), *Klaus Kannapin* (DDR), *Jindrich Kusnierik* (ČSSR), *José Maria Lanao* (Argentinien), *John Manning* (USA), *Elenga Mbuyinga* (Kamerun), *Alfonso Rodriguez* (Chile) sowie ein Vertreter der South West African Peoples Organisation (SWAPO).

Bei Moderation und Einleitung der Arbeitsgruppen waren verschiedene Strömungen der Solidaritätsbewegung vertreten, ebenso Experten aus dem sozialdemokratischen und grünen Spektrum; so unter anderem *Reinhard Aehnelt*, *Joachim Becker*, *Thomas Becker*, *Nico Biver*, *Hermann Bömer*, *Wolfram Brönnner*, *Gilberto Calcagnotto*, *Rainer Falk*, *Thomas Fues*, *Manfred O. Hinz*, *Peter Imbusch*, *Reinhard Jördens*, *Ute Kampmann*, *Lorenz Knorr*, *Gunnar Matthiessen*, *Gerborg Meister*, *Dorothea Melcher*, *Klaus Milke*, *Carlos Morales*, *Heinz-Jürgen Nieth*, *Doris Peschke*, *Hermannus Pfeiffer*, *Alexander Schubert*, *Christoph Sodemann*, *Angelina Sörgel*, *Rainer Werning*.

Ein Teil der Arbeitsgruppen befaßte sich mit übergreifenden Themen wie „Internationales Kreditsystem“, „Entwicklungspolitik und Verschuldung“, „Verschuldung – Weltmarkt – NIWO“, „BRD-Banken und Verschuldung“, weitere Arbeitsgruppen widmeten sich der Analyse von Regionen und Ländern, nämlich: Schwarzafrika, Philippinen, Chile, Brasilien und Nicaragua.

In einigen Arbeitsgruppen wurden konservative Krisenlösungskonzepte und verschiedene Reformkonzepte diskutiert, wobei das Spektrum hier von sozialdemokratischen Vorschlägen bis zur Castro-Initiative reichte. Auch die Bedeutung der sozialistischen Länder für die Dritte Welt wurde in einer eigenen Arbeitsgruppe erörtert. In zwei Arbeitsgruppen zum Thema „Friedensbewegung und Dritte Welt“ und „Erfahrungen der BRD-Linken und der Solidaritätsbewegung“ wurden vorhandene Lösungsvorschläge diskutiert und Ansätze erörtert, die Verschuldungsproblematik in eine Linke und antimonopolistische Strategie in der BRD zu integrieren. In allen Arbeitsgruppen zeigte sich zum einen ein großer Bedarf nach allgemeiner, z. T. auch elementarer Information, zum anderen auch der Wunsch, an den gegebenen Stand der theoretischen Diskussion innerhalb der Linken anzuknüpfen und die Debatte weiterzuführen – wobei auch Defizite der theoretischen Verarbeitung der Verschuldungsthematik, auch von marxistischer Seite, zu registrieren waren. Einige wichtige Themen kamen zu kurz, wie etwa der Zusammenhang von Militarisierung und Unterentwicklung in der Dritten Welt.

In der die Konferenz beschließenden Podiumsdiskussion über „Die Linke der BRD und die Dritte Welt“ diskutierten *Dirk Krüger* (Partei Vorstand der DKP), *Werner Raetz* (Mittelamerika-Komitee, Bonn), *Jürgen-Bernd Runge* (Bundesvorstand der Friedensliste), *Ludger Volmer* (Bundestagsabgeordneter der Grünen, Fraktionssprecher) und *Peter Wahl* (ASK).

Den Teilnehmern waren drei Diskussionsfragen gestellt worden, nämlich: 1. Wie soll eine Wende in der Politik der Bundesregierung gegenüber der Dritten Welt aussehen, vor allem in der Verschuldungsfrage? 2. Welchen Stellenwert haben Fragen des Abbaus von Unterentwicklung in einer progressiven Gesamtstrategie für die Bundesrepublik – neben oder verbunden mit den Problemfeldern Arbeit und Frieden? 3. Welche Rolle spielt die Arbeiterbewegung, die unter dem Zeichen des Internationalismus antrat, heute in der Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt – welche Rolle kann sie noch spielen?

Einigkeit bestand unter den Podiumsteilnehmern in einer Reihe grundsätzlicher Zielstellungen, etwa der Notwendigkeit einer Schuldenstreichung oder einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Erhebliche Meinungsunterschiede allerdings gab es in der Realisierungsfrage bzw. in der Einschätzung der Durchsetzbarkeit einer anderen Politik in der Bundesrepublik. *Raetz* etwa sah die Möglichkeit positiver Veränderungen in der Entwicklungspolitik abhängig davon, wie weit es gelinge, den Kapitalismus als System anzugreifen und zu überwinden. Das Nachdenken über Zwischenschritte und Reformen könnten die Bewegungen getrost der SPD oder den Grünen überlassen; wichtiger sei es, dem Problem grundsätzlich beizukommen. Zwar war es auf dem Podium unbestritten, daß man dem Problem auch grundsätzlich beikommen müsse, doch sahen andere Teilnehmer in dieser Aufgabenstellung keinen Gegensatz zu Zwischenschritten.

Volmer schlug auf der Basis des Grünen-Programms eine ganze Reihe solcher Schritte vor und forderte eine stärkere Zusammenarbeit der Linken, um Druck in Richtung auf eine neue Mehrheit und eine neue Politik zu entwickeln. Es sei keineswegs unrealistisch, derartige politische Veränderungen anzustreben. Dabei betonte er besonders den Interessenzusammenhang zwischen den Grünen im parlamentarischen Bereich und den außerparlamentarischen Bewegungen. *Wahl* unterstrich die Bedeutung des Drucks der Bewegung auf Regierungsmehrheiten und unterbreitete Vorschläge für zukünftige Aktionen der Solidaritätsbewegung.

Konsens bestand auch in der Auffassung, die Verschuldungsproblematik müsse im Zusammenhang mit anderen drängenden Problemen der Menschheit betrachtet werden: Wirtschaftskrise, Hochrüstung, ökologische Krise usw. Dies ergebe objektive gemeinsame Interessen und Chancen für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Bewegungen überall auf der Welt.

Große Meinungsverschiedenheiten wurden hinsichtlich der Einschätzung der Arbeiterbewegung erkennbar. *Raetz* bestritt weitgehend, daß von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Dritte-Welt-Frage progressive Impulse ausgingen. Andere Diskussionsteilnehmer (*Krüger, Wahl*) betonten, ohne Mängel und Defizite zu übersehen, positive Entwicklungen der letzten Zeit, vor allem verglichen mit den fünfziger oder sechziger Jahren, und betonten das große Veränderungspotential, das in der Arbeiterbewegung stecke und mobilisiert werden müsse. *Krüger* führte aus, in welchem Maße die Arbeiterbewegung, einschließlich ihres staatlich organisierten Teils, in den vergangenen 40 Jahren das weltpolitische Kräfteverhältnis – auch für die BRD spürbar

– beeinflußt habe. Auch *Runge* und *Volmer* stellten, ungeachtet unterschiedlicher kritischer Vorbehalte, die Notwendigkeit heraus, das gesamte Veränderungspotential einschließlich der Arbeiterbewegung für eine fortschrittliche Politik zu mobilisieren und zusammenzuführen.

Dabei zeigten sich unterschiedliche Bewertungen der Sozialdemokratie: *Raetz* rechnete sie insgesamt zum imperialistischen Lager; *Volmer* verwies darauf, daß die SPD auch heute nicht annähernd eine so progressive Programmatik besitze wie die Grünen. *Krüger* hob auf die innere Widersprüchlichkeit der SPD und das Prozeßhafte ihrer politischen Entwicklung ab, die in hohem Maße vom Druck der Bewegung und den politischen Kräfteverhältnissen abhängig sei, somit also beeinflusbar. Gerade eine illusionsfreie, nüchterne Einschätzung erfordere es, gewisse von der SPD entwickelte Ansätze einer realistischeren Politikvariante aufzugreifen, zu nutzen und weiterzutreiben. Auch *Runge* ließ keinen Zweifel daran, daß eine ernsthafte Wende zu einer neuen Politik bei allen Problemen nur bei Einschluß der SPD denkbar sei. Die entscheidenden Impulse müßten aber von den Bewegungen ausgehen.

Trotz unterschiedlicher Akzentsetzungen gab es unter den Diskussionsteilnehmern aber Konsens in der Auffassung, ein breites Bündnis und die Einheit der Linken sei notwendig, um in der Verschuldungsfrage etwas zu bewegen, eine stärkere Verbindung von Dritte-Welt- und Friedensbewegung herzustellen und schließlich eine Verbreitung und Vertiefung antiimperialistischen Bewußtseins zu erreichen. *Volmer* verwies auf die diesbezüglichen Initiativen und Beiträge der Grünen, deren parlamentarische Repräsentanz sich dabei als besonders wichtig erwiesen habe. *Runge* hob die Funktion der Friedensliste als treibende Kraft in einem Bündnis links von der CDU hervor. *Krüger*, von der kommunistischen Position der Solidarität mit der Dritten Welt ausgehend, die auf dem 8. Parteitag der DKP noch einmal unterstrichen wurde, entwickelte die Aufgabenstellung, eine Mehrheit der fortschrittlichen Kräfte links von CDU/CSU/FDP zu schaffen und mit der Bundestagswahl auch eine neue Politik einzuleiten.

In seinem Schlußwort betonte *Heinz Jung* die Notwendigkeit, die Dritte-Welt-Problematik in der marxistischen Theorie zukünftig kontinuierlich zu bearbeiten und zu einem festen Bestandteil linker Politik in der Bundesrepublik zu machen. Die Veröffentlichung der Tagungsunterlagen durch IMSF und ASK im Herbst 1986 soll diesem Zweck dienen.

Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsform des Kapitals

Bemerkungen zu einer neuen Kategorie der politischen Ökonomie des Kapitalismus

Ulrich Dolata/Arno Gottschalk/Jörg Huffschild

1. Was sind staatsmonopolistische Komplexe? – 1.1 Gesellschaftliche Produktion ohne gesellschaftliche Planung – 1.2 SMK und staatsmonopolistische Komplexe – 1.3 Organisationsstruktur und Funktionselemente eines Komplexes – 2. Staatsmonopolistische Komplexe in der BRD – 2.1 Der Militär-Industrie-Komplex – 2.2 Der Luft- und Raumfahrt-Komplex – 2.3 Der Atom-Industrie-Komplex – 2.4 Der Telekommunikations-Industrie-Komplex – 3. Der Stellenwert staatsmonopolistischer Komplexe im SMK – 3.1 Zur Eingrenzung des Komplexbegriffes – 3.2 Das Verhältnis staatsmonopolistischer Komplexe zu anderen Organisationsformen des Monopolkapitals – 3.3 Entwicklungstendenzen – 4. Komplexe als Gegenstand politischer Reformstrategien

Der Begriff „staatsmonopolistischer Komplex“ ist erst vor wenigen Jahren als allgemeine Kategorie in die politökonomische Diskussion eingeführt worden.¹ Ein früher Bezugspunkt für diese Begriffsbildung ist der *militärisch-industrielle Komplex*, von dem der US-amerikanische Präsident *Eisenhower* Anfang der 60er Jahre erstmals gesprochen hatte, als er auf die enge „Verflechtung zwischen einem riesigen militärischen Establishment und einer großen Rüstungsindustrie“ hinwies und hierin erhebliche Gefahren für die Entwicklung der Demokratie sah.²

1 In der deutschsprachigen Literatur liegt hierzu bislang erst eine Monographie vor. Sie enthält eine Reihe von Artikeln einer Leningrader Forschergruppe unter Leitung von Prof. A. A. Djo-min, die die Kategorie des staatsmonopolistischen Komplexes Ende der siebziger Jahre entwickelt hatte. Vgl. IMSF, (Hg), *Staatsmonopolistische Komplexe. Zu einer Kategorie der aktuellen Kapitalismusanalyse. Beiträge aus der UdSSR zu einer Konzeption sowjetischer Ökonomen, Theorie und Methode VI*, Frankfurt/M 1982; vgl. auch die vorläufige Einschätzung dieser Begriffsbildung bei Heinz Jung, *Gesamtkapital – Monopole – Staat, Gesichtspunkte des ökonomischen Mechanismus im staatsmonopolistischen Kapitalismus*, in: *Marxistische Studien*, Jahrbuch des IMSF, Nr. 2/1979, S. 76–79.

2 Vgl. Dwight Eisenhower, *Farewell Adress* vom 17. 1. 1961, in: *Congressional Record*, Bd. 107 v. 16. 2. 1961, S. 2094 f. Einen guten Überblick über Weiterentwicklung und Etablierung des Begriffes in der Politikwissenschaft geben Monika Medick, *Das Konzept des „Military-Industrial Complex“ und das Problem einer Theorie demokratischer Kontrolle*, in: Volker R. Berg-han (Hg), *Militarismus*, Köln 1975, S. 347–377 sowie Heinz-Dieter Meier, *Der Militärisch-Industrielle Komplex*, in: *Neue politische Literatur*, 17. Jg., 1972, S. 322-346.

Die marxistische Theorie geht davon aus, daß die Erscheinungen, die *Eisenhower* damals zu seiner warnenden Bemerkung veranlaßt hatten, weder zufällige noch außergewöhnliche Einzel- oder Sonderfälle in der Entwicklung des Kapitalismus sind. Vielmehr stellt der Komplex eine wichtige Organisationsform des Kapitals auf der Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus dar.³ Er thematisiert zwei wesentliche Seiten des Monopolkapitals unter den heutigen Bedingungen: Zum einen trägt er der *fortgeschrittenen Vergesellschaftung* des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und der daraus folgenden Notwendigkeit Rechnung, daß der Staat als die am weitesten entwickelte gesellschaftliche Instanz dauerhaft und vielseitig in den Wirtschaftsprozess eingreift, ohne daß das private Monopolkapital als Bezugsbasis dieser Eingriffe verlassen wird. Zum anderen bezeichnet die Kategorie des staatsmonopolistischen Komplexes im Unterschied zu dem allgemeinen Begriff des SMK als der „Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates“ spezifische neue Verbindungsformen zwischen Staat und Einzelkapitalen: Diese beeinflussen die Aktivität nicht mehr allein von außen durch Verbände, Lobbies oder die Medien, und ihr Druck auf den Staat von innen erfolgt nicht mehr allein durch Personalverflechtungen, persönliche Beziehungen und Bestechung; sie sind vielmehr direkt im produktiven Bereich durch dauerhafte Kooperation mit dem Staat bzw. wichtigen Teilen des Staates verflochten.

Die Kategorie des staatsmonopolistischen Komplexes entspricht in der Tat einem begrifflichen Bedarf, der sich aus der Weiterentwicklung des „einfachen“ Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ergibt: In der *ersten* Phase des Imperialismus hatte sich das Monopolkapital als allgemeine Kategorie für die dominierende Form des Kapitals konkret in Einzelmonopolen (Konzernen), Monopolgruppen (Kartellen usw.) oder Finanzgruppen organisiert, die auf verschiedene Weise auf den Staat Einfluß nahmen.⁴ Wenn die Verbindung zwischen Staat und Monopolen in der *zweiten* Phase des Monopolkapitalismus sowohl enger als auch dauerhafter wird als in der ersten Phase, so ist zu fragen, ob und welche Rückwirkungen dies auf die Organisationsform der Einzelkapitale hat. Es ist zu vermuten, daß es entsprechend der qualitativ neuen Verbindung von Staat und Monopolen im staatsmonopolistischen Kapitalismus auch eine dieser neuen Qualität entsprechende Veränderung der Organisationsformen konkreter Einzelkapitale gibt.

Die folgende Darstellung soll verdeutlichen, daß und inwieweit die Kategorie des staatsmonopolistischen Komplexes diese Anforderungen erfüllt.⁵ Da-

3 Vgl. N. W. Raskow, Der staatsmonopolistische Komplex als Organisationsform des Kapitals, in: Theorie und Methode VI, a. a. O., S. 13–20.

4 Vgl. hierzu die „klassische Arbeit“ von Kurt Gossweiler, Großbanken – Industriemonopole – Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932, Berlin/DDR 1971 (Westberlin 1975).

5 Der vorliegende Artikel enthält eine Zusammenfassung sowie ergänzende und weiterführende Bemerkungen zu einer kollektiven Monographie über „Staatsmonopolistische Komplexe der BRD: Wesen, Struktur, Widersprüche“. Sie wurde von Autoren des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau, der Leningrader Staatlichen Universität „A. A. Shdanow“ sowie des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/M. verfaßt und wird in Kürze erscheinen.

bei geht es im ersten Teil um den Begründungszusammenhang, aus dem der staatsmonopolistische Komplex entwickelt wird. Der zweite Teil soll vor-schnelle Überhöhungen und Verabsolutierungen des Komplexbegriffes abwehren und sein Verhältnis zu den anderen Organisationsformen des Monopolkapitals klären; im dritten Teil sollen abschließend kurze Überlegungen zur Nutzbarmachung der neuen Kategorie für die antimonopolistische Strategie angestellt werden.

Wir stellen hier Ergebnisse der im Herbst 1986 erscheinenden Studie zu den staatsmonopolistischen Komplexen in der BRD⁶ auf einer allgemeinen, die wesentlichen Gesichtspunkte zusammenfassenden Ebene vor. Der an den empirischen Fakten interessierte Leser muß auf diese Studie verwiesen werden, da Platzgründe hier ihre Vorstellung nicht gestatten.

1. Was sind staatsmonopolistische Komplexe?

1.1. Gesellschaftliche Produktion ohne gesellschaftliche Planung – Vergesellschaftungszwänge und Anpassungsreaktionen im Kapitalismus

Die Geschichte des Kapitalismus ist durchzogen von enormen Fortschritten in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Produktion, die sich in einer z. T. sprunghaft anwachsenden Komplexität und Verzahnung aller Arbeits- und Austauschprozesse niederschlagen haben und nach fortwährender Verfeinerung und Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verlangen. Die Zahl der einzelnen Produktionsprozesse, die unmittelbar ineinandergreifen müssen, damit ein Endprodukt entstehen kann, hat ebenso deutlich zugenommen wie die Interaktionsdichte der einzelnen Produktionseinheiten im Maßstab des gesellschaftlichen Ganzen. Ökonomische Reproduktion ist unter den heutigen Bedingungen längst nicht mehr als einfache, über die Konkurrenz vermittelte Bewegung der Einzelkapitale denkbar. Im Gegenteil: Unter dem Druck einschneidender Krisen macht sich die Notwendigkeit einer immer weiter ausgreifenden gesellschaftlichen Planung und Koordination der einzelnen Produktionsprozesse geltend. Das Dilemma ist unübersehbar: Einerseits wird die gesellschaftliche Planung einer vergesellschafteten Produktion zu einem immer dringenderen Erfordernis der ökonomischen Reproduktion, andererseits ist sie – in welcher Form sie sich auch konkretisieren mag – immer zugleich Negation der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsordnung. Jede direkte gesellschaftliche Regulierung der Produktion beschneidet auf die eine oder andere Weise die Bewegung des Privateigentums und die daraus resultierende ökonomische und gesellschaftliche Macht der Produktionsmittelbesitzer – es sei denn, sie wird von ihnen selbst vorgenommen. Letzteres erscheint in der Geschichte der Produktionsweise als systemimmanenter Ausweg aus dem Dilemma und konkretisiert sich in der *Herausbildung neuer Phasen des Kapitalismus und neuer Organisationsformen des Kapitals*.

Die historisch erste große Anpassungsreaktion des Kapitalismus erfolgte

⁶ Ebenda.

um die Jahrhundertwende mit der *Herausbildung des Monopolkapitalismus*. Die Bildung von Kartellen, vertikalen Unternehmensverbindungen und großen Konzerne konnte einerseits der Bewegung der Produktivkräfte neue Spielräume eröffnen. Vor allem die Elektrifizierung des Produktionsprozesses ließ sich ökonomisch nur über eine völlige Umrüstung des Maschinensystems und die Neuorganisation der Arbeitsabläufe vollziehen. Sie verlangte nach größeren Produktionseinheiten und verschlang Investitionen in einer Größenordnung, die die Finanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Industriebetriebe hoffnungslos überfordert hätte. Auf der anderen Seite gewann mit zunehmender monopolisierter Kontrolle bzw. Beherrschung größerer Produktionskomplexe und Absatzlinien auch das Moment einer einheitlichen unternehmensinternen Planung und Organisation von Produktion und Realisation für die Monopolunternehmen an Bedeutung. Einzelne Unternehmen sind nun durchaus in der Lage, größere Teilbereiche des ökonomischen Gesamtzusammenhangs zeitweise dem Einfluß der Konkurrenz zu entziehen und den Reproduktionsprozeß ihres Kapitals durch Marktbeherrschung direkt zu regulieren.

Mit der Herausbildung des Monopolkapitals als der fortan dominierenden Kapitalstruktur vollzieht sich eine Anpassung der Gesamtorganisation des Kapitals an die Veränderungen seiner materiellen Grundlagen im Produktionsbereich; die Etablierung des Monopols bedeutet die Einführung vergesellschafteter Verkehrs- und Organisationsformen der Produktion im Rahmen privater Eigentumsverhältnisse. Die maßgebliche Vergesellschaftungsleistung wird in dieser ersten Phase des Monopolkapitalismus durch das private Monopolkapital alleine erbracht: zum einen durch die Herausbildung des „einfachen“ Monopolkapitals selbst, dessen konkrete Erscheinungsform das Einzelmonopol (i. d. R. der Konzern) oder die Monopolgruppe (etwa das Kartell) ist; zum anderen durch die Verschmelzung von Industrie- und Bankmonopolen zum Finanzkapital, dessen konkrete Erscheinungsform die Finanzgruppe ist.

Die Monopole können zwar die Konkurrenz in bestimmten Bereichen und über eine längere Frist einschränken oder gar ausschalten, die Preisgestaltung kontrollieren und oft auch die zwischenzweigliche Kapitalwanderung in ihrem Sinne beeinflussen. Zu einem Zuwachs an gesellschaftlicher Planung und Lenkung der Produktion führt dies jedoch nicht. Monopolistische Strategien führen vielmehr in ganz anderen Dimensionen als die Aktionen der einzelnen machtlosen Unternehmen im Kapitalismus der freien Konkurrenz dazu, daß die Erfordernisse der Reproduktion unterlaufen, Disproportionen verstärkt und die Krisenanfälligkeit des Systems insgesamt erhöht werden.

In Reaktion auf die destabilisierende Bewegung des Monopolkapitals, die das Gesamtsystem zu Beginn der dreißiger Jahre an den Rand des Abgrunds getrieben hatte, kommt es nach 1945 zu einer deutlichen *Aufwertung der ökonomischen Aktivitäten des imperialistischen Staates* vornehmlich im Bereich der Konjunktur- und Strukturpolitik. Zudem ist der Staat in wachsendem Maße gefordert, auf qualitativ neue Anforderungen an die ökonomische Regulierung des Gesamtsystems zu reagieren, die sich unmittelbar aus dem erreichten

Vergesellschaftungsgrad der Produktion selbst ergeben, nach mittel- bzw. langfristig ausgerichteten Maßnahmen zur Sicherung der allgemeinen Produktionsvoraussetzungen und Kapitalverwertungsbedingungen verlangen und ebensowenig durch die Bewegung des Monopolkapitals allein noch eingelöst werden können. Hierzu zählt der Ausbau der materiellen und sozialen Infrastruktur ebenso wie die staatliche Koordinierung und Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, seine Indienstnahme zur Mobilisierung finanzieller Mittel ebenso wie die staatliche Übernahme nichtprofitabler, gleichwohl gesellschaftlich notwendiger Produktionsbereiche. All diese Anforderungen übersteigen nunmehr die finanziellen und organisatorischen Fähigkeiten einzelner Monopole und Finanzgruppen und führen zur direkten Integration des Staates in den ökonomischen Reproduktionsprozeß.

Diese dauerhafte Präsenz und direkte Aktivität des Staates in allen zentralen Bereichen der ökonomischen und gesellschaftlichen Reproduktion ist das wesentliche Kennzeichen des *staatsmonopolistischen Kapitalismus*. Es handelt sich hierbei um eine weitere Stufe der Vergesellschaftung in kapitalistischer Form: Auf der einen Seite organisiert der Staat immer mehr Sektoren der gesellschaftlichen Reproduktion, um die Verwertung des privaten Monopolkapitals zu gewährleisten. Sie erscheinen als gesellschaftlicher Bedarf, dessen Befriedigung staatlich zu organisieren ist. Auf der anderen Seite greift der Staat bei der Befriedigung dieses gesellschaftlichen Bedarfs z. B. über Aufträge oder Abnahmegarantien auf das private Kapital zurück. Von dieser Art der staatsmonopolistischen Regulierung profitieren die Monopole auf zweifache Weise: Einerseits sind sie die *Hauptnutznießer* der gesellschaftlichen, über den Markt nicht mehr zu gewährleistenden Vorleistungen des Staates. Zum anderen fungieren sie als die *Produzenten* eben jener Güter und Dienstleistungen, die der Staat zum Zwecke der Erstellung jener Vorleistungen bei ihnen nachfragt.

Auch auf dieser Stufe der Entwicklung erhebt sich der Staat bei allem deutlichen Funktionszuwachs jedoch nicht zu einer autonomen, neben oder gar über den Reproduktionszusammenhängen des privaten Monopolkapitals stehenden Regulierungsinstanz, die gesamtwirtschaftliche Rationalität im Sinne gesellschaftlicher Planung und Lenkung in die ökonomische Gesamtbewegung einführt. Die staatliche Intervention ist vielmehr zum einen der direkte Reflex auf die abnehmende Selbstregulierungsfähigkeit des privaten Sektors und schon von daher objektiv an die monopolistische Reproduktion gebunden. Sie verbleibt darüber hinaus auch in allen eigenständigen Äußerungen grundsätzlich im Rahmen der durch die Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals diktierten Zwänge und ökonomischen Bewegungsgrundlagen der Produktionsweise. Sie zielt im Grunde auf die Beeinflussung des ökonomischen Reproduktionsprozesses im Interesse der Monopole, ist wesentlich Reaktion auf deren Bewegung und bestimmt sie nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung der privatmonopolistischen Kapitalbewegung.

1.2. SMK und staatsmonopolistische Komplexe

Es ist diese widersprüchliche Verflechtung zwischen Staat und Monopolkapital, in der auch die Kategorie des staatsmonopolistischen Komplexes angesiedelt ist. Sie beschreibt eine neue Organisationsform des Monopolkapitals im SMK, die ebenso wie das Monopol als Einzelunternehmen (Konzern) die Monopolgruppe oder die Finanzgruppe der Vergesellschaftungsdynamik der kapitalistischen Produktion entspringen ist

Die *Entstehung staatsmonopolistischer Komplexe* hängt sehr eng mit der durch die Produktivkraftentwicklung stimulierten *Ausbildung neuer (Verwertungs-)Bedürfnisse und Reproduktionserfordernisse* zusammen, die sich maßgeblich über die Interessen des Monopolkapitals definieren, jedoch weder unter stofflichen noch unter Verwertungsgesichtspunkten allein über die private Kapitalbewegung befriedigt werden können. Dies trifft beispielsweise für den Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur, den Bau von Kraftwerken, die Energieversorgung oder die Luft- und Raumfahrt zu. Charakteristisch ist in all diesen Fällen *zum einen* die stofflich begründete Notwendigkeit einer engen, kontinuierlichen und dauerhaften Zusammenarbeit der dort ansässigen Monopole mit Teilen des Staates. Der Staat tritt in diesen Bereichen in der Regel als Hauptnachfrager auf. Er nimmt jedoch nicht erst über die Abnahme bereits produzierter Güter Einfluß auf die stoffliche Struktur der ökonomischen Reproduktion, sondern ist bereits in der Phase der Planung und Projektierung dieser zumeist langfristig ausgelegten Produktionsprozesse in ein enges Kooperationsgeflecht mit den privaten Monopolen eingebunden. Die Menge und Qualität des Produktionsausstoßes wird in der Regel ebenso wie der Umfang und die Verteilung notwendiger Investitionen, die Planung des Produktionsprozesses und die staatliche Abnahme vorab in mittel- bis längerfristig ausgerichteten Entwicklungsprogrammen festgelegt und von staatlichen Stellen und privaten Monopolkapitalen gemeinsam ausgearbeitet. Diese Entwicklung führt zu verhältnismäßig stabilen Kooperationsbeziehungen zwischen Teilen des Staates und privaten Monopolen. Ihr Zweck ist die Erfüllung eines stofflich bestimmten gesellschaftlichen Bedarfs, dessen konkrete Form maßgeblich von den Monopolen bestimmt, dessen Befriedigung jedoch nur noch über staatlich-private Gemeinschaftsprogramme umgesetzt werden kann.

Diese Kooperation beschränkt sich jedoch keineswegs auf die Planung und Organisation des stofflichen Outputs, sondern umfaßt *zum anderen* naturgemäß auch den gesamten Bereich der Kapitalverwertung. Ein wachsender Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur, vor allem in den Schlüsselbereichen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zeichnet sich nicht durch gewaltige Kapitalvorschüsse, eine hohe Kapitalfixierung, eine lange Umschlagszeit und ein entsprechend hohes Anlagerisiko, sondern auch durch außergewöhnlich hohe Forschungsaufwendungen aus. Auf sich allein gestellt, wäre das private Monopolkapital in diesen Bereichen nicht mehr in der Lage, sich angemessen zu verwerten. Privatwirtschaftlich organisierte Produktion ist hier ohne die dauerhafte staatliche Stützung des Kapitalkreislaufs nicht mehr

realisierbar. *Erstens* übersteigen die finanziellen Mittel häufig selbst die Finanzierungsmöglichkeiten des Finanzkapitals. *Zweitens* drücken die z. Z. sehr langen Umschlagszeiten des Kapitals – der Bau eines Kernkraftwerks etwa zieht sich über Jahre hin – auf die Verwertungsbedingungen und können nur durch staatliche Unterstützung – Garantien, Subventionen, Steuernachlässe u. ä. – überbrückt werden. *Drittens* schließlich handelt es sich ausnahmslos um solche Bereiche, die nicht mehr für einen unbekanntten Markt produzieren können, sondern unbedingt auf die staatliche Abnahme und vorab vereinbarte Gewinnspannen angewiesen sind.

Ein staatsmonopolistischer Komplex liegt also dann vor, wenn drei Bedingungen erfüllt sind:

Erstens müssen Staat und private Monopole eng und dauerhaft auf allen Ebenen des Produktionszyklus kooperieren und diese Kooperation muß durch stabile Verflechtungsorgane institutionalisiert sein. Sie erstreckt sich auf

- die Feststellung des gesellschaftlichen Bedarfs und die politische Willensbildung und Entscheidung über die Grundrichtung seiner Befriedigung;
- die forschungs- und entwicklungsmäßige Vorbereitung und Begleitung der materiellen Produktion;
- die Finanzierung der Produktion, bei der staatliche Vorleistungen, Vorschüsse und Zuschüsse unentbehrlich sind;
- die Durchführung der Produktion, bei der Staat und Monopole in allen Phasen in enger gegenseitiger Abstimmung vorgehen müssen;
- die Schaffung eines staatlichen Marktes, auf dem sich das private Monopol verwerten kann.

Ein staatsmonopolistischer Komplex liegt dann vor, wenn *zweitens* diese Kooperation sich auf Bereiche bezieht, deren Entwicklung für den Fortgang der kapitalistischen Reproduktion von zentraler Bedeutung ist. Hierzu zählen neben der Rüstungsproduktion als Grundlage militärischer Systemsicherung vor allem Schlüsselbereiche des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der weltmarktorientierten Expansionsstrategie wie die Telekommunikation, die Atomindustrie, die Luft- und Raumfahrt oder die Energieversorgung.

Ein staatsmonopolistischer Komplex liegt schließlich dann vor, wenn *drittens* die Entwicklung dieser stofflich eingegrenzten Bereiche aufgrund des außerordentlich hohen Vergesellschaftungsgrades – hohes Kapitalminimum, hoher Komplexitätsgrad, lange Umschlagszeiten, hohe Forschungsaufwendungen u. ä. – durch einzelne Monopole oder Finanzgruppen allein nicht mehr gewährleistet werden kann. Unter diesen Bedingungen greift die Organisationsform des Kapitals über den privaten Bereich hinaus: Elemente des Staates werden nun selbst ins Monopolkapital integriert. Wir nennen diese Form der Kapitalorganisation staatsmonopolistische Verflechtung. Ihre adäquate Erscheinungsform ist der staatsmonopolistische Komplex.

Unter diesen Voraussetzungen wird das gesamte Instrumentarium staatlicher Intervention zum Grundbestand der Äußerungen des Staates auch in den Komplexen. Dies betrifft zum einen die allgemeinen Produktionsvoraussetzungen: Der Staat stellt nicht nur Infrastrukturleistungen im weitesten Sinne

zur Verfügung, sondern nimmt auch über umfangreiche öffentliche Aufträge, Abnahmegarantien und Kapitalbeteiligungen an der Bildung der Komplexe teil. Dies betrifft zweitens den Produktionsprozeß selbst, der durch Subventionen, Investitionszuschüsse, Abschreibungserleichterungen und Steuernachlässe von der Kostenseite her entlastet und durch Entwicklungsprogramme und Projektförderungsmaßnahmen staatlich abgesichert wird. Dies betrifft schließlich die Phase der Realisierung, die stärker als je zuvor durch staatlich gesicherte Märkte und eine Vorabgarantie privater Gewinne charakterisiert ist.

Vom Bild der freien Marktwirtschaft ist dieser Zustand Welten entfernt: Die Güter, die der Staat nachfragt, sind in der Regel nicht marktgängig, d. h. nicht auf dem Markt vorhanden.

Zwar wird auch diese neue Art des Verhältnisses von Staat und Monopolen in einigen Bereichen formal noch als Marktverhältnis bezeichnet. Hiernach tritt der Staat als Käufer bestimmter für die gesellschaftliche Reproduktion unentbehrlicher und privat nicht bereitzustellender Güter auf dem Markt auf und trifft dort auf viele Anbieter, die das gewünschte Gut herstellen und über die Preise um den staatlichen Käufer konkurrieren. Der billigste erhält dann, so die Legende, den Zuschlag.

Mit der kapitalistischen Realität hat dies nichts zu tun:

– *Erstens* müssen die Güter, die der Staat im Rahmen der Komplexe nachfragt, in der Regel als Spezialauftrag hergestellt, häufig sogar erst entwickelt werden.

– *Zweitens* bedeutet dies, daß die konkrete Gestalt der vom Staat nachgefragten Güter auch nicht von vornherein feststeht, sondern im Laufe der Entwicklung präzisiert bzw. im Laufe der Herstellung vielfach neuen technologischen Möglichkeiten und politischen Anforderungen entsprechend modifiziert wird. Hierzu ist eine sehr enge Abstimmung und Kooperation zwischen Staat und privaten Produzenten erforderlich.

– *Drittens* gibt es in der Regel nur sehr wenige Unternehmen, die die vom Staat nachgefragten Produkte entwickeln und herstellen können, so daß von Marktwettbewerb keine Rede sein kann.

– *Viertens* folgt der Preis nicht den Angebots- und Nachfrageschwankungen auf dem Markt (die es bei nicht-marktgängigen Gütern definitionsgemäß nicht geben kann), sondern er wird vertraglich festgelegt, wobei es unterschiedliche Methoden der Preisberechnung gibt.

– *Fünftens* muß der Staat, sofern er nicht – wie im militärischen Bereich – selbst Endverbraucher der hergestellten Produkte ist, sondern etwa nur – wie in der Telekommunikationsindustrie – die Infrastruktur bereitstellt, durch geeignete Maßnahmen dafür sorgen, daß der Endverbrauch auch tatsächlich stattfindet.

Damit aber bestimmt sich der erneute Funktionszuwachs des Staates in den staatsmonopolistischen Komplexen nicht einfach aus einem gestiegenen gesamtwirtschaftlichen Regulierungsbedarf, sondern er wird auch weiterhin ganz wesentlich durch die Verwertungsinteressen der Monopole als des dominierenden Teils des gesellschaftlichen Gesamtkapitals absorbiert. Auch die

Rolle, die der Staat in den staatsmonopolistischen Komplexen spielt, ist eher an den Verwertungs- und Expansionsinteressen vornehmlich des international orientierten Monopolkapitals als am gesamtwirtschaftlichen Interesse an einer funktionierenden Reproduktionsstruktur der Binnenwirtschaft orientiert. Der Vergesellschaftungsfortschritt schlägt auch hier in ein Moment der Verstärkung der krisenhaften und disproportionalen Entwicklungsdynamik des Gesamtsystems um: Das Engagement des Staates ist stärker denn je dem Zugriff jener kleinen Gruppe innerhalb des Monopolkapitals ausgesetzt, die den Sprung auf die gehobenen Plätze der Ranglisten multinationaler Konzerne bereits geschafft hat. Die staatsmonopolistischen Komplexe sind in diesem Sinne eher als ein neues Moment privatmonopolistischer Instrumentalisierung der ökonomischen Staatstätigkeit als ein den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionserfordernissen Rechnung tragendes neues Regulierungsinstrument zu begreifen.

1.3. Organisationsstruktur und Funktionselemente eines Komplexes

Haupttriebkraft und Kern der Aktivität der staatsmonopolistischen Komplexe ist die Verwertung des Monopolkapitals unter den Bedingungen weit fortgeschrittener Vergesellschaftung. Da diese Kapitalverwertung jedoch als staatliches Programm organisiert ist, bedarf sie der politischen Zustimmung der parlamentarischen Instanzen des bürgerlichen Staates. Diese Zustimmung muß durch politische Prozesse organisiert werden, die über den parlamentarischen Rahmen hinaus- und in Bereiche der öffentlichen Meinung und deren Beeinflussung durch Medien, Parteien und andere Institutionen hineinreichen. Der staatsmonopolistische Komplex besteht also neben seinem Kern – den Monopolen und den staatlichen Organen – aus einer mehr oder weniger breiten ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Peripherie.

Der *Kern des Komplexes* besteht aus privaten Monopolen, staatlichen Unternehmen oder Organen sowie den Verflechtungsinstitutionen zwischen beiden.

Eine Besonderheit des *privatmonopolistischen Kernbestandteils* liegt darin, daß er in der Regel nicht aus einer Gruppe von Monopolen in ihrer Gesamtheit besteht, sondern aus bestimmten Abteilungen einzelner Monopole (ungeachtet der Tatsache, daß diese Abteilungen nur begrenzt selbständig sind und im Ernstfall vollständig von der Konzernzentrale gesteuert werden). Dies ist darauf zurückzuführen, daß der (neuartige) gesellschaftliche Bedarf, durch dessen stoffliche Dynamik der Komplex definiert wird, in der Regel auf einer mit fortschreitender Produktivkraftentwicklung weiter ausdifferenzierten Arbeitsteilung beruht. Das Produktionsprogramm der großen, historisch entstandenen Konzerne erstreckt sich demgegenüber im Normalfall auf eine mehr oder minder breite Palette von Produkten, die aus bestimmten grundlegenden Produktionstechniken (Elektrotechnik, Maschinenbau, Stahlherstellung) entwickelt worden sind und im Rahmen der Konzernorganisation in unterschiedlichen Produkt-, Unternehmens- oder Geschäftsbereichen zusammengefaßt werden. Die mit gleichartigen Entwicklungen – etwa der Telekommunika-

tionstechnologie oder der Energiegewinnung – befaßten Abteilungen verschiedener Konzerne – etwa von Siemens, SEL und AEG – bilden den privatmonopolistischen Kern des Komplexes. Das bedeutet auch, daß dasselbe Unternehmen mit verschiedenen Geschäftsbereichen an verschiedenen Komplexen beteiligt sein kann. (Dieser Umstand ist von großer Bedeutung für die Beurteilung der Frage nach der Dauerhaftigkeit und Stabilität des Komplexes als neuer Organisationsform des Kapitals im SMK).

Die *staatliche Seite* des Komplexes besteht *erstens* aus den Organen, die die parlamentarischen und Regierungsentscheidungen vorbereiten und beeinflussen. *Zweitens* gehören dazu als die wichtigsten Bestandteile der staatlichen Seite die jeweiligen Apparate, die die beschlossenen Programme ausführen, also vor allem die Ministerien mit ihren untergeordneten Verwaltungsbehörden. *Drittens* zählen zu den staatlichen Elementen des Komplexkerns staatliche Unternehmen, die neben den privaten Monopolen in den Komplexen unmittelbar ökonomisch tätig sind (Bundespost, kommunale Energieversorgungsunternehmen u. ä.). *Viertens* schließlich gibt es staatliche Institutionen, die für die Vorbereitung und Durchführung der jeweiligen Komplexprogramme von großer Bedeutung sind, ohne daß sie den drei ersten Gruppen unmittelbar zuzuordnen sind. Dazu gehören vor allem staatliche Forschungsinstitutionen, die zwar oft in Form privatrechtlicher GmbHs oder Stiftungen organisiert sind, aber vom Staat finanziert werden.

Wesentliche und für die Komplexe charakteristische Elemente sind die vielfältigen *Verflechtungsinstitutionen* zwischen privaten Monopolen und staatlichen Apparaten und Organen. Hierzu gehören:

– *erstens* privat-rechtliche Gesellschaften oder Vereinigungen von Personen, Unternehmen und Organisationen aus dem privaten und staatlichen Bereich, die an bestimmten Entwicklungen interessiert sind. Sie bringen dieses Interesse in gemeinsamen Aktivitäten und Veranstaltungen zum Ausdruck. Derartige Veranstaltungen (wie sie etwa die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“ oder der „Münchener Kreis“ durchführen) haben zwar formell keinen offiziellen Status, erhalten aber durch die private Mitgliedschaft und das Auftreten hoher Staatsfunktionäre faktisch doch einen quasi offiziellen Charakter.

– *zweitens* gemeinsame Ausschüsse oder Kommissionen, die vom Bundestag und der Bundesregierung eingesetzt werden, um bestimmte Grundsatzfragen zukünftiger Entwicklungen zu beraten und Parlament oder Regierung bei der politischen Entscheidungsfindung grundsätzlich zu unterstützen – wie etwa die „Atomkommission“, die „Kommission für den Ausbau der technischen Kommunikation“ oder auch der „Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis“ beim Bundesverteidigungsministerium.

– *drittens* gemischte Arbeits- oder Projektgruppen, die von den zuständigen Ministerien eingerichtet werden, um getroffene Entscheidungen – etwa für die Beschaffung eines bestimmten Waffensystems – zu konkretisieren, umzusetzen und gegebenenfalls zu modifizieren.

– *viertens* gemischte privat-staatliche Unternehmen – wie die RWE, oder auch MBB –, in denen staatliche Programme unmittelbar gemeinsam umgesetzt werden.

Die *Peripherie der staatsmonopolistischen Komplexe* läßt sich einteilen in ökonomische und gesellschaftliche Peripherie.

Zur *ökonomischen Peripherie* gehören in erster Linie die Unterauftragnehmer und Zulieferer der Kernmonopole. Sie verfügen oft über ein hochentwickeltes spezialisiertes Know-how und sind – im Unterschied zu den Kernmonopolen – in der Regel als Gesamtunternehmen in den jeweiligen Komplex integriert. Das macht sie in hohem Maße von dessen Entwicklung abhängig. Hierdurch werden die nicht-monopolistischen Zulieferer oft zu einer besonderen und von den Monopolen gerne vorgezeigten und vorgeschickten *pressure group*, wenn es um Fragen der weiteren staatlichen Förderung des Komplexes geht.

Zur *politisch-gesellschaftlichen Peripherie* des Komplexes gehören vor allem Einrichtungen, die dafür sorgen, daß der monopolistisch (de)formierte gesellschaftliche Bedarf auch tatsächlich in dieser Form politisch gegen möglichst geringen Widerstand durchgesetzt werden kann und gesellschaftlich möglichst breit akzeptiert wird. Diese Aufgabe übernehmen *erstens* die bürgerlichen Parteien bzw. deren jeweilige Fachkommission; dabei ergeben sich in der Regel Akzentunterschiede oder auch weiterreichende Gegensätze, die die unterschiedlichen Interessenausdifferenzierungen auf der gemeinsamen Grundlage des staatsmonopolistischen Systems verdeutlichen und entweder durch Kompromisse überdeckt werden oder zu politischen Konflikten führen.

Zweitens verfügen die Komplexe in der Regel über eigene Interessenvertretungsverbände und/oder entsprechende Abteilungen und Ausschüsse in den großen Branchenverbänden bzw. im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Deren Arbeit richtet sich nicht nur auf die unmittelbare Beeinflussung der Regierung durch entsprechende Eingaben, Expertisen usw. und Teilnahme an den genannten Verflechtungsinstitutionen. Sie richtet sich auch nach außen auf die Herstellung eines gesellschaftlichen Klimas, in dem die privaten Interessen des Komplexes gesellschaftlich akzeptiert werden.

In diesem Zusammenhang spielen *drittens* die Medien eine außerordentlich wichtige Rolle. Die Aktivisten und Strategen des Komplexes versuchen einerseits, über Parteien, Verbände u. ä. die Massenmedien in ihrem Sinne zu beeinflussen. Andererseits gibt es keinen Komplex, der seinen Nutzen und seine Unentbehrlichkeit nicht durch spezielle Publikationen – Computerzeitschriften, wehrtechnische Magazine u. ä. – dem Publikum nahezubringen versucht.

Das gleiche Ziel verfolgen *viertens* die zahlreichen Klubs und Vereinigungen (vom „Freundeskreis der Luftwaffe“ bis zum Atari-Fan-Club), in denen über großzügige Freizeitprogramme und geschickte Propaganda Anhänger für die jeweiligen Komplexe gewonnen werden, die dann zur weiteren propagandistischen Verbreitung und zur Ausübung politischen Druckes ausgenutzt werden.

2. Staatsmonopolistische Komplexe in der BRD: empirische Hinweise

2.1. Der Militär-Industrie-Komplex (MIK)

Der Militär-Industrie-Komplex in der BRD hat sich auf dem Hintergrund und im Zuge der materiellen Umsetzung einer mittlerweile seit 30 Jahren betriebenen Aufrüstungs- und Militarisierungspolitik herausgebildet. Er ist Ausdruck und Ergebnis einer zunehmenden Verflechtung der führenden Rüstungsunternehmen mit den staatlichen Militär- und Rüstungsorganen, der ihrerseits offenkundig zwei Triebkräfte zugrunde liegen:

Erstens die unmittelbaren Absatz- und Verwertungsinteressen, die die Rüstungskonzerne zu einer dauerhaften und intensiven Einflußnahme auf ihren Hauptauftraggeber veranlassen, und *zweitens* die insbesondere an dem erheblichen Forschungs- und Entwicklungsvorlauf und -aufwand sichtbar werdenden Vergesellschaftungsanforderungen der modernen Militärtechnologie, die zu einer den gesamten Lebenszyklus der Waffensysteme übergreifenden Kooperation von Staat und Rüstungsmonopolen zwingen.

Elemente des Komplexes

Die *industrielle* Seite des MIK besteht im wesentlichen aus:

- einem monopolistischen Kern, in dessen Zentrum – neben den überwiegend im Militärgeschäft tätigen MBB-Konzern – seit kurzem der durch seine Übernahmeaktivitäten zum zweitgrößten Rüstungsproduzenten aufgestiegene Daimler-Benz-Konzern gerückt ist, und dem darüber hinaus die Großunternehmen Siemens, Thyssen, Krupp, Röchling und Gutehoffnungshütte angehören, die allerdings – obwohl zu den größten Rüstungsherstellern gehörend – weniger als 10 Prozent ihres Umsatzes im Waffengeschäft erzielen;
- einer inneren Peripherie, der einige Tochtergesellschaften ausländischer Rüstungskonzerne (SEL, Deutsche Philips, Bodenseegerätewerk) sowie einige Familienunternehmen mit längerer Rüstungstradition angehören (Wegmann, Diehl, Lürssen, Heckler & Koch), die allesamt noch zu den 30 größten Militärproduzenten zählen sowie:
- eine äußere Peripherie von ca. 2000 kleineren und mittleren Zulieferern mit teilweise hoher Rüstungsabhängigkeit.

Zur *staatlichen* Seite des MIK gehören:

- auf parlamentarischer Ebene der als Kontroll- und Beratungsgremium konzipierte Verteidigungsausschuß des Bundestages, dessen Mitglieder sich jedoch vornehmlich als „Helfer der Bundeswehr“ verstehen,
- das Bundesministerium der Verteidigung (BMVG) als die zentrale staatliche Behörde für militärische, rüstungspolitische und wirtschaftliche Fragen,
- das dem BMVG nachgeordnete Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB), das für die eigentliche Beschaffung der Rüstungsgüter zuständig ist sowie:
- verschiedene Forschungsanstalten wie die Deutsche Versuchsanstalt für

Luft- und Raumfahrtforschung (DVFLR), die Fraunhofer-Gesellschaft für angewandte Forschung oder die Forschungsgesellschaft für angewandte Naturwissenschaft, in denen – i. d. R. neben ziviler – militärische Forschung betrieben wird.

Zu den wichtigsten *Verflechtungsinstitutionen* zählen

- die 1957 gegründete Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT), deren Mitglieder aus der Rüstungsindustrie, der Bundeswehr, Politik und Wissenschaft stammen, und die seit jeher als wichtiges Diskussionsforum und Clearing-Stelle bei der Ausarbeitung militär- und rüstungspolitischer Konzeptionen diene,
- der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis (Rüak), in dem die Spitzen der Rüstungsindustrie in unregelmäßigen Abständen mit Führungskräften aus dem BMVG und dem BWB zusammentreffen und die Grundlinien der Beschaffung diskutieren,
- Einrichtungen wie die Kommission für Langzeitplanung der Bundeswehr, in denen in „gemischter Besetzung“ der programmatische Rahmen für die langfristigen Beschaffungspläne der Bundeswehr festgelegt wird.

Aktivitäten und Funktionsweise des Komplexes

Wichtigstes Element und Kennzeichen des Funktionsmechanismus des MIK ist, daß sich Staat und Rüstungsmonopole nicht allein auf ihre Rolle als Auftraggeber und Lieferant beschränken, sondern eine weit über die üblichen Marktbeziehungen hinausgehende Kooperation zwischen ihnen stattfindet.

Diese Kooperation beginnt *erstens* – wie die Langzeitplanung der Bundeswehr zeigt – bereits bei der Abschätzung der längerfristigen Technologieentwicklung und „Bedarfsermittlung“, deren Ergebnisse in programmatische Vorgaben münden.

Sie setzt sich *zweitens* fort bei der über den ganzen Lebenszyklus eines konkreten Waffensystems erfolgenden Zusammenarbeit zwischen den Rüstungsunternehmen und dem BMVG, dem BWB sowie den staatlichen Forschungsanstalten, bei der zugleich durch die praktizierte „freihändige“ Vergabe der Aufträge, der Übernahme der Forschungs- und Entwicklungskosten sowie der Abrechnung der Rüstungsgüter nach dem „Selbstkostenprinzip“ Bedingungen geschaffen werden, die faktisch die Beseitigung von Wettbewerb, unternehmerischem Risiko und Marktpreisbildung bedeuten.

Drittens findet sie gerade in jüngster Zeit in zunehmendem Maße Niederschlag in der Förderung und Vermittlung bundesdeutscher Rüstungsexporte durch entsprechende Aktivitäten des Verteidigungsministers, des Bundeskanzlers, des bayerischen Ministerpräsidenten sowie der bundesdeutschen Botschaften im Ausland.

Und *viertens* schließlich finden nicht zuletzt auch eine Reihe gemeinsamer Aktivitäten statt, die – wie etwa eine Reihe von Veranstaltungen der DWT oder die Herausgabe von Publikationen und Memoranden – auf die politische Durchsetzung der Interessen des MIK gerichtet sind.

2.2. Der Luft- und Raumfahrtkomplex

Der Luft- und Raumfahrtkomplex (LRK) überschneidet sich z. T. mit dem MIK. Dies ist Resultat des Wiederaufbaus einer bundesdeutschen Luftfahrtindustrie, der in den 50er und 60er Jahren fast ausschließlich über Militärprogramme erfolgte. Der monopolistische Kern des LRK besteht auch heute überwiegend aus Teilen der Unternehmen, die auch den Kern des MIK ausmachen. Darüber hinaus trägt auch eine gewisse stoffliche Verwandtschaft zwischen ziviler und militärischer Flugtechnologie zu partiellen Überschneidungen beider Komplexe bei. Dennoch ist der LRK weder mit dem MIK identisch noch ein Teil des MIK. Er weist vielmehr die Merkmale eines eigenständigen Komplexes auf, der sich auf die Bereiche des zivilen Flugzeugbaus und der Raumfahrt erstreckt.

Die Triebkräfte für die Herausbildung des LRK lagen:

- *zum einen* in dem Druck der internationalen Konkurrenz, der es auch für das bundesdeutsche Monopolkapital erforderlich erscheinen ließ, über eine eigene leistungsfähige Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie zu verfügen, um den Anschluß an die technologische Entwicklung auf diesem Gebiet nicht zu verlieren;
- *zum anderen* in der außerordentlichen Wissenschaftsintensität dieses Bereiches und – damit verbunden – den enormen Aufwendungen, die für Großprojekte der zivilen Luft- und Raumfahrt erforderlich waren und die Liquidität einzelner Monopole überschreiten. Die lange Umschlagszeit des in der Luft- und Raumfahrtindustrie (LRI) eingesetzten Kapitals drückt auf die Profitrate und ruft die Forderung nach einem umfangreichen staatlichen Engagement hervor.

Auf dieser Grundlage bildete sich der LRI Ende der 60er Jahre unter starkem Druck und mit beträchtlicher finanzieller Beteiligung der Bundesregierung heraus. Seitdem gehört er zu den herausragenden Wachstumsbereichen der bundesdeutschen Wirtschaft. Eine Besonderheit des bundesdeutschen IRK ist seine intensive internationale Verflechtung: Es gibt kein Großprojekt in der LRI, das nicht in internationaler – zumeist westeuropäischer – Kooperation durchgeführt wird. Der bundesdeutsche LRK geht dabei auf allen Ebenen enge Verbindungen mit den entsprechenden Komplexen anderer Länder ein. Dies kann die Vorstufe einer westeuropäischen LRK sein.

Die Elemente des LRK

Der *monopolistische Kern* des LRK besteht zum einen aus den beiden einzigen Flugzeugherstellern der BRD, der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) und der Dornier GmbH. An MBB sind die Bundesländer Bayern, Hamburg und Bremen mit zusammen über 50 Prozent des Stammkapitals beteiligt (die eigentliche „industrielle Führung“ liegt jedoch bei den Minderheitsteilhabern Siemens, Thyssen, Bosch, Allianz, Dresdner Bank und Bayerische Vereinsbank), während Dornier seit Mitte 1985 mehrheitlich der Daimler-Benz AG gehört und daher der Finanzgruppe Deutsche Bank zuzurechnen

ist. Zum monopolistischen Kern des LRK gehören ferner die beiden Triebwerkhersteller Motoren- und Turbinen Union (MTU, Daimler-Benz-Konzern) und Klöckner-Humboldt Deutz (KHD, Klöckner-Konzern), sowie die führenden Monopole der Ausrüstungsindustrie, Siemens und AEG (Daimler-Benz-Konzern).

Dieser monopolistische Kern beherrscht zugleich die entscheidenden Führungsorgane des Bundesverbandes der deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI). Auch in dem westeuropäischen Spitzenverband der Luft- und Raumfahrtindustrie, der Association Européenne des Constructeurs de Materiel Aerospatial“ (AECMA) sitzen als deutsche Delegierte an führender Stelle ausschließlich Vertreter des monopolistischen Kerns des LRK.

Zur *industriellen Peripherie* des LRK gehören eine Reihe zum Teil hochspezialisierter Ausrüstungsunternehmen, die teils in Familienbesitz (z. B. Liebherr-Aero-Technik), teils in inländischem Konzernbesitz (Henschel-Flugzeugwerke), teils in ausländischem Besitz (Teldix) sind.

Die *staatliche Seite* des LRK besteht zum einen aus den entsprechenden Abteilungen des Bundesministeriums der Verteidigung (zuständig für militärische Fragen), des Bundesministeriums der Wirtschaft (zivile Luftfahrt) und des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (Luftfahrt- und Raumfahrtforschung). Im BMWi gibt es einen „Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt“; ferner existiert ein „interministerieller Koordinierungsausschuß“ zur Abstimmung der staatlichen LRI-Politik.

Eine außerordentlich wichtige staatliche Institution des LRK ist die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), über die die gesamte Forschungspolitik im LR-Bereich konzipiert und gesteuert wird. Auch spielt die in staatlichem Besitz befindliche Deutsche Luft Hansa AG eine erhebliche Rolle als Nachfrager für zivile Flugzeuge der bundesdeutschen LRI.

Zu den zahlreichen *Verflechtungsorganen und -formen* zwischen Staat und privater Wirtschaft gehören an hervorragender Stelle:

- die Normenstelle Luftfahrt,
- der Arbeitskreis Raumfahrt des BDLI, in dem auch staatliche Vertreter sitzen,
- die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft AG (IABG) in Ottobrunn, die zu drei Vierteln dem Bund, zu einem Viertel einem Gemeinschaftsunternehmen der LRI gehört.

Die enge staatlich-monopolistische Verflechtung kommt auch darin zum Ausdruck, daß:

- der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß Aufsichtsratsvorsitzender der Deutsche Airbus GmbH ist, deren Kapital MBB gehört;
- der frühere langjährige Präsident des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung jetzt Geschäftsführer des BDLI ist;
- die staatliche DFVLR förderndes Mitglied im BDLI ist;
- verschiedene staatliche Vertreter des LRK zusammen mit Monopolvertretern in Gremien und Arbeitskreisen der AECMA sitzen.

Aktivitäten und Funktionsweise des Komplexes

Struktur und Entwicklung der LRI sind von Anfang an in engster Abstimmung zwischen Bundesregierung und privaten Monopolen bestimmt worden – auch im zivilen Bereich. Die mehrfach fortgeschriebenen „Basisprogramme Luftfahrt“ von Ende der 60er Jahre haben maßgeblichen Druck auf die Zentralisation und die Herstellung einer profitablen Betriebsstättenstruktur im Interesse der Monopole ausgeübt. Gegenwärtig schlägt sich die strukturpolitische Kooperation in staatlichen Rahmenplanungen – dem „Luft- und Raumfahrtprogramm“ sowie dem „Luftfahrtforschungsprogramm“ nieder; darin werden die globalen Ziele, der finanzielle Gesamtrahmen und die Hauptprojekte der staatlichen LRI-Förderung festgeschrieben.

Der materielle Schwerpunkt der Kooperation liegt auf diesen Projekten: Im Zentrum des Zivilflugzeugbaus steht das Großraumflugzeug Airbus, dessen Entwicklung, Produktion und Absatz von der Bundesregierung mit mehreren Mrd. DM gefördert wurde und das auch die bundeseigene Lufthansa in größerer Stückzahl gekauft hat. Gegenwärtig arbeiten Staat und Luftfahrtindustrie an der Erweiterung des Airbus 320 zu einer ganzen Airbus-„Familie“.

Noch enger ist die staatlich-monopolistische Kooperation in der Raumfahrt: Durch die Entscheidung der Bundesregierung vom Januar 1985 – die auf einen Beitrag zur amerikanischen Raumstation Columbus und zur französischen Trägerrakete Ariane 5 hinausläuft und mit einem Betrag von 4,6 Mrd. DM in entsprechende internationale Kooperationsprojekte der European Space Agency (ESA) integriert ist – wird nicht nur die Entwicklungsrichtung der gesamten bundesdeutschen Raumfahrtentwicklung bestimmt; die DFVLR ist auch unmittelbar – neben den privaten Raumfahrtunternehmen, vor allem der MBB-Tochter ERNO und Dornier, in Forschungs- und Entwicklungsprozesse eingeschaltet und aktiv, die im übrigen voll vom Staat finanziert werden.

2.3. Der Atom-Industrie-Komplex (AIK)

Der Atom-Industrie-Komplex hat sich auf einem interessenmäßigen Hintergrund herausgebildet, der bestimmt ist durch die Hoffnung auf eine relativ kostengünstige Energiegewinnung, durch offiziell bestrittene, gleichwohl immer wieder durchscheinende militärisch-nukleare Ambitionen und – als der wohl wichtigsten Triebkraft: – durch die Absatz- und Verwertungsinteressen der Hersteller von Atomenergieanlagen. Eigentliche Ursache für das Entstehen eines „Komplexes“ sind letztlich die massiven Vergesellschaftungsanforderungen der Atomtechnologie, die an den erheblichen F & E-Zeiträumen, -Aufwendungen und -Risiken sowie dem enormen Investitionsvolumen bei der Nutzung sichtbar werden: Sie erfordern die enge Kooperation von Staat und Monopolen bei der Entfaltung der Produktivkraft Kernenergie.

Elemente des Komplexes

Abweichend von den zuvor skizzierten Komplexen weist der AIK 3 bzw. 4 Hauptelemente auf: die privatkapitalistischen Hersteller kerntechnischer An-

lagen, die vornehmlich „gemischtwirtschaftlichen“ Auftraggeber und Betreiber dieser Anlagen, die staatliche Seite sowie die Verflechtungsinstitutionen.

Die Gruppe der *privatkapitalistischen Hersteller* besteht im wesentlichen aus – dem führenden Siemens-Konzern, der nach einem rapiden Konzentrationsprozeß mit seiner „Tochter“ KWU in der BRD mittlerweile fast ein vollständiges Monopol bei der Herstellung kerntechnischer Großanlagen besitzt,

– weiteren Großunternehmen wie M.A.N., Mannesmann, Krupp, Deutsche Babcock und BBC, von denen – mit Ausnahme der BBC – alle lediglich als Zulieferer tätig sind,

– sowie einer Vielzahl mittlerer und kleinerer, z. T. hochspezialisierter Zulieferer.

Die zahlenmäßig kleine, kapitalmäßig aber überaus bedeutsame Gruppe der *Betreiber* besteht im wesentlichen aus den 3 führenden „privat-staatlichen“ Energiekonzernen RWE, VEBA und VEW (die allein bereits zwei Drittel der bundesdeutschen Stromversorgung decken) und den (fast) völlig im öffentlichen Besitz befindlichen Energieunternehmen HEW, Bayernwerk und Badenwerk.

Zur *staatlichen Seite* des Komplexes zählen schließlich insbesondere:

– das BMFT, dem vor allem die F & E-Förderung der Kernenergie und damit die materiell bedeutsamste staatliche Aufgabe obliegt;

– das BMI, das für die Sicherheit und die Sicherung der atomaren Anlagen verantwortlich zeichnet;

– die staatlichen Kernforschungszentren, insbesondere das Kernforschungszentrum Karlsruhe, der Kernforschungsanlage Jülich, das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung, das Deutsche Elektronen-Synchrotron, das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung sowie die Gesellschaft für Schwerionenforschung;

– schließlich die staatlichen Hochschulen, in denen ebenfalls ein erheblicher Teil der Grundlagenforschung abgewickelt wird.

Zu den *Verflechtungsinstitutionen* schließlich gehören bzw. gehörten

– die 1956 von Atomminister *F. J. Strauß* gegründete und 1971 aufgelöste Deutsche Atomkommission, der 15 führende Vertreter von an der Kernenergieentwicklung interessierten Kapitalgruppen, acht Wissenschaftler und je zwei Staats- und Gewerkschaftsvertreter angehörten. Von diesem Gremium und seinen Arbeitsstäben wurde praktisch die gesamte Atompolitik der CDU/CSU-Regierungen erarbeitet;

– das 1959 gegründete Deutsche Atomforum, zu dessen Mitgliedern die führenden AKW-Hersteller und -Betreiber, die Großbanken, Behördenvertreter und eine Reihe Bundestagsabgeordneter gehören. Aufgabe dieser wichtigsten Verflechtungsinstitution ist die politisch-ideologische Durchsetzung der Kernenergieinteressen;

– die Kerntechnische Gesellschaft, „Tochter“ des DATF, konzipiert als wissenschaftliche Vereinigung und Diskussionsforum auf Expertenebene;

– dem 1977 auf Initiative des Bundeskanzlers gegründeten „Nuklearrat“, der sich aus führenden Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, den Fraktionsvorsitzenden im Bundestag sowie Gewerkschaftern zusammensetzt;

– die verschiedenen Beratungsgremien beim BMFT

– sowie die Kontroll- und Beiratsgremien staatlicher Forschungszentren.

Aktivitäten und Funktionsweise des Komplexes

Auch die Funktionsweise des AIK ist durch eine den gesamten Zyklus der Kernenergieentwicklung, -nutzung und internationalen Vermarktung durchziehende Kooperation von Staat und privaten Monopolen gekennzeichnet:

- Wie insbesondere das Beispiel DATK gezeigt hat, beginnt dieses Zusammenwirken bereits bei der Konzeption und Planung der verschiedenen Atomprogramme zur Förderung der Kernenergie.
- Sie setzt sich fort bei der staatlichen Finanzierung der wissenschaftlich-technischen Grundlagenforschung in den Forschungszentren und im Hochschulbereich sowie bei der umfangreichen Subventionierung der Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungsarbeiten im direkten Vorfeld des Baus von Kernenergieanlagen.
- Staatlicherseits gefördert wird auch der Absatz der Atomreaktoren bzw. die Nutzung der Kernenergie. Dies zeigt z. T. die vielfältige Subventionierung und Risikoabsicherung für die Betreiber der Anlagen sowie die staatliche Finanzierung solcher gigantischer Vorhaben wie dem Schnellen Brüter. Hinzu kommt der staatliche „Schutz“ für die AKWs.
- Schließlich ist der Export der sensitiven Atomtechnologie nur im Rahmen zwischenstaatlicher Abkommen möglich, denen in aller Regel auch die staatliche Marketing-Hilfe vorausgeht.

2.4. Der Telekommunikations-Industrie-Komplex (T.I.K.)

Im Zentrum der Aktivitäten des T.I.K. steht – in stofflicher Hinsicht – die Entwicklung, Fertigung und Bereitstellung der fernmeldetechnischen Anlagen und Systeme, über die der Austausch bzw. die Verteilung von Nachrichten in Form von Sprache, Text, Daten und Bildern abgewickelt wird. Gegenwärtig und auf absehbare Zeit ist der T.I.K. mit einer umfassenden „Modernisierung“ dieser fernmeldetechnischen Infrastruktur befaßt, die – bei geschätzten Gesamtkosten von ca. 300 Mrd. DM – perspektivisch darauf abzielt, das herkömmliche Telefonnetz durch Digitalisierung und Glasfasertechnologie zu einer computergerechten „Kommunikationsautobahn“ auszubauen, mit der insbesondere der zwischenbetriebliche Informationsaustausch (Computerdialog) sowie die Kommunikation mit den privaten Haushalten (Fernbestellen, -buchen) in bislang nicht gekanntem Ausmaß rationalisiert und somit „gesamtwirtschaftliche Produktionsreserven“ erschlossen werden sollen.

Elemente des Komplexes

Die *industrielle* Seite des T.I.K. besteht im wesentlichen:

- aus einem monopolistischen Kern, dem neben dem dominierenden Siemens-Konzern (dem drittgrößten Nachrichtenproduzenten der Welt) die Unternehmen SEL (einer „Tochter“ des international vor Siemens rangierenden ITT-Konzerns), PKI (einem „Enkel“ des niederländischen Philips-Konzerns) sowie Bosch angehören, das im Zuge der Krise des AEG-Konzerns die maßgeblichen Anteile an dessen nachrichtentechnischen Abteilungen (Telenorma,

ANT) übernommen hat,

- einigen weiteren Großunternehmen (MBB, IBM, Nixdorf, Dornier), die in jüngster Zeit im Telekommunikationssektor Fuß zu fassen versuchen, sowie
- eine Reihe von Familienunternehmen (Quante, fuba, Krone), die vornehmlich als Endgerätehersteller tätig sind, und eine „Vielzahl spezialisierter Kleinunternehmen“ und Zulieferer.

Zur *staatlichen* Seite des T.I.K. gehören

- die Deutsche Bundespost, die qua Gesetz für Aufbau, Instandhaltung und Weiterentwicklung der nationalen Fernmeldeinfrastruktur zuständig ist, und nicht nur den größten Auftraggeber der nachrichten- und kabeltechnischen Industrie, sondern den größten Investor der BRD überhaupt darstellt,
- das Fernmeldetechnische Zentralamt (FTZ) in Darmstadt, die zentrale Durchführungsbehörde der DBP, über die ca. zwei Drittel der jährlichen Investitionen abgewickelt werden,
- das Bundesministerium für Forschung und Technologie, bzw. einige seiner Abteilungen, das in den vergangenen Jahren seine Forschungssubventionen für den Bereich „Technische Kommunikation“ inklusive ihrer Basistechnologien erheblich gesteigert hat und dabei eng mit der DBP kooperiert, sowie
- die nachrichtentechnischen Institute der Hochschulen, in denen das Gros der Grundlagenforschung konzentriert ist, und die staatlichen Forschungseinrichtungen (Heinrich-Hertz-Institut, DVFLR, Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung), die Auftragsforschung für die Fernmeldeindustrie, die DBP und das BMFT betreiben.

Zu den wichtigsten Verflechtungsinstitutionen des T.I.K. zählen

- der 1974 gegründete *Münchener Kreis*, in dem sich führende Vertreter der Telekommunikationsindustrie, der großen Medienkonzerne und der o.g. Forschungseinrichtungen, die Deutsche Bundespost, bayerische Minister und eine Reihe von Professoren mit dem Ziel zusammengeschlossen haben, Akzeptanzbarrieren gegen die neuen Telekommunikationssysteme abzubauen,
- die verschiedenen, auf Regierungs- oder Parlamentsebene eingerichteten Kommissionen, deren wichtigste, die 1973 berufene „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems“ (KtK), unter maßgeblicher Federführung der Telekommunikationsindustrie den programmatisch-konzeptionellen Rahmen für die „Modernisierung“ der Fernmeldeinfrastruktur absteckte,
- eine ganze Reihe von Beiräten und Sachverständigenkreisen, in denen und über die die Fernmeldeindustrie dauerhaft mit der DBP, dem BMFT sowie den staatlichen Forschungsanstalten zusammenarbeitet.

Aktivitäten und Funktionsweise des Komplexes

Wichtigstes Element und Kennzeichen des T.I.K. ist – ebenso wie beim MIK – die breitgefächerte und intensive Kooperation zwischen staatlichen Organen und den privaten Telekommunikationsmonopolen.

Auch hier beginnt die Kooperation *erstens* – wie das Beispiel KtK zeigt – bereits im Stadium der „Bedarfsermittlung“, deren Ergebnisse zum Ausgangs-

punkt einer langfristigen Rahmenplanung werden, aus der wiederum eine Reihe kurzfristigerer Programme abgeleitet werden.

Auch hier findet *zweitens* eine über den ganzen Lebenszyklus eines fernmeldetechnischen Systems erfolgende Kooperation zwischen Herstellern und staatlichen Stellen, wobei auch hier durch „freihändige“ Vergabe von Aufträgen, ausgedehnte F & E-Subventionierung, Abnahmegarantien etc. in den Kernbereichen Marktwettbewerb, unternehmerisches Risiko und Marktpreisbildung beseitigt werden.

Drittens zählt die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Telekommunikationsindustrie sogar zu den zentralen programmatischen Vorgaben des T.I.K., die durch eine wesentliche Beschleunigung des Innovations tempos, überdimensionierte Nachfrage, weitgehende Durchsetzung der bundesdeutschen Standards in internationalen Normungsgremien etc. erreicht werden soll.

Viertens schließlich – dies zeigt insbesondere das Beispiel Münchener Kreis – kooperieren Telekommunikationsindustrie und DBP auch eng bei der ideologisch-politischen Durchsetzung der neuen Telekommunikationssysteme.

3. Der Stellenwert staatsmonopolistischer Komplexe im SMK der Gegenwart – weiterführende Überlegungen und ungeklärte Fragen

3.1. Zur Eingrenzung des Komplexbegriffes oder: Was alles kein Komplex ist

Die theoretische Herleitung der Kategorie des staatsmonopolistischen Komplexes weist ihn als eine Organisationsform des Kapitals aus, die der Phase des SMK adäquat ist: Sie umfaßt die dauerhafte und unmittelbare Präsenz und Aktivität des Staates im Produktions- und Reproduktionsprozeß der Monopole und stellt insofern eine höhere Form der Vergesellschaftung des Einzelkapitals dar.

Auf der anderen Seite sollte der Begriff des staatsmonopolistischen Komplexes nicht überhöht oder verabsolutiert werden:

– *Zum einen* ist der staatsmonopolistische Komplex nicht die einzige relevante Erscheinungs- und Organisationsform des Monopolkapitals der Gegenwart,

– *zum anderen* findet die staatliche Regulierung im SMK nicht ausschließlich in und durch gemischte staatlich-private und monopolistisch bestimmte Programme und Projekte in Komplexen statt.

Die versuchte Fassung der Kriterien eines staatsmonopolistischen Komplexes zeigt u. E., daß es möglich und notwendig ist, ihn von anderen Organisationsformen des Monopolkapitals und der staatlichen Regulierung abzugrenzen. Erst dadurch kann das Gewicht des Komplexes im jeweils historisch-konkreten System der Produktivkräfte bestimmt werden.

Die entwickelten Kriterien treffen – nach unseren empirischen Untersuchungen – mit Sicherheit auf den Bereich der militärischen Rüstung, der Telekommunikation, der Energieversorgung und der Luft- und Raumfahrtindu-

strie zu. In allen vier Bereichen gibt es dauerhafte Kooperationen von privaten Monopolen und Staat; in allen ist der Druck auf schnelle Produktivkraftentwicklung besonders groß, und in allen liegt ein „gesellschaftlicher Bedarf“ vor, der natürlich nicht von den Lebensbedürfnissen der Menschen, sondern den Verwertungsbedürfnissen der Monopole abgeleitet ist.

Demgegenüber müssen Zweifel hinsichtlich anderer Kapitalgruppierungen angemeldet werden, die in der Diskussion über staatsmonopolistische Komplexe eine Rolle spielen:

– Im *landwirtschaftlichen Bereich* gibt es zwar einen engen Zusammenhang zwischen agrarischen und vor- sowie nachgelagerten Unternehmen; ebenso gibt es eine außerordentlich dichte staatliche Regulierung. Dennoch kann man u. E. nicht von einem staatsmonopolistischen Agrar-Industrie-Komplex sprechen. Denn *erstens* erfolgt diese Regulierung nicht in staatlich-privaten Gemeinschaftsprogrammen; *zweitens* gibt es zwar Großbauern, aber keine agrarischen Monopole im landwirtschaftlichen Bereich; *drittens* ist die Gewährleistung der Versorgung mit Lebensmitteln prinzipiell auch für den Markt möglich, allerdings um den Preis einer radikalen Zerstörung der historisch entstandenen bäuerlichen Produktionsstrukturen, die die herrschende Klasse aus gesellschafts- und systempolitischen Gründen erhalten will.

– Es wird gelegentlich von einem staatsmonopolistischen *Bank-Komplex* gesprochen. Zweifellos gibt es ein enges Zusammenspiel zwischen staatlicher Politik und privaten Banken im Bereich der Geldversorgung, von dem die privaten Banken profitieren. Aber weder handelt es sich um eine kontinuierliche und durch Verflechtungsorgane abgesicherte Kooperation, noch bezieht sich das Zusammenspiel auf einen Bereich der Entwicklung neuer Spitzentechnologien.

– Im *Umweltbereich* werden zwar teilweise neue Technologien durch Monopole mit Unterstützung des Staates entwickelt. Von einem Ökologie-Komplex kann jedoch vermutlich (noch) nicht die Rede sein; denn die staatliche Umweltpolitik beschränkt sich in erster Linie auf das Setzen von Rahmenbedingungen (Gebote und Verbote) und finanziellen Anreizen; darüber hinaus beruht der größte Teil der Umweltschutzmaßnahmen gegenwärtig und vermutlich für absehbare Zeit auf relativ konventionellen Techniken (Filter und einfache Meß- und Steuerungsanlagen). Eine enge staatlich-monopolistische Kooperation der Entwicklung und Durchführung flächendeckender Umweltsanierungs- bzw. Vorbeugungsmaßnahmen gibt es bis heute nicht, und ihre Entstehung ist auch nicht absehbar.

– Schließlich muß auch bezweifelt werden, ob es einen *sozial-infrastrukturellen* staatsmonopolistischen Komplex gibt. Zwar existiert ein – auch monopolkapitalistisch formierter – gesellschaftlicher Bedarf nach funktionsfähigen und gesellschaftlich integrierten Arbeitskräften. Aber die Befriedigung dieses Bedarfes stößt weder in neue Dimensionen der Produktivkraftentwicklung vor, noch wird sie – bei allem Einfluß der Monopole auf staatliche Politik – in gemischten staatlich-monopolistischen Programmen und Kooperationen organisiert. Sie ist vielmehr Gegenstand allgemeiner staatlicher Sozialpolitik, auf die die Monopole in „traditioneller“ Weise von außen Einfluß nehmen.

3.2. Das Verhältnis staatsmonopolistischer Komplexe zu anderen Organisationsformen des Monopolkapitals

Staatsmonopolistische Komplexe sind gegenwärtig weder die einzig relevante oder auch nur die hauptsächlichste konkrete Erscheinungsform des SMK der BRD. Es ist auch keine Tendenz erkennbar, daß sich dies in absehbarer Zeit ändern würde. Von nach wie vor großem Gewicht sind die traditionellen Formen des monopolistischen Kapitals: die Einzelmonopole und (branchenmäßig organisierten) Monopolgruppen (etwa die großen Chemiekonzerne) sowie als fortgeschrittenere Formen die Finanzgruppen (etwa die der Deutschen Bank). Staatsmonopolistische Komplexe treten als jüngste Entwicklung zu diesen beiden letzten hinzu; zusammen bilden die drei die maßgeblichen Organisationsformen des Monopolkapitals heute.

Die Existenz und das unverminderte Gewicht privater Einzelmonopole und Finanzgruppen ändern nichts am Charakter des gegenwärtigen Kapitalismus. Auch die Verwertung der Chemiemonopole und der Finanzgruppen wäre heute nicht gewährleistet, wenn der Staat ihnen nicht durch Umverteilungs- und Steuerpolitik, durch direkte und indirekte Subventionen und Schaffung der politischen Bedingungen für die internationale Expansion, durch Regulierung der Geldversorgung und Forschungsförderung u. a. m., die Existenz- und Aktionsspielräume erschließen und sichern würde.

Ebenso verschieden, wie die – grundsätzlich unverzichtbaren – Formen der staatlichen Präsenz und die Förderung des monopolistischen Reproduktionsprozesses im konkreten Fall sind, so unterschiedlich sind auch die Verbindungen und Methoden, durch die Monopole Einfluß auf den Staat nehmen, um staatliche Unterstützung für ihre privaten Interessen zu erreichen. Die private Einflußnahme durch kontinuierliche Kooperation mit dem Staat bei der Produktivkraftentwicklung und in der materiellen Produktion tritt *nicht an die Stelle* der Beeinflussung von außen durch Verbände, Medien und die Manipulation der öffentlichen Meinung; sie tritt auch nicht an die Stelle der Beeinflussung von innen durch Infiltration des Staatsapparates, durch Bestechung von Staatsfunktionären usw. Sie tritt vielmehr *zu diesen* nach wie vor – mit Erfolg – praktizierten Strategien *hinzu*.

Insofern läßt sich der empirische Befund für die Bundesrepublik dahingehend zusammenfassen, daß es gegenwärtig eine Koexistenz der drei Hauptformen des Monopolkapitals gibt, ohne daß ein eindeutiges Übergewicht einer bestimmten Gruppe erkennbar wäre. Es stellt sich also die Frage nach absehbaren Entwicklungstendenzen des Verhältnisses zwischen Monopolgruppen, Finanzgruppen und staatsmonopolistischen Komplexen.

3.3. Entwicklungstendenzen: Verdrängung, Koexistenz oder privatmonopolistische Rückbindung

Aus der theoretischen Herleitung der staatsmonopolistischen Komplexe als einer dem SMK *adäquaten* Organisationsform des Monopolkapitals kann sich der Schluß aufdrängen, daß diese auf Dauer auch das entscheidende Gewicht in den staatsmonopolistischen Produktionsverhältnissen erhalten und die Be-

deutung der anderen beiden zurückdrängen würden. Eine solche Prognose wäre dann plausibel, wenn die Umstände, aus denen die Bildung von staatsmonopolistischen Komplexen hergeleitet wurde, als die für die weitere Entwicklung des SMK ausschließlich maßgeblichen anzusehen wären: Das Vorliegen oder die Entwicklung eines gesellschaftlichen Produktionsbedarfes, zu dessen Befriedigung eine quantitativ und qualitativ neue Stufe der Produktivkraftentwicklung erforderlich ist, die private Monopole aus eigener Kraft aufgrund des ungeheuren Mittelbedarfs und/oder der umfassenden Kooperations- und Steuerungserfordernisse nicht leisten können. Wenn man diesen Faktoren gegenüber bereits vorhandene und absehbare Widersprüche und Gegentendenzen – Entwicklung eines sozialen Integrations- und Disziplinierungsbedarfes, parasitäre Hemmung der Produktivkraftentwicklung, zunehmender Widerstand gegen kapitalistische Zentralisierung und Entdemokratisierung – für irrelevant ansieht, erscheint die These der langfristigen Überlegenheit staatsmonopolistischer Komplexe gegenüber anderen Formen des Monopolkapitals schlüssig.

Die genannten Gegentendenzen sowie die zunehmende Machtentfaltung der Monopole auch in Bereichen, die nicht an der Spitze der Produktivkraftentwicklung stehen, müssen jedoch in einer Gesamteinschätzung berücksichtigt werden. In ihrem Lichte erscheint die Verdrängung der Monopol- und Finanzgruppen durch staatsmonopolistische Komplexe in so weite Ferne zu rücken, daß in einer absehbaren historischen Perspektive eher mit einer weiteren „gleichgewichtigen“ Koexistenz zwischen diesen drei Hauptformen des Monopolkapitals zu rechnen ist.

Nicht von der Hand zu weisen sind schließlich auch Überlegungen, die auf eine *privatmonopolistische Rückbindung* der staatsmonopolistischen Komplexe in die Finanzgruppen hinauslaufen. Die empirische Bestandsaufnahme in der BRD zeigt jedenfalls, daß ihre Kernmonopole – allen voran der Siemens-Konzern, der eine maßgebliche Rolle in fast allen Komplexen spielt! – in erheblichem Maße schon lange zu einer Finanzgruppe (Deutsche Bank) gehören oder allmählich – wie Dornier und AEG als Kernunternehmen des MIK – in diese integriert werden.

Wenn man diese Beobachtung verallgemeinern würde – wozu es aufgrund der schmalen empirischen Basis sicherlich noch zu früh ist –, würde die Entstehung und Entwicklung von staatsmonopolistischen Komplexen in zwei Phasen vor sich gehen: In der *ersten Phase* wird aufgrund des stofflich bestimmten gesellschaftlichen Bedarfs im Bereich fortgeschrittener Produktivkraftentwicklung von Monopolen aus unterschiedlichen Monopol- und Finanzgruppen unter Einbeziehung des Staates ein Komplex außerhalb des unmittelbaren Einflusses einzelner Monopol- und Finanzgruppen gebildet. In der *zweiten Phase* wird dieser Komplex dann wieder in eine Finanzgruppe eingebunden – was natürlich nicht ohne Auseinandersetzung und Kampf zwischen den verschiedenen „Gebermonopolen“ vor sich geht und in einer neuen Kräftekonstellation der Monopolgruppen und Finanzgruppen endet.

Auch aus theoretischen Überlegungen erscheint der Versuch einer solchen privatmonopolistischen Rückbindung staatsmonopolistischer Komplexe als

sinnvolle Strategie des Monopolkapitals. Zwar entspricht die Verschmelzung von Teilen des Staatsapparates mit Teilen von Monopolen sowohl objektiven gesellschaftlichen Anforderungen als auch den privaten Profitinteressen der beteiligten Monopole. Auf der anderen Seite bedeutet die Hereinnahme des Staates als gesellschaftlicher Instanz in das Allerheiligste des monopolistischen Privateigentums auch die Öffnung dieses Allerheiligsten für die möglicherweise unehrfürchtige Öffentlichkeit, und damit potentiell für Kräfte, die unter gesellschaftlichem Bedarf etwas anderes verstehen als die Gewährleistung optimaler Verwertungsbedingungen für das Monopolkapital. Es erscheint daher gefährlich, Gebilde, die derart mit potentiell störenden Fremdkörpern durchsetzt – wenn auch unvermeidlich – sind, einfach neben den traditionellen und reinen Formen des Monopolkapitals stehen und sich entwickeln zu lassen. Vielmehr ist es geraten, diese Gebilde in das System der privatmonopolistischen Regulierung durch Monopolgruppen und Finanzgruppen einzumauern und auf diese Weise weiter zu entschärfen. Natürlich bleibt auch dann die potentiell störende Staatsfeindlichkeit im Komplex erhalten, aber ihre Entfaltungsmöglichkeiten werden weiter eingeschränkt, als dies bei bloßer Koexistenz der Fall wäre.

Letztlich handelt es sich bei der Frage nach den Entwicklungstendenzen des Verhältnisses zwischen den Hauptformen des Monopolkapitals um die Frage nach den Strukturprinzipien der Organisation des Reproduktionsprozesses: Bleibt die – prinzipiell gesellschaftlich-planwirtschaftliche – Organisation der kapitalistischen Reproduktion entlang stofflich bestimmter Produktionsbereiche im Komplex eine historische Episode – wie die Bildung von Industriezweig-Konzernen und Monopolgruppen entlang stofflicher Branchen-Kriterien eine Episode blieb, die durch die allein entlang den Verwertungsprinzipien organisierte, stofflich differenzierte Finanzgruppe abgelöst wurde? Oder ist der stoffliche Imperativ, der zur Bildung von staatsmonopolistischen Komplexen führt, jetzt und in Zukunft dauerhafter und stabiler und stellt der *Strukturierung des Reproduktionsprozesses durch Verwertungsblöcke* seine Strukturierung durch *materielle Sektoren* entgegen (auch wenn in diesen immer noch die Monopole dominieren)? Wird die Frage so gestellt, dann wird auch deutlich, daß die Antwort auf sie nicht allein von objektiven Tendenzen der Produktivkraftentwicklung, sondern ebenso sehr von gesellschaftlichen Bewegungen und Kräfteverhältnissen abhängt.

4. Komplexe als Gegenstand politischer Reformstrategien

Wie alle Vergesellschaftungsformen im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist auch der staatsmonopolistische Komplex politisch eine zweiseitige Angelegenheit: Die Verflechtung des Staates – oder von Teilen des Staates – mit dem Monopolkapital – oder einzelnen Monopolen oder Monopolen – bewirkt auf der einen Seite einen Zuwachs an – staatlich-hoheitlicher – Macht und an Allgemeingültigkeitsanspruch auf seiten des privaten Monopols. Andererseits wird das private Kapital – gerade weil sein Allgemeinheitsanspruch immer wieder durch staatliche, konkret parlamentarisch

vermittelte Willensbildungsprozesse hergestellt werden muß – anfällig für die Interessen und Ansprüche der Mehrheit der Menschen, in deren Namen ja staatliche Politik im SMK erfolgt.

Die Besonderheit der staatsmonopolistischen Komplexe besteht darin, daß die Verflechtung von Staat und Monopolkapital sich unmittelbar in den Bereich der Forschung, Entwicklung und Produktion auf Feldern fortgeschrittenster Technologien erstreckt. Sie beschränkt sich nicht – wie bei anderen Formen kapitalistischer Vergesellschaftung im staatsmonopolistischen Kapitalismus – auf die permanente staatliche Regulierung ökonomischer Tätigkeit von außen im Interesse der Monopole – durch Umverteilung, Infrastruktur- oder Bildungsmaßnahmen, Finanz- oder Geldpolitik u. a. m. Sie reicht in den unmittelbaren Produktionsprozeß hinein – nicht nur als abwehrende Schutzmaßnahme wie beim Arbeitsschutz, sondern als direkte und unmittelbare Gestaltung. Welche Kommunikationsinfrastruktur hergestellt, welche Wege der Energieversorgung und Entwicklung von Luft- und Raumfahrt eingeschlagen werden, überhaupt welche Formen die Produktivkraftentwicklung annimmt – das wird nicht allein durch die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel und die Festlegung allgemeiner Rahmenbedingungen durch den Staat, sondern durch konkrete, in Kooperation mit den Monopolen erfolgende Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionstätigkeit des Staates entschieden. Diese wird damit mehr als bisher zum Feld politischer – nicht ausschließlich auf den privaten Profit bezogener – Gestaltungsmöglichkeiten. Hieraus ergeben sich prinzipiell Ansatzpunkte und Perspektiven für spezifische Reformstrategien und bei Entwicklung entsprechender Kräfteverhältnisse für antimonopolistische Weichenstellungen.

Freilich handelt es sich hier zunächst nur um theoretische Überlegungen. Wie die Beispiele des Militär-Industrie-Komplexes und des Atom-Industrie-Komplexes besonders deutlich zeigen, war die Komplexbildung in diesen Bereichen nicht mit einer Stärkung von Reformtendenzen, sondern im Gegenteil mit zunehmendem Einfluß der reaktionären Kräfte in Staat und Gesellschaft verbunden. Beim Telekommunikations-Industrie-Komplex deutet sich eine ähnliche Entwicklung durch die enge Verflechtung mit den Überwachungs- und Bespitzelungsstrategien des Staates gegenüber den Bürgern an. Die Entwicklung des zivilen Luft- und Raumfahrtkomplexes dagegen ist in seiner gesellschaftlichen Ausrichtung noch am wenigsten einseitig ausgeprägt und einigermassen offen.

Auch in den Komplexen bedeutet zunehmende Vergesellschaftung also nicht automatisch zunehmende Kontrolle durch die Gesellschaft und Ausrichtung der Komplexaktivitäten an den Interessen der Mehrheit. Dennoch eröffnen die Komplexe ein weiteres Feld des Kampfes um demokratische Gestaltung objektiv vergesellschafteter Strukturen und Entwicklungsprozesse. Dies ist um so bedeutender, als es sich um Spitzenbereiche der Produktivkraftentwicklung handelt. Den demokratischen Kräften stellt sich durch die Entwicklung von staatsmonopolistischen Komplexen die Aufgabe, Alternativen zu einer ausschließlich auf die ökonomischen Ausbeutungs- und politischen Herrschaftsinteressen ausgerichtete Entwicklung in diesen Bereichen

der Spitzentechnologie zu entwickeln. Dabei handelt es sich zunächst um Reformprogramme, in denen die spezifischen stofflichen Notwendigkeiten, Bedürfnisse und Interessen Vorrang vor den reinen Verwertungsinteressen erhalten, und der Einfluß der vorwiegend an letzteren ausgerichteten Finanzgruppen auch organisatorisch zugunsten der Komplexstruktur zurückgedrängt wird. In diesem Sinne sind Alternativprogramme zu entwickeln

– für eine *Rüstungspolitik*, die Verteidigungsfähigkeit ohne Angriffsfähigkeit gewährleistet,

– für eine *Luft- und Raumfahrtspolitik*, die sich aus der engen Verklammerung und teilweisen Überschneidung mit militärischen Zielsetzungen und Strukturen und aus der Gigantomanie löst, die der selbstauferlegte Zwang der Weltspitzenposition mit sich bringt; die sich statt dessen in eine vernünftige nationale Verkehrs-, Transport- und Kommunikationspolitik integriert,

– für eine *Telekommunikationspolitik*, die dem Bedürfnis nach erweiterter Kommunikation zwischen Menschen, Institutionen und Unternehmen entgegenkommt, ohne die Befriedigung dieser Bedürfnisse mit verstärkter individueller Kontrolle und gesellschaftlicher Überwachung und einem Schub an Rationalisierungsbedingter Arbeitslosigkeit zu verbinden,

– für eine *Energiepolitik*, die aus der Kernkraft als zivilem Energieträger schrittweise aussteigt und eine Energieversorgung weitgehend auf der Basis heimischer Energiequellen mit regenerativer Energie sichert.

In dem Maße, wie diese Reformprogramme praktisch an Kraft gewinnen und durchgesetzt werden, lassen sich aus ihnen weitergehende antimonopolistische Perspektiven entwickeln, die im Kern auf eine koordinierte gesellschaftliche Planung verschiedener Komplexfelder und damit auf die gesellschaftliche Planung eines zunehmenden Anteils der für die gesamte ökonomische und soziale Entwicklung maßgeblichen produktiven Basis hinausläuft.

Neuere Tendenzen im Monopol als finanzkapitalistischem Herrschaftsverhältnis

Caspar Schirmeister

*1. Monopoleigentum – 2. Finanzkapitalistischer Charakter des Monopols –
3. Staatsmonopolistische Komplexe*

Seit dem Erscheinen von *Lenins Hauptwerk über den Imperialismus*¹ ist der Begriff des Finanzkapitals untrennbar mit jeder marxistischen Analyse kapitalistischer Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse verbunden. Das Finanzkapital entstand aus der Entwicklung des kapitalistischen Monopols, aus dem monopolistischen Prinzip der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und ihrer Resultate nach der Macht, was vor allem bedeutet, einen möglichst hohen Anteil an kapitalistisch vergesellschaftetem Kapital zu beherrschen.

Grundlegendes Produktions- und Herrschaftsverhältnis des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium ist das Monopol. Die Verschmelzung von monopolistischem Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital, die Herausbildung und Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die mit der Internationalisierung des kapitalistischen Wirtschaftslebens verbundenen qualitativ neuen Momente des Wechselverhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen² bedeuten eine Entfaltung des Monopolprinzips auf jeweils höherer Stufenleiter.

Mit der Entwicklung des Finanzkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus und mit den auf staatsmonopolistischer Grundlage vor sich gehenden Internationalisierungsprozessen sind qualitative Veränderungen des Monopols als grundlegendem Produktions- und Herrschaftsverhältnis verbunden, die auch im einzelnen Monopol, vor allem im Konzern, sichtbar werden. Wesenszüge des Monopols, die schon *Lenin* analysierte, prägen sich weiter aus. Zugleich zeigen sich neue Momente in der Funktionsweise des Monopols, in denen zum Ausdruck kommt, daß das kapitalistische Monopol von heute ein staatsmonopolistisch geprägtes finanzkapitalistisches Monopol ist, dessen Aktionsfeld in der Tendenz die gesamten kapitalistischen Weltwirtschaftsbeziehungen sind. Alle wesentlichen ökonomischen Widersprüche und Entwicklungstendenzen des heutigen Kapitalismus kommen auch im Monopol und im Streben nach Monopolprofit zum Ausdruck.

1 W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: W. I. Lenin, Werke, Band 22, S. 189 ff.

2 Vgl. Horst Heiningler/Lutz Maier, *Internationalisierung – eine Grundtendenz der SMK-Entwicklung heute* (im vorliegenden Band).

Entscheidende ökonomische Triebkraft der Veränderung und Entwicklung des Kapitalismus seit der Entstehung des Finanzkapitals ist der monopolistische Profit. Vor allem die längerfristigen Wirkungen des widersprüchlichen Wechselverhältnisses zwischen kapitalistischem Monopol und der neuen Qualität der Produktivkraftentwicklung sowie die Wirkungen der Labilität der kapitalistischen Weltwirtschaftsbeziehungen auf den monopolistischen Profit wirken als Stimulus für die Expansion des kapitalistischen Monopols. Mit der Fähigkeit, langfristig monopolistischen Profit zu erzielen, ist auch das entscheidende Kriterium für das Monopol als finanzkapitalistisches Herrschaftsverhältnis gegeben.

Für die Realisierung des Monopolverhältnisses, d. h. der Herrschaft des Finanzkapitals, spielen abgeleitete Produktionsverhältnisse und vielfältige Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik, wie sie z. B. in der Tendenz zu staatsmonopolistischen Komplexen zum Ausdruck kommen, eine wesentliche Rolle. Ihre Analyse ist eine notwendige Voraussetzung für das Verständnis der konkreten Erscheinungsformen des finanzkapitalistischen Monopols, vor allem unter den Bedingungen des voll entfalteten staatsmonopolistischen Kapitalismus. Das Monopol geht jedoch in diesen Verhältnissen nicht auf, wird durch sie nicht abgelöst. Es bleibt auch unter heutigen staatsmonopolistischen Bedingungen, wie *Lenin* feststellte, „Kern der ganzen Sache“, grundlegendes Produktions- und ökonomisches Herrschaftsverhältnis des Kapitalismus.

1. Monopoleigentum

Für die Entwicklung des Monopols als Eigentumsverhältnis und die daraus resultierenden qualitativ neuen Züge des Monopoleigentums spielen zwei Grundbedingungen eine entscheidende Rolle. Das ist zum einen die Tatsache, daß das Finanzkapital aufgrund der Beherrschung der Zirkulationsatmosphäre die mit dem Proletarisierungsprozeß verbundene Masse der Arbeitseinkommen als monopolistisches Kapital mobilisieren kann, dessen Besonderheiten darin bestehen, daß mit diesem Kapital keine kapitalistischen Eigentumsrechte und Profitansprüche verbunden sind und daß es faktisch langfristig zur Verfügung steht.

Nur ein Beispiel für diesen Zusammenhang ist der Anteil der zu einem entscheidenden Teil aus Arbeitseinkommen bestehenden Spareinlagen an der Kapitalmobilisierung. Mit diesen Einlagen sind keine Möglichkeiten des Einflusses auf ihre Verwendung verbunden, sie werden extrem niedrig verzinst und können von den Banken und Sparkassen wie langfristiges Kapital und faktisch wie Eigenkapital angelegt werden. Allein diese eine Mobilisierungsform von Geld als monopolistisches Kapital macht aber z. B. etwa ein Fünftel aller Bankeinlagen in der BRD aus.

Die zweite entscheidende Bedingung für die qualitative Veränderung des Monopols als Eigentumsverhältnis besteht in der Rolle des kapitalistischen Staates für die Kapitalmobilisierung. In allen kapitalistischen Industrieländern werden heute allein über den Staatshaushalt zwischen einem und zwei

Dritteln des Nationaleinkommens umverteilt, wobei dies zwar die gewichtigste, aber nur eine der Formen staatlicher Kapitalmobilisierung ist. Auch hier gilt: Kapitalmobilisierung über den Staat bedeutet, daß staatlich mobilisierte Mittel, soweit sie Kapitaleigenschaft hatten, der Kapitaleigenschaft durch den Staat zunächst entkleidet, als Kapital entwertet werden, um dann dem kapitalistischen Monopol zur Verfügung zu stehen.

Beide Bedingungen bilden die Grundlage der Entwicklung einer neuen Qualität der Expansion des Monopols, d. h. einer neuen Qualität der Beherrschung gesellschaftlichen Kapitals durch das finanzkapitalistische Herrschaftskapital. Der Proletarisierungsprozeß ist also sowohl eine Voraussetzung wie Folge der sprunghaften Monopolisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte. Und ohne die Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Entwicklung des Monopols in transnationalen und internationalen Dimensionen nicht zu erklären, die wiederum einerseits neue Widersprüche und Krisenerscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus hervorbringt und andererseits als Antrieb zu dessen Weiterentwicklung wirkt.

Unter dem Aspekt des Eigentums an Produktionsmitteln unterscheidet sich die Kapitalentwertung und Kapitalmobilisierung durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus, die neuen Dimensionen finanzkapitalistischen Herrschaftskapitals ermöglicht, qualitativ von der Rolle der Arbeitseinkommen als Bedingung für die Expansion des Monopols.

Die ökonomische und politische Macht des kapitalistischen Staates führt zur Entwicklung neuer Momente des Monopols als dem vorherrschenden kapitalistischen Eigentumsverhältnis. Diese Entwicklung wird in der marxistischen Diskussion auch mit dem Begriff des staatsmonopolistischen Eigentums umschrieben. Dabei geht es darum, daß das Monopol vorherrschendes Eigentumsverhältnis bleibt, seine Aufrechterhaltung und Expansion aber u. a. in folgender Hinsicht von der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus geprägt wird und von ihr in erheblichem Maße abhängig ist:

Erstens sind das Gesamtsystem staatsmonopolistischer Regulierung, das widersprüchliche Zusammenwirken von privatmonopolistischem Kapital und Staat Voraussetzung für die Erlangung von Monopolprofit und für die Expansion des finanzkapitalistischen Herrschaftskapitals; *zweitens* führen Staatsaufträge, Subventionen und andere Formen direkter Umverteilung von Nationaleinkommen zugunsten des monopolistischen Kapitals bei entsprechendem ökonomischem Gewicht und dann, wenn sie relativ dauerhaft sind, zu direkten Quasi-Eigentumsrechten, „Beteiligungen“ des Staates an einzelnen Monopolen auch ohne das Bestehen formeller Eigentumstitel, die vielfach in einer personellen Repräsentanz von Staatsorganen in Aufsichts- und Führungsgremien von Konzernen zum Ausdruck kommen; *drittens* schließlich greifen kapitalistische Staatsorgane direkt in monopolistische Eigentumsstrukturen ein, fördern bzw. verhindern z. B. konkrete Kapitalzentralisationen, verändern diese Strukturen durch Verstaatlichungen wie durch Privatisierungen etc., beeinflussen dadurch die Monopolstrategien und schaffen damit spezifische Bedingungen für die Wechselwirkung von Monopolen und Staat.

Es geht dabei also darum, daß die Verschmelzung von Monopol- und

Staatsmacht im staatsmonopolistischen Kapitalismus in dem Maße, in dem sich der staatsmonopolistische Kapitalismus entwickelt, auch zu qualitativ neuen Zügen des monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisses führt. Diese Tendenz setzt sich mit der Entstehung internationaler staatsmonopolistischer Regulierungsmechanismen weiter fort, wobei Grundlage und Ausgangsbasis für die Entwicklung des Monopoleigentums als staatsmonopolistisches für absehbare Zeit noch die internationale Entwicklung des Wechselverhältnisses von Monopolen und Staat bleiben dürfte.

Im übrigen vollzieht sich die Entwicklung des monopolistischen Eigentums als staatsmonopolistisches differenziert und widersprüchlich. Diese generelle Entwicklungstendenz bedeutet also weder, daß ökonomisch oder politisch Unterschiede zwischen verschiedenen Formen dieses Eigentums, z. B. zwischen Staatseigentum und Privatunternehmen, ihre Bedeutung völlig verlieren, noch bedeutet dies, daß unterschiedliches Ausmaß und unterschiedliche Intensität der Wechselbeziehungen konkreter Monopole mit dem kapitalistischen Staat bzw. auch mit bestimmten Staatsorganen von geringer Bedeutung wären.

Staatsmonopolistisches Eigentum bleibt im Sinne des Gegensatzes zu gesamtgesellschaftlichem kapitalistisches, privates Eigentum. Mit dem staatsmonopolistischen Eigentum sind Konkurrenz und Rivalität auf höherer Stufenleiter verknüpft. Exponenten der Monopole setzen im Interesse der Expansion der von ihnen repräsentierten Monopolmacht auf bestimmte politische Strategien und auf Verbindungen zu den entsprechenden politischen Kräften, nutzen diese Verbindungen als staatsmonopolistische Instrumente der Konkurrenz und Rivalität gegenüber anderen Monopolen und dem Finanzkapital anderer Länder. Das führt auch zu einer Vertiefung der Widersprüche zwischen konkurrierenden Zielen staatlicher Politik, zu einer Verschärfung von Widersprüchen und Konflikten zwischen verschiedenen Teilen des kapitalistischen Staatsapparats und deren Exponenten.

Die Entwicklung staatsmonopolistischen Eigentums als widersprüchliche und inadäquate Anpassung an den gesellschaftlichen Charakter der Produktion bedeutet also zwangsläufig auch die Entwicklung neuer Elemente der Labilität des kapitalistischen Staates. Potenziert wird diese Labilität noch durch die Tendenz zu staatsmonopolistischen Komplexen, insbesondere die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes.

2. Finanzkapitalistischer Charakter des Monopols

Mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird die Verschmelzung von monopolisiertem Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital weiter vorangetrieben und die Erfassung aller Kapitalanlagesphären durch das Finanzkapital vertieft.

Diese Verschmelzung führt zu einer neuen, finanzkapitalistischen Qualität des Monopols. Das heute typische, konkrete finanzkapitalistische Monopol – z. B. in Form des Konzerns – ist ein Monopol internationaler Dimension. Es agiert in verschiedenen Kapitalanlagesphären, trägt immer mehr zugleich die

Züge eines Bank- und Produktionsmonopols bzw. eines Bank-Produktions- und Marktmonopols, bezieht das Monopol am Grundeigentum ein und realisiert dementsprechend zugleich monopolistischen industriellen und Bankprofit, Unternehmergewinn und Zins, Grundrente und kommerziellen Profit. Es paßt seine internationale Struktur den unterschiedlichen Profitbedingungen in verschiedenen Ländern an, in denen es mit der Macht des Staates auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlicher Intensität verflochten ist und nutzt einen breiten Fächer entsprechender komparativer Profitvorteile.³ Damit treibt es sowohl die Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung im nationalen Maßstab sowie auf internationaler Ebene voran und wirkt auch als Faktor ihrer erhöhten Widersprüchlichkeit und Labilität.

Die finanzkapitalistische Verschmelzung ist also heute auch eine funktionelle. So zieht z. B. eine Monopolbank auf der Grundlage von Beteiligungen, Kreditbeziehungen, maßgeblichem Einfluß auf das Emissionsgeschäft etc. auch Unternehmerfunktionen des industriellen Kapitals an sich heran, woraus sich auch ihr Anspruch auf einen Teil des Unternehmergewinns begründet. Die *funktionelle Verschmelzung* bedeutet keine generelle Aufhebung der Spezifik konkreter Monopole in verschiedenen Kapitalanlagesphären. Vielmehr hat sich mit der Zunahme dieser Tendenz auch der Konkurrenzkampf um die Erhaltung und den Ausbau von Monopolpositionen, die sich auf bestimmte Sphären stützen, verstärkt. So führte z. B. die mit der Expansion der internationalen Kapitalmärkte und der Entwicklung sog. „Finanzinnovationen“ verbundene Tendenz zur Ausweitung und relativen Verselbständigung der Finanztransaktionen von Industriekonzernen oder die Entwicklung von Handelskonzernen zu sog. Finanz-Supermärkten dazu, daß Bankmonopole neue Strategien entwickelten, um ihre Domänen zu erhalten und weiter auszubauen.

Grundsätzlich handelt es sich jedoch bei der funktionellen Verschmelzung um eine Tendenz, die sich weiter fortsetzt und deren Kern im Streben jedes kapitalistischen Monopols nach der Erlangung von Schlüsselstellungen bei der Beherrschung des gesamten Kreislaufs, nach Realisierung als Herrschaftskapital, als Finanzkapital besteht. Für die Realisierung als Herrschaftskapital reicht in aller Regel die Beherrschung einer Kapitalanlagesphäre nicht mehr aus. Außerdem sind stabile Verflechtungen mit dem kapitalistischen Staat eine Grundbedingung dafür.

Mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seines widersprüchlichen Wechselverhältnisses zur Entwicklung der Produktivkräfte vollziehen sich zudem längerfristige Verschiebungen der Bedeutung verschiedener Kapitalanlagesphären für die Realisierung des Finanzkapitals. Hinzu kommen mittel- und kurzfristige Verschiebungen, wie sie z. B. im unterschiedlichen Gewicht etwa von Kredit oder Aktie in verschiedenen Phasen der Wirtschaftsentwicklung deutlich werden.

Zu den langfristigen Prozessen gehört, daß für die Realisierung der Funktion als Herrschaftskapital die Monopolisierung von Herrschaftswissen, von

3 Umfassend dazu: Autorenkollektiv, Internationale Monopole, Berlin 1978.

strategierelevanten Informationen auf politischem, ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und auch militärischem Gebiet wachsende Bedeutung gewinnt. Mit der Entwicklung der elektronischen Informationsspeicherung, -verarbeitung und -übertragung haben sich dafür Möglichkeiten in einer Breite und Qualität herausgebildet, die sich kaum noch mit der von *Lenin* analysierten Rechnungslegung und Kontrolle im gesamtgesellschaftlichen Maßstab durch die Monopolbanken seiner Zeit vergleichen lassen.⁴ Für die Entwicklung dieser gefährlichen Tendenz, die nationale und internationale finanzkapitalistische Herrschaft auf immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausdehnt und sie zugleich weiter anonymisiert, ist die Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht und die Tendenz der Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine wesentliche Voraussetzung, weil sie dem finanzkapitalistischen Monopol den Zugang und die Verfügung über staatlich zentralisiertes und kontrolliertes Herrschaftswissen ermöglicht.

Nicht zufällig sehen international agierende Monopolbanken wie z. B. die eng mit der *Reagan*-Administration und dem Geschäft mit der amerikanischen Staatsverschuldung verbundene Citybank Investitionen in die Sammlung, Verarbeitung und Übertragung von strategischen Informationen der verschiedensten Art als Hauptvoraussetzung nicht nur für die nationale und internationale Expansion des eigenen Bankgeschäfts, sondern als Monopol auf dem Gebiet der Informationsdienstleistungen an, durch das andere Kapitale in dauerhafte Abhängigkeit gebracht werden können. Auch die verschiedenen Formen internationaler Kooperation von Monopolen und zwischenstaatlichen Institutionen sind vor diesem Hintergrund zu sehen.

Die Monopolisierung von strategischen Informationen wird immer mehr zu einer Grundvoraussetzung für die Erlangung von Monopolprofit. Das gilt für die Monopolisierung neuester Ergebnisse der Entwicklung von Wissenschaft und Technologie als Produktivkraft ebenso wie z. B. für die Monopolisierung von politischem Herrschaftswissen und die Monopolisierung auf dem Feld der Massenkommunikation. Diese Prozesse beginnen, sich auf völlig neuer Stufenleiter im internationalen Maßstab zu entwickeln, was die monopolistische Entwicklung internationaler Übertragungssysteme einschließt. Zunächst sind damit Anlagemöglichkeiten für sonst relativ überschüssiges Kapital in erheblichen Größenordnungen verbunden. Ausmaß und Langfristigkeit dieser Investitionen können nur von besonders finanzstarken Konzernen und mit entsprechender staatlicher Förderung aufgebracht werden.

Die Informationsmonopolisierung in ihren verschiedenen Spielarten wird deshalb sowohl im Bereich „klassischer“ Informations- und Kommunikationsunternehmen wie der sich mit Wissenschaft und Technik entwickelnden neuen Bereiche der Informationsspeicherung, -verarbeitung und Übertragung zu einem wesentlichen Kristallisationskern des Monopolisierungsprozesses überhaupt. Damit ist auch eine Verschärfung internationaler staatsmonopolistischer Konkurrenz und Rivalität, daraus resultierender Konflikte und erheb-

⁴ Vgl. W. I. Lenin, a.a.O., insbesondere die Abschnitte II, S. 214 ff. – darunter S. 220 ff. – und III, S. 229 ff.

licher Vergeudung von gesellschaftlicher Arbeit verbunden. Der heute bereits von kapitalistischen Konzernen und Regierungen geführte „technologische Krieg“ auch zwischen miteinander verbündeten kapitalistischen Staaten ist ein Ausdruck dafür. Er dürfte aber nur ein Vorgeschmack dessen sein, was mit der internationalen Anwendung des heute bereits technisch Möglichen durch jene wenigen Großkonzerne und Staaten, die dazu in der Lage sind, noch bevorsteht. Was zu einem Instrument gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter weltweiter Arbeitsteilung, Kooperation und Kommunikation werden könnte, kann – finanzkapitalistisch zentralisiert – zu einem Instrument der Potenzierung von Ungleichheit und Abhängigkeit werden.

Die in der Entwicklung *finanzkapitalistischer Informationsmonopole* zum Ausdruck kommende Tendenz der Kontrolle neuester Entwicklungsrichtungen der Produktivkräfte bereits in einem relativ frühen Stadium wird auch auf weiteren Gebieten deutlich, z.B. in der Entstehung von sog. Technologie-Konzernen, der Schaffung von Innovationszentren und Technologie-Parks usw. Bei der letztgenannten Entwicklung ist zudem der staatsmonopolistische Charakter dieses Prozesses besonders augenfällig.

Insgesamt stellen diese Prozesse eine entscheidende Form dar, in der über die finanzkapitalistische Konzentration und Zentralisation von Eigentum und Macht Zwänge der Produktivkraftentwicklung zur Veränderung nationaler und internationaler Wirtschaftsstrukturen in kapitalistisch verzerrter Form in Veränderungen der Monopolstrukturen zum Ausdruck kommen.

3. Staatsmonopolistische Komplexe

Die Expansion des Monopols und die finanzkapitalistischen Monopolstrukturen werden entscheidend von Qualität und konkreten Erscheinungsformen des widersprüchlichen Wechselverhältnisses von Staat und Monopolen auf nationaler und internationaler Ebene, von der Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung auf diesen Ebenen geprägt. Mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus erlangt das Monopolprinzip der „Teilung nach der Macht“, der Herrschaft und Gewalt eine neue Qualität.⁵ Bei der Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht handelt es sich um ein vielschichtiges aktives Wechselverhältnis, das sowohl in der ökonomischen Basis wie im politischen Überbau tiefgreifende Veränderungen hervorruft. In diesem Zusammenhang spielt der Begriff der staatsmonopolistischen Komplexe – etwa des Agrar-Industrie- oder des militärisch-industriellen Komplexes – in der marxistischen Diskussion eine Rolle. Mit ihm soll die Spezifik der Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht zwischen bestimmten monopolisierten Produktionsbereichen bzw. Kapitalanlagesphären und bestimmten Bereichen des Staatsapparats bzw. bestimmten Kräften des politischen Herrschaftssystems tiefer erfaßt werden.

Die Schlüsselfrage in diesem Zusammenhang ist die nach der eindeutigen Bestimmung von Platz und Triebkräften des militärisch-industriellen Komple-

⁵ Ebenda, S. 211.

xes im heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus, weil sie eng mit der Frage der Möglichkeiten zur Sicherung der menschlichen Existenz auf dem Wege der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung und der Zurückdrängung jener Kräfte verbunden ist, die durch einen Kurs des Strebens nach militärischer Überlegenheit und der „Politik der Stärke“ die Zukunft der Menschheit bedrohen. Hochrüstung als ökonomische Grundlage des militärisch-industriellen Komplexes ist zugleich auch eine der gravierendsten Erscheinungen von Parasitismus und Fäulnis des heutigen Kapitalismus. Mit dem Begriff des militärisch-industriellen Komplexes werden reale Tendenzen in Politik und Ökonomie des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus beschrieben, die auf politischem Gebiet die Machtzentralisation zugunsten einer kleinen Schicht derer, die das Finanzkapital repräsentieren, vorantreiben und politische Rechte und Freiheiten weiter aushöhlen.

Die weitere Untersuchung und entsprechende wissenschaftliche Diskussionen über den Begriffsinhalt des militärisch-industriellen Komplexes und auch über die Grenzen dieses Begriffs sind von besonderer Bedeutung, weil es dabei letztlich darum geht, mit den Hindernissen und Gegenteilstendenzen die Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte exakter und differenzierter zu erfassen, die dafür vorhanden sind, unter den Bedingungen des Nebeneinanderbestehens von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung die treibenden Kräfte des Konfrontations- und Hochrüstungskurses zurückzudrängen, diese gefährliche Tendenz zu stoppen und schließlich umzukehren, friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit durchzusetzen.

Betrachtet man die Genesis und den Stellenwert des Problems des militärisch-industriellen Komplexes, so erfordert es m.E. weitere Überlegungen, wie weit diese reale Tendenz mit dem Instrumentarium der Politischen Ökonomie und wie weit sie nur politisch adäquat erfaßt werden kann. Je mehr die finanzkapitalistische Eigentums- und Machtzentralisation fortschreitet, je mehr damit das einzelne Monopol verschiedene Kapitalanlagesphären, verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßt, desto mehr treten unterschiedliche Tendenzen und Widersprüche innerhalb des Finanzkapitals auch im einzelnen Monopol in Erscheinung. Zwischen den Erfordernissen der Entwicklung unterschiedlicher Kapitalanlagesphären bestehen objektive Widersprüche, die auch innerhalb eines Monopols in unterschiedlichen Konzepten und Strategien zum Ausdruck kommen müssen. Dabei spielt natürlich auch der subjektive Faktor eine Rolle, und es wäre sicher vereinfacht, solche konzeptionellen Unterschiede unter Exponenten ein- und desselben Monopols direkt aus dessen Kapitalanlagesphäre herzuleiten oder verschiedene strategische Vorstellungen über mögliche Expansionsrichtungen eines Monopols immer personifizieren zu wollen. Das kapitalistische Monopol ist vor allem ein einheitliches Produktionsverhältnis, dessen innere Widersprüchlichkeit nicht bedeutet, daß man es einfach als Summe seiner einzelnen Bestandteile auffassen könnte. Das gilt auch für das einzelne konkrete Monopol, z. B. in der Form des Konzerns, dessen Ziel die langfristige höchstmögliche Verwertung aller seiner Bestandteile in dem Sinne ist, daß sich das monopolistische Gesamtkapital höchstmöglich verwertet.

Diese Einheit des Monopols in ihrer Widersprüchlichkeit ist auch bei Überlegungen zu staatsmonopolistischen Komplexen zu berücksichtigen, mechanische Zuordnungen konkreter Monopole zum militärisch-industriellen Komplex bergen die Gefahr in sich, das Monopol als grundlegendes Produktionsverhältnis nicht gebührend zu beachten. Das gilt sowohl dann, wenn alle an der Produktion für die Hochrüstung beteiligten Konzerne dem militärisch-industriellen Komplex zugerechnet werden, wie auch dann, wenn versucht wird, sie nur in Höhe ihres Rüstungsanteils diesem Komplex zuzurechnen.

Die Widersprüche zwischen realistischeren, nüchterneren Konzepten, in denen eine bestimmte Fähigkeit und z. T. auch Bereitschaft zum Eingehen auf Beziehungen der friedlicheren Koexistenz zum Ausdruck kommt und Konzepten der Konfrontation und des Strebens nach militärischer Überlegenheit gehen quer durch das Finanzkapital und durch das Monopol. Widersprüchliche ökonomische Interessen sind *eine* Grundlage dafür. Zugleich spielen aber politische und ideologische Faktoren eine eigenständige Rolle, darunter auch Einsichten in die Realitäten des Nuklearzeitalters und des internationalen Kräfteverhältnisses. Deshalb sind diese Faktoren bei der Analyse einer derart vielschichtigen Erscheinung wie der Entwicklungstendenz des militärisch-industriellen Komplexes ebenso zu berücksichtigen wie die Spezifik des politischen Herrschaftssystems insgesamt und soziologische Faktoren.

Ohne den inneren Zusammenhang der verschiedenen Tendenzen der Rüstung zu negieren, ist es auch von Belang – vor allem vom Standpunkt der langfristigen ökonomischen wie politischen Konsequenzen – als erstrangiges Kriterium vor allem die Interessen und Ziele hinsichtlich der gefährlichsten, am stärksten destabilisierend wirkenden Tendenzen der Hochrüstung zu bestimmen. Qualitative Aspekte der Rüstung können nicht unberücksichtigt bleiben.

Das finanzkapitalistisch geprägte kapitalistische Monopol in seiner heutigen internationalen Dimension, seiner Vielzweigstruktur, dessen Eigentumsbasis staatsmonopolistischen Charakter trägt, ist das grundlegende Produktionsverhältnis und in Gestalt der konkreten einzelnen Monopole das grundlegende Strukturelement der heutigen kapitalistischen Ökonomie. In ihm ist der ökonomische Ausgangspunkt für die Herausbildung der Tendenz zu staatsmonopolistischen Komplexen zu sehen. Deshalb bildet zu Recht die Analyse des Monopols auch den ökonomischen Ausgangspunkt für die Untersuchung der historischen Überlebtheit, der Widersprüche und der daraus folgenden Möglichkeiten und Grenzen einer Anpassung des Kapitalismus an veränderte historische Gegebenheiten.

Das Finanzkapital – mehr als eine soziologische Kategorie

Zum ökonomischen Inhalt eines politökonomischen Begriffs am Beispiel der Internationalisierung des Finanzkapitals

Angelina Sörgel

1. Zum Begriff – 2. Die Internationalisierung: Exporte und Exportfinanzierung – 3. Die Internationalisierung: Entwicklung im Bankensektor – 4. Plethora von Geldkapital oder Machtzuwachs des internationalen Finanzkapitals

1. Zum Begriff

Zur Einführung seien zwei Beispiele geschildert:

Erstens: Zum 1. 7. 1986 haben die Vorstandsmitglieder von Siemens und Bosch den Aufsichtsrat von Daimler-Benz verlassen: durch den Erwerb von MTU, Dornier und AEG ist der bisherige Automobilkonzern zum Konkurrenten der beiden Unternehmen auf dem Gebiet der Rüstungstechnologie, der Motorelektronik und der Kommunikationstechnologie geworden. Fast zur gleichen Zeit wurde Siemens von Bosch durch die Wahrnehmung eines Vorkaufsrechts gehindert, das Unternehmen Pierburg zu erwerben, das Siemens den Einstieg in die Motorelektronik erleichtert hätte. Alle drei Unternehmen gehören zum engeren Kern der Finanzgruppe Deutsche Bank.

Zweitens: Vor anderthalb Jahren legte die Deutsche Bank einen Sparplan mit angeschlossenem Versicherungsschutz auf, die anderen privaten Großbanken folgten mit identischen Angeboten. Die Gruppe Allianz/Münchener Rückversicherung, größter Versicherungskonzern der BRD und ebenso reich wie die Deutsche Bank, baute im Gegenzug ihren Konzern so um, daß sie durch den Wegfall versicherungsrechtlicher Beschränkungen vermehrt industrielle Beteiligungen erwerben kann: Die Marktaufteilung wird neu geordnet. Auch die Allianz wird dem Kern der Deutschen Bank zugerechnet.

Der Begriff des Finanzkapitals schließt die Konkurrenz nicht aus, ebenso wenig wie das Monopol. Aber auch die Finanzgruppe ist offenbar keine einmal gefundene Organisationsstruktur verschiedener Monopolgruppen mit gemeinsamen Interessen, die, gruppiert um eine Bank, gegeneinander den Konkurrenzkampf führen. Verändert sich das ökonomische Milieu, in dem die Gruppen agieren, stagnieren alte und entwickeln sich neue Märkte, wie in den obigen Beispielen, entsteht auch die Konkurrenz innerhalb der Gruppe wieder neu, und die marxistische Wissenschaft muß den pflichtgemäßen Kotau

vor den Grundgesetzen der Produktionsweise durch die lebendige Analyse einer sich verändernden Realität ersetzen.

Der Begriff des Finanzkapitals ist aber auch mehr als nur die Summe der Verflechtungen zwischen Bank-, Industrie- und Handelsmonopolen. Sie nachzuweisen, ist schwierig genug: Kapitalbeteiligungen spielen in der BRD nur eine untergeordnete Rolle, über das Depotstimmrecht besteht keine Veröffentlichungspflicht, Kreditbeziehungen fallen unter das Bankgeheimnis. Was ermittelt werden kann, sind die Aufsichtsrats- und Beiratsmandate, und die Finanzgruppen werden in der Regel empirisch nach dem Grad der Personalunion definiert.¹

Das ist ein erster und grundlegender Schritt. *Hilferdings* Definition des Finanzkapitals „Kapital in der Verfügung der Banken und der Verwendung der Industriellen“ wird aber von *Lenin* als „unvollständig“ bezeichnet: Es fehle ihm „der Hinweis auf eins der wichtigsten Momente, nämlich auf die Zunahme der Konzentration der Produktion und des Kapitals in einem so hohen Grad, daß die Konzentration zum Monopol führt und geführt hat.“²

Frei interpretiert: Inhalt des Finanzkapitals müssen gemeinsame *ökonomische Verwertungsstrategien* der beteiligten Monopole sein, die über die allgemeinen Klasseninteressen im Verhältnis Lohnarbeit – Kapital hinausgehen.

Aus dem Charakter der Bankgeschäfte ergibt sich zugleich, daß es keine ganz spezifischen, einzelkapitalistisch geprägten Konkurrenzinteressen sein können: „...Mit Entwicklung der großen Industrie (wird) das Geldkapital mehr und mehr, soweit es auf dem Markt erscheint, nicht vom einzelnen Kapitalisten vertreten, dem Eigentümer dieses oder jenes Bruchteils des auf dem Markt befindlichen Kapitals, sondern (es tritt) als konzentrierte, organisierte Masse auf, die ganz anders als die reelle Produktion unter die Kontrolle der das gesellschaftliche Kapital vertretenden Bankiers gestellt ist.“³

Die wesentliche Strategie im Kapitalismus der BRD ist in den letzten 10 Jahren die Internationalisierung. Auf sie trifft zu, daß sie dem überwiegenden Teil des monopolistischen Kapitals gemeinsam ist und den größten Teil des nicht-monopolistischen aufgrund seiner Binnenstruktur benachteiligt; auf sie trifft zu, daß sie in Kooperation von Industrie- und Bankmonopolen entwickelt und durchgesetzt wird: Verwertungsstrategien von Industrie- und Bankmonopolen für ihren jeweils eigenen Bereich stehen in einem Wechselverhältnis zueinander, beeinflussen und verstärken sich gegenseitig und münden in eine gemeinsame finanzkapitalistische Strategie.

Die Konsequenz dieser These ist nicht nur begrifflicher Art, sondern hat auch enorme praktische Bedeutung bei der Einschätzung der Stabilität des internationalen Banksystems.

1 Vgl. z. B. Hans Tammer, *Monopole, Profite, Ausbeutung*, Berlin (DDR) 1983, S. 121 ff. oder Hermannus Pfeiffer, *Das Netzwerk der Großbanken*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2/86, S. 161 ff. sowie ders. im vorliegenden Band.

2 W. I. Lenin, *der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: LW 22, S. 229 f.

3 Karl Marx, *Das Kapital*, Band III, in: MEW 25, S. 381.

2. Internationalisierung: Exporte und Exportfinanzierung

Exporte der Industrie

Es ist bekannt, daß die BRD ein außerordentlich exportabhängiges Land ist, eine Stellung, die sich seit 1983 noch einmal vertieft hat: beinahe zwei Fünftel des BSP entfielen 1985 auf den Export, für 13,6 Mrd. DM wurden Direktinvestitionen getätigt.

Fast die Hälfte des Warenexports geht in die EG-Länder (47,4 %), ein weiteres Fünftel in andere europäische Länder (19,9 %) und ein gutes Zehntel nach USA und Kanada (11,4 %). Nur 12,4 % werden in die Länder der sog. dritten Welt exportiert.⁴ Die Verteilung des Kapitalexports, der häufig dem Warenexport als „Brückenkopf“ folgt, entspricht dieser Struktur. Einzig die Kfz-Industrie hat mit ca. 40 % ihrer Direktinvestitionen einen höheren Anteil in den Entwicklungsländern.

Tabelle 1: Verteilung von Export und Direktinvestitionen auf fünf Branchen

Branchen	Exportanteil in v. H. 1985	Direktinvest.- anteil in v. H. (1985)	Konzentrations- grad [Anteil der 6 größten am Umsatz] (1981)
1. Straßenfahrzeugbau	17,1	9,8	64,4
2. Chemische Ind.	13,9	30,4	40,4
3. Elektrotechn. Ind.	10,1	6,4	41,6
4. Eisensch. Ind.	4,7	0,5	62,4
5. Maschinenbau	14,7	2,7	11,5
Summe	60,3	49,9	-

Quellen: WiSta 3/86; Bundesanzeiger; Monopolkommission HG V

Die Exporte ebenso wie die Direktinvestitionen konzentrieren sich auf wenige Wirtschaftszweige: 5 Branchen ziehen drei Fünftel des Exports und die Hälfte der Direktinvestitionen auf sich. Bis auf den Maschinenbau, der sehr unterschiedliche Teilmärkte vereint, sind diese Branchen hochkonzentriert. Die führenden Konzerne der BRD gehören auch zu den größten Exporteuren. So machte der aus Export und Auslandsproduktion gespeiste Auslandsumsatz bei diesen Konzernen 1984 folgende Anteile des Gesamtumsatzes aus: Bayer – 78,6 %, Hoechst – 75,3 %, VW – 67,9 %, Daimler-Benz – 66,3 %, BASF – 60,7 %, Siemens – 51,0 %, Thyssen – 51,0 %, BMW – 73,0 %, Mannesmann – 68,0 %, Bosch – 53,0 %, Krupp – 46,0 %.⁵

⁴ Wirtschaft und Statistik 2/86; Bundesanzeiger.

⁵ Nach den Geschäftsberichten 1984/85.

Außenhandelsfinanzierung durch die Banken

Es wäre ein Irrtum zu glauben, die Exporte seien allein private Verwertungsstrategie der Industrie; tatsächlich findet kein Außenhandelsgeschäft ohne das Dazwischentreten einer Bank statt, die durch ein entwickeltes System von Garantien, Bürgschaften und Finanzierungen einen Teil ihrer Provisions- und Zinseinnahmen ebenfalls auf diese Geschäfte zurückführt. Dabei hat die Finanzierung des Warenexports in den letzten 20 Jahren bedeutende Veränderungen erlebt⁶: in den 60er Jahren überwog noch die *Importfinanzierung*, seit den 70er Jahren setzt sich die *Exportfinanzierung* durch, bei der der Exporteur dem Importeur einen Lieferantenkredit zur Verfügung stellt. Diesen kommerziellen Kredit refinanziert er seinerseits, z. B. durch Abtreten der Auslandsforderung an eine Bank.

Sind hier die Banken schon stärker über Bürgschaften und Garantien hinaus in die Finanzierung der Exportgeschäfte mit einbezogen, so gilt das noch mehr für die relativ *neuen Finanzierungsformen* des *Factoring* und der *Forfaitierung*: Beide Formen, die eine im kurzfristigen, die anderen im langfristigen Geschäft, laufen darauf hinaus, daß die gesamte Forderung gegenüber einem Importeur an ein Geldinstitut verkauft wird. Beim Factoring bleibt das Risiko noch beim Exporteur, beim Forfaitieren geht sie völlig auf das Institut über.⁷ Der Exporteur verlagert damit das Kreditrisiko auf die Bank und erhöht, da er nicht mehr die Rückzahlung abwarten muß, seine Liquidität. Er zahlt zwar relativ höhere Zinsen – hier liegt der Vorteil für die Institute –, aber zu einem festen Satz und über eine bestimmte Laufzeit, so daß er mit festen Größen kalkulieren kann. Auf einer ähnlichen Ebene liegt das *internationale Leasing*, das ebenfalls in den letzten Jahren an Marktanteilen dazugewonnen hat.

Den wirtschaftlichen Hintergrund der Entwicklung dieser arbeitsteiligen Formen der Exportfinanzierung, die den Banken eine noch größere Rolle zuweisen, bildete die Ost-West-Entspannung und der verstärkte Export in die Entwicklungsländer in den 70er Jahren: diese stellten potentielle Kunden für die exportorientierte Industrie dar, deren Zahlungsfähigkeit sich aber erst im Maßstab der Rentabilität der getätigten Investitionen einstellen würde. (Ende der 70er Jahre kam in diesem Zusammenhang die Projektfinanzierung auf: internationale Konsortien verschiedener Großbanken mobilisierten gemeinsam Kapital, bei denen kein Zins festgesetzt wird, sondern die Zahlungsmodalitäten mit dem zu erwartenden cash flow und dem return on investment (also den geplanten Gewinngrößen) abgestimmt werden. Bei dieser Form verwischen sich die Grenzen zwischen industrieller und finanzieller Verwertungsstrategie.)

Daß es sich bei der Verselbständigung der Finanzseite als Voraussetzung einer Arbeitsteilung zwischen industriellem und Geldkapital nicht um eine völ-

6 Vgl. W. Guth, Entwicklungslinien des internationalen Bankgeschäftes, in: Die Bank, 7/83, S. 300 ff.; Jürgen Capell, Axel Swinne, Internationales Kredit-Management, Frankfurt/Main 1981.

7 Capell/Swinne 1981; U. Freitag, Damit der Exporteur nicht zum Finanzier wird, in: Betriebs-WirtschaftsMagazin, 5/85, S. 25 ff.

lig gradlinige Entwicklung handelt, ist durch die Verschuldungskrise offensichtlich geworden. In Reaktion darauf wurde einmal versucht, möglichst billige Kredite zu bekommen, so daß mehr und mehr auch für die Kreditierung des Warenhandels im Importgeschäft ungebundene Finanzkredite auf dem Euromarkt aufgenommen wurden, möglichst auf rollover-Basis – d. h. mit variablen Zinssätzen. Zum anderen verlängern sich die Zahlungsziele, und schließlich nehmen inzwischen die sog. „barter“-Geschäfte zu: die Devisenknappheit der Schwellenländer läßt sie zu Tauschgeschäften auf Gegenseitigkeit greifen: der Irak tauscht mit Brasilien Erdöl gegen Eisengußrohre (1985) oder VWs (100 000 in 2 Jahren/1984), Nigeria tauscht Öl gegen Maschinen und Ersatzteile, und von den Schwellenländern in Fernost heißt es, sie würden die Hälfte ihrer Außenhandelsumsätze im Rahmen von Kompensationsgeschäften tätigen.⁸ Nach Aussagen des führenden Spezialisten auf diesem Gebiet – dem Bremer Unternehmer *Schulz* – liegt der Anteil am internationalen Handel bei 30 %.⁹ Da dies u. a. Geschäfte sind, auf die sich verschiedene RGW-Länder aus entwicklungspolitischen Gründen einlassen, wird die Exportfinanzierung auch als Teil des internationalen Wettkampfs um die Weltmärkte wichtiger: „Im Export hat sich die Konkurrenz von der Ebene der Produkte und Preise offensichtlich auf die Ebene der Finanzierung verlagert.“¹⁰ Die Rolle der Banken als Spezialisten der Außenhandelsfinanzierung gewinnt damit weiter an Bedeutung.

Multinationale Konzerne und „global banking“

Noch stärker als der Außenhandel hat sich die Internationalisierung der industriellen Monopole in Form des Kapitalexports auf die Banken ausgewirkt: eine relativ kleine Zahl multinationaler Unternehmen hat eine finanzielle Hebelwirkung auf die Geschäftspolitik der Großbanken ausgeübt.

Multinationale Strategien der führenden Industriekonzerne erforderten die Präsenz auf den internationalen Finanzmärkten und stellten Anforderungen an Finanzierungen und andere Dienstleistungen, die die Kapazitäten einzelner Banken und nationaler Finanzplätze übertrafen. 1975 verfügten die US-Banken über 762 Auslandsfilialen, die BRD-Banken über 13¹¹ und damit auch in europäischem Vergleich über unterdurchschnittlich wenig. Während das gegenüber England, Frankreich und den Niederlanden vor allem auf die fehlenden kolonialen Traditionen und den Rückzug aus dem Auslandsgeschäft nach dem 2. Weltkrieg zurückging, mangelte es im Vergleich mit den USA auch an Finanzkraft – 1970 hatten die Bank of America, die Chase Manhattan und die Citicorp eine gemeinsame Bilanzsumme von knapp 80 Mrd. US-\$, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank und die WestLB etwas

8 Handelsblatt v. 25. 9. 85, S. 12.

9 Handelsblatt v. 19. 6. 86, S. B 4.

10 Handelsblatt v. 23. 4. 85, S. 9

11 Ursel Steuber, Internationale Bankenkooperation, Deutsche Banken in internationalen Gruppen, Frankfurt/ Main 1977, S. 55.

über 30 Mrd. US-\$¹² – und Spezialkenntnissen. In einer Interviewstudie zur internationalen Finanzierung erwähnt ein BASF-Manager noch 1980, daß mehr als die Hälfte der Finanzverbindungen des Konzerns zu ausländischen Banken bestünden.¹³

Anforderungen der Industriekonzerne an die internationale Finanzierung ergeben sich vor allem aus dem Bedürfnis, Währungsunterschiede auszunutzen bzw. sich dagegen abzuschirmen und Managementsysteme zu entwickeln, die die finanziellen Aktivitäten innerhalb des Gesamtkonzerns zusammenfassen, steuerbar machen und zudem möglichst kostengünstig sind.

Im laufenden Geschäft ebenso wie bei der Repatriierung der Gewinne kann durch „hedging“ und „swapping“ das Währungsrisiko ausgeschaltet und aus den Kursdifferenzen mit einigem Glück noch Gewinne gezogen werden¹⁴: – Beim „hedging“ werden zwischen die Warengeschäfte Kreditgeschäfte geschaltet. Z. B. erwartet ein US-Multi innerhalb von 90 Tagen einen Exporterlös in Gulden, von denen eine baldige Aufwertung angenommen wird. Daraufhin nimmt das Unternehmen in Amsterdam einen Kredit in Höhe des Exporterlöses auf, wandelt ihn zum Tageskurs in Dollar um und legt ihn an. Mit dem Exporterlös wird dann der Kredit zurückgezahlt. Der Gewinn liegt in der Differenz zwischen der Rendite der Anlage und dem Verlust durch die Aufwertung. Eine andere Möglichkeit besteht in dem Abschluß eines Vertrages, in dem das erwartete Austauschverhältnis in 90 Tagen zugrunde gelegt wird. Ist die Frist länger, werden mehrere dieser 3-Monats-Geschäfte unternommen.

– Beim „swapping“ durch Unternehmen wird auf den Transfer in das Mutterland mit harter Währung verzichtet; z. B. finanziert sich das Tochterunternehmen in der ausländischen Währung mit Hilfe einer multinationalen Bank: ein US-Unternehmen mit einer seiner Töchter in Columbien z. B. macht eine Dollar-Einlage bei der amerikanischen Niederlassung einer columbianischen Bank. Die Mutterbank in Columbien zahlt aus ihren vorhandenen Peso-Beständen einen Kredit an die Tochter des US-Unternehmens. Der US-Konzern kommt damit in den Genuß billigen Geldes, und die Bank erfährt eine Erweiterung ihres Devisenbestandes, den sie im internationalen Geschäft gewinnbringend anwenden kann. Zum verabredeten Zeitpunkt werden die Original-Dollar- und Pesobeträge zurückgezahlt.

Die besonderen Serviceleistungen der Finanzorganisationen gehen bis an den Rand der Wirtschaftskriminalität: wenn die Abwertung einer schwachen Währung mit der Inflation nicht Schritt hält – und das kann sie in der Regel nicht, weil das zu große Devisenverluste bedeuten würde – beinhaltet die Repatriierung der Gewinne immer einen weiteren Gewinn für die Muttergesellschaft und zieht zusätzlich Geld aus dem Land. Einige Entwicklungsländer haben deshalb Devisensperren errichtet. Für 1985 wurde geschätzt, daß ca. 30–40 Mrd.

12 The Banker, July 1971, S. 663.

13 David B. Zernoff, Management Principles for Finance in the Multinational, Euromoney Publications Ltd., London 1980, S. 152.

14 Vgl. David K. Eiteman, Arthur J. Stonehill, Multinational Business Finance, 2nd ed., Massachusetts, London, Amsterdam 1979.

US-\$ auf diese Weise festgefroren sind (blocked funds). 10 % davon im Schnitt werden durch Bestechung und andere illegale Aktivitäten „losgeeeist“ von Leuten, die sich darauf spezialisiert haben. An der Grenze zu Mexiko setzten 200 Wechsler anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 30 Mill. US-\$ Fluchtgelder um.¹⁵

Durch diese und vergleichbare Verfahren werden nicht allein Risiken ausgeschaltet oder verringert, sondern auch zusätzliche Gewinne gezogen. „Wer nicht sichert, auf modisch: hedged, verschenkt bares Geld“, sagt der Finanzmanager von Daimler-Benz, E. Reuter, und zitiert die „Financial Times“: „Die Grenzlinie zwischen Spekulation und geschicktem Handeln zum Zweck der Kostenbegrenzung (ist) papierdünn.“¹⁶

Die deutschen Großbanken haben sich in diese Geschäfte zunehmend eingeschaltet. Sie bieten inzwischen aktiv neue Formen des internationalen Managements für multinationale Konzerne an, die durch die entwickelten Technologien möglich geworden sind: „cash-management“ mit Hilfe einer „treasury-work-station“, durch die der Finanzmanager die Daten aller mit seinen Banken getätigten Geschäfte automatisch einholen kann, mit seinen internen Daten komplettiert und mit Hilfe von Programmen die nötigen Entscheidungen vorbereitet: Optimierung des Zahlungsverkehrs, Liquiditätsermittlung und -planung, Währungs- und Kurssicherungsstrategien sollen, nach der Werbung der Banken, damit möglich sein. „Zeit ist Geld“ gilt bei dieser Art der Geschäfte ganz besonders; drei Tage Zeitgewinn durch den Übergang vom Briefverkehr auf telex sind drei Tage mehr an Profit.

Wie schnell sich die neue Technik durchsetzt, ist eine andere Frage; einmal setzt sie eine entsprechende Aufbereitung und Verfügbarkeit betriebswirtschaftlicher Daten voraus, wie sie häufig noch nicht vorhanden ist, zum anderen bedeutet die Einrichtung des Cash-Managements durch die Bank Kompetenzverlust für das „inhouse-banking“, das Finanzmanagement im Konzern und stößt deshalb z. T. auf Widerstand.

Die entwickelten Banktechniken erlauben es den multinationalen Konzernen, sich aus den Finanzgeschäften, die an und für sich nur die realen Warengeschäfte und die Investitionsfinanzierung begleiten, zusätzliche, z. T. spekulative Profitquellen zu erschließen. Sie sind mit den produktiven Geschäften verbunden, entwickeln sich mit ihnen, stellen aber einen eigenen Beitrag zur Profitabilität von Waren- und Kapitalexport dar. Insofern bilden sie auch einen weiteren Anreiz für die Exportorientierung der Industrie in Form von Warenexporten und Direktinvestitionen.

15 „Verlockende Gewinnspannen beim Loseisen von ‚blocked funds‘ – Citibank“ in Handelsblatt v. 11./12. 10. 85, S. 9; und „Die lukrativen Geschäfte mit den ‚sacadolares‘“, in Handelsblatt v. 19. 6. 86, S. 6; vgl. Dieter Duwendag, Kapitalflucht aus Entwicklungsländern, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik 1986.

16 Edzard Reuter, Aus der Werkstatt eines Praktikers. Finanzpolitik im internationalen Konzern, in: ders., Vom Geist der Wirtschaft, Europa zwischen Technokraten und Mythokraten, Stuttgart 1986, S. 87f.

3. Die Internationalisierung: Entwicklung im Bankensektor

Die Internationalisierung eröffnet den Banken ihrerseits die Möglichkeit, nationalen Beschränkungen aus dem Weg zu gehen, gleichzeitig Geschäfte mit verschiedenen Töchtern desselben Unternehmens zu tätigen, das Risiko der Bank nach Kunden, Ländern und Währungen breit zu streuen und in weltweitem Maßstab zu spekulieren.

“The core of the world’s foreign exchange market consists of the trading rooms of a handful of very large banks scattered over the world – fifty or sixty such banks in all – linked together by telephone, telex, and computer.”¹⁷

Die Internationalisierung der Großbanken der BRD hat sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in einem stürmischen Tempo entwickelt. Seit 1973 hat sich die internationale Kreditgewährung insgesamt verneunfacht. Während innerhalb der BRD die Bankumsätze unter dem geschäftspolitischen Motto „Ertrag vor Volumen“ Anfang der achtziger Jahre stagnierten, wiesen die Auslandstöchter und -filialen überdurchschnittliche Zuwachsraten auf. Die Deutsche Bundesbank weist 1985 das erste Mal zusammengefaßte Daten über die Auslandsniederlassungen aus, die seitdem regelmäßig veröffentlicht werden.¹⁸ Danach entspricht das Geschäftsvolumen der Auslandsniederlassungen inzwischen einem Fünftel des Geschäftsvolumens der 33 Banken, die über Niederlassungen verfügen. (Faktisch ist die Konzentration in diesem Bereich erheblich höher: nach Berechnungen der UN zählten 1975 nur 5 Banken aus der BRD zu transnationalen Banken mit Niederlassungen in 5 oder mehr Ländern. Führend ist die Deutsche Bank, gefolgt von der Dresdner Bank und der Commerzbank. 1985 gibt es 166 Institute im Ausland (ohne die Repräsentanzen), darunter 99 Filialen und 67 Töchter, mit einem Geschäftsvolumen von 376 Mrd. DM (zum Vergleich: das Geschäftsvolumen der inländischen Banken beträgt ca. 3000 Mrd. DM). Davon entfallen 37 Filialen und 23 Töchter auf die drei Großbanken (berechnet nach Geschäftsberichten). Knapp die Hälfte der Niederlassungen ist in Europa beheimatet, ein gutes Fünftel in Off-shore-Zentren (Kaimaninseln, Honkong und Singapur), ca. 15% in den USA und 10% in Asien.

Besonders die beiden letztgenannten stellen wichtige Wachstumsmärkte mit strategischer Relevanz für den Bankensektor dar: Die USA und das südostpazifische Becken mit Südkorea, Philippinen, Taiwan, das die USA in Konkurrenz und Kooperation mit Japan als neues Wachstumszentrum aufbauen, sollen auch einen zukünftigen Schwerpunkt bei den Direktinvestitionen der Industriekonzerne bilden. Die Präsenz deutscher Banken in diesem Raum hat sich seit 1970 mehr als verfünffacht, in den USA mehr als vervierfacht.

17 Raymond Vernon, Louis T. Wells jr., *Manager in the International Economy*, 4. Auflage, New York 1981, S. 71.

„Der Kern der Außenwechselplätze der Welt besteht im wesentlichen aus den Geschäftsräumen einer Handvoll sehr großer Banken, die über die ganze Welt verbreitet sind – fünfzig oder sechzig solcher Banken insgesamt –, verbunden durch Telefon, Telex und Computer.“

18 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/85 (Die Auslandsniederlassungen der deutschen Kreditinstitute) und 6/86 (Stat. Anhang).

Die Geschäfte der Auslandsniederlassungen sind überdurchschnittlich profitabel: Jahrelang, bis zur Novelle des Kreditwesengesetzes 1985, ist Eigenkapital gespart worden durch eine höhere Relation von Kreditvergabe zu Kapital als sie in der BRD erlaubt ist.

Die Steuern liegen in den internationalen Finanzplätzen außerordentlich niedrig. Die Mindestreserve, die in der BRD auf Kredite gehalten werden muß, entfällt.

Darüber hinaus werden auf den internationalen Finanzplätzen überwiegend Großgeschäfte getätigt, die kostensparender sind: das Verhältnis von Mitarbeitern zur Bilanzsumme ist 30mal so hoch wie bei den Konzernmüttern in der BRD. Es ist kein Widerspruch dazu, daß die Bundesbank in ihrer jährlichen Ertragsanalyse 1985 erwähnt, daß die Bankentöchter in Luxemburg kaum Erträge auszuweisen hätten: der größte Teil der Erträge geht in die Risikovorsorge – und *entgeht* damit dem Fiskus.¹⁹

Die internationalen Zahlungsbilanzrisiken haben diese Geschäfte verändert, aber ihre Bedeutung und ihr Wachstum nicht eingeschränkt.

Die westdeutschen Großbanken waren von der Verschuldungskrise nicht so stark unmittelbar betroffen wie die Konkurrenz. Die Forderungen der deutschen Banken und ihrer Auslandsniederlassungen gegenüber 25 Schuldnerländern betragen Ende 1984 34,9 Mrd. US-\$ und damit 8,7% aller Forderungen der Banken, die der *Bank für internationalen Zahlungsausgleich* berichten.²⁰

Die Dresdner Bank hat diese Zahlen für 1985 in ihrem Geschäftsbericht bestätigt; W. Blessing, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, sprach sogar von nur 5%.²¹ Für die Inlandsinstitute gibt die Commerzbank in ihrem 85er Geschäftsbericht einen Betrag von 5,4 Mrd. DM an; das entspräche jeweils 3% bis 4% des Geschäftsvolumens der Konzerne. Nach 1982 wurden noch 8 Filialen, 1985 alleine 4 Töchter, gegründet. Das Geschäftsvolumen der Töchter ging zwar 1985 zurück, aber das der Auslandsfilialen stieg stetig weiter.

Das Neugeschäft an den internationalen Finanzmärkten insgesamt stieg 1985 um ein Drittel von 203,0 auf 296,0 Mrd. US-\$.²² Nach Ausschalten von Doppelzählungen im Interbankgeschäft schätzt die BIZ allerdings die Neukredite auf nur 100 Mrd. US-\$ und damit 10 Mrd. mehr als 1984, die neuen Anleihen auf 125 Mrd. \$; das entspricht 42 Mrd. Zuwachs.²³

Hinter diesem Wachstum verbirgt sich eine Umschichtung der Geschäftsstruktur in bezug auf die Kreditnehmer und die Finanzierungsformen.

Erstens bildete sich eine Zweiteilung des internationalen Finanzmarktes heraus zwischen einem Umschuldungssektor aus Entwicklungsländern, der stag-

19 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/85.

20 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/84.

21 Handelsblatt v. 24. 4. 86, S. B4 (Beilage Internationales Banking).

22 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/86 (Innovationen im internationalen Bankgeschäft).

23 Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), 56. Jahresbericht, 1. April 1985–31. März 1986, Basel, 9. Juni 1986, S. 100ff. Die BIZ geht im übrigen von einer internationalen Kreditvergabe von 221,5 Mrd. US-\$ aus (S. 98).

nirt, und einem Bereich der „akzeptablen Risiken“ aus Industrie- und Schwellenländern, der erneut ein starkes Wachstum aufweist. Schon 1984 fielen drei Viertel der Neukredite auf diesen Bereich.²⁴ 1985 nahmen die Ausleihungen an die Nicht-OPEC-EL erneut ab auf 8,5 Mrd. \$. Das entspricht einem Viertel des Betrages vor 1982, dem Jahr des Ausbruchs der Finanzkrise, während die OPEC-Länder im 2. Jahr Schulden tilgten in der Höhe von 1,1 Mrd. US-\$ (1984: 1,8 Mrd.).²⁵ Von der Anlegerseite her fallen damit Entwicklungsländer zunehmend aus und werden durch institutionelle Anleger aus Industrieländern ersetzt, die damit neue Technologien und Übernahmen finanzieren. Allerdings ist die Neukreditvergabe sehr ungleichmäßig verteilt: Der Kreditzuwachs an asiatische Länder nahm um 2,3 Mrd. \$ zu, der Kreditzuwachs an Lateinamerika um 4,4 Mrd. ab.

Zweitens haben sich neue Finanzierungsformen entwickelt und in einem Tempo durchgesetzt, das es erlaubt, von einer radikalen Umstrukturierung der internationalen Finanzmärkte zu sprechen: Weg von den klassischen Bankkrediten, hin zu handelbaren Wertpapieren in verschiedenen Formen („Securitization“ oder „Verbriefung“). In den siebziger Jahren hatten Wertpapierbegebungen einen Anteil von rund zwei Fünftel an der gesamten Bereitstellung von Kreditmitteln an den internationalen Finanzmärkten, heute sind es knapp vier Fünftel.²⁶

Langfristige und mittelfristige Kredite werden durch internationale Anleihen, kurzfristige Kredite durch Absicherungsfacilitäten für die revolving Begebung von kurzfristigen Papieren ersetzt (z. B. NIF – Note Issuance Facilities –, RUF – Revolving Underwrite Facilities – und Euronote Facilities). Diese Facilitäten haben eines gemeinsam: Großunternehmen geben Papiere aus mit kurzen Laufzeiten im Rahmen einer langfristigen Kreditzusage einer Bankengruppe. Sie finanzieren sich dabei nicht direkt durch die Banken, sondern über den Kapitalmarkt: Institutionelle Anleger (Pensionsfonds; Kapitalsammelstellen, darunter auch Banken; Versicherungen usw.) erwerben die Anleihen. Mit dem Bankenkonsortium wird parallel eine „stand-by“-Linie vereinbart: für fünf oder mehr Jahre macht die Bankengruppe eine feste Kreditzusage bis zu einem bestimmten Betrag. Innerhalb dieses Rahmens werden die Papiere, die die Unternehmen ausgeben, von den Banken placiert; Papiere, die nicht am Markt untergebracht werden können, übernehmen sie.

Gemessen am internationalen Finanzvolumen ist das Engagement der deutschen Großbanken bisher gering: seit Mitte letzten Jahres sind Absicherungsfacilitäten u. ä. im Gesamtbetrag von 340 Mio. US-\$ von deutschen Banken arrangiert worden. (Als erstes westdeutsches Unternehmen laut „Handelsblatt“ Klöckner & Co, gefolgt von Siemens.) Amerikanische und japanische Banken sind hier die Marktführer. „Offensichtlich sind die deutschen Banken aber im

24 E. Storck, Umstrukturierungen am Eurokreditmarkt, in: Die Bank, 2/85, S. 56 ff.

25 BIZ 1986, S. 106 f.

26 Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/86; P. Reinhardt, Der Euronotemarkt als internationale Finanzierungsquelle, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (ZfdgK), 9/85, S. 380 ff.; Theo Mainz, Neue Finanzierungsinstrumente, in: ZfdgK, 12/85, S. 556 ff.

Begriff, ihre Aktivitäten in diesem Bereich zu intensivieren, besonders bei den in ausländischen Finanzzentren errichteten Niederlassungen.“²⁷

Die Zulassung der D-Mark als Vertragswährung für diese Finanzierungsformen, die im Mai 1985 erfolgt ist und demnächst auf Einlagenzertifikate erweitert wird, gestattet es den deutschen Banken, sich mit der eigenen nationalen Währung stärker in das internationale Geschäft einzuschalten.

Die stürmische Entwicklung dieser Finanzierungsformen ist damit zu erklären, daß sie für alle Beteiligten, Banken ebenso wie emittierende Unternehmen, außerordentlich profitabel sind – ein Umstand, der unter dem wertneutralen Begriff „Effizienz“ allenthalben betont wird:

- die Finanzierungskosten sind niedriger als bei Krediten. Sie basieren auf den Libor- und Libidsätzen am Londoner Finanzmarkt zuzüglich einer Bereitstellungsgebühr der Banken (bei der tatsächlichen Inanspruchnahme wird noch ein Aufschlag erhoben).

- die Flexibilität und Liquidität der Unternehmen erhöht sich aufgrund der Handelbarkeit der Papiere: die Wertpapiere brauchen nur zum Zeitpunkt und in der Höhe des jeweils akuten Mittelbedarfs ausgegeben zu werden, ihre Einlösung erfolgt beinahe automatisch bei Fälligkeit und die stand-by-Linie vermittelt die Gewißheit einer problemlosen Anschlußfinanzierung.

- Für die Banken sind diese Geschäfte ebenfalls relativ günstig aufgrund der geringen Kosten, die sie verursachen – nach Schätzung der Bundesbank werden sie bisher zu 20% bis 25% ausgeschöpft –, auch wenn der Wettbewerb relativ scharf ist.

- Vor allem hatten sie bisher den Vorteil der absoluten Bilanzunwirksamkeit. Da sie keine unmittelbare Kreditgewährung zum Gegenstand hatten, mußten sie weder auf das Eigenkapital angerechnet werden noch konnten sie Gegenstand staatlicher Geld- und Kreditpolitik sein.

Dadurch entfallen die geschäftspolitischen Beschränkungen für die Banken. Zinsfestsetzungen, Kapitalverkehrsbeschränkungen, Mindestreservpolitik und die angestrebte Stärkung der Eigenkapitalbasis der Banken wurden damit von Unternehmen und Banken gemeinsam unterlaufen.

Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen hat deshalb am 2. Juni 1986 festgesetzt, daß die deutschen Banken NIFs und RUFs zu 50% auf das Eigenkapital anrechnen müssen. In Reaktion darauf werden inzwischen verstärkt „euro-commercials“ gehandelt, bei denen die Banken nicht mehr die Garantie für den Fall der Nichtunterbringung übernehmen, sondern nur noch als Absatzorganisation fungieren.

Die Euromärkte „sind das geldwirtschaftliche Gegengewicht für die zunehmende Internationalisierung der Unternehmungen und das Zusammenwachsen der Volkswirtschaften“.²⁸

Mehr als zwei Fünftel der internationalen Anleihen entfallen 1985 auf *Unternehmen* aus den USA (24,8%), Japan (12,2%) und England (8,9%).²⁹

27 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/86, S. 35.

28 E. Reuter 1986, S. 80.

29 BIZ 1986, S. 118 ff.

Außerhalb der nationalstaatlichen Regulierung haben die privaten Großbanken der imperialistischen Hauptländer Finanzplätze aufgebaut, die bis heute durch das globale Management des privaten Bankkapitals im Gleichgewicht gehalten werden und immer wieder neue Formen der „De-Regulierung“ gegenüber den Nationalstaaten und der Ausbeutung gegenüber den Schuldnerländern finden.

4. Plethora von Geldkapital oder Machtzuwachs des internationalen Finanzkapitals?

Läßt man die Zahlen und Fakten der vorangegangenen Abschnitte noch einmal Revue passieren, fügen sie sich zu dem Bild, das in den vergangenen Jahren ein Vielfaches an Geldkapital mobilisiert wurde, das inzwischen nach dem Rückzug aus Projekten in den Entwicklungsländern überwiegend zur Finanzierung großer Konzerne dient.³⁰

Die Interpretation der sprunghaften Zunahme der internationalen Finanzmärkte als Parasitismus des großen Kapitals in den kapitalistischen Metropolen, das keine „produktive“ Anlage findet und sich deshalb über das Drehen einer Finanzspirale verwertet bis es zum Salto mortale des Finanzsystems kommt – diese Interpretation erweist sich angesichts der neuen Daten als zu einseitig. Profite, die nicht akkumuliert werden, verwandeln sich zwar in liquide Mittel des Bankensystems, wie Altvater schreibt,³¹ aber sie dienen offenbar wieder zum großen Teil als Mittel der Akkumulation anderer Kapitale.

Die „Verselbständigung der Geldkapitalakkumulation“ als „Kehrseite der strukturellen Überakkumulation von Kapital“ verschärft nicht per se die Überakkumulationskrise,³² sondern erweist sich als hochflexibles Instrument der Anpassung der Finanzseite an die Verwertungsbedürfnisse des industriellen Kapitals, als Mittel der Kapitalmobilisierung und weltweiten Umverteilung zwischen den Konzernen. Die eine Seite verselbständigt sich zwar gegen die andere, aber beide münden ein in eine gemeinsame Politik des Finanzkapitals.

Nun ist mit diesem Hinweis das Argument des Parasitismus und des immanenten Risikos der durchgesetzten Weltwirtschaftsordnung nicht widerlegt. Schließlich herrscht auch im industriellen Produktionsprozeß der Parasitismus monopolistischer Marktstrategien! Eine Fehllenkung von industriellen Kapazitäten unter Profitgesichtspunkten wie bei der Energieerzeugung, der Rüstungs- und Verschleißproduktion, das alles sind nicht minder parasitäre und gefährli-

30 Das gilt v. a. für die internationalen Anleihen, die netto 125 Mrd. US-\$ und damit 56% der bereinigten Nettokreditvergabe durch Kredite und Anleihen ausmachen (BIZ 98).

31 Elmar Altvater, Bruch und Formwandel eines Entwicklungsmodells, in: Jürgen Hoffmann (Hrg.), Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression, Hamburg 1982, S. 235.

32 Stefan Krüger, Zur Krise der nationalen und internationalen Kreditverhältnisse – Tendenzen der Kapitalakkumulation, in: ProKla 59, Juni '85, S. 78 ff.

Vgl. in diesem Zusammenhang auch Alexander Schubert, Die internationale Verschuldung, die dritte Welt und das transnationale Bankensystem, Frankfurt/Main 1985, der im ersten Teil „Der monetäre Weltmarkt“ auch zu einer sehr differenzierten Einschätzung in dieser Frage gelangt.

che Entwicklungen als die „Plethora des Geldkapitals“ (*Krüger*). Der monopolistische Akkumulationsprozeß beinhaltet ebenfalls die permanente Tendenz zur Überakkumulation. Deshalb ist durch die Rückkehr der mobilisierten Gelder in den „produktiven“ Kreislauf noch nicht über die Entwicklungsrichtung und Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft entschieden. Aber die Fragestellung verschiebt sich: Was geschah mit dem mobilisierten Kapital?

Zwei Richtungen lassen sich hier grob umreißen:

Erstens wird nach wie vor durch die führenden Industriekonzerne der imperialistischen Hauptländer im Ausland kräftig investiert. Nicht in erster Linie die Summe der Investitionen, sondern ihre Richtung und ihr Charakter ändern sich:

Die Kapitalverkehrsstatistik weist aus, daß in den siebziger Jahren rund 30% der jährlichen Kapitaltransfers Standorte in Entwicklungsländern betrafen, während 1981–1984 dieser Anteil nur noch ein Viertel beträgt. Gemessen an den Beständen, sinkt der Anteil der Region der dritten Welt von 16% auf 14%.³³

1983 unterhalten nach *Fröbel/Kreye* 1410 Unternehmen der BRD 3740 Beteiligungsverhältnisse im Ausland, davon 53% in Entwicklungsländern (1975) und 47% in Industrieländern (1765 *ohne* die EG), den größten Teil in den USA. Der Anteil der Entwicklungsländer ist damit zurückgegangen. 1975 entfielen nämlich 61% auf die Entwicklungsländer und 39% auf die Industrieländer.³⁴

Fröbel/Kreye, ebenso wie *Olle* (1986)³⁵, stellen Beispiele für die Entwicklung nach 1983 zusammen, aus denen eine starke Konzentration des Kapitalexports auf die USA und andere Industrieländer, vor allem im Rahmen der EG-Süderweiterung, hervorgeht. 1985 nimmt diese Tendenz geradezu dramatische Ausmaße an: 13 277 Mill. DM werden in Industrieländern und nur 358 Mill. DM in Entwicklungsländern investiert!³⁶

Auch hier treten aber, ebenso wie bei der Kreditvergabe, deutliche regionale Unterschiede auf: Investitionen in die Länder der sogenannten dritten Welt finden statt, beschränken sich aber weitgehend auf Länder in Südostasien, die Türkei, Südafrika und zum Teil in Lateinamerika. Schwarzafrika und Nahost fallen fast völlig aus. Gegenseitige Marktdurchdringung der kapitalistischen Industrieländer, Erschließen der neuen Märkte in Südostasien und Ausnutzen der Schwellenländer Lateinamerikas als Brückenkopf zu den Märkten in den USA durch die europäischen und japanischen Konzerne bestimmen das regionale Bild des Kapitalexports.

Besonders die Halbleiterindustrie und die Automobilindustrie bauen durch Investitionen in Südostasien und Lateinamerika – dort zum Teil durch „Umwidmung“ bestehender Produktionsstätten – „regionale Fertigungsverbände“

33 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Reihe 3 Zahlungsbilanzstatistik, 5/86.

34 Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs, Otto Kreye, Umbruch in der Weltwirtschaft. Die globale Strategie: Verbilligung der Arbeit/Flexibilisierung der Arbeit/Neue Technologien, Reinbek bei Hamburg 1986, S. 224, S. 237.

35 Werner Olle, Neue Technologien und internationale Arbeitsteilung: Rückverlagerung von Auslandsfertigungen aus Entwicklungsländern (am Beispiel der BRD)?, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 1/1986, Wien; vgl. Fröbel/Heinrichs/Kreye 1986, S. 242 ff.

36 Bundesanzeiger, lfd.; vgl. auch Ifo-Schnelldienst, 13/86.

auf: Daimler-Benz beispielsweise läßt in Brasilien zunehmend weniger Nutzfahrzeuge für den nationalen brasilianischen Markt herstellen, sondern Teile für den Export zu ihrer neuerworbenen Tochter in USA, ebenfalls einem LKW-Hersteller.³⁷ Diese Strategie eröffnet einzelnen Konzernen die Möglichkeit, mit der Verschuldungskrise zu leben: auf der Kostenseite schlagen die niedrigen Löhne voll zu Buche, ohne daß vom Absatz her Armut und Kaufkraftverfall eine Schranke der Kapitalverwertung bilden. Zugleich, und das führt schon zum zweiten Punkt, findet dieser Kapitalexpert immer häufiger in der Form der Kooperation und der Übernahme schon bestehender Unternehmen und nicht mehr in der Form der Neugründung statt: „Dabei werden in den Produktionsländern im allgemeinen keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern, im Gegenteil, häufig welche vernichtet.“³⁸

Zweitens wurde nämlich durch die internationalen Finanzmärkte ein außerordentlicher Zentralisationsprozeß befördert. Von den Neukreditzusagen an den internationalen Finanzmärkten entfiel schon 1984 ein Viertel auf die Übernahmefinanzierungen von Firmen in den USA. Insgesamt wurden in den USA 1984 Zusammenschlüsse und Übernahmen mit einem Volumen von 140 Mrd. US-\$ getätigt, darunter ausgesprochen große Konzerne: aus der 83er Fortune-Liste der 500 größten Unternehmen der USA waren 19 durch Fusionen betroffen, aus der 84er Liste 14, darunter solch große Unternehmen wie Superior Oil (Platz 196, übernommen von Mobil Oil), Getty (Platz 24, übernommen von Texaco), Gulf Oil (Platz 11, übernommen von Chevron), Morris (übernommen von General Foods), Reynolds (übernommen von Nabisco Brand) und Hughes Aircraft (übernommen von General Motors). Bei 11 der 500 fanden leveraged buy-outs³⁹ statt (s. u.).⁴⁰

In England gliederten sich 1984 444 Firmen 507 Unternehmen an, was eine Rekordzahl darstellte, darunter die größten Kaufhausgruppen und Fleet Holdings. 1985 stieg der Wert der betroffenen Unternehmen noch einmal um 30%.⁴¹ Auch in der BRD galt 1985 als Jahr der Fusionsrekorde mit 709 Fällen, darunter die aufsehenerregenden Übernahmen von Daimler-Benz, und die Placierung mehrerer Großunternehmen an der Börse (Springer, Henkel, Nixdorf), die in den letzten Jahren systematisch ausgebaut wurde; quantitativ – der Umfang der Börsengeschäfte beträgt inzwischen rund 450 Mrd. DM – ebenso wie qualitativ – in diesem Frühjahr haben sich die regionalen Börsen nach vielem Hin und Her zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden. Noch vor kurzer Zeit wären Transaktionen wie die Unterbringung der Flick-Aktien an der Börse gar nicht möglich gewesen. Die Übernahme in den USA und Großbritannien ihrer-

37 Geschäftsbericht Daimler-Benz 1984; vgl. Olle 1986.

38 Fröbel/Heinrichs/Kreye 1986, S. 249; Olle 1986, S. 72.

39 Kauf eines Unternehmens mit primär aufgenommenen Kredit.

40 Jens Eckhardt, Spiel ohne Grenzen um das schnelle Geld, in: Handelsblatt v. 25/26. 10. 1985, S. 17; und: Fortune International, The Fortune 500, The largest U.S. Industrial Corporations, April 1985 und April 1986; Handelsblatt 20. 1. 1986, S. 10.

41 Werner Benkhoff, Das Übernahmefieber hat auch die City angesteckt, in: Handelsblatt v. 25/26. 10. 1985, S. 17 und Megamergers – Megalomania?, in: Banking World, April 1986, S. 22ff.

seits wurden häufig in der Form der „jung-bonds“⁴² oder der „leveraged buy-outs“ finanziert (gulf oil, allied lyons), d. h. durch Spekulanten oder Teile des Managements, die nach dem Zusammenkaufen eines bestimmten Aktienpaketes an einem Unternehmen den bisherigen Eigentümern ein Angebot auf Übernahme machen, damit zugleich den Kurswert ihrer Aktien anheben und das Unternehmen zwingen, seine stillen Reserven zu mobilisieren, um entweder die eigenen Aktien zurückzukaufen oder sich möglichst teuer zu verkaufen.⁴³ Ein Teil der international mobilisierten Gelder ist, wie oben erwähnt, in diese buy-outs, Übernahmen und andere Formen der Zentralisation des internationalen Kapitals geflossen.

Dabei zeichnet sich ab, daß die Konzentrationsprozesse vor allem auf stagnierenden Märkten – z. B. im Nahrungsmittelbereich, bei Öl, in der Automobilbranche – stattfinden. Zumindest für die letztere läßt sich eindeutig feststellen, daß die mobilisierten Gelder in die Diversifikation der Konzerne in neue Technologien, Telekommunikation oder Rüstung fließen.

Der Begriff der Verselbständigung des Geldkapitals greift insofern zu kurz. Der Untergang des Feudalismus war in der Tat durch den Gegensatz zwischen einem ungeheuren Reichtum in Form von Geld, Gold und Schätzen und einer stagnierenden Produktionsweise, die die Reproduktion der Menschen nicht mehr gewährleistete, gekennzeichnet. Im Imperialismus sind aber „Parasitismus und Fäulnis“ Kategorien der Analyse des in der industriellen Produktion angelegten Monopolkapitals, das an seiner Spitze mit den Bankmonopolen verbunden ist. Das Zusammenwirken von Industrie- und Bankmonopolen ist in der Internationalisierung besonders eng.

Zugespißt läßt sich formulieren: während die Banken in den siebziger Jahren über die Kreditierung der Regierungen in den Schwellenländern den Konzernen die nötigen Infrastrukturinvestitionen für ihren Kapitalexport und die Nachfrage nach Anlagen usw. für ihren Warenexport finanzieren, erleichtern sie heute die Mobilisierung und Zentralisation von Kapital für die Investitionen in neue Technologien in den kapitalistischen Zentren und organisieren den gemeinsamen Ausbeutungsprozeß in den neuen Schwellenländern Südostasiens. Beide Male handelt es sich um gemeinsame Strategien des internationalen Finanzkapitals.

Die Instabilität dieses Prozesses ist offensichtlich. Einerseits werden zwar in einer verblüffenden Flexibilität immer wieder neue Anpassungsformen gefunden, andererseits aber brechen in demselben Tempo immer wieder neue Risiken auf: alleine die Einnahmeausfälle aus den Ölpreissenkungen 1986 betragen bei den auf Ölexporte angewiesenen Schuldnerländern – an erster Stelle Mexiko und Nigeria – mehr als die im Baker-Plan vorgesehenen Kreditmittel!

Nie hat das Wort von *Marx* „Der Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol entspricht die Akkumulation von Elend auf dem andern . . .“ mehr zuge-

42 Obligationen von Unternehmen ohne Bonitätsbewertung, aber i. d. R. mit hoher Rendite.

43 Martin Peltzer, Von Räubern, weißen Rittern und Jungfrauen – die Taktiken der amerikanischen takeovers, in: ZfdgK, 7/86, S. 291 ff. und Paul Lerbinger, Unternehmensacquisition durch leveraged buyouts, in: Die Bank, 3/86, S. 113 ff.

treffen als heute. Das politische Risiko ihrer ökonomischen Strategien – die Entwicklung in Südafrika, das Verhalten Perus, die Wahlausgänge in der Dominikanischen Republik, Barbados und Ekuador, die Absetzung des mexikanischen Finanzministers – gerät denn auch mehr und mehr ins Blickfeld des internationalen Kapitals und wird durch wachsende politische Aggressivität beantwortet.

Den Blick auf die Gemeinsamkeiten zwischen Industrie- und Bankkapital zu lenken, bedeutete zugleich, die Verantwortung der Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen Menschen anderer Schichten der imperialistischen Länder für die Beendigung der ungleichen Weltwirtschaftsordnung zu betonen.

Demokratisierung des Bankensektors, qualitative Ziele für die öffentlichen Investitionen und eine Lenkung der privaten Investitionen nach regional- und strukturpolitischen Kriterien zugunsten der Betroffenen sind nicht nur wirtschaftsdemokratische Forderungen für die Binnenökonomie, sondern auch unerläßliche Voraussetzung eines weltweiten Umbaus ökonomischer Strukturen.

Großbanken und Finanzgruppen

Ergebnisse einer Untersuchung der personellen Verflechtungen der Großbanken*

Hermannus Pfeiffer

1. Zum theoretischen Hintergrund – 2. Verflechtung von Bank- und Nichtbankkapital – 2.1 Aktien und Stimmrechte – 2.2 Personelle Verflechtungen – 3. Die Finanzgruppen Deutsche Bank und Dresdner Bank

1. Zum theoretischen Hintergrund

Hilferding und *Lenin* hatten bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts das Entstehen des *Finanzkapitals* konkret-historisch wie begrifflich gefaßt: „Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.“¹

In der Folgezeit blieb die Theorie des Finanzkapitals weitgehend ohne inhaltliche oder praktische Konsequenzen. Erst die Konkretisierung und Weiterentwicklung der Finanzkapital- zur *Finanzgruppen*-Theorie durch *Kurt Gossweiler*² brachte hier Fortschritte. Die Erforschung der inneren Struktur des Finanzkapitals – dessen wesentliche konkrete Organisationsform über dem Einzelmonopol die Finanzgruppe ist, ohne daß hier alle Monopole einordbar wären – verspricht Erklärungsansätze sowohl für die ökonomische Ebene als auch für das Verhältnis der ökonomischen Basis zum Staat und den ideologischen Herrschaftsapparaten.

Kurt Gossweiler setzt neben die Gruppenbildung um eine stoffliche Achse,

* Der Artikel basiert auf einer Untersuchung des Autors zu den personellen Verflechtungen der Großbanken, die im Rahmen des Hamburger Instituts für Sozialforschung durchgeführt wird. Die Basisdaten stammen im wesentlichen aus den 1984 erschienenen Geschäftsberichten der Großbanken; Hoppenstedt-Verlag (Hrg.), *Leitende Männer der Wirtschaft*, Darmstadt 1983; *Who's Who in Germany*, hrg. von O. J. Groeg, Ottobrunn 1983. Zu Ergebnissen dieser Untersuchung vgl. auch: Hermannus Pfeiffer, *Das Netzwerk der Großbanken*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2/1986, S. 161 ff. und ders., *Großbanken und Finanzgruppen*, in: *WSI Mitteilungen*, H 7/1986.

1 W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Werke*, Bd. 22, Berlin (DDR) 1977 (erstmalig erschienen 1917), S. 230; vgl. auch R. Hilferding, *Das Finanzkapital*, 2 Bde., Frankfurt/Köln 1974 (erstmalig 1910).

2 Vgl. insbesondere K. Gossweiler, *Großbanken, Industriemonopole, Staat – Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932*, West-Berlin 1975 (erstmalig 1970).

die Monopolgruppen – heute müssen wir ergänzen: die staatsmonopolistischen Komplexe –, die Bildung von Gruppen um ein Finanzzentrum, nämlich die Großbanken. Während die Monopolgruppen in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik im wesentlichen infolge der stofflichen Differenzierung der Industriemonopole und im Ergebnis der Tendenz zu vertikalen und diagonalen Konzentrations- und Zentralisationsprozessen insgesamt an Bedeutung verloren haben, gilt dies nicht für die Finanzgruppen. Die Rolle der Großbanken insgesamt ist relativ gewachsen, die Entwicklung der Finanzgruppen, insbesondere der um die Deutsche Bank gruppierten, hat gerade in den letzten Jahren weitere Fortschritte gemacht.

Das Entstehen und die Fortentwicklung der Finanzgruppen ist dabei Ergebnis des Konkurrenzverhältnisses zwischen den Großbanken: „Die Herausbildung von Finanzgruppen im Prozeß der Verflechtung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital erfolgt jedoch nicht auf der Grundlage gemeinsamer Interessen der Banken, sondern im Gegenteil als Folge ihrer erbiterten Rivalität.“³

Zugleich bilden auch die Mitglieder der Finanzgruppen, zu denen wir auch monopolistische Kapitale aus den Bereichen Handel und Dienstleistungen rechnen müssen, keine homogene, also widerspruchslose Einheit. Denn einerseits ist die Bildung von Finanzgruppen zwar Ausdruck gemeinsamer oder wenigstens parallel laufender Interessen gegenüber den Mitgliedern anderer Finanzgruppen und „autonomen“, also nicht in Finanzgruppen organisierten, monopolistischen und nicht-monopolistischen Kapitalen – wie sie sich im Prozeß des Verwachsens und Verschmelzens ausdrücken –, andererseits bleiben Widersprüche zwischen Bank- und Nichtbankmonopolen innerhalb einer Finanzgruppe bestehen: Der Profit der Großbank bleibt letztlich abgeleiteter realisierter Mehrwert, der in der materiellen Produktion seinen Ursprung hat. Zugleich wird auch das Konkurrenzverhältnis zwischen den Nichtbanken einer Finanzgruppe nicht prinzipiell aufgehoben, aber durch Momente der Kooperation modifiziert oder temporär überlagert. Die konkrete Form der Kooperation bleibt dabei Ausdruck auch der Kräfteverhältnisse innerhalb der Finanzgruppe. Die Momente der Kooperation finden sich dann ebenso im Verhältnis zwischen Nichtbanken und der Großbank und ihr verbundener Finanzinstitute.

Wenn also die Genesis des Finanzkapitals und der Finanzgruppen Ergebnis objektiver Konkurrenzmechanismen war, so wird im Binnenverhältnis der Finanzgruppen die Konkurrenz um Momente der Kooperation „erweitert“.

Das Kräfteverhältnis innerhalb der Finanzgruppe, zwischen Großbank und den Nichtbankunternehmen, kann nicht deterministisch im Sinne eines Herrschaftsverhältnisses der Großbank begriffen werden. Insgesamt aber, ausgehend von der größeren Allgemeinheit ihrer Geschäfte, hat die Bank gegenüber den anderen Gruppenmitgliedern eine dominante Position. Dabei können sich einzelne Monopole durchaus der Dominanz der Großbank entzie-

3 K. Gossweiler, Die Rolle der Großbanken im Imperialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1971/III, S. 49.

hen, ohne dadurch aus dem Verbund der Finanzgruppe auszutreten. Aber auch letzteres geschieht, hier im Ergebnis des erbitterten Konkurrenzkampfes zwischen zwei Finanzgruppen, wie jüngst die Entwicklung um die AEG gezeigt hat.

Insgesamt repräsentiert die Finanzgruppe, konkret in Gestalt ihres organisierenden Zentrums – der Großbank –, eine annähernde „Diagonale“ der unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder. Diese sind letztlich materiell determiniert, bleiben aber zugleich in ihrer konkret-historischen Ausprägung immer auch Ausdruck der internen Kräfteverhältnisse in der Finanzgruppe. Die hier angesprochene konkret-historische Ausprägung der Interessens-„Diagonale“ bildet dann auch die Basis für Momente der über das Einzelmonopol hinausgehenden Planung und bewußten Regulierung, die, initiiert und bestimmt von der Bank oder auch nur über diese vermittelt, neben den Aspekten der Kooperation die zweite wesentliche zweckrationale Funktion der Finanzgruppe bilden.

Ich begreife also die Finanzgruppen – gewissermaßen „über“ dem einzelnen Monopol als Grundeinheit – als grundlegendes ökonomisches Strukturmerkmal des Kapitalismus in der Bundesrepublik. Die Bedeutung der Großbanken ergibt sich aus ihrer Funktion als organisierendes Zentrum sowie aus ihrer dominierenden Rolle innerhalb der Finanzgruppen.

2. Verflechtung von Bank- und Nichtbank-Kapital

2.1 Aktien und Stimmrechte

Der Kredit bleibt im Hinblick auf die Genesis des Finanzkapitals und der Finanzgruppen und auf das aktuell-historische Geschehen der ökonomische Kern der Beziehungen von Bank- und Nichtbankkapital. Daher kann es nicht verwundern, wenn gerade für diese Verflechtungsebene unsere Kenntnisse unbefriedigend sind.

Ergiebiger ist der Kenntnisstand für den Eigenbesitz der Großbanken. Nach einer Aussage von *Franz Heinrich Ulrich* (Deutsche Bank) halten die drei Großbanken – Commerzbank (CB), Deutsche Bank (DB) und Dresdner Bank (DrB) – etwa 5% aller inländischen Aktien selber. Dies würde positiv korrelieren mit den Angaben der Bundesbank, wonach der Anteil der Kreditinstitute insgesamt am Aktienkapital 1983 7,3% betragen hat.⁴

Es gibt aber gute Gründe anzunehmen, daß die Großbanken – wenigstens heute – mehr als 5% Eigenbesitz halten. So sind die Anteile der Deutschen Bank AG von 28,5% an Daimler-Benz, 35% an Holzmann, 25% an Karstadt, 25% an Südzucker, 35% an Hapag Lloyd, 86% an der Centralbodenkredit und 91% an der ebenfalls konsolidierten „Tochter“ Frankfurter Hypothekbank

⁴ Eigenberechnung nach: Deutsche Bundesbank, Entwicklung der Wertpapierdepots, Beilage zu den Statistischen Beiheften, Wertpapierstatistik, Juli 1984 und Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1984. Der Anteil der Großbanken wurde auf der Basis einer Aussage von *Franz Heinrich Ulrich* geschätzt, wonach vier Fünftel der Aktien im Besitz der Kreditinstitute auf die Großbanken entfallen; F. H. Ulrich, Großbanken heute, in: Robert Wittgen (Hrg.), *Neuzeitliche Bankenpolitik*, Frankfurt 1974, S. 72.

„an der Börse gut und gerne ihre 15 Mrd. DM wert“.⁵ Gemessen am Kurswert der Aktien inländischer Emittenten von 438,8 Mrd. DM 1985⁶ beliefe sich der DB-Anteil bereits auf gut 3,4%. Dazu kommen für die Deutsche Bank weitere Anteile im Nichtbankbereich, u. a. bei Phoenix Gummi, Bergmann Elektro, Horten, VEW, Didier sowie Anteile an deren „Töchtern“ und ihren Anteilsbesitz. Der Anteil der Großbanken an allen inländischen Aktien beträgt über 5%.

Dies mag nicht überwältigend erscheinen, erklärt sich aber aus der schwachen Rendite, die mit dem Aktienerwerb verbunden ist. 1985 lag die Rendite, einschließlich Steuergutschrift, bei 2,47%.⁷

Die Gründe des Aktienerwerbs liegen eher im Bereich der sicheren Kapitalanlage, gewissermaßen als faktische Aufstockung des Grundkapitals und in den machtpolitischen Strategien der Großbanken. Ein Unternehmen wie etwa Daimler-Benz läßt sich durch die Deutsche Bank z. Z. nur beherrschen durch das Halten eigener Anteile. Der Hebel des Depotstimmrechts und die weiteren Einflußströme reichen hier nicht aus.

Zumindest quantitativ bedeutender für den Einfluß der Großbanken auf andere Gesellschaften ist das Depotstimmrecht – also die Wahrnehmung der Stimmrechte der von Kunden in die Bankdepots gegebenen Aktien. Ohne Berücksichtigung der Großbanken-„Töchter“ ruhen 21% aller Aktien inländischer Emittenten in den Depots der drei Großbanken.⁸

Die Großbanken verfügen durch Stimmrechte aus Aktienbesitz und Depot über ein Viertel aller Aktienstimmen. Damit halten sie im statistischen Mittel die aktienrechtliche Sperrminorität aller Aktiengesellschaften in der Bundesrepublik. Tatsächlich ist die Macht der Banken – allein infolge Aktienbesitz und Depot – noch größer. So muß in Rechnung gestellt werden, daß das Halten einer Schachtel von 25% an der „Mutter“ ebenfalls faktische Wirkung auf die „Töchter“ hat – dies wird aber statistisch nicht berücksichtigt. In die gleiche Richtung wirkt die geringe Präsenz von in der Regel 60% bis 80% des Kapitals auf bundesdeutschen Hauptversammlungen.

Auch für die Beurteilung der kumulierten Wirkung von Aktienbesitz und Depotstimmrecht sind wir weitgehend auf Globalzahlen verwiesen. Eine Ausnahme jüngerer Datums macht nur eine Untersuchung der Zeitschrift „Capital“ von zehn Hauptversammlungen bundesdeutscher Aktiengesellschaften, darunter der drei Großbanken.⁹ Fazit: Die Großbanken kontrollieren sich sel-

5 „Handelsblatt“, vom 7./8. 3. 1986.

6 Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 2 – Wertpapierstatistik, März 1986.

7 Ebenda.

8 Vgl. Anm. 4 „Bundesbank“.

9 Capital 10/1984. Danach hielten die Großbanken folgende Stimmanteile: Kaufhof: CB 33%, DrB 12%; Schering: DB 24%, DrB 10%, CB 12%; Siemens: DB 20%, DrB 13%; Bayer: DB 29%, DrB 18%, CB 7%; Conti-Gummi: DB 22%, DrB 18%, CB 7%; Holzmann: DB 54%, DrB 3%, CB 7%; Degussa: DB 7%, DrB 15%. Der Anteil der Kreditinstitute bewegte sich zwischen 50% und 98%. Die DB vertrat auf ihrer Hauptversammlung (HV) 47% der Stimmen, die DrB 59% und die CB 30%.

ber; diese wiederum – zumindest im Bündnis mit anderen Banken – kontrollieren die Nichtbankunternehmen.

Bis hierher ist die Datenlage für die Abbildung von Finanzgruppen und darüber hinausgehender finanzkapitalistischer Verflechtungen also äußerst spärlich. Es zeigt sich aber auf der Basis der Ergebnisse von „Capital“, daß die personellen Verflechtungen eng und positiv korrelieren mit den bekannten Stimmergebnissen auf den Hauptversammlungen; daß also etwa eine führende Rolle der Deutschen Bank auf einer HV einer Dominanz im personalen Bereich entspricht.

Festzuhalten bleibt, daß dann auch im folgenden der Umkehrschluß erlaubt sein muß.

2.2 Personelle Verflechtungen

Wir müssen im wesentlichen zwei Formen personaler Verflechtung unterscheiden: primäre und sekundäre. Die *primäre Verflechtung* umfaßt den Personenkreis, den wir als Banker bezeichnen könnten. Dies sind neben den *Vorständen* und *Direktoren* der Großbanken Aufsichtsräte und „Berufs“-Aufsichtsräte (ein Beispiel ist *Günter Vogelsang*, der für die DB u. a. den Aufsichtsrat bei VEBA, Blohm + Voss und dem Gerling-Konzern anführt). Hier wie im folgenden beziehen sich personale Daten auf 1983/84.

Die zweite Form personaler Beziehungen bilden *sekundäre Verflechtungen*, d. h. Nicht-Banker, welche im *Aufsichtsrat* sowie in den zentralen und regionalen Beiräten der Banken präsent sind. Aber auch diese Gruppe muß als Repräsentant der Großbanken gesehen werden, wenigstens als weitgehender Träger ihrer Intention. Dafür spricht im Hinblick auf den Aufsichtsrat die De-facto-Selbstbestimmung der Großbanken auf ihren Hauptversammlungen, was praktisch bedeutet, daß sie ihren Aufsichtsrat selbst berufen. Zudem wird das Machtgefüge abgesichert durch Ex-Bank-Vorständler in diesem Gremium. Der Aufsichtsrat stellt so kein Kontrollorgan dar, sondern eine Koordinationsinstitution für das Engagement der Großbanken.

Gleiches gilt für die *zentralen Beiräte*, die ohne juristische Zuständigkeit sind. Sie entstanden erst im Gefolge der Aktienrechtsnovelle von 1965 (*Lex Abs*), die eine Begrenzung der Aufsichtsratsmandate auf zehn (plus fünf weiteren bei eigenen „Tochter“-Unternehmen) mit sich brachte. Zur Aufrechterhaltung institutioneller personeller Verflechtungen schuf man in der Folge umfassende Beiräte.

Auch die *regionalen Beiräte*, in etwa der Länderstruktur entsprechend, sind solche Koordinationsgremien. Dazu äußerte *Paul Kleinewefers*, Unternehmer des Jahrgangs 1905 und selbst jahrelang Mitglied im Beirat der DB: „In den Beiräten der Großbanken (von den Aufsichtsräten natürlich abgesehen) treffen sich – cum grano salis – die führenden Männer der deutschen Wirtschaft. Es gilt als Auszeichnung, einem solchen Beirat anzugehören“ und zugleich als Verpflichtung zur entsprechenden Pflege der Bankkontakte.¹⁰

¹⁰ Paul Kleinewefers, Jahrgang 1905 – Ein Bericht, 2. Auflage, o. O. 1977, S. 356.

Die GB organisieren durch primäre und sekundäre Verflechtungen 2154 Personen, davon die DB 889, die DrB 689 und die CB 576. Das Verhältnis zwischen primären und sekundären Beziehungen liegt bei 1:2. Über diese 2154 Personen werden Verbindungen zu 3146 inländischen Unternehmen gehalten, dazu rund 500 Unternehmen im Ausland (in der Regel „Töchter“ von BRD-Konzernen). Im Durchschnitt bestehen zu jeder dieser Firmen zwei personelle Verflechtungen. Die DB unterhält zu 55 Prozent der 3146 inländischen Unternehmen Beziehungen, allein zu 35,8% *exklusiv*. Die DrB ist verflochten mit 43,5% des Samples, *exklusiv* mit 25,4%. Die CB-Anteile belaufen sich auf 29,5% und 16,2%.

Tabelle 1: Anteile der einzelnen Großbanken an den personellen Verflechtungen (pV) zu 3146 inländischen Unternehmen (U)

Es bestehen exklusive pV der	Es bestehen parallele pV der
Deutschen Bank zu 1127 (= 35,8%) der U,	Deutschen und Dresdner Bank zu
Dresdner Bank zu 800 (= 25,4%) der U,	290 (= 9,2%) der U,
Commerzbank zu 510 (= 16,2%) der U.	Deutschen und Commerzbank zu
- Prozentangaben gerundet -	139 (= 4,4%) der U,
	Dresdner und Commerzbank zu
	99 (= 3,1%) der U,
	aller drei Großbanken zu
	181 (= 5,8%) der U.

Quelle: Eigenberechnung.

Die exklusiven personellen Verflechtungen treten vorwiegend bei „kleinen“ Unternehmen mit unter einer Mrd. DM Umsatz auf. Umgekehrt sind etwa die 100 größten Industrieunternehmen in der Regel mit zwei oder allen drei Großbanken in personaler Beziehung. Letzteres schließt aber keineswegs aus, daß häufig eine deutliche Hierarchisierung zugunsten einer Großbank festzustellen ist. Das Unterhalten von Beziehungen der Industrie zu mehreren Banken muß verstanden werden als Versuch der Relativierung des Einflusses der „Hausbank“ – zur Absicherung eigener Freiräume – und vor allem als Ergebnis der fortgeschrittenen Konzentrationsprozesse, die es ökonomisch sinnvoll erscheinen lassen, „fremde“ Banken in den eigenen Reproduktionsprozeß mit einzubeziehen, zugleich aber auch als Ergebnis der Konkurrenz zwischen den Großbanken und zwischen den Finanzgruppen um Einflußzonen.

3. Die Finanzgruppen Deutsche Bank und Dresdner Bank

Hier kann aus räumlichen Gründen keine umfassende Darstellung der personellen Verflechtungen von Industrie- und Bankkapital vorgenommen werden. Insgesamt, das sei hier jedoch vermerkt, decken sich die empirischen Befunde mit der Finanzgruppentheorie: Ohne daß alle Industrieunternehmen einer Gruppe zuzuordnen sind, läßt sich doch für die Mehrheit inländischer Industriekonzerne (hier für die größten 60), welche nicht in ausländischem oder Staatseigentum sind, der Nachweis einer Finanzgruppenzugehörigkeit erbringen.

In der Tabelle 2 findet sich eine Zuordnung der 60 größten bundesdeutschen Industriekonzerne¹¹ zu den Finanzgruppen der Deutschen Bank und der Dresdner Bank oder zu den sogenannten „autonomen“ Unternehmen. Die Nichtberücksichtigung der Commerzbank-Gruppe erklärt sich aus deren Zusammensetzung: Kein Mitglied ist unter den 60 Größten zu finden. Dies bedeutet aber keineswegs, daß nicht auch die Commerzbank personelle oder andere Beziehungen in diesem Bereich unterhält. Ihnen kommt aber lediglich marginale Bedeutung zu.

Die tabellarische Zuordnung der Industriekonzerne in die beiden Finanzgruppen erfolgte nur bei eindeutiger Faktenlage. Nicht berücksichtigt bzw. als „autonom“ bezeichnet wurden Unternehmen, welche sich beim jetzigen Stand der Untersuchung, hier besonders der personellen Verflechtungen, einer eindeutigen Bestimmung entzogen. Darüber hinaus wurden – per Definition – Gesellschaften ausgegrenzt, die mehrheitlich im Eigentum des Staates oder ausländischen Kapitals sind. Deutlich wird die vorsichtige Interpretation der Fakten anhand des Beispiels der Bayer AG. Immerhin vertrat die DB auf der vorletzten Hauptversammlung 29% der präsenten Stimmen und ist hochrangig personell mit Bayer verflochten. Zugleich ließ sich aber ein ebenfalls nicht unbedeutender Einfluß der beiden anderen Großbanken festmachen. Im Ergebnis wird Bayer den „autonomen“ Unternehmen zugeordnet, obgleich gerade Ereignisse der jüngsten Zeit die enge Beziehung der Bayer AG zur DB belegen: So gründete die DB im November 1985 die DB-Capital Markets (Asia) Ltd., Hongkong/Tokio, gemeinsam mit Siemens und Bayer (diese Industriebeteiligung wurde vom japanischen Finanzministerium als Bedingung für den Zugang zum ansonsten verschlossenen Wertpapiermarkt gestellt).

Die Kriterien, welche zu einer Gruppenzuordnung führten, seien hier kurz erläutert. Die Bewertung der personellen Verflechtungen basiert im Zuordnungsfall auf drei Punkten:

- Es liegt wenigstens eine primäre Verflechtung vor.
- Die führende Bank hebt sich, bei quantitativer Betrachtung, deutlich von den beiden anderen Großbanken ab. Dies läßt sich nicht generell quantifizieren, da etwa die Aufsichtsräte nicht alle die gleiche Personenzahl umfassen, nicht alle Gesellschaften in der Form einer AG geführt werden etc.
- Die führende Bank hebt sich ebenfalls bei einer qualitativen Betrachtung, also der leitenden Gremienfunktionen (Vorsitzender des Vorstandes und Aufsichtsrates) erkennbar von den anderen Großbanken ab.

Darüber hinaus wurden bei der Auswertung Kapitalverflechtungen und die Wahrnehmung des Depotstimmrechtes berücksichtigt, soweit hier Erkenntnisse vorliegen.¹²

11 Allein die 50 größten Konzerne stehen für mehr als ein Fünftel der gesamten Industrieproduktion in der Bundesrepublik (die Monopolkommission errechnete für 1980 einen Anteil der 100 Größten an der gesamten Industrieproduktion von 37,26% – bei steigender Tendenz). Quelle: Monopolkommission, Hauptgutachten 1980/81, Baden-Baden 1982, S. 88.

12 Die Erhebung der Kapitalverflechtungen beruht auf: Commerzbank (Hrg.). Wer gehört zu wem, 14. Auflage, Hamburg 1982, und der 15. Auflage, Hamburg 1985; auf: Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Wegweiser durch deutsche Unternehmen, München 1984.

Tabelle 2: Finanzgruppen um die Deutsche Bank und die Dresdner Bank, sowie „autonome“ Unternehmen, auf Basis der 60 größten Industriekonzerne in der Bundesrepublik 1983

Finanzgruppe	Finanzgruppe	„Autonome“ Unternehmen
Deutsche Bank	Dresdner Bank	BASF AG (5./alle drei)***
VEBA AG (1.)*	Krupp GmbH (15.)	Bayer AG (6./DB)
Daimler-Benz AG (3.)	BMW/Quandt-Gruppe (20.)	Hoechst AG (7./alle drei)
Siemens AG (4.)	AEG AG (23.)**	A BP AG (10./DrB)
RWE AG (9.)	Krupp Stahl AG (50./	A Shell AG (12./DB, DrB)
VEBA OEL AG (11./	Krupp-„Tochter“)	A Esso AG (13./DrB, DB)
VEBA-„Tochter“)		Ruhrkohle AG (14./DB)
Bosch GmbH (18.)		GHH AG (16./alle drei)
Mannesmann AG (19.)		A Opel AG (17.)****
Flick-Gruppe (29.)*****		A Ford AG (21./CB, DB)
Henkel KGaA (34.)		Preussag AG (22./alle drei)
Holzmann AG (36.)		A Mobil Oil AG (26./DB)
Preußische Elektrizitäts-AG		A IBM-Gruppe (27./DB, CB)
(37./VEBA-„Tochter“)		Wintershall AG (28./
Hoesch AG (39.)		BASF-„Tochter“)
Bertelsmann AG (43.)		A Texaco AG (30./DB)
Reemtsma GmbH		S Salzgitter AG (31./alle
Chemische Werke Hüls		drei)
(48./VEBA-„Tochter“)		MAN AG (32./GHH-
Mannesmann Röhren-Werke		„Tochter“)
AG		A Unilever GmbH (33./DB)
(55./Mannesmann-„Toch-		Babcock AG (38./DrB)
ter“)		S Saarbergwerke AG (40./al-
Union Rheinische		le drei)
Braunkohlen Kraftstoff AG		Klöckner-Werke AG
(56./RWE-„Tochter“)		(41./DB)
Buderus AG (57./Flick-*****		A Philips-Gruppe (42./DB,
„Tochter“)		DrB)
		Agfa-Gevaert AG (45./
		Bayer-„Tochter“)
		S VIAG AG (46./DB)
		MBB GmbH (47./DrB)
		S VEW AG (49./alle drei)
		A Brown, Boverie u. Cie.
		(52./CB, DrB)
		Klöckner-Humboldt-Deutz
		AG
		(53./DB, DrB)
		Hochtief AG (54./CB,
		DrB)
		S Bayernwerk AG
		(58./VIAG-„Tochter“)
		A BAT Cigaretten-Fabriken
		GmbH (59./CB, DrB)
		A SEL AG (60./ITT-„Toch-
		ter“/alle drei)
Unternehmen zwischen Deutscher und Dresdner Bank		
Volkswagen AG (2.)		
Thyssen AG (8.)		
Degussa AG (24.)		
Metallgesellschaft (25.)		
Audi AG (35./VW-„Tochter“)		
Thyssen Industrie AG		
(51./Thyssen-„Tochter“)		

(Anmerkungen siehe nächste Seite.)

Daß die Mitgliedschaft in einer Finanzgruppe keine statische Festlegung beinhaltet, hat der Fall AEG deutlich gemacht. Gleiches könnte für Thyssen gesagt werden, ein Unternehmen, das traditionell mit der Dresdner Bank in engster Beziehung stand – heute ist auch hier der DB ein Einbruch gelungen. Ebenso gibt es Abstufungen innerhalb der Finanzgruppen selber. Dies hat im weitesten Sinne konkret-historische Ursachen. Die VEBA AG zählt z. B. nicht zum Kern der DB-Gruppe, wie etwa Siemens, Daimler-Benz, Bosch, Mannesmann und Flick. Bis zum Ende der 60er Jahre war die VEBA ein reines Staatsunternehmen. Erst die Streuung des Aktienkapitals, gefeiert als Ausgabe von „Volksaktien“, gab den Banken – über das Depotstimmrecht – direkten Zugriff auf das Unternehmen. Sukzessive wurde der Staatsanteil auf heute deutlich unter 30% abgesenkt.

Die Geschichte der Daimler-Benz AG bot der DB *früher* einen Zugang. 1924 waren die Daimler-Motorenengesellschaft und die Benz & Cie. voneinander unabhängige Unternehmen – die aber wirtschaftlich am Boden lagen. Es war die DB, die beide Unternehmen fusionierte und reorganisierte. Seitdem spielt die Bank bei Daimler-Benz eine beherrschende Rolle. Aktuell hält die Bank 28,5% des Aktienkapitals, dazu kommen die 10% der Flick-Gruppe (die auch vor dem Kauf zum 1. 1. 1986 zum Einflußpotential der DB gerechnet werden mußten) und verfügt fast vollständig über das Depotstimmrecht der 22,3% in Streubesitz befindlichen Aktien. All dies hat auch ein „Paradebeispiel“ für personale Verflechtung entstehen lassen: *Hermann J. Abs*, Ehrenvorsitzender im Aufsichtsrat, bekleidet diesen Posten auch bei Daimler. Aufsichtsratsvorsitzender bei Daimler ist *Alfred Herrhausen*, Sprecher der DB. Weitere zwei Mandate im Rat werden von Deutsch-Bankern wahrgenommen. Umgekehrt sitzt der Vorstandsvorsitzende von Daimler, *Werner Breitschwerdt*, im „Beirat der Gesamtbank“ der DB. Ein weiteres Mitglied des Daimler-Vorstandes sowie ein Direktor gehören regionalen Beiräten der DB an.

Anmerkungen zur Tabelle 2:

- * In der Klammer finden sich jeweils die Rangplätze der einzelnen Konzerne innerhalb der 60 größten inländischen Industrieunternehmen (Quelle: Capital, 10/1984 – Rangplätze für das Jahr 1983).
- ** Infolge der Übernahme der AEG durch Daimler-Benz muß der Elektrokonzern heute zur Finanzgruppe der Deutschen Bank gezählt werden.
- *** In der Klammer der „autonomen“ Konzerne finden sich die Großbanken – entsprechend der Intensität der Verbindung aufgelistet –, zu denen personelle Beziehungen bestehen.
- **** Die Opel AG hat keine verifizierbaren personellen Verflechtungen mit einer der Großbanken.
- ***** Der industrielle Kern der Flick-Gruppe wurde, nachdem Flick zum Jahreswechsel 1985/86 an die Deutsche Bank verkaufte, mittlerweile als Feldmühle Nobel AG über die Deutsche Bank an der Börse eingeführt. Über Depotstimmrecht und personelle Verflechtungen wird die neue AG auch künftig zur DB-Gruppe zählen.
- A Das Unternehmen befindet sich mehrheitlich im Besitz ausländischer Eigentümer.
- S Unternehmen in Staatseigentum (Bund, Länder und/oder Kommunen).

Quelle: Eigene Erhebung der personalen, kapitalmäßigen und stimmrechtlichen Verflechtungen. Den personellen Verflechtungen kommt dabei das Primat zu, da sie als einziger Faktor z. Z. systematisch und annähernd umfassend erfaßt sind.

Das Beispiel Daimler verweist zugleich auf eine weitere Differenzierung innerhalb der Finanzgruppen. Es gibt nicht nur Unterschiede in der „räumlichen“ Distanz der Finanzgruppenmitglieder zur zentralen Großbank, sondern auch im Verhältnis zu dieser. Für Daimler-Benz läßt sich spätestens mit der Reorganisation Mitte der 20er Jahre eine *dominante* Position der Deutschen Bank gegenüber dem Automobilkonzern konstatieren. In den personellen Verflechtungen zwischen Daimler und DB drückt sich dies in den starken primären Verflechtungen zwischen beiden aus.

Anders Siemens: Der Konzern zählt ebenfalls zum Kern der DB-Gruppe, und wie zu Daimler unterhält die Deutsche Bank seit vielen Jahrzehnten enge Verbindungen zu Siemens, es ist aber nicht ersichtlich, daß die DB Siemens dominiert. Siemens stand bereits an der Wiege der Deutschen Bank im Jahre 1870. Der Vetter des Siemens-Gründers *Werner Siemens* (das „von“ gab es erst Jahre später), *Georg Siemens*, war Mitgründer der Großbank und ihr erster Direktor, was dem heutigen Vorstandssprecher entspricht. Im Gegensatz zu Daimler-Benz erlebte der Elektrokonzern aber nie eine so tiefe Krise wie das Automobilunternehmen, was der DB den Einstieg in eine dominante Position ermöglicht hätte. Auf der Siemens-Hauptversammlung 1984 vertrat die DB immerhin 20% der Stimmen allein. Im Hinblick auf die personale Verflechtung von DB/Siemens drückt sich der beschriebene Sachverhalt in zwar ebenfalls sehr intensiven personellen Beziehungen aus, in denen aber der DB nur eine primäre Verflechtung zugestanden wurde. So ist *Wilfried Guth* (DB) stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Siemens. Weitere fünf Mitglieder des Siemens-AR sitzen zugleich in Gremien der DB, insbesondere in deren AR und zentralem Beirat, darunter der AR-Vorsitzende des Elektrokonzerns, *Peter von Siemens* (im Mai 1986 verstorben), der ebenfalls im AR der Deutschen Bank Mitglied ist. Daneben gibt es eine Reihe weiterer personeller Verflechtungen zwischen beiden Unternehmen.

In diesem Beitrag stand der Aspekt der personalen Verflechtung im Vordergrund. Diese Ebene der Verflechtung ist von ihrer formellen Seite der empirischen Forschung am ehesten zugänglich und spiegelt zugleich andere Beziehungen wider. Dies gilt auch im Blick auf die Verflechtung der Großbanken mit Institutionen des States und ideologischen Apparaten (*Antonio Gramsci*). So lassen sich personelle Beziehungen der drei Banken mit 120 staatlichen Institutionen und mit über 850 ideologischen Apparaten nachweisen.¹³

13 Vgl. ausführlicher Hermannus Pfeiffer, *Das Netzwerk . . .*, a. a. O., bes. S. 169 ff.

Neue Technik, Produktionsstrukturen und Anpassungsreaktionen des SMK

Ulrich Dolata

1. Veränderungen in der technologischen Basis der industriellen Produktion: Stand und Entwicklungstrends – 1.1 Die neuen Technologien und ihre Einsatzmöglichkeiten im Produktionsbereich – 1.2 Rationalisierung in der Produktion – 2. Zur ökonomischen Regulierung des technologischen Umbruchs – 2.1 Technologischer Umbruch und veränderte Reproduktionsbedingungen – 2.2 Umprofilierung der Konzernstrukturen – 2.3 Monopolisierung und Regulierung des Wissenschaftsprozesses – 2.4 Bruchstellen des Umbruchs.

Es spricht einiges dafür, daß die achtziger Jahre zum Jahrzehnt des Durchbruchs der neuen Rationalisierungstechnologien auch in den Kernbereichen der industriellen Produktion werden. Der Einsatz von Prozeßrechnern, computergesteuerten Werkzeugmaschinen oder Industrierobotern nimmt zu; der Auf- bzw. Ausbau komplexer Informationsverarbeitungs-, Kommunikations- und Produktionssysteme auf Basis der Computertechnologie macht beachtliche Fortschritte. Die Automatisierungsinvestitionen in der Industrie, deren Gewicht sich im Gefolge der Krise 1974/75 erhöht hatte, haben in den achtziger Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Sie zielen nicht nur auf die beschleunigte Nutzung der angehäuften Rationalisierungspotentiale in den Schlüsselzweigen der materiellen Produktion, sondern dringen sukzessiv in solche Bereiche vor, die bislang als schwer automatisierbar galten (wie z. B. Montage). Sie erfassen vor- und nachgelagerte Bereiche wie die Produktionsplanung, die Beschaffung, die Lagerhaltung und den Absatz. Der Beschleunigung der Rationalisierungsbewegung entspricht ihre „Verdichtung“: Neben die Rationalisierung und Automatisierung einzelner Glieder in der Produktion tritt ihre schrittweise Einbindung in produktionstechnologische und -organisatorische Gesamtkonzepte, die auf die Vernetzung vorhandener Rationalisierungsschwerpunkte und ihre optimale Integration in den Gesamtzusammenhang unternehmerischer Produktions- und Investitionsstrategien hinzielen.

Die hiermit verbundenen bzw. absehbaren Umstrukturierungen und Neuausrüstungen sind als mehr oder minder bruchlose Umsetzung technologischer Neuerungen in die Produktion längst nicht mehr angemessen zu erfassen. Von einer „neuen Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution“¹

¹ P. Hess, Grenzen des Kapitals: Wissenschaftlich-technische Revolution und Verwertung, in: Wirtschaftswissenschaft 9/1983, S. 1373.

einer „neuen Stufe der Produktivkraftentwicklung“² und einer „grundlegend gewandelten Rationalisierungssituation“³ ist daher allenthalben die Rede – von einem einschneidenden technologischen Umbruch im Produktionsbereich also, dessen Entfaltung ganz zweifellos noch am Anfang steht. In seiner Perspektive deuten sich nachhaltige Veränderungen im System der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Arbeit an, die – so ist zu vermuten – auch das regulierende Zusammenspiel der staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse und Konkurrenzbeziehungen nicht unberührt lassen.

Die Untersuchung dieses Zusammenhangs von wissenschaftlich-technischem Fortschritt, Umwälzungen in der technologischen Basis der Produktion und Veränderungen in den Produktionsverhältnissen und Regulierungsmechanismen des staatsmonopolistischen Kapitalismus steht im Mittelpunkt der weiteren Ausführungen. Sie versuchen eine Abschätzung des Standes und der Perspektiven dieses Umbruchsprozesses und gehen der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen seiner sozialökonomischen Bewältigung im heutigen Kapitalismus nach. Sie fügen sich damit in die aktuellen Diskussionen um die Perspektiven und die Zukunft dieser Produktionsweise ein.⁴

1. Veränderungen in der technologischen Basis der industriellen Produktion: Stand und Entwicklungstrends

1.1 Die neuen Technologien und ihre Einsatzmöglichkeiten im Produktionsbereich

Die These eines technologischen Umbruchs stützt sich zunächst auf die aktuellen und perspektivischen *Möglichkeiten einer umfassenden Restrukturierung und Flexibilisierung des industriellen Produktionsprozesses*, die aus der rasanten Entwicklung der Mikroelektronik und Computertechnologie selbst resultieren.

Lange Zeit war die Übertragung der Werkzeugführung, des handwerklichen Geschicks und der Muskelkraft vom Menschen auf Maschinensysteme trotz aller technologischen Neuerungen die vorherrschende Form der Mechanisierung und Automation des Produktionsprozesses. Ein hoher Automationsgrad korrelierte in aller Regel mit einem starren Produktionsverfahren und einer hohen Kapitalintensität. Die Automatisierungsbemühungen konzentrierten sich folgerichtig auf die standardisierte Produktion von Massenerzeugnissen, erfaßten also nur Ausschnitte der materiellen Produktion und konnten in vor- bzw. nachgelagerten Bereichen wie der Konstruktion, der Produktionsplanung und -vorbereitung, der Lagerhaltung oder der Fertigung (Montage) kaum Fuß fassen.

2 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) (Hg.), *Der staatsmonopolistische Kapitalismus der 80er Jahre – Neue Tendenzen und Widersprüche. Thesen*, Berlin 1985, S. 10 ff.

3 H. Kern/M. Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion*, München 1984, S. 15.

4 Vgl. dazu: IMSF (Hg.), *Marxistische Studien. Jahrbuch 9*, Frankfurt/M. 1985. Hier insbesondere den Artikel von H. Jung: *Umbruchperiode? Die BRD bis zum Jahr 2000*, S. 11 ff.

Diese Rationalisierungssituation änderte sich mit den Fortschritten in der Mikroelektronik und Computertechnik grundlegend. Sie bilden die technologische Grundlage für die Übertragung geistig-intellektueller, informationsverarbeitender und logischer Funktionen der menschlichen Arbeitskraft auf technische Systeme und eröffnen dadurch der Steuerung und Organisation der Produktion und aller mit ihr verbundenen Bereiche z. T. völlig neue Möglichkeiten.⁵ „In dem Maße, in dem die technischen Systeme tatsächlich durch leistungsfähige Rechnersteuerungen an Intelligenz und durch komplexe Sensoren an Wahrnehmungsfähigkeit gewinnen, erreicht der säkulare Prozeß der Autonomisierung der Maschinerie eine neue Stufe: Technik kann in nicht standardisierte Prozesse vordringen – Prozesse, die wegen der geforderten Vielfalt und Variabilität bisher als Reservat menschlicher Arbeitskraft galten. Und in dem Maße, in dem die Kapazität, um nicht zu sagen Kompetenz der Maschinen nicht mehr nur innerhalb einzelner Maschinenstationen, also inselartig, kultiviert wird, sondern neue Verkettungstechniken im Zusammenwirken mit den umfassenderen Steuerungsmöglichkeiten den Brückenschlag zwischen solchen autonomisierten Inseln zulassen, tun sich hochflexible Gesamtsysteme von großer Reichweite auf.“⁶ Die Konstruktion und Produktion intelligenter materieller Systeme ermöglicht damit zum einen die *Flexibilisierung* vieler Produktionsabläufe – Automatisierung geht nun nicht mehr einher mit produktionstechnischer und ökonomischer Starrheit, sondern dringt jetzt in die Produktion kleiner und mittlerer Serien mit schnell wechselnden Typen ein. Die informationstechnologische Durchdringung der Fabrik eröffnet zweitens nicht nur der *Verkettung*, zentralen Steuerung und Überwachung des Maschinensystems, sondern auch der *Vernetzung und Integration* aller Konstruktions-, Planungs-, Arbeitsvorbereitungs-, Produktions- und Fertigungsvorgänge neue Perspektiven. Zusammen mit der schnellen Miniaturisierung, Verbilligung und Leistungssteigerung mikroelektronischer Bauelemente ergeben sich beachtliche Möglichkeiten der Intensivierung der Produktion.

Die Informationstechnologien werden damit zu einem universell einsetzbaren Rationalisierungsinstrument, das ausnahmslos alle Bereiche der Steuerung und Organisation der Produktion erfassen kann. Ihre *Einsatzbereiche und Anwendungsfelder* haben sich auch im Produktionsbereich in den letzten Jahren sprunghaft ausgeweitet:⁷

5 Vgl. einführend U. Briefs, *Informationstechnologien und Zukunft auf Arbeit*. Ein politisches Handbuch zu Mikroelektronik und Computertechnik, Köln 1984, S. 28 ff. Zu den Trends der technischen Entwicklung vgl.: P. Fleissner, *Zum Umbruch des Produktivkraftsystems*, in: IMSF, *Marxistische Studien* 9, a.a.O., S. 164 ff.

6 Kern/Schumann, *Ende der Arbeitsteilung?*, a.a.O., S. 47.

7 Vgl. im folgenden L. Zimmermann (Hg.), *Computereinsatz: Auswirkungen auf die Arbeit* (Humane Arbeit, Bd. 3), Reinbek 1982, S. 77 ff.; R. Schneider, *Computertechnologien in der Produktion. Zur Veränderung industrieller Arbeit durch Automatisierung*, in: WSI-Mitteilungen 2/1983, S. 66 ff.; A. Leisewitz, *Neue Technologien und Arbeiterklasse. Zur Entwicklung des Produktivkraftsystems in der Bundesrepublik*, in: IMSF (Hg.), *Marxistische Studien* 6, Frankfurt/M. 1983, S. 91 ff.; ders., *Flexibilisierung und Intensivierung der Produktionsanlagen durch neue Techniken – Das Beispiel der Industrieroboter*, in: IMSF (Hg.), *Umbruch im Produktionsbereich?* (Beiträge des IMSF 7), Frankfurt/M. 1985, S. 47 ff.

- Im Vorfeld der unmittelbaren Produktion hat vor allem das *computergestützte Konstruieren* (computer aided design / CAD) schnell an Bedeutung gewonnen. CAD-Systeme haben mittlerweile Eingang in die Konstruktionsbereiche nahezu aller Industriezweige gefunden. Zugleich bilden sich heute erste Ansätze einer *computergestützten Produktionsplanung und -steuerung* (computer aided planning / CAP) heraus.
- Die stoffumwandelnde Produktion (z. B. Chemie, Stahl) ist das Haupteinsatzfeld von *Prozeßrechnern*, die Aufgaben der Überwachung, Steuerung und Optimierung von Prozeßabläufen übernehmen.
- Die Automobilindustrie ist das mit Abstand wichtigste Einsatzfeld von *Industrierobotern*. Sie haben hohe Zuwachsraten vor allem in der Fertigung und der Montage zu verzeichnen.
- Hauptsächlich im Maschinenbau, aber auch in vielen anderen Branchen, in denen Werkstücke bearbeitet werden, befinden sich seit langem *numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen* im Einsatz. Die herkömmliche NC-Technik wird gegenwärtig durch die CNC-Technik (CNC = computerized numerical control), mit deren Hilfe Bearbeitungsprogramme direkt in die Maschinen eingegeben und dort auch nachträglich korrigiert bzw. optimiert werden können, abgelöst. Erst in geringer Zahl in Betrieb sind dagegen *flexible Fertigungssysteme*, die aus mehreren durch Werkstücktransport- und Speichersysteme miteinander verkoppelten Werkzeugmaschinen bestehen und von einem übergeordneten Prozeßrechner gesteuert werden.
- Die übergreifende Kontrolle und Überwachung der Produktion erfolgt heute schon häufig über computergestützte *Betriebsdatenerfassungssysteme*.
- Alle Bemühungen um Teiloptimierungen einzelner Fertigungsbereiche und Produktionsabschnitte werden in jüngster Zeit ergänzt durch erste Versuche, mit Hilfe der Informationstechnologien die gesamte logistische Kette vom Zulieferer über das Rohmateriallager, die Produktion und Fertigung, das Fertigwarenlager und die Warenverteilung bis hin zum Abnehmer durchzuoptimieren. Entsprechende Pilotprojekte im Bereich der *Produktionslogistik*⁸ werden mittlerweile von über 100 Industrieunternehmen in der BRD durchgeführt.

1.2 Rationalisierung in der Produktion

In den letzten Jahren läßt sich ein deutlicher allgemeiner *Anstieg der Rationalisierungsinvestitionen* in der Industrie feststellen.⁹ Im Unterschied zu den siebziger Jahren, in denen sich der Einsatz neuer Technologien noch sehr stark auf den Bereich der unmittelbaren Informationsverarbeitung (Büro und

⁸ Vgl. W. Olle, Neue Dimensionen der Produktionslogistik, in: WSI-Mitteilungen 4/1986, S. 312 ff.

⁹ Vgl. im folgenden: L. Scholz, Automatisierungsinvestitionen in der Industrie, in: ifo-schnelldienst 17-18/1982, S. 32 ff.; R. Schneider, Computertechnologien in der Produktion, a. a. O., S. 66 ff.; H. Schmalholz, Innovation: Zukunftssicherung der Unternehmen, in: ifo-schnelldienst 19/1985, S. 18 ff.; ders., Innovation als Wachstumsmotor, in: ifo-schnelldienst 6/86, S. 5 ff.; D. Seitz, Rationalisierung und Beschäftigung in der Serienmontage, in: WSI-Mitteilungen 2/1986, S. 57 ff.; J. Goldberg/A. Leisewitz, Neue Aspekte im Ausbeutungsmechanismus des Kapitals, in: Marxistische Blätter 3/1986 S. 28 ff.

Verwaltung) konzentriert hatte, hat die Computertechnik nun auch die Kernbereiche der industriellen Produktion erfaßt. Im Vordergrund der Rationalisierungsbemühungen stehen Prozeßinnovationen vor allem im Bereich der Fertigungs- und Verfahrenstechnik. Diese Schwerpunktsetzung äußert sich nicht nur in einer z. T. sprunghaften Verbreitung einzelner elektronischer und computergesteuerter Arbeitsmittel – der Bestand an Industrierobotern soll sich z. B. bis 1990 verfünffachen –, sondern auch in wachsenden Anstrengungen, komplexere Fertigungssysteme zu installieren und die Fertigungs- bzw. Prozeßüberwachung zu automatisieren. Daneben haben sich vor allem die Bemühungen in den Bereichen der Entwicklung und Konstruktion sowie der Arbeitsvorbereitung und -steuerung (Kapazitäts- und Terminplanung, Zeitermittlung, Erstellung von Arbeitsgrundlagen, Materialflußsteuerung u. a. auf Grundlage der EDV) deutlich verstärkt.

Die seit nunmehr über einem Jahrzehnt anhaltende Krisen- und Stagnationsphase ist das ökonomische Milieu, in dem sich diese Entwicklung vollzieht, die scharfe (internationale) Konkurrenz um kaum noch expandierende Märkte ihre entscheidende Triebkraft. Die technologische und arbeitsorganisatorische *Modernisierung der industriellen Kernsektoren* wird unter diesen Bedingungen zu einem ganz entscheidenden Faktor im Kampf um Wettbewerbspositionen, Marktanteile und Extraprofite vor allem auf internationalem Terrain.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die Senkung der Lohnkosten keineswegs – wie zunächst vielleicht vermutet werden konnte – das dominierende *Automatisierungsmotiv der Unternehmen* ist. Sie spielt im Rationalisierungskalkül der Betriebe sicherlich auch eine wichtige Rolle, tritt jedoch hinter das Streben nach einer umfassenden *Ökonomisierung und Verdichtung aller Produktionsprozesse und Flexibilisierung der Produktionsmöglichkeiten* zurück. Rationalisierungsinvestitionen in der Industrie zielen heute vor allem auf die Senkung der allgemeinen Produktionskosten durch die informationstechnologische Durchdringung bzw. Verzahnung möglichst vieler Arbeitsvorgänge (insbesondere in den Bereichen der Fertigung und Montage) sowie eine intensivere und rationellere Auslastung der Anlagen. Sie zielen darüber hinaus auf den Auf- und Ausbau eines Produktionsapparates, der verhältnismäßig leicht umrüstbar ist und dementsprechend schnell und gezielt (etwa durch Veränderungen der Serien- und Losgrößen oder durch Typenwechsel) auf Marktprozesse und Absatzveränderungen reagieren kann. Computergesteuerte Arbeitsmittel schaffen die dazu notwendigen technologischen Voraussetzungen. Dem tritt ein Rationalisierungsverständnis zur Seite, das sich längst nicht mehr über die Schaffung einzelner „Rationalisierungsinseln“ oder Pilotprojekte definiert, sondern mittlerweile ihre Vernetzung und Integration in den betrieblichen Gesamtzusammenhang als zentrale Aufgabenstellung der Zukunft begreift. „Die Rationalisierung greift über die Gestaltung einzelner Größen des unmittelbaren Produktionsprozesses hinaus und leistet die konsequente Integration verschiedener, früher kaum aufeinander bezogener Aktionsdimensionen. (. . .) Gerade dieses durch ganzheitlichen Zugriff, systematischerer Planung und konsequenteren Vollzug gekennzeichnete Ratio-

nalierungsverständnis und das Vorhandensein entsprechender Rationalisierungsinstrumente macht die *neue* Qualität des heutigen Rationalisierungspotentials der Betriebe aus.“¹⁰

Der beachtliche Anstieg der Rationalisierungsinvestitionen, die beschleunigte Einführung von Computertechnik in die Produktion und die angesprochenen Veränderungen im Rationalisierungsverständnis vieler (großer) Unternehmen dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der technologische Umbruch im Produktionsbereich bei aller Dynamik weder einheitlich noch widerspruchlos durchsetzt. Wirft man einen flüchtigen Blick auf die *Rationalisierungsprofile der bedeutendsten Industriebranchen der BRD*,¹¹ so zeigen sich doch z. T. gravierende Unterschiede in den Rationalisierungspotentialen, der Rationalisierungsgeschwindigkeit und den spezifischen Durchsetzungsformen dieses Prozesses, der sich keineswegs durch eine schnelle, bruchlose Einführung des vorhandenen und einsetzbaren technologischen Potentials in die Produktion auszeichnet, sondern im Gegenteil als eine von Branche zu Branche differenzierte, widersprüchliche und häufig eher zögerliche Bewegung charakterisiert werden muß. Insgesamt zeigt sich, daß sich die ökonomische Umsetzung technologischer Innovationen in die Produktion unter dem maßgeblichen Einfluß branchenspezifischer Entwicklungsprofile vollzieht. Dies betrifft sowohl die spezifischen technologischen Möglichkeiten und Rationalisierungspotentiale der einzelnen Zweige als auch die teils eher privat-, teils eher staatsmonopolistisch charakterisierten Durchsetzungsformen, die dieser Modernisierungsprozeß annehmen kann. Er beschränkt sich allerdings keineswegs auf expansive Branchen, sondern wird auch in stagnierenden bzw. schrumpfenden Branchen vorangetrieben¹² – in einer Situation, die durch langanhaltende Stagnationserscheinungen, Überkapazitäten und Absatzprobleme gekennzeichnet ist, allerdings oft nur unter dem Druck scharfer Konkurrenzkämpfe. „Risiken, Unsicherheiten und Marktbegrenzungen hemmen die Anlage von Kapital, aber zugleich erzwingt der Kampf um die Märkte verstärkte Bemühungen zum Erhalt und Ausbau von Konkurrenzpositionen, das heißt, zur Modernisierung, Umstrukturierung und auch Erweiterung von Kapazitäten.“¹³

10 Kern/Schumann, Ende der Arbeitsteilung? a. a. O., S. 16.

11 Vgl. dazu übergreifend ebd., S. 40 ff.; IMSF (Hg.), Umbruch im Produktionsbereich, a. a. O., S. 65 ff.; vgl. ergänzend A. Leisewitz, Flexibilisierung und Kontrolle. Neue Technologien und Veränderungen der Betriebsstrukturen am Beispiel der Automobilindustrie, in: IMSF (Hg.), Marxistische Studien. Jahrbuch 7/1984, Frankfurt/M., S. 182 ff.; R. Bispinck, Montagetätigkeit im Wandel. Arbeitsbedingungen zwischen Fließband und Computer, in: WSI-Mitteilungen 2/1983, S. 88 ff.; A. Zeh, Entwicklungstendenzen in der kapitalistischen Automobilindustrie – verschärfter Kampf um Konkurrenzpositionen, in: IPW-Berichte 5/1985, S. 57 ff.; ders., BRD-Elektroindustrie: Expansion und Labilität, in: IPW-Berichte 2/1982, S. 41 ff.; K. Benz-Overhage, Automatisierung der Fertigung im Maschinenbau und ihre Folgen für die Arbeitsgestaltung, in: WSI-Mitteilungen 2/1983, S. 79 ff.; A. Zeh, BRD-Chemieindustrie im Anpassungsprozeß, in: IPW-Berichte 6/1983, S. 55 ff.

12 Vgl. Autorenkollektiv, Strukturwandel und Strukturkrisen im gegenwärtigen Kapitalismus, Berlin 1983, S. 70 ff.

13 R. Kowalski, Widersprüche der Kapitalakkumulation und Regulierungskrise, Berlin 1983, S. 47.

2. Zur ökonomischen Regulierung des technologischen Umbruchs

2.1 Technologischer Umbruch und veränderte Reproduktionsbedingungen

Es gibt keine abstrakte, von der gesellschaftlichen und ökonomischen Bewegung losgelöste Produktivkraftentwicklung. Wissenschaftlich-technische Neuerungen und technologische Umwälzungen vollziehen sich immer vor dem Hintergrund historisch gewachsener gesellschaftlicher Produktions- und Austauschbeziehungen, sind zwangsläufig eingebunden in ein konkret bestimmtes sozialökonomisches Milieu vergesellschafteter Produktion, das die allgemeinen Bedingungen, Möglichkeiten und Richtungen ihrer Entwicklung setzt. Sie bestimmen sich unter den gegebenen Produktionsverhältnissen letztlich aus den Zwängen und Bedingungen, die der eigentliche Zweck aller ökonomischen Äußerungen – die Anhäufung von Gewinn – auch der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Einführung neuer Technik in die Produktion auferlegt. Der international agierende Konzern ist heute der zentrale (ökonomische) Maßstab der Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus, sein Verwertungsbedürfnis ihre entscheidende Triebkraft.

Dies ist die eine – wichtige – Seite, die die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts betont. Gleichzeitig wirkt die Einführung und Ausbreitung neuer Technologien zumal in einer so tiefgreifenden technologischen Umbruchsituation, wie wir sie in diesen Jahren mitverfolgen können, aktiv auf die konkreten Organisations- und Bewegungsformen des Kapitals und die ökonomischen Reproduktionsbedingungen des Gesamtsystems zurück. Sie setzt nicht nur neue Akzente im Prozeß der kapitalistischen Vergesellschaftung der Produktion, sondern verlangt zugleich nach solchen Umstrukturierungen und Veränderungen in den staatsmonopolistischen Produktionsverhältnissen, die ihre allgemeine Durchsetzung und profitable Anwendung überhaupt erst ermöglichen.¹⁴

Die *Wirkungen der neuen Technologien auf den ökonomischen Reproduktionsprozeß des Kapitals* bestimmen sich m. E. aus dem Spannungsfeld zweier nur scheinbar gegenläufiger Tendenzen, die gleichwohl in vielen Diskussionsbeiträgen zum Thema alternativ und kontrovers stehen.¹⁵

Auf der einen Seite sind die neuen, auf der Mikroelektronik basierenden Technologien, Arbeitsmittel und Produktionsverfahren sowohl arbeits- als

14 Vgl. dazu R. Katzenstein, *Technischer Fortschritt – Kapitalbewegung – Kapitalfixierung*, Berlin/W. 1974, S. 74 ff.

15 Vgl. im folgenden: J. Goldberg, *Strukturveränderungen, Wachstumsverlangsamung und Investitionen*, in: IMSF-Beitrag 7, a. a. O., S. 1 ff.; ders., *Technischer Wandel und Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung*, in: *Marxistische Blätter* 3/1986, S. 39 ff.; K.-D. Hantelmann, *Zur veränderten Rolle der Investitionen im Krisenzyklus*, in: *IPW-Berichte* 1/1984, S. 19 ff.; P. Hess, *Grenzen des Kapitals*, a. a. O., S. 1368; ders., *Wissenschaftlich-technische Revolution und Akkumulation des Kapitals*, in: *IPW-Berichte* 2/1986, S. 13 ff.; K. Hübner/M. Stanger, *Ein technologischer Ausweg aus der Krise? Der Kapitalismus vor einem neuen Aufschwung?*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 6/1986, S. 360 ff.; D. Klein, *Wirkungsmechanismus der ökonomischen Gesetze und Tendenzen imperialistischer Anpassung in der Gegenwart*, in: *IMSF (Hg.), Große Krisen des Kapitalismus – lange Wellen der Konjunktur?*, Frankfurt/M. 1985, S. 157 ff.

auch kapitalsparend. Sie setzen per Saldo lebendige Arbeit frei, reduzieren den produktbezogenen Material- und Energieverbrauch und lassen sich, solange sie nicht in Form neuartiger und komplexer Anlagensysteme eingeführt werden, häufig sogar in den vorhandenen Produktionsapparat – etwa durch Anbringung elektronischer Steuerungen an herkömmliche Maschinen – integrieren. Ihr Einsatz birgt nicht nur neue Möglichkeiten einer umfassenden Intensivierung und Flexibilisierung der Produktion, sondern verspricht zugleich in der Regel eine deutliche Ausdehnung der Produktionskapazitäten bei *vergleichsweise* geringen zusätzlichen Investitionsaufwendungen. Die Effektivität der getätigten Investitionen nimmt mit der Einführung der Rationalisierungstechnologien z. T. sprunghaft zu: Für Kapazitätserweiterungen sind heute *relativ* weniger Investitionen notwendig als früher.

Andererseits darf in dieser Rechnung der *absolute* Investitionsaufwand (einschließlich der Aufwendungen für die Forschung und Entwicklung), der moralische Verschleiß der bestehenden Anlagen und die Entwertung bzw. Vernichtung von Kapital im Zuge der Installation computergestützter Systeme vor allem in der Perspektive des Umbruchprozesses nicht unterschätzt werden. Es ist zu bedenken, daß wir erst am Anfang dieses Prozesses stehen. Umgesetzt werden bislang in erster Linie Teillösungen – Neuausrüstungen bestimmter Anlagenteile oder Umrüstungen einzelner Maschinen etwa. Dies läßt sich in der Tat mit verhältnismäßig geringem Investitionsaufwand bewerkstelligen und erhöht zudem die Effektivität der Anlagen. Damit wird das tatsächliche Effektivitätspotential der neuen Technologien allerdings längst nicht ausgeschöpft. Hierzu wären komplexe, große Teile des herkömmlichen Fabriksystems erfassende Rationalisierungsprogramme notwendig, die zu einem großdimensionierten Aufbau neuartiger Maschinen und Automatisierungssysteme führen würden. Eine solche nicht nur in Einzelprozesse eingreifende, umfassende Modernisierung und Restrukturierung des Produktionsapparates läßt sich m. E. trotz aller Kostensenkungen für mikroelektronische Bauelemente, Computer u. ä. und trotz aller auch hier sicherlich noch möglichen Weiterverwendung und Umrüstung bestehender Anlagen auch heute nur denken als ein Prozeß, der beachtliche Kapitalvernichtung auf der einen und hohe absolute Investitionsaufwendungen auf der anderen Seite erfordert.

Daß die Einführung der neuen Technologien in die Produktion in der Regel kapitalsparend ist, schließt also keineswegs aus, daß sie im Zuge einer – wodurch auch immer ausgelöst – deutlichen Beschleunigung des Modernisierungstempos *zum Teil* doch recht hohe Kapitalneuanlagen erfordern und eine entsprechende Investitionsentwicklung nach sich ziehen kann. „Die Anforderungen an die Kapitalmobilisierung, die Akkumulationswirkungen, können auf den weiteren Stufen der ‚Durchmodernisierung‘ der Produktions- und Dienstleistungssphäre auf der Basis der Mikroelektronik in einigen Bereichen durchaus andere Dimensionen annehmen.“¹⁶ Dies ist in erster Linie in solchen Bereichen, die unter einem starken, konkurrenzbedingten Modernisie-

16 H.-J. Höhme in einer Diskussionsrunde „Zu den ‚langen Wellen‘ ökonomischer Entwicklung im Kapitalismus“, in: IPW-Berichte 10/1985, S. 9.

rungsdruck stehen, eine durchaus denkbare Entwicklungsperspektive, die sich heute vielleicht am ehesten im Modernisierungskonzept und Investitionsprogramm der Automobilindustrie konkretisiert.

Vor dem Hintergrund der enormen Effektivitäts- und Kapazitätseffekte und der z. T. hohen absoluten Kapitalaufwendungen, die die Einführung der neuen Technologien mit sich bringt, ist die *ökonomische Regulierung des technologischen Umbruchs* nur als überaus scharfer, ruinöser und konzentrationsfördernder Konkurrenzkampf um die Erhöhung von Marktanteilen auf tendenziell stagnierenden (Welt-)Märkten denkbar – eine internationale Regulierung, die sich zwangsläufig über große Disproportionen und tiefe (strukturelle) Krisen mit all ihren sozialen Auswirkungen vollzieht. *Erstens* beschleunigt sich durch die Effektivierung und Intensivierung der Produktion die ohnehin wachsende und zyklisch kaum noch regulierbare *Auseinanderentwicklung von Produktion und Markt*.¹⁷ Eine angemessene Verwertung des Effektivitätspotentials neuer Anlagen kann häufig nur über den Absatz wachsender Warenmassen erfolgen, der allerdings vor allem durch die sehr zurückhaltende Entwicklung der privaten Nachfrage deutlich eingeschränkt wird. Verschärfend kommt *zweitens* hinzu, daß die technologische Umrüstung und Modernisierung der Produktion anders als im Zuge der Einführung und Ausbreitung vergleichbarer wissenschaftlich-technischer Innovationen (Elektrizität, Automobilisierung) heute nicht mit dem Aufbau grundlegend neuer Produktionszweige und Absatzmärkte verbunden ist, sondern weitgehend *im Rahmen der bestehenden Branchenstrukturen* erfolgt.¹⁸ Sie eröffnet damit weder größere ‚Kapitalanlageventile‘ in neuen Zweigen noch größere ‚Absatzventile‘ auf neuen Märkten.

Die Effektivitätssteigerung neuer Anlagen trifft in der allgemeinen Tendenz also auf eine eher gedrosselte Nachfrage- und Absatzentwicklung. „Den verbesserten Bedingungen der *Profitproduktion* stehen keine entsprechenden Möglichkeiten der *Profitrealisierung* gegenüber. Der im Kapitalismus widersprüchlich, d. h. durch zyklische Krisen vermittelte Zusammenhang zwischen den beiden zusammengehörenden Seiten des Gesamtproduktionsprozesses, zwischen Produktion und Markt, bleibt dauerhaft, d. h. überzyklisch gestört.“¹⁹ Wenn unter diesen Bedingungen Kapital produktiv angelegt wird (und nicht etwa in der Form von zinstragendem Geldkapital auf den internationalen Finanzmärkten zirkuliert), dann „ergibt sich für das monopolistische Einzelkapital *unmittelbar mit der Kapitalanlage* das Problem, seinen Marktanteil auf Kosten der Konkurrenten zu vergrößern“²⁰ – eine Voraussetzung ihrer Verwertung, die die Konkurrenz um überdurchschnittlich gute Produktions-

17 Vgl. J. Goldberg, Die Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals als Grundlage von Stagnationstendenzen, in: IMSF (Hg.), Marxistische Studien. Jahrbuch 2/1979, S. 37 ff; J. Welsch, Die „Produktions-Produktivitäts-Schere“ – Argumente und Fakten für die Bundesrepublik Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 6/1983, S. 347 ff.

18 Vgl. J. Goldberg, Perspektiven der Akkumulation von fixem Kapital. Ökonomische Tendenzen bis zum Jahr 2000, in: IMSF (Hg.), Marxistische Studien 9, a. a. O., S. 226 ff.

19 Goldberg, Technischer Wandel, a. a. O., S. 41.

20 Hess, Wissenschaftlich-technische Revolution und Akkumulation des Kapitals, a. a. O., S. 18.

bedingungen, Kostensenkungen, Rationalisierungs- und Produktionsvorsprünge doch erheblich verschärfen muß. In dieser *Modernisierungskonkurrenz* können – lange bevor die unsichtbare Hand des Marktes zupackt – schon diejenigen Kapitale ins Straucheln geraten, die im Kampf um die Monopolisierung entscheidender Forschungspotentiale und technologischer Entwicklungsvorsprünge ins Hintertreffen geraten. Verpaßte Chancen einer rechtzeitigen und vorausschauenden Umprofilierung der Konzernstrukturen etwa in die Richtung einer stärkeren Integration wissenschaftlich-technischer Spitzenbereiche können ein Kapital ebenso zurückwerfen wie schlichte Finanzierungsprobleme größerer Umstrukturierungen und Neuausrüstungen.

2.2 Umprofilierung der Konzernstrukturen

Die vielleicht wichtigste *privatmonopolistische* Reaktion auf die veränderten Reproduktionsbedingungen und Konkurrenzverhältnisse besteht in einer bemerkenswerten *Umorientierung in der Aufkauf- und Beteiligungspolitik führender Industriekonzerne*. Die Zeiten einer eher wahllosen, im wesentlichen als Kapitalanlage betriebenen Diversifizierungsstrategie und Konglomeratsbildung – das unter rein finanziellen Gesichtspunkten erfolgende Aufkaufen anderer Firmen mit unterschiedlichsten Produktionsprofilen – sind, so scheint es, in den letzten Jahren einer Politik gewichen, die stärker auf eine längerfristig konzipierte, an den Erfordernissen des ökonomischen Strukturwandels und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ausgerichtete Umprofilierung der Unternehmensstrukturen orientiert. Dies heißt *erstens* gezielte Diversifikation in ergänzende Bereiche vor allem in solchen Unternehmen, die bislang ein sehr spezialisiertes Produktionsprofil aufweisen und dementsprechend stark zweigspezifischen Konjunktur- und Absatzschwankungen ausgesetzt sind. Dies heißt *zweitens* Absicherung und Ausbau der eigentlichen Kernstrukturen des Unternehmens durch Beteiligung an anderen Firmen bzw. Übernahme von geschwächten Rivalen. Dies heißt *drittens* Eingrenzung zu breiter, stofflich in keiner Weise vermittelter Produktionsprofile, die sich als Hemmschuh einer zukunftsorientierten Expansion des Konzerns erwiesen haben. Dies heißt schließlich *viertens* verstärktes Eindringen in Schlüsselzweige des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die als ausgesprochene Wachstumsbereiche nicht nur eine hohe Verwertung des eingesetzten Kapitals versprechen, sondern zugleich im Rahmen der konzerninternen Arbeitsteilung auch wichtige stoffliche Ergänzungsfunktionen zur herkömmlichen Produktpalette übernehmen können.²¹

Es scheinen sich so auf dem Wege der Zentralisation immer häufiger solche Konzernstrukturen herauszuschälen, die neben die alten Kernbereiche und Produktionsschwerpunkte des Unternehmens die Integration hochtechnologischer

21 Vgl. R. Weiß, Monopolistischer Zentralisationsprozeß in der zyklischen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft 1980/83, in: IPW-Berichte 1/1985, S. 19 ff.; F. Rudolph, Neue Profitstrategien und Organisationsstrukturen der Konzerne, in: IPW-Berichte 9/1985, S. 31 f.; H. Grunert/R. Weiß, Grundzüge des gegenwärtigen Monopolisierungsprozesses in der BRD, in: IPW-Berichte 11/1985, S. 19 ff.

scher Produktionssparten anstreben und vorantreiben – eine Entwicklung, die vor einigen Jahren zunächst die Automobilindustrie der Vereinigten Staaten erfaßt hatte, mittlerweile jedoch sowohl auf andere Zweige als auch auf andere kapitalistische Industrieländer übergreifen hat. Diese „neue Rationalität“ monopolistischer Zentralisationsvorgänge und ihre deutliche Ausrichtung auf die sogenannten „High-Tech“-Bereiche reflektiert die gewachsene Bedeutung von Forschung, Entwicklung und technologischer Innovation im kapitalistischen Reproduktions- und Verwertungsprozeß in mehrfacher Hinsicht.

Zunächst verspricht das Eindringen in Schlüsselbereiche der modernen Technologien *neue Expansions- und Verwertungsimpulse* und ist schon von daher für führende Industriekonzerne, deren traditionelle Produktionsbasis mit der Entwicklung und Herstellung neuer technologischer Systeme unmittelbar wenig zu tun hat, zu einer lukrativen Anlagesphäre ihrer z. T. ja ausgesprochen üppigen liquiden Mittel geworden. Gleichzeitig steckt hinter derartigen Transaktionen in wachsendem Maße aber auch der durch die internationale Konkurrenz gesetzte *Zwang zu zukunftsorientierten Veränderungen und Umprofilierungen der bestehenden Konzernstrukturen und Produktionsschwerpunkte*, die sich oft zwar bis in die jüngste Vergangenheit hinein als profitabel erwiesen haben, im Zuge des technologischen Umbruchs in dieser unveränderten Form jedoch auf absehbare Zeit an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen könnten. Träger dieser neueren Zentralisationsvorgänge sind daher nicht selten solche Konzerne, „die hinsichtlich ihrer *finanziellen Liquidität* aus der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 1980/82 und dem nachfolgenden konjunkturellen Aufschwung *gestärkt* herauskamen, die aber davon ausgehen, daß sie mit dem bisherigen Produktionsprofil ihre Spitzenposition in der nächsten Krise nicht halten oder zumindest nicht ausbauen können.“²² Sie müssen, wenn sie in der internationalen Modernisierungskonkurrenz bestehen wollen, in diesen profitträchtigen Zukunftsindustrien Fuß fassen und auch um den Preis harter Konkurrenz- und Verdrängungskämpfe selbst zu Trägern und Gestaltern des technologischen Umbruchs werden.

Solche Transaktionen, die als Auf- bzw. Ausbau neuer profitabler Produktionssparten bereits für sich genommen sowohl das stoffliche Profil als auch die Verwertungsbedingungen dieser Konzerne berühren, eröffnen daneben auch der Modernisierung der traditionellen Produktionsbasis neue Möglichkeiten. Die Konzerne gliedern sich über ihre Aufkaufpolitik ein beachtliches zusätzliches Forschungs- und Produktionspotential von hohem technologischem Niveau an und werden nun selbst zu Entwicklern und Herstellern von Automationsmitteln.²³ Der technologische Umbruch kann sich damit stärker als zuvor auch als konzernintern regulierter Modernisierungsprozeß vollziehen. „Der Zweck dieser Finanzgeschäfte besteht einmal darin, selbst eine Macht in den dynamischen Industrien zu werden, zum anderen aber darin, ih-

22 C. Schirmeister, Daimler-AEG: Beginn einer neuen Monopolisierungswelle in der BRD?, in: IPW-Berichte 1/1986, S. 51.

23 So ist z. B. der Automobilkonzern VW der größte Hersteller von Industrierobotern in der BRD. Vgl. dazu Seitz, Rationalisierung in der Serienmontage, a. a. O., S. 58 f.

re Hauptproduktion von der gesamten spitzentechnologischen und werkstoffmäßigen Seite her mit vergleichsweise geringen Entwicklungskosten auf eigene Füße zu stellen.“²⁴ Eine derart sinnvolle *Kombination des Aufbaus neuer Produktionsbereiche in den Zukunftsindustrien mit der Modernisierung und Effektivierung der Produktion in den traditionellen Unternehmensschwerpunkten* ist das zentrale strategische Ziel der aktuellen Zentralisationsbewegung.

Ein weiteres Motiv kommt hinzu: Mit dem Einstieg in den High-Tech-Bereich eröffnen sich diesen Unternehmen häufig auch *neue Möglichkeiten eines Engagements im Rüstungsgeschäft*. Sie bieten sich nun sowohl von ihren Forschungskapazitäten als auch von ihrem Produktionsprofil her als Teilnehmer an militärischen Forschungs- und Produktionsprogrammen an und wollen über profitable Staatsaufträge an der imperialistischen Konfrontations- und Hochrüstungspolitik mitverdienen.²⁵ Die Aussicht auf hohe Rüstungsprofite wird so zu einer eigenständigen Triebkraft des technologischen Umbruchs, der sich, wie wir hier sehen, auf einem außerordentlich schmalen Grat zwischen Produktiv- und Destruktivkraftentwicklung vollzieht. „Der militärisch-industrielle Komplex (...) tritt in zunehmendem Maße als eigenständige mächtige Triebkraft der Aufrüstung neben die globalstrategischen Konzeptionen der USA, die selbstgewählte außen- und sicherheitspolitische Unmündigkeit der Bundesregierung und neben die Verblendung des Antikommunismus.“²⁶

Im Zuge solcher Restrukturierungs- und Umprofilierungsvorgänge²⁷ kommt es nicht nur zu Veränderungen in den Produktions-, Organisations- und Leitungsstrukturen der Industriekonzerne, sondern darüber hinaus auch zu *Machtverschiebungen und neuen Konstellationen in den Konkurrenzpositionen*

24 Hess, Wissenschaftlich-technische Revolution, a. a. O., S. 18.

25 Vgl. J. Huffschnid/W. Voß/N. Zdrowomyslaw, Die Profiteure der Aufrüstung. Struktur und jüngste Entwicklung der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1985, S. 780 ff.

26 J. Huffschnid, Rüstungsriese Daimler-AEG, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1985, S. 1289.

27 Ein Paradebeispiel der hier beschriebenen Neuausrichtung von Konzernprofilen ist die finanzkapitalistische Sanierung und Umstrukturierung des AEG-Telefunken-Konzerns und seine spätere Übernahme durch Daimler-Benz. Mit dem Kauf von MTU, Dornier und AEG ist Daimler-Benz nicht nur zum größten Industriekonzern, sondern zugleich auch zum umsatzstärksten Rüstungskonzern der BRD geworden. Er verfügt nun neben seinem traditionellen Produktionsschwerpunkt – dem Bau von Personenkraftwagen – über enorme Forschungs- und Produktionspotentiale in Schlüsselbereichen der Entwicklung und Herstellung neuer technologischer Systeme und ist mit diesen Transaktionen tief in das kapitalistische „Zukunftsgeschäft“ der Rüstungsproduktion eingedrungen. Er hat damit nicht nur seine internationale Konkurrenzposition gefestigt, sondern zugleich auch Bewegung in das Machtgefüge des westdeutschen Finanzkapitals gebracht. Vgl. dazu G. Hautsch, Zur jüngsten Entwicklung im AEG-Telefunken-Konzern, in: IMSF-Beitrag 7, a. a. O., S. 292 ff.; A. Burger/C. Schmidt/R. Weiß, AEG-Konzern im Sog von Wirtschafts- und Strukturkrise, in: IPW-Berichte 11/1982, S. 43 ff.; J. Huffschnid, Rüstung statt Konsum. Die Operation AEG als Modell für die „Sanierung“ der Bundesrepublik?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1982, S. 1074 ff.; ders., Rüstungsriese Daimler-AEG, a. a. O., S. 1287 ff.; Schirmeister, Daimler-AEG, a. a. O., S. 50 ff.; W. Helmer, Mischform mit Stern. Der Daimler-Benz-Konzern wird umgebaut, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 7. 1986.

zwischen den Konzernen bzw. zwischen Industrie- und Bankkapital. Vor allem die Rolle und Bedeutung der Monopolbanken scheint mit dieser jüngsten Zentralisationswelle weiter zu wachsen.²⁸ Unter ihrer maßgeblichen Regie vollziehen sich nicht nur Unternehmenssanierungen wie z. B. im Fall AEG, sondern auch Fusionsvorgänge und Potentialumschichtungen wie z. B. im Fall Daimler-AEG. Die Monopolbanken treten hier nicht nur bei der Mobilisierung und Umlenkung der dazu benötigten finanziellen Mittel in Erscheinung, sondern scheinen immer häufiger zu den eigentlichen Triebkräften und Organisatoren derartiger Umstrukturierungs- und Modernisierungsvorhaben zu werden. „So verstärken die Monopolbanken ihren direkten Einfluß auf die Gestaltung der heutigen Monopolisierung sowohl durch Kapitaltransaktionen bei der Verschmelzung großer industrieller Kapitale als auch durch den Kauf großer Teile des Aktienkapitals führender Industriemonopole.“²⁹ Sie entwickeln sich damit zu strategischen Zentren dieser finanzkapitalistischen Form des ökonomischen Regulierung des technologischen Umbruchs und sind zudem nicht selten die Hauptgewinner dieser so organisierten, am internationalen Geschäft ausgerichteten Modernisierungspolitik.³⁰

2.3 Monopolisierung und Regulierung des Wissenschaftsprozesses

Die zielgerichtete, effektive und profitable Erforschung und Entwicklung technologischer Neuerungen wird unter diesen Bedingungen ebenfalls zu einer zentralen Voraussetzung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des privaten Monopolkapitals. Sie verlangt heute nach solchen Formen ihrer gesellschaftlichen Regulierung, die sich allein über den Konkurrenzmechanismus längst nicht mehr bestimmen lassen, sondern immer nachdrücklicher durch Elemente einer langfristig ausgerichteten, komplexen und abgestimmten Planung und Organisation des Wissenschaftsprozesses gekennzeichnet sind. Dies *erstens* aus Gründen der stofflichen *Effektivität* der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten: „Die Forschung muß die Voraussetzungen schaffen, um Produkte mit spezifischen, vorher festgelegten Gebrauchseigenschaften, Werkstoffe mit ganz bestimmten, auf den speziellen Verwendungszweck ausgerichteten Merkmalen zu produzieren. Die Möglichkeiten dazu schafft nur ein umfangreicher Apparat von Forschungseinrichtungen innerhalb eines systematischen Zusammenhangs von Forschung, Prototypen und technischen Neuerungen für die Produktion.“³¹ Dies *zweitens* aus Gründen der *Finanzierung*

28 Vgl. C. Schmidt, BRD-Monopolbanken im System der staatsmonopolistischen Regulierung, in: IPW-Berichte 12/1982, S. 16 ff.; A. Sörgel, Die eigentlichen Hausherrn der Republik? Macht und Einfluß der Großbanken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1986, S. 13 ff.; H. Pfeiffer, Das Netzwerk der Großbanken. Personelle Verflechtungen mit Konzernen, Staat und ideologischen Apparaten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1986, S. 16 ff.

29 G. Binus, Monopole in der staatsmonopolistischen Regulierung, in: IPW-Berichte 9/1981, S. 14.

30 Vgl. dazu: Das Riesen-Monopoly der Deutschen Bank, in: Der Spiegel 7/1985, S. 40 ff.

31 Autorenkollektiv, Strukturveränderungen und staatsmonopolistisches Finanzsystem, Berlin 1978, S. 35.

dermaßen komplexer Forschungsprojekte, die in vielen Fällen selbst die Möglichkeiten der großen Monopolunternehmen und der Einzelstaaten übersteigen. Dies schließlich *drittens* aus Gründen einer profitablen *Verwertung* aufwendiger und kostspieliger Forschungsvorhaben: „Mit dem Heranrücken der von den Konzernen betriebenen Forschung an die Grundlagenforschung wird eine profitable Verwertung der Forschungsergebnisse zunehmend nur noch in einem Komplex verschiedener Anwendungen und immer weniger in einer begrenzten Gruppe von Produkten möglich.“³²

Die *Vergesellschaftungsimpulse*, die dem gesamten Wissenschaftsprozess aus diesen Anforderungen erwachsen, erscheinen in ihrer staatsmonopolistisch deformierten Ausprägung als widersprüchliche und anachronistische Einheit von neuen Formen der monopolistischen Konkurrenz um die Verfügung von Forschungskapazitäten oder die Erringung von Technologievorsprüngen und ihrer partiellen Abschwächung durch neue, sich rasch ausbreitende Formen der Kooperation und Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten. Es sind dies teils privat-, immer häufiger jedoch staatsmonopolistisch regulierte Prozesse, die heute schnell in internationale Dimensionen hineinwachsen.

Erstens verstärkt sich unter diesen Bedingungen der umfassenden Verwissenschaftlichung und Internationalisierung der Produktion *der Zugriff der führenden Konzerne auf das staatliche Wissenschaftspotential* und den gesamten staatlichen Mechanismus der Wissenschaftslenkung.³³ Das weltmarktorientierte Produktions- und Verwertungsprofil der Monopole prägt heute die allgemeinen Grundlagen und Rahmenbedingungen der Forschungs- und Technologiepolitik des Staates: Sie soll über umfangreiche Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen in den zentralen Bereichen der weltmarktgängigen Hochtechnologien den innovativsten und exportorientierten Konzernen Wettbewerbsvorteile gegenüber der internationalen Konkurrenz sichern. An diesem Ziel orientiert sich heute ein ganzer Komplex staatsmonopolistischer Regulierungsmaßnahmen im Bereich der Wissenschaftsentwicklung:

– Im staatlichen Forschungssektor selbst wird neben Grundlagenforschung vor allem die Forschung im Bereich der Mikroelektronik und der Informations- und Datenverarbeitungstechnologien als Grundlage universeller Verfahrensinnovationen und Rationalisierungsstrategien in der Produktion vorangetrieben.

– Zur Lösung strategisch bedeutsamer Aufgaben gewinnen gemeinsam von Staat und Monopolen ausgearbeitete und durchgeführte Forschungs- und Entwicklungsprogramme an Bedeutung.

32 Schirmeister, Daimler-AEG, a. a. O., S. 51.

33 Vgl. im folgenden D. Hase, Technischer Fortschritt und Staat. Einige Anmerkungen zur staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik als Instrument des ökonomischen Krisenmanagements, in: M. Ernst-Pörksen (Hg.); Alternativen der Ökonomie – Ökonomie der Alternativen (Argument-Sonderband 104), Westberlin 1984, S. 87 ff.; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '86, Köln 1986, S. 188 ff.; A. Bühl/M. Weber, Hochschule und Industrie in den achtziger Jahren, in: Forum Wissenschaft 1/1985, S. 30 ff.; R. Zeppernick, Mehr Staat oder mehr Markt? Die Forderungen nach einer neuen Industrie- und Forschungspolitik, in: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.); Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. 30. Jahr, Tübingen 1985, S. 69 ff.

– Daneben werden große Anstrengungen unternommen, um das Zusammenspiel von privater Forschung, staatlichen Großforschungseinrichtungen und Hochschulen zu intensivieren – vor allem, um die Grundlagen- und Vorlauforschung enger an die Erfordernisse ihrer industriellen Verwertung zu koppeln und den Technologietransfer zwischen staatlicher Forschung und Industrie zu beschleunigen.

– Schließlich wird der Staat auch bei der Planung, Konzipierung und Durchführung forschungs- und kapitalintensiver Großprojekte (z. B. im Bereich der Kernenergie, Rüstung, Telekommunikation), die die Möglichkeiten einer finanzkapitalistischen Regulierung übersteigen, in wachsendem Maße in die Pflicht genommen. Er ist in solchen Fällen nicht nur an ihrer forschungs- und entwicklungsmäßigen Vorbereitung, sondern auch an ihrer Finanzierung und Durchführung beteiligt und garantiert nicht selten vorab die Verwertung des stofflichen Outputs.

Mit dem Auf- und Ausbau dieser Verflechtungs- und Regulierungsmechanismen zwischen Staat und Monopolen im Forschungsbereich wird die monopolistische Konkurrenz stärker als bisher auf die staatliche Ebene erweitert: Die Prioritätensetzungen in der Forschungs- und Technologiepolitik des Staates sind in aller Regel nicht einer gesamtwirtschaftlichen Rationalität geschuldet, sondern Ergebnis z. T. heftiger Auseinandersetzungen zwischen den (wenigen) einflußnehmenden Konzernen der internationalen Spitzenklasse.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang *zweitens* die rasch zunehmende Anzahl und Qualität *internationaler Forschungsk Kooperationen* vor allem in solchen technologiesensiblen Bereichen wie der Luft- und Raumfahrt, der Elektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken, dem Fahrzeug- und Maschinenbau oder der Chemieindustrie.³⁴ In vielen Fällen übersteigen hier nicht nur die Forschungs- und Entwicklungskosten neuer Produkte und Verfahren, sondern auch die dazu erforderlichen Potentiale an Forschern und Geräten die Möglichkeiten einzelner Konzerne und zwingen sie in Formen der kooperativen Auswertung und Ausnutzung internationaler Wissenspotentiale. Entsprechende zeitweise Zusammenschlüsse gibt es heute nicht nur in der Form internationaler konzerninterner Kooperationsvereinbarungen, sondern immer öfter auch als (finanzkapitalistisch organisierte) Kooperationsbündnisse zwischen großen internationalen Monopolen oder in der Form internationaler staatsmonopolistischer Komplex- und Einzelprogramme, an denen staatliche und zwischenstaatliche Institutionen, private Monopole und Banken beteiligt sind.

Besonders in Westeuropa, hier vor allem im Bereich der Europäischen Gemeinschaft (EG) hat die Bedeutung solcher international ausgerichteter Forschungs- und Kooperationsformen in den letzten Jahren stark zugenommen.³⁵

34 Vgl. R. Gündel, Kooperationsbeziehungen und Internationalisierungsprozeß des Monopolkapitals, in: IPW-Berichte 5/1986, S. 7 ff.; M. Heyn/R. Weiß, Monopolkapitalistische Zentralisationsvorgänge. International bedeutendste Vorgänge 1984, in: IPW-Berichte 12/1985, S. 54 f.

35 Vgl. Memorandum '86, a. a. O., S. 202 ff.; M. Villon, Eureka statt SDI?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1985, S. 776 ff.

Die EG-Länder haben sich nicht nur auf ein langfristig ausgelegtes „Rahmenprogramm der wissenschaftlichen und technischen Tätigkeit der Gemeinschaft“ vereinheitlichen können, sondern auch eine Reihe größerer Einzelprogramme z. B. im Bereich der Informationstechnologien (ESPRIT), im Bereich der Telekommunikation (RACE), im Bereich der industriellen Grundlagentechnologie (BRITE) oder im Bereich der Koordination von Hochschul- und industrieller Forschung (COMETT) in Zusammenarbeit mit führenden Monopolen ausgearbeitet, finanziert und koordiniert. Zusammen mit den im Sommer 1986 gestarteten ersten EUREKA-Projekten hat sich im Rahmen der EG heute ein recht engmaschiges Netz von Kooperationen und internationalen Zusammenschlüssen im Bereich der Technologieentwicklung herausgebildet – eine weitere Form der kapitalistischen Vergesellschaftung des Wissenschaftsprozesses, die sich allerdings häufig nur über scharfe Rivalitätskämpfe zwischen den beteiligten Regierungen und Konzernen um Aufträge und Produktionsanteile sowie unter dem Druck der starken US-amerikanischen und japanischen Konkurrenz Bahn bricht.

Drittens schließlich beschleunigt der technologische Umbruch auch die *Konzentration von Wissenschaftspotential bei den führenden Konzernen* selbst. Unbeschadet von dem Zwang zur partiellen Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen streben die Industriekonzerne im Rahmen ihrer Modernisierungsstrategie solche Unternehmensprofile an, die aufwendige Forschungsaufgaben weitgehend eigenständig bewältigen und ihre Ergebnisse im Rahmen der eigenen Produktionsstrukturen umfassend anwenden und verwerten können. Diese privatmonopolistische Anpassungsstrategie schlägt sich heute vor allem in der oben beschriebenen Angliederung forschungs- und technologieintensiven Unternehmen aus den Bereichen der Hochtechnologien nieder. Sie bedeutet für die Großkonzerne in der Regel nicht nur einen verhältnismäßig billigen Einkauf wissenschaftlich-technischer Spitzenerzeugnisse und eine beachtliche Erweiterung der konzerneigenen Forschungskapazitäten, sondern eröffnet auch einer profitablen Verwertung komplexer und aufwendiger Forschungsarbeiten neue Perspektiven.

2.4. Bruchstellen des Umbruchs³⁶

Der technologische Umbruch vollzieht sich heute ganz wesentlich als international regulierter Prozeß. Er verlangt nach neuen Formen der Vergesellschaftung auf allen Ebenen des ökonomischen Reproduktionsprozesses, setzt als Erforschung und Entwicklung, Produktion und Anwendung von Spitzentechnologien immer zwingender Weltmarktzusammenhänge voraus und wirkt damit zugleich stimulierend auf die weitere Ausprägung internationaler Produktions- und Austauschbeziehungen zurück. Das Netz internationaler Forschungs- und Produktionszusammenhänge wird dichter, neue Formen der

36 Vgl. dazu auch meine Überlegungen in: U. Dolata, *Ökonomische Regulierung und Regulierungskrisen im Kapitalismus. Theoretische Grundlagen*, Köln 1986, S. 96 ff.; U. Dolata, *Staatsmonopolistische Regulierung in der Krise*, in: IMSF (Hg.), *Große Krisen des Kapitalismus*, a. a. O., S. 97 ff.

staatlichen und zwischenstaatlichen Einflußnahme etwa im Bereich der Stimulierung und Koordinierung von komplexen Forschungs- und Entwicklungsprojekten bilden sich heraus. Die Richtung und das Tempo des technologischen Umbruchs und die sich damit vollziehende Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit in internationalen Maßstäben wird jedoch auch unter den heutigen Bedingungen weitgehend von den Verwertungszwängen der international agierenden Konzerne bestimmt. Die internationale Modernisierungskonkurrenz bleibt allen erzwungenen Kooperationsvereinbarungen, partiellen Zusammenschlüssen, Marktaufteilungen und Vergesellschaftungsfortschritten zum Trotz sein entscheidendes sozialökonomisches Entwicklungsmilieu. Sie beherrscht die Investitionsmotive und dominiert die Aufkauf-, Beteiligungs- und Umprofilierungspolitik der internationalen Konzerne. Sie bestimmt die Wirtschaftspolitik der imperialistischen Staaten und beeinflußt die Struktur und Abhängigkeitsverhältnisse innerhalb und zwischen den Gruppen des Finanzkapitals. Sie stellt neue Anforderungen an die ökonomische Reproduktion des Kapitals und wird zu einem wichtigen Impuls konkreter Veränderungen in den staatsmonopolistischen Produktionsverhältnissen.³⁷ *Die internationale Modernisierungskonkurrenz wird so zum zentralen Mechanismus der ökonomischen Regulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im heutigen Kapitalismus; sie übersetzt die neuen Reproduktionserfordernisse des technologischen Umbruchs in konkrete Anpassungsreaktionen der staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse, wie unzureichend und deformiert sie auch immer sein mögen.*

Aus den Widersprüchen und Begrenzungen dieser privatmonopolistisch bestimmten Regulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts können auch die neuen Formen einer staatlichen bzw. zwischenstaatlichen Regulierung nicht wirklich ausbrechen. Es mag auf den ersten Blick paradox erscheinen: Der Funktionszuwachs des Staates und der zunehmenden Anzahl internationaler Institutionen und Koordinierungsgremien korrespondiert heute mit einer Abnahme ihrer an gesamtwirtschaftlichen Reproduktionserfordernissen orientierten Regulierungskompetenz gegenüber den Interessen des Monopolkapitals. Diese Interessen stehen als einzelkapitalistische Interessen zunächst nicht nur im Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse und aller nichtmonopolistischen Schichten, sondern auch im Widerspruch zueinander. Die monopolistische Konkurrenz wird in die staatliche Politik hineingetragen; diese wird selbst Gegenstand und in gewissem Maße Ausdruck divergierender Monopolinteressen. Der objektive Funktionszuwachs des Staates, z. B. im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik, wird in seiner praktischen Ausführung also nicht einfach durch den gestiegenen gesamtwirtschaftlichen und strukturellen Regulierungsbedarf im Sinne einer staatlich durchzusetzenden proportionalen Reproduktionsstruktur, sondern ganz wesentlich durch die Verwertungs- und Expansionsinteressen der internationalen Mono-

37 Vgl. dazu ergänzend den Aufsatz von U. Dolata/A. Gottschalk/J. Huffschild, Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsformen des Kapitals im staatsmonopolistischen Kapitalismus (in diesem Jahrbuch).

pole als der dominierenden Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bestimmt. Staatliche Regulierung des technologischen Fortschritts wird unter diesen Bedingungen immer stärker auf eine Politik der Modernisierung der industriellen Kernsektoren zugeschnitten, die auf die Unterstützung der internationalen Expansion und Konkurrenzfähigkeit der „eigenen“ Monopole zielt und gesamtwirtschaftliche Interessen an einer funktionierenden Reproduktionsstruktur der Binnenwirtschaft in zunehmendem Maße vernachlässigt. Alle Vergesellschaftungsfortschritte schlagen so gleichzeitig in Momente der Verstärkung der krisenhaften und disproportionalen Entwicklungsdynamik des Gesamtsystems um.

Neue Technik – neue Ausbeutungsformen – Lage der Arbeiterklasse. Ergebnisse einer internationalen Tagung

André Leisewitz

Das IMSF und die Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (Prag) veranstalteten am 19./20. März 1986 in Frankfurt/M. ein gemeinsames internationales Symposium „Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Lage der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder (80er Jahre)“. An dieser Tagung nahmen Vertreter von zehn kommunistischen und Arbeiterparteien kapitalistischer Länder¹ sowie eine Reihe marxistischer Wissenschaftler des In- und Auslandes teil. Im Mittelpunkt stand ein Meinungsaustausch über neue Probleme im Ausbeutungsmechanismus des Kapitals und die Lage der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Ein vom IMSF ausgearbeitetes Vorbereitungsmaterial, das sich auf Veränderungen im Kapitalismus der achtziger Jahre, auf neue Ausbeutungsformen und Kampfprobleme der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik bezog, diente als allgemeine Diskussionsgrundlage.

Der Verlauf der Tagung unterstrich, wie notwendig die Einstellung der Arbeiterbewegung auf jene Veränderungen ist, die sich international in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus seit den siebziger Jahren vollzogen haben. Diese Veränderungen können als Ausprägung eines neuen Krisentyps gefaßt werden, der in starkem Maße durch stagnative Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung und strukturelle Überakkumulation, durch verstärkte Internationalisierung des Kapitals und einen massiven Schub bei der Einführung neuer Technologien gekennzeichnet ist. In den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern realisiert sich diese Entwicklung auf der staatlich-politischen Ebene über eine scharfe Austeritätspolitik und das Konzept der weltmarktorientierten Modernisierung. Damit sind Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Anwendung der neuen Technik zur Intensivierung des Ausbeutungsprozesses und Druck auf die Arbeiterbewegung verbunden.

Der internationale Vergleich, wie ihn die Tagung bot, hat für die Erfassung dieser Prozesse viele Vorteile. Er läßt aus dem Mosaik der Einzeldarstellungen nicht nur stärker die Grundtendenzen dieser aktuellen Entwicklungen, sondern auch die jeweils konkreten und besonderen Bedingungen der einzelnen Länder plastischer hervortreten. Dies gilt nicht zuletzt für die strategi-

¹ Die Teilnehmer kamen aus Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Irland, Neuseeland, Portugal, Schweden, Schweiz, USA und BRD.

schen Konzeptionen, wie sie von den Gewerkschaften und der marxistischen Arbeiterbewegung entwickelt werden. Ohne Zweifel hat sich dabei in den letzten Jahren die Auseinandersetzung um die Entwicklungsrichtung und die Anwendung der neuen Technik in Betrieb und Gesellschaft, um neue Arbeits- und Ausbeutungsformen zu einem zentralen Feld des Klassenkampfes herauskristallisiert. Dies schließt, wie die Erfahrung zeigt, auch in vielen Fällen die Neubestimmung des Verhältnisses der Arbeiterbewegung zu Rationalisierung und neuer Technik ein und macht weitergehende theoretische Arbeiten zur Bestimmung des Charakters der gegenwärtigen Entwicklungsphase notwendig.

I.

Das der Konferenz vorliegende Vorbereitungsmaterial bezog sich auf Erfahrungen aus der Bundesrepublik. Einige Grundgedanken können hier nur knapp wiedergegeben werden.² Wie die Diskussion zeigte, sind zumindest die Grundprozesse auch in den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern wirksam.

1. Seit den siebziger Jahren ist ein massiver Umverteilungsprozeß zugunsten der Profitentwicklung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu beobachten. Darauf verweisen die sinkende Lohnquote, die gegenläufige Entwicklung der Steuerbelastung für Gewinne bzw. Lohneinkommen, der Abbau staatlicher Sozialleistungen. Über diesen Prozeß wurden auch Möglichkeiten für eine qualitative Umstrukturierung des Arbeitskörpers (Ausgliederung älterer und „leistungsschwacher“ Arbeitskräfte), für eine Intensivierung der Arbeitsprozesse und damit Spielräume für die beschleunigte Einführung neuer Technologien geschaffen.

2. Im Übergang zu den achtziger Jahren hat offenkundig in allen kapitalistischen Industrieländern ein massiver Rationalisierungsschub eingesetzt, bei dem elektronisch gestützte Informations- und Kommunikationstechnologien für die Technisierung von Steuerungs-, Regelungs- und Informationsverarbeitungsfunktionen eine Schlüsselrolle spielen. Das zieht einen ausgeprägten Umbruch in der Arbeit nach sich. Die Arbeitsbedingungen und Alltagserfahrungen großer und wachsender Teile der Arbeiterklasse werden heute vom Umgang mit solchen neuen Technologien bestimmt. Gerade die wirtschaftliche Krisen- und Stagnationsphase setzt starke Kräfte zur breiteren Rationalisierung frei, wobei die Konzeptionen der Flexibilisierung von Technik, Produktionsorganisation, Arbeit und Arbeitszeiten auf die Ökonomisierung aller Kapitalbestandteile abzielen.

3. Die Tendenz zu wachsender Bedeutung der Ausbeutung qualifizierterer Lohnarbeit ist hierbei nicht zu übersehen. Dies zeigt sich im steigenden Durchschnitt des Qualifikationsniveaus der fungierenden Lohnarbeit. Doch realisiert sich diese Entwicklung nur über die Entwertung vorhandener Quali-

² Jörg Goldberg/André Leisewitz, Neue Aspekte im Ausbeutungsmechanismus des Kapitals, in: Marxistische Blätter H. 3/1986, S. 25–38.

fikationen, über die Verdrängung von Beschäftigten aus dem Arbeitsprozeß. Die Zunahme von Arbeitstempo, Monotonie, sozialer Isolation am Arbeitsplatz, die Ausweitung von Schichtarbeit und betrieblicher Arbeits- und Leistungskontrolle charakterisieren den sozialen Inhalt des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der mit ihm verbundenen Umbrüche in Arbeitsteilung und -organisation als Mittel zur Intensivierung des Arbeits- und Ausbeutungsprozesses. Dies gilt auch für die von den Unternehmern favorisierten Formen der Arbeitszeitflexibilisierung. Neue Formen zur Produktion des relativen wie absoluten Mehrwerts sind dabei eng miteinander verbunden. Zugleich weitet sich unter dem Krisendruck auch der Sektor extensiver Arbeitskraftnutzung aus (z. B. im Rahmen sozialrechtlich ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse).

4. Bei den viel diskutierten „neuen Produktionskonzepten“ geht es offenkundig um die Verknüpfung zweier Haupttendenzen der Produktivkraftentwicklung nach Maßgabe der charakterisierten Ausbeutungs- und Kapitalverwertungsziele: der wachsenden Flexibilität der neuen Technik und der damit gegebenen neuen Integrationsmöglichkeiten. Auf dieser Basis werden Arbeitsprozesse umstrukturiert und neue Formen einer umfassenderen Arbeitskraftnutzung entwickelt. Das schließt die Entwicklung neuer Formen betrieblicher Herrschaft ebenso ein wie andererseits die Herausbildung neuer Fähigkeiten, Bedürfnisse und Handlungspotentiale der Belegschaften. Neue soziale Differenzierungslinien in der Arbeiterklasse auf gesellschaftlicher und betrieblicher Ebene und das wachsende Gewicht neuer Gruppen (besonders der Intelligenz) sind dabei zu beachten.

5. Wenn diesen Prozessen in der Strategie der Arbeiterbewegung Rechnung getragen werden muß, so geht es in der Auseinandersetzung mit den neuen Technologien nicht um die Alternative abstrakter „Technikbejahung“ oder „Technikverneinung“. Es geht vielmehr um die genauere Bestimmung der Interessen der Lohnabhängigen mit Blick auf die Technik- und Produktivkraftentwicklung, um die Formulierung eigenständiger Ziele auf dieser Ebene und um die Entfaltung eines Maximums an Handlungsfähigkeit und Durchsetzungskraft. Das schließt heute alle Kampfformen ein, wobei besondere Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung, der Ausweitung von Schutz- und Mitbestimmungsrechten sowie der Beeinflussung von Technik- und Arbeitsgestaltung zukommt. Eine solche Strategie gibt jedoch nur Sinn, wenn sie als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Antikrisenkonzeption entwickelt wird, die auf die eigentlichen Ursachen von Massenarbeitslosigkeit, neuen sozialen Belastungen und Krise zielt und in deren Rahmen die verschiedenen Konflikte und Abwehrkämpfe ebenso wie die unterschiedlichen Interessen verschiedener Lohnabhängigengruppen verallgemeinert, gebündelt und gegen die Spaltungskonzeptionen des Kapitals gewendet werden können.

II.

Robin Williams (Aston University, KP Großbritanniens) unterstrich in seinem Beitrag den Gedanken, daß die betriebliche Anwendung neuer Techno-

logien dem Interessenkonflikt und -kampf zwischen Belegschaften und Management unterliegt. In den britischen Gewerkschaften haben sich Ende der siebziger Jahre unter dem Eindruck der „Modernisierung“ wesentliche Veränderungen in der Haltung zur neuen Technik vollzogen – weg von einer weitgehenden Zustimmung zu Rationalisierung und hin zu einer konkreteren und kritischeren Analyse. Die auf der unmittelbar betrieblichen Ebene schon früher oft verfolgte Taktik, technische Umwälzungen u. U. ganz zu verhindern, habe die Gewerkschaften bei raschem industriellem und technischem Strukturwandel jedoch zunehmend verwundbar gemacht und ihre soziale Basis unterminiert.

Die vom TUC seit 1979 verfolgte Konzeption der „kritischen Akzeptierung“ neuer Technologien und der „technology agreements“ (Aushandeln von Vereinbarungen über Technikeinführung und -gestaltung zwischen Gewerkschaften und Unternehmern) erwies sich aber nur als begrenzt erfolgreich. Zwar hätten dort, wo auf der Basis gewerkschaftlicher Kampfkraft verhandelt worden sei, eine Reihe von Verbesserungen realisiert werden können (Löhne, Eingruppierung, Ergonomie, Arbeitsplatzsicherung). Die gewerkschaftlichen Forderungen schlossen aber Fragen wie Berufsbilder, Systemgestaltung, betriebliche Planung des technischen Fortschritts usw. nicht ein und generell habe sich ein Mangel an Vorstellungen über Alternativen der Technikgestaltung gezeigt.³ Der Gefahr betrieblicher Spaltung der Belegschaften (Gewinner/Verlierer bei Technikeinführung) sei nur schwer zu begegnen. Ein Mangel sei auch die fehlende Verbindung zu anderen sozialen Gruppen (Konsumenten, Umweltbewegung), die eine Verbreiterung der Basis gewerkschaftlicher Politik ermöglichen würde.

Bert Ramelson (KP Großbritanniens) erinnerte in diesem Zusammenhang an den britischen Bergarbeiterstreik und die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse und den gewerkschaftlichen Organisationen, die mit dem technischen und industriellen Strukturwandel verbunden sind. Die Frage der Einheit der Arbeiterklasse erweise sich hier – wie im Zusammenhang mit der Massenarbeitslosigkeit – als ein zentrales Problem. *Ramelson* schloß hier auch die wachsende Bedeutung der Intelligenz auf betrieblicher Ebene ein. Er verwies auf zunehmende soziale Annäherung an die Arbeiterklasse und deren Bedarf an qualifizierter Beratung in Auseinandersetzung mit der Einführung der neuen Technik.

Strukturkrisen, Veränderungen in den betrieblichen Produktionsbedingungen und Angriffe der Regierung auf soziale Rechte und Errungenschaften kennzeichnen weithin die Situation der Arbeiter in den USA. Eines der spektakulärsten Beispiele der Einführung neuer Technologien und der Umorganisation von Betriebs- und Konzernstrukturen bietet heute General Motors, der größte US-Autokonzern. *John Pittman* (KP USA) erläuterte dies anhand der gegenwärtig anlaufenden Einführung des „Manufacturing Automation

3 Vgl. Robin Williams/Fred Steward, Technology agreements in Great-Britain: a survey 1977–83, in: Industrial Relations Journal, Bd. 16 (3) 1985, S. 58–73. Die Verfasser untersuchen 240 zwischen 1977 und 1983 abgeschlossene „technology agreements“.

Protocol“-Systems. Es handelt sich bei MAP um ein (auch in der BRD inzwischen bekanntes) elektronisches Fabrik-Kommunikationssystem, das Vernetzungsschwierigkeiten zwischen Computern, Robotern, automatischen Anlagen usw. überwinden und damit der Automation einen neuen Schub geben soll. In die gleiche Richtung verweist das Saturn-Projekt von GM, der radikale Neuaufbau einer hochautomatisierten Automobilfabrik, die bei 6000 Beschäftigten 400 000 bis 500 000 PKW pro Jahr produzieren soll.⁴ Dieses Projekt dürfte mit seinen Beschäftigungsfolgen einen Markstein für die internationale Automobilbranche setzen.

Pittman gab weiterhin eine Übersicht zu zwei Studien des AFL-CIO zur Zukunft der Arbeit und zur Lage der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in den USA, in denen auf die Perspektive wachsender Arbeitslosigkeit, auf die Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungsbereich und Probleme des rückläufigen gewerkschaftlichen Organisationsgrads in den USA eingegangen wird.⁵

In der Auseinandersetzung um die neue Technik herrschen in der Bundesrepublik Abwehrkämpfe vor (*Stephan Voets*, DKP), die sich nicht nur auf die betriebliche Ebene, sondern ebenso auf die Friedens- und Umweltfrage und andere Bereiche beziehen. Die Abwehr neuer Belastungen im Betrieb müsse mit dem Kampf um gesellschaftliche Alternativen und Verbesserungen verbunden werden. *Voets* nannte die Zurückdrängung von Rüstungsforschung und -technik, Arbeitszeitverkürzung, Erleichterung und Bereicherung der Arbeit durch Eingriffe in Arbeitsorganisation und Technikgestaltung, die Ausweitung von Qualifikation und Bildung. Im Rahmen einer alternativen Wirtschafts-, Struktur- und Forschungspolitik komme der Ausweitung von Kontroll- und Mitbestimmungsrechten besondere Bedeutung zu.⁶

Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Intelligenz verwies *Voets* auf wachsende Bündnismöglichkeiten, die durch die Friedensbewegung geschaffen würden und die auch die betriebliche Sphäre berühren. Beispiele sind die Naturwissenschaftler-Initiative gegen das Wettrüsten oder der von etwa tausend Beschäftigten des Siemens-Konzerns unterstützte Aufruf gegen eine Beteiligung an SDI.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt ist heute zu einer wichtigen Dimension der globalen Probleme geworden, die immer stärker auch die innere Auseinandersetzung in den kapitalistischen Ländern bestimmen. Dies gilt, so *Jean Spielmann* (Partei der Arbeit der Schweiz), für den Widerspruch zwischen wachsenden Kenntnissen der menschlichen Gattung und Ausweitung von Armut, Analphabetismus, Krankheiten in der Welt; für die den neuen Technologien und ihren Potenzen gegenüberstehende Massenarbeitslosigkeit; für den Widerspruch zwischen industrialisierten Ländern und der dritten Welt (Verschuldungskrise), für die Ökologiefrage und natürlich besonders für die

4 Siehe auch Sam Webb, *Hard Times in Auto*, in: *political affairs*, H. 6/1985, S. 23–30.

5 AFL-CIO, *The Future of Work*, und: *The Changing Situation of Workers and Their Unions*.

6 Vgl. *Kommunisten und neue Technologien*. Stellungnahme der DKP zur Technologiepolitik, Düsseldorf 1985.

Tatsache, daß heute erstmals mit den neuen Rüstungstechnologien die menschliche Existenz global in Frage gestellt ist. Diese Probleme entwickeln heute ihre politische, ideologische und kulturelle Brisanz in einer Situation, in der aus der Sicht der Schweiz die progressiven, linken Kräfte aufgrund der ökonomischen Entwicklung sich in einer schwierigen und defensiven Situation befinden. Unter welchen Bedingungen können die Menschen die technischen Möglichkeiten für sich nutzen? Auf diese Frage müßten die Marxisten heute eine Antwort entwickeln. *Spielmann* erläuterte ferner die Besonderheiten der Rückwirkung des kapitalistischen Weltmarktes auf die Wirtschaft der Schweiz, wobei für den Bedeutungsrückgang des industriellen Sektors des Landes die Vernachlässigung von Forschung und Entwicklung durch Staat und Monopole, Produktionsverlagerungen ins Ausland u. ä. von Bedeutung seien. Er unterstrich ausdrücklich die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der neuen Technik und der Implikationen ihrer betrieblich-gesellschaftlichen Anwendung.

Die forcierte Einführung neuer Technologien kann nicht losgelöst vom kapitalistischen Gesamtprozeß betrachtet werden. Sie ist Reaktion des Kapitals auf die mit der Verlangsamung der Akkumulationsdynamik wachsenden Verwertungsschwierigkeiten. *Jörg Goldberg* (IMSF) betonte, daß sich das Tempo der Freisetzung von Arbeitskräften durch Rationalisierung in der Bundesrepublik gegenüber der Vergangenheit nicht beschleunigt hat. Wesentlicher Ansatzpunkt zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muß also eine gesamtwirtschaftliche Antikrisenpolitik sein. Die staatsmonopolistische Modernisierungspolitik verschärft demgegenüber die bereits heute gegebenen Widersprüche auf längere Sicht, obwohl sie die Verwertungsbedingungen der strukturbestimmenden Konzerne und Branchen zunächst verbessert. Gerade im Bereich dieser rationalisierungsintensiven Konzerne sammeln sich jedoch hohe Kapitalüberschüsse an, Ausdruck struktureller Überakkumulation im Verhältnis zu profitablen Anlagemöglichkeiten. Zugleich wachsen regionale und Branchendisparitäten mit krisenhafter Zuspitzung.

Die mit der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung verbundenen Widersprüche zeigen sich auch in den Arbeitsprozessen selbst (*A. Leisewitz*, IMSF). So bedeutet z. B. größere Prozeßsicherheit von Automationsanlagen eine Reduzierung der Eingriffszeiten der Beschäftigten, was bekanntlich einen Verschleiß von Qualifikationen und Reaktionsfähigkeiten einschließt. Große Anlagenwerte verlangen aber nach hohen Qualifikationen der Beschäftigten, um Stör- und Ausfallszeiten möglichst zu reduzieren. Daraus können Ansatzpunkte für neue Formen der Arbeitsgestaltung entstehen. Jedoch verweisen alle Erfahrungen zugleich auf die Herausbildung neuer Formen technischer und bürokratischer Kontrolle der Arbeit. So ist in Verbindung mit neuen Technologien eine weitreichende Tendenz zu Formen der Arbeitsorganisation zu beobachten, die auf eine möglichst umfassende Ausschöpfung der individuellen, arbeitsbezogenen Kenntnisse zwecks Produktionsintensivierung abzielen (siehe z. B. die Qualitätszirkel). Für die Formierung der Arbeiterklasse auf betrieblicher Ebene entstehen nicht nur aus den mit neuer Technik verbundenen Differenzierungs- und Segmentierungsprozessen Probleme,

sondern auch aus den neuen Formen der Arbeitsorganisation. Dies zeigt sich in der wachsenden Bedeutung von Isolation am Arbeitsplatz. Wenn in den Gewerkschaften der Bundesrepublik eine kritischere Haltung der neuen Technik gegenüber unter dem Stichwort „soziale Kontrolle der Produktivkraftentwicklung“ Platz gegriffen hat, so macht dies auch die Entwicklung eigenständiger, Klasseninteressen verpflichteter Forderungen nach alternativer Arbeitsgestaltung notwendig.

Auf solche Veränderungen der sozialen Dimension des Arbeitsprozesses und der betrieblichen Kommunikation wies auch *Lothar Peter* (Universität Bremen) mit der Forderung hin, der Herrschaftssoziologie des Kapitals eine antikapitalistische Soziologie der Praxis in den Betrieben entgegenzusetzen. Der traditionelle betriebliche Alltagsrhythmus „gemeinsam in die Fabrik, gemeinsam in der Fabrik, gemeinsam aus der Fabrik heraus“ würde mit den neuen Flexibilisierungskonzepten weitgehend aufgebrochen. Zunehmende technische Vermittlung der Kooperation sei eine der Ursachen für die Einschränkung innerbetrieblicher Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten. Das Verlangen nach Mindestnormen der Arbeitsgestaltung müsse daher über rein ergonomische Forderungen hinausgehen und z. B. auf die institutionalisierte Durchsetzung von Beratungs- und Kommunikationsmöglichkeiten während der Arbeit drängen. *Peter* illustrierte das anhand der französischen „Lois Auroux“, die unter der Linksregierung durchgesetzt werden konnten und in bestimmtem Rahmen solche Möglichkeiten geben.⁷

In die gleiche Richtung argumentierte *Klaus Pickshaus* (IMSF) unter Bezug auf das Konzept der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsverhältnissen. Die Gewerkschaften hatten dem im Streik um die Einführung der 35-Stunden-Woche 1984 den Kampf um kollektive, einheitliche Schritte der Verkürzung der Wochenarbeitszeit entgegengesetzt. Wenn die Unternehmer bei der Einführung flexibilisierter Arbeitszeiten bisher nur begrenzten Erfolg hatten, so ist dies zweifellos diesem Kampf und dem vergleichsweise hohen Grad an kollektivrechtlichen Regelungen in der Bundesrepublik zuzuschreiben. Dennoch gibt es reale Bedürfnisse von Gruppen der Arbeiterklasse, an denen die Flexibilisierungskonzepte ansetzen (z. B. Interesse an Teilzeitarbeit bei erwerbstätigen Frauen). Neben der Durchsetzung kollektiver, einheitlicher Schritte der Arbeitszeitverkürzung werde daher auch die Entwicklung einer differenzierten gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik notwendig, die – bei kollektivrechtlichem Schutz – die besonderen Interessen und Belastungen einzelner Gruppen der Arbeiterklasse berücksichtige.

Anknüpfend an die Bemerkung von *Spielmann* über die Widersprüchlichkeit der technischen Entwicklung, unterstrich *Heinz Jung* (IMSF), daß vom Standpunkt der Autonomie der sozialen Interessen der Arbeiterklasse die Technik nicht als ein neutrales Element im Gesellschaftsprozeß verstanden werden kann, sondern in ihrer konkreten Gestaltung sich im Wechselverhält-

7 Vgl. im einzelnen: *Lothar Peter*, Zwischen Reformpolitik und Krise – Gewerkschaften in Frankreich 1980 bis 1985, Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, H. 17, Frankfurt/M. 1985, S. 79 ff.

nis mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und durch diese geprägt entwickelt. Gesellschaftliche Interessen schlagen sich in der Produktivkraftentwicklung nieder; sie folgt keineswegs nur einer inneren Eigenlogik. Dies ist im übrigen auch die Grundlage für die gewerkschaftliche Forderung nach Eingriff in die Technik- und Produktivkraftgestaltung zur Realisierung von Lohnabhängigeninteressen.

Wenn die Gewinnung von Teilen der Intelligenz für die Interessen der Arbeiterklasse mit der wissenschaftlich-technischen Revolution an Bedeutung gewinnt, so muß die Frage nach Ansatzpunkten und Zugängen in den Mittelpunkt rücken. Hier, so *Jung*, können Lohnarbeiterinteressen der Intelligenz bei fortgeschrittener Rationalisierung ihrer Arbeit Bedeutung erlangen; bei anderen Gruppen spielen, wie die Erfahrung zeigt, Berufsinteressen, Fragen der Verantwortung der eigenen Tätigkeit, ihres Sinns usw. eine wichtige Rolle. Gerade auf dieser Grundlage sei ihre Einbeziehung als Beratungspotential demokratischer Bewegungen möglich.

George Jackson (Socialist Unity Party, Neuseeland) hob in seinem Beitrag die Bedeutung der Leninschen Imperialismusanalyse für das Verständnis des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Internationalisierung des Kapitals hervor. *Jackson* stellte die Frage nach der Bedeutung der technologischen Umwälzungen für die Zukunft der Arbeiterklasse in einem Land mit stark differenzierter und aufgesplitteter Gewerkschaftsbewegung – in Neuseeland gibt es gegenwärtig über 260 Einzelgewerkschaften. Er plädiert dafür, sich nicht als „moderne Ludditen“ gegen den technologischen Wandel zu stellen, sondern für die sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Forderungen der Lohnabhängigen zu kämpfen.

Über die Vielfalt materieller und ideologischer „Hebel“ zur Durchsetzung von Rationalisierungszielen in staatlichen und privaten Monopolbetrieben sprach *William Somerset* (KP Irlands). Er bezog sich dabei auf über dreißig Jahre Erfahrung gewerkschaftlicher Tätigkeit im Rahmen des nordirischen Telekommunikationswesens (zuerst Teil des General Post Office Großbritanniens, später privatisiert). Obwohl die großen Versprechungen von leichter Arbeit, freierem Leben oder „transformiertem Kapitalismus“, mit denen die Einführung der neuen Technik ideologisch begleitet wird, rasch vor der Alltagserfahrung verblassen, bleiben den Unternehmern doch genügend Mechanismen zur Durchsetzung ihrer Rationalisierungsziele und eines Arbeitsplatzabbaus „ohne Revolte“ – von Abfindungszahlungen („golden handshake“) über Illusionen der kleinen Selbständigkeit bis zur Mobilisierung der inner- und zwischenbetrieblichen Konkurrenz. Solche Mechanismen wirken in staatlichen wie privaten Unternehmen, erstere bieten jedoch eher gewisse Schutzmöglichkeiten. Die Privatisierung von British Telecom bedeutete zugleich Beschleunigung der Modernisierung, Abbau von innerbetrieblichen Qualifizierungsmöglichkeiten usw. Dieser Druck fördert auch Differenzierungen in den Gewerkschaften. Aufgabe der linken klassenkämpferischen Strömung muß es dabei sein, die Felder gemeinsamer Interessen der unterschiedlich betroffenen Arbeiterklassengruppen auszumachen und von hier aus gewerkschaftliche und politische Forderungen und Bewegungen zu initiieren. *Somerset*

nannte Fragen wie Arbeitszeit, Qualifikation, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Maschinen- und Arbeitsplatzbesetzung, Abwehr von Arbeitsverdichtung usf.

Während Irland heute ein Land mit hoher Arbeitslosenrate ist, trifft dies auf Schweden nicht im gleichen Maße zu. Dennoch haben sich auch in der stark weltmarktorientierten Wirtschaft Schwedens in den letzten zehn Jahren wesentliche Veränderungen vollzogen (*Urban Herlitz*, Linkspartei-Kommunisten Schwedens). Stichworte sind Beschäftigungsabbau in der Industrie, Senkung der Realeinkommen seit 1981/82 unter das Niveau von Mitte der siebziger Jahre, gekoppelt mit starkem Profitanstieg und einer Konzentration neuer Technologien in den entwickeltsten und noch wachsenden industriellen Sektoren (Schweden verfügt heute bekanntlich über die höchste Industrie-Roboter-Dichte).

Wenn die offene Arbeitslosigkeit ein im internationalen Vergleich noch relativ niedriges Niveau hat, so hängt dies u. a. mit der staatlichen Beschäftigungspolitik der siebziger Jahre zusammen. Das Beschäftigungswachstum im öffentlichen Sektor ist jedoch inzwischen gestoppt. Neben dem Beschäftigungseinbruch und der Realeinkommensenkung ist das Auseinanderdriften der Lohneinkommen entgegen dem bisherigen Langfristrend eines der neuen Probleme.⁸

Herlitz machte darauf aufmerksam, daß betriebliche Erfahrungen – etwa bei Volvo/Göteborg – zeigen, daß die Arbeiter bei guter gewerkschaftlicher Organisation trotz der Unternehmerabsichten neue Formen technischer Kontrolle und Überwachung durchaus abwehren können. Es gäbe also keinen Automatismus der Einengung, eher neue Handlungsmöglichkeiten insbesondere dort, wo in den arbeitsorganisatorischen Konzepten stärker auf Motivation und Fähigkeiten von Arbeitsgruppen gesetzt würde. *Herlitz* unterstrich, daß in der Gewerkschaftspolitik die Arbeitszeitverkürzung zu einem wichtigen Punkt des Bruchs mit den monopolistischen Strategien werden könne.

In den Beiträgen der portugiesischen und griechischen Konferenzteilnehmer wurden Probleme der aktuellen ökonomischen Entwicklung, der Industrialisierung und Lage der Arbeiterklasse aus der Sicht weniger entwickelter kapitalistischer Länder mit zum Teil ganz anderer Gewichtung der sozialökonomischen Probleme dargestellt. Hier erweist sich die Internationalisierung des Kapitals als eine der Schienen, über die – neben der Rüstung – die neue Technik und die Modernisierungspolitik in bestimmten Sektoren der Wirtschaft wirksam werden.

Portugal ist ein stark durch agrarische und kleingewerbliche Strukturen geprägtes Land (*Carlos Aboim Ingles*, Kommunistische Partei Portugals). Neue Technik und Modernisierung spielen in erster Linie als ideologisches Thema eine Rolle – und sie haben hier eher eine Alibifunktion, um von den wirklich drängenden Problemen des Landes abzulenken – der Rückgängigmachung

⁸ Zur marxistischen Analyse der Struktur und Lage der Arbeiterklasse Schwedens vgl. auch den Beitrag von C.-H. Hermansson, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, H. 11/1985, S. 1539 ff.

der Verstaatlichung wichtiger Monopolgruppen, die nach der Revolution von 1974 durchgesetzt werden konnte; der hohen Arbeitslosigkeit; dem sich ausbreitenden Phänomen von Arbeit ohne Lohnauszahlung bei verschuldeten Unternehmen und Betrieben. *Ingles* betonte, daß sich das Segmentierungsproblem so, wenn auch auf anderer Grundlage, auch für die portugiesische Arbeiterklasse stelle.

Zentren neuer Technik sind einige vom Auslands-(US-)Kapital dominierte industrielle Bereiche, Banken und Dienstleistungen. Hier gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten mit der Situation in Griechenland, das sich gegenwärtig von einem Agrar- zu einem Industrieagrarland entwickelt (*Zinon Zorzovilis*, KP Griechenlands). Rückständige Strukturen, starke Abhängigkeit vom Auslandskapital gerade in den technisch-industriell entwickeltsten Branchen, Rückstand bei Einführung neuer Technik sind charakteristische Merkmale. Es gibt insofern eine gewisse „technologischer Degradierung“ des Produktionspotentials. Zu den Widersprüchen der ökonomischen Entwicklung gehört das Nebeneinanderexistieren von extrem rückständigen Sektoren und Bereichen mit modernsten Technologien (bei der Informations- und Kommunikationstechnik etwa die Großbanken). Über die Abhängigkeit vom Auslandskapital wächst auch eine Technologieabhängigkeit. Die Regierung verfolgt ein eigenes Modernisierungsprogramm, das in der Praxis aber mit einem Abbau von Subventionen und Leistungen im Sozialbereich, auch im Bereich von Bildung und Ausbildung, verbunden ist.

Esben Sloth Andersen (KP Dänemarks) griff in seinem Beitrag noch einmal die Frage der Widersprüchlichkeit und des spezifischen Charakters der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus auf. Die kapitalistische Anwendung und Entwicklung der modernen Produktivkräfte realisiert sich immer in Form einer „schöpferischen Zerstörung“ und als ungleichmäßiger Prozeß auf allen gesellschaftlichen Ebenen – von den Betrieben bis zu den Klassen oder zur Ebene des Weltmarktes. In den einzelnen Phasen tritt dabei der destruktive Aspekt in mehr oder weniger starkem Maße hervor. Im Vergleich zur Zeit der fünfziger und sechziger Jahre, in der das Konzept der wissenschaftlich-technischen Revolution in der marxistischen Theorie ausgearbeitet wurde, haben sich die ökonomischen Bedingungen und der wissenschaftlich-technische Fortschritt selbst verändert: Zunehmende Krisenhaftigkeit und mikroelektronische Etappe sind die aktuellen Merkmale.

Während sich die erste Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution seinerzeit auf einzelne high-tech-Industrien beschränkte, beginnt jetzt die Phase ihrer umfassenderen Ausweitung in alle wirtschaftlichen Sektoren. Und unter den heutigen Bedingungen tritt ihre destruktive Seite sehr viel deutlicher hervor als früher.

Mit anderen Diskussionsrednern war *Andersen* sich darin einig, daß die Abwehr dieser destruktiven Seite nur Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn es gelingt, die Technologiepolitik der Arbeiterbewegung in den Rahmen einer längerfristigen Alternativstrategie einzubinden und durch Überwindung der Marginalisierungs- und Segmentierungsprozesse eine „produktive Solidarität“ der Gegenwehr zu entwickeln, zu der auch die Einbeziehung der techni-

schen Intelligenz gehört. Eine wichtige Rolle für die Entwicklung übergreifender Bündnisspannen kann hierbei (so *Williams, Goldberg* u. a.) im Zusammenhang alternativer Wirtschaftspolitik das Konzept der „Gebrauchswertorientierung“, die Forderung nach Umstellung auf „sozial nützliche Produkte“ usw. spielen, ein Ansatz, der die Interessenbündelung von verschiedenen Zugängen her (Produzenten/Konsumenten, Arbeiter/technische Intelligenz, Ökologebewegung usf.) möglich macht. Hier gibt es erste Beispiele im Zusammenhang mit Rüstungskonversion, alternativer Energiepolitik, Ökologisierung der Produktion usf.

Für das Verständnis der Besonderheit des Produktivkraftumbruchs in der wissenschaftlich-technischen Revolution ist der Vergleich mit der Marxschen Analyse der industriellen Revolution wichtig. *Maritta Bernien* (Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, Berlin) machte jedoch darauf aufmerksam, daß die industrielle Revolution nicht ein rein technisch-ökonomischer Prozeß, sondern auch ein Umbruch in den Produktionsverhältnissen gewesen sei, daß es also darauf ankomme, auch heute den Zusammenhang zwischen Produktivkraftumbruch, Vergesellschaftungsschub und Notwendigkeit des Übergangs zu einer neuen, sozialistischen Produktionsweise im Auge zu behalten.

Peter Delitz (ebenfalls IPW, Berlin/DDR) legte dar, daß sich der mit den modernen Produktivkräften wachsende Vergesellschaftungsgrad heute auch in einem spezifisch staatsmonopolistischen Charakter des Flexibilisierungskonzeptes niederschlägt. Dieses Konzept könne nur wirksam werden, wenn es auf den drei wichtigsten Ebenen des Lohnarbeit-Kapital-Verhältnisses arbeitsteilig umgesetzt werde: auf der betrieblichen Ebene als Flexibilisierung von Arbeitszeit, -organisation, größerer Disponibilität der Arbeitskraft usw.; auf der Ebene der Auseinandersetzung von Monopolverbänden und Gewerkschaften als „Flexibilisierung“ des Tarifsystems und Tarifrechts; auf der staatlich regulierten Ebene u. a. durch die von den Unternehmern geforderte „Flexibilisierung des Rechtssystems“. Der staatsmonopolistische Charakter dieses Konzepts zeige sich auch darin, daß mit dem Eingriff in die konkreten, betrieblichen Formen des Ausbeutungsregimes zugleich allgemeine gesellschaftspolitische Zielsetzungen (Entsolidarisierung, Individualisierung, Schwächung der Gewerkschaften) verbunden seien. Dies schließe auch die Verknüpfung von betrieblichen und gesellschaftlichen Herrschaftsmechanismen ein, so etwa durch die „Verdatung“ der Bürger (Computerüberwachung, „gläserner Mensch“).

Trotz des Ausbaus dieser Herrschaftsapparate, trotz der wachsenden sozialen Belastungen, die mit den neuen Technologien verbunden sind, lassen soziologische Studien zur Einstellung von Frauen und von Jugendlichen zur Arbeit und zur neuen Technik hohe Ansprüche an die Arbeitstätigkeit erkennen, in denen die Hoffnung auf inhaltsreiche, qualifizierte, der Selbstverwirklichung und Persönlichkeitsentwicklung förderliche Arbeit zum Tragen kommt. *Johanna Hund* (Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg) interpretierte dieses Anspruchsniveau als Widerspiegelung der Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Einstellung von Frauen und Jugend-

lichen. Diese Ansprüche gelte es gegen die alltägliche Blockade dieser Bedürfnisse zu mobilisieren. Ein Hemmnis sei dabei, daß sie in der Regel nur als individuelle Ansprüche formuliert, nicht als kollektive Interessen verstanden würden. Es käme gerade bei den Jugendlichen darauf an, die Legitimität dieser Ansprüche klarzumachen, um einer Resignation entgegenzuwirken und die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Alternativen erkennen zu lassen, wenn sie befriedigt werden sollen.

Konsens aller Tagungsteilnehmer war, daß die Probleme der neuen Technologien heute nicht losgelöst von den Rüstungstechnologien und der Militarisierung gesehen werden können. *Jürgen Reusch* (IMSF) verwies auf diesen „Exzeß“ der Verwandlung von Produktiv- in Destruktivkräften bei dem Welt-raummilitarisierungsprojekt SDI und der Diskussion um das westeuropäische Alternativprojekt EUREKA. *Reusch* zeigte anhand der konkreten Eureka-Projekte, daß es sich hierbei um ein auf zum Teil die gleichen Monopole wie bei der SDI-Beteiligung zugeschnittenes Hochtechnologieprogramm handelt, das in wichtigen Teilen militärischen Charakter hat bzw. annehmen kann und das zugleich im Kontext einer aggressiven Weltmarktorientierung und Stabilisierung des westeuropäischen Rivalitätszentrums gegenüber den USA und Japan gesehen werden müsse.

Die Diskussion ließ eine Reihe übergreifender Fragestellungen erkennen, die auf wesentliche Veränderungen der Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und den Krisenprozessen hinweisen. Sie sollen abschließend noch einmal genannt werden (so auch im Schlußwort der Tagung *Heinz Jung*).

1. Im Massenbewußtsein hat sich, geprägt von realen Erfahrungen mit den neuen Technologien, ein Wandel vollzogen. Heute dominieren eher Unsicherheit und Existenzangst. Dem entspricht vielfach eine Neubestimmung der Positionen der Gewerkschaften und die Entdeckung der Technikfrage als ein wichtiges Feld gewerkschaftlicher Arbeit. Dies gilt auch und gerade für die reformistische Strömung in den Gewerkschaften.

2. Will man den Charakter der wissenschaftlich-technischen Revolution zu Beginn der achtziger Jahre über seine im engeren Sinne technischen Aspekte hinaus bestimmen, so ist darauf hinzuweisen, daß

- der Umbruch in den Produktivkräften die ganze Breite von Wirtschaft und Gesellschaft zu erfassen beginnt;
- dieser Umbruch mit allen sozialen Implikationen sich unter dem Druck der internationalen monopolistischen Konkurrenz und der Rivalität der imperialistischen Zentren vollzieht;
- der wissenschaftlich-technische Fortschritt damit heute ebenso zu einer Ursache wie einem Element der Struktur- und Regulierungskrise des staatsmonopolistischen Kapitalismus geworden ist;
- die wissenschaftlich-technische Revolution heute untrennbar mit der massenhaften Verkehrung von Produktiv- in Destruktivkräfte im Rahmen der imperialistischen Hochrüstung verbunden ist.

3. Nicht nur die letztgenannte Deformation des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zeigt, daß die Entwicklung der modernen Produktivkräfte

keineswegs nur einer inneren, technischen Logik folgt, sondern hinsichtlich Entwicklungsrichtung, Tempo, Anwendungsformen, Funktion, konkreter Gestaltung, sozialen Inhalts usw. von den herrschenden Produktions- und Aneignungsverhältnissen geprägt wird. Die zentrale Frage: *Wer* bestimmt über Wissenschaft und Technik? kann sich insofern nicht nur (obwohl dies eine entscheidende Seite ist) auf die sozialen „Rahmenbedingungen“ beziehen; zu ihren Dimensionen gehört auch, daß die Produktivkraftentwicklung schon im Kapitalismus Gegenstand des Klassenkampfes ist. Die Auseinandersetzung um Alternativen auf diesem Feld gehört zur Strategiebestimmung der Arbeiterbewegung.

4. Neben der zentralen Frage der Massenarbeitslosigkeit und damit der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse als einer „Achse“ der antimonopolistischen Strategie wird die Gewinnung der neuen, mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen sozialen Gruppen der Lohnabhängigen, in erster Linie der Intelligenz, zu einer erstrangigen Aufgabe. Dies macht die Beachtung der verschiedenen und differenzierten Zugänge dieser Gruppen zur demokratischen und Arbeiterbewegung unbedingt notwendig.

5. Zu den Herausforderungen für Strategie und Politik der Arbeiterbewegung unter den neuen, durch die wissenschaftlich-technische Revolution geprägten Bedingungen gehört die Frage der Entwicklung von adäquaten Gegenmachtpositionen, ohne die alle Forderungen nach Eingriff in Produktivkraftgestaltung Illusion bleiben müssen. Dies schließt die Veto- und Blockademacht von Belegschaften und Gewerkschaften gegenüber neuer Technik, wo erforderlich, ebenso ein wie die Notwendigkeit übergreifender sozialer Bündnisse und die Einbindung der Technologiepolitik in den Gesamtzusammenhang einer auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, den Bruch mit den Klassenverhältnissen zielende Antikrisen- und Alternativpolitik.

Markt, Plan, Vergesellschaftung. Zum Stand der wissenschaftlichen Debatte über das globale Energieproblem

Hermann Bömer

1. Eine prokapitalistische Offensive – 1.1 Gute Ziele und schlechte Strategie: Meyer-Abich/Schefold – 1.2 Lübbes Credo – 1.3 Knizas Mißbrauch des Arguments von der Lage der Entwicklungsländer – 2. Neue Überlegungen zu „Vergesellschaftungsplanung“ – 3. Argumente für eine international vergesellschaftete Energiepolitik

1. Eine prokapitalistische Offensive, die man nicht unterschätzen sollte

1.1 Gute Ziele und schlechte Strategie: Meyer-Abich/Schefold

Der Abschlußbericht des großen Forschungsprojektes „Sozialverträglichkeit von Energiesystemen“ unter der Leitung von *M. Meyer-Abich* und *B. Schefold* liegt inzwischen vor.

Die positiven Ergebnisse dieser Arbeit sind bereits vielfach referiert worden: ² die Bundesrepublik Deutschland steht bezüglich der Energieversorgung vor einer echten „Verzweigungssituation“, d. h. einer Entscheidungsmöglichkeit, zwischen verschiedenen *Energiepfaden* wählen zu können.

Die Wahl spitzt sich aktuell zu auf die Alternative Kernenergienutzung mit oder ohne Brüter und Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen. Die Struktur dieser teilweise gegensätzlichen Energiepfade wurde bereits im Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukünftige Kernenergie-Politik“ von 1980³ sichtbar gemacht und ist nach wie vor eine sehr gute und wissenschaftlich fundierte Grundlage für die Diskussion über die Entscheidungsmöglichkeiten heutiger Energiepolitik in der Bundesrepublik.

1 K. M. Meyer-Abich/B. Schefold, Die Grenzen der Atomwirtschaft. Mit einer Einleitung von C. F. v. Weizsäcker, München 1986.

2 H. Sorge, Sonnenenergie als Hauptenergiequelle, in: Deutsche Volkszeitung/die tat, 20. 6. 1986.

3 Deutscher Bundestag, Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ – Drucksache 8/4341 v. 27. 6. 1980.

Tabelle 1: Ergebnisse der Berechnungen für die vier Pfade*

		PFAD 1			PFAD 2		PFAD 3		PFAD 4	
Charakterisierung										
Wirtschaftswachstum										
- vor 2000		3,3 %			2,0 %		2,0%		2,0%	
- nach 2000		1,4 %			1,1 %		1,1%		1,1%	
Strukturwandel in der Wirtschaft		mittel			mittel		stark		stark	
Wachstum der Grundstoff-										
industrie		wie BSP/2			wie BSP/2		Null		Null	
Energieeinsparungen		Trend			stark		sehr stark		extrem	
		1978	2000	2030	2000	2030	2000	2030	2000	2030
Nachfrageseite										
Primärenergiebedarf		390	600	800	445	550	375	360	345	310
Energiebedarf		260	365	446	298	317	265	250	245	210
Strombedarf**		36	92	124	47	57	39	42	36	37
Nichtenergetischer										
Verbrauch		32	50	67	43	52	34	34	34	34
Angebotsseite										
Stein- und Braunkohle ...		105	175	210	145	160	145	160	130	145
Erdöl und Erdgas		265	250	250	190	130	190	130	165	65
Kernenergie in GWe		10	77	165	40	120	0	0	0	0
- davon Brutreaktoren ...		-	-	84	-	54	-	-	-	-
Regenerative										
Energiequellen		8	40	50	40	50	40	70	50	100
Sonstiges										
Kohleverstromung		65	80	80	29	22	76	77	52	33
Synthetisches Erdgas										
aus Kohle		-	18	50	18	56	-	-	-	-
Stromanteil in %										
- an der Raumwärme		3	14	17	5	7	3	2	2	0
- an der Prozeßwärme ...		7	19	17	8	8	8	8	7	6
Natururanbedarf,										
in 1000 t kumuliert		bis 2030			bis 2030					
- ohne Wiederauf-										
arbeitung		650			425					
- mit Brutreaktoren		390			255					

* Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich alle Werte auf Millionen t SKE.

** Der Strombedarf bezieht sich auf den Endenergiebedarf an Strom, nicht auf die Bruttostromerzeugung. Er ist hier in Millionen t SKE angegeben. 1 Million t SKE Strombedarf entspricht 8,13 TWh.

(aus: Deutscher Bundestag, a. a. O., S. 38)

Den jeweiligen Energiepfaden sind handfeste ökonomische und politische Interessengruppen zuzuordnen. So setzt sich z. B. *Knizia*, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Elektrizitätswerke AG (VEW) Dortmund, vehement für die Strategie des Pfades 1 ein,⁴ während *Meyer-Abich*, der als Repräsentant der

4 K. Knizia, Energie, Ordnung, Menschlichkeit, Düsseldorf/Wien 1981.

„ökosozialen Marktwirtschaftler“ in bzw. im Umfeld der SPD gilt, Befürworter des Pfades 3 – zumindest bis zum Datum der Katastrophe von Tschernobyl –, die befristete Weiternutzung von Leichtwasserreaktoren in der BRD vorsieht und einen Ausstieg aus der Kernenergie zum Jahr 2000 für sinnvoll und möglich hält.

Pfad 4 dagegen wird von den Grünen repräsentiert, wobei es heute noch radikalere Effizienzscenarien gibt.⁵ Zweifellos hat die wissenschaftliche Bearbeitung der Probleme der Energiepolitik große Fortschritte erzielt, nicht zuletzt im kategorialen Bereich, in dem der Begriff *Energiedienstleistung* (ED) als Zweck der gesellschaftlichen Veranstaltung Energiewirtschaft eine zentrale Stellung einnimmt (vgl. Abb. 1, S. 317). Man kann heute durchaus davon sprechen, daß sich eine neue wissenschaftliche Disziplin entwickelt hat, die „technische Ökonomie“ und die „Analyse effizienter Energienutzung“, „die allerdings, soweit ihre Vertreter noch nicht zur Rezeption der Politischen Ökonomie vorgedrungen sind, noch mit vielerlei Illusionen über die Fähigkeiten der Marktwirtschaft behaftet sind.“⁷ Diese Disziplin definiert das Energieproblem wie folgt: „Wie läßt sich für *jede gewünschte Energiedienstleistung die erforderliche Energiemenge und -art mit Hilfe welcher Energiequelle am kostengünstigsten bereitstellen?*“⁸ wobei der Begriff *Kosten* die betriebs- und volkswirtschaftlichen Kosten umfaßt. Es muß also zunächst die thermodynamische Struktur des Endenergiebedarfs bestimmt werden, um dann die jeweils kostengünstigste Energiequelle zuordnen zu können. Z. B. ist es völlig unsinnig, die gewünschte Raumtemperatur von 20° C für Wohnungen mit teurem Strom aus Kernkraftwerken zu erzeugen, wenn dies statt dessen mit passiver Solarenergie, z. B. erstklassiger Wärmedämmung, oder mit Abwärme aus Anlagen mit Kraft-Wärme-Koppelung viel kostengünstiger zu erreichen ist.

Die Vernachlässigung der Rezeption dieses relevanten kategorialen Fortschritts ist ein Hauptgrund dafür, daß es solange gedauert hat, bis in den energiepolitischen Programmaussagen der marxistischen Kräfte den Energiesparstrategien der ihnen gebührende *systematische* Stellenwert zugewiesen worden ist, so z. B. erst 1983 in den „Energiepolitischen Vorstellungen der DKP“.⁹

Die Gruppe um *Meyer-Abich* und die zu Recht berühmte Autorengruppe der Öko-Institut-Studie von 1980¹⁰ haben wesentlichen Anteil daran, daß wir heute über eine theoretische, technische, ökonomische und ideologische Alternative zum angebotsorientierten Konzept der Monopole der Energiewirtschaft verfügen. Und dennoch weist die Studie der Gruppe um *Meyer-Abich-*

5 F. Krause/H. Bossel/K.-F. Müller-Reißmann, *Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. Ein Alternativbericht des Öko-Instituts/Freiburg, Frankfurt 1980*; und A. B. Lovins/L. H. Lovins/F. Krause/W. Bach, *Wirtschaftlichster Energieeinsatz: Lösung des CO₂-Problems*. Karlsruhe 1983 (Übersetzung aus dem Amerikanischen, Massachusetts 1981).

6 Lovins u. a., a. a. O., S. 19.

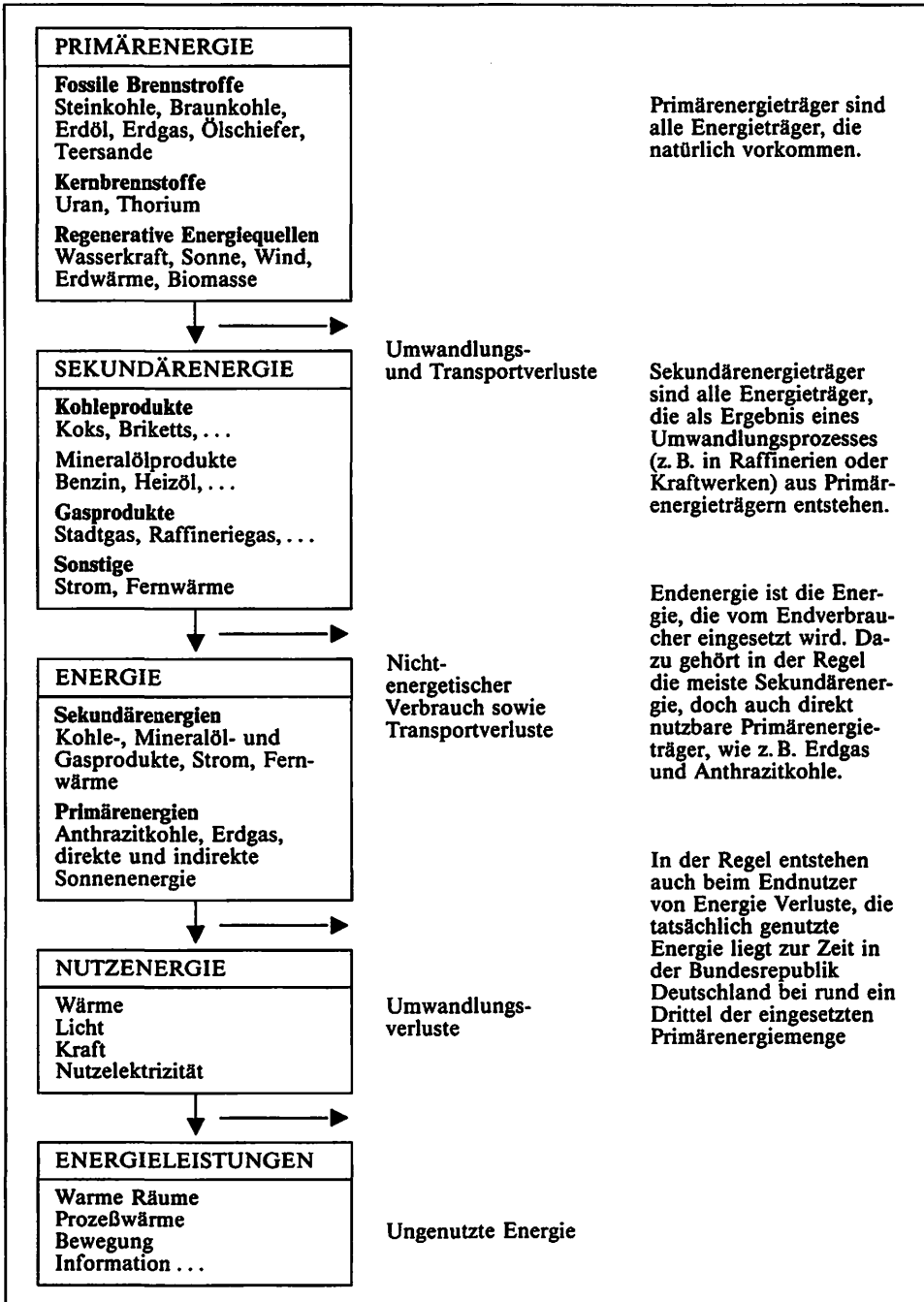
7 W. Bach, *Ist das Festhalten an der Atomenergie noch zu verantworten? Fragen und Fakten zur Atomwirtschaft*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/1986, S. 675–693.

8 Lovins u. a., a. a. O., S. 171.

9 Deutsche Kommunistische Partei, *Energiepolitische Vorstellungen der DKP*, Düsseldorf 1983.

10 Vgl. Krause/Bossel/Müller-Reißmann, a. a. O.

Abbildung 1: Von der Primärenergie bis zu den Energiedienstleistungen



(aus: Deutscher Bundestag, a. a. O., S. 17)

wesentliche Schwächen auf, die es zu kritisieren gilt: es wird *erstens* systematisch die Weltenergieproblematik ausgeblendet, übrigens ganz in der Tradition der sogenannten sozialgesteuerten Innovationspolitik des Peter Glotz.¹¹

Zweitens wird die an sich begrüßenswerte Prüfung der *Sozialverträglichkeit* der energiepolitischen Strategien umgebogen in einer Überprüfung der Verträglichkeit mit den angeblichen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Die Möglichkeiten und Entwicklungsprobleme des Sozialismus bezüglich der Umweltbeherrschung werden auf einer halben Seite (S. 160) abgefertigt. Es wird keine Notiz genommen von der breiten Diskussion über Umweltprobleme und über den notwendigen Wechsel des Reproduktionstyps im Sozialismus, wie sie etwa auf dem 27. Parteitag der KPdSU und bei dessen Vorbereitung stattgefunden hat.

Ein *dritter* Mangel der Arbeit besteht darin, daß keine explizite Auseinandersetzung mit den Vertretern des Pfades 4 geführt wird, die ihrerseits teilweise inzwischen *keine* dogmatische a priori-Festlegung auf die ‚öko-soziale Marktwirtschaft‘ mehr vornehmen.

Die Autoren greifen das von den Ordoliberalen entwickelte Konzept der *Wirtschaftsstile* als Hauptunterscheidungsmerkmal von ökonomischen Strategien auf. Dementsprechend unterscheiden sie – sinnvollerweise – zwischen dem harten (Pfade 1 u. 2) und dem weichen Weg (Pfade 3 u. 4) der Energiepolitik, messen aber dem Wirtschaftssystem (Plan- und Marktwirtschaft) unverständlicherweise nur eine untergeordnete Bedeutung zu, weil es – was bislang nicht zu bestreiten ist – auch im Sozialismus harte Strategien gebe.

Dem von den Vertretern der Rechten erhobenen Vorwurf, die Sonnen-Spar-Strategie erfordere einen „energiepolitischen Dirigismus“¹² versuchen sie mit Argumenten entgegenzutreten, die die Marktkonformität der S-Strategie unterstreichen. Da das S-Szenario an der Nachfrage nach Energiedienstleistungen ansetze und die „Steuerung der Entwicklung der Versorgungssysteme der energiepolitischen Beeinflussung der Energieanwendung nachgeordnet (wäre)“,¹³ sei beim S-Szenario der Bedarf an Staatsinterventionismus letztlich geringer als beim Kernenergieszenario, da der Ausbau der Kernenergie einschließlich der Brütertechnologie „die Vermutung nahelegt, daß nicht nur aus sicherheitspolitischen, sondern schon aus ökonomischen Gründen eine Verstaatlichung des gesamten Systems erforderlich würde“.¹⁴ Das S-Szenario laufe dagegen aus immanenten Gründen (Nutzung der Abwärme und der regenerativen Energiequellen) eher auf eine dezentrale Kommunalisierung (Rekommunalisierung) hinaus.

Die Fronten kehren sich nun um. Sozialdemokraten reklamieren für sich „Ökosoziale *Marktwirtschaft*“, während sie den für den Ausbau der Kernenergie tatsächlich erforderlichen *Staatsinterventionismus* den Rechten zum Vorwurf machen. Woran liegt der rationale Kern dieses Rollentausches? In der

11 P. Glotz, Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken, Westberlin 1984.

12 Vgl. Knizia, a. a. O., S. 221.

13 Meyer-Abich/Schefold, a. a. O., S. 132.

14 Ebenda, S. 151.

Tat führt eine Überzentralisierung der Stromproduktion und eine fehlende horizontale Integration im Energiesektor zu einem überproportionalen gesellschaftlichen Arbeitsaufwand, der durch die Tendenzen der Überakkumulation von Kapital auch in diesem Sektor zusätzlich gesteigert wird.¹⁵

Eine vom Primat der rationellen Energieversorgung geforderte Dezentralisierung der Produktion von ED verlange deshalb die Entflechtung der großen EVUs. Der Trick besteht nun darin, der Dezentralisierung durch Kommunalisierung Marktkonformität zu unterstellen, obwohl doch – und dies muß man offen aussprechen, um die politischen Widerstände der Monopole der Energiewirtschaft gegen dieses an sich vernünftige Konzept brechen zu können – die Kommunalisierung der Energiewirtschaft einen wichtigen Schritt zur Überwindung der Profitwirtschaft darstellt, ja geradezu gefordert wird, die Energiewirtschaft zu einer sozialen Aufgabe zu erklären und dem Kapitalverwertungsinteresse zu entziehen. Diese Position wird im Gegensatz zur *Meyer-Abich*-Gruppe vom Autorenkollektiv der Öko-Instituts-Studie ebenso wie von der *Memo-Gruppe* (Memorandum '85) in aller Deutlichkeit vertreten.

Meyer-Abich/Schefold benutzen folglich eine primitive Sozialismus-Vorstellung (alles muß physisch zentral geplant werden!) als Hebel, um ihr Konzept als marktwirtschaftskonform erscheinen zu lassen. Dabei rücken sie jedoch unvermeidlich den Hauptgegner ihres vernünftigen Konzeptes aus dem Blickfeld bzw. verniedlichen ihn als „ablehnende Haltung, die solchen Vorschlägen von seiten der Elektrizitätswirtschaft und insbesondere von den großen Verbundgesellschaften entgegengebracht wird“¹⁶ und propagieren in idealistischer Manier einen neuen (sanften) Wirtschaftsstil, der sich gleichsam qua Vernünftigkeit durchsetzen könne.

Meines Erachtens ist es kein Zufall, daß der Bundesfinanzminister die VEBA vollständig privatisieren will, deren Tochter PREAG immerhin ein großer Atomstromproduzent ist. Auch der nicht unbedeutende Einfluß der Kommunalvertreter in den Aufsichtsgremien der großen EVU's wie RWE und VEW gerät immer mehr von rechts in die Schußlinie. Schließlich ist bei diesen Unternehmen die notwendige – wenn auch nicht hinreichende – Bedingung des öffentlichen Eigentums – bereits (teil)erfüllt, während der Umstellung der Geschäftsprinzipien weg von der Profit- und Umsatzmaximierung hin zur Sozial- und Umwelterorientierung bislang erfolgreich widerstanden wurde, diese aber immer stärker von progressiven Kräften in den Kommunen gefordert wird.

1.2 Hermann Lübbes Credo für die Marktwirtschaft

In einem Grundsatzartikel¹⁷ führt der Starphilosoph der Konservativen fünf Argumente an, um nachzuweisen, daß es „Umweltschutz nicht ohne Marktwirtschaft“ – so sein Titel – gibt.

15 P.Hennicke/J. P. Johnson/S. Kohler/D. Seifried, Die Energiewende ist möglich. Für eine neue Energiepolitik der Kommunen, Frankfurt a. M. 1985.

16 Meyer-Abich/Schefold, a. a. O., S. 137.

17 H. Lübbe, Umweltschutz nicht ohne Marktwirtschaft. Ein Vergleich von Ideologien und politischen Systemen, in: FAZ v. 31. 5. 1986.

a) Auch *Lübbe* unterstellt inzwischen überholte Kommunismuskonzeptionen, die von einer praktisch unbegrenzten Fülle von materiellen Gebrauchswerten und Dienstleistungen als Voraussetzung für den Ersatz des *Leistungsprinzips* als *Verteilungsregel* durch das Prinzip der *Bedürfnisregulierung* ausgehen. Dies führe zwangsläufig zum „*Produktions- und Produktivitätspathos*“. Im Gegensatz hierzu ist heute in der marxistisch-leninistischen wissenschaftlichen Literatur weitgehend unbestritten, daß die kommunistische Produktions- und Lebensweise sich nicht über die „elementaren ökologischen Restriktionen“¹⁸ hinwegsetzen kann und eine Öko-Ethik¹⁹ zur allgemeinen Verhaltensnorm werden muß, die eine radikale Abkehr vom ressourcenverschwenderischen ‚american way of live‘ sowie neue Anforderungen an den Produktivitätsbegriff erfordert. Allerdings kann man noch nicht behaupten, daß die Implementierung des Planungs- und Leitungssystems in den Ländern des realen Sozialismus sowie das Massenbewußtsein voll diesen Erfordernissen entspricht. Die Durchsetzung des intensiven Reproduktionstyps und die Überwindung der Überfluß-Fiktion bezüglich der Naturpotentiale speziell in der UdSSR ist zentrale Aufgabe der Wirtschaftsstrategie der nächsten Dekade.

b) Gewaltenteilung verstärke die Chancen der Ökologiebewegung. Dies ergebe sich daraus, daß einerseits das „wirtschaftliche Handeln in liberalen politischen Systemen in wesentlichen Hinsichten aus dem politischen Prozeß ausgegrenzt (bleibe)“ und andererseits gerade deshalb Bürgerinitiativen bezüglich des Umweltschutzes „ohne Rücksicht auf andere Zwecke, die nicht sie, sondern andere zu verantworten haben, agieren können“. Richtig ist natürlich, daß dort, wo es keine Gewaltenteilung und

c) keine bürgerliche Presse, ‚freiheit‘ gibt, eine notwendige Neu- oder Umorientierung der Wirtschafts- und Umweltstrategie nur aus der Fähigkeit der Organe der nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus funktionierenden sozialistischen Demokratie erwachsen kann, selbstkritisch und offen den jeweiligen Entwicklungsstand einzuschätzen und die Mechanismen der sozialistischen Demokratie immer besser zu entwickeln. *Lübbe* geht jedoch seinerseits elegant über das Problem hinweg, daß es einen gewaltigen Unterschied zwischen den Forderungen von Umweltschutzinitiativen und ihrer tatsächlichen Realisierung gibt. Beispielsweise wird schon lange gegen den Parasitismus des Automobilkapitals, der Pharmaindustrie und der Energiekonzerne usw. polemisiert und gekämpft. Und sicherlich wird der technische Umweltschutz hierdurch angepeitscht (Katalysatoren, Entschwefelungsanlagen usw.). Die erforderlichen gesamtgesellschaftlichen Lösungen (ÖPNV statt Individualverkehr, KWK usw.) bleiben jedoch hierbei aus, weil sie antimonopolistische Machtveränderungen verlangen. Im Gegensatz hierzu mag es leider im Sozialismus nicht selten Verzögerungen bei der Erkenntnis neuer Probleme geben. Sind diese jedoch überwunden, wird das gesellschaftliche Eigen-

18 H. Roos/G. Streibel, Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen. Berlin (DDR) 1979.

19 I. Bestushew-Lada, Die Welt im Jahr 2000. Eine sowjetische Prognose für unsere Zukunft, Freiburg i. Br. 1984.

tum an den Produktionsmitteln sowie die Planbarkeit der Wirtschaftsentwicklung zu einem mächtigen Hebel im Sinne der Realisierung der Hauptzielstellung. Schließlich stellt sich der Sozialismus das Ziel der umweltverträglichen Reproduktion natürlich bei Aufrechterhaltung des Ziels der Vollbeschäftigung, der sozialen Sicherheit und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, von Zielen also, denen Lübke nicht einen Satz widmet, weil sie nicht im Klasseninteresse seiner Auftraggeber liegen.

d) Wie Gärtner in Anlehnung an „Global 2000“²⁰ zum wiederholten Male nachgewiesen hat, wird die Ökologiefrage in ihrer globalen Dimension schließlich in den Entwicklungsländern entschieden, deren Umweltprobleme das Resultat der durch den Weltkapitalismus aufrechterhaltenen Unterentwicklung sind. Insofern nutzt die folgende Feststellung Lübkes wenig: „Je größer der wirtschaftliche Wohlstand, um so umweltbewußter wird die einschlägige Öffentlichkeit.“ Dieser Satz hat schließlich *erstens* auch für den Sozialismus Gültigkeit. Die neue Dimension des Umweltschutzproblems stellt sich jedoch heute *zweitens* so, daß bereits die Bereitstellung eines elementaren materiellen Versorgungsniveaus in den Entwicklungsländern auf umweltschonenden Wegen realisiert werden muß, der bisherige Weg (erst Wohlstand, dann Umweltschutz) also wegen seiner katastrophischen Auswirkungen nicht mehr gegangen werden darf. Der kapitalistische Entwicklungsweg, der den meisten Ländern der Dritten Welt heute aufgezwungen wird, kann mit seiner extremen Weltmarktorientierung aber gerade dies nicht garantieren.

e) Schließlich bringt Lübke das beliebte Argument, daß man das Profitmotiv dem Umweltschutz dadurch dienlich machen müsse, daß durch Veränderungen des ordnungspolitischen Rahmens der Raubbau an der Natur gestoppt werden könne, in dem die Externalisierung der Kosten durch Internalisierung ersetzt werden müsse.

Unterscheidet man bezüglich der Typen der Umweltschutzpolitik zwischen dem *Gemeinlastprinzip* (die Schäden werden nachträglich durch den Staat repariert, der Klassenkampf um den Staatshaushalt und die Steuern entscheidet über die Finanzierung), dem *Verursacherprinzip* (Variante I: Der Schaden wird durch technischen Umweltschutz ‚an der Quelle‘ vermieden, die Kosten werden durch Preiserhöhung auf die Verbraucher gewälzt; Variante II: Die Kosten werden aus den Profiten bezahlt) und dem *Vorsorgeprinzip* (umweltschädliche Produktionen und Waren werden schlicht *verboten*; z. B. energiefressende Getränkedosen, Einwegverpackungen etc.), so kann in den hochentwickelten imperialistischen Ländern auf dem Wege des Gemeinlastprinzips und Verursacherprinzips (Variante I), also der Internationalisierung der Kosten des Umweltschutzes, beträchtliches geleistet werden. Der aus diesen Strategien resultierende ‚technische Umweltschutz‘ auf der Basis modernster Technologien ist die starke Seite der aktuellen Umweltpolitik der imperialistischen Metropolen. Da dieser ‚technische Umweltschutz‘ eine Funktion des Standes von Wissenschaft und Technik ist, haben die Metropolen des Kapitals auf diesem

20 E. Gärtner, Armutbedingte Umweltprobleme, in: Antimperialistisches Informationsbulletin. Die Dritte Welt Zeitschrift, Nr. 7/Juli 1986.

Feld i.d.R. noch einen Entwicklungsvorsprung vor den sozialistischen Ländern, und aus diesem Grunde bietet sich gerade dieses Feld für eine Ausweitung der West-Ost-Kooperation an.

Der Parasitismus des aus der Profitmaximierung resultierenden ‚american way of live‘ aber läßt sich durch diese Strategien jedoch nicht durchbrechen. Es ist eben nur eine Karikatur auf die wirklichen Problemlösungen, wenn z. B. Mercedes-Benz in großen Anzeigen mit dem Titel „Unser Umweltschutzprogramm“ in diversen Typennummern (500 SE/500 SEL/300 SE/300 SEL usw.) mit dem Zusatz „mit Katalysator“ versieht und damit das strategische Konzept der Automobilindustrie, den technischen Umweltschutz, zur Lösung der Umweltprobleme anpreisen will. Der Sozialismus dagegen hat die Möglichkeit, das Vorsorgeprinzip durchzusetzen, insofern er ein anderes Lebensmodell anstrebt und es gegen die nach wie vor aufgrund der Macht der USA über die Informations-, Kultur- und Bewußtseinsindustrie existierende Hegemonie des ‚american way of live‘ *durchkämpft*. Die Umweltschutz- und Ökobewegung in den Metropolen hat sich dieses Ziel ebenfalls gesetzt.

1.3 Knizias Mißbrauch des Arguments von der Lage der Entwicklungsländer

Ein für die energiepolitische Diskussion nicht unwichtiges Buch wurde von *Knizia* 1981 publiziert.²¹ Es übt sicherlich eine suggestive Wirkung auf solche bürgerlichen Kreise aus, die nicht der Hardliner-Fraktion der Reagan-Administration zuzurechnen sind und die eine wichtige Rolle bei der Verteidigung der wirtschaftlichen und technologischen Ost-West-Kooperation spielen, ohne für einen einzigen Augenblick ihre aktive prokapitalistische und antisozialistische Haltung zu leugnen.²²

Knizia verfolgt einen *globalen* Ansatz. Er argumentiert, daß nur ein möglichst rascher Ausbau der Kernenergie (einschließlich der Brütertechnologie) sowie Abrüstung die Hauptprobleme der Zukunft der Menschheit werden lösen können: Das Wachstum der Weltbevölkerungsentwicklung müsse gestoppt werden, um die aus Unterentwicklung resultierende Zerstörung der ökologischen Grundlagen der menschlichen Existenz zu stoppen. Da die Erfahrung gezeigt habe, daß die Wachstumsrate der Bevölkerung in Abhängigkeit vom Wohlstandsniveau (und damit vom Energieverbrauch) sinke, macht er einen heroischen Umkehrschluß in der klassischen Manier des technologischen Determinismus: Je schneller das Primärenergieangebot steige, desto früher werde in den Ländern der Dritten Welt der Zeitpunkt sinkender Wachstumsraten der Bevölkerung erreicht, desto größer sei also die Chance, die aus der Unterentwicklung resultierende Gefahr der globalen ökologischen Katastrophe zu vermeiden. In diesem Zusammenhang kritisiert er scharf die USA, die die Linie der Brüterentwicklung und Wiederaufarbeitung abgebrochen habe und sich unverantwortlicherweise auf den weiteren Import von Öl und Gas aus dem Nahen Osten und aus Mittelamerika stütze, obwohl diese Ressour-

21 *Knizia*, a. a. O.

22 Vgl. ebenda, S. 202.

cen (ich sehe dies persönlich genauso) eigentlich den Entwicklungsländern vorbehalten werden müßten. Wo liegt der Pferdefuß?

Knizia unterstellt die Knappheit an Primärenergieträgern und ihre Kostenexplosion (1973/75 und 1979/81) als Hauptursache der Unterentwicklung. Der Honorarprofessor der Universität Dortmund und Diplomingenieur hat keine Kenntnisse über die gesellschaftlichen Ursachen der Unterentwicklung, die Rolle des Neokolonialismus und der anachronistischen Eigentums- und Machtverhältnisse in den meisten Entwicklungsländern. Es knüpft an partiellen unumstößlichen Tatsachen an und wendet sie technologiedeterministisch zum Zwecke einer extremen Kernenergiestrategie an. Zum Beispiel ist es natürlich nicht falsch zu behaupten, daß die Überwindung der Unterentwicklung zwangsläufig mit einem steigenden Verbrauch an kommerziellen Primärenergieträgern verbunden ist, selbst unter der Bedingung, daß tatsächlich alle Energieeinsparmöglichkeiten genutzt und das heute gewinnbare regenerative Energiepotential ausgeschöpft wird. Nach Angaben der Weltbank z. B. stieg der kommerzielle Energieverbrauch Kubas pro Kopf (in kg Öleinheiten) von 604 kg (1965) auf 1042 kg (1983), und Kuba hat sich bekanntlich entschlossen, ein Kernkraftwerk bei Cienfuegos zu bauen, um den wegen der Industrialisierung schnell wachsenden Stromverbrauch befriedigen und gleichzeitig den Öleinsatz für die Stromerzeugung reduzieren zu können, Öl, das bekanntlich um die halbe Welt transportiert werden muß.

Ein ausreichendes Angebot von Primärenergieträgern ist folglich *erstens* zwar eine notwendige, keineswegs jedoch eine hinreichende Bedingung zur Überwindung der Unterentwicklung. Und *zweitens* gilt heute als ökologischer Imperativ, daß die notwendige Entwicklung alle denkbaren Möglichkeiten eines sparsamen und – wo möglich – auf regenerative Energiequellen gestützten Wachstums ausschöpfen muß. So wird z. B. in Kuba aus der Biomasse Zuckerrohr auch Papier, Energie usw. gewonnen, wird zugleich durch nationale Aufforstungsprogramme sowohl eine ökologische Stabilisierung herbeigeführt, als auch der notwendige Holzimport (!) allmählich substituiert. Allerdings verlangt die maximale Ausnutzung der regenerativen Energiequellen ein hohes Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, ein eigenes Potential an Ingenieuren aller Art, an Naturwissenschaftlern, Ökonomen, Ökologen und Planern. Kuba ist nun wiederum ein hervorragendes Beispiel für eine gelungene Politik der Bildungsrevolution und -expansion und verfügt heute über zahlreiche qualifizierte wissenschaftlich ausgebildete Kader. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß gerade die Heranbildung der für einen hochwertigen Umweltschutz erforderlichen Ingenieurkader eine längere Zeit in Anspruch nimmt als etwa die Heranbildung von Lehrern, Ärzten usw.,²³ so daß die Entwicklungsländer, die sich befreien, auch in dieser Hinsicht noch Jahrzehnte unter den Folgen des Kolonialismus und Neokolonialismus zu leiden haben.

Da Entwicklung heute jedoch nicht mehr unter den Bedingungen der Vernachlässigung des Umweltschutzes erfolgen darf, ist über neue Formen des

23 G. Ch. Schachnasarow, Die Zukunft der Menschheit. Prozesse, Probleme, Prognosen, Leipzig, Jena, Berlin/DDR 1982.

(angepaßten) Technologietransfers nachzudenken, die einerseits den fortgeschrittensten Stand umweltfreundlicher, den jeweiligen Länderbedingungen angepaßter Technologien und Planungsverfahren repräsentieren, andererseits die Abhängigkeit von den höherentwickelten Ländern nicht erneut reproduzieren. Dies verlangt, daß den Entwicklungsländern beim Aufbau eines eigenen Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungspotentials maximal geholfen werden muß.

2. Neue Überlegungen zum Begriff und Inhalt „Vergesellschaftung–Planung“

Die bisherige energiepolitische Debatte hat gezeigt, daß eine vernünftige, an sozialen und ökologischen Kriterien orientierte Energiepolitik ein großes Spektrum an differenzierten Maßnahmen umfassen muß:

- neue Technologien bzw. einen neuen Technologiemicx;
- Sparmaßnahmen technischer und sozialer Art (z. B. Tempo 100). Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages²⁴ hat allein 62 Empfehlungen zur Förderung der Energieeinsparungen und zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energiequellen vorgeschlagen, die mehrheitlich aus Profitgründen nicht realisiert werden;
- neue Tarifstrukturen, z. B. die Reform der Vergütungspreise für Einspeisungen von industriellen Stromerzeugern in das öffentliche Netz;
- spezifische Netzkonzeptionen für den Stromverbrauch;
- eine spezifische Fahrweise der unterschiedlichen Kraftwerkstypen;
- einen komplexen Umbau der Städte, d. h. die jeweilige zusammenhängende Optimierung von Siedlungs-, Verkehrs- und Energiesystemen;
- die Umstrukturierung des Forschungs- und Entwicklungspotentials der BRD;
- eine Neuorganisation und Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen;
- die Attraktivitätssteigerungen ressourcensparender Komponenten der Lebensweise einschließlich der Durchsetzung einer neuen Öko-Ethik usw.

Kurz: eine alternative Energiepolitik verlangt ihre Integration in einen *alternativen Reproduktionstyp der Gesamtwirtschaft* sowie den Kampf für ein neues Denken und Handeln auch bezüglich der *Lebensweise*.²⁵

Die Spezifik des Gebrauchtwertes „Energiedienstleistung“ verlangt nun, um die effizientesten Angebotsbedingungen herzustellen (Kraft-Wärme-Kopplung), verbrauchsnahe Wärme- und damit auch Stromproduktion. Verbrauchsnahe KWK-Anlagen setzen übrigens eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur voraus, die die zusätzlichen Kohletransporte via Binnenschiffahrtsnetz und Bahn aufnehmen kann, eine Bedingung, die in der BRD gegeben ist, jedoch nicht unterschiedslos für jedes Land und jede Entfernung zu

²⁴ Vgl. Deutscher Bundestag, a. a. O., S. 104–123.

²⁵ H. Bömer, Die drohende Katastrophe. Globale Probleme der Menschheit, Frankfurt a. M. 1984.

unterstellen ist. Die maximale Nutzung der verschiedenen Formen der Sonnenenergie (Biomasse, Kollektoren, Wind, Wasserkraft und Erdwärme) verlangt ‚Fläche‘, die ebenfalls verbrauchsnahe zu nutzen ist. Dies ist der rationelle Kern der Rekommunalisierungsstrategie sowie der dezentralen, den jeweiligen regionalen Bedingungen angepaßten Strukturen der Energiedienstleistungsbereitstellung. Daß die profitorientierte Bereitstellung des Gebrauchswertes Primärenergieträger sowie deren niedriges Preisniveau auf der Basis der Expansion der Erdölkonzerne bis zur zweiten Erdölpreisrevolution 1979/81 in der BRD und anderen Industrieländern, vor allem in den USA zu enormen Verschwendungsstrukturen geführt hat, wurde vielfach überzeugend nachgewiesen. *Hennicke u. a.* widerlegen nun die These, daß eine einfache Entflechtung der heutigen überregional tätigen Energieversorgungsunternehmen via Rehabilitation des Konkurrenzmechanismus diese verbrauchsnahe Strukturen quasi automatisch herstellen könnte und bezeichnet dieses „zu Ende gedachte neoliberale Modell“, das auch vielen Überlegungen des Vertreters der „technischen Ökonomie“ zugrunde liegt,²⁶ als Illusion, weil die Gewinnorientierung bei der Produktion von Energie-Dienstleistungen aufgrund des dem Kapitalismus immanenten Zwangs zur Konzentration und Zentralisation von Kapital zur *Rekonzentration* der entflochtenen Unternehmen führen würde. Die Stahlindustrie – sie weist wegen ihrer hohen Kapitalintensität viele Parallelen zur Energiewirtschaft auf – hat dies nach den Entflechtungsmaßnahmen, die von den Westalliierten als Alternative zur Verstaatlichung/Vergesellschaftung den Kriegsverbrecherkonzernen wie Thyssen, Krupp usw. nach dem 2. Weltkrieg aufgezwungen worden waren, praktisch historisch bewiesen. Bereits 1960 waren durch Rekonzentrationsmaßnahmen, die dem Charakter der monopolistischen Konkurrenz entspringen, die Konzernstrukturen der Vorkriegszeit im großen und ganzen wiederhergestellt!

Auch die inzwischen häufig angeführten Beispiele aus den USA wie das der Pacific Gas and Electric Company, die als Querverbundunternehmen inzwischen ED vermarkten, statt Energieträger zu verkaufen und sich nicht um die Effektivität der Nutzung der Energieträger zu kümmern,²⁷ sprechen nicht für eine marktwirtschaftliche Lösungsstrategie. Diese Beispiele erfolgen *erstens* auf einem ungeheuer hohen Niveau der Energieverschwendung, *zweitens* bei einem anderen Energierecht, das sicherlich flexiblere Reaktionen auf das Überkapazitätsproblem der Stromwirtschaft zuläßt und erzwingt als das bundesdeutsche Energierecht, und *drittens* angesichts der Tatsache, daß das Finanzrisiko von Großinvestitionen in Kernkraftwerke angesichts der trüben Entwicklungsaussichten der US-amerikanischen Wirtschaft und des erneuten Preisverfalls für fossile Energieträger zu groß geworden ist, so daß ein Ausbaustop für Großkraftwerke und statt dessen eine Expansion dieser Gesellschaften in bankwirtschaftliche und sonstige Dienstleistungssektoren (z. B. Energiesparberatungen für Haushalts- und Industriekunden) höhere Gewinne verspricht. Dies wirkt zwar partiell der Energieverschwendung entgegen, er-

26 Vgl. Lovins u. a., a. a. O. und Bach 1986, a. a. O.

27 Vgl. Hennicke u. a., a. a. O., S. 252 ff.

setzt jedoch keineswegs eine gesamtwirtschaftliche Steuerung, die z. B. 1986 vor der Aufgabe steht, den Absturz der Erdölpreise nicht zu einer Ursache für eine erneute Energieverschwendungswelle werden zu lassen. Die Kernforderung alternativer Energiepolitik muß sich deshalb an der progressiven Lösung des *Grundwiderspruchs* der Bewegung dieser Branche orientieren, den *Hennicke u. a.* wie folgt definiert: „Diese Branche ist wie keine andere charakterisiert durch den Widerspruch zwischen einem außerordentlich hohen Vergesellschaftungsgrad und einer privatwirtschaftlich ausgerichteten Geschäftspolitik auch ihrer formell öffentlichen Unternehmen. Die bundesweite Standort-, Investitions- und Absatzplanung der großen Energiekonzerne (insbesondere des Strom-Verbunds), das wachsende Ausmaß der Leitungsgebundenheit (zunehmend auch auf dem Wärmemarkt) und die dadurch bewirkte Durchdringung fast sämtlicher Arbeits-, Lebens- und Umweltbereiche durch das Energiesystem konfliktieren in wachsendem Maße mit dem der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogenen privatwirtschaftlichen Rentabilitätskalkül der Energiekonzerne“.²⁸ Die Lösung muß deshalb lauten, die Energieversorgung nach sozialen und ökologischen Kriterien als öffentliche, nicht gewinnorientierte gesellschaftliche Aufgabe zu bestimmen. „Nicht die ‚öffentliche‘ Energieversorgung gilt es zu privatisieren, sondern die seit Jahrzehnten institutionell erzwungene faktische Privatisierung der Geschäftspolitik nur noch (formell) öffentlicher Unternehmen muß aufgedeckt und reformiert werden. Das Geschäft mit der Ware Energie, ob aus privatgewinnorientierten oder öffentlich-fiskalischen Motiven, muß durch eine Neuorientierung der Energieversorgungsunternehmen auf Bedarfsdeckung durch Energiedienstleistungen abgelöst werden.“²⁹ Dies bedeutet, die Energiewirtschaft einer entsprechenden gebrauchswertorientierten *Planung* auf kommunaler, regionaler und nationaler (und wie in Kap. III gezeigt wird, auch auf internationaler) Ebene zu unterwerfen. Da die Effektivität dieser Planung zu einem großen Teil von der Qualität der Berücksichtigung der jeweiligen regionalen und lokalen Besonderheiten abhängt, ist es natürlich notwendig, diese Planung entsprechend nah vor Ort zu entwickeln (daher die wachsende objektive Bedeutung der Stadt- und Stadtentwicklungsplanung und der demokratischen Kontrolle ihrer Apparate), ähnlich z. B. der Linien- und Fahrplangestaltung von städtischen öffentlichen Verkehrsangeboten, die sinnvollerweise auch nicht auf nationaler Ebene zu planen sind.

Dennoch ist es auf nationaler Ebene erforderlich, Standardisierungsregeln zu erlassen (um etwa die Kosten z. B. für die Fahrzeuge zu senken) und Investitionslenkung zu betreiben, z. B. den Automobilkonzernen Investitionsverbote bzw. -beschränkungen aufzuerlegen, damit eine *großflächige* Verkehrsberuhigung durchgesetzt werden kann. Und selbstverständlich sind das Bundesbahnnetz sowie die entsprechenden Fahrpläne, um mit dieser Analogie fortzufahren, auf der nationalen Ebene zu planen und international zu koordinieren.

28 Ders., a. a. O., S. 20 f.

29 Ders., a. a. O., S. 16.

Vergesellschaftung und Planung heißt also, ein abgestimmtes Gesamtsystem von Maßnahmen, Gesetzen, Planwerken und -regeln auf allen Ebenen zu entwerfen, das eine neue Reproduktionslogik tatsächlich durchsetzt.³⁰ Dies bedeutet nicht, auf alle Steuerungselemente des Markt-Preis-Mechanismus zu verzichten. Letzterer kann und wird seine Funktion als Effektivierungsmittel der erforderlichen qualitativen Strukturpolitik erhalten. Der Markt-Preis-Mechanismus erhält dann eine dienende Funktion, wird jedoch ausdrücklich nicht mehr als Selbstzweck akzeptiert. „Im Unterschied zu einer Konzeption des ‚mehr Markt um des Marktes willen‘ muß aber eine Strategie qualitativen Wachstums von gesamtgesellschaftlichen Zielsetzungen ausgehen, die sich keineswegs in Kostengesichtspunkten erschöpfen, (sondern auch an Sozial- und Umweltverträglichkeitskriterien – H.B.). Und von daher muß sich das Interesse auf die Entwicklung von Regulierungsformen richten, die diesen Zielen insgesamt gerecht werden können und nicht nur den üblichen Effizienzkriterien.“³¹

Die notwendige Vergesellschaftung und Planung der energiewirtschaftlichen Strukturentwicklung erfolgt dabei zu einem wesentlichen Teil durch die ‚Vorverlagerung‘ in den Wissenschafts- und Entscheidungsapparat, der dieses Gesamtsystem von Maßnahmen zu entwerfen und in Politik umzusetzen hat, und der deshalb möglichst demokratisch organisiert sein muß, um die kollektive Weisheit der Wissenschaft und der Bevölkerung für die Lösung der Probleme nutzbar machen zu können, um also einen vernünftigen Strukturplan entwerfen zu können. Damit wird die Organisationsform der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Politikberatung selbst zu einer entscheidenden Bedingung für die Qualität der Planung.

Dem Widerspruch zwischen den wachsenden Vergesellschaftungsanforderungen rationeller Energiedienstleistungsbereitstellung und privater (monopolistischer und staatsmonopolistischer) Organisation und Entscheidung entspricht der zwischen den wachsenden Interdisziplinaritätsanforderungen an den Wissenschaftsapparat und seiner tatsächlichen Disziplinborniertheit. Grundbedingung für die Effektivität des Outputs dieses interdisziplinären Wissenschafts- und Planungsapparates im Sinne der Erstellung rationeller Energieversorgungssysteme ist natürlich deren Orientierung auf diesen gesellschaftlichen Zweck, also der Klassenauftrag, für den sie wirksam werden. Da der Auf- und Umbau von Energieversorgungssystemen langfristiger Natur ist (50–80 Jahre) muß heute darüber hinaus ein prinzipiell neuer Planungshorizont zugrundegelegt werden!

Diese progressive Vergesellschaftungsstrategie ist der „deformierten Vergesellschaftung“³² entgegenzusetzen, die der SMK im Energiesektor hervorge-

30 Vgl. Memorandum '85 (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik), Gegen die Unterwerfung der Arbeit und die Zerstörung der Umwelt – Mehr Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Umweltschutz, Köln 1985, S. 196 ff.

31 H. Meixner, Thesen zu einer Strategie qualitativen Wachstums am Beispiel des Energiebereichs. Ist der Markt doch besser als sein Ruf?, in: Memo-Forum-Zirkular der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, Nr. 3, Juni 1984, S. 64–83, hier S. 83.

32 H. Jung, Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Frankfurt a. M. 1986.

bracht hat, also im wesentlichen den großen Verbund-EVUs den multinationalen Konzernen der Energiewirtschaft, den Bankmonopolen sowie den jeweiligen nationalen Energierechtsregelungen, die diese deformierte Vergesellschaftung staatsmonopolistisch regulieren. Notwendige und sinnvolle Entflechtungs- und Dezentralisierungsmaßnahmen sind im Rahmen einer solchen progressiven Vergesellschaftung nicht als Rücknahme von Vergesellschaftung zu interpretieren, was natürlich illusionär wäre, sondern als Rücknahme von deformierten Vergesellschaftungselementen des SMK und ihren Ersatz durch eine prinzipiell höhere Stufe der Vergesellschaftung, nämlich durch *gesamstaatliche* komplexe Strategien zur Durchsetzung einer sozial- und umweltverträglichen Energieversorgungs- und Produktionsstruktur.

Im folgenden Kapitel soll nun gezeigt werden, daß die globalen Probleme der Menschheitsentwicklung heute, speziell das Energieproblem, sogar eine internationale, sogar globale Regulierung und Planung verlangen.

3. Argumente für eine international vergesellschaftliche Energiepolitik

Hennicke u. a. fordern im nationalen Rahmen, die Stromerzeugung, die Versorgung der fossilen Primärenergieträger und das heute überdimensionierte Verbundnetz organisatorisch zu trennen, um eine ungleichmäßige Aneignung der Differenzialrente und die aus ihr folgende ökonomische Differenzierung der (kommunalen) EVUs, die in Energiedienstleistungsunternehmen umzuwandeln sind, zu verhindern. Da aber nicht nur eine ungleiche geographische Verteilung der fossilen Energieträger, sondern auch der regenerative Energiegewinnungsmöglichkeiten existiert, muß es einen interregionalen (und auch internationalen) Kompensationsmechanismus geben. *Hennicke u. a.* betonen für die Handhabung dieser Unterschiede im nationalen Rahmen die Möglichkeit, im Zuge einer Rekommunalisierungsstrategie Planpreise zu bilden und „die existierenden Differenzialrenten in einen Ausgleichsfonds (einzuzahlen) und für Kompensationszahlungen, sei es in Form von verbilligten Frachtkosten für Kohle oder zur direkten Subventionierung des Strompreises (zu benutzen)“.³³

Eine ähnliche wissenschaftliche Herangehensweise erfordert die Beantwortung der Frage, wie die Energieversorgung für die Menschheit insgesamt in Zukunft organisiert werden kann und muß. Es ist sicher, daß der heutige Typ der Energieversorgung vorübergehender Natur ist und durch einen neuen Typ abgelöst werden muß. *Sieferle* und *Roos/Streibel*³⁴ unterscheiden in der bisherigen Menschheitsgeschichte drei Energiesysteme: „das unmodellerte Solarenergiesystem von Jäger- und Sammlergesellschaften, das modellierte Solarenergiesystem von Agrargesellschaften und das fossile Energiesystem der Industriegesellschaften.“³⁵ Dazwischen fanden die neolithische Revolution

33 Vgl. a. a. O., S. 286.

34 R. P. Sieferle, *Der unterirdische Wald. Energiekrise und industrielle Revolution*, München 1982, und *Roos/Streibel*, a. a. O.

35 *Meyer-Abich/Schefold*, a. a. O., S. 39.

(Übergang von den Jäger- und Sammlergesellschaften zum Ackerbau) sowie die industrielle Revolution statt. Wind, Wasser und Holz waren die wichtigsten Energieträger der vorindustriellen Gesellschaften; Steinkohle, Braunkohle, Erdöl und Erdgas sind bis heute die wichtigsten Primärenergiequellen der industriellen Gesellschaften des Kapitalismus und Sozialismus. Aus Vorrats- und Umweltgründen kann sich die Menschheit, die sich – global betrachtet – in ihrer Mehrheit nicht im Stadium der Industrialisierung befindet (1980 war für ca. 1,5 Mrd. Menschen nach wie vor Brennholz die wichtigste Energiequelle), die bisher betriebene extensiv erweiterte Reproduktion der energetischen Basis und damit auch den bisherigen Industrialisierungstyp nicht mehr leisten, wobei das Dilemma darin besteht, daß es noch keine globalen Steuerungsmechanismen und Institutionen gibt, die den Übergang auf den neuen Reproduktionstyp planmäßig herbeiführen könnten. Im Gegenteil wird seit Jahren von den USA die UNO als wichtigste globale Institution demontiert.

Die globale Vorratslage und Struktur des fossilen Primärenergieverbrauchs sowie die territorialen Ungleichgewichte werden aus den *Tabellen 2 und 3* ersichtlich.

Tabelle 2: Vorräte und Verbrauch von Kohle, Mineralöl und Erdgas in der Welt

Energieträger	Vorräte ¹		Verbrauch	
	Mrd. t SKE	%	Mrd. t SKE	%
Kohle	11 000	83	2,9	34
Mineralöl	1 900	14	3,5	42
Erdgas	400	3	2,0	24
Insgesamt	13 300	100	8,4	100

1984

¹ geologische Vorräte

Quelle: Weltenergiekonferenz

Die Disproportionen zwischen Vorräten und Verbrauch sind eklatant und auf Dauer nicht haltbar. Zunächst ist deshalb das Erdöl und später das Erdgas zumindest in den derzeit hochentwickelten Ländern aus der Stromerzeugung und dem Wärmemarkt zu verdrängen.

Das wichtigste *Umweltargument* neben der Schwefeldioxyd- und Stickoxydbelastung ist die CO₂-Falle, die höchstwahrscheinlich das Resultat der – menschheitsgeschichtlich gesehen – extrem schnellen Verbrauchszuwächse der fossilen Energieträger in Kombination mit der progressiven Vernichtung der Weltwaldbestände, die zugleich CO₂-Absorber sind, ist. *Abbildung 2* (vgl. S. 331) zeigt die Jahreswerte für die weltweiten Emissionen von CO₂ von 1860 bis 1974 aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe und in geringerem Ausmaße aus der Zementproduktion.

Tabelle 3: Weltvorräte an Kohle, Erdöl und Erdgas

Region	Kohle	Erdöl	Erdgas	Insgesamt
	Mrd. t SKE			
Westeuropa	91,3	5,9	6,8	104,0
Ostblock	219,7	30,4	47,5	297,6
Naher Osten und Nordafrika	9,5	91,7	36,5	137,7
Südafrika	51,9	0,0	0,0	51,9
Nordamerika	218,4	11,5	10,6	260,5
Mittel- und Südamerika	14,3	18,1	6,7	39,1
VR China	99,5	3,7	1,0	104,2
Ferner Osten	24,8	4,6	4,8	34,2
Australien	42,0	0,3	0,8	43,1
Welt	771,4 <i>73,3%</i>	166,2 <i>15,8%</i>	114,7 <i>10,9%</i>	1052,3 <i>100,0%</i>

1983–1985 wirtschaftlich gewinnbare Vorräte bei jetzigem Stand der Technik

Erdöl einschließlich Ölschiefer und Teersande

Quellen: Weltenergiekonferenz: Oil and Gas Journal

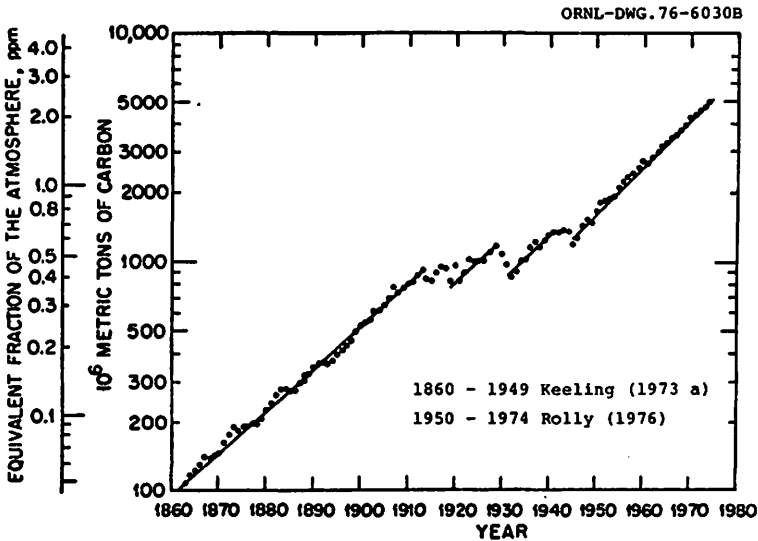
Abbildung 3 (vgl. S. 331) zeigt Projektionen der wahrscheinlichen CO₂-Konzentrationen in Abhängigkeit von den angenommenen Wachstumsraten des fossilen Energieverbrauchs, wobei bereits Pfad 5 als kritisch gilt. Die klimatischen Folgen des Einwirkens der Menschheit auf den globalen Naturhaushalt verlangen folglich, ein weiteres Ansteigen des globalen fossilen Primärenergieverbrauchs zu verhindern. Deshalb ist auch der grenzenlose Umstieg auf Kohlenutzung nicht zulässig.

Wenn die Befürworter der Kernenergienutzung nicht das Vorrats-, sondern das CO₂-Argument anführen (wie z. B. *F. J. Strauß* und die Bundesregierung in ihrer Kampagne für den Schnellen Brüter und die WAA in Wackersdorf im Sommer 1986), müssen sie sich allerdings mit dem folgenden Widerspruch befassen: ihre eigenen Szenarien weisen aus, daß trotz (einige Kritiker behaupten: gerade wegen) des schnellen Ausbaus der Kernenergie der absolute Verbrauch fossiler Energieträger weiter enorm steigt und ihr Anteil, wie *Tabelle 4* (vgl. S. 332) ausweist, von 93% (1975) auf lediglich 70% (2030) sinkt.

Folglich ist das IiASA-Szenario nicht in der Lage, das CO₂-Problem zu entschärfen! Das erklärt sich einerseits daraus, daß die Kernenergie im wesentlichen nur zur Stromerzeugung (1984: 13,1% der Weltstromerzeugung) taugt. Prozeß- und Niedertemperaturwärmeerzeugung aus Kernkraftwerken werden zwar geplant, jedoch vermutlich (aus Sicherheitsgründen) keine wesentliche Rolle spielen.

Andererseits besteht das Hauptproblem darin, daß die IiASA-Szenarien, auf deren Basis auch *Knizia* seine Argumentation entwickelt, nach wie vor im

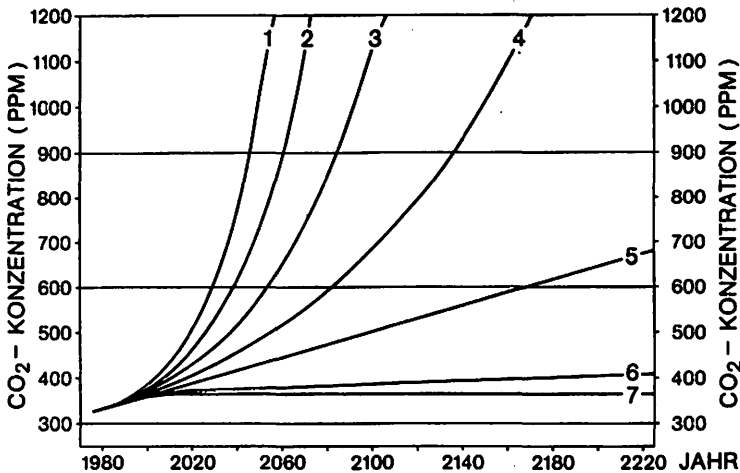
Abbildung 2: Emissionen



Weltweite Emissionen von CO₂ von 1860 bis 1974 aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe und der Zementproduktion. (Quelle: Rotty, 1978)

aus: J. Jäger, Das CO₂-Problem-Argument für die Atomwirtschaft?, in: Energie für oder gegen die Menschen? ETHZ, Zürich, 1984.

Abbildung 3: Angenäherte Projektionen der CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre als Funktion der Zu- oder Abnahme des Einsatzes fossiler Brennstoffe, 1975-2025.



- Wachstumsrate für fossilen Brennstoffverbrauch
- 1 = 4%/a
 - 2 = 3%/a
 - 3 = 2%/a
 - 4 = 1%/a
 - 5 = konstant ab 1975 (8 TW/a)
 - 6 = konstant bis 1985, danach lineare Abnahme um -0,175 TW/a
 - 7 = wie 6, aber Abnahme um -0,200 TW/a

(aus: Lovins u. ., a.a.O., S. 62).

Tabelle 4: II ASA-Szenarien: Globale Versorgung mit Primärenergie (TWa/a)

Primärenergiequelle	1975	2000		2030	
		Hoch	Niedrig	Hoch	Niedrig
Erdöl	3.83	5.89	4.75	6.83	5.02
Erdgas	1.51	3.11	2.53	5.97	3.47
Kohle	2.26	4.94	3.92	11.98	6.45
Kernenergie (LWR)	0.12	1.70	1.27	3.21	1.89
Kernenergie (Brüter)	0	0.04	0.02	4.88	3.28
Übrige Quellen	0.5	1.15	1.09	2.76	2.28
Gesamt	8.21	16.84	13.59	35.65	22.39

(aus: J. Jäger, a. a. O.)

wesentlichen angebotsorientiert konzipiert sind und somit dem *Energiesparen* und der Erstellung eines national und global höchstgradig rationellen Energiesystems wenig Bedeutung beimessen, wie die *Tabelle 5* (vgl. S. 333) von Bach demonstriert.

E/BSP ist die zentrale technische Effizienzkennziffer für den Energieeinsatz und gibt an, wieviel Prozent des Primärenergieeinsatzes, der 1975 für eine Einheit des Bruttosozialprodukts benötigt wurde, im Jahre 2030 erforderlich ist, um die gleiche Leistung zu erbringen.

Die *Tabelle 5* weist aus, daß die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung für das Jahr 2030 gegenüber 1975 recht einheitlich auf ca. 8 Mrd. Menschen prognostiziert wird.

Starke Unterschiede treten bereits bei den Annahmen für die Entwicklung des Welt-Bruttosozialprodukts auf, das sich bei *Kahn* verzehnfacht (!) und in den von mir besonders zu betrachtenden IIASA Niedrig- und *Lovins u. a.*-Szenarien auf jeweils das 3,57fache ansteigt.

Während man für das IIASA-Niedrig-Szenario nachweisen kann, daß es, wie oben gezeigt (*Tabelle 4*) nicht aus dem CO₂-Dilemma herausführt, muß das radikale Effizienz-Szenario von *Lovins u. a.* doch überraschen. Denn es besagt, daß der Weltenergieverbrauch bis zum Jahre 2030 auf ca. 64% des Verbrauchs von 1975 (ca. 8,04 TWa/a) absinken kann.

An der Erstellung dieser Studie im Auftrag des Bundesumweltamtes war jedoch neben *W. Bach* auch *F. Krause* beteiligt, der noch 1980 eine ganz andere und meines Erachtens viel realistischere Berechnung vorgelegt hatte,³⁶ wie die *Tabelle 6* (vgl. S. 334) in den Spalten 10 und 11 ausweist.

Zunächst ist bei *Lovins u. a.*³⁷ zu kritisieren, daß der Entwicklungsabstand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bezüglich des Pro-Kopf-BSP gegenüber dem IIASA-Szenario für das Jahr 2030 nicht verringert wird, „wonach im Durchschnitt die reichen Länder pro Kopf 3,2mal so wohlhabend

36 Vgl. Krause/Bossel/Müller-Reißmann, a. a. O., S. 168.

37 Vgl. a. a. O., S. 33.

Tabelle 5: Voraussichtliche Entwicklung einiger Faktoren, die den Energiebedarf im Jahr 2030 beeinflussen (Basisjahr 1975 = 1,00)

Szenario	Region ¹	Bevölkerung	BSP	BSP/Kopf	E/BSPf	E ²	Gewichtung ³	E ⁴
Kahn u. a.	W	2,325	10,00	4,31	0,480	4,80	1,000	4,800
Rotty und Marland ⁵	I	1,301	3,27	2,52	0,700	2,30	0,838	1,930
	E	2,076	6,77	3,26	1,230	8,35	0,162	1,350
	W	1,878	3,94 ⁶	2,10	0,830	3,28	1,000	3,280
Häfele u. a., IIASA Hoch	I	1,347	5,43	4,04	0,545	2,96	0,843	2,497
	E	2,302	10,29	4,47	1,142	11,75	0,157	1,845
	W	2,021	6,37	3,15	0,682	4,34	1,000	3,342
IIASA Niedrig	I	1,347	3,07	2,28	0,654	2,01	0,843	1,694
	E	2,302	5,66	2,46	1,164	6,58	0,157	1,033
	W	2,021	3,57	1,77	0,763	2,73	1,000	2,727
Colombo und Bernardini	I	1,347	2,98	2,21	0,386	1,15	0,843	0,969
	E	2,302	7,95	3,46	0,785	6,24	0,157	0,980
	W	2,021	3,94	1,95	0,495	1,95	1,000	1,949
Lovins u. a.	I	1,347	3,07	2,28	0,171	0,53	0,843	0,443
	E	2,302	5,66	2,46	0,204	1,15	0,157	0,181
	W	2,021	3,57	1,77	0,178	0,63	1,000	0,636

1 I = Industrieländer (IIASA Regionen I–III); E = Entwicklungsländer (IIASA Regionen IV–VII); W = Welt

2 Bezogen auf den Energieverbrauch von 1,00 im Jahr 1975 für eine Region

3 Anteil des Energieverbrauchs am Weltenergieverbrauch im Jahr 1975

4 Bezogen auf den Weltenergieverbrauch von 1,00 im Jahr 1975 (das Produkt der beiden vorherigen Kolumnen)

5 Bezieht sich auf 2025

6 Diese und andere scheinbare Inkonsistenzen, bei denen der Weltwert niedriger als der in den einzelnen Regionen ist, entstehen durch die unterschiedlichen Wachstumsraten und die relativen Gewichtungen in den verschiedenen Regionen.

Nach: A. N. Perry, Carbon dioxide production scenarios, in: W. C. Clark (Hrsg.), Carbon Dioxide Review, S. 337–371, Oxford/New York 1982.

(aus: W. Bach, Globale Energiestudien: Kritischer Vergleich von Effizienz- und IIASA-Szenarien, in: Energie für oder gegen den Menschen?, Zürich 1984.)

sind wie heute, aber immer noch 10mal so reich sind wie die armen Länder“. Dieses so projizierte Welt-BSP 2030 wird nun mit dem *technischen Energieeffizienzkoeffizienten* (E/BSP), d. h. der zur Bereitstellung einer Bruttosozialprodukteinheit erforderlichen Primärenergie multipliziert, der für die BRD berechnet worden ist und von 1975 bis 2000 auf 0,5, bis 2030 auf 0,26 und bis 2080 auf 0,18 sinkt, wobei es problematisch ist, diese BRD-Kennziffern zu generalisieren. Zugleich wurden bestimmte Annahmen über die *relative Energiedienstleistungsintensität* (ED/BSP) für die Industrie- und Entwicklungsländer gemacht, die zwar reflektieren, daß die Industrialisierung der Entwick-

Tabelle 6: Weltbevölkerung und Weltenergieverbrauch unter verschiedenen Annahmen

	Bevölkerung (Millionen)			Primärenergie- verbrauch 1975		2030 wie USA heute*		IIASA Szenario „niedrigerer Verbrauch“		bessere Nutzung Komfort wie BRD heute*	
	1975	2000	2030	kW/Kopf	TW	kW/Kopf	TW	kW/Kopf	TW	kW/Kopf	TW
1. Nordamerika	236	284	315	11,27	2,66	11	3,47	15,71	4,95	2,5	0,79
2. Sowjetunion und Osteuropa	363	436	480	5,10	1,85	11	5,28	13,54	6,50	2,5	1,20
3. Westeuropa, Japan, Australien, Neuseeland, Südafrika und Israel	561	680	767	4,03	2,26	10	7,67	6,90	5,29	2,0	1,53
4. Lateinamerika	319	575	797	1,06	0,34	6	4,78	3,05	2,43	1,7	1,35
5. Südasien, Südostasien Afrika (außer Nord- und Südafrika)	1422	2528	3550	0,23	0,33	6	21,30	0,77	2,73	1,7	6,04
6. Mittlerer Osten und Nordafrika	133	249	353	0,96	0,13	6	2,12	3,46	1,22	1,7	0,60
7. China und Zentralplanerische Staaten Asiens	912	1330	1714	0,51	0,47	8	13,71	1,44	2,47	2,0	3,43
Welt	3946	6082	7976	2,10	8,04		58,33		25,59		14,95

* unter Berücksichtigung klimatisch unterschiedlichen Raumwärmebedarfs, aber ohne Klimatisierung.

TW: Terawatt gleich ca. 1 Milliarde Tonnen Steinkohle, aus: Krause/Bossel/Müller-Reißmann, a. a. O., S. 168.

lungsländer zunächst eine Steigerung dieser Intensität erzwingt, jedoch relativ niedrig bleibt, da ein Stopp der Urbanisierung in Großstädten, eine relativ dezentrale und autarke Entwicklung³⁸ sowie die Übernahme des jeweils fortgeschrittensten Standes der Technik unterstellt wird. Die Ergebnisse dieser Kalkulation sind in *Tabelle 7* (vgl. S. 335) dargestellt.

Zugleich kalkulieren die Autoren ein sogenanntes Gedankenexperiment durch, das auf der Frage beruht, wieviel PE verbraucht werden würde, wenn die Menschheit im Jahre 2030 pro Kopf den Lebensstandard der BRD von 1973 verallgemeinert hätte, bei der für die BRD kalkulierten technischen Energieeffizienz für 2030 in Höhe von 0,26. (Zur Erinnerung: die Ziffer 0,26 bedeutet, daß gegenüber 1975 im Jahre 2030 das gleiche Sozialprodukt mit 26% des Primärenergiebedarfs von 1975 hergestellt werden kann.) Der PE-Verbrauch liegt dann bei weltweit 8 TW, also etwas über dem Verbrauch von 1975. Der Unterschied zwischen dem Szenario von 1980 (*Tabelle 6*) und 1981/83 (*Tabelle 7*) besteht also im wesentlichen darin, daß 1980 noch eine relativ rasche (nämlich bis 2030 wirksame) Angleichung des Wohlstandsniveaus

38 Vgl. U. Colombo/O. Bernardini, A Low energy growth 2030 scenario and the perspectives for Western Europe. Report prepared for the Commission of the European Communities, Brüssel 1979.

Tabelle 7: Möglicher Weltprimärenergiebedarf (ohne nichtenergetischen Verbrauch) bei effizienter Nutzung, starkem Wirtschaftswachstum und konstantem Anteil der Großstadtbevölkerung

Region	Verbrauch 1975 (TW)	Index BIP (1975 = 1,0)			Index Energiedienstleistungintensität (1975 = 1,0)			Index Technische Energieeffizienz (1975 = 1,0)			Primärenergiebedarf (TW) ^a		
		2000	2030	2080	2000	2030	2080	2000	2030	2080	2000	2030	2080
I	2,50	1,78	2,52	2,52	0,8	0,65	0,5	0,5	0,26	0,18	1,78	1,06	0,57
II	1,81	2,61	5,08	5,08	0,8	0,65	0,5	0,5	0,26	0,18	1,89	1,55	0,83
III	2,04	1,85	2,73	2,73	0,8	0,65	0,5	0,5	0,26	0,18	1,51	0,94	0,50
I + II + III	6,35	2,01	3,21	3,21	0,8	0,65	0,5	0,5	0,26	0,18	5,18	3,55	1,90
EL	1,31	2,67	5,78	9,98	1,1	0,90	0,7	0,5	0,26	0,18	1,89	1,68	1,65
Welt	7,66	2,13	3,69	4,57							7,07	5,23	3,55
Index	1,00										0,92	0,68	0,46

a Wegen Rundungsungenauigkeiten ergeben die Daten nicht unbedingt die Summe der Spalten.
Quelle: F. Krause, An Efficiency- and Development-Oriented Approach to World Energy Prospects. International Project of Soft Energy Paths, San Francisco 1981.

(aus: Lovins u. a., a. a. O., S. 163)

Regionen: vgl. Tab. 6

zwischen Nord und Süd unterstellt wird, während dieses Ziel dann aufgegeben wird, indem man ein anderes Entwicklungsmodell unterstellt, dessen Tragfähigkeit an dieser Stelle nicht diskutiert werden kann.

Im weiteren werden nun Abschätzungen darüber vorgenommen, wie der so ermittelte technisch machbare niedrige PE-Bedarf mit regenerativen bzw. fossilen Energieträgern gedeckt werden kann. Mit der Methode der technischen Ökonomie werden wiederum die heute bereits an einzelnen Beispielen und in zahlreichen Länderstudien errechneten Potentiale bestimmt, deren Ergebnisse unter Berücksichtigung der Anpassung der Energieformen an die heterogene Qualität des Endverbrauchs hochgerechnet werden. Die Autoren betonen dabei laufend, daß sie relativ konservative Schätzungen vornehmen. Sie gelangen zu dem Ergebnis, daß der größte Teil des PEV durch regenerative Energiequellen abgedeckt werden könne, daß man also sowohl auf Kernenergie verzichten als auch der CO₂-Falle entgehen kann, weil die Verbrennung fossiler Energiequellen stark eingeschränkt werden könne.

Die Autoren unterstellen eine rationale, dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Handlungsweise der Menschheit. Ihre Szenarien sind normativer Art. Sie zeigen, was machbar wäre, wenn die Möglichkeiten tatsächlich genutzt würden. Dies ist von ungeheurer Bedeutung, weil über einen Planungshorizont von 50 bis 100 Jahren ein systematischer Prozeß des Wandels des Reproduktionstyps der Menschheit vorgezeichnet wird. Dabei ist es nicht wesentlich, daß man mit allen Hypothesen und Projektionen übereinstimmt. Insbesondere braucht man nicht das langsame Annäherungstempo zwischen Nord und Süd zu akzeptieren. Zugleich haben wir Marxisten einen schärferen Blick für die Dialektik von Zentralismus und dezentralisierter Regulierung. Deshalb betonen wir natürlich die Notwendigkeit z. B. nationaler und inter-

nationaler Verbundsysteme für Strom, Gas und Öl. Nur darf uns die Betonung der Notwendigkeit auch materieller Infrastruktur großen Maßstabes nicht den Blick dafür versperren, welche enormen regionalen und lokalen Energieressourcen mobilisierbar sind und letztlich auch mobilisiert werden müssen, um der CO₂-Falle zu entgehen. Wesentlich ist also, daß von *Lovins u. a.* die *Richtung* aufgezeigt wird, die eingeschlagen werden muß, um dem CO₂-Problem zu entgehen, ohne sich im noch größeren Umfang als bereits heute das Plutonium-Problem einhandeln zu müssen. Dieser Argumentationslinie folgend heißt es deshalb in der Entschließung des DKP-Parteivorstandes zur Kernenergie vom 17. Juni 1986: „Weltweit müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um auf die Energieerzeugung durch Kernspaltung als historisch begrenzte *Übergangslösung* (Hervorhebung durch mich – H. B.) so schnell wie möglich verzichten zu können. Der Schlüssel dazu liegt vor allem in der Energieeinsparung und in der Entwicklung alternativer Energien.“³⁹

Die größte Schwäche der Propagandisten von Effizienzscenarien wie *Lovins u. a.* ist die Umsetzungskonzeption.⁴⁰ Die Autoren unterstellen, daß unverzerrte Marktbedingungen dieser Strategie, die zugleich die kostengünstigste sei, am besten zum Durchbruch verhelfen würden. Nun haben sie z. B. das Pech, die Kostenvergleiche der regenerativen Energiequellen mit dem Erdöl auf der Basis der 2. Ölpreisrevolution von 1979/81 durchgeführt zu haben, während wir 1986 einen radikalen Preissturz erleben, der die Substitutionsprozesse marktmäßig zum Stillstand bringen würde. Die Verfasser kalkulieren also nicht ein, daß eine erfolgreiche Substitutionsstrategie oder eine Weltwirtschaftskrise, die bei ihnen nicht vorkommt, gerade wiederum die Voraussetzung für eine Untergrabung dieses Prozesses ist, wenn nicht *planmäßig gegenreguliert* wird. Der Markt ist per Definition ein ex-post-Entscheidungssystem, er kann auf Knappheitsrelationen oder negative Folgen bestimmter Entscheidungen (z. B. CO₂-Falle) erst dann preislich reagieren, wenn diese bereits eingetreten sind. Dann ist es aber (auch dies ex definitione) zu spät. Das Regulierungssystem des Marktes funktioniert nur über Krisen und Katastrophen, Fehlentscheidungen können nur *nachträglich* korrigiert werden, d. h. wenn sie bereits gefallen sind. Bei der hier zur Debatte stehenden Thematik kommt es jedoch darauf an, solche Krisen als menscheitsbedrohend zu *verhindern*. Das Marktsystem kann hier also nicht mehr hilfreich sein. Zugleich stehen sie vor dem Problem, die sogenannten „Unvollkommenheiten des Marktes“, d. h. die „deformierte Vergesellschaftung“⁴¹ zu überwinden, ohne sich explizit zur Notwendigkeit einer progressiven Vergesellschaftung zu bekennen, wie dies bei *Hennicke u. a.* der Fall ist. Dabei unterstellt ihr globales Szenario gerade dieses: einen hochkomplexen Prozeß der Ausschöpfung des jeweils höchsten Standes der Produktivkraftentwicklung, den die Vertreter der „technischen Ökonomie“ sehr gut kennen, angepaßt auf die jeweiligen Regionen und

39 Deutsche Kommunistische Partei, DKP und Kernkraft. (Entschließung des Parteivorstandes der DKP zur Kernenergie vom 17. 2. 1986), Düsseldorf.

40 Vgl. Bömer, H., Ausstieg aus der Atomwirtschaft als Einstieg in einen alternativen Entwicklungsprozeß, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1986, S. 938–952.

41 Vgl. Jung, a. a. O.

Länder; eine internationale Zusammenarbeit und Kooperation aller Völker, um diesen Prozeß durchzusetzen; die Setzung von energie- und entwicklungspolitischen Rahmendaten, die nicht der Markt, sondern nur ein *globaler Plan* zur Lösung der Menschheitsprobleme garantieren kann, selbstverständlich mit Hilfe der Funktionalisierung der Markt-Preis-Beziehungen zwecks regional und sektoral differenzierte Implementierung dieser Planung, d. h. der maximalen Ausschöpfung der Ideen und Initiativen der Menschen, Regionen und Nationen im Rahmen dieser Gesamtstrategie.

Es liegt auf der Hand, daß die politischen Voraussetzungen zur Realisierung dieser Strategie lauten: Frieden, Abrüstung, internationale Zusammenarbeit, Überwindung der Macht der multinationalen Konzerne und damit der deformierten Vergesellschaftung, Orientierung der sozialistischen Planwirtschaften und der Aufbaustrategie der Entwicklungsländer an dem ökologischen Imperativ.

Obwohl *Lovins u. a.* also von der „freien Marktwirtschaft“ träumen, entwickeln sie Lösungswege, die sich nur unter globalen nichtkapitalistischen Bedingungen realisieren lassen. Die Durchsetzung der hierzu erforderlichen „Internationalisierung der Vernunft“⁴² erfordert breite demokratische und antimonopolistische Bündnisse.

42 Vgl. G. Ch. Schachnasarow, in: *Marxistische Blätter* 4/1986.

Endogene Entwicklungskonzepte zwischen fortschrittlicher Perspektive und kleinbürgerlicher Sackgasse. Einige kritisch-systematische Anmerkungen*

Wilma R. Albrecht

1. Das Konzept der „endogenen Entwicklung“ – 2. Herkunft des Konzepts „endogener Entwicklung“ – 3. Theoretische und ideologische Implikationen des Konzepts „endogener Entwicklung“ – 3.1. Geschichtsphilosophische und gesellschaftstheoretische Implikationen – 3.2. Wirtschaftstheoretische Implikationen – 3.2. Sozialpsychologische Implikationen – 4. Beispiele „endogener“ Entwicklungsmaßnahmen und -projekte – 5. Folgerungen aus der Kritik des „endogenen Entwicklungskonzepts“

1. Das Konzept der „endogenen Entwicklung“**

Mit dem Übergang zu den 80er Jahren haben in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten Westeuropas Konzepte zur territorialen Entwicklungsplanung Aufschwung genommen, die unter verschiedenen Begriffen, wie Self-Reliance, endogene, autozentrierte oder eigenständige Entwicklung, selektive Eigenständigkeit, Entwicklung von unten, auftreten und die sowohl normativ ihr Ziel als auch pragmatisch Elemente einer Strategie bestimmen, die sich aus der *einfachen Negation bisher praktizierter Entwicklungs- und Regionalpolitik* ableiten.

Allgemein läßt sich das Konzept folgendermaßen kennzeichnen: „Es geht um die Forderung nach einem von eigenen Werten bestimmten politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsweg, der eine schwache Außenabhängigkeit und eine starke Selbststeuerungsfähigkeit aufweist.“¹

* Dies ist ein Extrakt aus einer größeren Studie und insofern möglicherweise auch etwas holzschnittartig.

** Es geht mir hier nicht um die Auseinandersetzung mit dem Konzept, wie es als Entwicklungsstrategie für die Länder der sog. „Dritten Welt“ Bedeutung erlangt hat. Vgl. hierzu kritisch Lemper sowie zur Information: Lemper, A. Collective Self Reliance. Eine erfolgsversprechende Entwicklungsstrategie?, in: Mitteilungen der Stiftung Deutsches Überseeinstitut, Hamburg 1976, H. 4, S.61–88; Stöhr, W. B./Taylor, F. (Hrsg.), Development from Above or Below? The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries, Chichester, New York, Brisbane, Toronto 1981.

1 Dannecker, R., Entwicklungsarbeit und endogene Entwicklung, in: Endogene Entwicklung: Wirklichkeit und Ideologie. Hrsg. v. P. Heintz (†), Diessenhofen 1983, S. 87-111, zit. S. 89.

Diese Forderung soll mit Hilfe mehr oder weniger akzentuierter Grundsätze umgesetzt werden: Stärkung endogener politisch-administrativer Entscheidungsbefugnisse, Förderung regionaler Identität, Vorrang für die Mobilisierung endogener regionaler Ressourcen, sektorale und funktionelle Diversifikation, Förderung mehrschichtigen Technologieausbaus, endogener rationaler Innovation und territorialer Selbstregulierungs- und Anpassungsmechanismen sowie Angleichung der Austausch- und Akkumulationsbedingungen peripherer entwicklungsschwacher Gebiete an die Kernräume.²

2. Herkunft des Konzepts „endogener Entwicklung“

Das Konzept der „endogenen Entwicklung“ nährt sich aus der Diskussion um entwicklungspolitische Strategien der oder für Staaten und Regionen der Welt, die sich in einem vor- oder unterentwickelten industriellen Stadium befinden und deren Bevölkerung von bedrückender existentiell-materieller Not betroffen ist. Es stützt sich dabei ideologisch offensichtlich auf J. Galtungs „alternative Entwicklungsstrategie“ der „Self-Reliance“,³ die selbst wiederum verschiedene Ansätze in sich verschmilzt, nämlich „die aus dem buddistischen Denken des Ostens und dem existentialistischen Denken des Westens gewonnenen Einsichten in die Seele des Menschen, das anarchistische Gedankengut über die Bedeutung lokaler Autonomie, das liberale Denken über Freiheit und die äußeren Lebensbedingungen der Menschen im allgemeinen sowie in der Gesellschaft, die marxistische Betrachtungsweise der sozialen Strukturen und die antiimperialistische Theorie und Praxis der letzten Jahre.“⁴

Im Zusammenhang mit den *realen* weltpolitischen und -wirtschaftlichen Ereignissen und Tatbeständen, die konzeptionell anti- und rezipiert werden, kommen folgende Erfahrungen zum Tragen:

- a) die trotz oder wegen der Entwicklungspolitik eingetretene weitere Vertiefung der Spaltung zwischen reichen und armen Ländern in der Welt und die erdrückende Schuldenlast der sog. „Entwicklungsländer“;
- b) die Erfolge der verschiedenen antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und die Rezeption ihrer Strategien und Ideologien, speziell der maoistische Entwicklungsweg und der islamisch-kultursoziale Wertetraditionalismus;
- c) die Bedeutung der Agrarbevölkerung und der Stellenwert des Landes in der antiimperialistischen Revolutionstheorie;

2 Stöhr, W., Alternative räumliche Entwicklungsstrategien endogener „selektiver Eigenständigkeit“, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie (ÖZS) 8 (1983) 3, S. 117–134, speziell S. 125–128.

3 Galtung, J., Self-Reliance. Beiträge zu einer alternativen Entwicklungsstrategie. Hrsg. von A. Ferdowski. München 1983. Vgl. den Bezug auf Galtung bei: Stöhr, W., Alternative ..., a.a.O. (Anm. 2), S. 123 sowie Baumhöfer, A., Die Stärkung einer eigenständigen Regionalentwicklung – eine regionale Entwicklungschance, in: Neues Archiv für Niedersachsen 32 (1983) 4, S. 388–400, bes. S. 390 f.

4 Galtung, J., Self-Reliance als Politik (1980), in: Galtung, J.: Self-Reliance..., a.a.O. (Anm. 3), S. 105.

- d) das politisch international koordinierte Auftreten der sog. „Entwicklungsländer“ mit gemeinsamen Forderungen;
- e) die Reaktionen von Industrieländern auf das veränderte internationale Kräfteverhältnis und die Ausarbeitung neuer Methoden und Strategien, bestehende Verflechtungen aufrechtzuerhalten und auszubauen;
- f) die Stagnations- und Krisenerscheinungen in den hochentwickelten Industrieländern und
- g) die Aufnahme und Weiterentwicklung theoretischer Kritik an herrschenden entwicklungs- und regionalpolitischen Strategien.

Die Verwebung von Versatzstücken aus diesen Erfahrungen und Erkenntnissen nach Plausibilitätskriterien und die Übertragung mittels Analogiebeziehungen von Oberflächenerscheinungen (Stadt-Land) auf die entwickelten Industrieländer und ihre territorialen Entwicklungs- und Ordnungsprobleme kennzeichnen die regionalpolitische „Alternativ“-Strategie der „endogenen“ Entwicklung.

3. Theoretische und ideologische Implikationen des Konzepts „endogener Entwicklung“

Die Orientierung an antiimperialistischen Strategien, die dem sozialen Fortschritt zum Durchbruch verhelfen sollen, und eine zweifellos humanistisch-moralische Grundposition der Vertreter des Konzepts der „endogenen Entwicklung“ in bezug auf die Lösung der Probleme der „Dritten Welt“ lassen vordergründig das Konzept der endogenen Regionalwirkung selbst fortschrittlich erscheinen. Bei näherer Untersuchung erweist es sich jedoch als *theoretisch eklektisch, handlungsbezogen pragmatisch, interessenorientiert kleinbürgerlich, ideologisch reaktionär und funktional systemstabilisierend*. Die Berechtigung des Vorwurfs der fehlenden theoretischen Fundierung wird von seinen Vertretern durchaus akzeptiert.

So betont *J. Galtung*, „daß Self-Reliance ein Konzept auf der Suche nach einer Theorie“⁵ sei, und *E. Brugger* sieht das „theoretische Gerüst“ der endogenen Entwicklung „erst wenig entwickelt“⁶. Die damit einhergehende begriffliche Unbestimmtheit gilt jedoch nicht als Mangel, sondern wird von *J. Galtung* für die „Self-Reliance“ ausdrücklich als „Vorteil“ bewertet, da es „jedem einzelnen selbst überlassen“ sei, den Begriff „genauer zu definieren“.⁷

Dieser begriffliche Voluntarismus ermöglicht jedoch erst, völlig unterschiedliche herkömmliche Theorie- und Ideologieversatzstücke unter dem Konzept der „endogenen Entwicklung“ zu vereinen.

5 Galtung, J., Überlegungen zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Die alte, neue und zukünftige Ordnung, in: Galtung, J., Self-Reliance..., a.a.O. (Anm. 3), S. 28.

6 Brugger, E. B., „Endogene Entwicklung“: Ein Konzept zwischen Ideologie und Wirklichkeit, in: Endogene Entwicklung..., a.a.O. (Anm. 1), S. 65–85, zit. S. 66.

7 Galtung, J., Self-Reliance: Begriffe, Anwendungen und Prinzipien, in: Galtung, J., Self-Reliance..., a.a.O. (Anm. 3), S. 47.

3.1 Geschichtsphilosophische und gesellschaftstheoretische Implikationen

Sowohl in der Analyse und Kritik bestehender „Industriegesellschaften“ als auch im Aspekthaften, das ein eigenes Gesellschaftsmodell durchschimmern läßt, finden sich bei Vertretern der „endogenen Entwicklung“ Deutungsmuster, die in den Gesellschaftswissenschaften der Jahrhundertwende im Zusammenhang mit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium entwickelt wurden und seitdem als relativ eigenständige ideologische Unterströmung die Geschichte der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung der kapitalistischen Länder begleiten. Sie sind gekennzeichnet durch eine *historisch-kulturmorphologische, biologistische und zivilisationskritische Sichtweise* sowie der *Lösung* gesellschaftlicher Phänomene und Probleme von deren *ökonomischer Grundlage*.⁸ So bezieht sich *Weaver* ausdrücklich auf *Schopenhauers* subjektiv-idealistische und voluntaristische Weltsicht, um regionale Entwicklungsfragen zu einer hauptsächlich „ethical/political question“⁹ zu erklären, und *Baumhöfer* beruft sich auf *Toynbees* Kulturzyklentheorem, um die „endogene Entwicklung“ als Strategie für den „Weg in die nachindustrielle Gesellschaft“, die gekennzeichnet wird als „Gesellschaft kleiner Einheiten“,¹⁰ zu rechtfertigen.

Die kulturpessimistische Betrachtung der Auflösung überkommener Strukturen und Werte durch die ins monopolistische und imperialistische Stadium übergehende kapitalistische Gesellschaft verführte zu einer dichotomen – einerseits subjektiv-voluntaristischen andererseits oberflächlich-morphologischen – Betrachtungsweise: so bei *Tönnies* in der Unterscheidung Gemeinschaft–Gesellschaft¹¹ oder bei *Durkheim* in mechanische Solidarität segmentierter (primitiver) Gesellschaften – organische Solidarität komplexer Gesellschaften.¹² Mit anderen Kulturkritikern und -pessimisten ihrer – aber auch unserer – Zeit verbindet sie die rückgewandte Sehnsucht nach Wiederherstellung alter, vermeintlich „harmonisch“ geglaubter Zustände. Neuauflagen und Weiterentwicklungen von Versatzstücken dieser frühen imperialistischen Gesellschaftswissenschaft prägen auch das Konzept der nach- oder postindustriellen Gesellschaft – sei es in seiner technokratischen Variante (*D. Bell*) mit der technisch-bürokratischen Intelligenz als Träger sozialen Wandels, seiner konsumgesellschaftlichen Variante, in der die großen Konsumentengruppen Frauen, Jugendliche, Minderheiten „die Vorhut gesellschaftlichen Wandels“ bilden oder in seiner ökologischen Variante, in der Natur (Evolution) Wandel und Fortschritt in sich trägt¹³ –, das wiederum dem Konzept der „endogenen

8 Lukacs, G., Die deutsche Soziologie der imperialistischen Periode, in: Die Zerstörung der Vernunft. Berlin 1953, S. 506 ff.

9 Weaver, C., Development Theory and the Regional Question: A Critique of Spatial Planning and its Detractors, in: Stöhr, W., Taylor, F., Development ..., a.a.O. (Anm. 2), S. 73–105, zit. S. 93.

10 Baumhöfer, A., Die Stärkung ..., a.a.O. (Anm. 5), S. 389 f.

11 Tönnies, F., Gemeinschaft und Gesellschaft, Leipzig 1887.

12 Durkheim, E., La division du travail, Paris 1893.

13 Bell, D., The Coming of Postindustrial Society, New York 1973; Riessman, T., The Service Society and the Consumer Vanguard, New York 1974.

Entwicklung“ unterlegt wird. Damit werden Fluchtwege aus der theoretischen Analyse und praktischen Kritik bestehender Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen, speziell hier in ihrer räumlichen Ausprägung, eröffnet, ohne die Gebärde des modischen Kritikers und Intellektuellen ablegen zu müssen.¹⁴

3.2 Wirtschaftstheoretische Implikationen

Wenngleich die Vertreter des Konzepts der „endogenen Entwicklung“ dieses als eher „nicht-ökonomisch“ kennzeichnen,¹⁵ so beinhaltet es doch wirtschaftstheoretische Prinzipien. Das Hauptaugenmerk konzentriert sich dabei auf die *Austauschbeziehungen*, speziell Handel und Arbeitsteilung.

So meint Galtung, „daß weder der Privatbesitz an Produktionsmitteln noch eine Produktion zur Gewinnmaximierung die wesentlichen Merkmale des Kapitalismus sind, sondern vielmehr eine *uneingeschränkte Mobilität der Produktionsfaktoren und Produkte* sowie *eine auf Expansion angelegte Produktion*. Solange Rohstoffe, ‚Roharbeit‘ (unqualifizierte Arbeit) und Rohkapital zu ihrer produktiven Nutzung erst an einen bestimmten Ort gebracht werden müssen, ... wird es immer ein Zentrum geben, in das Ressourcen transportiert und eine Peripherie, aus der sie geschöpft werden“.¹⁶ Zum Ausdruck kommt hier das altbekannte Konzept des *ungleichen Tausches*, das den Warenaustausch zum Mittelpunkt macht und dabei übersieht, „daß die asymmetrische Struktur des Handels eigentlich nur die Konsequenz einer bestimmten Struktur des Kapitalakkumulationsprozesses darstellt“.¹⁷ Anstatt den Ursachen, konkreten Bewegungsformen und damit einhergehenden differenzierten territorialen Mustern des asymmetrischen Handels nachzuspüren, verharren die Vertreter des „endogenen Konzepts“ auf der allgemeinen Oberflächenbetrachtung und entwickeln über die einfache Negation der bestehenden Austauschstruktur ihr Alternativkonzept.¹⁸ Als *Hauptmaßnahmen* der „endogenen Regionalentwicklung“ entwickelter Industrieländer gelten „die breite Mobilisierung *regionaler Ressourcen*“¹⁹ sowie Bildung, Ausbau und Stärkung *innerregionaler Wirtschaftskreisläufe*.

Hinsichtlich der *regionalen Ressourcen* wird zunächst einmal pauschal unterstellt, daß diese brachlägen und frei verfügbar zu nutzen seien. Beide Voraussetzungen treffen jedoch nicht zu: Einerseits sind auch die Ressourcen in peripheren und zurückgebliebenen Regionen großteils in den bestehenden Kapitalverwertungsprozeß einbezogen, das gilt sowohl für die Bodenschätze,

14 Gerhardt, M., Postmoderne – Postindustrialismus auf dem Wege in eine zeitlose Zukunft. Sendemanuskript der Südfunk-2-Reihe „Zeit zum Zuhören“, 13. 7. 1985, 20.30–22.00 Uhr, S. 74.

15 Brugger, E. A., „Endogene Entwicklung“ ..., a.a.O. (Anm. 6), S. 69; vgl. auch Weaver, C., *Development...*, a.a.O. (Anm. 9).

16 Galtung, J., *Überlegungen...*, a.a.O. (Anm. 5), S. 22.

17 Zang, G., *Provinzialisierung einer Region*, Frankfurt/M. 1978, S. 43.

18 Baumhöfer, A., *Stärkung der regionalen Eigenständigkeit durch Aktivierung der eigenen Kräfte, orientiert am regionalen Bedarf*, in: *Marxistische Studien* 9, Frankfurt/M. 1985, S. 543–549, bes. S. 543.

19 Stöhr, W., *Alternative...*, a.a.O. (Anm. 2), S. 7.

die Landwirtschaft, das Gewerbe als auch die Arbeitskräfte. Andererseits sind die nicht oder nicht mehr in den Kapitalverwertungsprozeß einbezogenen Ressourcen nicht frei verfügbar, sondern fest in die Eigentumsordnung eingebunden, so landwirtschaftliche Brachflächen, stillgelegte Betriebe, leerstehende oder verfallene Gebäude, Verkehrsnetze etc.; lediglich ein Teil der Arbeitskraft, die der lohnabhängigen Arbeitslosen, der noch nicht lohnabhängigen Jugendlichen, Frauen etc., ist disponibel.

Die Aktivierung der nicht genutzten Ressourcen erfordert den Vorschuß von Geldkapital (sei es nur, um Nutzungs- oder Eigentumstitel zu erlangen) und/oder unbezahlter Arbeitskraft. Vorschuß von Geldkapital heißt Unterwerfung unter finanzkapitalistische Bedingungen, selbst wenn sie mit staatlichen Maßnahmen (Zinssubvention, Bürgschaften etc.) abgeschwächt werden können, diktiert der Finanzmarkt die Form der Warenproduktion (Produktionsmittel, Produkte, Arbeitskraftentlohnung) und die Einbindung in das Konkurrenzsystem. Der zweite Weg zielt auf eine erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft über die Verlängerung des Arbeitstages, sei es der eigenen, fremder oder auf eine ständige Subventionierung, etwa im Rahmen der Sozialpolitik; zumeist werden beide Formen miteinander verbunden. Da die Vertreter der „endogenen Entwicklung“ in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht auf eine Substitutionswirtschaft, sondern eine Warenwirtschaft hinwirken wollen, gilt: *„Die Werte der Waren sind direkt proportional der auf ihre Produktion angewandten Arbeitszeiten und umgekehrt proportional der Produktivkraft der angewandten Arbeit.“*²⁰

Wird das Konzept der „endogenen Entwicklung“ über den Bereich einzelner „Alternativ“-Projekte in einzelnen Regionen verallgemeinert als regionalpolitische Strategie, dann führt dies, gewollt oder nicht, zur *Senkung des Reproduktionsniveaus der Arbeitskraft und des allgemeinen Lebensniveaus* der lohnabhängigen Bevölkerung in den entsprechenden Regionen.

Da im Konzept der „endogenen Entwicklung“ keinerlei Aussagen zu finden sind, die gegen die ökonomische und politisch vermittelte Macht des Großkapitals gerichtet sind, muß man davon ausgehen, daß beide miteinander vereinbar sind. Die Vereinbarung liegt darin, daß angesichts des Tatbestandes, „daß der Kapitalismus außerstande ist, ein und dieselben Produktionsprozesse auf der früheren Stufenleiter und unter veränderten Bedingungen zu wiederholen (wie dies in den vorkapitalistischen Regionen möglich war)“,²¹ der Staat unter Mitwirkung sozialer Zwischenschichten oder die sozialen Zwischenschichten unter Mitwirkung des Staates dazu aufgerufen sind, dem monopolistischen Verwertungsprozeß neue Akkumulationssphären auf- und zu erschließen.²²

20 Marx, K., Lohn, Preis und Profit, in: Marx/Engels Werke, Bd. 16, Berlin 1964, S. 127.

21 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Lenin, W. I., Werke, Bd. III, Berlin 1963, S. 611f.

22 Vgl. hierzu u. a.: Sachs, W., Energiepolitische „Initiativen von unten“ in den USA. Global denken, lokal handeln, in: Informationen zur Raumordnung (1984) 1/2, S. 105–120, bes. S. 111; Stöhr, W. B., Ansätze zu einer neuen Fundierung der Regionalpolitik, in: Jahrbuch für Regionalwissenschaft 5 (1984), S. 7–28, bes. S. 20–23.

Untersucht man das andere Ziel des Konzeptes „endogener Entwicklung“, *innerregionale Wirtschaftskreisläufe* zu bilden, dann fällt zunächst die Form dieses Kreislaufes auf, der dem einfachen Muster folgt: Produktion von Konsummitteln – Handel (oft dem Produktionsbereich als „eigene Vermarktung“ zugeordnet) – Konsumtion. Dabei wird die Abnehmerschaft als bekannt (oder über Marktanalysen erkennbar) vorausgesetzt. Vom wichtigen Bereich der Produktionsgüterproduktion wird abgesehen. Dies ist bedeutsam: Denn der vorgestellte Wirtschaftskreislauf beschreibt damit lediglich die einfache Reproduktion. Er *ignoriert* den *erweiterten Reproduktionsprozeß*, das raschere Wachstum des konstanten Kapitals, folglich auch den Kapitalakkumulationsprozeß, die damit einhergehenden Krisen und räumlichen Disparitäten; er *ignoriert* damit aber auch die Möglichkeiten für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft und den Ausbau des gesellschaftlichen Reichtums sowie den Tatbestand, daß die Lösung dieser Widersprüche gesamtgesellschaftlich ausgerichtete Alternativen erfordert. Mit dem Rückgriff auf den einfachen Reproduktionsprozeß werden überholte volkswirtschaftliche Theorien (*A. Smith, J. B. Say, S. de Sismondi*) wieder aufgewärmt²³ und gesellschaftlich vergangene Zeiten beschworen – die Warenwirtschaft der Kleinproduktion –, über die selbst spätbürgerliche Nationalökonomie und staatsmonopolistische Wirtschafts- und Regionalpolitik (Finanzausgleichssysteme, Infrastrukturpolitik, sektorale Sozialpolitik im Agrar- und Montansektor etc.) hinweggegangen ist, um auf ökonomische Realprozesse²⁴ adäquat einwirken zu können.

Die Vertreter der „endogenen Entwicklung“ stellen der *monopolistischen Warenwirtschaft* als Alternative die *kleinbürgerliche Warenwirtschaft* gegenüber. Diese Form von Alternativen ist nicht neu und wurde wiederholt von den sozialistischen Klassikern – *Marx, Engels, Lenin* – als kleinbürgerlicher ökonomischer Romantizismus und kleinbürgerliche Volkstümelei kritisiert.²⁵

Als Ideal gilt die Kleinproduktion, im Verhältnis zum Monopolkapital sind das die kleinen und mittleren Unternehmen des Handwerks und der Industrie. Auf ihre Erhaltung und Förderung ist auch das regionalpolitisch zu entwickelnde Instrumentarium der „endogenen Entwicklung“ ausgerichtet,²⁶ das letztlich nur eine neue Variante eines *regionalen Mittelstandsprogramms* vorstellt.

23 Hofmann, W., Sozialökonomische Studententexte, Bd. 3: Theorie der Wirtschaftsentwicklung. Berlin 1964, S. 48–62.

24 Peschel, K., Über die Unmöglichkeit endogener regionaler Entwicklung in hochindustrialisierten Volkswirtschaften, in: Jahrbuch für Regionalwissenschaften 5 (1984), S. 29–47.

25 Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in: Marx/Engels Werke, Bd. 4, S. 485 am kleinbürgerlichen Sozialismus; Marx, K., Lohn, Preis und Profit, in: Marx/Engels Werke, Bd. 16, S. 101–152, am Bürger Weston; Lenin, W. I., Zur Kritik der ökonomischen Romantik, in: Lenin, Werke, Bd. II, S. 121–264 an Sismondi und auch Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Lenin, Werke, Bd. III, Kap. IV–IX, S. 31–58.

26 Stöhr, W., Alternative . . ., a.a.O. (Anm. 2), S. 7f; vgl. hierzu auch die Diskussion um die Änderung der GA: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, in: Regionalpolitik 2000 – Probleme, Ziele, Instrumente. Ergebnisse eines Symposiums, Trier 1984, speziell den Beitrag von Müller-Kästerns, B. und Irsch, N., S. 60–72.

Ein weiteres theoretisches Versatzstück, das besonders im Konzept der Self-Reliance auftritt, aber auch von Vertretern der „endogenen Entwicklung“ vereinzelt aufgegriffen wird, ist die *Bedürfnisorientiertheit* der Produktion.²⁷ So kennzeichnet *Baumhöfer* die neu zu entwickelnden Produkte als „in Marktnischen angesiedelt, ‚bedienen‘ notwendige Bedürfnisse, haben ein regionales Produktionsimage; die Rohstoffe, Vorprodukte etc. stammen aus der Region; entstehen vor allem durch individuelle bzw. kooperative, dezentrale Fertigung und haben kleine Auflagen; sind arbeitsintensiv (. . .); sind umweltfreundlich und sollen vor allem direkt vermarktet werden.“²⁸ Das Paradoxon einerseits für den Markt, wenn auch nur eine Marktnische, andererseits für die Befriedigung „notwendige(r) Bedürfnisse“ zu produzieren, läßt sich nur durch den Verweis auf das Bedürfnistheorem der *subjektiven Wertlehre der Grenznutzen-theorie* (*H. H. Gossen, C. Mengler*) aufheben.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die ökonomischen Vorstellungen des Konzepts der „endogenen Entwicklung“ fest in der bürgerlichen Ökonomie verankert sind. Hieraus ist auch erklärlich, daß die herrschende Regionalwissenschaft das „endogene“ Entwicklungskonzept akzeptieren kann, in das Konzept der ausgeglichenen Funktionsräume aufnimmt²⁹ oder in bestehende Methoden (Potentialfaktoransatz)³⁰ integriert, wohlwissend, daß mit diesem Konzept allein bestehende regionale Disparitäten nicht abgebaut werden.³¹

3.3. Sozialpsychologische Implikationen

Offensichtlicher als auf wirtschaftstheoretische Ansätze wird im Konzept der „endogenen Entwicklung“ auf psychologische Ansätze Bezug genommen. So meint *J. Galtung*, „daß die Doktrin der Self-Reliance nicht im Bereich der Ökonomie, sondern im Bereich der politischen Psychologie angesiedelt ist“.³² Ausgangspunkt der Überlegungen ist, daß sich in politischen, ökonomischen und räumlichen Benachteiligungen strukturelle Gewalt ausdrückt und daß die Duldung dieser Gewalt durch die Verinnerlichung eines Werte- und Normensystems gewährleistet wird wie Gehorsam, Passivität, Resignation, Unterordnung, Autoritätshörigkeit, Leistungsorientiertheit, Eigennutz und Mißtrauen.³³ Primär geht es jedoch nicht darum, die Ursachen dieser strukturellen Ge-

27 Galtung, J., Grundbedürfnisse, Menschenrechte und Entwicklungsstrategie, in: Galtung, J., Self-Reliance . . ., a.a.O. (Anm. 3), S. 392.

28 Baumhöfer, A., Die Stärkung . . ., a.a.O. (Anm. 3), S. 392.

29 Hierzu kritisch: Sträter, D., Disparitätenförderung durch großräumige Vorrangfunktion oder Disparitätenausgleich durch endogene Entwicklungsstrategien?, in: Raumforschung und Raumordnung 42 (1984), 4/5, S. 238–246.

30 Strassert, G., „Regionales Entwicklungspotential“. Ein Versuch der Enträtselung eines Schlagwortes, in: Raumforschung und Raumordnung 42 (1984), 1, S. 19–26.

31 Empfehlungen des Beirats für Raumordnung vom 18. 3. 1983, Selbstverantwortete regionale Entwicklung im Rahmen der Raumordnung, in: Endogene Entwicklungsstrategien? Informationen zur Raumordnung (1984), 1/2.

32 Galtung, J., Self-Reliance: Begriffe . . ., a.a.O. (Anm. 7), S. 49.

33 Galtung, J., Strukturelle Gewalt, Hamburg-Reinbek 1975.

walt zu ergründen, um ihnen entgegenzuwirken, dagegen zu mobilisieren und Möglichkeiten ihrer Überwindung zu finden, sondern die gesellschaftlichen Mechanismen der Verinnerlichung des Werte- und Normensystems zu unterlaufen: „Daher muß es in logisch-analytischer Sicht die erste Aufgabe sein, dieses System zu durchbrechen. Das kann weder durch von außen gestartete Angriffe auf einzelne Instanzen, Systeme, Rollenträger und Symbolfiguren geschehen (. . .). Der andere, brauchbarere Weg aus dem System geschlossener Sozialisation führt über eine gezielte, aktionsorientierte Bildungsarbeit.“³⁴

Nachdem das *gesellschaftliche Problem psychologisiert* ist, kann die *Schuldzuweisung individualisiert* und die *Problemlösung pädagogisiert* werden. Es bedarf nun keiner politischen Strategie und Organisation der Betroffenen, sondern nur noch der An- und Einstellung von Sozialarbeitern, Pädagogen, Innovationsanimateuren, Regionsberatern etc.³⁵

Bezeichnenderweise erfolgt hier ein Bruch in der Argumentation der „regionalen Eigenständigkeit“ und der regionalen Selbstbestimmung der Bevölkerung – das „endogene Entwicklungspotential“ verkörpert sich in haupt- und nebenberuflichen Regionalbetreuern, den Ideologen des Konzepts selbst. Das ist *ideologische Kleinbürgerei*.³⁶

4. Beispiele „endogener“ Entwicklungsmaßnahmen und -projekte

Die ideologiekritische Einschätzung des Konzepts der „endogenen Entwicklung als kleinbürgerlich bis reaktionär wird durch die Projektvorschläge sowie die tatsächlich in Angriff genommenen oder schon durchgeführten regionalpolitischen Maßnahmen voll gestützt.

Gefordert wird v. a. die Ausrichtung der Regionalpolitik auf die Förderung

- des biologisch-ökologischen Landbaus, die landwirtschaftliche Umstellung auf veredelte Produkte,
- der Herstellung von kunsthandwerklichen Produkten, der Verarbeitung von Schafwolle, der Herstellung von Web- und Strickwaren, des Wohnungsinnenausbaus,
- der Energieeinsparung und der dezentralen Energiegewinnung (Biogas, Wind- und Solarenergie),
- des kleinräumigen, naturnahen Fremdenverkehrs, getragen von Land- und Gastwirten sowie (Kunst-)Handwerkern,³⁷
- der Verarbeitung regionaler Rohstoffe (Holz, Kohle),
- des Abbaus hierarchischer Betriebs- und Unternehmensstrukturen, z. B. über die Duz-Reform.³⁸

34 Scheer, G., Eigenständige Regionalentwicklung: Ziele, Strategien und Erfahrungen mit einem neuen Konzept der regionalen Entwicklungsarbeit, in: ÖZS 8 (1983), 3, S. 135–144.

35 Baumhöfer, A., Stärkung . . . , a.a.O. (Anm. 18), S. 547; Hahne, U., Ökologische Regionalentwicklung, in: Informationen zur Raumentwicklung (1984), 1/2, S. 53–63.

36 Marx, K., Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels Werke, Bd. 8, Berlin 1960, bes. S. 141f.

37 Baumhöfer, A., Stärkung . . . , a.a.O. (Anm. 18).

38 Stöhr, W., Alternative . . . , a.a.O. (Anm. 2), S. 128.

Bei näherer Betrachtung handelt es sich um Forderungen, die mittels der *bestehenden sektoralen und regionalen Förderpolitik* schon abgedeckt sind, z. B. im Rahmen der Landwirtschaftspolitik, des Energiespargesetzes, der Dorfsanierungsprogramme, der Mittelstandsförderung etc.

Auch die schon durchgeführten Maßnahmen³⁹ gehen nicht über schon bekannte Ansätze (wie Bergbauern-Sonderprogramm, Regionalstudien) hinaus.

Umfassender sind dagegen die Maßnahmen „endogener Entwicklungspolitik“, die im Rahmen der *EG-Regionalpolitik* und der Tätigkeit des *EG-Regionalfonds* durchgeführt werden sollen oder werden⁴⁰ – bezeichnenderweise von den Ideologen der „endogenen Entwicklung“ kaum rezipiert.

So beteiligt sich der EG-Regionalfonds im Rahmen seiner „spezifischen Gemeinschaftsmaßnahmen“⁴¹ an Fördermaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) über eine Kostenbeteiligung an der Erstellung sektoraler Marktanalysen, der Errichtung gemeinsam genutzter Dienstleistungseinrichtungen, an betriebswirtschaftlichen Beratungsgesellschaften, am Aufbau einer zwischenbetrieblichen kommunikativen Infrastruktur, an Informationstagungen für Führungskräfte von KMU, an der Innovationsförderung mittels Informationssammlung, Durchführungsstudien, speziell auch zur Verwendung traditioneller Techniken, an der ländlichen Fremdenverkehrsförderung, an der Erstellung und Nutzung alternativer Energiesysteme (Windgeneratoren, biochemische Anlagen, Miniturbinen zur Nutzung kleinerer Wasserfälle), an der ländlichen Verkehrserschließung und in alten Industriegebieten an Stadtsanierungsmaßnahmen und zur Aufbereitung alten, nicht mehr genutzten Industriegeländes.

Die Mehrzahl dieser Maßnahmen sind ausgerichtet auf die ländlich-peripheren Regionen Frankreichs, Italiens und Irlands sowie die alten Industriegebiete Großbritanniens und Belgien-Luxemburgs. Sie dienen ausdrücklich dazu, die im Verlaufe des EG-Integrationsprozesses sich ständig steigernden regionalen Desintegrationserscheinungen zu verlangsamen oder abzumildern.⁴²

39 Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs. Erfahrungsbericht, in: Raumplanung in Österreich 2 (1981), Sekt. IV/6; Meier-Dallach, H. P./Nef, R./Hohermuth, S./Anliker, R., Zwischen Zentren und Hinterland-Probleme, Interessen und Identitäten im Querschnitt durch die Regionstypen der Schweiz, Diessenhofen 1982; Meier-Dallach, H. P./Hohermuth, S./Nef, R., Soziale Strukturen und räumliches Bewußtsein, Diessenhofen 1985; Stöhr, W. B., Ansätze . . . , a. a. O. (Anm. 22).

40 Albrecht, W./Faber, P., Ziele, Instrumente und Ergebnisse der EG-Regionalpolitik, in: Die Verwaltung 16 (1983) 3, S. 353–378.

41 Verordnung (EWG) 214/79 vom 6. 2. 1979, in: ABl. EG L 35 vom 9. 2. 1979, ABl. EG C 285 vom 15. 11. 1979, S. 3–27, Verordnung (EWG) 214–219/84 vom 8. 1. 1984, in: ABl. EG L 27 vom 31. 4. 1984

42 Zum Scheitern als nationale Entwicklungsstrategie vgl. Axt, H.-J., On the way to self-reliance. Pasok's Government Policy in Greece, unveröffentlichtes Manuskript.

5. Folgerungen aus der Kritik des „endogenen Entwicklungskonzeptes“

Im Konzept der „endogenen Entwicklung“ werden jedoch andererseits – trotz aller vorgebrachten Kritik – Ansätze, die sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte ergeben, antizipiert und praktische Konsequenzen aus der Fehlentwicklung der räumlichen Wirtschaftsorganisation zu ziehen gesucht, die es weiterzuentwickeln gilt. Dabei sollte die *Möglichkeitsdimension*, die in den entwickelten *Produktionsmitteln, -formen* und *-techniken* zur gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung und der räumlichen Neuorganisation steckt, stärker berücksichtigt, der *Ressourcenbegriff differenzierter* gefaßt und seine dynamischen und mobilen Elemente deutlicher herausgearbeitet werden, der Bedeutung und (Neu-)Gestaltung des *räumlichen Arbeitsteilungsprozesses* mehr Aufmerksamkeit zukommen und der *Vorrang der Produktionssphäre* bei der Bestimmung des sozialen Veränderungspotentials deutlicher hervortreten.⁴³ Denkt man diese Problembereiche konsequenter durch und weiter, wird man eher zu Strategien, die das Moment *fortschreitender Vergesellschaftung* in den Mittelpunkt stellen, gelangen.

43 Vgl. hierzu den Ansatz „Mesotechnologie“ bei Etkowitz, H., Überdeterminierte Technologie: Die Delegitimierung einer alternativen Ideologie, in: Leviathan-Sonderheft 6/1985, S. 83–102.

Das Ruhrgebietsprogramm der DKP

Vorschlag für ein demokratisches Aktions- und Gesellschaftsprogramm in einer traditionellen Industrieregion

Heinz Czymek

1. Einleitung – 2. Herkömmliche Konzepte reichen nicht aus – 3. Eine konsequente Ursachenanalyse ist erforderlich – 4. Strategische Ansätze für eine demokratische Alternative – 5. Das Kräfteverhältnis kann zugunsten einer demokratischen Erneuerung verändert werden – 6. Die nächsten Schritte

1. Einleitung

Das Ruhrgebiet war und ist trotz Krisenerscheinungen und Strukturschwächen ein wichtiges industrielles Ballungszentrum. Ohne die großen wirtschaftlichen Leistungen vor allem dieser Region wäre der schnelle Wiederaufbau nach dem Krieg undenkbar gewesen. Das Ruhrgebiet stand und steht für Kohle und Energie, für Stahl und Industrieausrüstungen. Es steht aber auch seit geraumer Zeit für Strukturkrisen, überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten, Verschuldung und neue Armut in den Städten und viele Krisensymptome mehr.

Die etwa fünf Millionen Menschen dieser Region, insbesondere die betrieblichen Vertretungen der großen Betriebe, Gewerkschaftsfunktionäre, Führungskräfte der politischen Arbeiterbewegung und auch Sprecher der neuen sozialen Bewegungen stehen vor der Frage, ob sie die besorgniserregende Entwicklung an der Ruhr gewissermaßen als „naturegegeben“ hinnehmen oder dagegen ansteuern sollen.

Dabei gibt es Besonderheiten:

– Die Krise des Ruhrgebiets ist Dauererscheinung geworden. Seit über 25 Jahren erweist sich der Marktmechanismus als unfähig, diese Probleme zu meistern.

– Den herrschenden Konzernen ist es jedoch im Bunde mit den jeweiligen Regierungen gelungen, große soziale Konflikte mit Hilfe einer Politik der sozialen Besänftigung zu vermeiden.

– So hat sich die IG Bergbau und Energie in dieser Krise darauf beschränkt, durch partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den führenden Konzernen des Bergbaus die sozialen Auswirkungen für die betroffenen Bergleute möglichst aufzufangen. Diese im weitesten Sinne als „Sozialplan-Politik“ zu bezeichnende Haltung hat zwangsläufig dazu geführt, daß eine an Arbeiterinteressen orientierte Gegenstrategie erst gar nicht ins Auge gefaßt wurde.

– Die SPD hat im Land und in den Städten an der Ruhr starke Mehrheiten. Sie hat sie nicht genutzt, um gegen die Ursachen der Krise anzugehen, sondern bestenfalls, um Symptome abzumildern.

– Das alles, und der Bonner Rechtskurs der letzten Jahre, hat dazu geführt, daß die Probleme größer wurden.

Wir gehen von der Erfahrung aus, daß die Geschichte dieser Krise ein Ausdruck der Gebrechen der kapitalistischen Marktwirtschaft ist. Der Marktmechanismus funktioniert nach den Regeln des Profits. Vollbeschäftigung ist nach diesen Regeln kein Kriterium für die Wirtschaft. Die Diskussion um die „Marktwirtschaft“ ist daher kein überholter Dogmenstreit, sondern folgt notwendig aus realistischer Erkenntnis der Krisenursachen. Diese Diskussion ist daher notwendiger Bestandteil der Herausbildung einer demokratischen Alternative für das Ruhrgebiet. Mit dem Ruhrgebietsprogramm „Das Revier hat Zukunft“ will die DKP Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen Anstöße geben, um *aus der Arbeiterbewegung* selbst die Grundlinien für eine andere Politik an der Ruhr zu entwickeln. Im folgenden werden daher die Ursachen der Krise dieser einstmals führenden Industrieregion der BRD skizziert, es wird die Tragfähigkeit der gegenwärtig diskutierten Wirtschaftskonzepte untersucht sowie der Rahmen für eine Strategie des demokratischen Auswegs abgesteckt. Dabei kommen wir nicht umhin, die derzeitigen Handlungs- und Orientierungsdefizite in der Arbeiterbewegung anzusprechen. *Wir betrachten unser Ruhrgebietsprogramm als Anstoß für eine breite Diskussion eines demokratischen Aktions- und Gesellschaftsprogramms.* Diese Diskussion ist in allen Abteilungen der Arbeiterbewegung und in den demokratischen Bewegungen zu führen. Denn nur ein von der ganzen Arbeiterbewegung gemeinsam getragenes Alternativkonzept wird ein solches reales Gewicht erlangen, das eine neue Politik und eine Wende im Interesse der arbeitenden Menschen erzwingen kann.

2. Herkömmliche Konzepte reichen nicht aus

Das Ruhrgebiet war und ist eine „klassische“ Region für die Möglichkeiten und Grenzen staatsmonopolistischer Regulierung. Strukturpolitische Staatsingriffe fanden hier bereits vor dem 1. Weltkrieg statt. Später liefen die Fäden über die Deutsche Bank, als hier die militärtechnische Basis für den Faschismus geschaffen wurde. Die Konzernbosse an der Ruhr waren auch die Steigbügelhalter für den Machtantritt Hitlers. Schon die damalige „Ruhrgebietspolitik“ war eine Variante des staatsmonopolistischen Kapitalismus¹. In der Nachkriegszeit wurde aus politisch-militärstrategischen Gründen am Montancharakter des Reviers festgehalten². Seit der Kohlenkrise Ende der 50er Jahre ist Ruhrgebietspolitik vor allem Krisenmanagement. Auch in die-

1 Vgl. J. H. Hesse, Politikprogramme für das Ruhrgebiet – Erfahrungen und Perspektiven, in: Strukturanalyse des Ruhrgebiets, Essen 1983, S. 38.

2 W. Abelhauser, Historische Ursachen der gegenwärtigen Strukturkrise in der nordrhein-westfälischen Industrie, in: Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3 (Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen), Wuppertal 1984, S. 355 ff.

ser Periode bestimmt die Deutsche Bank mit den Bossen von VEBA, Thyssen, Krupp, RWE und Hoesch über das Wohl und Wehe dieser Region.

Gegenwärtig zeichnen sich deutlich zwei verschiedene Varianten staatsmonopolistischer Politik für die Region ab: Eine sozialreaktionäre und eine partnerschaftlich orientierte Variante zur „Modernisierung“ des Ruhrgebiets.

Würde das *Konzept einer sozialreaktionären Ruhrgebietspolitik* realisiert, so wäre eine schwerwiegende Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Arbeiterklasse im industriellen Zentrum der Bundesrepublik die Folge.

Die Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets haben 1982 einen Plan für das Ruhrgebiet vorgelegt³. Seine Eckpunkte sind: Niedrigeres Lohnniveau, Abbau staatlicher Leistungen, geringere Anforderungen an Umweltschutz und soziale Schutzrechte, Atomkraftwerke und Verkabelung.⁴ Die ganze Weisheit dieses Konzepts gipfelt darin, daß „das zentrale Problem der Wirtschaftspolitik darin besteht, daß die Erträge als Voraussetzung für Investitionen nicht ausreichend sind“.⁵

„Die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln verbessern“⁶ – das ist auch das Credo der CDU. Sie folgt dem Konzept der Ruhr-IHKs. Im Landtagswahlkampf 1985 forderte sie u. a. „Zonen freien Wirtschaftens“⁷. Was das ist, erklärt das marktradikale Kieler Institut für Wirtschaft: „In begrenzten Wirtschaftsräumen sollen staatliche Reglements abgebaut und zugleich auch soziale und tarifvertragliche Übereinkommen beseitigt werden. Kapital und Arbeit werden dann wieder dem freien Spiel der Kräfte überlassen.“⁸

Die FDP von Nordrhein-Westfalen vertritt diese Konzeption mit besonderer Stoßrichtung gegen die Gewerkschaften: gewerkschaftlicher Einfluß in NRW blockiere die Wirtschaftsentwicklung⁹, heißt es, und: Sozialverträglichkeitsstudien und Mitbestimmung könnten die Einführung neuer Technologien und damit den Aufschwung nur stören¹⁰. Die FDP profilierte sich – zielgruppenorientiert – als eine Partei, die stets ein Schuß mehr arbeiterfeindlich ist als die CDU.

Ein „*industriepolitisches Gesamtkonzept* (. . .), das die Anpassungsprozesse erleichtert“¹¹, so beschreibt die SPD-Landesregierung ihre strukturpolitische Aufgabe. Was sie von der sozialreaktionären Variante in strategischer Hinsicht unterscheidet, ist dies: „Die Landesregierung setzt auf Konsens, auf das

3 Wirtschaftspolitik für das Ruhrgebiet, Mülheim 1982.

4 Hier folgen wir der Darstellung in: Alternativen für das Ruhrgebiet, Sondergutachten des Memorandums '85, Köln 1985, S. 286 ff.

5 T. Pieper, Ruhrgebietspolitik der 80er Jahre aus der Sicht der Kammern, in: Strukturanalyse . . ., a.a.O., S. 27.

6 Landesprogramm 1985 der CDU-Nordrhein-Westfalen, in: Sonderbeilage des Deutschen Monatsblattes zur Landtagswahl am 12. 5. 1985, S. II.

7 Frankfurter Rundschau v. 15. 1. 1985, zit. n.: M. Krummacher u. a., Regionalentwicklung zwischen Technologieboom und Resteverwertung, Bochum 1985, S. 85.

8 Ebenda

9 A. Rohde, in: Landtag intern v. 1. 10. 1985.

10 H. Tschoeltsch, in: Landtag intern v. 25. 2. 1986.

11 Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen 1984, Düsseldorf 1985, S. 15.

Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen“.¹² Auf diesem Wege soll zugleich ein „Solidarpakt zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit“ zustandekommen.¹³ Die nordrhein-westfälische SPD rät den Unternehmern dringend an, „sozialen Frieden“ als „Produktionsfaktor“ anzusehen¹⁴, als politischen Standortvorteil sozusagen. Dieser Produktionsfaktor sei „neben der Qualität des Faktors Arbeit der entscheidende für die Modernisierung einer Industriestruktur“.¹⁵ Den Unternehmern verspricht dieses Konzept „Modernisierung in sozialem Frieden“, der Arbeiterklasse verspricht es mitbestimmte „Sozialverträglichkeit“ der Modernisierung.

Dieses Konzept wird besonders gut charakterisiert durch die *Rolle, die der Staat bei seiner Realisierung spielen soll*: Grundsätzlich gelte, daß „die Bewältigung des Strukturwandels und die Humanisierung der Arbeitswelt in erster Linie Aufgaben der Unternehmen sind, – der Staat nur Rahmenbedingungen setzen, Anstöße geben und für die soziale Sicherung der Betroffenen eintreten kann“.¹⁶ Es komme also „den Unternehmen . . . die entscheidende Rolle zu“.¹⁷

Das wichtigste staatliche Instrument für diese Politik ist die Konzernsubvention. Die Bilanz ihres „Aktionsprogramms Ruhr“ formuliert die SPD so: „Die Bilanz ist erfreulich. Das Land hat von 1980 bis 1984 knapp vier Mrd. DM sinnvoll ausgegeben.“¹⁸ So lesen sich fast alle Erfolgsbilanzen der SPD Nordrhein-Westfalen und der SPD-Landesregierung. „Förderprogramme aller Art“ – das ist nach eigener Aussage die Hauptmethode der Ruhrgebietspolitik.¹⁹ Förderprogramme sollen vor allem Standortvorteile bewirken, die zu weiteren Investitionen des Kapitals im Ruhrgebiet anreizen. Diesem Ziel dienen auch andere staatliche Maßnahmen.²⁰

Eingestandenermaßen stößt diese Politik an Grenzen. Neue Überlegungen finden auch Eingang in die wirtschaftspolitische Debatte der SPD. Im Frühjahr 1986 machte der SPD-Fraktionsvorsitzende im NRW-Landtag, *Friedhelm Farthmann*, Schlagzeilen mit „Thesen für eine neue Wirtschaftspolitik“. Darin skizzierte er „Widersprüche in unserer Gesellschaft“, die die Folge des Wirkens der Marktgesetze seien:

„Es herrscht Massenarbeitslosigkeit – obwohl es einen hohen Bedarf an Arbeit gibt.

Zehntausenden von Jugendlichen ist der Einstieg ins Berufsleben versperrt – obwohl die junge Bevölkerung ein entscheidender Wachstumsmotor ist.

12 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten J. Rau v. 10. 6. 1985, Ms., S. 15

13 Ebenda, S. 22.

14 Ebenda, S. 49.

15 J. Rau, *Unser Land hat eine gute Zukunft*, in: *Nordrhein-Westfalen – Initiative Zukunftstechnologien (Dokumentation)*, Düsseldorf 1984, S. 128.

16 *Landesentwicklungsbericht . . .*, a. a. O., S. 15.

17 SPD NRW (Hg.): *Leistung für unser Land: Wir haben erfolgreich gewirtschaftet für die Menschen und die Umwelt*, Düsseldorf 1985, S. 3.

18 Ebenda, S. 39.

19 R. Maedge, *Über die Schwierigkeiten langfristiger Politik unter kurzfristigem Erfolgswang*, in: *Strukturanalyse . . .*, a. a. O., S. 45.

20 Ausdrücklich: H. Krebs (damals Chef der NRW-Staatskanzlei), *Politikprogramme für das Ruhrgebiet – Thesen*, in: *Strukturanalyse . . .*, a. a. O., S. 43.

Arbeit und Familienleben werden zunehmend fremdbestimmt – obwohl die berufliche Qualifikation zugenommen, das Bildungsniveau sich erhöht hat und damit die persönliche Fähigkeit zur Mit- und Selbstbestimmung gestiegen ist.

Es entstehen immer mehr Umweltschäden, die gesundheitlichen Risiken nehmen immer mehr zu – obwohl die Umwelt und die Medizintechnik immer perfekter werden.

Immer mehr Menschen geraten in Armut – obwohl die Produktivität immer weiter steigt und so immer mehr private Güter produziert werden.

Diese Widersprüche sind nur aufzulösen, indem eine durchgreifende Umverteilung von Einkommen und Vermögen, des Arbeitsvolumens, von Chancen und von individuellen und kollektiven Rechten stattfindet. Der Markt kann dieses nicht lösen. Dazu ist ein starker Staat – mit entsprechender Verfügungsgewalt ausgestattet – nötig.²¹ Es ist bekannt, daß diese Thesen auf scharfen Widerspruch stoßen – in der CDU und der FDP zumal, aber auch in der SPD, deren wirtschaftspolitische Hauptlinie damit nicht übereinstimmt.

Abrechenbare Ruhrgebietsprogramme der SPD-Landesregierung gibt es nicht mehr, dafür aber eine lebhaftere Technologiepolitik. „Der technologische Wandel wird in den Unternehmen geplant, vollzogen und von diesen finanziert. Die Landesregierung unterstützt diesen Prozeß mit ihrer *Technologiepolitik*“²² – so lautet der programmatische Satz im jüngsten Landesentwicklungsbericht. Wirtschaftsminister Jochimsen schreibt: „Die Wirtschaft hat für diesen Modernisierungsprozeß in allen Regionen des Landes die volle Unterstützung der Landesregierung.“²³ In der technologiepolitischen Studie der Landesregierung fällt dann das Wort – „Akzeptanz“: diese sei eine wesentliche Rahmenbedingung der Modernisierung. „Die Sicherung von Akzeptanz speziell mit Blick auf die Interessenvertretung der Arbeitnehmer ist deshalb notwendiger Bestandteil staatlicher Technologiepolitik.“²⁴ Es gehe darum, die „Hemmschwelle für den Einsatz dieser neuen Technologien im Betrieb abzubauen.“²⁵

Die Landesregierung operiert mit einem „*Technologieprogramm Wirtschaft*“ sowie spezifischen Technologieprogrammen für die Bereiche Energie, Bergbau, Stahl – alles reine Förderungsprogramme ohne irgendwelche Auflagen. Zusätzlich hat sie 1984 mit großem propagandistischem Aufwand „ein Programm Zukunftstechnologien“ aufgelegt. Sie finanziert Entwicklung und Anwendung moderner Technologien mit 400 Millionen Mark für den Zeitraum 1985 bis 1988. Neu an diesem Programm ist der Posten „sozialverträgliche Technikgestaltung“, für den während der gesamten Laufzeit 40 bis 50 Millionen Mark bereitgestellt werden sollen. Das Programm finanziert Analysen,

21 F. Farthmann, Thesen zur Wirtschaftspolitik (MS. o. Jg.), S. 3 f.

22 Landesentwicklungsbericht . . . , a. a. O., S. 117.

23 R. Jochimsen, Vorwort in: Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr NRW (Hg.), Zur Wachstumssituation in Nordrhein-Westfalen („Wachstumsstudie“), Düsseldorf 1983.

24 Landesregierung NRW (Hg.), Zukunftstechnologie in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1984, S. 83.

25 „Wachstumsstudie“ . . . , a. a. O., S. IV.

die Entwicklung von Handlungskonzepten für Betroffene (einschließlich entsprechender Qualifizierungsmaßnahmen) sowie öffentliche Diskussionsveranstaltungen.

Dies ist ein Zugeständnis an gewerkschaftliche Forderungen und daher ein positiver Zug, zumal es das erste Technologieprogramm einer Landesregierung ist, das die Gewerkschaften in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezieht sowie auf eine öffentliche Diskussion abzielt. Eine wesentliche Schwäche des Gesamtprogramms „Zukunftstechnologie“ erblickt der DGB-Landesvorsitzende Mahlberg allerdings darin, daß das Ziel „Sozialverträglichkeit“ für neun Zehntel des Programms sowie für alle anderen Technologieprogramme kein Bewilligungskriterium zu sein scheint.²⁶ Mit reiner „Akzeptanzförderung“ wolle sich der DGB jedenfalls nicht abfinden.

Die *Kohle- und Stahlpolitik der Landesregierung* unterstützt die Rationalisierung und ist ansonsten als „Abfedern der sozialen Härte“ konzipiert. Die Landesregierung akzeptiert die Verringerung von Kapazitäten im Bergbau und in der Stahlindustrie, ohne die tatsächliche Schaffung von Arbeitsplätzen zur Bedingung zu machen.²⁷ Die regionalen Förderprogramme für Ersatzarbeitsplätze haben sich als weitgehend unwirksam erwiesen, insbesondere auch das 1979 in Castrop-Rauxel verkündete ‚Aktionsprogramm Ruhr‘.²⁸

Bewegung ist in die *Energiepolitik* gekommen, vor allem, was ihre umweltpolitische Seite anbetrifft. In der letzten Zeit betonen SPD und Landesregierung die Anwendung neuer, umweltfreundlicher Kohletechnologien und rücken Schritt um Schritt von der Atom-Orientierung der Energiekonzerne ab. Die SPD steht vor einem Sonderparteitag, bei dem es vorrangig um ein integriertes Energiekonzept gehen soll, in dem „Energiesparen und Kohlevorrang Eckpfeiler sind für eine ökologisch verantwortbare Strategie in den neunziger Jahren“.²⁹ In seiner Regierungserklärung hatte J. Rau gefordert: „Die Landesregierung erwartet von der Elektrizitätswirtschaft, daß sie stillzulegende Steinkohlekraftwerke rechtzeitig durch neue umweltfreundliche Steinkohlekraftwerke ersetzt.“³⁰ Auch die Technologie der Fernwärmeversorgung auf der Basis von Kraft/Wärme-Kopplung spielt eine stärkere Rolle in sozialdemokratischen Vorstellungen.³¹ Der Unfall in Tschernobyl hat diesem Diskussionsprozeß in der SPD kräftigen Auftrieb gegeben.

Die Landesregierung löst ihren Anspruch nicht ein, wirksame *Beschäftigungspolitik* zu betreiben. Indem sie die Modernisierungsstrategie des Großkapitals fördert, unterstützt sie Bedingungen, die jede beschäftigungsorientierte Staatsaktivität ins Leere laufen lassen. Das „Stahlstandortprogramm“ im

26 DGB-Landesbezirk NRW (Hg.): Sozialverträgliche Technikgestaltung, Heft 6 der Reihe „Technik und Gesellschaft“ der Technologieberatungsstelle, Oberhausen 1986, S. 12 f.; das kritisieren auch die Herausgeber des „Jahrbuchs Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1985“, Bonn 1985, S. XVII.

27 Dazu und zum folgenden: Alternativen für das Ruhrgebiet . . . , a. a. O., S. 289 ff.

28 Das gesteht auch der Landesentwicklungsbericht (a. a. O.) ein: S. 60.

29 J. Rau, Rede vor dem 8. ordentlichen Landesparteitag der SPD in Oberhausen, 28. 9. 1985, Ms., S. 6.

30 Regierungserklärung . . . , a. a. O., S. 46.

31 So das Kommunalpolitische Programm der SPD in NRW, Düsseldorf 1984, S. 37 ff.

Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von 1982–1985 sollte ca. 40 000 Ersatzarbeitsplätze bringen – bis 1984 wurden aber real nur ca. 5000 Arbeitsplätze mitfinanziert.³² Das ‚Aktionsprogramm Ruhr‘ finanzierte zusammen mit dem ‚Ehrenberg-Programm‘ mehrere tausend Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Es ist allerdings auch eine Tatsache, daß kommunale Pflichtaufgaben in größerem Maße mittels ABM-Stellen erledigt werden. Unter dem Namen „Beschäftigungspolitik“ wird hier in Wahrheit Stellenabbau betrieben!

Die Landesregierung wirbt besonders mit ihrem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit um Anerkennung. In der Tat, 1985 wurde im Rahmen dieses Programms die Summe von 367 Millionen DM ausgegeben. Mit rund 180 Millionen DM werden außerbetriebliche Maßnahmen gefördert, die vor allem die Funktion haben, Jugendliche eine Zeitlang vom Ausbildungsmarkt fernzuhalten („Warteschleife“). Der andere Teil wandert aus dem Steuertopf in die Unternehmerkassen – als Prämie für Lehrstellen.

Es zeigt sich, daß die konsensorientierte Variante staatsmonopolitischer Regulierung, wie sie von der SPD-Landesregierung NRW unter *Johannes Rau* praktiziert und propagiert wird, wesentliche Unterschiede zur reaktionären Variante aufweist – auch zu deren „südlichen“ Spielarten:

– Der Staat soll bei der Modernisierung und Entwicklungsprogrammierung eine stärkere Rolle spielen, über deren Inhalt und Instrumente allerdings gestritten wird.

– Nicht nur der Weltmarkt, sondern auch über den Binnenmarkt vermittelte gesellschaftliche Bedürfnisse sind Zielmarken staatlich beeinflusster Investitionsströme, besonders im Umweltschutz.

– Es soll einen größeren Spielraum für soziale Kompromisse finanzieller Art sowie in den Arbeitsbeziehungen geben.

– Die Gewerkschaften sollen in einen „sozialpartnerschaftlich“ verstandenen Diskussions- und Entscheidungsprozeß einbezogen werden. In diesem Zusammenhang gibt es auch ein Entgegenkommen gegenüber gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen.

Eine Besonderheit ergibt sich daraus, daß die SPD-Landesregierung ihre Politik unter den Bedingungen der Bonner „Wende“ betreiben muß. Dies ist eine Quelle von Widersprüchen, die z. B. Johannes Rau veranlaßt, NRW als „Gegengewicht“ zu Bonn zu profilieren.

Die Strategie des DKP für eine demokratische Alternative im Ruhrgebiet muß diese Bedingungen berücksichtigen und – wo möglich – in Faktoren für die Herbeiführung einer neuen Ruhrgebietspolitik umwandeln.

3. Eine konsequente Ursachenanalyse ist erforderlich

Eine richtige Therapie zur Beseitigung der Krisenerscheinungen an der Ruhr setzt eine klare Diagnose voraus. Die Hauptursache der Krise ist nicht der „abnehmende Bedarf“ an Kohle und Stahl. In erster Linie ist der Nieder-

³² Alternativen für das Ruhrgebiet . . . , a. a. O., S. 289.

gang des Kohlebergbaus und der Stahlindustrie das Ergebnis einer Energiepolitik, die die heimische Kohle vernachlässigt und im Öl bzw. in der Kernenergie die Alternative verspricht, einer Stahlpolitik, die auf der Jagd nach Macht und Profit auf dem Weltmarkt die eigene Region ruiniert, einer Wirtschaftspolitik, die es zuläßt, daß Jahr für Jahr Milliarden Summen für die Hochrüstung verschwendet bzw. ins Ausland gebracht werden, anstatt damit die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern und eines kapitalistischen „Markt“systems, dessen entscheidender Antrieb das Streben nach Höchstprofit und nicht das Wohl des Menschen ist.

Zur Ursachenbeschreibung der Krisen an der Ruhr gehört auch der Hinweis auf die Grenzen, die jeder Reformpolitik durch die gegenwärtig herrschenden Machtverhältnisse gezogen sind. Eine Wende zum Besseren erfordert also auch eine Ausweitung des demokratischen Handlungsspielraums der Arbeiterklasse selbst. Deswegen soll hier die Feststellung des stellvertretenden IG Metall-Vorsitzenden *Franz Steinkühler* unterstrichen werden, die von uns als Voraussetzung für eine Wende zum Besseren verstanden wird: „Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eine gesellschaftliche Strukturreform, ohne die auch eine in den Zielen und Instrumenten veränderte Wirtschaftspolitik geringe Realisierungschancen hat. Gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung ist deshalb – neben anderen – auch Teil einer veränderten Machtverteilung in der Gesellschaft und die Voraussetzung für eine qualitativ veränderte Politik.“³³

Wer also immer Verantwortung für die Entwicklung des Reviers und die Perspektive der dort wohnenden Menschen empfindet, der darf sich nicht mehr mit dem Kurieren von Symptomen zufrieden geben, der muß auch auf die Grundursachen hinweisen, die im wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen System wurzeln. Über diese Fragen diskutieren mittlerweile Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Grüne und Alternative ebenso wie fortschrittliche Wissenschaftler und Kirchenleute.

Wir Kommunisten wollen uns nicht nur an dieser Diskussion beteiligen. Wir wollen – ausgehend von den Klasseninteressen der Beschäftigten und der Arbeitslosen an der Ruhr – Vorschläge für eine radikale Umkehr, für eine Wende zum Besseren vorlegen.

Im Mittelpunkt unserer demokratischen Alternative steht die Entwicklung betrieblicher und außerparlamentarischer Bewegungen. Es geht uns darum, Anstöße für Aktionen und Orientierungen sowie für die konsequente Fortführung der Diskussion zu vermitteln. Wir möchten diese Diskussion in alle Bereiche der demokratischen Bewegung tragen, weil dies die entscheidende Voraussetzung ist, um mit Hilfe eines breiten Widerstandes der Bevölkerung das herrschende Konzept der Konzerne und des Staates durch ein anderes zu ersetzen.

33 F. Steinkühler, Arbeit 2000, in: E. Altvater, M. Baethge u. a., Arbeit 2000, Hamburg 1985, S. 233.

4. Strategische Ansätze für eine demokratische Alternative

Für das Ruhrgebiet, die Industrieregion in der Krise, trifft aus unserer Sicht die Feststellung des 8. Parteitages der DKP (Mai 1986) zu: „Jetzt können, jetzt müssen alle friedliebenden und demokratischen Kräfte unseres Landes, alle, die von der „Wendepolitik“ betroffen sind, ihre gemeinsame oder auch parallel entwickelte Kraft auf die Durchsetzung einer neuen gegenwarts- und zukunftsorientierten Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik richten.“³⁴

Auch im Ruhrgebiet stellt sich mithin die die gegenwärtige strategische Etappe charakterisierende Aufgabe der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte: *einen reaktionären Ausweg aus der Krise zu verhindern*. Damit richtet sich der Kampf auf die konkrete Entwicklungsrichtung im staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Politik der herrschenden und regierenden Kreise.³⁵

Auch im SMK gibt es nicht nur den von den Hauptkräften des Monopolkapitals gegenwärtig angestrebten aggressiven und reaktionären Ausweg aus der Krise. Wie jedoch ein anderer Weg aussehen kann, das hängt vor allem davon ab, ob es gelingt, die Kräfte der Arbeiterbewegung für das Konzept einer demokratischen Wende unter den Bedingungen des SMK zu formieren.

Unter unseren Bedingungen bedeutet das, eine *demokratische Alternative zu formulieren und zu popularisieren*, die den politischen Druck gegen rechte Politik erhöht, die jeden Ansatzpunkt im konsensorientierten Regulierungsprozeß nutzt, um die Bewegung voranzutreiben, die den Interessen der Bevölkerung Nachdruck verleiht. Das Politikkonzept der Landesregierung für das Revier ist keineswegs gegen demokratische Reformen abgeschottet. Es ist auch nicht frei von Widersprüchen. Sie charakterisieren die Situation der SPD, die nach wie vor eine in das System des SMK eingegliederte Arbeiterpartei ist. So heißt es in einer SPD-offiziösen Veröffentlichung: „Mehr denn je sind im Ruhrgebiet Ansätze einer wirtschafts- und sozialpolitischen Alternative notwendig, um qualitatives Wachstum zu fördern, ausreichend Beschäftigung zu sichern, den sozialen Schutz zu gewährleisten und regionale Verödung zu verhindern. (. . .) eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft und eine Gestaltungspolitik im Interesse der Arbeitnehmer ist notwendig.“³⁶

„Mehr Mitbestimmung“ – das greifen wir auf! „Gegengewicht zu Bonn“ – natürlich nutzen wir das. „Öffentlicher Dialog über Sozialverträglichkeit neuer Technologien“ – unbedingt! Umweltverträglichkeit der Energieversorgung, stärkere Rolle gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse für die Wirtschaftsregulierung, soziale Ansprüche an den Strukturwandel sowie an die neuen Technologien . . . es gibt nicht wenige Aspekte sozialdemokratischer Programme, die Berührungspunkte für demokratische Alternativen im Revier sind.

34 Für eine neue Politik – Atomwaffenfreie Welt und Arbeit für alle (Bericht des Parteivorstandes der DKP an den 8. Parteitag, Berichterstatter: Herbert Mies), S. 25 f.

35 Dazu und zum folgenden: R. Reißig/F. Berg, Arbeiterbewegung und demokratische Alternative, Berlin 1986, S. 211 f.

36 M. Müller/K. Vater/B. Hombach (Hg.), Produktivkraft Solidarität – Wie die Krise des Reviers zu meistern ist; Bonn 1984, S. 18.

Dem liebe sich der für die gegenwärtige Landespolitik typische Widerspruch zwischen Wort und Tat entgegenhalten. Wie gehen wir mit diesem Widerspruch um? *Nicht die Pose des Anklägers hilft weiter, sondern eine Politik des Aufgreifens, Eingreifens, Vorantreibens wird allein den Erfordernissen gerecht, die Kräfteverhältnisse zu verändern.*

Eine demokratische Antikrisenpolitik für das Ruhrgebiet muß dem Wohle des arbeitenden Menschen entsprechen. Sinnvoll leben und arbeiten, in Frieden und menschlicher Umwelt – mit Bedacht wählte die DKP Ruhr-Westfalen das Motto ihrer 8. Bezirksdelegiertenkonferenz: „Eine menschliche Zukunft erkämpfen – ein lebenswertes Ruhrgebiet schaffen!“ Voraussetzung und wichtiger Inhalt einer solchen demokratischen Reformpolitik ist der Kampf um Frieden und Abrüstung. Nur die Abkehr von der Hochrüstung schafft den Spielraum für demokratischen und sozialen Fortschritt.

Der DKP-Bezirk Ruhr-Westfalen hat ein „*Ruhrgebietsprogramm*“ vorgelegt – ein Dokument, das über ein Jahr lang diskutiert und mehrfach verändert wurde. Das Ruhrgebietsprogramm schlägt die nächsten Aktionsziele für Veränderungen im Revier vor und erläutert eine auf lange Sicht angelegte Strategie für einen demokratischen Ausweg aus der Krise der Region. Wir wollen mit dem Ruhrgebietsprogramm deutlich machen, daß der Kampf um Einzelreformen auf den unterschiedlichen Kampffeldern Voraussetzung ist, um die für Veränderungen wirkenden Kräfte zusammenzuführen und zu weitergehenden Reformen in Bewegung zu setzen. Unser Ruhrgebietsprogramm ist Orientierungsprogramm für die DKP ebenso wie Diskussionsangebot für andere politische Kräfte. Es bezieht gewerkschaftliche Vorstellungen ein und weist zahlreiche Berührungspunkte mit progressiven sozialdemokratischen Konzepten auf: Wer es neben den Entwurf des „Umbauprogramms“ der Bundes-Grünen legt, wird viele Übereinstimmungen feststellen.

Der unter dem Titel „*Das Revier hat Zukunft*“ veröffentlichte Vorschlag ist ein *Reformkonzept für eine an den Interessen der im Revier lebenden Menschen orientierten Wirtschaftspolitik. Im Mittelpunkt steht ein sorgfältig recherchiertes, aufgeschlüsseltes Beschäftigungsprogramm*, mit dem 270 000 Arbeitsplätze teils geschaffen, teils gesichert werden können. Das Beschäftigungsprogramm, das wir fordern, lenkt Investitionen in Bereiche, in denen gesellschaftliche Bedürfnisse in großem Umfang unbefriedigt blieben: Umweltschutz, Wohnungs- und Verkehrspolitik, Schule, Hochschule, Kultur. „*Qualitatives Wachstum*“ ist *mithin ein Schlüsselbegriff des Programms*. Wir verstehen es daher auch als eigenständigen Beitrag zur Diskussion um „Erneuerung“ (SPD) bzw. „Umbau“ (Die Grünen). „Im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit gewinnt die Forderung nach effektiven und sinnvollen Beschäftigungsprogrammen an Gewicht. (. . .) Wenn wir Kommunisten um Arbeitsbeschaffungsprogramme kämpfen, dann um solche, die den Arbeitslosen eine sinnvolle, gesellschaftlich nützliche Arbeit geben.“³⁷

Zu einem solchen *Beschäftigungsprogramm neuen Typs* gehört Kohlevor-rangpolitik, vor allem durch die Erhöhung des Kohleanteils am Energiever-

37 „Für eine neue Politik . . .“, a. a. O., S. 31 f.

brauch und Ausbau der Fernwärmesysteme. Dazu gehört auch die Sicherung der Stahlstandorte – gerade durch Ausbau des Umweltschutzes, von Fernwärmesystemen etc. könnte der Stahlverbrauch stabilisiert werden. Die neue Politik, die unser Ruhrgebietsprogramm einfordert, knüpft an zentrale Gewerkschaftsforderungen an, besonders an die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei steigendem Wohlstand. Es unterstützt die stahlpolitischen Forderungen der IG Metall, einschließlich jener, die Stahlindustrie zu vergesellschaften und demokratisch zu kontrollieren.

Der moderne Maschinen- und Anlagenbau des Reviers ist primär auf Erweiterungsinvestitionen gerichtet, in der Tat, ein Problem in einer Periode des Umbruchs zum vorrangig intensiven Entwicklungstyp.³⁸ Auch deshalb meinen wir: Neue, moderne Umwelttechnologien könnten den Schwerpunkt der Investitionsgüterindustrie als „dritte Säule“ der Region neben Kohle und Stahl bilden.

Den herrschenden Modernisierungskonzepten stellen wir ein an den Interessen der arbeitenden Menschen orientiertes Modernisierungskonzept entgegen: von der Modernisierung der Berufsausbildung bis hin zur menschengerechten Gestaltung von Informations- und Kommunikationsnetzen.

Bestandteil des Konzepts ist ein ‚Notprogramm zur Bekämpfung der Armut‘, das unmittelbar umsetzbare Bestandteile enthält. Darüber hinaus entwirft das Programm ein System kurz-, mittel- und langfristiger Forderungen u. a. auf den Gebieten Umweltschutz (Luft, Wasser, Boden, Müllkonzepte u. v. m.), Wohnen und Leben (Wohnungspolitik, Freizeit, Regionalplanung), Verkehrspolitik, Bildung (Schule, Berufsausbildung, Hochschule u. v. m.), Kultur, Information und Kommunikation (Verkabelung, Medienpolitik).

Das Programm rechnet die Finanzierung durch. Auch an diesem Punkt bezieht es sich darauf, daß ein anderes Entwicklungskonzept für das Ruhrgebiet die Umkehr zu einer Politik der Abrüstung einschließt.

Das Ruhrgebietsprogramm macht konkrete Vorschläge für betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmungsrechte. Es fordert eine wesentlich stärkere Beteiligung der Kommunen an Entscheidungs- und Planungsprozessen sowie für einen größeren finanziellen und juristischen Spielraum der Gemeinden, etwa auf dem Gebiet der Energiepolitik. Wir setzen uns ein für einen Prozeß der Ausweitung demokratischer Rechte, in dessen Verlauf die Bevölkerung mehr und mehr Einfluß nehmen kann auf die Formulierung wirtschaftlicher Ziele und ihre Umsetzung auf betrieblicher und staatlicher Ebene.

5. Das Kräfteverhältnis kann zugunsten einer demokratischen Erneuerung verändert werden

Im folgenden sind die Kräfte genauer zu bestimmen, die Druck für demokratischen und sozialen Fortschritt entwickeln können. *Dies sind vor allem die Kolleginnen und Kollegen in den großen Betrieben, der Kern der Arbeiterklasse.* Hier ist die größte Kraftquelle für Veränderungen. Ihre Organisation sind die

³⁸ Vgl. „Wachstumsstudie . . .“, a. a. O., insb. S. 30, 33 ff, 61, 165 f, 168.

DGB-Gewerkschaften. In der Gewerkschaftsbewegung des Ruhrgebiets wird die Auffassung populär, daß Interessenvertretung Kampf heißt und nicht Anpassung. Frieden, Streikrecht, Mitbestimmung, Beschäftigungsprogramme: die politische und ökonomische Ebene des Klassenkampfes weisen eine größere Berührungsfläche auf. Mobilisierung im Betrieb verzahnt sich zunehmend mit organisierter Solidarität außerhalb des Betriebes, vor allem auf kommunaler Ebene.

Die *demokratischen Bewegungen* im Revier sind stark. Sie reichen von der Friedensbewegung über die antifaschistische Bewegung, die Frauen- und Jugendbewegung, die Ökologiebewegung, eine Vielzahl von sozial- und kommunalpolitischen Initiativen bis hin zu den Sozialverbänden. Traditionsreiche und neue demokratische und soziale Bewegungen finden wir besonders in den von Großbetrieben, großen Dienstleistungssektoren und Universitäten geprägten Ruhr-Metropolen wie Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund. So unterschiedlich diese Bewegungen in sozialer, politischer und ideologischer Hinsicht auch sind, es gibt viele gemeinsame Interessen und das sind ebenso viele Chancen, ihre Kraft zu vereinen.

Dabei spielt das *Aktionsfeld Kommunalpolitik* eine wichtige Rolle. Auf kommunaler Ebene sind die Ergebnisse arbeiterfeindlicher Politik schneller zu erkennen. Dort entwickelt sich ein wachsendes Widerstandspotential, das sich auch in einer Vielzahl kommunal orientierter Initiativen äußert. Gerade in denjenigen Wohngebieten, wo die von der Krise besonders betroffenen Arbeiterfamilien wohnen, ist es möglich, Menschen zum Engagement für Verbesserungen und auch für eine andere Politik zu gewinnen.

Ein neues Element in der Politik ist das *Engagement der Frauen*. Es trägt auch neue inhaltliche Züge. Im Ruhrgebiet ist die Krise der weiblichen Erwerbstätigkeit besonders prekär. Zugleich weist unsere Region herausragende Beispiele des Widerstandes von Arbeiterfrauen auf: wir erinnern an den Kampf der Heinze-Frauen aus Gelsenkirchen um den gleichen Lohn, der Hoesch-Frauen, Krups-Frauen und Mönninghoff-Frauen um die eigenen Arbeitsplätze und die ihrer Männer. Jüngst kämpften die Frauen mehrerer Hertie-Filialen um die Arbeitsplätze.

Auch die *Jugend des Reviers* engagiert sich sichtbar. Deutlich wurde dies beim Ostermarsch '86 und auch bei den großen Gewerkschaftsaktionen. Zugleich engagieren sich Jugendliche in vielen Formen dort, wo sie lernen und arbeiten – besonders an Schulen und Berufsschulen, aber auch in Betrieben. Neben den unmittelbar drückenden Nöten sind es die großen Probleme unserer Zivilisation, die die Jugend bewegen: Frieden, Umwelt, Arbeit, der Sinn des Lebens. Wir machen die Erfahrung, daß es der neokonservativen Wende bislang nicht gelungen ist, der Jugend einen Bewußtseinswandel aufzuzwingen.

Ein wichtiger politischer Faktor ist das demokratische Potential an den *Hochschulen* im Revier. Die großen Ruhr-Universitäten üben lokalen und regionalen politischen Einfluß aus. Das gilt zum einen für die Studentenbewegung. Zum anderen gilt es für den politischen Einfluß der progressiven wissenschaftlichen Sektoren, die wichtige Impulse für das soziale Hauptbündnis

unserer Zeit geben können, das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz.

Alle diese Faktoren wirken auch auf die *SPD des Ruhrgebiets*. Sie zu beurteilen, verlangt nicht nur eine Analyse der Regierungsprogrammatik und des Regierungshandelns, sondern auch die Beachtung des zunehmenden Engagements sozialdemokratischer Mitglieder und Parteigliederungen bei den außerparlamentarischen Auseinandersetzungen im Revier. Die SPD nimmt in wachsendem Maße an demokratischen Bewegungen teil. In den letzten Monaten machen wir neue Erfahrungen in der Aktionseinheit. Frieden, Verteidigung des Streikrechts und Antifaschismus sind Gebiete, auf denen es zur Zusammenarbeit kommt. Das schlägt sich in einzelnen Kommunen auch schon auf parlamentarischer Ebene nieder.

Das für die 80er Jahre typische Heranreifen demokratischer Kräfte unterschiedlicher sozialer Zusammensetzung zeigt sich im zunehmenden Einfluß der Grünen sowie im Wirken alternativer und sogenannter autonomer Strömungen und Gruppierungen. Das *Grün-Alternative-Spektrum* ist in fast allen kommunalen Parlamenten des Ruhrgebiets vertreten. Seine Vertreter artikulieren dort demokratische Forderungen eines Teils der Bürger. Hier ergeben sich viele Berührungspunkte mit der Arbeiterbewegung.

6. Die nächsten Schritte

Unsere Aufgabe in den kommenden Monaten wird es sicherlich sein, das Ruhrgebietsprogramm zum Allgemeingut in unserer Partei zu machen. Wäre es nur zur Orientierung der Kommunisten geschrieben, so wäre es damit genug. Doch unsere Strategie richtet sich darauf, jene Kräfte zusammenzuführen, die Widerstand gegen rechts leisten und eine Politik durchsetzen können, die uns dem Etappenziel einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt näherbringt.

Angesichts der Vielfalt der Kräfte und der großen Reserven, die über die verschiedenen Bewegungen zur Durchsetzung der eigenen Lebensinteressen mobilisierbar sind, sind für die Entwicklung ihrer Zielbestimmung und Zusammenarbeit besonders notwendig:

– *Diskussionen über Wege aus der Krise* – dazu zählt die Diskussion über Krisenursachen, über Entwicklungsziele, Bündnisse, Aktionsformen, über außerparlamentarischen Kampf und parlamentarische Vertretung, über Möglichkeiten und Grenzen sozialdemokratischer Regierungen.

– *Aktionen* – und damit auch Erfolge, die neue Kräfte mobilisieren.

– *Bündnisse* – auch die gegenseitige Unterstützung und Solidarität bei der Durchsetzung spezifischer Interessen.

Aktionen – Bündnisse – Strategiediskussionen: unser Ruhrgebietsprogramm ist ein Angebot dafür. Damit es als Angebot erkannt wird, ist allerdings mehr vonnöten als bedrucktes Papier. Die potentiellen Partner eine alternativen Politik für das Revier kennen einander zu wenig. Was jetzt nottut, ist der Dialog. Wir Kommunisten werden alles tun, auf diese Weise den ersten Schritt für eine neue Politik an der Ruhr zu tun.

Außerparlamentarische Bewegungen und Positionsveränderungen in der Sozialdemokratie

Johannes Klotz

1. Reaktionen der Sozialdemokratie auf die außerparlamentarischen Bewegungen – 2. Der Ökoreformismus in der SPD – 3. Der Neointegrationismus und die Alternativen der sozialistisch-reformistischen Linken – 4. Bilanz und Perspektiven

1. Reaktionen der Sozialdemokratie auf die außerparlamentarischen Bewegungen

Die Untersuchung geht von raschen und tiefgreifenden Veränderungen der ökonomischen, sozialen, ideologischen und politischen Bedingungen – insbesondere von einer mehrdimensionalen Krisensituation in den Bereichen Ökonomie und Ökologie – in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn der 70er Jahre aus.¹ Diese Bedingungen führten zur Entstehung und Entwicklung von Bürgerinitiativen, der Ökologiebewegung und den neuen sozialen Bewegungen insgesamt. Konflikte um allgemeine Reproduktionsbedingungen oder konkrete Umweltbedrohungen, Momente des Krisenprotests und Identitätssuche sind charakteristische Entstehungsmerkmale dieser Bewegungen. Ihre Entfaltung zu einer Massenbewegung verlief nicht unabhängig von den Desintegrationsprozessen der sozial-liberalen Regierung bzw. der desintegrativen Wirkung der politisch-ideologischen Konzepte und der politischen Praxis der SPD. Bevor aus diesen neuen sozialen Bewegungen parlamentarische Vertretungen hervorgingen (seit 1978), bestand für die SPD-Führung offensichtlich keine Notwendigkeit, sich mit den ‚Protestbewegungen‘ auseinanderzusetzen. Die Desintegrationsprozesse als Konsequenz sozial-liberaler Regierungspolitik und der politischen Praxis der SPD mußten erst kumulieren.

Der Kristallisationspunkt für die qualitative Veränderung und Verbreiterung des gesellschaftspolitischen Bewußtseins war die Friedensbewegung. Die SPD mußte unter jenen Bedingungen der mehrdimensionalen Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems und neuen politischen Entwicklungen wie auch der zunehmenden Kritik aus gewerkschaftlichen Kreisen erhebliche Legitimationsverluste in ihrer sozialen Basis und Wählerschaft hinnehmen.² Der Desintegrationsprozeß zeigt, daß die SPD – bedingt durch die gesell-

1 Vgl. Winfried Wessoleck, *Die Ökologiebewegung*, Köln 1985, S. 105.

2 Richard Stöss (Hrg.), *Parteienhandbuch*, Bd. II Opladen 1982, S. 2173 ff.

schaftlichen Krisen und die eigene politische Praxis – selbst in eine parteipolitische Krise geriet.

Bis zum Scheitern der sozialliberalen Koalition fand sie keine geeignete Antwort auf diese Situation und wurde damit in einer konkreten historischen Konstellation der gesellschaftlichen Kräfte ihrer Funktion nicht gerecht, der Wahrung des kapitalistischen Gesamtinteresses einerseits und der Entsprechung ihrer sozialen Basis andererseits oder anders ausgedrückt: In dem Maße, wie sie gezwungen war, den Widerspruch zwischen kapitalistischem Staatsmanagement und emanzipatorischen Reformmaßnahmen aufzulösen, entschied sie sich für die Politik des kapitalistischen Staatsmanagements. Die bewußtseinsmäßige Entwicklung der lohnabhängigen Klassen und Schichten wurde immer weniger als Faustpfand zur Durchsetzung einer demokratieorientierten politischen Strategie in Anspruch genommen. Dieses Manko vermittelte sich über einen analytischen Mangel an Wahrnehmungskraft gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse, der auf den bürgerlichen Klassencharakter des Integrationismus zurückzuführen ist.

Als die ökologischen Folgeschäden kapitalistisch-anarchischer Produktionspolitik den erweiterten Reproduktions- und Akkumulationsprozeß des Kapitals tangierten und die Ökologiebewegung den industriekapitalistischen Großprojekten energischen Widerstand entgegensetzte, entstanden für den kapitalistischen Staat und die SPD ein politisch-ideologischer Hegemonieverlust. Die neuen sozialen Bewegungen konnten so den emanzipatorischen Diskurs besetzen, den die SPD aufgegeben hatte, und ihn in vielen Bereichen erweitern.

U. a. zeigten die Auseinandersetzungen gegen den Bau der Startbahn West, daß mehr und mehr auch sozialdemokratische Mitglieder sich als Teil der außerparlamentarischen Protestbewegungen verstanden, gegen zentrale Entscheidungen ihrer politischen Führung aktiv wurden und selbst zur Entwicklung der politischen Diskurse der Bewegungen beitrugen. Diese Politisierungsprozesse der sozialdemokratischen Basis führten zu massenhaften Parteiaustritten, aber auch zu Veränderungen der politisch-ideologischen Struktur der SPD, indem sich dort eine ökoreformistische Strömung herausbildete.

Peter Glotz hatte als strategischer Vordenker des sozial-liberalen Integrationismus schon 1979 erkannt, daß die neuen sozialen Bewegungen „weder durch rechten noch durch linken Reformismus“³ erreicht werden könnten. Die SPD würde zu Konglomeraten von Anhängerblöcken mit unterschiedlichen Interessen.⁴ Deshalb müßte die Anhängerschaft in einem bewußten politischen Akt verschmolzen werden.⁵ Dieser politische Akt vollzieht sich seit dem Herbst 1982, als die FDP die sozialliberale Regierung stürzte, und die SPD sich in der Opposition wiederfand. Den großen Entwurf formulierte *Glotz* 1984 in seinem Buch „Arbeit der Zuspitzung“, wo er neue Bedürfnis-

3 Peter Glotz, *Junge Generation, alternative Bewegungen und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, in: Thomas Meyer (Hrg.), *Demokratischer Sozialismus*, München 1980, S. 308.

4 Ders., *Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen*, München 1982, S. 26.

5 Ebenda, S. 28.

strukturen der SPD beschrieb und Modernisierungsstrategien rechtssozialdemokratischen und neointegrationistischen Charakters entwickelte. Er hatte schon 1979 die Gefahren deutlich vor Augen, 3–5 % des Potentials der SPD auf Dauer zu verlieren. So hielt er 50–60 % der Berliner Alternativwähler für zurückgewinnbar, die nicht „fundamentaloppositionell“ eingestellt seien. Ihnen müßten Lernprozesse der Sozialdemokratie signalisiert werden – daß sie Antworten auf die vielfältigen „Bedrohungen“ und „Gefahren“ gefunden habe. Ein modernisiertes, ökologisches und erfolgversprechendes Konzept solle in einem kommunikativen Akt vermittelt werden. Nur so könne die Bindungswirkung an die Sozialdemokratie erzielt und das Abdriften der verschiedenen Gruppen und die Fragmentierung der Gesellschaft verhindert werden.⁶ Der alte sozial-liberale Integrationismus in der SPD, der sie als „Partei der demokratischen und sozialen Fortentwicklung der arbeitsteiligen Industriegesellschaft“ (*Löwenthal-Thesen*) definierte, war gescheitert, weil dieses Konzept keine Möglichkeiten bot, die soziale Integrationsbreite wieder herzustellen.

2. Der Ökoreformismus in der SPD

Im Zusammenhang mit der Kritik am kapitalistischen Wachstumsoptimismus und an der Technologieeuphorie sowie verstärkt durch die Entwicklung der Friedensbewegung wurde *Erhard Eppler* im Übergang zu den 80er Jahren das populäre Markenzeichen der SPD für die beginnende Integration ökoreformistischer Gedankengüter. *Johano Strasser* und später *Oskar Lafontaine* entwarfen ein verändertes reformistisches Konzept, das diese neuen Diskurse in spezifischer Weise verarbeitete. In Grundfragen erscheint dieses Konzept einheitlich. Es enthält aber in Wirklichkeit vielerlei Variationen, weil unterschiedliche individuelle Voraussetzungen einfließen. Öffentlichkeitswirksam begannen diese ökoreformistischen Kräfte in der Endphase der sozialliberalen Koalition innerhalb der SPD für ein offeneres Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen bzw. den grün/alternativen Parteien zu votieren und damit auch für die verstärkte Aufnahme ökologiekritischen Denkens in der Partei.

Die Ökoreformisten rekrutieren sich zum größten Teil aus vormalig sozialistisch-reformistischen Sozialdemokraten, die der Ökologie politisch-theoretisch in dem Sinne den Hauptstellenwert eingeräumt haben, als sie dem Grundwiderspruch und Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr die politisch-strategische Bedeutung beimessen, wie es die sozialistischen Reformisten weiterhin tun. Die Übergänge zwischen Ökoreformismus und sozialistischem Reformismus können fließend sein (*Lafontaine*) und enthalten vielerlei Widersprüchlichkeiten. Entscheidend für die Charakterisierung von ‚Strömungen‘ in der SPD sind die ökonomischen Grundansichten bzw. die Vermittlung von Ökonomie und (in diesem Falle) Ökologie, weil letzten Endes in der Aufhebung des Grundwiderspruchs von Kapital und Arbeit die demokratische Perspektive liegt.

6 Ebenda, S. 26, 68.

Strasser⁷ kritisiert den technisch-ökonomischen Fortschritt, der zu einem Sachzwang geführt habe und „Demokratie, Menschlichkeit und Freiheit im Kern“ bedrohe. Die weitere „Steigerung von Produktion und Konsum“ sei nicht „der Königsweg zu Glück und Freiheit“. Die Frage nach der angemessenen Produktions- und Lebensweise beantwortet er mit der Ablehnung des „Industrialismus“ (Kapitalismus wie Sozialismus), weil von ihm Gefährdungen und Bedrohungen ausgingen, Produktivkräfte zu Destruktivkräften geworden seien. Anstelle des „Industrialismus“ fordert er die veränderte Anwendung von Wissenschaft und Technik, indem sie den natürlichen und sozialen Bedingungen menschlichen Zusammenlebens besser angepaßt werden müßten. Das Verhältnis des Menschen zu Natur, Gesellschaft und Technik und zur gesellschaftlichen Organisation müsse neu durchdacht und geordnet werden, so daß ein Höchstmaß an Durchschaubarkeit und realer Mitwirkungsmöglichkeit für die Betroffenen erreicht werde. Aber der Ausstieg aus der „arbeitsteiligen Industriegesellschaft“ wird abgelehnt, statt dessen der Umbau gefordert.⁸

Die Marktwirtschaft soll bestehen bleiben aber sozial kontrolliert und ökologisch reformiert werden. Politisch wird die große Koalition abgelehnt. Die SPD müsse ein Bündnis mit den neuen sozialen Bewegungen formen, ohne ihren Charakter als Volkspartei aufzugeben, der sie in die Lage versetze, rechte Wähler im Übergangsfeld zur CDU aufzufangen.⁹ Weil eine Mehrheit der Lohnabhängigen und vor allem die Gewerkschaften für einen höheren Vergesellschaftungsgrad der Arbeit eintreten, setzen die Ökoreformisten auf einen weiteren Bewußtseinswandel, der die Lohnabhängigen zur Umorganisation der Wirtschaft bewegt, aber auch die Unternehmer für diesen Bewußtseinswandel gewinnt. Das Ziel „Recht auf Arbeit“ soll durch eine neue „Konzertierte Aktion“ durchgesetzt werden.

Strasser schließt eine Vergesellschaftung von Monopolen aus, weil er sie an die unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit der Betroffenen knüpft, d. h., mit Vergesellschaftung meint er überschaubare kleine Wirtschaftseinheiten, eben die direkte Einwirkung der Betroffenen.¹⁰ Für Lafontaine sind Vergesellschaftung und Verstaatlichung Irrwege, die nur Machteliten auswechseln. Der Ökoreformismus unterscheidet sich hier wesentlich vom sozialistischen Reformismus.

Die gerechte Verteilung von Einkommen (anstelle einer prozentualen Einkommenspolitik soll eine Einkommensverteilung auf Kosten des hochverdienenden Drittels der Einkommensbezieher treten), Besitz und Macht verlangen die Neubestimmung der Ziele wirtschaftlicher Tätigkeit: ausreichende Versorgung der Konsumenten mit Gütern und Dienstleistungen, Humanisierung der Arbeitsbedingungen, Minimierung der Belastung von natürlicher und sozialer

7 Johano Strasser kann als einer der Hauptvertreter des „Ökosozialismus“ angesehen werden. Vgl. Johano Strasser, Warum Ökosozialismus?, in: Perspektiven des demokratischen Sozialismus, H. 1/85, S. 40 ff.

8 Ebenda, S. 44.

9 Oskar Lafontaine, Der andere Fortschritt, Hamburg 1985, S. 215.

10 Johano Strasser, Warum Ökosozialismus?, a. a. O., S. 41 f.

Umwelt. Die Ökoreformisten streben die Umorganisation der wirtschaftlichen Ordnung durch Dezentralisierung wirtschaftlicher Großstrukturen, Dualwirtschaft, Stärkung des Genossenschaftswesens und dezentraler Produktionsformen an. Dieser Umstrukturierungsprozeß soll vor allem durch Wirtschaftsdemokratie und nicht durch den Staat realisiert werden. Formen der Planung und Investitionslenkung sind diesem Dezentralisierungsansatz untergeordnet. Eine der Umwelt angepaßte Technologie müsse die Arbeitsproduktivität steigern und zur Verkürzung der Arbeitszeit führen, dürfe allerdings nicht Abhängigkeit von anonymen Apparaten und Verfestigung demokratisch nicht kontrollierter Macht bedeuten. Die Befreiung der Arbeit wird in dualwirtschaftlicher Perspektive angestrebt, denn Arbeitszeitverkürzung solle Raum für „freie“ Tätigkeiten bieten (Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe, Tätigkeit in Selbsthilfegruppen usw.) – Letzten Endes wird hier ein informeller Sektor eröffnet, in dem die Umverteilung zugunsten des Kapitals stattfinden kann, sofern keine strukturellen Barrieren dies verhindern und durch Umstrukturierung und Demokratisierung eine qualitative Erweiterung des Sozialstaates ermöglicht wird. Diese Umstrukturierung und Demokratisierung kann nur durch „mehr Staat“ durchgesetzt werden, das heißt durch ein demokratieorientiertes Regierungsprogramm und starke Unterstützung der Gewerkschaften und der außerparlamentarischen Bewegungen.

Der Ökoreformismus hält es für entscheidend, daß ein „ökologisch und soziologisch aufgeklärter Sozialismus . . . Abschied zu nehmen (hat) von der Vision einer durchgängigen wohlfahrtstaatlichen Betreuung aller Gesellschaftsmitglieder“.¹¹ Die als Lösung präsentierte Hilfe zur Selbsthilfe kommt konservativen Parolen zum Abbau des Sozialstaates gefährlich entgegen. Darüber hinaus beinhalte die sinkende Fähigkeit zur Selbsthilfe eine Tendenz zur Unfreiheit, was partiell zutrifft, aber nicht zur getarnten Umverteilung sozialer Dienstleistungen führen darf. Nicht mehr in der Steigerung des Konsums, sondern in selbstbestimmter (!) Praxis lägen die unausgeschöpften Reserven der Wohlstandssteigerung.¹²

3. Der Neointegrationismus und die Alternativen der sozialistisch-reformistischen Linken

Von der sozialliberal-integrativen Strömung in der SPD wurden mehrheitlich inzwischen die gesamtgesellschaftlichen Krisenphänomene zur Kenntnis genommen. Die „großen Brüche“ (strukturelle Arbeitslosigkeit, Sanierung der sozialen Sicherung, endgültiger Zusammenbruch des Patriarchalismus, Ablösung des Ausplünderungsparadigmas gegenüber der Natur, Verfall der Massenloyalität zur herkömmlichen Rüstungspolitik, Widerstand gegen die Überlebensgröße der technischen Staatsapparate) wurden registriert.¹³ Doch was

11 Ebenda, S. 44.

12 Ebenda.

13 Peter Glotz, *Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken*, Berlin (West) 1984, S. 31 ff.

bedeutet die phänomenale Wahrnehmung für die konkrete politische Praxis, welche Lösungskonzepte werden entwickelt?

Mit der Grundwerte-Kommission, deren Mitglieder aus dem gesamten Spektrum der Partei stammen – die Marxisten ausgeschlossen –, hat sich die SPD einen ausgezeichneten, politisch-ideologisch wirksamen Integrationsapparat auf der Führungsebene geschaffen. Dezentralisierungskonzepte, Genossenschaftspläne, Selbsthilfe usw. weisen auf Einflüsse ökoreformistischer Anschauungen in der politisch-ideologischen Diskussion hin¹⁴ (was nicht unbedingt gleichzusetzen ist mit dem Diskussionsverlauf auf Parteitag) und reflektieren das veränderte gesellschaftspolitische Bewußtsein in spezifischer Weise mit dem Ziel der Wiedergewinnung politischer Hegemonie.

Die Hauptkritik an den Ökoreformisten richtet sich gegen deren Konzept, den Industriekapitalismus durch eine veränderte Anwendung von Wissenschaft und Technik abzulösen, gegen die Forderung nach einer neuen Binnenstruktur einzelwirtschaftlicher Unternehmen, weil sich nach Ansicht der Neointegrationisten dann die Eigentumsfrage in voller Härte stelle. Die Ablehnung dieser Vorstellungen wird vordergründig damit begründet, daß es keine soziale Koalition für eine solche Politik gebe. *Glötz* wendet ein, daß „Produktivitätssteigerungen als Ergebnis des politischen und sozialen Kampfes in weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen oder in weitere Arbeitszeitverkürzungen umgesetzt werden (könnten). Oder auch in steigende Nachfrage nach nicht rationalisierbaren persönlichen (öffentlichen oder privaten) Dienstleistungen“.¹⁵ Bis hier könnte auch noch die sozialistisch-reformistische Linke folgen. Doch für *Glötz* bleibt nur die antagonistische Kooperation zwischen Kapital und Arbeit, die neue Form der Sozialpartnerschaft. Sie ist ein Grundmerkmal des Neointegrationismus, der unter Führung des Kanzlerkandidaten *Johannes Rau* die Übernahme der Regierungsverantwortung 1987 anstrebt. Jedoch liegt von dieser Seite bis heute kein geeignetes Konzept gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Umwelt- und Wirtschaftskrise vor, das Aussicht auf quantitative und qualitative Verbesserungen zugunsten der Lohnabhängigen implizierte. Die bisherigen Vorschläge (Einrichtung eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“ 1984 und der Entwurf der Wirtschaftskommission „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern“ 1985, sowie die Entwürfe der Ökologiekommission)¹⁶ halten sich in diesen Fragen bedeckt; Allgemeinheiten ersetzen fundierte Konzepte und Durchsetzungsstrategien. Das neointegrationistische Konzept der Krisenlösung entpuppt sich als monopolkapitalistische Modernisierungsvariante mit sozialer Abfederung der Krisen. Das

14 Vgl. die Ergebnisse der Grundwerte-Kommission beim Parteivorstand der SPD: Erhard Eppeler (Hrg.), Grundwerte für ein neues Godesberger Programm, Hamburg 1984.

15 Peter Glötz, Die Arbeit der Zuspitzung, a. a. O., S. 123.

16 Parteivorstand der SPD (Hrg.), Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern. Entwurf der Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik beim SPD-Parteivorstand, Bonn 1985. Vgl. zur innerparteilichen Kritik den Alternativentwurf der Linken: Anpassung oder Reform? Zur neuen Wirtschaftskonzeption der SPD, Hamburg 1985. (Vgl. zur Kritik: IMSF-Arbeitsgruppe, Reformpolitik durch „sozialökologische“ Marktwirtschaft? Marxistische Blätter, Sonderdruck, H. 3/86) Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim Parteivorstand der SPD, Materialien. Umweltpolitik. Ökologiepolitische Orientierungen der SPD, Bonn 1981.

manifestiert sich auch in der Person des Kanzlerkandidaten *Rau*, der über neointegrationistische Inhalte nicht hinausgehen wird, wie in der Kritik des nordrhein-westfälischen Fraktionsvorsitzenden der SPD, *Friedhelm Farthmann*, deutlich wurde.¹⁷

Die sozialistisch-reformistische Linke kritisiert die bloße Fortführung der exportorientierten Modernisierungsstrategie, die sozialen Bündnisse mit dem Kapital und die Dogmatisierung der Marktwirtschaft. Sie hätten zur Konsequenz: „Begünstigung der Profiterzielung und Beschränkung gewerkschaftlicher und sozialstaatlicher Politik auf die Verteilung des Mangels unter den Lohnabhängigen und Beziehern von Sozialeinkommen. Damit wäre eine erneute Entfremdung der SPD gegenüber den Gewerkschaften, Rentnern und Auszubildenden vorprogrammiert. Der Rückfall in eine perspektivlose Politik würde die sozialdemokratische Partei enormen Belastungsproben aussetzen und könnte weitreichende Folgen für die demokratischen Strukturen der Gesellschaft einschließen.“¹⁸ Gegen die weitere Steigerung des Exportanteils über Technologieförderung setzen die sozialistisch-reformistischen Linken in der Partei eine Politik der binnenwirtschaftlichen Orientierung zur Rückgewinnung der Vollbeschäftigung und knüpfen damit an gewerkschaftliche Forderungen und Vorstellungen der Memorandumgruppe an:

- Arbeitszeitverkürzungen, 35-Std.-Woche bis Ende der 80er Jahre, 30-Std.-Woche in den 90er Jahren;
- öffentliche Beschäftigungsprogramme (Übernahme des 200 Mrd.-Investitionsprogramms der Gewerkschaften);
- Stärkung öffentlich-kommunaler Investitionen und Ausweitung der öffentlichen Dienstleistungen;
- ökologischer Umbau der Industrie durch Investitionslenkungen und volkswirtschaftliche Rahmenplanung;
- Förderung eines beschäftigungsintensiven Bereichs sozialkultureller Dienste;
- Erweiterung der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte, damit die Veränderung der Machtverhältnisse in den Betrieben und
- eine gründliche Revision des Steuer- und Subventionsrechts zu Lasten der Großverdiener und Kapitalbesitzer.¹⁹

Von den sozialistischen Reformisten wird die Veränderung ökonomischer Rahmenbedingungen gefordert, „durch die Einschränkung des Eigentumsvorbehalts an Grund und Boden, durch die Förderung bzw. Diskriminierung von Produktionsverfahren und Produkten, durch die Expansion und qualitative Verbesserung der naturwissenschaftlichen und technologischen Kenntnisse der Bevölkerung und durch Steuerung von Forschung und Wissenschaft in den Grundlagenbereichen, der Technologiefolgenabschätzung, der überbetrieblichen Technikbilanzen und in der Prozeßverfahrensforschung.“²⁰

17 Friedhelm Farthmann, Thesen zur Wirtschaftspolitik, Ms., o. O., April 1986.

18 Anpassung oder Reform? Zur neuen Wirtschaftskonzeption der SPD, Hamburg 1985, S. 5.

19 Ebenda, S. 13, 41.

20 Ebenda, S. 16.

Gegen die „soziale Innovation“ des Neointegrationismus stellen sie die „sozial kontrollierte Innovation“: Demokratisierung der Wirtschaft und strukturverändernde staatliche Eingriffe sollen eine sozial orientierte Steuerung ermöglichen. Die wirtschaftspolitischen Leitlinien des „Frankfurter Kreises“ (SPD-Linke) „Gesicherter Frieden, Sinnvolle Arbeit, Ökologische Erneuerung“ präzisieren: „Sozialdemokraten sehen es daher als eine Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik an, durch strenge Richtlinien, Verbote und Gebote sowie die Einführung von Abgaben eine Umrüstung der Produktion auf umweltfreundliche Produktionsverfahren und Produkte zu *erzwingen*. . . wir fordern eine sozial gelenkte und kontrollierte Technologieentwicklung und Technikfolgenabschätzung. Die öffentlichen Mittel sind hier gezielt darauf zu verwenden, statt durch Förderung exportorientierter Modernisierung und umweltgefährdender Technologien privates Kapital zur Sicherung der Mindestrendite zu subventionieren.“²¹

Bei der Erweiterung des öffentlichen Sektors fordert die Linke die Umlenkung spekulativer Geldkapitalanlagen in Investitionen über die Schaffung eines öffentlichen Kreditinstituts, die Reorganisation des bestehenden öffentlichen Sektors mit der Orientierung auf ein stärkeres qualitatives Wachstum und die Vergesellschaftung und Erweiterung des öffentlichen Sektors – Verkehr, Energie, Umwelt, berufliche Bildung, Gesundheit und Wohnen müssen aus der Marktsteuerung herausgenommen werden. Bei Massenentlassungen in Krisenbranchen sind die Unternehmen zu vergesellschaften und die „Konzerne bei der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen bzw. bei der Umstellung der Produktion heranzuziehen. Das Recht auf Arbeit soll nicht nur durch die aufgezählten Steuerungsinstrumente durchgesetzt werden, sondern auch durch „Möglichkeit der Vergesellschaftung wichtiger Schlüsselbereiche“.²² Hier unterscheidet sich die sozialistisch-reformistische Linke fundamental von den beiden anderen Strömungen in der SPD.

Allgemein stellt sich die Frage nach dem Ausweg aus der mehrdimensionalen Krisensituation. Sie kann nur in der gleichwertigen Betrachtung von Ökonomie und Ökologie liegen. „Solange die Ursachenfrage für den widersprüchlichen Charakter bisheriger menschlicher Produktivkraftentwicklung ausgespart bleibt – und zwar widersprüchlich in der Mensch-Mensch- wie in der Mensch-Natur-Relation –, solange sich dementsprechend auch Lösungsvorschläge auf nachträgliche Technologiefolgenminimierung beschränken, wird ein grundlegender Ausweg aus der ökologischen Krise nicht in Sicht kommen.“²³ In der Lösung dieser Hauptaufgabe sind Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen, ihre Parteien und Organisationen gleichermaßen angesprochen und gefordert.

Auch in der wichtigen Koalitionsfrage unterscheiden sich die Konzepte. Während vor allen Dingen die neointegrationistische Strömung auf eine Ko-

21 Ebenda, S. 43.

22 Ebenda, S. 39.

23 Detlev Albers, Lothar Peter, Natur, Technik, Sozialismus, in: Sozialistische Wirtschaft und Politik (spw), H. 30/1986, H. 31/1986 .

alition mit den grünen *Wählern* setzt, aber nicht mit der Partei Die Grünen und ihr Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen ausschließlich unter taktischen Gesichtspunkten betrachtet, respektiert die sozialistisch-reformistische Linke im Grundsatz die Autonomie der sozialen Bewegungen. Das Interesse an einer antikapitalistischen Politik ist nach *von Oertzen* bei der übergroßen Mehrheit der grünen Wählerschaft vorhanden.²⁴ Das strategische Ziel ist die Stärkung dieses tendenziell antikapitalistischen Grundzugs, um soziale Emanzipation, die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen durchzusetzen und Massenarbeitslosigkeit, Entfremdung und gesellschaftliche Krisen aufzuheben. In einem Brief an den SPD-Parteivorstand hat *von Oertzen* seine Studie über die „Neuen Sozialen Bewegungen“ erläutert. Seine Hauptthese ist, daß es sich bei den neuen Bewegungen und grünen Wählern um ein Potential mit einer „charakteristischen, deutlichen stabilen Struktur handelt“.²⁵ Diese sozialen Bewegungen stützten sich auf eine Bevölkerungsgruppe, deren quantitatives und qualitatives Gewicht im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung in Zukunft voraussichtlich zunehmen wird.²⁶ *Von Oertzen* warnt (*Glötz* u. a.) davor, dieses „schwerwiegende Problem . . .“, das . . . in der sich wandelnden Sozialstruktur liegt, lediglich parteitaktisch und organisationstechnisch zu behandeln“.²⁷ Seine These: „Vielleicht sind die NSB und unter ihnen besonders die grünen Wähler nichts anderes als der soziale Ausdruck eines sich allmählich entwickelnden neuen Arbeitnehmertypus . . .“,²⁸ deutet auf die Aufgabe der organisierten Arbeiterbewegung hin, sich auf diese objektiven Entwicklungstendenzen einzustellen und sie zu analysieren. Unausgesprochen wird von *Peter von Oertzen* die Frage nach dem politisch-strategischen Konzept gestellt, wie diese (neuen) lohnabhängigen Mittelschichten für eine Politik im Interesse der lohnarbeitenden Klasse zu gewinnen sind. Es ist jene Perspektive, die im Rahmen einer antimonopolistischen Strategie zu entwickeln ist und die von der Linken in der SPD als politökonomischer Minimalkonsens begonnen wird.

4. Bilanz und Perspektiven

1. Die lohnabhängige Klasse bleibt Hauptbasis und Hauptadressat der Politik der SPD, die weder den „Ausstieg aus der Industriegesellschaft“ anstrebt noch die „Verstaatlichung des Sozialen“ wieder rückgängig machen will. Die Ökoreformisten streben den ‚ökologischen‘ Umbau der sozialen Marktwirtschaft an und die sozialistischen Reformisten den ökologischen Umbau einer sozial kontrollierten gemischten (Markt-)Wirtschaft. Dagegen verharret der Neointegrationismus auf dem Konkurrenz- und Wettbewerbsmechanismus

24 Peter von Oertzen, Linke Mehrheiten, in: Sozialismus – Marxistische Zeitschrift 3/85, S. 17.

25 „Die Niederlagen bei den Landtagswahlen lösen die Probleme nicht“, Peter von Oertzen zur Sozialstruktur des Wählerpotentials der Grünen, Frankfurter Rundschau vom 11. 1. 1986 (Teil I) und vom 13. 1. 1986 (Teil II); hier: Teil I, S. 10.

26 Ebenda.

27 Ebenda.

28 Ebenda, Teil II, S. 16.

der Marktwirtschaft innerhalb monopolkapitalistischer Produktionsverhältnisse – allerdings mit sozialer Abfederung. Die neointegrationistische Ideologie und Politik dominiert in der SPD. Die Veränderung des politisch-ideologischen Kräfteverhältnisses in der Partei ist gebunden an den Verlauf und die Qualität der ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen, d. h. daran, ob der Antikapitalismus innerhalb und außerhalb der Partei durch die Klassenkämpfe sich entwickeln und verbreitern kann.

2. Die gesamtgesellschaftliche Umbruchsituation stellt für die SPD wie für alle gesellschaftlichen Kräfte neue Bedingungen und Anforderungen: Der Spielraum für Reformen ist enger geworden trotz des konjunkturellen Aufschwungs, der sich infolge der drastisch gesunkenen Ölpreise stärker durchsetzt, der aber von seiner Qualität her nicht in der Lage ist, die mehrdimensionalen Krisen auch nur scheinbar zu beheben. Das Monopolkapital drängt auf Abbau der Errungenschaften der Arbeiterbewegung durch verschärfte Ausbeutungsformen wie Flexibilisierung und Individualisierung und versucht, die Lohnarbeit den verschärften Erfordernissen imperialistischer Konkurrenzmechanismen unterzuordnen. Die wissenschaftlich-technische Revolution wie insgesamt die Entwicklung der Produktivkräfte brachte auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse im Imperialismus mehrdimensionale Krisen hervor. Veränderungen in der Klassen- und Sozialstruktur sowie der Verlauf der Klassenkämpfe bewirkten Veränderungen im gesamtgesellschaftlichen Bewußtsein. Die lohnabhängigen Mittelschichten und die junge Generation sind in spezifischer Weise davon betroffen.

3. Die gesamtgesellschaftlichen und innerparteilichen Bedingungen lassen den „politökonomischen Minimalkonsens“ (*Oertzen*) als tragbare und ausbaufähige Plattform erscheinen, um antikapitalistische Positionen in der SPD voranzutreiben. Eingebettet in die politischen und sozialen Auseinandersetzungen übernimmt diese Strömung auch die Aufgabe, antikapitalistisches Bewußtsein in die neuen sozialen Bewegungen zu tragen, wenn sie auch an die Grenze des eigenen sozialistisch-reformistischen Konzepts stößt. Vom Verlauf und der Qualität der Klassenkämpfe sowie vom Wirken klassenbewußter Kräfte wird es abhängen, ob diese Grenze überschritten werden kann und ob in der jungen Generation Klassenbewußtsein entsteht und sich weiter entwickelt.

4. Der Einfluß der sozialistisch-reformistischen Strömung auf die wesentlichen (die Strukturveränderung betreffenden) Programmpunkte ist gering. Aber in den Bereichen „Arbeit für alle“, „Soziale Sicherung“, „Demokratisierung der Wirtschaft“, „Humane Energie- und Umweltpolitik“ und „Frieden“ bestehen Spielräume, die innerparteilich umkämpft sind. Der Verlauf und die Qualität der politischen und sozialen Auseinandersetzungen ist letzten Endes der entscheidende Faktor dafür, in welche Richtung die innerparteilichen Spielräume genutzt werden. Die sozialistisch-reformistischen Kräfte sind daher objektiv auf die starke und autonome Kraft der neuen sozialen Bewegungen und der Gewerkschaftsbewegung angewiesen. Eine Integration der neuen sozialen Bewegungen wird vor allem daran scheitern, daß das Konzept des Neointegrationismus hinter das radikaldemokratische Bewußtsein und die

politischen Forderungen dieser Bewegungen zurückfällt. Der Neointegrationismus berührt am wenigsten die Belange der Bewegungen. Im Gegenteil, er versucht, die neue sozialpartnerschaftliche Variante („antagonistische Kooperation“) zu entwickeln, die den Intentionen der Bewegungen nach Emanzipation, Gerechtigkeit usw. widerspricht.

5. Die mehrdimensionalen Krisen und als deren Folge der Zusammenbruch des sozialliberalen Hegemonieblocks haben zur Erweiterung der sozialliberal-integrativen Ideologie geführt. Die „Erneuerung“ verläuft widersprüchlich in den sozialen, politischen und innerparteilichen Auseinandersetzungen. Humanisierung der Arbeitswelt, Mitbestimmung, Umweltschutz und Technologiefolgenabschätzung verkümmern, weil sie den Modernisierungsvarianten der Wirtschaft zugunsten des Kapitals nichts Grundsätzliches entgegensetzen, sondern diese in spezifischer Weise fördern, indem sie integrativ den sozialen Kompromiß zwischen Arbeit und Kapital realisieren.

Jedoch unterscheidet sich diese Variante monopolkapitalistischer Regulierung von der konservativen Konfrontationsstrategie in drei wesentlichen Punkten:

- der Staat soll beim sozialdemokratischen Modernisierungskonzept und bei der wirtschaftlichen Entwicklungsprogrammierung eine wichtige Rolle spielen;
- nicht nur der Weltmarkt ist Orientierungspunkt für eine exportorientierte Modernisierungsstrategie, sondern auch der Binnenmarkt wird durch Investitionsströme (Arbeit und Umwelt) in beschränktem Maße gefördert;
- der Spielraum für soziale Kompromisse ist größer.

Die Klassenauseinandersetzungen um den § 116 (AFG) sieht die herrschende Klasse auch als Test an, inwieweit die Konfrontationsstrategie eher ihren Expansions- und Profitmaximierungsinteressen entspricht, wo die Konfrontationsstrategie an Grenzen stößt, wo der Kapitalseite die Gefahr zunehmender Klassenauseinandersetzungen droht und wo es dann entsprechend der wirtschaftlichen und politischen Lageeinschätzung sinnvoller erscheinen kann, flexibler vorzugehen. Gerade mit einer flexiblen Kapitalstrategie hätte die derzeitige konservativ-liberale Regierung, insbesondere die CDU, ihre Schwierigkeiten.

6. Der Spielraum für die Realisierung des neointegrationistischen Konzepts dürfte schnell ausgeschöpft sein und an die Grenzen objektiver Verteilungsschranken stoßen. Das neointegrationistische Konzept will die Sozialpartnerschaftsideologie im modernisierten Gewand den Arbeiterwählern präsentieren, die der SPD ihre Gefolgschaft versagten und jetzt die negativen Auswirkungen der konservativ-liberalen „Wende“ verspüren. Hier tragen die Gewerkschaften und die neuen Bewegungen die Verantwortung für die Überwindung der Sozialpartnerschaftsideologie. Vom außerparlamentarischen Druck hängt es ab, ob diese Ideologie überwunden werden kann. Neben aktuellen Klassenkonflikten müssen die historischen Erfahrungen und praktischen Konsequenzen sozialliberaler Politik in den 70er Jahren, die Analyse ihres Scheiterns und damit ihres Wesens, thematisiert werden. Nicht ohne Grund legt der Neointegrationismus keinen Wert auf eine umfassende Analyse und

Diskussion sozialdemokratischer Politik der 70er und 80er Jahre, weil dies ja gerade Anlaß wäre, das Prinzip des sozialliberalen Integrationismus zu hinterfragen. Der SPD-Parteitag im August 1986 in Nürnberg wird die innerparteilichen Kräfteverhältnisse offenlegen und zeigen, inwieweit die SPD die Chance zur wirklichen Erneuerung genutzt hat. Danach bemißt sich ihre Chance im Bündnis mit Kräften links von der CDU, die politische Hegemonie zurückzugewinnen.

Überakkumulation und Reformpolitik

Grundzüge einer sozialistischen Wirtschaftskonzeption

Joachim Bischoff

1. Strukturelle Überakkumulation – 2. Veränderungen im Konjunkturzyklus – 3. Exportsteigerung oder Stärkung des Binnenmarktes

Die sozialistische Linke hat sich erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung die grundlegende Veränderung vergegenwärtigt, die sich Anfang der siebziger Jahre in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen vollzogen hat. Mit den Währungskrisen Anfang der siebziger Jahre, dem Auseinanderbrechen des Bretton-Wood-Systems und der Rezession der Weltwirtschaft von 1974/75 ist eine in der Geschichte des Kapitalismus beispiellose Periode ökonomischer Prosperität zu Ende gegangen.

Auch die systemkritischen, marxistischen Positionen sind stark von dem Phänomen einer langjährigen beschleunigten Kapitalakkumulation geprägt worden. Noch Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre stand unter den sozialistischen Strömungen im Mittelpunkt der Diskussion die Problemstellung, ob durch den Prozeß der Konzentration und Monopolisierung einerseits und die Ausweitung einer keynesianisch inspirierten Intervention des Sozial- und Wohlfahrtsstaates andererseits nicht eine zunehmende Entschärfung der traditionellen Krisenmechanismen des Kapitalismus erreicht worden sei. Eine geläufige These lautete damals: Die Einschränkung des Wettbewerbs oder der Konkurrenz indiziere einen weitreichenden Strukturwandel des privatkapitalistischen Systems. Da das Großkapital erkannt habe, daß der Wettbewerb eine Begrenzung oder Schmälerung seiner Gewinne impliziere, was läge in einem solchen Fall näher als diese einzelwirtschaftliche Konkurrenz im Interesse einer optimaleren Gewinnstrategie auszuschalten? Im Zuge der Kapitalkonzentration und -zentralisation setze sich also – so die Argumentation – eine Aufhebung des sich selbst regulierenden Marktsystems durch, mit der Konsequenz eines rapiden Bedeutungsverlustes der Kritik der politischen Ökonomie.

Die Überschätzung der staatlichen Interventions- und Regulierungssysteme reproduzierte sich schließlich auch in der Forderung nach einem neuen theoretischen Zugang zur Erfassung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die nach wie vor zutage tretenden ökonomischen Widersprüche und sozialen Ungleichheiten ließen sich theoretisch nicht mehr als Klassenwidersprüche fassen, das ho-

horizontale System der Disparitäten von Lebensbereichen erfordere einen grundlegend neuen theoretischen Bezugsrahmen.¹

Rückblickend läßt sich eindeutig festhalten, daß es auch entschiedenen Widerstand gegen diese Tendenzen zur Selbstaflösung kritischer Gesellschafts- und Ökonomietheorie innerhalb des linken Lagers gab. Aber es gilt zugleich anzuerkennen, daß diese Gegenpositionen innerhalb des oppositionellen Lagers und der Arbeiterbewegung eindeutig Randpositionen waren. Aber selbst von der geringen gesellschaftlichen Resonanz einmal abgesehen, mangelte es diesen kritischen Stimmen selbst an begrifflicher Klarheit und theoretischer Schärfe. So ist zwar schon Ende der sechziger Jahre verschiedentlich die Befürchtung einer bevorstehenden Rezession auf internationalem Niveau ausgesprochen worden, d.h. auf eine alle kapitalistischen Metropolen und große Teile der Peripherie der Weltwirtschaft erfassende Wirtschaftskrise; aber selbst die Hinweise auf die sich abzeichnenden Strukturkrisen (Kohle, Stahl, Werften etc.), auf die drastisch ansteigende Massenarbeitslosigkeit und die fatalen Auswirkungen der verschiedenen Formen der industriellen Reservearmee können nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch diese Strömungen innerhalb der sozialistischen Linken erst in der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaftskrisen von 1974/75 und 1980/82 begriffen haben, daß Mitte der siebziger Jahre der Übergang zu einem neuen Entwicklungsabschnitt der Kapitalakkumulation vollzogen wurde. Die Rezession von 1974/75 und die ihr vorhergehenden Veränderungen im Weltwährungssystem sind lange Zeit nur als deutlich ausgeprägte Krisenphase innerhalb eines normalen industriellen oder konjunkturellen Zyklus und nicht als strukturelle Veränderung erfaßt worden. Faktisch sind wir aber mit dem Übergang von der Dynamik beschleunigter Kapitalakkumulation zu einer Phase von Überakkumulation und Depression mit einer Reihe neuer Fragen und Probleme konfrontiert.

1. Strukturelle Überakkumulation*

Die Periode beschleunigter Kapitalakkumulation wird abgelöst durch die strukturelle Überakkumulation. Dies markiert freilich keinen neuen Akkumulationstyp oder gar eine relativ stabile Entwicklungsperiode der kapitalistischen Produktionsweise. Es handelt sich um eine Übergangssituation, in der es zu einer eigentümlichen Verdichtung von Krisenprozessen kommt. Sicherlich ist die langjährige Nachkriegsprosperität auch durch besondere Faktoren geprägt worden, wie hoher Nachholbedarf von Konsumenten und Investoren, weltwirtschaftliche Handelsliberalisierung sowie die spezifische Ausgestaltung des Währungs- und Kreditsystems. Die Grundstruktur der beschleunigten Kapitalakkumulation kann jedoch nicht aus diesen historischen Besonderheiten, sondern muß aus den ökonomischen Bewegungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft erklärt werden.

¹ Vgl. dazu: Th. W. Adorno, *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft*; C. Offe, *Politische Herrschaft und Klassenstruktur. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaften*, Berlin o.J.

* Vgl. dazu: J. Hoffmann (Hg.), *Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression*, Hamburg 1983.

Die Bewegung der beschleunigten Kapitalakkumulation ergibt sich aus der Gleichzeitigkeit von Steigerung der Produktivkraft, Erhöhung der organischen Zusammensetzung und Ausdehnung der Produktion: Der Mehrwert jeder Produktionsperiode wird in die Erweiterung der Produktion investiert, welche trotz abnehmenden Anteils des variablen Kapitals (Löhne) zu einem steigenden Beschäftigungsgrad bei gestiegener Mehrwertrate und folglich gesteigener Mehrwertmasse führt. Beschleunigte Akkumulation ist also ebenso ein Aspekt der Entwicklung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, wie der tendenzielle Fall der Profitrate. Das Wachstum des Gesamtkapitals erfolgt in rascherer Progression als sich das Verhältnis von konstantem und variablem Kapital verschiebt. In diesen Bedingungen der beschleunigten Akkumulation sind zugleich die Bedingungen für ein Abflachen der Akkumulationsdynamik eingeschlossen: Zum einen ist bei steigender Produktivkraft der Arbeit ein immer rascheres Wachstum des Kapitals notwendig, um selbst eine abnehmende Steigerung der Mehrwertrate zu erzielen; zum anderen wird diese Steigerung der Verwertung aber durch eine Abnahme des Exploitationsmaterials erkaufte, was wiederum nur durch ein weiteres Wachstum des Kapitals ausgeglichen werden könnte. Die beschleunigte Kapitalakkumulation schließt also sowohl den Fall der Profitrate als auch das Abflachen der Akkumulationsrate ein.

Es ist somit eine erhebliche Fehlinterpretation, wenn der Fall der Kapitalrentabilität als Folge der Krise und als Resultat des Übergangs zu einem anderen Akkumulationstyp ausgegeben wird. Schon die Periode beschleunigter Kapitalakkumulation ist durch den Fall der Profitrate geprägt. Aus der Sicht der Kritik der politischen Ökonomie handelt es sich bei dieser Argumentation um ein unberechtigtes Gegeneinanderausspielen von Faktoren, die in einem inneren Zusammenhang stehen. Die Tendenz zur beschleunigten Akkumulation, d. h. Rekapitalisierung einer steigenden Profitmasse, wird hiernach zunächst als Kompensationsgrund oder Gegenstrategie des Kapitals zur Verhinderung des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate angeführt; sind aber diese Faktoren der Kompensation erschöpft, stelle sich notwendig der beschleunigte Fall der Profitrate und somit der Übergang in eine Phase stagnativer oder depressiver Kapitalakkumulation ein. Gegenüber dieser Argumentation muß nachdrücklich unterstrichen werden, daß tendenzieller Fall der Profitrate und steigende Profitmasse keineswegs im Gegensatz zueinander stehen. Bei den meisten Interpretationen oder theoretischen Auseinandersetzungen mit dem Gesetz vom langfristigen Fall der Durchschnittsprofitrate fällt auf, daß eine spezifische Verkürzung vorgenommen wird. Der Fall der Kapitalrentabilität für das gesellschaftliche Gesamtkapital geht immer einher mit der Aneignung einer absolut wachsenden Profitmasse. Die Tendenz der relativen Abnahme des variablen Kapitals drückt sich – von zeitweiligen Schwankungen abgesehen – eben aus in der Zunahme der gesellschaftlich angewandten Gesamtarbeitskraft und in einem steigenden Wachstum der absoluten Masse des Mehrwerts und daher des Profits. Dieses zwieschlächtige Gesetz, von dem Marx sagt, es sei das in jeder Beziehung wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie und das wesentlichste, um die schwierigsten Verhältnisse zu verstehen, wird in vielen Interpretationen allein auf den

Aspekt des Falls der Kapitalrentabilität in längerer Sicht verkürzt, womit jedoch das Verständnis der charakteristischen Erscheinungsform der Kapitalakkumulation verstellt ist. Beschleunigte Kapitalakkumulation und der Fall der Profitrate sind nur verschiedene Ausdrücke desselben Zusammenhanges. Die Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit zeigt sich sowohl in dem Fall der Durchschnittsprofitrate als auch in dem Wachstum der absoluten Masse des vom Gesellschaftskapital angeeigneten Mehrwerts. Die darin eingeschlossene Tendenz für die Akkumulation läuft darauf hinaus, daß das Kapital noch rascher zunimmt als sich das Verhältnis seiner organischen Zusammensetzung ändert, oder das Wachstum des gesellschaftlichen Gesamtkapitals erfolgt in rascherer Progression als die, worin die Profitrate fällt. Beschleunigte Kapitalakkumulation erweist sich damit als die notwendige Vermittlungsform der zwieschlächtigen Bewegung von Profitmasse und Profitrate.

Dies schließt im übrigen nicht nur zunehmende Konzentration, sondern auch die Zentralisation des Kapitals ein, ohne daß jedoch dadurch die Grundstruktur der Kapitalverwertung außer Kraft gesetzt oder entscheidend modifiziert würde.²

Der Übergang in die strukturelle Überakkumulation tritt dann ein, wenn die Vermittlung von steigender Profitmasse und fallender Profitrate für das gesellschaftliche Gesamtkapital aufgebrochen wird. Ausschlaggebend ist keineswegs, wie häufig unterstellt, ein bestimmtes, drastisch gesunkenes Niveau der Profitrate. Entscheidend ist vielmehr, ob die Rekapitalisierung der gestiegenen Profitmasse, d. h. die Erweiterung des Gesamtkapitals durch zuschüssiges Kapital in beschleunigter Progression, problemlos erfolgen kann oder nicht. Überakkumulation heißt für *Marx*, daß das Gesamtkapital so stark gewachsen ist, daß weder die von einer gegebenen Bevölkerung flüssig zu machende Gesamtarbeitszeit ausgedehnt, noch die relative Mehrarbeitszeit erweitert werden kann, so daß für das zuschüssige, neuakkumulierte Kapital eine Verwertung nur durch Verdrängung von bereits vorhandenem Kapital bewerkstelligt werden kann. Dieser Zustand relativer Überakkumulation tritt nun innerhalb jedes industriellen Zyklus phasenweise auf, bis durch die Brachlegung und Vernichtung von Kapital ein Zustand herbeigeführt ist, der es ermöglicht, daß mit erhöhter Produktivkraft und erweitertem Markt erneut

2 K. H. Schwank stellt rückblickend auf die Diskussion seit den 60er Jahren fest: „Trotz Organisiertheit der Produktion selbst im Bereich internationaler Verbundwirtschaften transnationaler Konzerne, trotz eines Systems staatlicher wirtschaftlicher Maßnahmen, trotz Einflußnahme internationaler staatsmonopolistischer Organisationen erweist sich: Auch durch den massiven Einsatz staatsmonopolistischer Macht und bedeutender ökonomischer Potenzen ist es nicht möglich, die ökonomischen Gesetze aufzuheben. Sie setzen sich nach wie vor spontan durch, führen nicht nur zu zyklischen Wirtschaftskrisen, sondern – in enger Verflechtung mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus – zu Strukturkrisen, Krisen im Finanzbereich sowie auf anderen wichtigen Gebieten. . . Insgesamt erweist sich auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus das Wertgesetz letztlich als der objektive Mechanismus, über den sich die proportionale Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit entsprechend den objektiven Notwendigkeiten des kapitalistischen Reproduktionsprozesses durchsetzt.“ Aus: Probleme der Analyse staatsmonopolistischer Regulierung, in: IPW-Berichte 4/86, S. 35.

der Kreislauf beschleunigter Kapitalakkumulation in Gang kommt. Im Unterschied zu dieser zyklischen Überakkumulation bedeutet strukturelle Überakkumulation, daß die Notwendigkeit eines Verdrängungswettbewerbs unter fungierendem und zuschüssigem Kapital nicht auf eine einzelne Zyklusphase beschränkt bleibt. Wenn die Konkurrenz auf Basis von Produktivitätssteigerungen nicht mehr zu insgesamt steigender Mehrwertmasse führt, dann zieht sie notwendig die Umverteilung von Marktanteilen nach sich; eine Verwertung des neu auf die Märkte drängenden Kapitals kann es nur noch durch Verdrängung und Kapitalvernichtung von anderen Teilen des Gesamtkapitals geben.

Mit dem Übergang zur strukturellen Überakkumulation erhält zugleich der für die kapitalistische Gesellschaftsformation grundlegende Prozeß der Trennung von fungierendem Kapital und Kapitaleigentum eine neue Dimension. Das Kreditwesen fungierte anfänglich als bescheidene Beihilfe der Akkumulation, verwandelte sich jedoch im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung in einen „ungeheuren sozialen Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale“.³

„Vorstellungen, die auf einer minder entwickelten Stufe der kapitalistischen Produktion noch einen Sinn haben, werden hier völlig sinnlos.“⁴ Unter Bedingungen der Überakkumulation wird die Zentralisation zu einer entscheidenden Waffe im verschärften Konkurrenzkampf um Marktanteile resp. Kapitalvernichtung. Während der reproduktive Kapitalektor über die gesunkene Kapitalrentabilität und die enormen Verwertungsrisiken klagt, werden gleichzeitig im Bereich der Geldkapitalanlage exorbitante Verwertungsmöglichkeiten gemeldet. Die relative Verselbständigung der Akkumulation von Geld- und Leihkapital, die „Flucht in die Finanzinvestitionen“, befördert den Schein eines von realen Akkumulationsprozessen vollständig unabhängigen Verwertungsmechanismus. Hinter dieser zeitlich begrenzten Suprematie des Kredit- und Finanzsektors drückt sich eine Schwerpunktverschiebung zur Spekulation aus.

Der Zusammenhang von Real- und Geldkapitalakkumulation ist folgender: Die mit der Überakkumulation von Kapital verknüpfte Stockung und tendenzielle Kontraktion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bedingt eine deutliche Verlangsamung des durchschnittlichen Kapitalumschlages im reproduktiven Kreislauf: verstärkter Lageraufbau, daher Entwertung des gesamtwirtschaftlichen Warenkapitals, schlecht ausgelastete Produktionskapazitäten, daher Entwertung des fixen Kapitals, sowie verstärkter Kampf um die Anteile in einem gesamtwirtschaftlich stagnierenden Markt durch Rationalisierungsinvestitionen und Zentralisation. Die Geldkapitalnachfrage des reproduktiven Sektors wird unter diesen Bedingungen mehr und mehr dominiert durch die Nachfrage nach Zahlungsmitteln für eingegangene Verbindlichkeiten; die frühere Dominanz des Kapital- oder Investitionskredits ist der Dominanz des Handelskredits gewichen. Strukturelle Überakkumulation im reproduktiven

3 MEW 23, S. 655.

4 MEW 25, S. 455.

Sektor führt somit zu einer steigenden Kreditnachfrage mit der Folge, daß die Zinsen nicht wie im Konjunkturzyklus drastisch sinken. Selbst bei steigendem Kreditangebot bleibt das Niveau der langfristigen Realzinsen hoch, weil durch die stagnative oder rezessive Grundtendenz des Reproduktionsprozesses die Warenpreise schneller fallen als die Zinsen. Durch den wachsenden Kreditbedarf der öffentlichen Haushalte wird das Übergewicht der Finanzsektoren noch befördert, die Widersprüche in der internationalen Arbeitsteilung – fallende Rohstoffpreise, Überschuldung der vorwiegend Rohstoff liefernden Länder – eröffnen der Dominanz des Zahlungsmittelkredits eine internationale Dimension.

Vor diesem Hintergrund erhält die Spekulation einen chronischen Charakter: „Die Spekulation tritt regelmäßig ein in den Perioden, wo die Überproduktion schon in vollem Gange ist. Sie liefert der Überproduktion ihre momentanen Abzugskanäle, während sie eben dadurch das Hereinbrechen der Krise beschleunigt und ihre Wucht vermehrt. Die Krise selbst bricht zuerst aus auf dem Gebiet der Spekulation und bemächtigt sich erst später der Produktion. Nicht die Überproduktion, sondern die Überspekulation, die selbst nur ein Symptom der Überproduktion ist, erscheint daher der oberflächlichen Betrachtung als Ursache der Krise.“⁵ Auch die Überschuldung des internationalen Bankensystems wird heute nach dieser Lesart verarbeitet. Hätten die Banken nicht zuviel an schlechte Schuldner ausgeliehen, existierte in den achtziger Jahren keine Überschuldung und Zerrüttung des Kredit- und Währungssystems. Entscheidend ist freilich in dieser Situation, daß die spekulative Operation nicht nur den Kreditüberbau, sondern die industrielle Produktion – auch außerhalb der Rohstoffproduktion – in ihrer gesamten Breite erfaßt: „Die Masse der kleinen zersplitterten Kapitale wird dadurch auf die Bahn der Abenteuer gedrängt: Spekulation, Kreditschwindel, Aktienschwindel, Krisen. Die sog. Plethora des Kapitals bezieht sich immer wesentlich auf die Plethora von Kapital, für das der Fall der Profitrate nicht durch seine Masse aufgewogen wird – und dies sind immer die neu sich bildenden frischen Kapitalableger – oder auf die Plethora, welche diese, für sich selbst zur eignen Aktion unfähigen Kapitale den Leitern der großen Geschäftszweige in der Form des Kredits zur Verfügung stellt. Diese Plethora des Kapitals erwächst aus denselben Umständen, die eine relative Überbevölkerung hervorrufen, und ist daher eine diese letztere ergänzende Erscheinung, obgleich beide auf entgegengesetzten Polen stehen, unbeschäftigtes Kapital auf der einen und unbeschäftigte Arbeiterbevölkerung auf der anderen Seite.“⁶

2. Veränderungen im Konjunkturzyklus

Die neokonservativen Regierungen verbreiten grenzenlosen Konjunkturoptimismus. Obgleich enorme Anstrengungen gemacht werden, die Schuldenlawa zu entschärfen, wird die Existenz des Problems weitgehend geleugnet.

5 MEW 7, S. 421.

6 MEW 25, S. 261.

Zur Zeit läßt sich die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Neuordnung des Währungssystems politisch unter den kapitalistischen Metropolen nicht durchsetzen, obgleich die Bewegung des Dollarkurses die Existenz gravierender Ungleichgewichte nachdrücklich unterstreicht. Immer wieder aufflackernde Auseinandersetzungen um Einfuhrkontingente und Exportsubventionen belegen die Überproduktion auf vielen Märkten, die allerdings durch Protektionismus und Erhöhung von Exportsubventionen nicht aufzuheben ist. Abgesehen von dem nicht wegzudiskutierenden Faktum der Massenarbeitslosigkeit wird die wirtschaftliche Entwicklung von den Neokonservativen als überaus befriedigend angepriesen, obgleich durch die massiven Militärausgaben und die Steuersenkungen in den USA mit den Handelsbilanzdefiziten ein neues weltweites Schuldenkarussell in Beschleunigung versetzt worden ist. Die in der Krise von 1980–82 sichtbar gewordenen Disproportionalitäten der kapitalistischen Ökonomie sind keineswegs beseitigt worden, aber dennoch versprechen die neokonservativen Regierungen unter Verweis auf eine mehrere Jahre andauernde Belebungsphase die Überwindung der Konjunktur- oder Wirtschaftszyklen.

Grundlage für die Illusion einer krisenfreien Aufschwungentwicklung bis in die neunziger Jahre ist eine Veränderung in den Erscheinungsformen des industriellen Zyklus. Mit der Herausbildung der strukturellen Überakkumulation ist der charakteristische Lebenslauf der Kapitalakkumulation aber keineswegs außer Kraft gesetzt. Weder läßt sich die Entwicklung seit Mitte der siebziger Jahre als Stagnation oder Depression zusammenfassen, noch ist eine kontinuierliche Wachstumsbewegung angesagt. Seit dem Übergang in die strukturelle Überakkumulation sind wir jedoch mit wichtigen Formveränderungen des konjunkturellen Zyklus konfrontiert. Diese Änderungen betreffen vor allem die Periodizität des Zyklus.

Die Ursachen des industriellen Zyklus liegen in der spezifischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit in der kapitalistischen Produktionsweise begründet. Die entscheidende Grundlage für das stetige Auf und Ab in der Produktion und Akkumulation ist die Flexibilität der Produktionsbasis. Mit der permanenten Umwälzung der Produktionsmittel und der organisatorischen Struktur des Produktionsprozesses bildet sich auf dieser Grundlage die charakteristische Verlaufsform des Akkumulationsprozesses heraus. Hat sich die spezifisch kapitalistische Produktionsweise als gesellschaftlich herrschende Form des Produktionsprozesses erst einmal durchgesetzt, erwirbt diese Betriebsweise eine Elastizität, eine plötzliche Ausdehnungsfähigkeit, welche von keiner früheren Produktionsformation erreicht wurde. Wesentliches Moment innerhalb dieser Elastizität und Flexibilität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sind die mit der großen Industrie gesetzten materiellen Bedingungen der Produktion, d. h. schnelle Mobilisierung von Rohstoffen und Ausweitung der disponiblen gesellschaftlichen Arbeit. Dies ermöglicht jederzeit eine im Vergleich zu den Anfängen des Kapitals relativ rasche Anpassung des Produktionsapparates an die aktuell gegebenen Verwertungsverhältnisse. Vermitteln muß sich diese Anpassung über die Bewegung des fixen Kapitals. „Obgleich also das fixe Kapital und die Arbeitskraft gegebene Größen

sind..., sind sie zugleich variable Größen, was ihre Funktionsfähigkeit im Produktionsprozeß betrifft. Sie können einer engeren oder weiteren Produktion zur Basis dienen. In diesem variablen Charakter ihrer Wirkungsfähigkeit besitzt die Akkumulation eine Naturbasis.“⁷ Obgleich der Umfang des aktuell eingesetzten Kapitals und der Arbeit also eine bestimmte Größe ist, so ist es doch in seiner Anwendungsfähigkeit eine variable Größe. Diese Variabilität wird durch die Neuverteilung von zuschüssigem Kapital, d. h. der Neuanlage von fixem Kapital verstärkt. Die Fähigkeit zur raschen Ausdehnung der Produktion, welche sich die kapitalistische Produktion mit der maschinellen Produktionsweise und der fortwährenden Bereitstellung disponibler Arbeitskraft (Rationalisierungsinvestitionen) schafft, ist zugleich die Grundlage für Disproportionen im Reproduktionsprozeß, deren Ausgleich durch Krisen erzwungen werden muß.

„Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittlerer Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende. Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch – die ganze Gesellschaft betrachtet – mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus.“⁸ Die Periodizität ist also keineswegs fix, sondern erweist sich als historisch variabel; die konkreten historischen Erscheinungsformen müssen aus den Verwertungsbedingungen abgeleitet werden.

Die Verkürzung der Dauer der konjunkturellen Zyklen ergibt sich aus dem moralischen Verschleiß. Der Konkurrenzkampf zwingt die Kapitale, die alten Arbeitsmittel vor ihrem natürlichen Lebensende durch neue zu ersetzen. Diese vorzeitige Erneuerung auf größerer gesellschaftlicher Stufenleiter erfolgte selbst konzentrierter durch den Belebungsprozeß, womit die rezessive Entwicklung abgeschlossen wird.

Es findet also eine konzentrierte Neuanlage von fixem Kapital statt, eine Synchronisation der Anlageinvestitionen; denn die Neuanlage von Kapital erfolgt immer unter dem Gesichtspunkt, durch Produktion unter günstigeren Bedingungen als die Konkurrenten einen zusätzlichen Gewinn erzielen zu können. Solange das mit außergewöhnlicher Produktivität arbeitende Kapital seine Produkte unter dem Marktpreis, aber über seinem individuellen Kostpreis verkaufen kann, entzieht es seinen Konkurrenten Teile ihres Profits. Eben dadurch werden diese aber gezwungen, die neuen Produktionsmethoden ebenfalls einzuführen, gleichgültig, wie weit ihre alten Anlagen wertmäßig eine Umwälzung bereits ermöglichen. Die Konkurrenz unter den Kapitalen erzwingt so die Konzentration von Anlageterminen im gesamtgesellschaft-

7 Marx, aus dem Manuskript I des II. Bandes des Kapitals, Marx-Lexikon, Bd. 9, Tokio 1976, S. 10ff.

8 MEW 24, S. 185 f.

lichen Umfang. Und vor allem im Gefolge der partiellen Brachlegung und Vernichtung von Kapital in der rezessiven Phase des Zyklus – also der verschärften Konkurrenz – wird die Basis der nachfolgenden konzentrierten Neuanlage geschaffen.

„Die plötzliche und ruckweise Expansion der Produktionsleiter ist die Voraussetzung ihrer plötzlichen Kontraktion.“⁹ Mit dem Übergang zur strukturellen Überakkumulation unterbleibt die ruckweise Expansion. Die industrielle Warenproduktion kommt nur langsam in Fahrt; es findet keine zügige Ausschöpfung der Produktionskapazitäten statt; auch in den konjunkturellen Erholungsphasen scheiden noch viele Kapitale durch Brachlegung aus und dennoch findet keine Verengung der Kapazitäten statt; es fehlt somit an allen Phänomenen überschäumender Produktion; folglich stellt sich keine Verengung bei der Ausweitung der Produktionsmittel ein; keine Verknappung der Rohstoffe, kein partielles Davoneilen der zahlungsfähigen Nachfrage, was zu einer zügigen Ausschöpfung der Produktionskapazitäten führen müßte. Zu konstatieren ist: Rohstoffpreisverfall, anhaltende Brachlegung von fungierendem Kapital, deflationäre Preisbewegung, keine Boomsymptome.

Es entfällt nicht nur die ruckweise Expansion der Produktion, sondern angesichts der anhaltenden Überakkumulation von Kapital läßt gleichfalls die synchronisierende Wirkung der Neuanlage eines gewichtigen Teils des gesellschaftlichen Fixkapitals nach. Die verschärfte Konkurrenz erhöht zwar noch das Gewicht des vorzeitigen Ersatzes des konstanten Kapitals; dennoch machen sich eine Reihe von gegenläufigen Effekten geltend: durch Lohndrückerei behalten zeitweilig auch Kapitale mit unterdurchschnittlicher technischer Zusammensetzung ihre Konkurrenzfähigkeit und durch politische Interventionen (Subventionen, Einfuhrkontingente, Kreditvergünstigung etc.) ergibt sich zunehmend eine Verfälschung der Preisstrukturen. Durch die unbestreitbare Tatsache eines durch öffentliche Mittel geförderten Subventionswettbewerbs der Kapitale in Europa wird die Vernichtung von überschüssigen Kapitalen nicht mehr ausschließlich unter Kostenaspekten entschieden.

Die Produktionsmittel werden beständig umgewälzt durch leistungsfähigere Aggregate. Sie werden daher nicht in ihrer ursprünglichen Form ersetzt, sondern in der umgewälzten Form. Allerdings findet im Gefolge einer Aufschwungsbewegung nach durchstandener Wirtschaftskrise die Synchronisation der Ersatzbeschaffung und die vorzeitige Erneuerung des Betriebsgeräts statt. Angesichts der bestehenden Überakkumulation setzt sich jetzt aber weniger eine extensive Reproduktion durch, also Ausdehnung des Produktionsfeldes, als vielmehr eine intensive Reproduktion durch die Erhöhung des Wirkungsgrades des Produktionsmittels: „Diese Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter entspringt nicht aus Akkumulation – Verwandlung von Mehrwert in Kapital –, sondern aus Rückverwandlung des Werts, welcher sich abgezweigt, in Geldform losgelöst hat vom Körper des fixen Kapitals, in neues, entweder zushüssiges oder doch wirksameres, fixes Kapital derselben Art.“¹⁰

9 MEW 23, S. 662.

10 MEW 24, S. 172

Auch dadurch wird der plötzlichen und ruckartigen Expansion und Kontraktion des Produktionsprozesses entgegengewirkt.

Insgesamt kommt wegen der strukturellen Überakkumulation die in der Entwicklung der Produktivkräfte eingeschlossene plötzliche Expansionskraft des Kapitals nicht mehr zur Geltung. Die Elastizität des fungierenden Kapitals verbraucht sich in der Auseinandersetzung um die brachzulegenden Teile. Gesunkene Profitrate und bestehende Überproduktion von Kapital bedingen einen deutlich verschärften Konkurrenzkampf. „Sinkt die Profitrate, so einerseits Anspannung des Kapitals, damit der einzelne Kapitalist durch bessere Methoden usw. den individuellen Wert seiner einzelnen Waren unter ihren gesellschaftlichen Durchschnittswert herabdrückt und so, bei gegebenem Marktpreis, einen Extraprofit macht; andererseits Schwindel und allgemeine Begünstigung des Schwindels durch leidenschaftliche Versuche in neuen Produktionsmethoden, neuen Kapitalanlagen, neuen Abenteuern, um irgendeinen Extraprofit zu sichern, der vom allgemeinen Durchschnitt unabhängig ist und sich über ihn erhebt.“¹¹

Wir müssen eine erhöhte Labilität des ökonomischen Prozesses feststellen. Der Hinweis auf die verlängerte Erholungsphase ist kein überzeugendes Argument für eine grundlegende Verbesserung der Wachstumsbedingungen. Angesichts der fortbestehenden Überakkumulation muß eher davon ausgegangen werden, daß die bevorstehende rezessive Entwicklung mit gegenüber 1974/75 und 1980/82 verschärften Krisensymptomen verknüpft ist. Die strukturelle Überakkumulation markiert keinen neuen Akkumulationstyp oder eine stabile Entwicklungsperiode, sondern erscheint als bloßes Zwischenstadium zur Vorbereitung einer Kapitalvernichtung von bislang beispielloser Ausdehnung und Gewalt. Durch die neokonservative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden die bestehenden Konfliktpotentiale weiter verschärft:

- Die Deregulierung der arbeits- und sozialrechtlichen Positionen der Lohnabhängigen und die Sozialdemontage verändert nicht nur die Lebensweise von Massen, sondern erhöht durch die systematische Beschneidung der Masseneinkommen zugleich den Aufbauprozess von Überkapazitäten. Die Verbilligung der Arbeitskraft verschärft zusätzlich den Verdrängungswettbewerb unter den Kapitalen.

- Durch verstärkte Rüstungsausgaben, Exportsubventionen und protektionistischen Maßnahmen wird die Verteilung des Gesamtkapitals weiter vereinseitigt. Kapitalvernichtung und Zentralisation von Kapital wird zur Dauerbedrohung der kleineren und mittleren Kapitale.

- Durch die kosmetischen Verschönerungen an den Fehlentwicklungen des internationalen Banken-, Kredit- und Währungssystems vergrößert sich die Gefahr, daß die nächste rezessive Entwicklung mit einer größeren Geld- und Kreditkrise verknüpft ist; wird aber erstmals seit langem die Vernichtung von Geldkapital (Besitztitel, Sparguthaben usw.) in den Prozess der Brachlegung und Kapitalvernichtung mit einbezogen, sind großflächigere Umverteilungsprozesse mit entsprechenden Bewußtseinsprozessen die Folge.

Aus dieser skeptischen Einschätzung der ökonomischen Entwicklungstendenzen ergibt sich keineswegs der Schluß auf günstige Perspektiven für die sozialistische Linke. Die politische Linke wird von sozio-ökonomischen Krisen nicht begünstigt. Wir sehen sowohl bei uns als auch in den Nachbarländern die Fremdenfeindlichkeit und den Ausländerhaß anwachsen. In der Regel nutzen die Parteien der äußersten Rechten die Schwächen und Halbheiten der Politik des linken und bürgerlichen Lagers aus. Allerdings gibt es auch keinen Automatismus für diese Verschiebung nach rechts. Die politische Linke hat allerdings eine realistische Chance durch ein überzeugendes Programm gesellschaftlicher Reformen der politischen Apathie und Radikalisierung nach rechts entgegenzuwirken.

3. Exportsteigerung oder Stärkung des Binnenmarktes?

Der Mythos von der internationalen Konkurrenzfähigkeit ist der Kompaß für die neokonservative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Durch die nationale Politik muß den BRD-Kapitalen möglichst ein systematischer Wettbewerbsvorteil auf dem Weltmarkt gesichert werden. Von der „High-tech“-Politik, über die Beteiligung am US-Weltraum Rüstungsprogramm SDI bis hin zur Entwicklungshilfe – es soll eine möglichst umfassende Begünstigung der nationalen Kapitale durchgesetzt werden.

Diese Vorliebe für die Politik, durch Exportsteigerung die Arbeitslosigkeit anderen Nationen zuzuschieben, hat einen eindeutigen Hintergrund. Überblickt man die letzten Konjunkturzyklen, so läßt sich zeigen, daß die Steigerung des Exportanteils bislang ein wirksames Mittel zur Überwindung der rezessiven Phasen war.

Angesichts der bestehenden Disproportionen ist die Weltmarktorientierung jedoch ein Ausweg, die allenfalls kurzfristig etwas Linderung verspricht. Statt nun den gravierenden Fehlentwicklungen ins Auge zu sehen und sich auf dem Weltmarkt um praktische Schritte zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung und einem von der US-Hegemonie unabhängigen Weltwährungssystem zu bemühen, bleibt auch die offizielle Wirtschaftskonzeption der Sozialdemokratie dieser Weltmarktorientierung verpflichtet.

Peter Glotz, der Bundesgeschäftsführer der SPD, faßt die Mehrheitsposition der Sozialdemokratie unter dem Stichwort „Wirtschaftspolitik der sozialen Demokratie“¹² zusammen. Ohne Zweifel stellte die Verwirklichung dieser Konzeption einen deutlichen Fortschritt gegenüber der neokonservativen Politik der Revitalisierung des Kapitalismus dar. Der Mehrheitsposition der SPD kann nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie auf die Fortführung einer Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals hinausliefe. Während die Konservativen ihre Gesellschaftspolitik auf die demoralisierende Wirkung der Massenarbeitslosigkeit gründen, wird in der sozialdemokratischen Kon-

¹² Peter Glotz, Zehn Argumente für eine Wirtschaftspolitik der sozialen Demokratie, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 12/85, S. 1105–1111. Die folgenden Zitate sind diesem Aufsatz entnommen.

zeption die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch entsprechende finanzielle Belastung der höheren Einkommen in das Zentrum gerückt.

Die schwerwiegenden Bedenken setzen auch weniger an den kurzfristigen Maßnahmen an; es gibt kein Patentrezept dafür, die Massenarbeitslosigkeit kurzfristig zu beseitigen; in kürzeren Zeiträumen ist allenfalls eine deutliche Minderung der Arbeitslosigkeit erreichbar und zugleich eine wirksame Verbesserung der Einkommens- und Lebensverhältnisse der besonders benachteiligten Schichten durchsetzbar.

Der Kern der Kontroverse besteht in der Verknüpfung von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen. Was *Glötz* hier an Dimensionen andeutet, muß in der Tat darauf hinauslaufen, daß es zu keiner gründlichen Veränderung ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung kommt, und der erneute Versuch der Festschreibung wirtschaftlicher Macht in einer noch folgenreicheren politischen Krise der Sozialdemokratie münden wird. *Glötz* interpretiert die ökonomischen Probleme vor dem Hintergrund der Annahme der Existenz langer Wellen. Seine These ist, daß die gegenwärtige Strukturkrise und der historische Abstieg des Kapitalismus bloß vorübergehender Natur sind und durch eine neue expansive lange Welle eine anhaltendere Periode des beschleunigten Wachstums und der Kapitalakkumulation vorbereitet wird. „Vollbeschäftigung, oder – bescheidener: eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit, ist vor Beginn einer neuen langen Welle der Wirtschaftsentwicklung durch autonomes wirtschaftliches Wachstum im privaten Sektor nicht erreichbar.“ Durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik könne aber der Übergang in eine neue lange Welle verkürzt oder überbrückt werden. Diese neue Prosperitätskonstellation werde durch die soziale und ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft getragen: abgesehen von der sozialen Überbrückung müßte also Wirtschaftspolitik auf die Förderung der langen Welle in der industriellen Warenproduktion ausgerichtet sein; „die Förderung eines Innovationsschubs mit Hilfe von Mikroelektronik, neuen Materialtechnologien, neuen Umwelttechnologien, Biomasseverarbeitung, biotechnischem Landbau und alternativer Energietechnik. Nur solch ein Innovationsschub gibt auch den alten Schlüsselindustrien – wie der Chemie oder der Automobilindustrie – neuen Aufwind.“

Die Hypothese von der Existenz langer Wellen in der ökonomischen Entwicklung ist äußerst umstritten.¹³ Unterstellt man freilich, wie *Glötz*, die kapi-

13 Bilanziert man die neueren Untersuchungen, so kann nicht von einer Übereinstimmung in den Versuchen der Periodisierung dieser langen Wellen die Rede sein. Festgestellt werden können allein Unregelmäßigkeiten im normalen konjunkturellen Krisenzyklus und eine Tendenz zur Verkürzung dieser Zyklusperioden. Gleichermaßen eindeutiges Material wie für den Konjunkturzyklus existiert für die angeblich langen Wellen ökonomischer Entwicklung nicht. Es findet sich auch keine geschlossene Argumentation, in der eine Vermittlung von konjunkturellen Zyklen und langen Wellen vorgenommen ist. Es handelt sich um ein sozialpsychologisches Phänomen. Denn die These von den langen Wellen „lebt im wirtschaftlichen Alltagsverständnis einer am Aufschwung interessierten Öffentlichkeit immer dann auf, wenn eine lange wirtschaftliche Krise auf vergeblich erschöpfte Energie- und Technologiepotentiale zurückgeführt wird und die Hoffnung auf Konjunkturen an die massenhafte Nutzung neuer Grundlagentechnologien geknüpft wird“ (Negt, *Lebendige Arbeit*, Frankfurt 1984, S. 53).

talistischen Metropolen befänden sich gleichsam in einem säkularen Zwischenstadium und eine neue Prosperitätskonstellation der industriellen Warenproduktion zeichne sich bereits ab, dann wäre in der Tat jeder Versuch der Veränderung von Wirtschaftssteuerung und Verteilung angesichts solcher Perspektiven als risikoreich und unpolitisch zu bezeichnen. Bleibt man auf dem Boden der empirischen Tatbestände, dann erscheint solche Hoffnung auf eine beschäftigungssichernde Industriekonjunktur illusionär. Wir müssen vielmehr die neue Wirtschaftskonzeption an dem faktisch ablaufenden Strukturwandel der Wirtschaft ausrichten.

Die Gegenthese lautet daher: Auch eine optimal eingesetzte und finanziell hinreichend ausgestattete Innovationsstrategie für den industriellen Sektor – also Mikroelektronik, Materialtechnologie usw. als Bedingungen für eine prosperierende Entwicklung der Chemie- und Automobilindustrie – kann bestenfalls die Tendenz zur Arbeitsplatzvernichtung abschwächen; jede realistische Gesellschafts- und Reformpolitik hat sich darauf einzustellen, daß der große Bereich der materiellen Produktion zunehmend weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Der Strukturwandel der Ökonomien der entwickelten kapitalistischen Länder geht eindeutig in Richtung auf eine Ausweitung des tertiären Bereiches (also Kommunikation, Aus- und Weiterbildung, Gesundheit und sonstige Dienstleistungen).

Die enorme Bedeutung der Industrie für das gesamte gesellschaftliche Leben wird keineswegs geschmälert, wenn wir anerkennen, daß immer mehr Erwerbstätige (in den USA mittlerweile mehr als zwei Drittel aller Beschäftigten) im Bereich der privaten oder öffentlichen Dienstleistungen ihren Arbeitsplatz finden. Die Ziele eines ökologischen Umbaus der Industrie und der Förderung einer sozial kontrollierten Technisierung der Produktion dürfen uns nicht ablenken von der genauso wichtigen Aufgabenstellung: der Schaffung eines die Lebensqualität verbessernden, modernen Dienstleistungsbereiches.

Sicherlich, Maßnahmen zur ökologischen Modernisierung, Verbesserung der Mindesteinkommen (Sozialhilfe, Renten) und Arbeitszeitverkürzungen, werden mehr Industriearbeitsplätze schaffen, sei es durch Umverteilung der Arbeit, sei es durch Impulse aus der privaten und öffentlichen Nachfrage. Aber durch diese Maßnahmen allein werden wir die Strukturprobleme der Wirtschaft und die Massenarbeitslosigkeit nicht bewältigen. Die politische Linke muß sich dem Strukturwandel der Wirtschaft stellen und in Absetzung zu der neokonservativen Konzeption für eine Gestaltung des Dienstleistungsbereiches eintreten.

Im Durchschnitt aller OECD-Staaten sind die öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 26% (1960) auf 45% (1981) angestiegen. Die bloße Festschreibung der Abgabenquote hilft uns überhaupt nicht weiter. Wir müssen sowohl eine Modernisierung der öffentlichen Dienste als auch eine Überprüfung überlebter Verteilungsstrukturen angehen. Die *Blümschen* Feldzüge gegen eine angebliche Luxusmedizin auf Krankenschein sind ein Skandal, solange die Privilegien von Ärzten, Zahnärzten und Pharmaindustrie festgeschrieben werden. Jeder „Anti-Staats-Diskurs“ wird mit dem Beispiel vom seelenlosen Alten- oder Pflegeheim gekrönt; zugleich wird aber verschwiegen,

daß nur der geringste Teil der angegriffenen Dienstleistungsstrukturen dem öffentlichen Dienst zuzurechnen ist. Wer Bildung und Weiterbildung fördern will, muß überlieferte Verteilungsverhältnisse in Frage stellen. Wollen wir schließlich die Frauenerwerbstätigkeit fördern, müssen sowohl verbesserte sozial-kulturelle Dienstleistungen angeboten als auch das bestehende Steuerrecht grundlegend geändert werden (Ehegattensplitting, Kinderfreibeträge).

Als Alternative zur weiteren Exportorientierung der Wirtschaft befürwortet die sozialistische Linke eine deutliche Stärkung des Binnenmarktes im europäischen Maßstab. Dazu gehört der Ausbau eines beschäftigungsintensiven öffentlichen Dienstleistungssektors.

Die dieser Politik entgegenstehenden Machtverhältnisse können nur verändert werden, wenn die zu erkämpfende Verbesserung der Lebensqualität von einem breiten Block sozialer Kräfte getragen wird. Über die Übergangsmaßnahmen hinaus müssen die zentralen Machtstrukturen im Bereich der industriellen Produktion und dem Finanzsektor geändert werden.

Eine soziale Kontrolle der technologischen Entwicklung erfordert die soziale Demokratisierung der Wirtschaft und damit andere Machtverhältnisse. Erst auf einer solchen Grundlage wird sich eine beschleunigte und sozial verträgliche Produktivitätsentwicklung durchsetzen. Wir wollen deutliche Schritte zur Arbeitszeitverkürzung, um die materiellen und ideellen Voraussetzungen für gesellschaftliche Betätigung der Individuen zu verbessern. Genauso wenig wie die sozialistische Linke etwas gegen Überschüsse im „produktivistischen Sektor“ einzuwenden hat, genauso wenig kommt aus dieser Richtung gebetsmühlenhaft die Formel von der Verstaatlichung.

In der BRD gehören über 99% aller Unternehmen in die Größenklasse bis zu 500 Beschäftigten. Auf all diese Unternehmen entfallen über sechzig Prozent der Arbeitsplätze. Die mühseligen Reformprozesse in den „sozialistischen Ländern“ unterstreichen hinreichend, daß mit einer einfachen Veränderung der Eigentumsform die Probleme der gesellschaftlichen Steuerung und Kontrolle der Produktion überhaupt nicht gelöst sind. Wir müssen heute auch indirekte Methoden zur Steuerung und Lenkung von Produktionsprozessen einsetzen.

Allerdings beharren wir darauf, daß jene 1% aller Unternehmen eine gefährliche Konzentration und Ballung von wirtschaftlicher Macht darstellen, daß in diesen Fällen über eine Ausweitung der individuellen und gewerkschaftlichen Mitgestaltungsrechte hinaus eine Veränderung der Unternehmensverfassung wünschenswert ist. So sehr uns gerade dieser Tage der nicht unbelastete Name *Flick* vorführt, welchen verhängnisvollen Einfluß die Konzentration wirtschaftlicher Macht in der Politik – durch schlichten Verkauf eines riesigen Vermögens samt der darunter subsumierten Menschen – ausübt, so eindeutig muß zugleich unterstrichen werden, daß die Machtverhältnisse in der Wirtschaft nicht nur von den Großunternehmen, sondern maßgeblich auch von dem enormen Finanz- und Kreditsektor bestimmt sind. Deshalb wäre eine neue Steuerpolitik ein erster wichtiger Schritt für eine mittelfristig angelegte Reformpolitik. Keine andere kapitalistische Metropole leistet sich eine solche Privilegierung von Geldkapital und Vermögensanlagen wie die

BRD. Es ist doch kurios, wenn selbst ein ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichtes auf die ungeheure Bevorzugung teils des Grundeigentums, teils der Gewinne, die aus dem Immobilienhandel stammen, hinweist, daß dann jede Forderung nach Durchsetzung des materiellen Prinzips der Steuergerechtigkeit für Finanz- und Immobilienanlagen bereits als systemsprengendes Ansinnen auslegt wird.

Glötz und viele andere Vertreter der Mehrheitsposition in der SPD plädieren für die Fortsetzung einer überlebten Wirtschaftskonzeption, in der Hoffnung, daß eine neue lange Welle eine dauerhafte Prosperitätskonstellation schaffen wird. Diese Hoffnung ist unrealistisch. Realistisch ist dagegen eine Politik der Stärkung des tertiären Bereiches – bei Aufrechterhaltung unserer derzeitigen internationalen Wettbewerbsposition, aber mit der Absage an eine Politik der weiteren Steigerung des Außenhandels durch exportorientierte Modernisierung. In dem Maße, wie die Diskriminierungen im Bereich der Frauenerwerbstätigkeit bekämpft werden, wird ein breites Angebot öffentlicher und privater Dienstleistungen als Rahmenbedingungen unverzichtbar. Im Bereich der Weiterqualifizierung der Arbeitskräfte bildet die Bundesrepublik bezogen auf andere kapitalistische Hauptländer eindeutig das Schlußlicht; insoweit ist in der Tat eine neue Bildungsoffensive angesagt. Damit aber die Ausweitung der Dienstleistungen finanzierbar wird, ist die gesellschaftliche Infragestellung der bisherigen Verteilungsstrukturen unverzichtbar. An diesem Punkt stellt sich die Machtfrage. Wollen wir weiterhin unter Verzicht auf eine gesetzlich gebotene Steuergerechtigkeit Finanzanlagen, höhere Privateinkommen, Privilegien freier Berufe, Abschreibungsgeschäfte usw. akzeptieren oder läßt sich über einen gesellschaftlichen Diskurs eine Kräftekonstellation für eine gesellschaftliche Reformpolitik mobilisieren?

Bei der Diskussion um eine neue Wirtschaftskonzeption der SPD handelt es sich also weniger um eine idyllisierende Instrumentendebatte als vielmehr um die Erörterung der Grundfrage: Anpassung an die überlebten Kapitalstrukturen oder gesellschaftliche Reform.

Konjunkturzyklen, lange Wellen und historische Stadien der Kapitalakkumulation

Probleme einer marxistischen Theorie kapitalistischer Entwicklung am Beispiel der Weltwirtschaftskrise der 70er und 80er Jahre

Kurt Hübner/Michael Stanger

1. Einleitung – 2. Konjunkturzyklen und Wachstumsphasen – 3. „Kleine“ und „große“ Krisen – 4. Ökonomische Blockaden für einen neuen Aufschwung – 5. Fazit

1. Einleitung

Je länger die spätestens Mitte der 70er Jahre eingesetzte Periode überzyklischer Wachstumsschwäche in den kapitalistischen Industrieländern – mit ihren inzwischen mehr als vertrauten „Begleiterscheinungen“ von Massenarbeitslosigkeit, Sozialstaatsabbau, internationalen Währungsturbulenzen – anhält, desto stärker drängt sich die Frage nach einer *entwicklungshistorischen Einordnung* dieser Periode auf. Diese Frage hat, wenn man unter Geschichte nicht nur Vergangenheit und ihre Erforschung versteht, neben einem rückwärtsgerichteten auch einen vorwärtsgerichteten Aspekt. Der retrospektive Aspekt bezieht sich auf die Frage, welche gesellschaftliche Entwicklungsperiode durch die ökonomische Krise aus welchen Gründen beendet wurde. Der prospektive Aspekt betrifft die Frage, welcher Ausgang aus der Krise sich perspektivisch abzeichnet. Ist mittelfristig eher noch mit einer Verschärfung der Probleme, vor allem im weltwirtschaftlichen Rahmen, zu rechnen? Oder gibt es, wie neuerdings auch von linken Sozialwissenschaftlern vermutet wird¹, einen technologischen Ausweg aus der Krise, der die Rückkehr zu den (wirtschafts-)politischen Verhältnissen der Prosperitätsperiode ermöglicht? Was dieses optimistische Szenario angeht, so ist die politische Diskussion in der Bundesrepublik sogar schon einen Schritt weiter. Über einen technologischen Ausweg aus der Krise, der wirtschaftspolitisch durch eine Strategie der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ getragen wird, hoffen sowohl der „aufgeklärte“ Flügel der Union als auch die maßgebenden Kräfte innerhalb der SPD, den Übergang in ein neues Zeitalter der „Versöhnungsgesellschaft“ einleiten zu können, in welchem die Widersprüche kapitalistischer Produktions-

¹ Vgl. O. Jacobi, Über Gewerkschaften und Krise. Eine vergleichende empirische Analyse, in: Leviathan 2/84.

weise – nicht zuletzt der Konflikt zwischen Ökonomie (Kapitalverwertung) und Ökologie (Umweltschutz) – eine harmonische Auflösung erfahren sollen.

2. Konjunkturzyklen und Wachstumsphasen*

Eine entwicklungshistorische Einordnung aus marxistischer Sicht wird im Rahmen des in der marxistischen Theorie vorherrschenden *monopoltheoretischen Stadienmodells* versucht, bei der historische Entwicklungsstadien des Kapitalismus nach Maßgabe der sich verändernden Konkurrenzformen unterschieden werden. Die Grundthese dieses von *Hilferding* (1910)² und *Lenin* (1916)³ über *Baran/Sweezy* (1966)⁴ bis zu Vertretern der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus vertretenen Ansatzes lautet – allerdings bei großen Differenzen in bezug auf die Krisentheorie:

Im Zuge der die Akkumulation des Kapitals begleitenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesse entstehen marktbeherrschende Großunternehmen (Konzerne), die sich kraft ökonomischer und außerökonomischer Macht den Ausgleichsgesetzen der Konkurrenz, namentlich dem Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate, zu entziehen und einen Monopolprofit anzueignen vermögen. Da diese Monopolisierung die Wirkungsweise der sogenannten freien Konkurrenz einschränkt oder sogar aufhebt, ergeben sich zugleich Regulierungsdefizite, die einen wachsenden ökonomischen Staatseingriff hervorrufen.

In der Tradition der Leninschen Imperialismustheorie werden diese Strukturveränderungen als Ausdruck und Momente der *Destabilisierung* des kapitalistischen Systems interpretiert. Die Rede ist von der „Niedergangsperiode“ oder der „allgemeinen Krise“ des Kapitalismus. Das Monopol führe zu Stagnation und Fäulnis, die imperialistische Expansion der Monopole zur Verschärfung und schließlich kriegerischen Austragung internationaler Konflikte.

Dagegen interpretierte *Hilferding* die Monopolisierungstendenz als Stabilisierungsmoment. Gegen die Destabilisierungsthese kann vor allem eingewandt werden, daß dort der *doppelte* Charakter kapitalistischer Krisen als gesellschaftliche Strukturbruch- und Restrukturierungsphasen ausgeblendet wird:

„Während die Destabilisierungsthese nicht die Funktion der Krise als Restrukturierungskrise zur Sicherung der Herrschaftsbedingungen des Kapitals

* Aus Platzgründen können hier nur die Ergebnisse sowohl der Auseinandersetzung der Autoren mit der Stadientheorie als auch der ausführlichen krisentheoretischen Analysen verkürzt dargestellt werden. Die entsprechenden ausführlichen Passagen des Manuskripts wurden durch die Redaktion des Jahrbuchs – mit Zustimmung der Autoren – zusammengefaßt.

2 Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, 2 Bd., Wien 1910. Hier zitiert nach dem Reprint der EVA, Frankfurt/M. 1968.

3 W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Lenin Werke*, Bd. 22, Berlin/DDR 1960, S. 199–309.

4 Paul Alexander Baran / Paul M. Sweezy, *Monopoly Capital*, 1966. Hier zitiert nach der deutschen Übersetzung, *Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschaft und Gesellschaftsordnung*, Frankfurt/M. 1973.

erfassen kann und folglich zum Begriff der ‚allgemeinen Krise‘ gelangt, bleibt der Stabilisierungsthese der Charakter der Krise als Strukturbruch verborgen.“⁵ Letztlich vertritt die Leninsche Version der marxistischen Stadientheorie die Perspektive des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems, die Hilferdingsche Version dagegen die Perspektive des krisenfreien, „gebändigten“ Kapitalismus.

Dagegen soll im folgenden versucht werden, Umriss eines alternativen Ansatzes zur Analyse historischer Entwicklungsphasen vorzustellen. Im Mittelpunkt steht die These, daß sich die Kapitalakkumulation über längere Zeiträume stets innerhalb eines historisch spezifischen institutionellen Rahmens vollzieht, der durch seine Regulierungsleistungen sowohl den ökonomischen Wachstumsprozeß trägt als auch die reibungslose Reproduktion der kapitalistischen Basisstrukturen gewährleistet. Krisentheoretisch relevant ist hierbei die Unterscheidung zwischen „kleinen“ Krisen oder Krisen *innerhalb* eines Regulierungstyps und „großen“ Krisen oder Krisen *des* Regulierungstyps.⁶

Während erstere, die den zyklischen Konjunkturkrisen entsprechen, innerhalb der herrschenden Regulationsweise über rein ökonomische Mechanismen verarbeitet werden, erfordert die Lösung letzterer die Entwicklung neuer institutioneller Rahmenbedingungen, m. a. W. die Umwälzung des bestehenden Regulierungstyps. Diese Transformation charakterisiert die „große“ Krise als *Restrukturierungskrise*, die immer auch die Möglichkeit alternativer Optionen bis hin zur Systemüberwindung, d. h. dem Bruch mit den Basisinstitutionen kapitalistischer Ökonomie beinhaltet.

Da die These der gesellschaftlichen Restrukturierungskrise nicht auf die „normalen“ zyklischen (Konjunktur-)Krisen, sondern auf überzyklische, anhaltende Krisenphasen zielt, setzt sie offensichtlich zunächst einen *ökonomischen* Ansatz voraus, der beide Krisentypen sowohl in ihrer Trennung als auch in ihrem Zusammenhang zu erklären vermag. Beide Krisentypen müssen im Kern aus derselben Logik, d. h. den Funktionsbedingungen kapitalistischer Akkumulation begründet werden.⁷

Ein solcher integraler Bezugsrahmen ist in einem Ansatz zu sehen, der auf den werttheoretisch begriffenen *Ziel-Mittel-Konflikt* kapitalistischer Produktion abstellt. Es handelt sich allgemein um den Widerspruch, daß der Zweck kapitalistischer Produktion, die schrankenlose Verwertung von Wert, letztlich nur durch Methoden erreichbar ist, die diesen Zweck zugleich konterkarieren. Nimmt man diesen Widerspruch zum Ausgangspunkt, so ist es u. E. möglich, die in der marxistischen Krisendiskussion konkurrierenden Erklärungsansät-

5 Elmar Altvater, Der Kapitalismus vor einem neuen Aufschwung?, in: Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Theodor Prager und Philipp Rieger, Wien 1982, S. 215.

6 Ders., Der Kapitalismus in einer Formkrise. Zum Krisenbegriff in der politischen Ökonomie und ihrer Kritik, in: Argument-Sonderband AS 100, Berlin, S. 95 ff. Vgl. auch A. Lipietz, Akkumulation. Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der „Regulation“, in: Prokla 58, Berlin 1985, S. 113.

7 Kurt Hübner, Warum dauert die Krise so lange?, in: J. Hoffmann (Hrg.), Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression. Analysen und Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1980, S. 191.

ze (Überproduktions-, Überakkumulations- und profit-squeeze-Theorem) zwar nicht gänzlich zu „versöhnen“, doch in einen systematischen Zusammenhang zu bringen.⁸

Kapitalistisches Wachstum beruht auf einem Funktionsmechanismus, der einen gleichgewichtigen Ablauf notwendig verletzen muß. Es ist dies die *Produktion von relativem Mehrwert*. Die Ausdehnung der Mehrarbeit via Senkung der notwendigen Arbeit durch Produktivkraftsteigerung schließt, bezogen auf ein gesellschaftliches Gesamtkapital oder dieses repräsentierende Einzelkapital gegebener Größe, unvermeidlich die Entstehung einer Lücke zwischen Produktionskapazität und effektiver Konsumnachfrage der Arbeiterklasse ein.

Das Kapital muß, um die Realisierungskrise zu vermeiden, immer rascher akkumulieren. Dieser Prozeß kommt ins Stocken, wenn die Profitrate und mit ihr die Investitionsaktivität aufgrund einer im Zuge expandierender Beschäftigung steigenden Lohnquote unter Druck gerät. Die Krise ist hier nicht das Ergebnis einer zu hohen Lohnquote, sondern umgekehrt einer zu schnellen Expansion des Kapitals, die in einer gestiegenen Lohnquote ihren Niederschlag findet.

Während bei der Erklärung der konjunkturell-zyklischen Krisen Realisierungsprobleme von zentraler Bedeutung sind, müssen für den Trend wirtschaftlichen Wachstums neben der Akkumulationsrate, die im engen Zusammenhang mit der langfristigen Bewegung der Profitrate steht, Richtung und Dynamik des technischen Fortschritts als entscheidend betrachtet werden.

In der sich auf *Kondratieff* (1926)⁹ zurückbeziehenden aktuellen Debatte über lange Wellen der Konjunktur wird die Entwicklung des technischen Fortschritts zwar in den Mittelpunkt gestellt, es fehlt jedoch die theoretische Bestimmung des in regelmäßigen Zyklen von 40 bis 60 Jahren erneute Aufschwünge bewirkenden ökonomischen Automatismus – abgesehen von der empirischen Unüberprüfbarkeit der Existenz solcher Zyklen.¹⁰

Um lange Wellen wirtschaftlichen Wachstums von den „normalen“ Konjunkturzyklen nicht nur zeitlich, sondern überdies analytisch abzugrenzen, empfiehlt es sich, auch von *Trendschwankungen* zu sprechen und deren „Wendepunkte“ als *Trendbrüche* zu bezeichnen. Dabei bedeutet „Trend“ die (konjunkturzyklusübergreifende) Entwicklung des sachlichen Produktionspotentials, während der Begriff „Konjunktur“ sich auf Änderungen im Auslastungsgrad dieses (wachsenden) Produktionspotentials bezieht.¹¹

Der Zusammenhang zwischen Trendentwicklung, Akkumulationsrate und technischem Fortschritt steht im Mittelpunkt des Marxschen Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate.

8 Vgl. Michael Stanger, *Konjunkturzyklus und Wachstumstrend. Überlegungen zur Analyse von Krisentendenzen der Kapitalakkumulation*, FU Berlin 1984 ff, unv. MS.

9 N. D. Kondratieff, *Die langen Wellen der Konjunktur*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 56, Tübingen 1926.

10 Vgl. Michael Stanger, a. a. O.

11 R. Spree, *Wachstumstrends und Konjunkturzyklen in der deutschen Wirtschaft von 1820 bis 1913*, Göttingen 1978, S. 32f.

Dabei setzte sich in der marxistischen Diskussion die Auffassung durch, daß das Marxsche Profitratentheorem kein säkulares Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise beinhaltet, sondern eher auf eine Analyse von „Entwicklungen für längere Zeiträume (Entwicklungsphasen)“¹² abzielt. Ob sich als „Nettoeffekt“ der Phasen sinkender und steigender Profitrate eine säkular sinkende Tendenz ergibt, ist dabei von sekundärem Interesse.

In dem von uns skizzierten theoretischen Kontext wäre die sogenannte Profitklemme als eine Form zu begreifen, in der der krisengenerierende Widerspruch zwischen Produktion und Markt – vermittelt über eine *beschleunigte Akkumulation*, in der er eine vorübergehende *Lösung* erhält – letztlich aufbricht.

Die zyklischen Krisen, die hier überproduktionstheoretisch erklärt werden, bilden den Ausgangspunkt für technologische Veränderungen des Marxschen Typs (Ersatz von lebendiger Arbeit durch konstantes Kapital), die zu einem Wachstum der Wertzusammensetzung des Kapitals und damit zu einem langfristigen Fall der Durchschnittsprofitrate führen. Wie der empirische Augenschein zeigt, ist es im Zuge der Nachkriegsentwicklung in der BRD zu einem Fall der Profitrate und einer Abschwächung des Akkumulationstempos gekommen, ein Bruch in der ökonomischen Wachstumodynamik ist jedoch erst Anfang der siebziger Jahre feststellbar.¹³

Dieser Umschlag kann u. E. nicht mit dem von *Marx* von vornherein als *hypothetisch* eingestuften Fall der *absoluten* Überakkumulation erklärt werden.¹⁴ Unsere These lautet demgegenüber, daß ein trendmäßiger Fall der Profit- und Akkumulationsrate, der noch mit einem relativ beschleunigten Kapitalwachstum, d. h. mit einer steigenden Profitmasse einhergehen mag, in *Wirklichkeit* in Form einer *Akkumulationskrise* aufbricht, die das Ergebnis einer Anpassung der Gewinnerwartungen an die langfristig gesunkene Kapitalrentabilität und die sich verengenden Spielräume der Steigerung der Profitmasse ist.

3. „Kleine“ und „große“ Krisen

Diese sich auf der modelltheoretischen Ebene bewegenden Analyseansätze, die hier nur angedeutet werden konnten, müssen zum Zwecke der Realanalyse mit den jeweiligen konkret-historischen Fakten vermittelt werden. Dies soll im weiteren näher ausgeführt werden. In der eingangs erwähnten *Theorie der Regulation* sehen wir einen tragfähigen Ansatz, der zur Überwindung der Kluft zwischen Kategorien mit „reinem“ Status und realhistorischen Fakten beitragen kann. Dieses vor allem im Umkreis des französischen Marxismus

12 J. Glombowski, Kritische Kommentare zur Akkumulationstheorie, in: J. Berger / Ch. Wehrzig (Hrsg.), Was bleibt von Marx? Eine Rückschau der Marx-Rezeption nach der Studentenbewegung, Mehrwert Nr. 25, Berlin 1984, S. 70.

13 Vgl. Dirk Ipsen, Die Stabilität des Wachstums. Theoretische Kontroversen und empirische Untersuchungen zur Destabilisierung der Nachkriegsentwicklung, Frankfurt/New York 1983, S. 210f.

14 Joachim Bischoff / S. Krüger, Überakkumulation und industrieller Zyklus, in: J. Hoffmann, a. a. O., S. 153f.

entwickelte Theoriekonstrukt versucht die Marxsche Analyse des Kapitals im allgemeinen zur Dechiffrierung der „Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft“ mit historischen Entwicklungsphasen des Kapitalismus zu vermitteln, wobei verschiedene Formen der gesellschaftlichen Reproduktion unterschieden werden. Mit ihrer Betonung des *Restrukturierungscharakters* „großer“ Krisen umgeht diese Theorie die mit herkömmlichen Stadienmodellen verbundene Falle, letztlich und manchmal ungewollt eine lineare Entwicklungstheorie des Kapitalismus zu formulieren. Dem *Strukturbruch* einer überzyklischen Akkumulationsphase folgt in der Logik dieser Theorie eine *Phase der Transformation*, in der über Richtung, Intensität und Form einer nächsten Akkumulationsphase entschieden wird. Anstelle unterschiedlicher Stadien differenziert dieses Konzept verschiedene Phasen kapitalistischer Entwicklung, ohne die problematische Behauptung eines zunehmenden Reifungsprozesses des Kapitalismus und eines objektiv notwendig werdenden Übergangs zum Sozialismus noch die These einer „allgemeinen Krise des Kapitalismus“ aufzustellen. Wir wollen die Grundidee dieses Konzeptes im folgenden kurz skizzieren. Eine Schlüsselstellung innerhalb dieser Theorie nimmt der Begriff des Lohnverhältnisses ein, mit dem der Warencharakter der menschlichen Arbeitskraft und der gesellschaftliche Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft auf mehreren Ebenen thematisiert wird:

- als historischer Prozeß der Entstehung des doppelt freien Lohnarbeiters;
- als Organisationstypus des Arbeitsmarktes und damit des Grades der Kontrolle der Arbeiter über ihre Qualifikationen sowie als Maß der Einschränkung der Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen;
- als Form der Entlohnung und des Mischungsverhältnisses zwischen direkten und indirekten, also leistungsbezogenen und sozialpolitischen Lohnelementen;
- als Verhältnis von kapitalistischen, vorkapitalistischen und nichtkapitalistischen Formen der Reproduktion der Arbeitskraft sowie der Beziehungen zwischen privat-familialem und kollektivem Konsum.

Die sich entlang diesen Dimensionen ergebenden Ensemble von Strukturbeziehungen lassen sich als historische Formen der Regulation des Lohnverhältnisses fassen, die dann das Kriterium für unterschiedliche Entwicklungsphasen des Kapitalismus abgeben können. Dank der zentralen Stellung des Lohnverhältnisses erlaubt dieses Konzept, die vielen marxistischen Krisentheorien mit einigem Recht zum Vorwurf gemachte Dichotomisierung von Produktions- und Realisationssphäre gesellschaftlicher Reproduktion zu überwinden, ohne in die Falle der Unterkonsumtion oder des allein nachfrage-theoretischen Keynesianismus zu laufen, vielmehr können beide Bereiche, die Produktions- und Realisierungssphäre, quantitativ und qualitativ miteinander verknüpft werden. Indem das Konzept der Regulation außerdem den Formaspekt gesellschaftlicher Reproduktion hervorhebt, sind die historischen Analysen auch gegen einen vorschnellen modelltheoretischen Ökonomismus gefeit. Und schließlich wird die ökonomisch-technologische Veränderungsdynamik, die die Theorien der langen Wellen dominiert, in einen untrennbaren Zusammenhang mit der sozialen Entwicklungsdynamik gestellt.

Die Grundidee dieses Konzeptes läßt sich in der These zusammenfassen, daß sich der Prozeß der Kapitalakkumulation über längere Zeiträume stets innerhalb eines historisch spezifischen Regulierungstyps vollzieht, der durch die institutionelle Verarbeitung der dem kapitalistischen System innewohnenden Widersprüche ein weitgehend reibungsloses ökonomisches Wachstum sichert. Während „kleine“ oder zyklische Krisen innerhalb der herrschenden Regulierungsformen ihre Bewegungsformen finden, sprengen „große“ Krisen diese Formen und treiben während der Transformationsphase neue Modi der gesellschaftlichen Reproduktion hervor. Diese Differenzierung von Krisentypen läßt sich logisch adäquat und, wie wir meinen, auch realanalytisch in den von uns formulierten theoretischen Zusammenhang von Zyklus und Trend einbauen. Die zyklische oder „kleine“ Krise wurde von uns mit einer Profitsqueeze-These begründet. Die mit der zyklischen Krise verbundene Freisetzung von Arbeitskräften und der Rückgang gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht senken die Lohnquote und schaffen verteilungsseitig die Bedingungen für einen neuen Aufschwung. Indem die Unternehmen durch die Neuanlage von fixem Kapital in dieser Situation auch die Produktionsbedingungen von Profit zu verändern und die Arbeitsproduktivität innerhalb der bestehenden technologischen Produktionslinien zu steigern versuchen, werden im Prozeß der zyklischen Bereinigung aber auch bereits die Keime zukünftiger Verwertungsprobleme bereitet. Das Terrain der Kapitalakkumulation erfährt von Zyklus zu Zyklus eine Veränderung. Die moderne Innovationsforschung konnte zeigen, daß diese Anstrengungen zur Verbesserung der technologischen Produktionsbedingungen in der Phase des überzyklischen Aufschwungprozesses sich in der Tat auf bereits existierende Produktionslinien beziehen, also Produktinnovationen gegenüber Prozeßinnovationen seltener sind.¹⁵

In den zyklischen Bereinigungsprozessen wird der krisengenerierende Widerspruch zwischen Produktion und Markt demnach nur vorübergehend aufgelöst – um den Preis einer Kumulation von Problemlagen für die Verwertung von Kapital, die sich in der „großen“ Krise Luft verschaffen. Mit der von Zyklus zu Zyklus relativ wachsenden Kapitalintensität industrieller Produktion, die von den Zuwächsen der Arbeitsproduktivität nicht mehr kompensiert wird, wird der steigende Kapitalkoeffizient zu einem Hindernis für das Gelingen beschleunigter Akkumulation. Der kapitalintensive Akkumulationsprozeß, der gerade durch die zyklischen Bereinigungen generiert wird, kann infolge der Ausschöpfung von Produktivitätsreserven und dem damit verbundenen Rückgang der Zuwächse der Mehrwertrate sowie der gesunkenen Profitrate nicht länger aufrechterhalten werden. In der „großen“ Krise werden nicht allein die Verteilungsrelationen zwischen Lohn- und Profiteinkommen und die Aufteilung des Profits in Zins- und Unternehmereinkommen neu bestimmt, sondern auch die Regulierungsformen des Lohnverhältnisses – in qualifikatorischer, lohnförmiger, juristischer oder sozialpolitischer Hinsicht – restrukturiert. Im Unterschied zu den zyklischen Bereinigungsprozessen, bei

15 Vgl. Jon Clark / C. Freeman / L. Soete, Long Waves, Invention, and Innovations, in: Freeman (ed.) 1984, p. 63–77.

denen vor allem die durch die entstehende Arbeitslosigkeit veränderten Macht- und Verhandlungspositionen auf dem Arbeitsmarkt verteilungsseitig die Bedingungen für einen neuen zyklischen Aufschwung schaffen, werden im Zuge der „großen“ Krise die gesellschaftlichen Formen der Reproduktion einem Transformationsdruck ausgesetzt. Soziale und technologisch-stoffliche Innovationen innerhalb bestehender Produktionslinien schaffen sich genauso Raum wie versucht wird, neue Verwertungssphären zu erschließen – ohne daß diese allerdings zeitlich oder inhaltlich aufeinander „abgestimmt“ wären. Durch die kapitalistische „Landnahme“ (*Lutz*) noch nicht erschlossener Bereiche wird der Versuch unternommen, neue Entwicklungsperspektiven für kapitalistische Produktion zu erschließen.

Der Strukturbruch mit dem bisherigen Akkumulationsmodell definiert zugleich den Raum für gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die über die Ausgangsbedingungen einer neuen Expansionsphase entscheiden. Bei diesen Auseinandersetzungen geht es – wie sich auch aktuell zeigt – nicht allein um Quantitäten, sondern auch um Form und Richtung zukünftiger Entwicklungen. In der Phase der Transformation kommt weder ein technologischer noch ein ökonomischer Automatismus zur Wirkung. Auch dies unterscheidet „kleine“ und „große“ Krisen voneinander. Wirken im ersten Falle neben dem Mechanismus der industriellen Reservearmee auch noch built-in-stabilizers in Gestalt eines sozialen Sicherungssystems oder einer produktivitätsorientierten Nominallohnnorm als gegenläufige Stabilisierungsmechanismen, so gibt es im zweiten Falle entsprechende strukturelle Korrekturparameter nicht. Zur Disposition stehen in der „großen“ Krise nicht allein die Höhe sozialstaatlicher Leistungen, sondern die Form des Sozialstaates an sich.

4. Ökonomische Blockaden für einen neuen Aufschwung

Daß in der „großen“ Krise die institutionellen Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation zur Disposition stehen, beruht nicht zuletzt auf ökonomischen Blockaden, die eine Lösung der Krise über rein ökonomische Anpassungs- und Bereinigungsprozesse verhindern. Ein solcher Automatismus wird vor allem von der innerhalb der Langen-Wellen-Diskussion in verschiedenen Versionen entwickelten Innovationshypothese nahegelegt. Ihr generelles Argument lautet, daß es Basisinnovationen und vor allem Produktinnovationen sind, die neue Märkte und hohe Einkommens- und Beschäftigungseffekte generieren. Infolge der Input-Output-Verflechtung der Ökonomie sind Produktinnovationen jedoch immer auch Prozeßinnovationen. Nur für Produkte, die ausschließlich Konsumgüter sind, trifft dieser Doppelleffekt nicht zu. Gegenwärtig stellt die Mikroelektronik die einzige neue Basistechnologie dar, die bereits Mitte der 70er Jahre technische Anwendungsreife erreicht hat. Sie wird von den Unternehmen vorrangig als radikale Rationalisierungstechnologie genutzt. Der wesentliche Grund dafür ist ein verändertes Investitionsverhalten der Unternehmen seit Anfang der 70er Jahre, das durch ein relatives Übergewicht von Rationalisierungs- gegenüber Erweiterungsinvestitionen ge-

kennzeichnet ist. Dieses Investitionsverhalten muß vor dem Hintergrund der überzyklischen Akkumulationskrise interpretiert werden: durch technologische Modernisierung und entsprechende Stückkostensenkung versuchen die Unternehmen ihre Marktpositionen zu halten und ihre individuelle Rentabilität zu verbessern. Da gleichzeitig die Investitionsaktivität insgesamt abgenommen hat, führt aber das relative Übergewicht der Rationalisierungsinvestitionen dazu, daß die Kapitalintensität rascher wächst als der Kapitalstock. Die Folge ist, bei weitgehend unveränderter Arbeitszeit, ein Abbau von Beschäftigung und effektiver Nachfrage. Diese Nachfragereduktion, welche selbst ein Reflex des technologischen Kostensenkungs- und Verdrängungswettbewerbs ist, zeigt sich in der Bundesrepublik in einem langsameren Wachstum des Sozialprodukts im Vergleich zu dem der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Betrachtet man nur den Bereich der Industrie, für den diese Produktions-Produktivitäts-Schere auch in anderen Ländern nachweisbar ist,¹⁶ so läßt sich in bezug auf die BRD eine weitgehende Konstanz des Produktivitätstemplos in den letzten dreißig Jahren feststellen. Dieser relativ unveränderte Trend des Produktivitätsfortschritts ist gleichsam das Ergebnis zweier gegenläufiger Einflüsse: der generell verlangsamten Akkumulationsaktivität seit den 70er Jahren, welche eher negativ auf das Produktivitätswachstum wirkt, bei gleichzeitiger Zunahme produktivitätssteigernder Rationalisierungsinvestitionen.

Wir haben an anderer Stelle¹⁷ ausführlich dargelegt, daß eine Schließung dieser Produktions-Produktivitäts-Schere allein über marktwirtschaftliche Mechanismen – z. B. die Kompensationseffekte in der „Rationalisierungsgüterproduktion“ (sog. Maschinenherstellungsargument) oder einen rationalisierungsbedingten kapitalsparenden technischen Fortschritt (Senkung des Kapitalkoeffizienten) – wenig wahrscheinlich ist. Vielmehr verfängt sich das ökonomische System in einem pathologischen Stagnationszirkel, welcher Hoffnungen auf einen rein technologischen Ausweg aus der Krise untergräbt. Noch stärker kann dieses Vertrauen erschüttert werden, wenn man jene Blockaden untersucht, die sich aus der Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation in der gegenwärtigen Stagnationsphase ergeben.

Um dieses Argument zu entfalten, ist es notwendig, die bisher ausgeklammerte Realität des internationalen Geld- und Kreditsystems in die Überlegungen einzubeziehen. Die Internationalisierung der Geld- und Kreditmärkte begann bereits in den 50er und 60er Jahren und setzte sich nach der Freigabe der Wechselkurse im Jahre 1973 beschleunigt fort. Sie hat bis Anfang der 80er Jahre eine Situation geschaffen, die mit Scharpf¹⁸ treffend als „Verlust der nationalen Zinssouveränität“ bezeichnet werden kann. Dieser Souveränitätsverlust nationalstaatlicher Geldpolitik erwies sich vor dem Hintergrund ansteigender Realzinsen in allen kapitalistischen Ländern seit 1979 als ein wesentli-

16 Vgl. Elmar Altvater/K. Hübner/M. Stanger, *Alternative Wirtschaftspolitik*.

17 Kurt Hübner/M. Stanger, *Ein technologischer Ausweg aus der Krise?*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 6/86.

18 Fritz W. Scharpf, *Wirtschaftspolitische Optionen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit*, in: *Arbeit* 2000, Hamburg 1985, S. 12.

ches Hindernis für eine beschleunigte Akkumulation. Zinssenkungen im nationalstaatlichen Alleingang waren wegen drohender Kapitalabflüsse und entsprechender Abwertungen, die die Gefahr einer Abwertungs-Inflations-Spirale beinhalten, kaum möglich.

Das hohe Realzinsniveau, dessen Ursachen noch zu erläutern sein werden, hat einerseits die user costs of capital drastisch verteuert und andererseits die Attraktivität von Finanzinvestitionen erhöht. Deutlich zeigt sich dies im Rückgang des Anteils der Nettoinvestitionen an den Unternehmerngewinnen: in der BRD ist er von 39,9 Prozent im Jahre 1973 auf 25,6 Prozent in 1982, in den USA von 30,5 Prozent auf 11,5 Prozent und in Großbritannien sogar von 31,5 Prozent auf 10,6 Prozent gesunken. Dieser Rückgang verdeutlicht schlagend die Bedeutung des Zinssatzes für das private Investitionsverhalten. In Anlehnung an *Keynes* kann angenommen werden, daß die Unternehmen ihre reale Investitionsaktivität erhöhen, wenn die erwarteten Profite auf Investitionen (marginale Kapitalrentabilität) den Kapitalmarktzinssatz – die Verwertungsrate für langfristige zinstragende Kapitalanlagen – übersteigen. Im Unterschied zu *Keynes* ist allerdings mit *Marx* davon auszugehen, daß die Profiterwartungen der Unternehmen nicht bloß vom „Zustand des Vertrauens“¹⁹ abhängen, sondern ihre materielle Basis in der durchschnittlichen Kapitalrentabilität haben, in der sich die Produktions- und Realisierungsbedingungen von Profit synthetisch ausdrücken. Allerdings kann dieser Zusammenhang durch Unsicherheitsmomente, die selbst durch die Krise bestimmt sind, kurzfristig durchbrochen werden. Es stellt sich nun die Frage nach den Ursachen des hohen Realzinsniveaus seit Ende der 70er Jahre, das zur Verselbständigung der Geldkapital- gegenüber der Realkapitalbildung geführt hat.

Bis Anfang der 70er Jahre war das Zinsniveau im Trend noch niedrig und hat positiv auf den realen Akkumulationsprozeß gewirkt. Durch hohe Inflationsraten und den Kollaps des Wechselkursregimes von Bretton Woods sowie den gleichzeitigen Eintritt in die Weltwirtschaftskrise wurde jedoch von den nationalen Notenbanken verstärkt eine restriktive Geldpolitik eingeleitet. In dieser Situation sahen sich die Unternehmen, die gleichzeitig einen krisenhaften Rückgang ihrer Kapitalrentabilität verzeichneten, veranlaßt, ihre Profite zu einem erheblichen Teil zur Verringerung ihrer Fremdverbindlichkeiten zu verwenden. Ziel dieser Strategie war, auf diesem Wege ihre cash-flow-Position zu verbessern, die durch hohe Nominalzinssätze unter Druck geraten war. In dieser Phase ging es den Unternehmen vorrangig nicht um einen Vergleich zwischen Kapitalrentabilität und Realzinssatz. So war nach Berechnungen der OECD die „pure“ Profitrate Mitte der 70er Jahre noch positiv. Vielmehr strebten die Unternehmen eine Ökonomisierung ihrer liquiden Mittel in einer Situation hoher Unsicherheit an. Die verfügbaren Mittel wurden in kurzfristige Finanzanlagen investiert, denen primär die Funktion der Wertaufbewahrung zukam.

Kehrseite dieser nicht-investiven Verwendung der Akkumulationsfonds war

19 John M. Keynes, *Allgemeine Theorien der Beschäftigung, des Zins und des Geldes*, Berlin 1936, S. 125.

der Aufbau einer „Plethora von Geldkapital“ (*Marx*) im nationalen und internationalen Bankensystem. Durch die Petro-Dollarüberschüsse der OPEC-Länder wurde dieses Volumen internationaler Liquidität noch ausgeweitet.²⁰

Diese Liquidität, die überwiegend aus kurzfristigen Einlagen bestand, bildete die Basis für die Vergabe langfristiger Kredite vor allem an Länder der Dritten Welt, die auf den ersten Blick eine Strategie der „verschuldeten Industrialisierung“ verfolgten. Mit der Weltwirtschaftskrise seit Mitte der 70er Jahre stieß jedoch diese Strategie auf Grenzen. So wurden zunächst die Exportmöglichkeiten beschnitten, um die für den Schuldendienst erforderlichen Deviseneinnahmen zu erwirtschaften. Die Folge war eine wachsende Nachfrage nach Neukrediten und entsprechend ein Anstieg des internationalen Zinsniveaus, der durch Risikoaufschläge der Banken stabilisiert wurde. Zu diesem Zinsdruck nach oben, der durch die innerhalb der Metropolen selbst gestiegene Zahlungsbilanzkreditnachfrage zusätzliche Antriebe erhielt, kam ein weiteres Problem. Da ca. drei Viertel aller Kredittransaktionen in US-Dollar vorgenommen werden, erhöhte sich mit dem zusätzlichen Kreditbedarf auch die Nachfrage nach dieser Währung. Das Ergebnis war die Ende der 70er Jahre einsetzende Aufwertung des US-Dollars auf den internationalen Devisenmärkten. Mit dieser Entwicklung sind zwei Konsequenzen verbunden, die in unserem Zusammenhang von zentraler Bedeutung sind:

Erstens stellen Finanzinvestitionen aufgrund des verfestigten Zinsniveaus inzwischen eine lukrative Verwertungsalternative dar. Die liquiden Fonds werden daher – im Unterschied zur ersten Phase des Krisenprozesses – nicht aus Unsicherheitsgründen bloß „geparkt“, sondern unter ertragswirtschaftlichen Gesichtspunkten angelegt. In Verbindung mit der vorherrschenden Rationalisierungskonjunktur befestigt diese Verselbständigung der Geldkapitalbildung die Stagnation der realen Akkumulation und bewirkt eine Änderung des Zyklennusters.

Zweitens haben das Hochzinsniveau und die Dollaraufwertung die Labilität der kapitalistischen Weltwirtschaft zusätzlich erhöht. So hat die Aufwertung des Dollars das Handelsbilanzdefizit der USA derart vergrößert, daß das durch die hohen Zinsen angelockte Geldkapital zunehmend der Finanzierung der Warenimportüberschüsse dient. Darüber hinaus werden die Kapitalimporte durch die steigende Staatsverschuldung absorbiert, in der sich die Anstrengungen der *Reagan*-Administration zur Restabilisierung der militärischen Hegemonie der USA ausdrücken. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß die US-Banken die von ihnen gehaltene internationale Liquidität immer weniger zur Versorgung der Weltwirtschaft und vor allem der verschuldeten Entwicklungsländer verwenden. Zwischen den USA und den Schuldnerländern entbrannte daher ein Wettlauf um anlagesuchendes Geldkapital, das das hohe Zinsniveau stabilisierte und dessen erfolgreicher Ausgang zugunsten der USA unmittelbarer Anlaß der Schuldenkrise des Jahres 1982 war.

Die seit 1986 beobachtbare Dollarabwertung und Zinssenkung mögen, in

20 Alexander Schubert, Die internationale Verschuldung. Die Dritte Welt und das transnationale Bankensystem, Frankfurt/M. 1985, S. 38 ff.

Verbindung mit dem gleichzeitig fallenden Rohölpreis, gegen diese Schlußfolgerungen sprechen. Doch der Schein trügt. War die allein schon aufgrund des erdölintensiven Wachstumstyps der kapitalistischen Metropolen marktpolitisch durchsetzbare Anhebung der Rohölpreise Anfang der 70er Jahre durch die OPEC-Staaten auch eine Reaktion auf die Entwertung des „Petro-Dollars“ durch die Inflation in den kapitalistischen Industrienationen und den Kursverfall des Dollars im System von Bretton-Woods, so ist der gegenwärtig feststellbare Rückgang des Dollarpreises für Rohöl vor allem eine verspätete Anpassung an den sowohl krisen- als auch einsparbedingt gesunkenen Energieverbrauch in den rohölimportierenden Industrieländern. Angesichts der nach wie vor ungelösten internationalen Verschuldungsprobleme, die durch den Rohölpreisverfall – wie im Falle von Mexiko – sogar noch verschärft werden, ist aber mit einer mittelfristigen Fortsetzung der Zinssenkung und Dollarabwertung kaum zu rechnen. Nicht zuletzt die „Zwillingsdefizite“ der USA markieren eine nicht unterschreitbare Untergrenze sowohl des US-amerikanischen und damit internationalen Zinsniveaus als auch des Wechselkurses des Dollars.

5. Fazit

Ein ökonomischer Mechanismus, der das Vertrauen auf einen technologischen Ausweg aus der Krise rechtfertigen könnte, läßt sich nicht benennen. Diese These setzt der neokonservativen Politik einer Modernisierung der Volkswirtschaft enge Grenzen. Mögliche Expansionswirkungen technologischer Neuerungen bleiben infolge der Produktions-Produktivitäts-Schere äußerst beschränkt. Eine denkbare exportseitige Wachstumsdynamik findet ihre Grenze in den krisenhaften Strukturen des realen und monetären Weltmarktes. Vor allem die monetäre Despotie der USA, wie sie in der seit 1984/85 eingenenommenen Nettokapitalimportposition zum Ausdruck kommt, stellt ein Krisenpotential dar, dessen Tragweite heute u. U. noch gar nicht präzise abzuschätzen ist. Aber nicht allein die ökonomischen und wirtschaftspolitischen Manöver der USA bewirken eine ständige Destabilisierung des weltwirtschaftlichen Akkumulationszusammenhangs. Ein aktueller Testfall für die Stabilität der kapitalistischen Weltwirtschaft ist der dramatische Rückgang des Weltmarktpreises für Rohöl, der im übrigen in recht plastischer Weise die Strukturveränderungen der letzten Jahre konturiert. Auch wenn diese Preisbaisse in mittlerer Frist wieder überwunden wird, zeigt sich an diesem Beispiel doch die labile Verfassung des Weltmarktes. Was für die Käufer dieses Produkts den Kostpreis ihrer Produktion senken mag, zeitigt bei den Verkäufern weitreichende Einnahmenschwünge. Diese bewirken nicht nur eine weitere Abnahme der zur Anlage verfügbaren freien internationalen Liquidität, sondern verschärfen auch die Instabilitäten der kapitalistischen Weltwirtschaft. Sehr schnell zu spüren bekommen hat dies Großbritannien, der derzeit zweitgrößte Erdölproduzent der Welt, dessen Währung eine rasante Talfahrt erlebt. Besonders betroffen ist beispielsweise ein Land wie Mexiko, das nicht allein den größten Teil seiner Deviseneinnahmen aus dem Verkauf von Erdöl er-

zielt, sondern mit mittlerweile knapp 100 Mrd. US-Dollar zu den größten Schuldnern zählt (nach den USA und Brasilien). Erst unlängst wurde von der mexikanischen Regierung angekündigt, in diesem Jahr keine Zinszahlungen zu leisten (Tilgungszahlungen sind bereits seit einiger Zeit via Umschuldungen in die Zukunft verschoben). Dies ist selbstverständlich ein überaus kritischer Punkt für das Bankensystem: Müßten die Kredite – bezogen auf das US-Bankensystem – nämlich abgeschrieben werden, dann wäre eine breitere Konkurswelle zu erwarten.

Diese Entwicklung, den worst case eines internationalen Bankenzusammenbruchs einmal ausgeschlossen, wird auf alle Fälle Auswirkungen auf das Zinsniveau und auch die Wechselkursstrukturen haben: Das Unsicherheitsmoment bei Investitionsentscheidungen wird neue Nahrung erhalten und, so die Vermutung, das von uns beschriebene Investitionsverhalten weiter perpetuieren.

Unsere These der Nichtexistenz eines ökonomischen Mechanismus zur Lösung der Krise bedarf zweier weiterer Präzisierungen:

Erstens verkennen wir damit nicht die seit einigen Jahren laufenden Umstrukturierungen nationaler Produktionsprozesse, die, wie sich zeigt, zu steigenden Profitquoten und Profitraten führen können. Wir wollen lediglich darauf verweisen, daß dieses Entwicklungsmuster das Beschäftigungsproblem in keiner Weise wird lösen können und damit die Handlungsbedingungen gewerkschaftlicher Politik, wird nicht der Weg einer reinen Partikularvertretung beschritten, weiter erschweren wird.

Zweitens verweist das Fehlen eines ökonomischen Mechanismus mit Nachdruck auf die Politikhaftigkeit eines solchen Weges, also auch auf seine Gestaltungsfähigkeit.

Allerdings sind viele potentielle Politikparameter der nationalen Kontrolle und Steuerbarkeit entzogen. Konzepte einer Modernisierung sozialdemokratischer und/oder grüner Provenienz greifen insofern zu kurz, als sie sich allein auf die BRD-Ökonomie beschränken. Für die beiden Erstgenannten gilt – trotz aller Unterschiede –, daß letztlich allein versucht wird, dem BRD-Kapital eine möglichst gute Ausgangsposition im internationalen Konkurrenzkampf zu verschaffen, und zwar mittels Produkt- und Prozeßinnovationen. Im weltwirtschaftlichen Kontext gesehen, handelt es sich um offensive beggarthy-neighbour-Politiken, die, soweit sich nationale Gewerkschaftsbewegungen daran aktiv beteiligen, auch die nationalen Arbeiterbewegungen miteinander in Konkurrenz setzen. Technologische Innovationen sind nun aber nicht auf die industriellen Sektoren beschränkt, sondern erstrecken sich auch auf das Feld des tertiären Sektors, der Dienstleistungen im weitesten Sinne. Das Schlagwort der Informationsgesellschaft suggeriert gar, daß die Produktion immaterieller Informationen schon in naher Zukunft die Produktion materieller Waren übertreffen wird. Zu den Dienstleistungen gehören nicht allein informationsproduzierende Sektoren, sondern bekanntlich auch die traditionellen dienstleistenden Bereiche. In den USA ist es wesentlich dieser Sektor, dem das rapide Wachstum der Beschäftigung zu verdanken ist: Die Kommodifizierung vieler bislang nicht-marktförmig organisierter Bereiche des ge-

sellschaftlichen Lebens hat einen unvergleichlich größeren Anteil am Beschäftigungszuwachs in den USA als die neugeschaffenen Arbeitsplätze im High-Tech-Sektor. Der Kapitaleinsatz ist in diesen Bereichen relativ gering; allerdings ist auch das Arbeitsproduktivitätsniveau niedrig. Für eine Expansion dieses Sektors ergibt sich daraus folgende Voraussetzung: Hohe Zuwachsraten und damit Beschäftigungsmengen sind nur zu realisieren, wenn Löhne (und Lohnnebenkosten) im Vergleich zu den Lohnkosten anderer Bereiche ausgesprochen niedrig sind. Dies genau ist in den USA der Fall: Diese Jobs sind schlecht bezahlte, abrufbare Teilzeitarbeitsplätze, ohne sozialstaatliche Absicherungen, ohne gewerkschaftliche Schutzmöglichkeiten. Also mit Sicherheit kein gewünschter Weg aus der Beschäftigungskrise.

Soweit es um produktionsbezogene Dienstleistungen geht, dürften die Beschäftigungshoffnungen nicht allzu rosig aussehen. Denn die neuen Technologien zeichnen sich gerade dadurch aus, daß sie einen Gutteil der Rationalisierungsbarrieren beispielsweise im Büro- oder auch Bankenbereich durchbrechen. Erhöhte Freisetzungen sind also auch hier zu erwarten. Blicke das schwedische Modell einer Ausweitung der unter staatlicher Regie organisierten Dienstleistungen, vor allem der sozialen Dienste. *Scharpf* hat für diese Krisenüberwindung mit Recht darauf verwiesen, daß dieses Modell nur geringe Chancen einer Übertragbarkeit hat, vor allem, weil es in einer Weise finanziert ist, wie dies in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik nicht vorstellbar ist. Wir wollen nicht in schierem Pessimismus machen. Auch scheint uns die Schlußfolgerung von *Scharpf* – es gibt für den Rest des Jahrzehnts für die Massenarbeitslosigkeit keine technokratische, sondern allenfalls eine moralische Lösung, welche ein von der gesamten Gesellschaft getragenes Solidaropfer erfordert – in die falsche Richtung einer linken Austerität zu führen. Einem Teil der Aussagen *Scharpfs* können wir gleichwohl zustimmen: Technokratische Lösungen aus der Krise gibt es nicht – genausowenig wie ökonomische Automatismen. Der Ausgang der „großen“ Krise der achtziger Jahre hängt wesentlich von dem mit der „konservativen Wende“ schon längst eingetzten Kampf um die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen der weiteren ökonomischen Entwicklung ab. Diesen Kampf allerdings mit Rückzugsgefechten auf die Bastionen des sozialstaatlich-keynesianischen Akkumulationsmodells der Prosperitätsphase führen zu wollen, wäre ein fataler Irrtum, der nur zu Lasten der linken Kräfte gehen würde.

Umbau der Industriegesellschaft – ein realistisches Konzept der Gesellschaftsveränderung der GRÜNEN*

Hubert Kleinert

1. Konturen eines linken Alternativkonzepts – 2. Interventionsansätze ökologischer Strukturreformen – 3. Soziale Umbaumaßnahmen – 4. Demokratisierung – 5. Ein reformpolitischer Weg

Über die Krisenphänomene, die die gegenwärtige Entwicklungsphase des Kapitalismus in internationalem Maßstab hervorgebracht hat, ist in der linken und grünen Diskussion recht schnell Einigkeit zu erzielen. Allzu offensichtlich treten mit Massenerwerbslosigkeit, neuer sozialer Armut und wachsender Zerstörung von Natur und Umwelt die Schattenseiten eines Wirtschaftssystems zum Vorschein, das die private Kapitalverwertung als Triebfeder und Mittelpunkt der Ökonomie hat. Minderwertige oder vergiftete Nahrungsmittel, gesundheitsschädliches Trinkwasser, schadstoffbelastete Atemluft, das Absterben ganzer Ökosysteme – all dies weist unübersehbar auf die Folgen einer Produktionsweise hin, die auf ökologische Notwendigkeiten allenfalls am Rande Rücksicht nimmt. Die vielgerühmte internationale Wettbewerbsfähigkeit der BRD-Ökonomie ist begleitet von einer Verfestigung der Massenerwerbslosigkeit und der Ausgrenzung ganzer Gruppen der Gesellschaft. Unter dem Leitmotiv „Gesundung der Staatsfinanzen“ ist in den letzten Jahren ein Sozialabbau durchgesetzt worden, der das bei weitem übertrifft, was schon in der Spätphase der Sozialliberalen eingeleitet worden war. Die Umverteilung von unten nach oben wurde dramatisch verschärft, die Schere in der Einkommensverteilung hat sich in den letzten Jahren weiter geöffnet. Gleichzeitig hält die Diskriminierung von Frauen als Manövriermasse für den Arbeitsmarkt an. Wo sie überhaupt eine Beschäftigung finden, müssen sie in aller Regel untergeordnete und schlechter bezahlte Positionen übernehmen.

Die Analyse dieser Phänomene wird nicht sonderlich strittig sein. Selbst eine tiefer angesetzte Krisenanalyse, die die Frage nach dem Charakter der ge-

* Der Aufsatz bezieht sich in den zentralen Grundüberlegungen auf den Programmentwurf „Umbau der Industriegesellschaft – Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung“, vorgelegt von einer Redaktionsgruppe der GRÜNEN unter Federführung von H. Kleinert, J. Müller, E. Stratmann und H. Verheyen, Bonn 1986.

genwärtigen Krise thematisiert, muß so kontrovers nicht diskutiert werden. Allzu deutlich hat sich längst herauskristallisiert, daß es sich nicht um eine zyklische Akkumulationskrise handelt, sondern um tiefgreifende strukturelle Wandlungen der gesamten kapitalistischen Ökonomie. Die Schrumpfung des industriellen Sektors, eine sprunghafte Entwicklung der Technologie, die ökologische Krise, die deutlich gemacht haben, daß die Unschuld der Produktivkräfte vorbei und es eben nicht nur eine Frage der Anwendung ist, welche Rolle sie im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß spielen – zumindest aus meiner Sicht sind diese Tendenzen derart unübersehbar, daß darüber in der linken Diskussion kein großer Streit geführt werden muß. Und wir alle kennen zumindest die ersten Ergebnisse der neokonservativen und neoliberalen Politikmuster: Die Akkumulationsbedingungen des Kapitals sind erheblich verbessert worden, der Aufschwung ist gekommen, doch die versprochene Senkung der Massenerwerbslosigkeit ist ausgeblieben; in der BRD nicht anders als in anderen westlichen Ländern unter der Hegemonie der Konservativen.

1. Konturen eines linken Alternativkonzepts

Schwieriger wird es dort, wo es um die Alternativen der Linken heute geht. *Was sind die Konturen eines linken Alternativkonzepts jenseits der bloßen Utopie und der sozialistischen Wunschvorstellung?* Angesichts der Renaissance des Marktgedankens in der Linken, angesichts der offensichtlichen ökonomischen Probleme der realsozialistischen Länder, angesichts des Scheiterns selbst der zaghaften Reformpolitik der französischen Linksregierung nach 1981, keine ganz leichte Frage. Gibt es noch einen anderen reformistischen Weg jenseits der Glotzschen Partnerschaft mit dem Kapital? Was sind überhaupt die Spielräume für einen nationalen Sonderweg der BRD?

Die GRÜNEN sind seit ihrer Entstehung theoretisch und praktisch Ausdruck einer Kritik am industrialistischen Fortschrittsmodell. Dies unterscheidet die GRÜNEN von allen Varianten der „klassischen“ Linken, die „nur“ die Macht- und Verteilungsfragen im Produktionsprozeß im Auge hatten, weniger die stoffliche Struktur der Produktion selbst – von einigen kulturkritischen Sonderwegen des Marxismus einmal abgesehen. Dieser Unterschied wird sich auch in der politischen Alternative kenntlich machen, die hier zur Debatte steht.

Die Veränderung der stofflichen Seite der Produktion, die Harmonisierung des Produktionsprozesses mit ökologischen Notwendigkeiten, dies ist zunächst der zentrale Ausgangspunkt für unsere Überlegungen. Es geht um einen Prozeß des grundlegenden ökologischen Strukturwandels, der in wichtigen Bereichen des industriellen Sektors Veränderungen in der Struktur der Produktion ermöglicht. Abbau, Neubau und Umbau ganzer Branchen steht an und entsprechend die Ausschöpfung aller politisch probanten Mittel, solche Prozesse einleiten zu können. Damit aber ist eine Aufgabe formuliert, die sich die klassische Linke kaum gestellt hat. Und wenn doch, dann ist sie stets mit großem Zukunftsoptimismus angegangen worden – nicht die Produktiv-

kräfte waren das Problem, stets nur ihre Anwendung.¹ Und auch reformistische Politik war immer nur auf Grundlage hoher Wachstumsraten vorstellbar – ein Problem, das die linken Sozialdemokraten schon nach 1974 arg beschäftigt hat.

Auf diesem Hintergrund der Thematisierung der stofflichen Seite der Produktion stellt sich dann die Frage der Verteilung von Arbeit und Gütern, die Frage der Kontrolle der Arbeitsbedingungen und der Entfaltung am Arbeitsplatz – all die Kernfragen nach Eigentums- und Machtverhältnissen, nach Markt und Plan, nach Räten und Privateigentum, die seit Jahrzehnten die Debatten der Linken beherrschen. Aber auch an dieser Stelle muß eine weitere Priorität ergänzt werden: Gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen heißt auch gerechte Verteilung zwischen den Geschlechtern.

Auch die bundesdeutsche Linke ist in den vergangenen Jahren von theoretischen und politischen Verunsicherungen und Neuansätzen ergriffen worden. Die Kritik an den bürokratischen Erscheinungsformen des klassischen Sozialstaatsprojekts hat durchaus Anhänger gefunden, marktwirtschaftliche Überlegungen und Lösungsansätze haben in der Linken einen vor zehn Jahren nie vermuteten Aufschwung genommen; das Schlagwort vom „Anti-Etatismus“ macht die Runde. Schon ist es wieder einige Jahre her, als die Rede war von der „Krise des Marxismus“. Angesichts derartiger Verunsicherung und dem Suchen nach strategischen Neuansätzen ist die Frage, wie denn die inhaltlichen Konturen der Alternativen aussehen könnten, um so bedeutsamer.

Verträumte Ausstiegsillusionen werden die ökologische Krise sowenig lösen wie die soziale Frage. Ebensowenig freilich kann ein bißchen ökologische Kosmetik und soziale Abfederung eine sinnvolle Perspektive eröffnen. Wir brauchen einen fundamentalen Wandel, wir brauchen den Umbau dieser Industriegesellschaft.

Ein Umbau, der um Eingriffe in vorhandene industrielle Strukturen sowenig herumkommen wird wie um den Konflikt mit mächtigen Fraktionen des Kapitals. Ein Umbau, der die Veränderung von Bewußtsein und Konsumverhalten ebenso einschließt wie er sie verbindet mit dem Ausschöpfen staatlicher Handlungsspielräume. Die Stärkung von Bürgerrechten, der Ausbau von Vetopositionen der von staatlichen Entscheidungen Betroffenen, wird dabei zentrales Mittel einer Strategie der ökologischen Investitionsumlenkung sein müssen.

2. Interventionsansätze ökologischer Strukturreformen

Wenn davon auszugehen ist, daß schon die dringend notwendige Sanierung von Naturgrundlagen ohne Eingriffe in vorhandene Industriestrukturen nicht möglich sein wird, dann stellt sich natürlich die Frage nach den entsprechenden politischen Hebeln und Instrumenten. Im Rahmen einer politischen Stra-

¹ Marx setzte die gesellschaftliche Aneignung des Produktionsapparates voraus, ohne die Entfaltung der materiellen Produktivkräfte in Frage zu stellen – es ging um die gesellschaftliche Form der Produktivkraftentwicklung, nicht um deren Grenzen.

ategie der ökologischen Strukturreformen bieten sich im wesentlichen vier Interventionsansätze an: Die staatliche Gesetzgebung, der Einfluß der staatlichen Nachfragetätigkeit auf die Ökonomie, ein System ökologisch begründeter finanzieller Belastungen und Entlastungen, also ökologische Sonderabgaben, sowie die Ausweitung von Bürger- und Betroffenenrechten als Mittel einer indirekten Steuerung von Investitionstätigkeit. So umstritten jeder einzelne Weg im Lichte jeweils spezifischer historischer Erfahrungen sein mag, zum Versuch einer Kombination dieser unterschiedlichen Mittel und Wege gibt es m. E. keine Alternative. Eine solche Strategie wird sich also marktwirtschaftlicher und „nichtmarktwirtschaftlicher“ Mittel gleichermaßen zu bedienen haben.

Gesetzliche Maßnahmen bis hin zu Produktions- und Vertriebsverboten sind in bestimmten Bereichen der chemischen Industrie unumgänglich, wenn die chemische Zeitbombe wirklich entschärft werden soll. Verbote und Gebote allein sind freilich ein unzureichendes Mittel zur Ingangsetzung des gewünschten ökologischen Strukturwandels. Umweltverträglichkeitsprüfungen und Technikfolgenabschätzung für neue Produkte, über deren institutionelle Umsetzung noch detaillierter nachzudenken wäre, sind als Chance zur Einflußnahme auf die Technologieentwicklung unumgänglich.

Die Vorstellung einer ökologisch verträglicheren Ökonomie allein auf dem Wege des Einsatzes staatlicher Machtmittel ist jedoch reichlich naiv und stellt die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Kapitalismus geradezu auf den Kopf. Denn sie setzte eine Chance zur vollständigen Regulierung des ökonomischen Prozesses durch den politischen Hebel der Gesetzgebung voraus, und das ist vollständig undenkbar, solange die Grundstrukturen dieser Gesellschaft kapitalistischen Charakter haben. Ökologischer Strukturwandel wird deshalb auch nur dann möglich werden, wenn zu geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen (Grenzwerte, Produktionsverbote usw.) auch ökologisch begründete finanzielle Entlastungen und Belastungen treten. Das bedeutet in einem gewissen Umfange nicht nur den Konflikt mit dem Kapital, es setzt auch auf die Bereitschaft wenigstens von Teilen der privaten Industrie, zu ökologischen Produktionsumstellungen zu kommen, in anderen Branchen zu investieren usw. Wir haben deshalb als GRÜNE im Umbauprogrammentwurf verschiedene Sonderabgaben benannt, die unmittelbar an der Quelle der ökologischen Zerstörung greifen könnten. Wir haben u. a. eine Verdreifachung der Abwasserabgabe vorgeschlagen, eine Grundchemikalienabgabe, eine Schadstoffabgabe für die Kraftwerksbetreiber und industriellen Luftverschmutzer, eine Verpackungsabgabe, eine Lkw-Verkehrsabgabe usw. Umgekehrt müssen zur Einführung umweltverträglicher Technologien auch finanzielle Anreize geboten werden.

Als Produzent von Waren und Dienstleistungen sowie als Auftraggeber für die Privatwirtschaft hat der Staat einen unmittelbaren Einfluß auf die Produktion und die Angebotsstruktur der Volkswirtschaft. Allein über die Ausgestaltung der Staatshaushalte kann eine beträchtliche Steuerungs- und Umlenkungswirkung erzielt werden. Und wenn der Staat bei der Einführung umweltverträglicher Technologie und Produktion eine Vorreiterrolle übernimmt

und etwa durch gezielte Forschungspolitik zur Ökologisierung der Ökonomie beiträgt, kann auch dies ein wichtiges Mittel sein für eine ökologische Strukturpolitik. Allein der Stopp der gigantischsten ökologischen Verschwendungsprojekte, die aus öffentlichen Mitteln gefördert oder finanziert werden, würde eine enorme Finanzmasse frei werden lassen, die entsprechend sinnvoll eingesetzt werden könnte.

Schließlich bleibt das Mittel des Ausbaus von Informations- und Einspruchsrechten. Ein Verbandsklagerecht für Umweltverbände, ein umfassendes Einsichtsrecht in betriebliche und behördliche Umweltakten für jede einzelne Person und Organisation – auch dies hätte einen indirekten Lenkungseffekt.² In diesen Zusammenhang gehört auch das Umwelthaftungsrecht. Ein Umwelthaftungsrecht, das nach japanischem Vorbild das Kausalitäts- durch das Plausibilitätsprinzip ersetzt und damit das finanzielle Risiko für die Verursacher entsprechend vergrößert, hätte gewiß Rückwirkungen auf Investitionsentscheidungen.

Eingriffe und Strukturwandlungen, Veränderungen in der stofflichen Gestalt des Produktionsprozesses sind vorrangig notwendig in der Energiewirtschaft, in der Chemieindustrie, natürlich bei der Rüstung, im Bereich Verkehr, beim Aufbau einer abfallwirtschaftlichen Infrastruktur, bei Wohnungsbau und neuen Medien.

Energiepolitik und Struktur der Energiewirtschaft müssen sich von Grund auf ändern. Dabei geht es nicht nur um den Ausstieg aus der Atomindustrie und damit das Schleifen einer besonders kräftigen Bastion des Kapitals – schwierig genug. Es geht um eine Rekommunalisierung der Energiepolitik, um den Aufbau einer ganz neuen Struktur, die optimale Einsparpotentiale mit einer umweltverträglichen Kohlenutzung, einer besseren Ausnutzung der vorhandenen Primärenergie und einer einsparorientierten Energiepreisgestaltung verbindet.

In der Chemieindustrie geht es auch um den Abbau von bestimmten Kapazitäten. Das ist schwierig, und das Arbeitsplatzargument hat in Zeiten von 2,5 Millionen registrierter Erwerbsloser sicher besonderes Gewicht. Doch wer hier kurzfristig mit dem Arbeitsplatzargument die notwendigen Eingriffe abblocken will, der verkennt nicht nur das Ausmaß an realen Gefährdungen für Mensch und Natur, er verkennt auch die längerfristigen Auswirkungen dieser Risiken für die Menschen selbst.

Niemand will das Autofahren verbieten. Doch die Kosten des Autoverkehrs müssen an die Kosten angepaßt werden, die der Autoverkehr tatsächlich volkswirtschaftlich verursacht. Die Gelder für den Straßenbau müssen in den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel fließen. Der Aufbau eines attraktiven öffentlichen Verkehrssystems bietet zugleich ein wichtiges Feld für sinnvolle ökologische Zukunftsinvestitionen. Hier bieten sich Chancen, die auch für die Konversion der Rüstungsindustrie genutzt werden können.

Eine präventive ökologische Strukturpolitik geht vom Leitbild einer diffe-

² Es ist nicht nur ein notwendiger Schritt in Richtung Demokratisierung der Gesellschaft, es wäre zugleich auch Mittel zur Initiierung des ökologischen Strukturwandels.

renzierten ökonomischen Entwicklung in den verschiedenen Sektoren der Ökonomie aus. Es geht darum, die zu Gebote stehenden Steuerungskapazitäten sowohl für einen Abbau vorhandener Produktionsaktivitäten dort, wo hohe soziale und ökologische Folgekosten zu erwarten sind, als auch für einen Aufbau neuer Produktionsaktivitäten dort, wo es um die Sanierung von Naturgrundlagen und den Aufbau von ökologisch verträglichen Produktionsverfahren geht, zu nutzen.

Die Initiierung eines solchen ökologischen Strukturwandels produziert Friktionen und volkswirtschaftliche Risiken; insbesondere seine außenwirtschaftliche Absicherung wird Probleme hervorrufen, die nicht bis ins Detail antizipierbar sind. Gleichwohl wäre der Saldo aus der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem parallelen Arbeitsplatzabbau insgesamt eher positiv zu prognostizieren – zumindest kurzfristig, d. h. solange ein entsprechender ökologischer Sanierungsbedarf besteht.

3. Soziale Umbaumaßnahmen

Die Initiierung eines solchen Strukturwandels wird ohne Konflikte mit mächtigen Kapitalfraktionen nicht abgehen. Eine gesellschaftliche Mehrheit – einschließlich der Gewinnung der Gewerkschaften für die Einleitung eines solchen Prozesses – ist deshalb eine Voraussetzung für sein Gelingen. Er setzt zugleich einen beschleunigten Wandel von Konsumpräferenzen und Wertstrukturen voraus, die auch die Bereitschaft zum Verzicht auf die eine oder andere lieb gewordene Konsumgewohnheit einschließt. Ökologische Sonderabgaben werden auch private Haushalte mit zusätzlichen Abgaben belasten. Deshalb sind parallele soziale Umverteilungsmaßnahmen unabdingbar, die die privaten Nachfragestrukturen kompensieren und zugleich die Akzeptanz einer solchen ökologischen Strukturpolitik verbessern. Gerade die Bezieher niedrigerer Einkommen dürfen durch ökologische Umbaumaßnahmen nur in geringerem Maße zusätzlich belastet werden, wie sie durch soziale Umbaumaßnahmen entlastet werden.

Soziale Umbaumaßnahmen in den kommenden Jahren müssen auf Kosteneinsparungen im Gesundheitssystem, eine Neuordnung der Familienpolitik und ein wirkliches soziales Sicherungssystem zielen, das Armut von vornherein verhindert. Eine entsprechende Steuerpolitik muß gleichzeitig eine spürbare Entlastung für die unteren Einkommen mit dem Schließen all der Schlupflöcher, die die Gewinneinkommensbezieher steuersparend für sich auszunutzen verstehen, verbinden. Die Rücknahme des Kohlschen Steuerentlastungsgesetzes, die Quellenbesteuerung von Zinsgewinnen, die Anhebung der Vermögensteuer und die Streichung bestimmter Abschreibungsvergünstigungen sind hier wichtige Punkte. Auch das System des Ehegattensplittings ist aufgrund seiner unsozialen Verteilungswirkung durch ein anderes System zu ersetzen. Der steuerliche Grundfreibetrag ist bis auf jene Höhe anzuheben, die als soziale Grundabsicherung ohnehin jedem zusteht.

Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist vor allem auf zwei Wegen zu stoppen: Die Beschneidung der Rekordprofite der Pharmaindustrie und eine

Neufestsetzung der ärztlichen Honorarsätze können eine spürbare Entlastung bringen. Was heute Familienpolitik heißt, soll sich künftig an der Förderung der Kinder orientieren und nicht an der Bevorzugung ganz bestimmter Lebensformen. Die materielle Benachteiligung kindererziehender Personen muß beseitigt werden, weshalb großzügige Freistellungsregelungen und die Zahlung von Betreuungsgeldern für kindererziehende Personen eine ganz wichtige Rolle spielen.

Die seit Beginn der achtziger Jahre eingetretenen Leistungskürzungen im Sozialsystem müssen zurückgenommen werden. Die heutigen Sozialhilfesätze sind so anzuheben, daß eine bedarfsorientierte Grundsicherung für alle möglich wird, die etwa 1000 DM betragen müßte. Eine Grundrente von 1200 DM muß Altersarmut von vornherein verhindern helfen.

Umbau der Industriegesellschaft und Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit heißt aber auch Umverteilung von Arbeit. Insbesondere dann, wenn darunter auch die Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern verstanden wird. Die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten für Frauen zum Erwerbsleben ist eine zentrale Zielsetzung dieses Umbaus. Entsprechende Quotierungsregelungen, Frauenförderpläne usw. sind dabei wichtige Instrumente.

Beschäftigungsprogramme sind keine geeignete Antwort auf die Massenerwerbslosigkeit. Für das Problem der Massenerwerbslosigkeit müssen Antworten gefunden werden, die unabhängig sind von einer allgemeinen Wachstumsförderung. Dies gilt auch dann, wenn durch entsprechende ökologische Investitionsmaßnahmen kurz- und mittelfristig positive Beschäftigungseffekte eintreten. Wichtigster Hebel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist eine durchgreifende Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Sie muß begleitet sein von einem Abbau der Überstunden, von der Einführung neuer Freistellungsrechte und Verfügungszeiten für die Arbeitnehmer sowie alternativer Formen von Teilzeitarbeit, die entsprechende soziale Absicherungen aufweisen müssen. Die Durchsetzung einer durchgreifenden Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist in erster Linie eine Frage der Kampfkraft der Gewerkschaften. Freilich können die politischen Rahmenbedingungen für die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung auch auf parlamentarischem Wege verbessert werden: Nicht nur die Rücknahme des neuen § 116 AFG fällt hier ins Gewicht, ebenso das gesetzliche Verbot der Aussperrung. Arbeitsplatzwechsel, die infolge ökologischer Strukturwandlungen verstärkt auftreten würden, müssen sozial abgesichert und durch staatliche Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen unterstützt werden.

4. Demokratisierung

Die Frage der Demokratisierung der Ökonomie ist angesichts des heutigen Diskussionsstandes der Linken wohl die heikelste Frage im Rahmen einer Diskussion der politischen Alternativen. Daß der Sozialismus und der von ihm versprochene Königsweg einer demokratischen Kontrolle und Beteiligung der Produzenten gegenwärtig keine Tagesaufgabe ist, werden wohl alle

anerkennen, die sich zur Linken rechnen. Was im Lichte der historischen Erfahrungen und der in- und ausländischen Debatte der Linken der Begriff des Sozialismus noch an sinnvoller ordnungspolitischer Grundorientierung herzugeben imstande ist, ist darüber hinaus selbst durchaus fragwürdig geworden.

Daß der Markt als ökonomischer Regelungsmechanismus in der linken Diskussion seit einigen Jahren eine Renaissance erlebt, darauf hatte ich weiter oben schon hingewiesen. Darin spiegelt sich aus meiner Sicht die schlichte historische Erfahrung, daß zentralstaatliche Vergesellschaftungsformen eben nicht den Weg in die versprochene „freie Assoziation der Individuen“ zu bereiten, ja daß sie nicht einmal eine angemessene ökonomische Versorgungsleistung zu erbringen vermögen. Die immer wieder aufbrechende Debatte um Wirtschaftsreformen in den realsozialistischen Ländern, die stets um das Verhältnis von Markt und Plan sowie die Förderung von Eigeninitiative kreist, bietet hierfür den sichtbarsten praktischen Ansatzpunkt. Und auch die rätedemokratischen Versuche und Erfahrungen unterschiedlichster Provenienz bieten keine Veranlassung, hier unumwunden wenigstens im Modell den Königsweg einer demokratischen Wirtschaftsverfassung zu erblicken. Da mögen dann reformistische Konzeptionen der Wirtschaftsdemokratie noch so sehr in der theoretischen Debatte in Verruf geraten: Im Lichte praktischer Erfahrungen sind sie als diskutabile Alternative allemal geeigneter als die Vorstellung einer zentral gelenkten Planwirtschaft.

Im Anschluß an *Gorz* ist in den letzten Jahren verschiedentlich versucht worden, das „Reich der Freiheit“ in einem sukzessive sich ausweitenden Bereich jenseits des „formellen Sektors“ aufzufinden. So sehr dies taugen mag für den Versuch, jenseits der traditionellen Sektoren der Volkswirtschaft Platz zu schaffen für genossenschaftliche Experimente unterschiedlichsten Charakters: Die praktische Erfahrung weniger Jahre beweist auch hier, daß das Ideal vom „Reich der Freiheit“ selbst noch in der Alternativökonomie allenfalls begrenzt durchhaltbar ist und gerade die ökonomisch einigermaßen erfolgreichen Projekte einen zwar genossenschaftlichen Charakter behalten, aber gleichwohl mindestens ebenso sehr den Charakter mittelständischer Unternehmen erhalten haben, die es schaffen, bestimmte Marktlücken auszunutzen oder neue Märkte zu erschließen. So wichtig die Stärkung dieses Sektors ist: Auch hier ist nicht das Vorbild für ordnungspolitische Grundsatzentscheidungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu erblicken.

Wenn die Steuerungsleistung des Marktes auch innerhalb der linken Diskussion inzwischen für unverzichtbar erklärt wird, dann können gesamtgesellschaftliche Ordnungsvorstellungen sich nicht völlig jenseits solcher Regelungsmechanismen ansiedeln. Es kann dann allenfalls darum gehen, eine sinnvolle Verbindung planerischer mit Marktmechanismen ins Auge zu fassen und gleichzeitig Formen der institutionellen und nicht-institutionellen Einflußnahme auf betrieblichen und überbetrieblichen Entscheidungsprozesse hinzubekommen. Das schließt Vergesellschaftung nicht aus: Ich halte beispielsweise die Forderung nach der Vergesellschaftung der Stahlindustrie für eine sinnvolle Forderung. Und auch die Forderung nach der Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie macht einen Sinn. Aber einen Sinn macht dies we-

niger unter dem Gesichtspunkt einer „Demokratisierung der Wirtschaft“, sondern schlicht unter ganz praktischen Aspekten: Eine Reduktion von Kapazitäten der Stahlindustrie ohne weiteren Abbau von Arbeitsplätzen scheint mir in privater Regie nicht vorstellbar zu sein. Und die Konversion der Rüstungsindustrie wird nach einer Vergesellschaftung der entsprechenden Unternehmen sehr viel einfacher zu bewerkstelligen sein. Auch dies ist allerdings eine Forderung, die jenseits dessen angesiedelt ist, was kurz- und mittelfristig realistisch erscheint.

„Demokratisierung der Wirtschaft“ bedeutet in diesem Sinne nicht die Abschaffung privatwirtschaftlicher Eigentumsformen. Sie bedeutet freilich den Versuch einer Begrenzung, Zählung und in einem gewissen Sinne auch der Brechung von Kapitalherrschaft. Dies allein auf korporatistischem Wege versuchen zu wollen, bedeutete die Verlängerung einer weiteren linken Lebenslüge. Der Lebenslüge nämlich, daß der gesellschaftliche Regelungsbedarf durch eine Vielzahl von Kommissionen und Räten sinnvoll und demokratisch ausgefüllt werden könnte. Ich halte die Vorstellung einer in permanenter Dauerdiskussion über Produktionsweise und Produktionsziele befindlichen Gesellschaft ohnehin weder für realistisch noch für attraktiv. Sie funktioniert auch nur idealiter in der rätendemokratischen Theorie. Dabei geht es mir weniger um die Angst vor mangelnder Effizienz und Dynamik von Entscheidungsprozessen in korporatistischen Gremien. Gewichtiger ist der Einwand, daß Überforderung, Bürokratismus und semistaatliches Funktionärstum absehbare Konsequenz sein würden.

Solche Einwände kritisch aufnehmend und gleichwohl einen enormen Demokratisierungsbedarf im Rahmen ökonomischer Entscheidungsprozesse bejahend, gilt es, jenen Mittelweg ausfindig zu machen, der einen realisierbaren gesellschaftlichen Einfluß auf Produktionsentscheidungen erlaubt, ohne zugleich im Bürokratismus zu versacken, der sich dann doch wieder im Widerspruch zur Basisbetreffenheit organisiert.

Mir scheinen deshalb fünf Hebel vordringlich, die eine realistische Perspektive zur Beschneidung der Kapitalmacht und zur Demokratisierung der Wirtschaft eröffnen könnten, wobei ich hier den internationalen Gesichtspunkt und die multinationalen Organisationsformen des Kapitals notgedrungen aus dem Blick lasse:

1. Die Ausweitung betrieblicher Mitbestimmung.
2. Die Ausweitung überbetrieblicher Mitbestimmungsgremien.
3. Die Ausweitung individueller und kollektiver Veto- und Einspruchsmöglichkeiten gegenüber Produktions- und Investitionsentscheidungen.
4. Die Installierung eines Systems der gesellschaftlichen Kontrolle von Technikfolgen und Umweltverträglichkeit von Produktionsverfahren.
5. Der Aufbau eines genossenschaftlichen Sektors und die Vergesellschaftung einzelner Sphären der Produktion.

Für den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung ist die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes in Richtung einer Ausweitung der Rechte der Beschäftigten und des Betriebsrates elementare Voraussetzung. Bei allen betrieblichen, sozialen und sonstigen Angelegenheiten muß der Betriebsrat mitbe-

stimmungsberechtigt sein. Die Schweigepflicht des Betriebsrats muß eingegrenzt, die Meinungsfreiheit im Betrieb uneingeschränkt, ebenso die volle Mitbestimmung bei personellen und sozialen Maßnahmen hergestellt sein. In den größeren Unternehmen muß die volle paritätische Mitbestimmung eingeführt werden. Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist auszuweiten.

Neue Elemente regionaler Mitbestimmung unter Einschluß von Umweltschutzorganisationen und Verbraucherverbänden können zur Transparenz und Kontrolle von betrieblichen Investitionsentscheidungen beitragen, sie können auch zu ihrer Umlenkung führen. Die Einrichtung von regionalen Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträten mit Finanzhoheit über die einzurichtenden regionalen Entwicklungsfonds ist zumindest ein diskutabler Vorschlag, der internationale Vorbilder hat. Solche Räte hätten die kommunalen und regionalen Parlamente nicht zu ersetzen. Sie könnten aber sehr wohl im Rahmen spezifizierter und eingegrenzter Kompetenzen durchaus als eine Art zweiter Kammer tätig werden.

Ich hatte schon darauf hingewiesen, daß die Einrichtung von mehr oder weniger korporatistischen Steuerungsgremien mit Tendenz der Professionalisierung und damit Entfernung zu den immer wieder neu sich formierenden Basis- und Betroffeneninteressen gewiß nicht den Königsweg einer Demokratisierung der Wirtschaft darstellt. Indirekte Kontroll- und Regulationsmechanismen sind mindestens so wichtig. Gerade ihre Einrichtung und Stärkung würde den konservativen Theoretikern der „Unregierbarkeit“ und der Kämpfer gegen die „Anspruchsinflation“ wohl den kalten Schweiß auf die Stirne treiben: weitreichende Investitionsentscheidungen seien ja heute schon kaum noch durchsetzbar, so wird oft gemäkelt. Die Schaffung zusätzlicher Friktionen bei der Durchsetzung weitreichender und für Mensch und Umwelt folgenreicher Investitionsentscheidungen aber wäre ein gerade gewünschter Effekt. In diese Richtung zielten das Verbandsklagerecht, die Änderung des Umwelthaftungsrechts, ein umfassendes Akteneinsichtsrecht für jede natürliche und juristische Person.

Über das effektivste und praktikabelste System mag man streiten: Aber die Einrichtung einer systematisierten und präventiv angelegten Kontrolle von Technikfolgen und Umweltverträglichkeiten ist meines Erachtens unabdingbar.

Über die Vergesellschaftung einzelner Sphären der Produktion wurde schon gesprochen. Auch die Frage der Banken und der Geldpolitik wäre in diesem Zusammenhang noch zu thematisieren. Unstrittig jedenfalls bei den GRÜNEN ist darüber hinaus die Förderung von Belegschaftsinitiativen und von selbstverwalteten Betrieben. Sowohl aus ökonomischen wie auch aus politischen Gründen ist dies ein vordringliches wirtschaftspolitisches Ziel. Im Genossenschaftsgedanken realisiert sich ein wirtschaftsdemokratisches Potential, das auf unmittelbare Realisierung im Rahmen überschaubarer Strukturen zielt. Dies ist in besonderer Weise zu fördern.

Die angestrebten wirtschaftspolitischen Strukturentscheidungen und Strukturveränderungen zielen in der Hauptsache auf Branchen mit einem hohen Anteil von mittelständischer Industrie. Da sie zugleich auf Regionalisierung

und Verlagerung von monetärer und administrativer Steuerungskompetenz auf Ländern und Gemeinden abzielen, ist dies auch ein Element der Dezentralisierung und der Schwächung der Gewichte gerade der großen Kapitale. In diesem Sinne wäre zumindest bereichsspezifisch die Realisierung der grünen Umbauvorstellung auch an den Konflikt gerade mit dem großen Kapital gebunden.

5. Ein reformpolitischer Weg

Von der Grundvorstellung geht es also im Konzept des Umbaus der Industriegesellschaft weder um die sozialistische Revolution noch um die Abschaffung des Kapitalismus im Sinne einer völligen Abschaffung der privaten Industrie und des privaten Eigentums an Produktionsmitteln. *Es geht um einen konkreten reformpolitischen Weg, der die Initiierung eines ökologischen Strukturwandels, der die stoffliche Seite der Produktion in wichtigen Sektoren umgestalten will, mit der Umgestaltung des Sozialsystems und der Demokratisierung der Wirtschaft verbindet.* Seine Realisierung bedeutete gleichwohl, daß dem Kapitalismus die Zähne gezogen würden, daß die Macht privatwirtschaftlicher Interessen beschnitten, in einzelnen Sektoren gebrochen wäre. Es bedeutete auf der anderen Seite auch, daß bestimmte Branchen insbesondere im mittelständischen Bereich ihre Positionen verbessern könnten und insofern vielleicht sogar zum Mitspieler einer solchen Strategie werden könnten.

Die politische Umsetzung einer solchen Strategie hängt von vielen Voraussetzungen ab: Von politischen Mehrheitsverhältnissen, von gesellschaftlichen Mehrheiten, vom Verhalten der Gewerkschaften, von der internationalen Einbindung der BRD und der Konkurrenzsituation der BRD-Ökonomie. Sie hängt in starkem Maße auch am sukzessiven Wandel von Konsumgewohnheiten und Bedürfnispräferenzen, was gewiß ein schwieriger Punkt ist, denn die Erziehungsdiktatur ist so wenig attraktiv wie realisierbar, und die Orientierung am postmaterialistischen Wertehorizont des durchschnittlichen Lehrerbewußtseins begründet noch keinen durchhaltbaren gesellschaftlichen Konsens in diesen Fragen. Es mag durchaus sein, daß ein solches Konzept noch der weiteren Ausreifung bedarf. Es mag auch sein, daß es die nationalstaatlichen Handlungsspielräume und die Möglichkeiten gerade multinationaler Konzernstrategien unterschätzt, hier gegenzusteuern. Gleichwohl sehe ich von den konzeptionellen Grundannahmen her gegenwärtig gerade auf der Linken keine Alternative. Und was immer an europäischen und Weltmarktzusammenhängen einen solchen Weg behindern mag: Eine BRD-Ökonomie als Speerspitze und Vorreiter des ökologischen Strukturwandels in der Ökonomie – das hätte zumindest in Europa gewiß auch eine enorm politische Ausstrahlungskraft.

Ökonomische Krise und das Problem der Innovation

Uwe Kremer

1. Strukturelle Überakkumulation – 2. Regulierungs- und Innovationskrise – 3. Alternative Regulierung – demokratische Innovation – 4. Innovation und Klassenformierung

Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bewegt sich im Spannungsfeld zwischen den konkreten Kämpfen um Sofortmaßnahmen und der Gestaltung des zukünftigen Regulierungstyps. Diese These ist der Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen, die im Ergebnis darauf hinauslaufen, daß die Linke das Feld der Regulierung und der Innovation auf keinen Fall den kapitalorientierten Kräften überlassen darf, sondern selbst regulative und innovative Perspektiven entwickeln muß. Um es vorweg zu betonen: die Entwicklungsrichtung der BRD in den 90er Jahren und die „Zukunft der Arbeit“ werden zweifellos in den sozialen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre entschieden. Eine dauerhafte „Wende nach links“ und eine Erneuerung der antimonopolistisch-demokratischen Perspektive sind aber weitergehende Aufgaben, die schon jetzt diskutiert werden müssen. Die wesentlichen Grundgedanken in Kürze:

1. Die gegenwärtige Krise des sozialökonomischen Regulierungssystems ergibt sich aus der Verbindung von struktureller Überakkumulation von Kapital und wissenschaftlich-technischer Revolution. Insofern berührt sie nicht allein die wertmäßigen Proportionen, sondern auch die stofflichen Grundlagen, also die Beschaffenheit der Produktivkräfte und die Modi von Produktion und Konsumtion.

2. Es ergibt sich hieraus ein objektiv erhöhter Regulierungsbedarf, dem jede Regulierungsperspektive Rechnung tragen muß. Dies drückt sich insbesondere in Ansätzen zu einer modernistisch-integrativen Regulierungsvariante aus, die sich sowohl im konservativen als auch sozialdemokratischen Bereich auffinden lassen. Ihre ökonomische Perspektive ist allerdings begrenzt.

3. Es gibt Ansatzpunkte für eine alternative Perspektive von Regulierung und Innovation, die insbesondere an der wissenschaftlich-technischen Revolution bzw. den progressiven Potentialen der Produktivkraftentwicklung ansetzt und sie mit gesellschaftlichen Lenkungsmechanismen verbindet. Diese Perspektive bewegt sich im Spektrum reformistischer und antimonopolistischer Positionen.

1. Strukturelle Überakkumulation

Der gegenwärtige ökonomische Strukturbruch ist durch den Zusammenhang von struktureller Überakkumulation und wissenschaftlich-technischer Revolution gekennzeichnet, wobei er zusätzlich vom „normalen“ konjunkturrell wirksamen Krisenmechanismus durchzogen wird. Dieser Zusammenhang drückt sich nun aber nicht – wie häufig in der Linken unterstellt wird – darin aus, daß das Tempo der Produktivitätssteigerung und des ökonomisch-technischen Strukturwandels zugenommen hätte.

In dieser Hinsicht ist gegenüber den 50er und 60er Jahren eher ein Abfall zu verzeichnen. Dieser Zusammenhang drückt sich vielmehr in einer Veränderung des kapitalistischen Investitionstyps aus, die sich in den vergangenen 10–20 Jahren durchgesetzt hat. Es handelt sich um eine Verlagerung des Schwerpunkts von Erweiterungs- zu Rationalisierungsinvestitionen bei gleichzeitig abnehmender Kohärenz des volkswirtschaftlichen Zusammenhangs. Dieser Vorgang läßt sich wie folgt darstellen: Rationalisierungsinvestitionen haben im Gesamtergebnis immer dazu geführt, daß die Arbeitsproduktivität und die Ausbeutung der Arbeiter (die „Mehrwertrate“) erhöht wurden, während die Anzahl der Arbeiter im Verhältnis zum eingesetzten konstanten Kapital bzw. zur Maschinerie abgenommen hat. Diese relative Schrumpfung der lebendigen Arbeit – also der wert- und mehrwertschaffenden Basis – hat im langfristigen Trend ein Absinken der Profitrate nach sich gezogen. Durch eine Ausdehnung der Produktion und des Absatzes konnten größere Profitmassen in den 50er und 60er Jahren eingefahren und rentabel wiederangelegt werden. Die rationalisierungsbedingte Freisetzung von ökonomischem Potential (Arbeitskräfte, Kapital) konnte im Zuge von Erweiterungsinvestitionen genutzt werden.

In den 70er Jahren ist eine Situation erreicht worden, in der sowohl die Investitions- als auch die Konsumgüternachfrage nicht mehr mit den kapitalistischen Verwertungs- und Absatzinteressen Schritt halten konnte. Die beständige Umgruppierung ökonomischer Ressourcen war im herkömmlichen Rahmen nicht mehr möglich. Rationalisierungsinvestitionen sind immer mehr zu einem Instrument geworden, um die jeweilige Konkurrenz auf insgesamt stagnierenden Märkten zu verdrängen und zu vernichten. Das relative Absinken der Lohnstückkosten und die verringerte Zahl der Beschäftigten haben die Kluft zwischen inländischer Produktion und Nachfrage vergrößert, was eine immer stärkere Exportorientierung hervorgerufen hat. Die durch Rationalisierung, Exporterfolge und materielle Umverteilung angewachsenen Profitmassen sind dann in zunehmendem Maße in spekulative Geldanlagen hineingeflossen, während auf der anderen Seite immer noch gewaltige Überkapazitäten in der Industrie vorhanden sind. Vor diesem Hintergrund ist der Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien zu beurteilen.

Der kapitalistische Einsatz dieser Technologien zielt auf folgende ökonomische Probleme:

– Der geplante Ausbau eines Informations- und Kommunikationsnetzes insbesondere durch die Bundespost ist ein Versuch, die Zirkulationskosten (für

Zulieferung, Lagerung, Absatz, Verwaltung usw.) des industriellen und kommerziellen Kapitals zu senken).

– Die Reorganisation industrieller Produktionsmethoden im Zuge numerischer bzw. EDV-gestützter Steuerung zielt darauf, die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern und einzelbetriebliche Reibungsverluste und Organisationsprobleme zu minimieren sowie die Flexibilität des Fertigungsprozesses zu erhöhen.

– Durch den gezielten Einsatz der Mikroelektronik soll der Wert der Maschinerie bzw. Aufwand an konstantem Kapital gesenkt, der Kapazitätseffekt erhöht und die Profitrate gesteigert werden (sog. kapitalsparende Rationalisierungsinvestitionen).

– Die Senkung der Zirkulations- und Produktionskosten und die höhere Flexibilität bei der Produktion und beim Absatz zielen darauf, mit Hilfe von Weltmarkt Vorteilen höhere Profitraten zu Lasten anderer Wirtschaftsnationen zu realisieren.

Insgesamt hat dies zu einer Stabilisierung der nationalen Profitrate geführt, ohne allerdings das Problem der strukturellen Überakkumulation zu beseitigen, da die binnenwirtschaftlichen Absatzspielräume eng bleiben und der Kapitalstock zwar effektiviert, aber nicht grundlegend erneuert wird. Hierin sind folgende Probleme enthalten: Aufgrund von Lohn- und Sozialabbau sowie Arbeitslosigkeit bleibt die Konsumnachfrage begrenzt; eine massive Welle von Produktinnovationen ist nicht absehbar; kapitalsparende Rationalisierungsinvestitionen begrenzen den Umfang der nachgefragten Investitionsgüter; große Teile der Industrie bleiben in Krisenbranchen von der innovativen Dynamik in den Wachstumsbranchen unberührt und belasten mit ihren Kapazitäten den nationalen Kapitalstock. Der Einsatz der sog. neuen Technologien wird auf der gegebenen Grundlage nur in einigen exportorientierten Wachstumsbranchen eine Prosperität entfachen können, insgesamt bleibt die Überakkumulation auf absehbare Zeit ein struktureller Tatbestand.

2. Regulierungs- und Innovationskrise

Aus dieser Kombination von struktureller Überakkumulation und wissenschaftlich-technischer Revolution ergibt sich nun auch der Tatbestand einer *Regulierungs- und Innovationskrise*. In ihr schlagen sich die aufgestauten Allokationsprobleme der vergangenen Periode ökonomischer Entwicklung nieder. Es ist aber hervorzuheben, daß sich die Regulierungskrise nicht nur auf die wertmäßige bzw. preisliche Seite des kapitalistischen Reproduktionsprozesses bezieht, also darauf, daß die Proportionen zwischen Profiten und Löhnen, Produktionspotential und Nachfrage, produktiven Investitionen und Finanzanlagen usw. sich nicht mehr austarieren lassen und die sektorale und regionale Ressourcenallokation immer ungleichgewichtiger geworden ist. Die Regulierungskrise betrifft auch die Anordnung und Qualität der stofflich-materiellen Faktoren des Reproduktionsprozesses (darunter die Beschaffenheit des Arbeitsvermögens, der Produktionsverfahren, der Wachstumsfelder, der Verbrauchsformen usw.). In der Einheit beider Seiten stellt sich die Regulie-

rungskrise zugleich als Innovationskrise dar. Hierbei wird man zunächst an die ökologischen Dimensionen des ökonomischen Prozesses denken. Mit Recht. Aber eine weitere Problemlage kommt hinzu:

Die vorgängige Entwicklung der Reichtumsproduktion, von Wissenschaft und Technik sowie der Überbauten hat einerseits Grundlagen geschaffen, um zu einem höheren Typus von Produktion und Konsumtion überzugehen, um den bisher dominierenden Zusammenhang von industrieller Massenfertigung und Massenkonsum durch eine deutliche Qualitätserhöhung und Diversifizierung des Arbeitsvermögens, der Produktionsstruktur, des Angebots von Gütern und Diensten und damit der allgemeinen Arbeits- und Lebensqualität weiterzuentwickeln. Dies ist ja gerade das progressive Moment der wissenschaftlich-technischen Revolution in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus. Andererseits drückt sich in der strukturellen Überakkumulation von Kapital eine Blockade bzw. Deformation dieses innovativen Potentials aus. Sichtbarstes Zeichen sind die rationalisierungsbedingt angeschwollenen Profitmassen, die zu einem großen Teil nicht reinvestiert werden, und die Umlenkung von Ressourcen in monopolistisch dominierte Export- und High-Tech-Sektoren bei gleichzeitiger Untergrabung binnenwirtschaftlicher Kreislaufzusammenhänge. Dabei sind künftige Regulierungs- und Innovationsvarianten durchaus mit ähnlichen Problemen konfrontiert, in denen erhebliche Entwicklungspotentiale enthalten sind:

1. Mit dem Übergang zur Systemautomation und zunehmendem Druck hinsichtlich ökologisch sinnvollerer Produktionsverfahren und Stoffkreisläufe steht eine Schwerpunktverschiebung in der Reproduktion des fixen Kapitals auf der Tagesordnung: von sog. kapitalsparenden Methoden (Verbesserung und Effektivierung des vorhandenen Kapitalstocks) zu umfangreichen Neuanlagen von fixem Kapital.

2. Die Verschiebungen zwischen industriellem und Dienstleistungssektor bzw. (was nicht dasselbe ist) produktivem Sektor und unproduktiven Bereichen werden sich trendmäßig fortsetzen. Die Umlenkung ökonomischer Ressourcen zur Gestaltung des Dienstleistungssektors ist allerdings noch völlig unterentwickelt. Gleiches gilt für die reproduktive Bedeutung des Infrastrukturbereiches, die in den letzten Jahren eher noch abgenommen hat (insbes. im kommunalen Sektor).

3. Generell bedürfen die Beziehungen zwischen Sektoren und Regionen einer Klärung. Es geht um stabile „Austauschbeziehungen“ bzw. „Kompatibilitäten“ etwa zwischen Export- und binnenwirtschaftlich orientiertem Sektor, zwischen den Wirtschaftsregionen der BRD, zwischen Investitions- und Konsumgüterindustrie, zwischen den verschiedenen Fertigungsstufen usw.

4. Mit fortschreitender ökonomisch-technischer Entwicklung wird das Verhältnis von Beschäftigungs- und Bildungssystem zu einer immer vordringlicheren ökonomischen Fragestellung. Seine Bedeutung als Feld der Regulierung und der Innovation wird zweifellos zunehmen, obgleich die rechtlichen, institutionellen und materiellen Grundlagen Jahr für Jahr weiter hinter den objektiven Erfordernissen zurückbleiben.

5. Als objektiven Zwang kann man auch die stärkere Regulierung der außenwirtschaftlichen bzw. internationalen Wirtschaftsbeziehungen ansehen. Dies gilt nicht nur angesichts der katastrophischen Tendenzen im Verhältnis von imperialistischen Zentren und Peripherie. Dies gilt auch angesichts der Instabilitäten im Währungssystem, in der Kapitalmarktentwicklung usw. Dies gilt schließlich für die EG angesichts eines objektiven Zwangs zur Herstellung des westeuropäischen Binnenmarktes.

An diesen Problemstellungen für zukünftige Regulierungs- und Innovationsperspektiven wird die gewachsene Komplexität und Gesellschaftlichkeit des Produktivkraftsystems und der ökonomischen Beziehungen deutlich, der jede realistische Regulierungsvariante Rechnung tragen muß. Der Regulierungsbedarf hat sich objektiv erhöht und läßt sich nicht mit marktradikalen Deregulierungsprozessen kontern. Wesentlich interessanter sind hier schon Konzepte der Modernisierung und Sozialintegration, wie sie sowohl in den Reihen der CDU als auch der SPD anzutreffen sind:

Im bürgerlich-kapitalorientierten Lager sehe ich einen verstärkten Trend zu Positionen, wie sie im Spektrum *Späth-Biedenkopf* formuliert werden: Eine Modernisierungsvariante, die einen stabilen Grundsockel von Staatsintervention und öffentlicher Regulierung im Bereich des ökonomisch-technischen Strukturwandels einschließt, arbeits- und sozialrechtliche Mindeststandards – auf niedrigerem Niveau und als Basis für die sonstige Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Privatisierung von Versorgungsrisiken – gewährleisten will und eine Wiederherstellung von Sozialpartnerschaft auf ebenfalls niedrigerem Niveau einschließt. Diese Variante ist insoweit janusköpfig, als sie sowohl den Aspekt einer rüstungsstaatlichen als auch sozialverträglichen Modernisierung enthält. Wird der zweite Aspekt in den Vordergrund gerückt, so ergibt sich ein fließender Übergang zur *sozialintegrativ-modernistischen Variante* der Sozialdemokratie, wie sie insbesondere von *Wolfgang Roth* und *Peter Glotz* formuliert worden ist.

Der Wirtschaftspolitische Kongreß der SPD in Hamburg hat deutlich gemacht, daß die Mehrheit der Parteiführung weit von einer reformistischen Regulierungsvariante entfernt ist. Es herrscht vielmehr die Auffassung vor, daß sich die Partei den innovativen Kapitalisten zuwenden müsse. Durch die Freisetzung der Marktmechanismen, die Förderung der einzelbetrieblichen Wettbewerbsfähigkeit, eine neue „Gründerwelle“ im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe usw. sollen die kapitalbestimmten Blockaden aufgehoben und durch die Entwicklung der privaten Dienstleistungen, den öffentlichen „2. Arbeitsmarkt“ und konsensuale (d. h. kostenneutrale) Arbeitszeitverkürzungen die Arbeitslosen in den kommenden 10 Jahren versorgt werden. Mitte der 90er Jahre soll dann eine neue „lange Welle“ kapitalistischer Prosperität einsetzen. Natürlich wird es Zugeständnisse an die Parteilinke und an die gewerkschaftliche Basis der SPD geben – insbesondere im Bereich der Sozialpolitik sowie im Bereich „Arbeit und Umwelt“. Da aber die Hoffnung auf die „Gründerwelle“ und das Kartellrecht völlig illusionär ist, wird sich die SPD-Konzeption im Ergebnis an der Prosperität in export- und high-tech-orientierten Sektoren orientieren *müssen*. Die Annäherung an Positionen von *Lothar*

Späth u. a. ist unverkennbar, so daß eine zusammenfassende Beurteilung der Regulierungsperspektiven möglich ist:

Im Spektrum *Späth* bis *Glötz* gibt es die *Perspektive einer „gespaltenen Akkumulationsdynamik“* (d. h. Prosperität in export- und high-tech-orientierten Sektoren inklusive der angelagerten produktiven Dienstleistungen, die dann in unterschiedlichem Maße zur ökonomischen und sozialen Abfederung in den zurückbleibenden Bereichen genutzt werden soll). Und dies heißt zugleich: die Perspektive einer „gespaltenen“ und deformierten Innovation.

3. Alternative Regulierung – demokratische Innovation

Für die Alternativdebatte der Linken ergeben sich nun zwei Stoßrichtungen, zwischen denen ein strategischer Zusammenhang besteht. *Die erste Stoßrichtung*: Angesichts der zunehmenden ökonomischen und sozialen Zerrüttungen ergibt sich die Notwendigkeit, vordringliche Sofortmaßnahmen in den Mittelpunkt der sozialen Auseinandersetzungen zu rücken. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, ein soziales und ökologisches Beschäftigungsprogramm und die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Mindestsicherung sind hierbei die Eckpunkte, die insbesondere von der Memorandumsguppe in den Mittelpunkt gerückt worden sind. Die Bedeutung dieser Maßnahmen wird dadurch unterstrichen, daß der zu erwartende konjunkturelle Einbruch Ende der 80er Jahre die ökonomischen und sozialen Zerrüttungen nochmals verschärfen dürfte. Gerade für die sozialdemokratische Linke sind diese Eckpunkte wichtig, um sich mit dem kapitalorientierten Anpassungskurs führender Sozialdemokraten auseinanderzusetzen. Hierbei geht es allerdings auch um Regulierungsperspektiven, also um grundlegende Weichenstellungen für die 90er Jahre. Dies berührt die *zweite Stoßrichtung*: Je länger sich die strukturelle Überakkumulation hinzieht, je weiter die wissenschaftlich-technische Revolution voranschreitet und je stärker die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Massen verändert werden, desto mehr drängt sich die Frage nach der „Zukunft der Arbeit“ auf. In ihrem Zentrum steht die Regulierungsperspektive. Andersherum formuliert: Inwieweit kann alternative Wirtschaftspolitik – über das Sofortmaßnahmenpaket hinaus – dem gewachsenen Regulierungsbedarf gerecht werden? Inwieweit kann sie den prokapitalistischen Modernisierern das Feld der Innovation streitig machen?

Der Zusammenhang von struktureller Überakkumulation und wissenschaftlich-technischer Revolution macht ein Wirtschaftskonzept erforderlich, in dem Struktur-, Technologie-, Bildungs- und Arbeitspolitik integriert sind. Es geht darum, konkrete Sofortforderungen und Aktionsschritte mit der Perspektive einer demokratischen Innovationspolitik zu verbinden: einer Politik des Strukturwandels, die auf die Stärkung des Binnenmarktes, die gesellschaftliche Steuerung der industriellen Arbeits-, Qualifikations- und Produktionsstrukturen, die Entwicklung sozialkultureller Dienstleistungen in öffentlicher Regie, die vollständige Absicherung des konsumtiven Grundbedarfs und den massenhaften Zugang zu qualitativ hochwertigen Gütern und Diensten, die ökologische Umrüstung der Industrie und eine gleichzeitige drastische und

kontinuierliche Verkürzung der Arbeitszeit setzt. Einige zentrale Problemkreise einer demokratischen Innovationsperspektive seien im folgenden skizziert:

1. Ein nationales Beschäftigungsprogramm im Sinne der Memorandumsgruppe dürfte als Sofortmaßnahme in der Linken kaum umstritten sein. Die Memoranden weisen zugleich darauf hin, daß dieser Ansatz in ein langfristig angelegtes und größer dimensioniertes Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) eingebunden sein soll, ohne dessen Struktur genauer ausgeführt zu haben. *Wir müssen davon ausgehen, daß das Zukunftsinvestitionsprogramm das inhaltliche Kernstück einer alternativen Regulierungs- und Innovationsperspektive darstellen wird.* Angesichts eines langfristigen Programmvorrats für eine qualitative Wachstumspolitik, für die Erhaltung, Erneuerung und Erweiterung in wichtigen Infrastrukturbereichen (insbesondere im kommunalen Sektor) in Höhe von ca. 800 Mrd. – 1 Bio. DM liegt diese These nahe.

2. Das nationale Beschäftigungsprogramm ist mit einer Vielzahl konkreter regionaler und sektoraler Wirtschaftskonzepte verbunden (z. B. für die Küste, das Ruhrgebiet, einige Großstädte, den Stahlbereich). In der Perspektive kommt es darauf an, diese *Ansätze in ein Gesamtkonzept regionaler und sektoraler Strukturpolitik einzubetten, das als strukturelles Fundament des ZIP im Sinne einer optimierten Ressourcenallokation dient.* Hierzu gehören u. a. eine Neuordnung der „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung“, ein koordinierter Einsatz von öffentlichen Industriebeteiligungen, die Umwandlung von Subventionen in öffentliche Kapitalbeteiligungen, die Einführung von Branchen- und Regionalräten mit paritätischer Gewerkschaftsbeteiligung usw.

3. Ich halte es für entscheidend, das IGM-Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ ebenfalls als Bestandteil einer alternativen Sofortprogrammatisierung zu begreifen. *Dieses Programm verweist in einer regulativen und innovativen Perspektive auf eine planmäßige Entwicklung der Qualifikationsstrukturen und eine entsprechende Gestaltung von Arbeits- und Techniksystemen.* Die Notwendigkeit einer planmäßigen demokratischen Abstimmung von Bildungs- und Beschäftigungssystem, eines einheitlichen polytechnischen Bildungssystems und einer zusammenhängenden öffentlich-gewerkschaftlich geregelten Weiterbildungsstruktur müssen in ein alternatives Innovationskonzept ebenso einbezogen werden wie Ansätze zur demokratischen Nutzung von Informations- und Kommunikationssystemen (und Netzen).

4. Die Stärkung der Massenkaufkraft ist als vordringliche Aufgabe wohl kaum umstritten. Gleiches gilt für die entsprechende Notwendigkeit, mit Hilfe der Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik die Einkommensstrukturen zu verändern. *In Ergänzung zu den Investitionen, die im Rahmen des ZIP durch öffentliche Nachfrage induziert werden sollen, stellt sich die Perspektive einer Struktur der Masseneinkommen, die den wachsenden Grundbedarf allseits befriedigt, einen breiten Zugang zu qualitativ hochwertigen Gütern und Diensten sichern und ein entsprechendes Wachstum hervorrufen kann.*

5. Die Forderung nach Sicherung und Ausweitung des Sozialstaats hat ebenfalls wichtige regulative und innovative Komponenten: Dies gilt insbesondere für die zukünftige Struktur der sozialkulturellen Dienstleistungen. Da

die Spielräume für Produktivitätssteigerungen in diesem Bereich begrenzt sind, werden derartige Leistungen im Verhältnis zu Industriegütern immer teurer. *Qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze in diesem Bereich und eine breite Versorgung der Bevölkerung mit sozialkulturellen Diensten lassen sich nur in öffentlicher Regie gewährleisten.* Dies macht eine entsprechende Umlenkung von Wert- und Mehrwertmassen erforderlich, die bei fortschreitender Produktivitätsentwicklung im industriellen Sektor und entwickelten Lenkungsmechanismen auch möglich wäre.

6. Gegenwärtig dominierende Methoden der kapitalsparenden Innovation sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß insbesondere mit dem Übergang zur Systemautomation umfangreiche Neuanlagen von fixem Kapital bzw. eine Erneuerung des Kapitalstocks verbunden sein werden. Die Frage ist, ob *diese Erneuerung insbesondere zu einem ökologischen Umbau der Produktionsstruktur genutzt und ihr zunehmender Systemcharakter sich in wachsender sozialer Gestaltung und Lenkung der ökonomischen Prozesse niederschlägt.* Unter diesen Gesichtspunkten ist die Steuerungsleistung des Zukunftsinvestitionsprogramms entscheidend und klärungsbedürftig.

7. Die Abkehr von einer exportorientierten Modernisierungspolitik und die Stärkung binnenwirtschaftlicher Zusammenhänge sind Grunderfordernisse einer alternativen Wirtschaftspolitik. *An der Entwicklung eines westeuropäischen Binnenmarktes führt mittelfristig allerdings kein Weg vorbei.* Dies beinhaltet ein hohes Maß an Regulierungskapazität, um eine gleichmäßige ökonomische und soziale Entwicklung in der EG voranzubringen und sich gegenüber den Vereinigten Staaten behaupten zu können. Eine eigenständige Außenwirtschaftspolitik der EG könnte zugleich ein wichtiger Faktor in der Entwicklung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zugunsten des „Südens“ darstellen.

Diese Skizze macht zweierlei deutlich: Die angedeutete Regulierungsperspektive stimmt in wesentlichen Ansatzpunkten mit einer möglichen reformistischen Regulierungsvariante überein. Andererseits hat sie aber auch eine klare antimonopolistisch-demokratische Schlagseite: Wenn das Zukunftsinvestitionsprogramm als inhaltliches Kernstück einer alternativen Regulierungs- und Innovationsperspektive anzusehen ist, so wird der institutionelle Rahmen durch die Entwicklung öffentlich-demokratischer Planungsansätze, gewerkschaftlicher Mitbestimmungsrechte und Vergesellschaftungsschritte im industriellen und Kreditsektor geschaffen. Entscheidender als ein ausgefeiltes alternatives Regulierungskonzept ist zweifellos die mit einer derartigen Stoßrichtung verbundene gesellschaftspolitische Dynamik. Sie wird durch zwei Tatsachen bestimmt:

Zum einen ruft eine derartige Regulierungsperspektive ökonomische Anschlußprobleme für das Kapital hervor, weil z. B. eine umfassende Neuanlage von fixem Kapital bei gleichzeitigem Wertabzug zugunsten des Dienstleistungssektors die Tendenz zum Profitratenfall wieder verstärkt und daher neue Regulierungsprobleme hervorruft. *Zum anderen* ist die Durchsetzung einer derartigen Perspektive an soziale Kämpfe gebunden, wodurch eine Bandbreite von Optionen und Zwischenlösungen möglich wird.

4. Innovation und Klassenformierung

Für die Entwicklung einer regulativen und innovativen Stoßrichtung spricht letztlich ein klassenpolitisches Argument: Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution ändern sich die Klassenstrukturen und -beziehungen. Damit verändert sich aber auch die potentielle soziale Trägerschaft für die alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Hinzu kommt, daß innovative Politik und Regulierungssysteme rückwirkend in den Prozeß der Klassenformierung qua ökonomischer, technischer und qualifikatorischer Strukturveränderungen eingreifen. Natürlich ist heute der Kampf gegen soziale Abdrängung und Aufspaltung die vordringliche gesellschaftspolitische Aufgabe der Gewerkschaften und der Linkskräfte. Dieser Kampf läßt sich perspektivisch aber nur dann erfolgreich führen, wenn er aus den Kernbereichen der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen unterstützt wird. Gerade diese Kernbereiche aber ändern sich: Moderne Facharbeitergruppen, technische Angestellte, wissenschaftlich-technische Intelligenz entwickeln sich mehr und mehr zum sozialen Kern des produktiven Sektors. Im Bereich der Dienstleistungen spielen die Sozialstaatsbeschäftigten eine Schlüsselrolle. In beiden Bereichen besteht ein objektiver (und z. T. auch subjektiver!) Zusammenhang zwischen Innovation und Klassenformierung, um beide Bereiche wird zwischen den Klassenkräften gerungen. Und nicht zu Unrecht setzen Kapital, Konservative und Sozialdemokraten wie *Peter Glotz* darauf, diese Bereiche durch „moderne“ Konzepte für sich zu gewinnen. Für die Linke wird es darauf ankommen, den *Zusammenhang von Antimarginalisierungs- und Innovationspolitik* zu entwickeln. Zukünftige Klassenidentität und soziale Bündnisse haben darin ihr Fundament.

IMSF 1986

Publikationen und Veranstaltungen des IMSF

(Ohne Veröffentlichungen des IMSF oder seiner Mitarbeiter in Zeitschriften, in von Dritten herausgegebenen Sammelbänden usw. Dieser Bericht setzt die Übersicht aus Bd. 9, 1985, S. 662–666, der „Marxistischen Studien“ fort. Hinzuweisen ist auf die Gesamtbibliographie der IMSF-Publikationen: „Das IMSF – Kapitalismusforschung in der Bundesrepublik. Tätigkeiten und Arbeitsschwerpunkte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen 1968–1985“, Frankfurt/M. 1985. Der Berichtszeitraum dieser Übersicht reicht von Oktober 1985 bis August 1986.)

Wissenschaftlicher Beirat des IMSF

Dem wissenschaftlichen Beirat des IMSF gehören an: *Dr. Hermann Bömer*, Dortmund; *Prof. Dr. Dieter Boris*, Marburg; *Dr. Christoph Butterwege*, Bremen; *Prof. Dr. Frank Deppe*, Marburg; *Dr. Heike Flessner*, Oldenburg; *Prof. Dr. Georg Fülberth*, Marburg; *Prof. Dr. Jörg Huffs Schmid*, Bremen; *Johanna Hund*, Hamburg; *Prof. Dr. H. J. Krysmanski*, Münster; *Dr. Martin Kutscha*, Hamburg; *Prof. Dr. Lothar Peter*, Bremen; *Prof. Dr. Jan Priewe*, Darmstadt; *Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler*, Bremen; *Prof. Dr. Josef Schleifstein*, Frankfurt/M.; *Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling*, Frankfurt/M.; *Dr. Angelina Sörgel*, Bremen; *Dr. Robert Steigerwald*, Eschborn.

I. Publikationen

1. **Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 10, I/1986, Frankfurt/M. 1986, 353 S., DM 38,-** (Schwerpunkt: Marxistische Persönlichkeitstheorie – Internationale Beiträge).
2. **Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, II/1986, Frankfurt/M. 1986, 437 S., DM 38,-** (Schwerpunkt: Krisentyp der 80er Jahre: Kapitalstrategien – Entwicklungsvarianten – Alternativen).
3. **Informationsberichte des IMSF, Bd. 40: Jürgen Reusch, Friedensforschung in der Bundesrepublik. Entwicklung, Positionen, Perspektiven, Frankfurt/M. 1986, 637 S., DM 32,-.**
4. **Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 17: Westeuropa in Wirtschaft und Politik des Imperialismus. Materialien einer Konferenz des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der AdW der UdSSR (IME-MO), Moskau, des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW), Berlin/DDR, und des IMSF, Frankfurt/M. 1985, 179 S., DM 15,-.**
5. **Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 18: Wahlen '87 – vor einem neuen Aufbruch? Gesellschaftsprogramme und Strategien der SPD, der Grünen und**

- der DKP – Analysen und Kommentare. Beiträge von *W. Gerns, H. Jung* und einer IMSF-Arbeitsgruppe, Frankfurt/M. 1986, 96 S., DM 6,-.
6. Theorie und Methode IX: *Alexander A. Galkin*, Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur – Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus. Aus d. Russischen v. *Gert Meyer*, Frankfurt/M. 1986, 243 S., DM 15,-.
 7. Institutsmittteilung Nr. 29: „Zukunftsdiskussion“. Materialien einer wissenschaftlichen Konferenz des IMSF, Frankfurt/M., 23./24. November 1985, Frankfurt/M. 1986, 48 S., DM 10,-.
 8. Broschürenreihe „Durchblick“, hrsg. v. IMSF, Heft 7: Rüstung und Kapitalismus (Verf. *J. Huffschnid*), Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1986, 16 S., DM 1,-.
 9. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Verfasser: *Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus* u. a. Beilage zur Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Nachrichten-Verlag, Frankfurt/M., vier Ausgaben.
 10. *Eberhard Dähne*, 1 000 000 000 sind kein Pappenstiel. Ausgaben für Rüstung und Militär: Beispiel NRW, hrsg. v. d. Friedensliste, Bonn 1985, 124 S., DM 8,50.
 11. *Heinz Jung*, Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, Verlag Marxistische Blätter und Akademie-Verlag, Frankfurt/M. und Berlin/DDR 1986, 430 S., DM 19,50.
 12. *Angelina Sörgel*, Entschleierte Profite. Bilanzlesen leichtgemacht, Nachrichten-Verlag, Frankfurt/M. 1986, ca. 250 S., ca. DM 22,-.
 13. Staatsmonopolistische Komplexe in der Bundesrepublik Deutschland. Theorie – Analyse – Diskussion. Beiträge des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, der Leningrader staatlichen Shdanow-Universität (UdSSR) und des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (BRD). Hrsg. durch das IMSF, Redaktion: *A.A. Djomin* (Leningrad), *J. Huffschnid* (Bremen), *W. N. Schenajew* (Moskau), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986, 350 S., DM 19,80.

II. Konferenzen, Seminare, Veranstaltungen

1. „Zukunftsdiskussion“. Wissenschaftliche Tagung des IMSF am 23./24. November 1985 in Frankfurt/M., 200 Teilnehmer. Vorträge und Diskussionen im Plenum und in drei Arbeitsgruppen.
Einleitende Beiträge: *K. Maase, A. Klönne, D. Albers, H. Bömer, L. Volmer, A. Kuhn, A. Sörgel, W. Baumann*.
Konferenzmaterialien: „Zukunftsdiskussion“. Materialien einer wissenschaftlichen Konferenz des IMSF, Institutsmittteilung Nr. 29 des IMSF, Frankfurt/M. o.J. (1986). Berichte und Auszüge in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 10, 1986; Marxistische Blätter I/86.
2. „Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Lage der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder (achtziger Jahre)“. Gemeinsames inter-

nationales wissenschaftliches Symposium der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (Prag) und des IMSF, 19./20. März 1986, Frankfurt/M., 30 Teilnehmer.

Einleitende Beiträge: *E. S. Andersen* (Dänemark), *J. Goldberg/A. Leisewitz* (IMSF), *U. Herlitz* (Schweden), *C. A. Ingles* (Portugal), *G. Jackson* (Neuseeland), *J. Pitman* (USA), *B. Ramelson* (Großbritannien), *W. Somerset* (Irland), *Z. Sorsowilis* (Griechenland), *J. Spielmann* (Schweiz), *St. Voets* (BRD), *R. Williams* (Großbritannien).

Konferenzmaterialien: Marxistische Blätter H. 3/86; Berichte in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11,1986; Probleme des Friedens und des Sozialismus (in Vorbereitung).

3. „Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik“. Gemeinsame wissenschaftliche Diskussionskonferenz der Zeitschriften Prokla, spw, sozialismus, der Memorandum-Gruppe und des IMSF am 5./6. April 1986 in Frankfurt/M., 200 Teilnehmer.

Einleitende Beiträge: *J. Goldberg*, *J. Bischoff*, *J. Priewe*, *A. Schubert*, *H. Schui*, *E. Altvater*, *K. Hübner/M. Stanger*, *J. Huffschnid*, *K. P. Kisker*, *A. Kleinknecht*, *S. Krüger*, *K. G. Zinn*, *J. Hoffmann*, *H. Jung*, *U. Kremer*, *H. Mattfeldt*.

Konferenzmaterialien: Prokla / spw / sozialismus / Memorandum / IMSF, Kontroversen zur Krisentheorie. Überakkumulation, Verschuldung, Nachfragepolitik und Alternativen, Hamburg (VSA) 1986. Berichte in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11,1986; spw 31,1986.

4. „Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik“. Internationale wissenschaftliche Konferenz des IMSF in Zusammenarbeit mit: Anti-Apartheid-Bewegung, Antiimperialistisches Informationsbulletin, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Brasilien-Nachrichten, Christlicher Friedensdienst, Arbeitskreis Philippinen, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Marx-Engels-Stiftung. Köln, 31. Mai/1. Juni 1986, 450 Teilnehmer. Vorträge und Diskussion im Plenum und in 13 Arbeitsgruppen.

Einleitende Beiträge im Plenum: *H. Heras Leon* (Havanna/Kuba), *I. El-Zaim* (Damaskus/Wien), *H. Schui* (Hamburg), *D. Boris/J. Goldberg* (Marburg/IMSF), *F. Contreras* (Managua/Nicaragua). Podiumsdiskussion „Die Linke der Bundesrepublik und die Dritte Welt“ mit *J. B. Runge* (Friedensliste), *L. Volmer* (MdB/Die Grünen), *D. Krüger* (PV der DKP), *W. Ratz* (Mittelamerika-Komitee Bonn), *P. Wahl* (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee). Ausländische Teilnehmer aus Argentinien, CSSR, DDR, Kamerun, Kuba, Nicaragua, Österreich, Senegal, Südafrika, USA, Zimbabwe.

Konferenzmaterialien: Vorbereitungsmaterial „Grunddaten zur Verschuldungssituation der Dritten Welt / Zur Rolle des bundesdeutschen Kapitals“; Konferenzprotokoll: „Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik“, Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 19, Frankfurt/M. 1986. Berichte in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11,1986; Marxistische Blätter H. 4/1986; IPW-Berichte 8/1986.

5. „Sozialismus heute. Realität – Theoretische Analyse – Perspektive“. Gemeinsame Konferenz der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU (Moskau/UdSSR), der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Berlin/DDR) und des IMSF, 21./22. Juni 1986, Frankfurt/M., 100 Teilnehmer. Vorträge und Diskussion im Plenum und in drei Arbeitsgruppen.
Einleitende Beiträge: *H. Jung, G. Chr. Schachnasarow* (Moskau), *O. Reinhold* (Berlin/DDR), *H. J. Beyer* (Berlin/DDR), *R. Weidig* (Berlin/DDR), *H. Hümmler* (Berlin/DDR).
Konferenzmaterialien: „Sozialismus heute. Realität – Theoretische Analyse – Perspektive“. Arbeitsmaterialien des IMSF, Bd. 20, Frankfurt/M. 1986.
6. „Materialistische Rechtstheorie. Aktuelle Probleme und Aufgaben“. IMSF-Kolloquium am 19. April 1986, Frankfurt/M., 40 Teilnehmer.
Einleitende Beiträge: *R. Weyl* (Paris), *J. J. Hagen* (Salzburg), *K. A. Mollnau* (Berlin/DDR).
Konferenzmaterialien: Veröffentlichung der einleitenden Beiträge als Heft 32 der Reihe „Institutsmitteilungen“ des IMSF, Frankfurt/M. 1986.
7. „Zur Analyse des Finanzkapitals heute“. Seminar der Sektion Wirtschaftswissenschaften – Bereich Politische Ökonomie – der Humboldt-Universität Berlin/DDR unter Beteiligung des IMSF, 15./16. Februar 1986, Berlin/DDR, 20 Teilnehmer.
Einleitende Beiträge: *G. Hummel, K. Kolloch, R. Mondelaers, A. Sörgel*.
8. „Zukunft der Arbeit“. Seminar des IMSF, Düsseldorf, 19. April 1986, 30 Teilnehmer.
Einleitende Beiträge: *A. Leisewitz, K. Maase, K. Pickshaus*.
9. „Wissenschaftlich-technische Revolution und Recht“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Marxistische Staats- und Rechtstheorie“, Frankfurt/M., 7. Dezember 1985, 10 Teilnehmer.
Einleitender Beitrag: *W. Renneberg*.
10. „Gewerkschaften und neue Technologien – eine Zwischenbilanz“. Diskussionsrunde der IMSF-Arbeitskreise „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und soziale Folgen“ und „Gewerkschaftspolitik“, 25. Januar 1986, Frankfurt/M., 30 Teilnehmer.
Einleitender Beitrag: *H. Lange*.
Bericht in: *Marxistische Blätter*, H. 2/1986.
11. „Eureka und EVI. Analyse und Kritik“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Marxistische Friedensforschung“ in Zusammenarbeit mit der Friedensliste, 1. März 1986, Frankfurt/M., 30 Teilnehmer.
Einleitende Beiträge: *J. Altmann, J. M. Becker, W. Bruckmann, H. Genrich, L. Knorr, P. Radebach, J. Reusch, J. B. Runge, J. Scheffran, E. Sieker*.
Konferenzmaterialien: Eureka + EVI. Analyse und Kritik. Ein Reader, hrsg. von IMSF und Friedensliste, Bonn 1986.
12. „Neue Probleme der Gewerkschaftstheorie und -analyse“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Gewerkschaftspolitik“, Frankfurt/M., 22. März 1986, 20 Teilnehmer.
Einleitender Beitrag: *W. Roßmann*.

13. „Arbeitskreis Materialistische Pädagogik“ der Zeitschrift „Demokratische Erziehung“ und des IMSF, erstes Arbeitstreffen am 8. Mai 1986, Siegen, 35 Teilnehmer.
14. „Aktuelle Probleme der marxistischen Humanismus-Konzeption“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Lebensweise der Arbeiterklasse“, 7. Juni 1986, Frankfurt/M., 40 Teilnehmer.
Einleitende Beiträge: *Th. Metscher* (Bremen), *H. Zander* (Frankfurt/M).
15. „Marxismus zu Problemen der Familie“. Diskussionsrunde des IMSF-Arbeitskreises „Frauenfrage“ am 14. Juni 1986, Bremen, 10 Teilnehmerinnen.
16. „Zur Geschichtlichkeit des Naturbegriffs“. Öffentlicher Vortrag von Prof. Dr. *András Gedö*, Budapest, im Rahmen der Reihe „IMSF-Vorträge“, 5. November 1985.
17. „Sieben Bemerkungen zur Philosophie Ernst Blochs“. Öffentlicher Vortrag von Prof. Dr. *Manfred Buhr*, Berlin/DDR, im Rahmen der Reihe „IMSF-Vorträge“, 6. Februar 1986.
18. „Koalition der Vernunft und Friedenspolitik der DDR“. Vortragsreise Prof. Dr. *Max Schmidt* (IPW, Berlin/DDR), Frankfurt/M., Tübingen und München, 3.–7. März 1986.

Autoren dieses Bandes

Dr. Wilma R. Albrecht, Mannheim, geb. 1947, Lic. rer. reg. und Ass. freiberufliche Stadt- und Regionalplanerin; Arbeitsgebiete: Grundfragen der Regionalpolitik, Planungstheorie und -soziologie, Stadt- und Regionalplanung.

Ron Bellamy, School of Economic Studies, Leeds, Großbritannien, Mitglied der Wirtschaftskommission beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Großbritanniens.

Dr. Joachim Bischoff, Hamburg, geb. 1944, Angestellter; Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie, Klassenstruktur.

Paul Boccara, Dozent für Ökonomie und Unternehmensführung an der Universität der Picardie, Paris, Mitglied des Zentralkomitees der Französischen Kommunistischen Partei, Leiter der Wirtschaftskommission der FKP.

Dr. Hermann Bömer, Dortmund, geb. 1947, Akad. Rat für Politische Ökonomie am FB Raumplanung der Universität Dortmund; Arbeitsgebiete: Globale Probleme, Alternativen der Wirtschafts- und Regionalpolitik, Marxistische Raumökonomie, Stahlindustrie.

Heinz Czymek, Bottrop, geb. 1933, Bezirksvorsitzender der DKP Ruhr-Westfalen, Mitglied des Präsidiums der DKP, Ratsherr im Stadtrat von Bottrop.

Prof. Elvio Dal Bosco, Orvieto/Italien, geb. 1935, Dozent für Makroökonomie an der Freien Internationalen Universität für Sozialforschung, Rom.

Ulrich Dolata, Bremen, geb. 1959, Diplom-Volkswirt, Arbeitsgebiet: Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Dr. Jörg Goldberg, Frankfurt/M., geb. 1943, Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Krisentheorie, Analyse der Wirtschaftsentwicklung.

Arno Gottschalk, Bremen, geb. 1956, Studium der Ökonomie; Arbeitsgebiete: Militarismus, Rüstungs- und Abrüstungsökonomie.

Prof. Dr. Horst Heininger, Berlin/DDR, geb. 1928, Leiter der Hauptabteilung Ökonomie des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR.

Kurt Hübner, Diplom-Volkswirt, Berlin/W. Geschäftsführender Redakteur der PROKLA, Mitarbeiter am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin.

Prof. Dr. Jörg Huffs Schmid, Bremen, geb. 1940, Hochschullehrer für politische Ökonomie an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Wirtschaftsentwicklung, Alternative Wirtschaftspolitik, Monopolisierung, ökonomische Fragen von Rüstung und Abrüstung.

Peter Imbusch, Marburg, geb. 1958, Student der Gesellschaftswissenschaften; Arbeitsgebiet: Dritte Welt.

Dr. Heinz Jung, Frankfurt/M., geb. 1935, Ökonom, Leiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Zeitgenössische Kapitalismustheorie und -analyse.

Hubert Kleinert, Marburg/Lahn, geb. 1954, von 1983 bis 1986 Abgeordneter der Grünen im Bundestag, z. Z. Mitglied der Bundestagsgruppe der Grünen.

Dr. Johannes Klotz, Marburg, geb. 1952, Lehrer, Lehrbeauftragter in Marburg an der Philipps-Universität und an der Fachhochschule Fulda; Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Neokonservatismus, Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Uwe Kremer, Münster, geb. 1956, ehem. Stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD; Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik.

Dr. André Leisewitz, Frankfurt/M., geb. 1947, Dipl.-Biol., Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Prof. Dr. Lutz Maier, Berlin/DDR, geb. 1929, stellvertretender Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR.

John E. Parsons, Cambridge, MA, USA, Assistant Professor of Finance, Massachusetts Institute of Technology.

Hermannus Pfeiffer, Hamburg, geb. 1956, Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung; Arbeitsgebiet: Rolle und Struktur der Großbanken in der BRD.

Prof. Dr. Jan Priewe, Darmstadt, geb. 1949, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer an der Fachhochschule Darmstadt.

Dr. Jürgen Reusch, Frankfurt/M., geb. 1947, stellv. Leiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Rüstung/Abrüstung, Friedensbewegung.

Dr. Bernhard Roth, Bremen, geb. 1950, Dipl. Volkswirt, wiss. Mitarbeiter an der Universität Bremen, Mitarbeiter in der Memorandumgruppe; Arbeitsgebiete: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Regional- und Kommunalpolitik.

Dr. Caspar Schirmeister, geb. 1936, Berlin/DDR, Wirtschaftswissenschaftler, Leiter der Forschungsgruppe Monopole im Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR.

Dr. Angelina Sörgel, Bremen, geb. 1948, Wirtschaftswissenschaftlerin, wiss. Mitarbeiterin an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Monopoltheorie, Bankanalyse, Wirtschaftspolitik.

Michael Stanger, Diplom-Politologe, Berlin/W., Mitarbeiter des Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin, Redakteur der PROKLA; Arbeitsgebiete: Marxsche Akkumulationstheorie, Wirtschaftspolitik, Wachstumstheorie.

Zusammenfassungen

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 9–41

Jörg Goldberg

Die chronische Überakkumulation von Kapital als Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps

Schon seit Mitte der sechziger Jahre setzt sich in der Bundesrepublik die Tendenz zur Verlangsamung der Akkumulation durch. Die Methode des Kapitals, den Rückgang der Profitrate durch eine Beschleunigung des Akkumulationstempos zu beantworten, gerät in zunehmenden Widerspruch zu den beschränkten Realisationsmöglichkeiten des Profits. Die zyklische Krise von 1974/75 muß hier als Einschnitt betrachtet werden. Die ansteigende Massenarbeitslosigkeit erlaubt die Durchsetzung einer massiven Umverteilung zugunsten der Gewinne, der Rationalisierungsprozeß in der Produktion wird forciert, Konzerne und Banken wachsen in internationale Dimensionen, die staatliche Wirtschaftspolitik beginnt, bewußt Disproportionen auf dem Binnenmarkt in Kauf zu nehmen. Ziel ist eine durchgreifende Senkung der Produktionskosten und die Verbesserung der Verwertungsbedingungen für die wichtigen, exportorientierten Konzerne und die technologisch zentralen Branchen. In der Tat ist es gelungen, die Produktionsbedingungen des Profits durchgreifend zu verbessern, das Tempo beim Einsatz der neuen Technologien zu steigern, die internationale Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals zu erhalten. Die Folge war aber das Aufbrechen von neuen Disproportionen im nationalen Gesamtproduktionsprozeß, vor allem die Zuspitzung von Realisationsschwierigkeiten.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 42–64

Jörg Huffschnid

Vor dem Übergang zur reformistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik?

Der Beitrag setzt sich mit den aktuellen Entwicklungen und Entwicklungsmöglichkeiten der BRD unter Anwendung des Variantenkonzepts auseinander. Dies verlangt die Untersuchung der ökonomischen und politischen Bedingungen. Dabei findet die Analyse der gesellschaftspolitischen Orientierung jener Kräfte, die ein Reformkonzept tragen könnten, besondere Aufmerksamkeit. Der Übergang zu einer reformistisch-etatistischen Entwicklung der BRD wird bei Formierung eines reformpolitischen Blocks für möglich gehalten.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 65–91

Heinz Jung

Zum Konzept der Entwicklungsvarianten des SMK heute

Der Beitrag erörtert das Variantenkonzept im Kontext der Imperialismus- und SMK-Theorie. Die Varianten stellen sich im Kern als unterschiedliche Typen staatsmonopolistischer Vergesellschaftung dar, die mit unterschiedlichen Klassenstrategien des Monopolkapitals verbunden sind und unter ihnen entsprechenden politischen und ideologischen Hegemonie- und Herrschaftskonstellationen verwirklicht werden. Hieraus ergeben sich die wesentlichen Unterschiede bzw. Kennzeichen der einzelnen Entwicklungsvarianten. Als solche werden das Interaktionssystem von Staat und Monopolen und der Modus der Klassenherrschaft hervorgehoben und erörtert. Für die Ausprägung der Varianten und ihrer Kennzeichen ist die Stellung und Einbindung der Länder in das System des Imperialismus und in die internationalen Beziehungen wesentlich. Der Wechsel der Entwicklungsvarianten ist mit der Umgruppierung der sozialen und politischen Kräfte verbunden. Für die Zukunft in Westeuropa ist die Formierung der Kräfte einer Politik sozialer und de-

mokratischer Reformen, die sich im Rahmen einer reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante des SMK durchsetzen könnten, von besonderer Bedeutung.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 100–123

Jan Prieue

Der US-Kapitalismus in der Krise

Die tiefe kapitalistische Weltwirtschaftskrise von 1974/75 und die folgende Krisenperiode hat beim US-Kapital Strategien ausgelöst, die auf die Wiedergewinnung der politisch-ökonomischen Hegemonie in der Welt ausgerichtet sind. Dabei wird auf einen Ausbau des ohnehin großen militär-ökonomischen Sektors gesetzt, während Ansätze zu einer Neustrukturierung der ökonomischen Basis unter Ägide des Pentagon nur zu neuen Disproportionen führen können. Bislang ist es nicht gelungen, durch einen Ausbau der staatsmonopolistischen Regulierungskapazitäten wirksame Voraussetzungen zu schaffen, um den Niedergang der ökonomischen Potenzen des Landes aufzuhalten.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 124–135

John E. Parsons

Krise der US-Wirtschaft: Entscheidung in wessen Interesse?

Die US-Wirtschaft, seit 1973 geschüttelt von drei tiefen zyklischen Krisen, befindet sich in einer langwierigen strukturellen Krise. Ein wesentliches Element ist die Deindustrialisierung des Landes, der Niedergang wichtiger industrieller Bereiche im Internationalisierungsprozeß des Kapitals. Statt dessen richtet das US-Kapital den Hauptaugenmerk auf seine Rolle an den internationalen Finanzmärkten. Während die herrschende Variante der Politik sich auf die Wiedergewinnung der internationalen Hegemonie durch Stärkung des Militärs richtet, steht eine andere bürgerliche Variante im partiellen Gegensatz dazu: Sie möchte die staatlichen Mittel für eine ausgewogene Industriepolitik einsetzen. Die Linke konzentriert sich in ihren Alternativvorstellungen auf den Kampf gegen die militärische Orientierung, die Herstellung internationaler gewerkschaftlicher Solidarität und die Durchsetzung von Kapitalverkehrskontrollen, die eine Steuerung des Internationalisierungsprozesses der Produktion im Interesse der Lohnabhängigen ermöglichen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 136–150

Paul Boccara

Die ökonomische Strukturkrise in Frankreich. Worum geht es bei ihrer Bewältigung?

Nach dem Scheitern des Experiments der „Linksregierung“ in Frankreich steht die französische Linke vor der Aufgabe, das Projekt eines konkreten Bruchs mit dem Kapitalismus zu realisieren. Im Mittelpunkt steht der Kampf um die Durchsetzung neuer Leitungskriterien in den öffentlichen und privaten Unternehmen, in den Banken, aber auch auf der Ebene der staatlichen Wirtschaftspolitik. Während das Prinzip der kapitalistischen Rentabilität die Maximierung des Profits im Verhältnis zum Kapital anstrebt, steht im Kern der neuen Kriterien das Verhältnis Neuwert/Kapital. Es geht vor allem darum, daß alle Aufwendungen für die lebendige Arbeit im weitesten Sinne als produktiv begriffen werden müssen. Dies entspricht auch dem Charakter der neuen Technologien. Die derzeit ablaufenden technologischen Umbrüche beinhalten relative Einsparungen von vergangener Arbeit (Material und Maschinerie) und basieren auf einer Weiterentwicklung der menschlichen Fähigkeiten. Der neue Typ der Produktivkraftentwicklung erfordert also verstärkte Aufwendungen für die lebendige Arbeit, ermöglicht dafür massive Einsparungen von vergangener Arbeit. Der kapitalistische Typ der Produktivkraftentwicklung (Ersatz lebendiger Arbeit durch vergangene Arbeit) gerät also in Widerspruch zu den Bedingungen, die die neuen Technologien schaffen.

Ron Bellamy**Der Charakter der gegenwärtigen Krise in Großbritannien und die Alternativvorschläge der Linken**

Die kapitalistische Krise hat Großbritannien besonders hart getroffen. Ursache ist die traditionelle Schwäche der industriellen Produktion, die Vernachlässigung der materiellen Basis. Die Linke hat zur Lösung dieser strukturellen Krise schon früh Alternativen vorgelegt: Im Kern dieser Vorschläge steht eine verstärkte öffentliche Kontrolle über die Investitions-, Produktions- und Beschäftigungspolitik der Unternehmen. Einbegriffen ist die Ausweitung des staatlichen Sektors selbst. Ziele sind die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch gezielte industrielle Modernisierung, die Sicherung des Binnenmarktes durch Importkontrollen und die Verbesserung der Absatzmöglichkeiten im nationalen Rahmen durch höhere öffentliche Ausgaben für Investitionen und Soziales. Einbegriffen sind Preiskontrollen. Realisiert werden muß dieses Programm durch ein breites Bündnis unter Führung der Arbeiterklasse. In der gegenwärtigen Diskussion innerhalb der britischen Linken wird es darauf ankommen, die Strategie der lokalen, dezentralen Alternativprojekte, wie sie vom Greater London Council realisiert wurden, nicht gegen dieses skizzierte Gesamtprojekt zu stellen.

Elvio Dal Bosco**Der Charakter der gegenwärtigen Krise und Alternativen der Linken: Italien**

In den letzten Jahren ist es in Italien als Reaktion auf die zunehmende Krisenhaftigkeit der Entwicklung und die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu einer Umstrukturierung auf der Ebene des Kapitals gekommen. Deren Hauptmerkmal besteht in einer Zunahme der Konzentration des Kapitals unter Dominanz des Finanzkapitals, während die notwendige Stärkung und Revitalisierung der produktiven Grundlage der italienischen Industrie weitgehend ausgeblieben ist. Die Wirtschaftspolitik verfolgt einseitig das Ziel, die Umverteilung zu Lasten der Arbeitseinkommen und des Systems der sozialen Sicherung voranzutreiben. Die Arbeiterbewegung hat bei ihren Abwehrkämpfen begrenzte Erfolge erzielt, dabei aber trotzdem an Dynamik und Organisationskraft eingebüßt. In der Verbindung von Forderungen nach Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und einem Mitspracherecht bei der Einführung von technischen Neuerungen im Betrieb wird nun ein Ausgangspunkt für die Wiedergewinnung gewerkschaftlicher Initiative gesucht.

Horst Heininger / Lutz Maier**Internationalisierung – eine Grundtendenz der SMK-Entwicklung heute**

Die Internationalisierung des SMK wird als eine Haupttendenz der Anpassung staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse an veränderte Bedingungen dargestellt. Die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit der kapitalistischen Industriestaaten realisiert sich in einer neuen Stufe internationaler Arbeitsteilung, in neuen Formen der Verflechtung von Staat und Monopolen auf internationaler Ebene und in neuen internationalen Regulierungsformen. Auf der neuen Ebene des SMK entstehen neue Formen internationaler Ausbeutung und neue Modi der Austragung zwischenimperialistischer Rivalität. Von besonderer Bedeutung sind dabei unterschiedliche Typen (hegemonialer und kollektiver) imperialistischer Herrschaft. Damit sind auch unterschiedliche Linien imperialistischer Strategiebildung gesetzt, die für die Entwicklung der internationalen Beziehungen bedeutsam sind.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 199–211

Bernhard Roth

Internationalisierung des SMK: Eine neue Tendenz in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft?

Der Autor trägt Einwände gegen die Konzeption der Internationalisierung des SMK heute vor, wie sie in diesem Band „Marxistische Studien“ von Lutz Maier und Horst Heining er vorgestellt und entwickelt wird. Er sieht in den internationalen Institutionen und Organisationen keine Formen der Internationalisierung des SMK, sondern interpretiert sie als Ausdruck zunehmender zwischenstaatlicher Absprachen und Vereinbarungen. Aus seiner Sicht geht es bei der gegenwärtigen Entwicklung um die Politisierung des ökonomischen Internationalisierungsprozesses. In der Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung sieht er ebenfalls keine qualitativ neuen Momente, die der Internationalisierung des SMK eine Basis schaffen könnten. Gegenüber der Herausbildung einer realen Weltökonomie besteht der Autor auf den Nationalwirtschaften als Grundeinheiten der Weltwirtschaft.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 222–247

Ulrich Dolata / Arno Gottschalk / Jörg Huffschmid

Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsform des Kapitals. Bemerkungen zu einer neuen Kategorie der politischen Ökonomie des Kapitalismus

Die Benutzung dieses Begriffs in der marxistischen Literatur ist erst jüngerer Datums. Auf den Ergebnissen einer umfassenderen Studie für die BRD fußend, erörtern die Autoren die theoretisch-analytische Bestimmung dieser Kategorie. Sie wird als Organisationsform des Kapitals auf der Ebene des SMK verstanden. Ihre Kernbestimmungen sind: enge, dauerhafte und institutionalisierte Verflechtung von Staat und Privatmonopolen bis in den Produktionszyklus in entwicklungsstrategischen Produktivkraftbereichen. Die Bestandteile und Funktionselemente der SK sind der privatmonopolistische Kernbestandteil, der Staatsapparat und Verflechtungsinstitutionen. Hinzu kommen Elemente der ökonomischen und politisch-gesellschaftlichen Peripherie. Für die BRD halten die Autoren die Existenz folgender Komplexe für gegeben: Militär-Industrie-Komplex, Luft- und Raumfahrt-Komplex, Atom-Industrie-Komplex, Telekommunikations-Industrie-Komplex. Sie bestehen auf einer engen Fassung des Begriffs, unter den staatsmonopolistische Verflechtungen nicht generell subsumiert werden können.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 248–256

Caspar Schirmeister

Neuere Tendenzen im Monopol als finanzkapitalistischem Herrschaftsverhältnis

Der Autor plädiert für die Beibehaltung des Monopols als grundlegender Kategorie des heutigen Kapitalismus. In seiner Sicht sind Monopole heute staatsmonopolistisch geprägte finanzkapitalistische Monopole. Dies drückt qualitative Veränderungen aus, die die Kapitalmobilisierung und die Rolle des Staates betreffen – eine neue Qualität der Beherrschung gesellschaftlichen Kapitals. In diesem Kontext diskutiert der Verfasser den Begriff des staatsmonopolistischen Eigentums. Mit der finanzkapitalistischen Expansion sind funktionelle Verschmelzungsprozesse verbunden. Als neue Tendenz zeichnet sich die Monopolisierung von Herrschaftswissen, die Herausbildung von Informations- und Kommunikationsmonopolen ab. Als aktuellen Monopolisierungsaspekt untersucht der Verfasser staatsmonopolistische Komplexe. Er wendet sich dabei gegen eine Übergewichtung der ökonomischen Aspekte.

Angelina Sörgel**Das Finanzkapital – mehr als eine soziologische Kategorie**

Der Beitrag untersucht aktuelle Aspekte der Entwicklung des Finanzkapitals im Internationalisierungsprozeß. Gemeinsame ökonomische Verwertungsstrategien der im Finanzkapital beteiligten Monopole werden als wesentlicher Inhalt angesehen. Sie realisieren sich in Kooperation von Industrie- und Bankmonopolen. Es werden so die neuen Formen der Exportfinanzierung und der Internationalisierung des Bankgeschäfts dargestellt. Letztere entwickelt sich für die westdeutschen Großbanken seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre besonders stürmisch. Dem entspricht eine Umstrukturierung der internationalen Finanzmärkte. Welche Funktion hat der relative Überschuß, die Plethora von Geldkapital? In der Sicht des Beitrags führt er zur Stärkung des Finanzkapitals. Der Parasitismusbegriff muß auf das Monopol- und Finanzkapital in seiner Gesamtheit bezogen werden.

Hermannus Pfeiffer**Großbanken und Finanzgruppen. Ergebnisse einer Untersuchung der personellen Verflechtungen der Großbanken**

Der Verfasser wendet das marxistische Konzept der Finanzgruppen, verstanden als wesentliches Strukturelement des heutigen Kapitalismus, auf die aktuellen Verhältnisse der BRD an. Den empirischen Zugang zur konkreten Struktur der Finanzgruppen bildet die Untersuchung der personellen Verflechtungen und Beziehungen. Als organisierendes Zentrum erscheinen die monopolistischen Großbanken. Es werden primäre und sekundäre personelle Verflechtungen unterschieden. Die Finanzgruppen der Deutschen Bank und der Dresdner Bank sind in der BRD die bedeutendsten.

Ulrich Dolata**Neue Technik, Produktionsstrukturen und Anpassungsreaktionen des SMK**

Von einer Skizze der derzeitigen Anwendung neuer Technologien in der Produktion und ihrer Entwicklungstrends ausgehend untersucht der Beitrag die ökonomischen Auswirkungen dieser Entwicklung. Mit der Modernisierungskonkurrenz ist sowohl verstärkte Kapitalfreisetzung als auch wachsender Kapitalbedarf verbunden. Es kommt zur Herausbildung neuer Konzernprofile und Verwertungsstrategien. Der Zugriff auf das staatliche Wissenschaftspotential erlangt erhöhte Bedeutung. Die internationale Modernisierungskonkurrenz wird zum zentralen Mechanismus der ökonomischen Regulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Sie übersetzt die neuen Reproduktionserfordernisse des technologischen Umbruchs in konkrete Anpassungsreaktionen der staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse.

Hermann Bömer**Markt, Plan, Vergesellschaftung. Zum Stand der wissenschaftlichen Debatte über das globale Energieproblem**

Ausgehend von der nach Tschernobyl erneut zugespitzten Debatte über verschiedene Wege zur Lösung des Energieproblems wird auf der Grundlage der vorliegenden unterschiedlichen „Entwicklungspfade“ die These vertreten, daß es möglich ist, sowohl die Energiefrage in den entwickelten Industrieländern als auch die weit drängendere Problematik in der Dritten Welt zu lösen,

ohne weiter auf den Ausbau der Kernkraft zu setzen, aber auch ohne die Ausbeutung der nicht-regenerativen Ressourcen zu steigern. Der extensiven Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas zur Stromerzeugung steht vor allem die drohende „CO₂-Falle“ entgegen: Bei weiterem Anstieg des globalen fossilen Primärenergieverbrauchs drohen lebensbedrohende Klimaveränderungen. Im Mittelpunkt aller langfristig angelegten Energiekonzeptionen muß die Energieeinsparung stehen – was allerdings eine grundlegende Änderung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen erforderlich macht. In der Auseinandersetzung mit ökologisch-marktwirtschaftlichen Konzeptionen wird dargestellt, daß das Profitsystem nicht in der Lage ist, das Eintreten von ökologischen Katastrophen zu verhindern.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 338–348

Wilma R. Albrecht

Endogene Entwicklungskonzepte zwischen fortschrittlicher Perspektive und kleinbürgerlicher Sackgasse. Einige kritisch-systematische Anmerkungen

In der regionalpolitischen Diskussion der 80er Jahre wird verstärkt die Problematik einer „eigenständigen Regionalentwicklung“ aufgeworfen. Dieses Konzept „endogener Entwicklung“ setzt auf die Mobilisierung der regionalen Ressourcen unter weitgehender Außerachtlassung der Verknüpfung von regionaler und gesamtgesellschaftlicher Ebene. Wilma Albrecht untersucht in ihrem Beitrag ferner die Herkunft dieser Konzepte, ihre theoretischen und ideologischen Implikationen sowie den Beitrag, den sie für die sozialökonomische Entwicklung leisten können.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 349–361

Heinz Czymek

Das Ruhrgebietsprogramm der DKP

Das Ruhrgebiet, nach wie vor größtes industrielles Ballungszentrum der BRD, ist durch Struktur-schwächen und Wirtschaftskrise besonders betroffen. Es ist ein Zentrum der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung. Erläutert werden die Ausgangspunkte und Zielsetzungen des Ruhrgebietsprogramms der DKP als eines demokratischen Aktions- und Gesellschaftsprogramms. Der Kritik unterzogen werden die verschiedenen Konzepte staatsmonopolistischer Regulierung für das „Revier“. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem sozialpartnerschaftlichen Konzept der SPD. Der Autor stellt zum Schluß jene politischen und sozialen Kräfte vor, aus deren Zusammenwirkung eine Veränderung der Politik hervorgehen könnte.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 362–373

Johannes Klotz

Außerparlamentarische Bewegungen und Positionsveränderungen in der Sozialdemokratie

Der Beitrag untersucht den Einfluß der außerparlamentarischen Bewegungen auf die programmatischen Positionen der Hauptströmungen der Sozialdemokratie der BRD. Dabei stehen die Probleme der Ökologie und Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt. Als Hauptergebnis kann die Herausbildung einer ökoreformistischen Strömung in der Sozialdemokratie angesehen werden. Der aktuelle Druck zur Umorientierung in der SPD geht vor allem von der Entwicklung der Grünen zur Parlamentspartei aus. Während die in der SPD-Führung dominierende neointegrationistische Strömung nach wie vor auf eine Modernisierungsstrategie im Rahmen der monopolistisch dominierten Marktwirtschaft – allerdings mit sozialer Abfederung – setzt, orientiert der Ökoreformis-

mus auf den ökologischen Umbau der Marktwirtschaft. Der sozialistische Reformismus, dessen aktuelle Konzeption ausführlich vorgestellt wird, plädiert für einen ökologischen Umbau einer sozial kontrollierten gemischten Wirtschaft. Neben den unterschiedlichen Programmvorstellungen ist die Frage des Umgangs mit den außerparlamentarischen Bewegungen und mit der Partei der Grünen ein wesentlicher Differenzierungspunkt der Strömungen.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 374–388

Joachim Bischoff

Überakkumulation und Reformpolitik. Grundzüge einer sozialistischen Wirtschaftskonzeption

Die Krisenerscheinungen der siebziger und achtziger Jahre im Kapitalismus sind nicht in erster Linie die Folge besonderer Ereignisse dieser Jahre und auch nicht Ausdruck des Wegfalls besonders günstiger Nachkriegsbedingungen. Die widersprüchliche Vermittlung der Bewegung von Profitrate und Profitmasse hat zu einer strukturellen Überakkumulation von Kapital geführt, bei der die Erweiterung der Profitmasse nicht mehr die Wirkung der rückläufigen Profitrate auf die Akkumulation aufhebt. Ausdruck dieser Stockung im Akkumulationsprozeß ist der wachsende Parasitismus der Geld- und Kreditsphäre. Die sozialistische Linke hat in dieser Situation eine Konzeption zu entwickeln, die nicht auf die Revitalisierung der Industrie durch Modernisierung der Produktion, auf eine neue „Lange Welle“ wirtschaftlichen Wachstums hofft, sondern die Ausdehnung des tertiären Sektors zum Kernpunkt macht. Zu diesem Zweck ist es notwendig, die alten Verteilungsstrukturen mit ihrer Begünstigung des Finanzsektors in Frage zu stellen, vor allem durch eine neue Steuerpolitik.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 389–402

Kurt Hübner/Michael Stanger

Konjunkturzyklen, Lange Wellen und historische Stadien der Kapitalakkumulation. Probleme einer marxistischen Theorie kapitalistischer Entwicklung am Beispiel der Weltwirtschaftskrise der 70er und 80er Jahre

Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Krisendiskussion muß die entwicklungshistorische Einordnung der Periode seit Mitte der siebziger Jahre als Restrukturierungskrise stehen. In scharfer Abgrenzung von der Stadienese der SMK-Theorie, die im Kern auf eine Zusammenbruchthese hinausläuft, ist der Neustrukturierungscharakter der gegenwärtigen „großen Krise“ als Krise des Regulierungsmodells selbst zu betonen. Dabei spielt der Übergang zu neuen Produktionstechniken eine zentrale Rolle. Der Strukturbruch mit dem alten Akkumulationsmodell führt aber nicht automatisch zu einem neuen ökonomischen Aufschwung. Dies verweist auf die Politikhaftigkeit des Weges zur Wiederbelebung der Wachstumsdynamik und damit auch auf dessen Gestaltungsfähigkeit.

Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 403–413

Hubert Kleinert

Umbau der Industriegesellschaft – ein realistisches Konzept der Gesellschaftsveränderung der GRÜNEN

Der Beitrag stellt die Grundgedanken des Umbauprogramms der Grünen vor, an dessen Formulierung der Autor beteiligt war. Sein Ansatz ist die Einleitung eines grundlegenden ökologischen Strukturwandels, der an der Umgestaltung der stofflichen Struktur der Produktion orientiert ist. Dies ist der Ausgangspunkt für soziale und demokratische Reformmaßnahmen. Der Verfasser erörtert die wichtigen Interventionsmöglichkeiten, die sozialen Umbaumaßnahmen und Rolle und Formen der Demokratisierung. Er unterstreicht den reformpolitischen Charakter des Umbauprogramms.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, 1986, S. 414–422

Uwe Kremer

Ökonomische Krise und das Problem der Innovation

Die gegenwärtige Krise als Verbindung von struktureller Überakkumulation und Innovationen verweist auf anhaltende Regulierungsdefizite des kapitalistischen Systems. Der Übergang zu einem neuen Wachstums- und Innovationstyp vergrößert die Komplexität der ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, so daß – entgegen propagandistischen Beschwörungen des Marktes – die Anforderungen an gesamtwirtschaftliche Regulierungskapazitäten wachsen. Sowohl die Konzeptionen von Späth und Biedenkopf als auch von Roth und Glotz reflektieren auf ihre Art dieses Problem: beide aber eröffnen nur den Weg zu einer gespaltenen Akkumulationsdynamik, bei der Prosperität auf bestimmte High-Tech-Bereiche beschränkt bleibt. Die Linke muß neben einem wirtschaftspolitischen Sofortprogramm eigene Regulierungs- und Innovationskonzepte entwickeln, die einen im Kern etatistischen Charakter haben werden und die Frage der Vergesellschaftung aufwerfen.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

DEPARTMENT OF CHEMISTRY

REPORT OF THE

COMMISSIONERS OF THE

BOARD OF CHEMISTRY

FOR THE YEAR 1900

CHICAGO, ILL., 1901

Ökonomie & Politik

Leo Kofler

Aufbruch in der Sowjetunion?

Von Stalin zu Gorbatschow

120 Seiten; DM 16,80



Winfried Beck/Gine Elsner/Hans
Mausbach (Hrsg.)

Pax Medica

Stationen ärztlichen Friedensengagements

176 Seiten; DM 19,80

Karljosef Kreter

Sozialisten in der Adenauer-Zeit

Fritz Lamm und der »Funken«

180 Seiten; DM 18,—

Göran Therborn

Arbeitslosigkeit

Strategien und Politikansätze in den
OECD-Ländern

192 Seiten; DM 24,80

Alfred Oppolzer

Wenn Du arm bist, mußt Du früher sterben

Soziale Unterschiede in Gesundheit
und Sterblichkeit

160 Seiten; DM 19,80

Sozialistische Studiengruppen (SOST)

Perspektiven der BRD

Neokonservative und sozialistische
Konzeption des gesellschaftlichen
Strukturwandels

192 Seiten; DM 18,—

Stefan Krüger

Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation

Langfristige Entwicklung und konjunktureller Zyklus

972 Seiten; DM 68,—

Harald Mattfeldt

KEYNES

Kommentierte Werkauswahl

176 Seiten; DM 19,80

Karl Georg Zinn

Arbeit, Konsum, Akkumulation

Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx

240 Seiten; DM 29,80

Jürgen Hoffmann (Hrsg.)

Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression

Analysen und Kontroversen zur Krisentheorie

254 Seiten; DM 19,80

**Prospekt
anfordern!**

VSA-Verlag
Stresemannstr. 384a
2000 Hamburg 50
Tel. 040/ 89 40 69

VSA

Volkszeitung

SCHADE,

daß uns keiner kennt. Dabei bringen wir jede Woche über

70000*

(SIEBZIGTAUSEND)

intelligente Leute dazu, eine progressive Zeitung zu lesen.

WENN Sie dazugehören wollen: dreiwochen kostenloser

unverbindlicher Probebezug per 02 11 / 16 00 10 oder

Postkarte an Röderberg, Postfach 101848, 6 Frankfurt

**Seit Mitte 1986 hatten
wir eine verbreitete Auflage von 26.378,
laut Medienanalyse macht das ca.
73.100 LeserInnen pro Ausgabe.*

Marxistische Studien

Jahrbuch des IMSF 10, 1986

Marxistische Persönlichkeitstheorie – Internationale Beiträge

Heike Fleßner / Klaus Hühne / Bernhard Wilhelm (Oldenburg / Kleefeld / Siegen)
Zum Stand und zu einigen Perspektiven marxistischer Persönlichkeitstheorie

Individuum – Persönlichkeit – Gesellschaft: Grundbegriffe und Grundfragen

Lucien Sève (Paris)
Historische Individualitätsformen und Persönlichkeit

Georg Rückriem / Alfred Messmann (Westberlin)

Marx' Mensch. Theoretische und methodologische Voraussetzungen des Verhältnisses von Psychologie und Anthropologie in der Theorie A. N. Leontjews

Ute Osterkamp (Westberlin)
„Persönlichkeit“ – Selbstverwirklichung in gesellschaftlichen Freiräumen oder gesamtgesellschaftliche Verantwortungsübernahme des Subjekts?

Wolfgang Jantzen (Bremen)
A. N. Leontjew und die Kulturhistorische Schule der sowjetischen Psychologie

A. A. Leontjew (Moskau)
Methodologische Alternativen einer Psychologie des Unbewußten

Charles W. Tolman (Victoria / Kanada)
Überblick über marxistische Positionen in der Anglo-Amerikanischen Psychologie

Pädagogische Anwendungsbezüge

Yrjö Engeström (Helsinki)
Die Zone der nächsten Entwicklung als die grundlegende Kategorie der Erziehungspsychologie

Ralf Kuckhermann / Annegret Wigger-Kösters (Münster / Heiden, Schweiz)

Von der Geschichte der Tätigkeit zu den Geschichten der Persönlichkeit. Sozialgeschichte und „persönliche Geschichten“ in der psychologischen Analyse der Tätigkeit

Karl-Heinz Braun (Bielefeld)
Spiel und Ontogenese. Zur Diskussion ausgewählter marxistisch begründeter und psychoanalytischer Ansätze

Eva Schmidt-Kolmer (Berlin / DDR)
Theorie und Praxis der Betreuung von Krippenkindern in der DDR

Therapeutische Anwendungsbezüge

Ole Dreier (Kopenhagen)
Persönlichkeit und Individualität in psychologischer Theorie und klinischer Praxis

Dorothee Roer / Dieter Henkel (Frankfurt / M.)
Psychisch gestörte Subjektivität. Ein Ansatz auf der Basis der Tätigkeitspsychologie von Leontjew

Harry Schröder / Christina Schröder (Leipzig)
Persönlichkeitspsychologische Aspekte der Entwicklung einer Medizinischen Psychologie in der DDR

Diskussion

André Leisewitz / Kaspar Maase
Aktuelle Probleme der Intelligenz-Diskussion

Kaspar Maase / Jürgen Reusch
IMSF-Konferenz „Zukunftsdiskussion“

**Register „Marxistische Studien“
Band 1 – 10**

350 Seiten, fester Einband, DM 38,—
NEU: Marxistische Studien im Dauerbezug, Preisnachlaß 20%
und portofreier Versand

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

MARXISTISCHE STUDIEN 1, 1978

Politische Ökonomie der BRD – Profitratendiskussion – Soziale Lage der Arbeiterklasse –
Krise / Klassenkämpfe / Klassenbewußtsein; 374 Seiten, DM 24,--

MARXISTISCHE STUDIEN 2, 1979

Ökonomische Stagnationstendenzen – Raumökonomie – Individuelle Konsumtion –
Gewerkschaftstheorie – Neue Technik – Widersprüche im Arbeiterbewußtsein;
437 Seiten, DM 24,-- (2. Auflage 1984)

MARXISTISCHE STUDIEN 3, 1980

Neue Technik und soziale Alternativen – Umweltpolitik – Einheitsgewerkschaft – Vereine –
Lebensweise – Internationale ökonomische Arbeitsteilung;
396 Seiten, DM 24,-- (2. Auflage 1984)

MARXISTISCHE STUDIEN 4, 1981

Staat / politisches System / Überbau – Korporatismus – Staatsbewußtsein / Wahlverhalten
– Streiks und Gegenmacht – Technik–Diskussion; 433 Seiten, DM 30,--

MARXISTISCHE STUDIEN 5, 1982

Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung – Frauenbewegung – Friedensbewe-
gung/Friedensforschung; 461 Seiten, DM 30,--

MARXISTISCHE STUDIEN 6, 1983

Arbeiterklasse in den 80er Jahren: Klassenstruktur / Kämpfe / Bewußtsein – Politische
Ökonomie / SMK-Theorie – Friedensbewegung; 470 Seiten, DM 32,-- (2. Auflage 1984)

MARXISTISCHE STUDIEN 7, 1984

Arbeiterklasse im Betrieb: Formierungsbedingungen / Kämpfe / Bündnisse / Belegschaften
– Neue Technik / Neue Arbeit – Staats- und Rechtstheorie; 426 Seiten, DM 32,--

MARXISTISCHE STUDIEN 8, I/1985

1945/1985: Welthistorische Veränderungen – Geschichte der Arbeiterbewegung – Diskus-
sion „Ende der Arbeitsteilung?“; 319 Seiten, DM 32,--

MARXISTISCHE STUDIEN 9, II/1985

Zukunft der BRD / Linke Alternativen: Umbruchperiode / Basistrends der 90er Jahre / Poli-
tische Programme / Debatte um Alternativen; 677 Seiten, DM 38,-- (2. Auflage 1986)

MARXISTISCHE STUDIEN 10, I/1986

Marxistische Persönlichkeitstheorie – Internationale Beiträge: Theoretische Grundlagen –
Pädagogische und therapeutische Aspekte; 353 Seiten, DM 38,-- (2. Auflage 1986)

Dauerbezug

Im Dauerbezug erhalten Sie zwei Bände der Marxistischen Studien pro Jahr
sofort nach Erscheinen portofrei und mit 20% Rabatt.

Jahrbuch-Pakete

Band 1–9 im Paket zu 165,-- DM

Bei Abnahme von mindestens 4 Bänden erhalten Sie die Jahrbücher zu folgenden Preisen:
Band 1–3 zu je 15,-- DM; Band 4–8 zu je 20,-- DM; Band 9–10 zu je 30,-- DM

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1

Neuerscheinungen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) · Frankfurt/Main

Reihe „Theorie und Methode“, Band IX

Alexander Galkin

Herrschaftselite · Politisches Verhalten · Politische Kultur

Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus.

243 Seiten, Typoskriptdruck, Frankfurt/Main 1986, DM 15,—

Der Band beschäftigt sich mit der Analyse politischer Prozesse im heutigen Kapitalismus. Im Mittelpunkt steht die ideologiekritische und theoretische Erörterung der Kategorien einer materialistischen Politikanalyse. Ein zweiter Teil behandelt aktuelle Prozesse, die für den Kampf der Arbeiterklasse entwickelter kapitalistischer Länder unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen und für ihre Perspektiven bedeutsam sind.

Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“, Bd. 19

IMSF/ASK (Hrsg.)

Die Dritte Welt in der Schuldenkrise – Rolle der Bundesrepublik – Diskussion um Alternativen

295 Seiten, Typoskriptdruck, Frankfurt/M. 1986, DM 18,—

Der Band enthält Beiträge einer internationalen Konferenz zu den Problemkreisen „Verschuldung – ein globales Problem“, „Bundesrepublik und Ausbeutung der Dritten Welt“ sowie „Gegenkräfte und Alternativendiskussion in der Bundesrepublik“. Ein Anhang enthält Zahlen und Fakten zur Verschuldungssituation der Dritten Welt und zur Rolle des bundesdeutschen Kapitals.

Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“, Bd. 20

Sozialismus heute

Realität – Theoretische Analyse – Perspektive

87 Seiten, Typoskriptdruck, Frankfurt/Main 1986, DM 10,—

Materialien einer Konferenz der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU (Moskau), der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Berlin/DDR) und des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (Frankfurt/Main) am 21. und 22. Juni 1986 in Frankfurt/Main.

Die gemeinsame Konferenz der drei wissenschaftlichen Institute stellte ins Zentrum die gesellschaftlichen Prozesse in der UdSSR und der DDR, wo wenige Monate vorher Parteitage die jeweilige Aufgabenstellung der sozialistischen Entwicklung neu markiert hatten. Demzufolge sind die Schwerpunktthemen der Beiträge aus den sozialistischen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung und die aktuellen Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Beiträge aus der Bundesrepublik sind bemüht, zeitgemäße Anforderungen an ein marxistisches Sozialismusbild bzw. an eine realistische Sozialismuspropaganda in der Bundesrepublik zu formulieren.

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1**

Neuerscheinungen des IMSF



Jürgen Reusch

Friedensforschung in der Bundesrepublik.

Entwicklung - Positionen - Perspektiven

IMSF-Informations-
bericht Nr. 40

637 Seiten
Typoskriptdruck
DM 32,--

Zum Inhalt: Systematischer Überblick über die bundesdeutsche Friedensforschung/die Bedeutung der kritischen Friedensforschung/die neue Wissenschaftlerbewegung für den Frieden/Friedensforschung und Friedensbewegung/zur Kritik der Abschreckung und der NATO-„Sicherheitspolitik“/Gleichgewicht und „Gleichgewichtsdenken“ / „Supermächte“? / „Blocklogik“? / Tendenzen in der NATO-Strategiediskussion / zur Diskussion über alternative Friedens- und Sicherheitspolitik / „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik? / das Konzept der gleichen und gemeinsamen Sicherheit / Literatur- und Adressenverzeichnis

Bestellung bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei:

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/M. 1, Telefon: 0 69 / 72 49 14

Neue Bücher

Hochzinspolitik

Von Prof. Dr. Klaus Kolloch
68 Seiten · Brolin · 00400 · Ausland 7,50 DM
Bestellangaben: 675 829 8 / Kolloch, Hochzins

Was gehen uns die Zinsen in den USA an? Mit dieser Frage beginnt Klaus Kolloch seine allgemeinverständlichen Darlegungen. In knappen Worten wird auf den Zins in Vergangenheit und Gegenwart eingegangen, um schließlich zur US-amerikanischen Hochzinspolitik, ihren Ursachen, Funktionen und Zielen sowie ihren Wirkungen auf die nationale Wirtschaft und auf die der „Bündnispartner“ zu kommen. Dem Leser wird deutlich, welche Vorgänge im Hintergrund dieser Politik stehen. Dabei wird herausgearbeitet, daß die Hochzinspolitik dem Hegemoniestreben der USA und damit auch – als Marschbefehl für das Geldkapital in die USA – ihrem wahnwitzigen Hochrüstungskurs dient, so daß sich Hochzinspolitik und Hochrüstung gegenseitig bedingen.

Geld in der ideologischen Auseinandersetzung

Von Prof. Dr. habil. Wilhelm Schmidt

Internationale Schriftenreihe:
„Beiträge zur Kritik der
bürgerlichen Ideologie
und des Revisionismus“
Etwa 144 Seiten · Broschur · 00540
Ausland 9,80 DM
Bestellangaben: 675 740 4 / Schmidt, Geld

Fragen der Geldtheorie, der Geldwirtschaft und der Geldpolitik sind heute zu einem bedeutenden Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus geworden. Der Autor, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und durch zahlreiche Publikationen auch international bekannt, greift diese Problematik aus aktueller Sicht auf und setzt sich von den bereits erreichten Positionen der sozialistischen Theorie und Praxis zum Geld offensiv mit den unterschiedlichen Varianten bürgerlicher und revisionistischer Geldtheorien auseinander. Ausgehend von der Kritik der verschiedenen Varianten, wie Quantitätstheorie, Grenznutzentheorie, Monetarismus keynesscher und friedmanscher Prägung sowie deren Widerspiegelung in den revisionistischen Konzeptionen eines Marktsozialismus, eines „Sozialismus ohne Geld“ usw., werden die gemeinsamen Wurzeln aller dieser bürgerlichen Geldtheorien

bloßgelegt. Zugleich wird die historische Überlegenheit der Geldwirtschaft im Sozialismus praktisch nachgewiesen.
Das Buch kann allen denjenigen empfohlen werden, die sich für Geldfragen in der Systemauseinandersetzung interessieren.

High Technology und Imperiale Strategie der USA

Von Dr. Walter Stock
Etwa 176 Seiten · 48 Tabellen
Brolin · 01420
Ausland etwa 17,60 DM
Bestellangaben: 675 741 2 /
Stock, Hochtechnol. USA

Wo liegen die neuen Felder technologischer Überlegenheitsansprüche der USA? Hochtechnologien als Ausweg aus der Krise? Konkurrieren oder Kooperieren? Wunderwaffe Hochtechnologie? Hat der Staat das Sagen? Anhand dieser und anderer Fragestellungen analysiert der Autor Möglichkeiten und Grenzen des USA-Imperialismus auf dem Gebiet der Innovationspolitik und -praxis. Zugleich werden die sich verschärfende Technologiekonkurrenz USA-Japan, die Unterordnung von Forschung und Lehre unter die Monopolstrategien, die Auswirkungen modernster Informations- und Kommunikationstechnologien und viele andere interessierende Fragen untersucht.



DDR-1055 Berlin
Am Friedrichshain 22

Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe

Herausgeber: Institute
für Marxismus-Leninismus
beim ZK der KPdSU
und beim ZK der SED
Text und Apparat sind getrennt
gebunden · Kunstleder im
Schuber · 16 × 24 cm
Je Band bzw. Teilband 135,- DM
zuzügl. Mehrwertsteuer

- Ein editorisches und wissenschaftliches Vorhaben von internationaler Bedeutung.
- Einmalig in der Vollständigkeit, Originaltreue und Textentwicklung sowie der ausführlichen Kommentierung
- Geeignet als umfassende und gesicherte Quellengrundlage für Forschungen aller Wissenschaftsdisziplinen.

Bereits erschienen und lieferbar:

I. Abteilung: Werke

Artikel · Entwürfe

Bd. I/1, I/2, I/10, I/12, I/13,
I/18, I/22, I/24, I/25

II. Abteilung: „Das Kapital“ und Vorarbeiten

Bd. II/1.1., II/1 2., II/2, II/3.1, II/3.2,
II/3.3, II/3.4, II/3.5, II/3.6, II/5

III. Abteilung: Briefwechsel

Bd. III/1, III/2, III/3, III/4

IV. Abteilung: Exzerpte Notizen · Marginalien

Bd. IV/1, IV/2, IV/6, IV/7



Neuerscheinungen:

Erste Abteilung

Band 3

Friedrich Engels: Werke
Artikel · Entwürfe bis
August 1844

Bestellangaben: 744 813 6
MEGA,1.Abt.Bd.3

Band 11

Karl Marx/Friedrich Engels:
Werke · Artikel · Entwürfe
Juli 1851 bis Dezember 1852

Bestellangaben: 744 814 4
MEGA,1.Abt.Bd.11

Band 26

**Friedrich Engels: Dialektik
der Natur · Manuskripte**
1873-1882

Bestellangaben: 744 816 0
MEGA,1.Abt.Bd.26

Fordern Sie bitte unser ausführliches Angebot an.

Ihre Bestellungen richten Sie bitte an:



DIETZ VERLAG BERLIN

DDR - 1020 Berlin · Wallstraße 76-79

Pahl-Rugenstein

Neu: Gesamtverzeichnis 1986/87
Pahl-Rugenstein Verlag · Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

<p>SIE BRAUCHT ES! Eine Frau in der Welt von Gertrud B. G.</p>	<p>Zu Gast bei unseren Feinden von Gertrud B. G.</p>	<p>Aufbruch ins Jahr 2000 von Gertrud B. G.</p>	<p>An alle von Gertrud B. G.</p>	<p>KRIEG IM FRIEDEN von Gertrud B. G.</p>	<p>Ich war ein Contra von Gertrud B. G.</p>
<p>Neue Rüstung von Gertrud B. G.</p>	<p>Europa: Giftblü oder chemiewaffenfrei? von Gertrud B. G.</p>	<p>Mandela von Gertrud B. G.</p>	<p>Albert Einstein von Gertrud B. G.</p>	<p>ATOMARE von Gertrud B. G.</p>	<p>Der Ausstieg ist möglich von Gertrud B. G.</p>
<p>TOTALERFASSUNG von Gertrud B. G.</p>	<p>SCHATTEN IM KRIS von Gertrud B. G.</p>	<p>SUDARIKA von Gertrud B. G.</p>	<p>Frauen in Südarika von Gertrud B. G.</p>	<p>Die Affären des Helmut Kohl von Gertrud B. G.</p>	<p>Black out von Gertrud B. G.</p>
<p>Nicht Briefe von Gertrud B. G.</p>	<p>Memorandum '86 von Gertrud B. G.</p>	<p>Bilder und Texte von Gertrud B. G.</p>	<p>Kleine Bibliothek von Gertrud B. G.</p>	<p>Das engagierte Taschenbuch von Gertrud B. G.</p>	<p>Black out von Gertrud B. G.</p>

Mit Fotos und mit Karikaturen von Stefan Siegel
K3 404, 125 Seiten, DM 7,80



Neu und aktuell

Kleine Bibliothek
Das engagierte Taschenbuch